Th. Schiemann

Deutschland und die große Politik

4

1904

From the Library of

Henry Tresawna Gerrans

Fellow of Worcester College, Oxford

1882–1921

Given to University of Toronto Library.

By his Wife

HG
S332d

Deutschland und die große Politik anno 1904.

Von

Dr. Th. Schiemann
Professor an der Universität Berlin.

175411
14/11/22

Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer.
1905.

WORCESTER COLLEGE,
OXFORD.

2. Januar. Gen.-L. De Georgis wird auf türkisches Ansuchen zum Kommandeur der Gendarmerie Mazedoniens bestimmt.
4. Januar. Amnestierung der bulgarischen Minister und Pensionierung der Frau Stambulow.
5. Januar. Rußland erklärt sich bereit, die neuen japanischen Vorschläge zu prüfen.
6. Januar. Maßnahmen zum Schutz der amerikanischen Gesandtschaft in Söul.

7. Januar 1904.

Daß die Realitäten über künstliche Konstruktionen schließlich den Sieg davontragen, hat die Rückwirkung der ostasiatischen Angelegenheiten auf die englisch-französische Entente wieder einmal deutlich gezeigt. Noch schwankt die Wagschale zwischen Krieg und Frieden, so daß wir, trotz des steigenden Pessimismus, mit dem die englische Presse die Lage beurteilt, immer noch an unserer These festhalten, daß Rußland den Krieg nicht will und auf eine diplomatische Lage hinarbeitet, die es den Japanern moralisch unmöglich machen soll, ihn aufzunehmen. Aber schon jetzt zeigt sich, daß England nichts anderes können wird, als Japan moralisch und „wenn es sich nicht umgehen läßt", auch materiell zu unterstützen. Auf der ganzen Linie sind die russisch-englischen Gegensätze in ein Stadium getreten, das beiden Teilen den Versuch einer Abrechnung nicht nur möglich, sondern erwünscht erscheinen läßt; es bedarf nur des zündenden Funkens, um den Explosionsstoff zum Springen zu bringen. Damit soll nicht gesagt werden, daß diese Explosion nun wirklich erfolgen muß: Rußland wie England sind ängstlich bemüht, die Grenze einzuhalten, von der aus ein Rückzug immer noch denkbar ist, und beide Mächte sind gewohnt, in ihrer Politik mit langen Zeiträumen zu rechnen. Aber schon, daß beide sich wiederum ein Stück Weges näher auf den Leib gerückt sind, und daß England sich genötigt gesehen hat, einige seiner Schiffskolosse nach Ostasien dampfen zu lassen, hat außerordentlich abkühlend nach dem Jubel der Verbrüderungen gewirkt, die so rauschend zwischen englischen und französischen Parlamentariern in Paris und London stattgefunden hatten. Auch scheint man sich in Petersburg, wo das politische Franktireurtum Delcassés entschiedene Sorge erregte, rasch wieder

beruhigt zu haben. Offenbar hat Frankreich Zusicherungen gegeben, die in betreff seiner Haltung während der Möglichkeiten der Zukunft nichts zu wünschen übrig lassen. Auch hat die neueste Nummer des „Temps", zu nicht geringer Überraschung ihrer englischen Leser, wieder die egyptische Frage in den Vordergrund gerückt und sich bemüht, ziffernmäßig zu beweisen, daß das Interesse des französischen Kapitals an Egypten größer sei als das des englischen; jedenfalls zeigt also dieses Organ des französischen Auswärtigen Amtes nicht die geringste Neigung, die alten Gegensätze zu vergessen, welche die Okkupation Egyptens durch die Engländer so intensiv steigerte. Wir haben in dieser Frage unsere Stellung oft formuliert: so wie die Dinge liegen, wäre jede Modifikation des heute geltenden staatsrechtlichen Verhältnisses in Egypten zu bedauern, und die Engländer haben nicht nur durch den Entschluß, den sie zur rechten Zeit zu fassen verstanden, sondern auch durch die bewunderungswürdige Kulturarbeit, die sie im Niltal entwickelt haben, ein vollbegründetes Anrecht darauf, daß sich kein anderer an ihre Stelle setzt.

Das Wesentliche ist, daß die Neutralität des Suezkanals gewahrt bleibt, und da heute russische und englische Kriegsschiffe unbehindert ihren Weg vom Mittelmeer durch Kanal und Rotes Meer nach Osten hin nehmen, spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß es dabei bleiben wird. So wie die Dinge heute liegen, wäre die Versuchung, ein Lastschiff „zufällig" im Suezkanal auflaufen zu lassen, zudem größer für Rußland als für England, da letzteres erst einen kaum nennenswerten Teil seiner Kriegsflotte im Großen Ozean hat, während Rußland in den chinesischen Gewässern bald alles beisammen haben wird, was sich, abgesehen von der Flotte des Schwarzen Meeres, irgend in den europäischen Gewässern entbehren läßt.

Die Entscheidung hängt offenbar an der noch ausstehenden Antwort Rußlands auf die japanischen Forderungen. Es steht heute fest, daß, wie wir schon vor acht Tagen annahmen, Japan keineswegs einen Präklusivtermin für Beantwortung dieser Anfrage gestellt hat, und so spricht nichts dafür, daß Rußland sich beeilen sollte, seine Antwort nach Tokio gelangen zu lassen; wenn sie aber eintrifft, ist wahrscheinlich, daß sie den Anstoß zu erneutem Meinungsaustausch geben wird. Es wäre unter diesen Umständen töricht, den politischen Propheten spielen zu wollen.

Was interessiert, ist die noch ganz unklare Haltung Chinas. Die Kaiserin-Witwe und ihr Leibeunuche haben einige tugendhafte Edikte erlassen, aber nichts getan, was auf eine klare Parteinahme nach der einen oder nach der anderen Seite hindeutet. Zunächst ist der Hof in Peking geblieben, die gefürchtete Aktion gegen die „Fremden" hat nicht stattgefunden, und die Okkupation von Mukden ist hingenommen worden, wie andere unbequeme Schicksalsschläge. Die Erfahrungen der letzten Jahre scheinen das Bewußtsein der eigenen militärischen Ohnmacht doch außerordentlich gesteigert zu haben; auch ist, wenn wir zurückblicken, nichts in diesen Jahren geschehen, was ein größeres Selbstvertrauen rechtfertigen könnte. Man hat weder die Verwaltung reformiert, noch die Truppen reorganisiert, und daß an die Stelle des Tsung li Jamen ein wirkliches Auswärtiges Amt getreten ist, hat sich mehr als eine Wandlung in der Etikette denn als eine Änderung im Wesen dieses Institutes erwiesen.

Immerhin wird es keineswegs gleichgültig sein, nach welcher Seite das Gewicht der ungeheuren chinesischen Masse drückt, sie kann hemmen und fördern, und damit rechnen gewiß beide Teile.

Die Reise des Statthalters Alexejew nach Petersburg scheint nunmehr, trotz aller Dementis, endgültig aufgegeben, und die besonderen Ehren, die der Zar ihm kürzlich verliehen hat, die Verlegung seiner Residenz von Wladiwostok nach Port Arthur, das alles deutet nicht darauf hin, daß seine Autorität auch nur im geringsten gesunken sei. Das „ostasiatische Komitee" hat sich offenbar darein gefunden, die ungeheuren Vollmachten, die Alexejew erhalten hat, gelten zu lassen und nicht, wie zweifellos beabsichtigt worden ist, zu mindern. Man wird daraus den Schluß ziehen, daß auch Staatssekretär Besobrasow sich in seiner Stellung behauptet und weiter, daß Witte seinen Einfluß nicht zurückgewonnen hat. Es hat einen Augenblick gegeben, da es zweifelhaft war, ob es nicht doch gelingen werde, im Zusammenhang mit der Affäre von Kischinew den Minister des Innern, Plehwe, zu Fall zu bringen — dann wären Wittes Aussichten wiedergekehrt. Aber dieses Stadium ist jetzt überwunden, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, steht Plehwe fester als je. Man kann über die Bedeutung der Tatsache sehr verschiedener Meinung sein. Alles, was in Rußland liberal ist,

also die gesamte Intelligenz mit ganz geringen Ausnahmen, sieht darin ein Unglück, weil der Name Plehwe eine Fortsetzung der geltenden inneren Politik bedeutet, die nun einmal das Gegenteil dessen ist, was die öffentliche Meinung wünscht und — fordert. Andererseits läßt sich aber nicht übersehen, daß die Erfüllung dieser Wünsche Rußland in eine Verfassungskrisis hineinziehen würde, die zunächst lähmend wirken müßte, und dazu ist, wie auf der Hand liegt, der gegenwärtige Augenblick gewiß nicht glücklich gewählt. Eine Verfassungsreform, selbst wenn sie gewollt wäre — was nicht der Fall ist — bedarf zu ihrer Durchführung ruhiger Zeiten, eine auswärtige Verwickelung, wie sie heute droht, schließt sie eo ipso aus. Darüber läßt sich nicht streiten. Es fällt unter diesen Umständen doch außerordentlich auf, daß die „Nowoje Wremja" nicht nur in verstärktem Maße ihre Ausfälle gegen uns aufgenommen hat, sondern wiederum bemüht ist, die türkisch-orientalische Frage zuzuspitzen. Das Blatt führt in einem Leitartikel, der den russisch-italienischen Beziehungen gewidmet ist, den Gedanken aus, daß beide Mächte das lebhafteste Interesse hätten, die Deutschen von Mittelmeer und Balkanhalbinsel fernzuhalten. Zu dieser Politik hätten auch die offiziösen italienischen Blätter sich bekannt. „Wir wiederholen es — schreibt die „N. Wr." —, es gibt keinen Gegensatz zwischen Italien und Rußland im nahen Orient, wohl aber eine große Interessengemeinschaft. Rußland ist nicht weniger daran interessiert als Italien, zu verhindern, daß aus dem Adriatischen Meer ein süddeutsches Meer wird, und deshalb wird es stets im Interesse Rußlands und Italiens liegen, sich über die Balkanhalbinsel freundschaftlich die Hand zu reichen und dort einen festen Wall gegen den germanischen „Drang nach Osten" zu bauen. Energisch und hartnäckig arbeitet Deutschland darauf hin, indem es von zwei Seiten her drückt. Wenn man bedenkt, daß im Norden die Deutsch-Österreicher dem künftigen Triumph Deutschlands den Boden bereiten, so wird man nicht bestreiten können, daß das drohende Gewitter schon nahe ist. Den slavischen Bergen droht Untergrabung durch einen germanischen Tunnel; damit er nicht benutzt werde zur Knechtung der Balkanslaven und der anderen Völkerschaften, müssen Rußland und Italien mit stets offenen Augen jeden Schritt der Teutonen auf der Balkanhalbinsel und zur Balkanhalbinsel hin bewachen. Die

tedeschi können ja schließlich sich nicht in Freunde der Italiener verwandeln. Das von klerikalen Fesseln befreite Italien kann aber Freund des Slaventums werden. Es ist schon halb geschehen. . . . Das Interesse Rußlands fordert, daß Italien dabei unterstützt werde." Offenbar handelt es sich hier um einen russischen Dank für die letzten irredentistischen Bewegungen in Italien: aber es scheint noch mehr beabsichtigt zu werden. Sehen wir recht, so haben wir es mit einem erneuten Versuch zu tun, die unpopuläre drohende ostasiatische Aktion auf die Balkanhalbinsel abzulenken. In demselben Leitartikel heißt es nämlich, die Offiziösen Italiens hätten nicht nur das Recht Rußlands auf die Mandschurei, sondern auch auf die Besetzung Konstantinopels anerkannt.

Um diesen Gedanken noch nachdrücklicher zu unterstreichen, bringt dann ein zweiter Leitartikel (ebenfalls vom 2. Januar 1904) den folgenden Auszug aus der Zeitschrift „Rußkaja Mysl" (der russische Gedanke), in der ein Herr Kondruschkin seine politische Weisheit untergebracht hat: „Konstantinopel, Bosporus und freier Zugang zum Mittelmeer, das alles ist für niemanden so notwendig wie für uns. Wir sitzen am nördlichen Eismeer, um das Mittelmeer aber pulsiert ein neuerstandenes Leben. Der Ring der europäischen Kultur und der Ring der alten Kultur umschließen das Mittelmeer. Dorthin keinen Zugang haben, heißt von der allgemeinen Kultur und vom europäischen Markt ausgeschlossen sein und wirtschaftlich zurückgehen.

„Was ist die Türkei? Die Herrschaft Wildasiens und des Islam. Wir haben diese Herrschaft jahrhundertelang getragen: im Kampf mit Asien sind wir hinter allen Völkern Europas zurückgeblieben. Nachdem wir die Tataren verjagt hatten, standen wir wieder den Türken gegenüber. Der Türke hatte unser altes Erbteil eingenommen, auf das wir historische Rechte haben. Er setzte sich an unsere Ausgangstür, betet und wäscht sich fünfmal täglich und sperrt uns den Ausgang aus unserem Hause. Wir haben es so oft versäumt: als wir die volle Möglichkeit hatten, den Türken von der Schwelle unserer Tür zu verjagen, ließen wir ihn an seinem Platz und duldeten alle damit verbundenen Unbequemlichkeiten.

„Die orientalische Frage ist die blutige und schmerzende Frage des ganzen russischen Volkes. Sehet doch hin, wie weit unsere

Sorgloſigkeit und Gleichgültigkeit unſerer hiſtoriſch-gebotenen Aufgabe gegenüber geht. Am Goldenen Horn ſetzt ſich ruhig der Deutſche auf den Platz des Türken, und wir ſehen das gleichgültig an, als verſtänden wir nicht, wie wichtig dieſe Tatſache iſt. Aber vielleicht begreift Rußland es wirklich nicht, vielleicht weiß es nicht einmal, was in der „terra incognita“ im Herzen des nahen Orient geſchieht. Europa hat künſtlich unſere Aufmerkſamkeit auf den fernen Oſten abgelenkt und baut ſich inzwiſchen ein Neſt im nahen Oſten. Die Bagdadbahn war der Anfang unſerer Krankheit und der erſte Sieg, den Deutſchland über uns errang. Hier liegt der wunde Punkt jedes Ruſſen. Hier liegt der Damm, der ſich unſerem künftigen Angriff auf den Orient entgegenſtemmen wird.

„Alſo, der Deutſche erobert wirtſchaftlich ein für uns äußerſt wichtiges Land. Wir machen ihm keinerlei Konkurrenz. Folglich wird uns der Deutſche den nahen Orient wegnehmen.“

Hierzu bemerkt die „Nowoje Wremja“: „Er wird ihn uns wegnehmen. Wirklich? Und da liegt uns noch der ferne Oſten mit ſeinen Aufgaben und Verwickelungen auf dem Halſe. Im nahen Orient ſteht der Deutſche mit der Armee ſeiner Kaufleute und Fabrikanten, im fernen Oſten der Japaner mit ſeiner Armee und ſeiner Flotte. Wenn das alles zermahlen wird, kann es Mehl geben.“

Das klingt etwas orakelhaft. Was ſich aber nicht mißverſtehen läßt, iſt der Haß gegen uns und das Verlangen, an Stelle der oſtaſiatiſchen Aktion einen Feldzug zur Eroberung Konſtantinopels und der Dardanellen zu ſetzen. Wir beobachten die Strömung, die ſich hier geltend macht, ſchon lange und haben ſchon mehr als einmal darauf hingewieſen, daß ſie in vollem Gegenſatz zu der Politik des offiziellen Rußland ſteht. Aber verkennen läßt ſich nicht, daß hier zwei ſtarke Strömungen nebeneinander hergehen, von denen ſich nicht abſehen läßt, welche von ihnen die andere ſchließlich mit ſich fortreißen wird. Daß, wenn es zu einem Kriege doch kommen müßte, der ruſſiſchen Regierung ein Krieg im fernen Oſten lieber wäre als ein türkiſcher, iſt begreiflich. Die Türkenkriege des 19. Jahrhunderts haben jedesmal die merkwürdige Wirkung gehabt, die politiſche Haltung im Innern von rechts nach links zu verſchieben. Das Jahr 1829 bildet nur eine ſcheinbare Ausnahme. Kaiſer Nikolaus I.

war nach dem Frieden von Adrianopel im Begriff, eine Reformpolitik einzuschlagen, als Julirevolution und polnischer Aufstand ihn in die Bahnen der Reaktion zurückwarfen. Der Krimkrieg brachte die Bauernbefreiung, auf den Feldzug von 1877/78 folgte der Verfassungsplan vom März 1881. Dagegen ist noch niemals ein asiatischer Krieg von Einfluß auf die inneren russischen Verhältnisse gewesen, und der Schluß, der sich daraus für die Freunde einer Reform im konstitutionellen Sinne ergibt, liegt nahe genug. Daß dabei an die Instinkte des Deutschenhasses appelliert wird, ist eine der Krankheitserscheinungen des heutigen Rußland, die wir mehr mitleidig als besorgt verfolgen.

An sich betrachtet, gibt es keinen mehr lächerlichen Anspruch und kein mehr unhistorisches „historisches Recht", als die anmaßende Forderung, daß andere Mächte ihre Untertanen von jeder industriellen Unternehmung event. von jeder Teilnahme an der Anlage von Eisenbahnen in der Türkei fernhalten sollen, nur damit Rußland sein „historisches Erbteil" in Zukunft einmal, wann es ihm gerade passen sollte, antreten könne. Dieses „Erbteil" ist nahe daran, ganz Asien und ein gut Stück Europas zu umfassen, dazu alle Meere, die in die vier Himmelsgegenden führen, und die Herren von der russischen Presse werben nunmehr seit Jahr und Tag um Bundesgenossen zur Verwirklichung dieser „historischen" Ansprüche.

Nur um die ohnehin gereizte Stimmung, die sich schließlich in aller Welt diesem Treiben gegenüber verbreitet, nicht noch weiter zu steigern, verzichten wir darauf, das Bild zu entwerfen, das sich ergeben müßte, wenn diese russischen Wünsche jemals Wirklichkeit werden sollten. Gott wird die Welt in Gnaden davor bewahren.

Inzwischen ist in England die Chamberlain-Kampagne in ein kritisches Stadium getreten. Chamberlains Enquêtekommission wird nachträglich die Beweise für die kühnen Behauptungen schaffen müssen, durch welche er seine Zuhörer zu blenden suchte. Ein großer Teil der konservativen Presse hat sich von ihm abgewandt. Er selbst ist müde geworden und hat eine an ihn ergangene Einladung, auch in Australien eine Agitationstournée zu unternehmen, rund abgelehnt. Jetzt, da die rücksichtslose Arbeiterpartei im australischen Parlament die Oberhand gewonnen hat, wären auch seine Aussichten auf reale Erfolge nur gering. Rednerische Lorbeern würde er gewiß pflücken,

Stimmen gewinnen nur wenige. Der „Standard“ hält ihm vor, daß England in jetziger Zeit vor allem inneren Frieden brauche, auch für ihn werde Ruhe das Heilsamste sein. Er solle sich erholen.

Das wird er nun auch tun, aber doch wohl nur, um Kräfte zu einer neuen Kampagne zu schöpfen — die er verlieren dürfte, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse Englands gestatten heute keine Experimente, und daß es sich um ein ungeheuer gefährliches Experiment handelt, ist auch seinen Anhängern bekannt. Aber sie glauben an ihn wie an einen Propheten, und das schließt allen Streit aus.

In Frankreich macht die Revision des Dreyfusprozesses doch mehr böses Blut, als sich voraussehen ließ. Dringt der Lärm auch weniger in die Presse als in den Tagen der ersten Revision, so ist die Erbitterung zwischen Dreyfusards und den Gegnern von Dreyfus doch gesellschaftlich ebenso groß wie damals. Alles weist darauf hin, daß es nach dieser Richtung hin noch große Sensationen geben wird. Gewisse Legenden lassen sich eben nicht ausrotten, wenigstens nicht in der Generation, die sie geschaffen hat.

Mit der Konstituierung der Republik Panama scheint die Panamafrage doch noch nicht entschieden zu sein. Die Vereinigten Staaten werden Gewalt brauchen müssen, und es könnte sich doch zeigen, daß die Republik Kolumbien mehr Widerstandskraft entwickelt, als ursprünglich erwartet werden durfte.

7. Januar. Russisch-japanische Differenzen wegen Beförderung russischer Schutzmannschaften nach Seul.
8. Januar. Beginn der deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen.
11. Januar. Nachricht vom Abschluß der Handelsverträge Chinas mit Japan und den Ver. Staaten.
13. Januar. Demonstration gegen die Tätigkeit der mazedonischen Gendarmerie.

13. Januar 1903.

Die „Nowoje Wremja" bringt etwa alle vierzehn Tage sehr talentvoll gezeichnete Karikaturen politischen Charakters, die dem Stifte von S. F. Sfokolowski entstammen und nicht nur wegen der flotten Zeichnung Beachtung verdienen, sondern weil sie als treues Echo der herrschenden Stimmungen und Verstimmungen lehrreich sind. Charakteristisch ist nun, daß in letzter Zeit fast regelmäßig Onkel Sam den Vorwurf zu diesen Zeichnungen hergeben muß. Der Typus ist allezeit derselbe: auf unendlich langen Beinen ein kurzer Oberkörper mit stattlichem Bäuchlein, auf dem gelegentlich eine Eins mit anschließender Reihe von Nullen recht verständlich zeigt, daß es ein Mann von Gewicht ist. Eine riesige Schleifenkrawatte, Vatermörder, ein Ziegenbart, und eine glatte Oberlippe; auf dem scharf gezeichneten Kopf ein Zylinderhut mit den Sternen am Hutband, im Munde die brennende Zigarre, so stellt sich Amerika dar. Auf den letzten Karikaturen sehen wir Onkel Sam in den folgenden Situationen: Selbstbewußt ausschreitend, mit einem ungeheueren Schleppsäbel zwischen den Beinen, darunter die Legende: „Er stört mich absolut nicht". Am 1. Dezember: Onkel Sam behaglich vor einem Tisch sitzend, auf dem man eine leere Schüssel sieht; am Boden liegen glatt genagte Knochen und darunter steht zu lesen: „Noch eine Portion Philippinos".

Am 25. Dezember sieht man Onkel Sam auf dem nordamerikanischen Kontinent sitzen, er hält in der Hand ein Blatt mit der Inschrift Monroe, durch welches halb Kanada verdeckt wird, sein Stock sperrt den Zugang zur Landenge von Panama, und die

langen Beine ruhen, über den Atlantischen Ozean hinausreichend, bequem auf dem Boden Europas. Die Unterschrift ist: „Amerika für die Amerikaner". Die letzte dieser Karikaturen vom 7. Januar gilt demselben Gedanken. Onkel Sam erscheint als Arzt mit großer Spritze und Medizinkasten, aus der Tasche guckt ein Thermometer hervor. Er klopft an eine Tür, welche die Inschrift Europa trägt, und darunter steht: „Kein Doktor gefällig? Ratschläge werden gratis erteilt . . ."

Der Kommentar dazu braucht nicht geschrieben zu werden. Das letzte Bild ist die Antwort auf das Gerücht, daß Amerika beabsichtige vorzuschlagen, daß der russisch-japanische Streit dem Haager Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt werden solle. Daß aber Herr Ssokolowski die langen Beine des Onkels nach Europa und nicht nach Ostasien hinübergehen läßt, ist sehr geschickt, um die Sorge zu cachieren, mit der man in Rußland die asiatischen Appetite der Amerikaner verfolgt. Um das, was sie in Europa treiben, würde man sich gewiß nicht beunruhigen, vielmehr, wenn es nicht gerade Armenien und Kischinew betrifft, recht wohlwollend Beifall klatschen.

Aber einen amerikanischen Vorschlag, die schwebenden Gegensätze dem Haager Schiedshof zu unterbreiten, hat es überhaupt nicht gegeben, und zu allem Überfluß hat Präsident Roosevelt jetzt noch ausdrücklich erklärt, daß solche Gedanken ihm ganz fern lägen. Sie könnten nur von einer Stelle kommen, aus der Initiative des Kaisers Nikolaus II., der offenbar der Meinung ist, auch ohne Intervention und ohne Ratschläge Dritter eine Verständigung mit Japan erreichen zu können. Seit einigen Tagen sind die Aussichten für Erhaltung des Friedens erheblich gestiegen, so daß unsere optimistische Beurteilung der Lage ihre Rechtfertigung gefunden zu haben scheint. Aber wir wollen uns nicht zu apodiktisch formulieren: tatsächlich erreicht ist, daß der eine Zeitlang fast stündlich als Möglichkeit vorgesehene Ausbruch der Feindseligkeiten nunmehr für vertagt gelten kann. Die russisch-japanischen Verhandlungen haben zu einem Rückzuge Rußlands geführt, wie er unerläßlich war, wenn ein Krieg vermieden werden sollte. Diesen Rückzug konnte Rußland sich erlauben, weil das russische Volk den Krieg nicht wünscht, ihn vielmehr nicht nur als unnütz, sondern sogar als schädlich betrachtet, weil er Rußland von dem Gebiete abzieht, auf dem nun einmal die öffentliche Meinung

Rußlands eine Aktion wünscht: von der Türkei. Wir haben dieser Strömung mehr als einmal gedacht. Eben jetzt ist sie wieder sehr nachdrücklich in der neuen Petersburger Zeitung „Ruß“ zum Ausdruck gekommen. Wir legen diesem Artikel ganz besondere Bedeutung bei, weil er aus der Feder jenes Petersburger Meteorologen Demtschinski stammt, der seit dem Frühjahr 1902 in besonderer Gunst beim Kaiser Nikolaus II. steht und ihm vom April 1902 bis zu Anfang 1903 drei umfassende Denkschriften vorlegen durfte, die es unternahmen, dem Zaren ein wahrhaftes Bild von den inneren Zuständen Rußlands zu geben. Die Denkschriften, die ihrerseits von der „Oswoboshdenije“ veröffentlicht wurden, verdienen in vieler Hinsicht alle Beachtung, namentlich so weit sie die Schäden klarlegen, welche an der Vorherrschaft des bureaukratischen Regiments haften, münden aber schließlich in die Praxis eines Systems aus, wie es heute Plehwe vertritt. Immerhin hat der Mann das Ohr des Zaren, und da sich schon heute herausstellt, daß die „Ruß“ eine führende Rolle in der russischen Presse einnehmen wird, ist es nützlich zu hören, was er in den Tagen der höchsten Spannung im fernen Osten zu sagen möglich befunden hat. Wir benutzen dazu ein Referat der deutschen „Petersb. Ztg.“, da uns die „Ruß“ selbst nicht zugänglich ist.

„Laßt uns nach Hause gehen! — ruft Herr Demtschinski aus — wir wollen uns hier von dem Skorbut kurieren, den uns die Mandschurei gebracht hat, und in Muße zum Persischen Meerbusen und zum Bosporus hinblicken. Unseren slavischen Brüdern wollen wir ein bedeutendes Stück unseres guten russischen Herzens schenken. Wir wollen sie in ihrer Not verteidigen, sie im Erfolge ermuntern und uns mit ihnen freuen, wenn sie im Glück sind. Das ist unsere traditionelle Politik: Das eigene Haus und die Leute, die diesem Hause nahe stehen. Wem aber die mandschurische Bahn gehören wird, das ist eine müßige Frage. Sprengt sie in die Luft — und jeder Russe wird sich vor euch verneigen. Wenn ihr aber eure rechtmäßige Gattin, die slavische Föderation, im Stiche laßt, so wird der Fluch aller Zeiten, vom hl. Wladimir an, und das Blut von Millionen Söhnen unserer Heimat, das auf dem geheiligten Altar der Gattentreue vergossen ist, auf euer Haupt kommen. Ihr müßt das zu unterstützen wissen, was durch ein Jahr-

tausend geheiligt ist, dann werdet ihr die tiefe Dankbarkeit der Heimat ernten."

Da die „ihr" doch nur diejenigen sein können, von deren Willen die Entscheidung abhängt, ist die Adresse in Anbetracht der Antezedentien des Herrn Demtschinski wohl nicht zu verkennen. Leider ist der Artikel nicht in vollem Umfange wiedergegeben, aber noch zwei interessante Aeußerungen lernen wir im Referat kennen. Er betrachtet ganz Ostasien „als ein Material für stetige Konzessionen" und erzählt, daß er aus den „Originaldokumenten" zur Geschichte der jüngsten russischen Politik (sie müssen ihm also zugänglich gewesen sein, was nicht jedem Sterblichen zuteil wird) sich zu seinem Erstaunen davon überzeugt habe, daß buchstäblich „alle Personen der leitenden Kreise" Gegner einer aktiven Politik in Ostasien gewesen seien.

Da fragt man freilich, wer denn eigentlich diese Politik gemacht hat, da sie doch unmöglich ein Spiel des blinden Zufalls gewesen sein kann?

Da nun auch Fürst Meschtscherski, dessen feine Witterung bekannt ist, wo es sich um hohe und höchste Kreise handelt, erklärt (am 7. Januar), daß 90 Chancen von 100 für die Erhaltung des Friedens sprächen, wird man wohl schließen dürfen, daß von einem Widerspruch der öffentlichen Meinung Rußlands gegen einen Rückzug aus Ostasien keine Rede sein kann. Wer heute andere Töne anschlägt, würde sofort verstummen und in hellen Jubel umschlagen, wenn eine „slavische" Politik an die Stelle träte.

In Japan liegen die Dinge ganz anders. Die Erregung der öffentlichen Meinung ist so hoch gestiegen, daß eine Regierung, welche den Frieden ohne namhafte Zugeständnisse von seiten Rußlands schließen wollte, damit rechnen müßte, ihre schlagfertigen Truppen eventuell zur Niederwerfung eines gefährlichen Aufstandes im eigenen Lande zu verwenden. Wenn daher nicht in der Tat ungewöhnliche Vorteile von Rußland geboten werden sollten und Japan trotzdem von seinen kriegerischen Vorbereitungen keinen Gebrauch machen, sondern die Hand zu einer leidlichen Verständigung bieten sollte, liegt die Frage nach den Motiven, welche diese Politik bedingen, nahe. Man wird, wenn man das Für und Wider unparteiisch erwägt, zu folgender Gedankenreihe geführt: ein Schluß auf einen dauernden

Friedensstand in Ostasien wird sich erst dann ziehen lassen, wenn beide Mächte sich entschließen, abzurüsten. Geschieht das nicht und ohne ein gleichzeitiges Vorgehen beider Teile, dessen verschiedene Stadien vorher vereinbart sind, kann es nicht geschehen — so haben wir es nicht mit einer Beilegung der schwebenden Differenzen, sondern mit einem Aufschub des Entscheidungskampfes zu tun, wobei der eine wie der andere auf günstigere Chancen rechnet. Für Japan würde dieser Augenblick eintreten, sobald die politische Wetterprognose des Herrn Temtschinski Wirklichkeit geworden ist, und Rußland mit seinen Truppen im Balkan steht. Vielleicht führt auch in Japan der Einblick in die russischen Stimmungen zur Annahme, daß diese Verwickelung im nahen Orient bald eintreten muß. Es läßt sich aber mit Bestimmtheit sagen, daß eine solche Rechnung falsch wäre. Sie könnte nur unter zwei Voraussetzungen stimmen: wenn nämlich die russisch-österreichische Verständigung von 1897 und die neuen Vereinbarungen, die das vorige Jahr gebracht hat, zusammenbrechen und sich in ihr Gegenteil verkehren, d. h. die österreichische und russische Politik auf dem Balkan gegeneinander arbeiten. Das gehört aber vorläufig zu den allerunwahrscheinlichsten politischen Wendungen. Das zweite aber wäre, daß Frankreich das letzte Opfer bringt, das es der russischen Allianz noch zu bringen hat, und endgültig und für immer einer eigenen Politik im europäischen und vorderasiatischen Orient entsagt. Auch das ist unwahrscheinlich, namentlich im Hinblick auf den zweifellos steigenden französischen Einfluß in den kleinen Balkanstaaten. Aber es ist nicht unmöglich und könnte in seinen Konsequenzen auch die erst erwogene Unwahrscheinlichkeit zur Wirklichkeit machen. Daß Japan auf ein so unsicheres Fundament seine Berechnungen aufbauen sollte, darf man wohl nicht annehmen.

So bliebe das Warten auf eine Kombination, welche die englische Unterstützung mit größerer Sicherheit erwarten läßt, als heute geschieht. Denn über das Bestehen einer englisch-französischen Abmachung, welche beide Mächte von einem Eingreifen in einen eventuellen russisch-japanischen Konflikt fernhält, damit sie nicht genötigt werden, gegeneinander zu schlagen, kann heute kaum noch ein Zweifel bestehen. Für Japan käme dann nur die Aussicht in Betracht, daß England und Rußland über andere Fragen, etwa über den Persischen Golf oder Tibet, aneinander kommen. Auch das ist unwahrscheinlich,

schon weil England dabei im Nachteil ist und Rußland den Konflikt nicht provozieren wird.

Wenn nun die Zugeständnisse, die Rußland in betreff Koreas zu machen bereit scheint, nicht genügen, um die öffentliche Meinung Japans zu beruhigen, käme die Mandschurei „die Materie für stete Konzessionen" in Betracht, und nach dieser Richtung scheint nun allerdings etwas geschehen zu sein. China hat sich den Vereinigten Staaten und Japan gegenüber bereit gefunden, drei mandschurische Häfen, darunter auch Mukden zu erschließen. Die Russen aber haben bisher den Standpunkt vertreten, daß sie zwar bereit seien, das Prinzip der offenen Tür für die Europäer in der Mandschurei gelten zu lassen, nicht aber für „die Gelben". Daß Japan sich diese geringschätzige Behandlung nicht gefallen lassen will, ist begreiflich und hier scheint uns der Punkt zu liegen, an dem Rußland sich zu einer Konzession verstehen wird, die wahrscheinlich im Prinzip längst beschlossen ist, die aber durch geflissentliche Zögerung an Wert gewinnt und vielleicht auch hinreicht, um Japan so weit zu beruhigen, daß der Mikado um den inneren Frieden nicht weiter zu sorgen braucht. Im „Européen", dessen politische Artikel entschieden Beachtung verdienen, wird dagegen noch auf ein neues Moment aufmerksam gemacht, das für unsere Frage von Bedeutung ist. Unter Berufung auf einen Artikel von Georges Lynch in der „Nineteenth Century" wird nämlich auf die mit Macht vorschreitende Japanisierung Chinas hingewiesen. Handel, Bildungswesen (alle Professoren der Pekinger Universität seien Japaner), Presse, Militär ständen unter japanischem Einfluß, und das Fehlen jedes religiösen Gegensatzes steigere die Aussichten für die Zukunft. Seit drei Jahren seien sie methodisch am Werk, um mit größerem Erfolg als die deutschen, englischen und französischen Instruktoren es gemacht hätten, die künftige Armee Chinas zu organisieren. Offiziell seien nur 70 japanische Offiziere am Werk, in Wirklichkeit sehr viel mehr, und die Zahl nicht möglich festzustellen, da die Sache heimlich betrieben werde, und ein Japaner in chinesischer Uniform sich von einem Chinesen nicht unterscheiden lasse. Der „Manchester Guardian" bezeichnet auf Grund der Angaben eines kürzlich heimgekehrten englischen Militärattachés, daß die Armee des Vizekönigs Yuan 36000 Mann japanisch instruierter Truppen zähle, die des Generals Ma 24000, während um

Peking ebensoviel ständen. Feldmarschall Wolseley aber schreibt in seiner Selbstbiographie (The Story of a soldiers life Westminster 1903), daß die Kulis die mutigsten Soldaten seien, die er je gesehen habe. „Ein Peter der Große oder ein gelber Napoleon, der das chinesische Reich aus seiner Starrheit erweckt, könnte den Europäern viel zu schaffen machen." Man berechnet die Zahl der mit Mausergewehren bewaffneten Chinesen auf etwa 1000000 Mann, die von Japanern geführt, schon jetzt kriegsbereit wären; wenn aber einmal die Chinesen sich entschließen sollten, in die Bahnen moderner Zivilisation einzutreten, würden sie in 15 Jahren vollbringen, wozu Japan 30 brauchte. Zwischen Japan und einem chinesischen Bündnis stehe heute die Kaiserin-Witwe, aber die Vizekönige seien die Stärkeren, und es sei nicht undenkbar, daß ihre Entscheidung für Japan und gegen Rußland falle.

Zieht man auch die entschieden russenfeindliche Stellung des „Européen" in Betracht, so wird sich doch nicht übersehen lassen, daß die hier aufgeführten Tatsachen ein Moment der Stärke für Japan bilden, mit dem Rußland zu rechnen hat, und daß andererseits die sichere Aussicht, durch China und von China Streitkräfte und Mittel erhalten zu können, die nach weiteren zwei oder drei Jahren doppelt oder dreifach so groß sein können als heute, den Japanern einen Aufschub in der Austragung des russischen Konfliktes plausibel machen könnte, schon weil dadurch ein Gegengewicht gegen die russischen Truppenverstärkungen geboten wird. Ebensosehr aber leuchtet ein, daß dieselben Erwägungen vom russischen Standpunkte aus gebieterisch verlangen, daß der japanische Einfluß von China, namentlich aber von der Mandschurei ferngehalten werde.

Endlich muß man sich sagen, daß, wenn ein russisch-japanischer Ausgleich stattgefunden hat, für Rußland die Notwendigkeit eintritt, einen großen Teil seiner Flotte aus den ostasiatischen Gewässern zurückzuziehen. Sie können dort nicht ewig liegen. Die japanische Flotte aber bleibt unter allen Umständen am Platz, so daß über kurz oder lang der Augenblick kommen muß, da das maritime Übergewicht Japans über Rußland in diesen Gewässern unzweifelhaft sein wird.

So liegt das Für und Wider; sowohl im Schoß des sibirischen Komitees in Petersburg (dessen Verhandlungen übrigens Herr Beso-

brasow in letzter Zeit ferngeblieben ist), wie im Rat der alten Staatsmänner zu Tokio ist das alles gewiß erwogen worden. Im Hintergrunde aber wirkt mechanisch durch ihre Schwere die finanzielle Frage. Sie duldet weder hier noch dort eine lange Spannung. Die Entscheidung kann daher nicht ausbleiben, und wir müssen unseren Lesern überlassen, sich ihre Auflösung des Rätsels zu kombinieren.

In striktem Gegensatz zu dem oben angeführten Artikel der „Ruß" schlägt die heute (Dienstag) eingetroffene Nummer der „Nowoje Wremja", vom 10. Januar, wieder einen überaus kriegerischen Ton an. „Unsere Stellung in der Mandschurei", schreibt sie, „kann, soweit China in Betracht kommt, nicht um ein Jota im Sinne des Nachgebens verändert werden.

Noch weniger aber können wir Japan irgendwelche Konzession in der Mandschurei machen. Das würde zum Resultat führen, daß China mit Hilfe Japans uns nach 10 bis 15 Jahren nicht mehr als schwacher, sondern als gefährlicher Gegner gegenüberstände, mit einer europäisch geschulten und europäisch bewaffneten Armee und mit einem Lehrer zur Seite, der so unruhig und händelsüchtig ist, wie Japan. Es ist also klar wie der Tag, daß uns keine Wahl bleibt, wir müssen fest auf unserem Standpunkt bestehen."

In dem vorliegenden Fall ist uns sehr zweifelhaft, ob die „N. Wremja" als Sprachrohr des russischen Auswärtigen Amtes zu betrachten ist. Dagegen spricht die vom „Temps" gebrachte überraschende Nachricht, daß der Staatssekretär Besobrasow in Ungnade gefallen sei, weil er auf den Krieg hingearbeitet habe. Herr Besobrasow ist im Begriff, einen längeren Urlaub, außerhalb Rußlands, anzutreten.

[illegible] Januar. [illegible] vom Aufstande der Herero. Der japanische Gesandte wird zum russischen Ministerrat beim Zaren empfangen.
[illegible] Januar. [illegible] für das Ministerium Combes. Eröffnung des schwedischen Reichstags. Erste Sitzung des Chamberlainschen Tarifausschusses.
[illegible] Januar. Der „Habicht" trifft vor Swakopmund ein.
[illegible] Januar. [illegible] des Nachtragsetats für Südwest-Afrika.

20. Januar 1904.

Die ostasiatische Krisis verschlingt nach wie vor so sehr das politische Interesse, daß darüber alles andere zurücktritt. Auch haben die letzten acht Tage nach anderer Richtung in der großen Politik nichts von Bedeutung gebracht. Im nahen Orient hat, wie vorauszusehen war, der Sultan jetzt auch offiziell angekündigt, daß er sich das Mürzsteger Programm ganz zu eigen gemacht habe, und auch die europäischen Kommissarien sind an ihre Kontroll und Hilfspflichten herangegangen. Dauert auch die bulgarisch-mazedonische Agitation der Komitatschis fort und droht Herr Boris Sarafow, der eben in Rom, ohne Erfolg zu haben, mit den Garibaldianern verhandelt hat, für das Frühjahr mit einem neuen Aufstande in größerem Maßstabe, so läßt sich doch vorhersehen, daß, solange das russisch-österreichische Übereinkommen von 1897 hält, ein Erfolg dieses Treibens nicht zu erwarten ist. Die inneren Schwierigkeiten, welche die Nationalitätenfrage und die mit ihr kombinierte Sprachenfrage der Armee lebendig erhält, sind leider nicht geringer geworden als vor dem Ministerwechsel in Ungarn. Und doch hätten gerade die Ungarn allen Grund, dafür Sorge zu tragen, daß es bei ihnen zu einer Einigung kommt. Wir empfehlen ihnen die Neujahrsbetrachtungen der russischen Presse zum Studium, z. B. die der „Nowoje Wremja", die unter anderem sagt: „Die russische Politik unterstützt die Balkanslaven in ihrem Bestreben, das türkische Joch abzuschütteln und nicht unter das Joch der Deutschen (in diesem Falle also der Österreicher) zu geraten, und bereitet zugleich den Boden für eine kulturelle und politische Einigung des gesamten

Slaventums und für die verstärkte Verteidigung der südlichen Grenzen des Reiches.“ Man könne damit ohne jede Eile vorgehen, weil „der Prozeß der inneren Zersetzung des österreichisch-ungarischen Reiches sich immer deutlicher und sichtbarer entwickelt: ohne Zweifel werden Rußland und das gesamte Slaventum in einer nicht fernen Zukunft mit den Folgen dieser Tatsache zu rechnen haben.“

Wie ein ungarischer Patriot unter solchen Umständen den Gegensatz zu den deutschen Elementen der Monarchie aufrechterhalten und die Einheitlichkeit der Armeeleitung untergraben kann, wird wohl für jeden Menschen mit gesundem politischen Verstande völlig unverständlich bleiben. Was in den letzten Jahren in Ungarn geschehen ist und noch heute geschieht, fordert eine Entwicklung nach polnischen Vorbildern geradezu heraus.

Was aber den gleichfalls erstaunlichen Satz des Petersburger Blattes betrifft, daß die russische Politik darauf hinarbeite, die Balkanslaven vom „türkischen Joch“ zu befreien, so wird dieses jedenfalls in Widerspruch zu der offiziellen Politik Rußlands stehende Bekenntnis in demselben Leitartikel durch die beiläufig hingeworfene Betrachtung illustriert: „Die Türken wünschen ihre zeitweilige Anwesenheit auf europäischem Boden nach Möglichkeit zu verlängern und wehren bisher immer noch erfolgreich den Ansturm der Serben, Bulgaren und Griechen ab.“

Wir verweilen bei diesen, gewiß in der Redaktion der „Nowoje Wremja“ entstandenen Betrachtungen, weil sie recht deutlich zeigen, daß die politische Strömung der öffentlichen Meinung in Rußland den panslavistischen Ideen und einer Wendung zu einer gegen die Türkei gerichteten Aktion zuneigt, nicht einem japanischen Kriege. Die „Nowoje Wremja“ freilich glaubt beides vereinigen zu können und hat sich noch jüngst (10. Januar) mit aller Entschiedenheit gegen jedes Zugeständnis in den chinesisch-mandschurischen und japanischen Angelegenheiten ausgesprochen. „Nachdem wir uns überzeugt hatten — schreibt sie —, daß die Boxerbewegung nichts anderes gewesen ist als ein vorzüglich ausgesonnener und vorbereiteter Überfall von seiten der chinesischen Regierung, mußten wir natürlich dafür Sorge tragen, daß dieser tückische Feind, der auf einer Strecke von fast 12000 Werst unser Nachbar ist, seinen verräterischen Versuch nicht mit besserem Erfolge wiederholen kann. In solchen Sorgen und im

Hinblick auf die Kernaufgaben unserer Politik können wir nicht in Fragen nachgeben, die zu einer Minderung unseres Einflusses und des Drucks, den wir auf China ausüben, führen, oder durch eine Startung Chinas bedrohlich werden können. Und deshalb kann die Stellung, die wir in der Mandschurei einnehmen, nicht um ein Jota im Sinne des Nachgebens China gegenüber verändert werden. Noch weniger können wir Japan in der mandschurischen Frage irgend eine Konzession machen, denn das würde zum gleichen Resultat führen, d. h. zur Verstärkung Chinas mit Hilfe Japans — dazu, daß nach 10 bis 15 Jahren an Stelle des heute schwachen und ohnmächtigen China ein gefährliches China tritt, mit einer europäisch geschulten und europäisch bewaffneten Armee und unter einer Führung, die dazu noch so unruhig und händelsüchtig ist, wie die japanische. Es ist klar wie der Tag, daß wir keine Wahl haben und daß wir fest an dem Unsrigen festhalten müssen. Das aber versteht Japan offenbar nicht, oder es stellt sich so, als ob es nicht verstände. Das aber ist ihre (der Japaner) Sache. Unzweifelhaft wollen wir keinen Krieg, aber ebenso unzweifelhaft ist auch, daß unsere Friedensliebe ihr Ende finden kann. Auch in Japan wünscht lange nicht alles den Krieg, sie wollen aber von uns Zugeständnisse erlangen, zu denen eine Großmacht, die ihre historischen Aufgaben kennt, sich nicht verstehen kann. Sobald man sich in Japan davon überzeugt haben wird, daß derartige Rechnungen durchaus trügerisch sind, wird der Friede gesichert sein."

Wir haben diese Ausführungen, von denen wir einige Sätze schon vor acht Tagen hervorhoben, in vollem Umfange gebracht, um den Gegensatz recht scharf hervorzuheben, in welchem sie zu den eminent friedlichen Äußerungen Kaiser Nikolaus' II. bei Gelegenheit der Neujahrscour stehen. Hinge es vom guten Willen des Kaisers und des Mikado ab, so gäbe es gewiß keinen Krieg. Aber es fällt schwer, sich eine Kombination zu erdenken, die zugleich den Russen ihre schwer erworbene Stellung in der Mandschurei sichert und den Japanern die Sorge nimmt, die sich für sie mit dem Vorrücken der Russen bis an die koreanische Grenze und darüber hinaus verbindet. Handelte es sich allein um die koreanische Frage, so wäre die Lösung leicht gefunden; die Schwierigkeit scheint darin zu liegen, daß es bisher nicht möglich gewesen ist, beide Probleme voneinander zu

trennen. Der am 11. Januar unterzeichnete Vertrag zwischen China und den Japanern, sowie zwischen China und den Vereinigten Staaten über die Freihafenstellung von Mukden, Antung und Tatungkau hat die mandschurische Seite des Problems kompliziert und die Vereinigten Staaten in einer wichtigen Einzelfrage merklich den Japanern genähert. Trotzdem gehen die friedfertigsten Versicherungen hinüber und herüber, und die diplomatische Lage kann als entschieden günstiger bezeichnet werden, zumal in Petersburg wie in Tokio die leitenden Kreise ihre volle Ruhe bewahrt haben. Die Tatsache namentlich, daß Kaiser Nikolaus den japanischen Gesandten zu einer außerordentlichen Audienz beschieden hat (sie sollte am Montag stattfinden, ist aber bisher nicht erfolgt), wird mit Recht als ein sehr erfreuliches Friedenssymptom gedeutet. Verschärft hat sich dagegen die militärische Lage, da beide Teile in fast fertiger Ausrüstung einander gegenüberstehen. Im Augenblick dampft das Geschwader des russischen Kontreadmirals Wirenius, der zugleich Gehilfe des Generalstabschefs der Marine ist, hinter den unter englischer Flagge und in englischem Geleite fahrenden japanischen Panzerschiffen her, die kürzlich von Chile erstanden worden sind. Aber die Japaner sind die Schnelleren, und sobald sie das Rote Meer hinter sich haben, kann von einer Gefahr für sie weiter keine Rede sein. Da aber die Fahrt noch etwa drei Wochen in Anspruch nehmen muß, schließen die Pessimisten, die in dieser Frage vornehmlich auf englischer Seite zu finden sind, daraus auf ein weiteres Hinausschleppen der Verhandlung.

Alles in allem stehen wir heute noch ebenso unklaren Verhältnissen gegenüber wie vor acht Tagen, aber man darf wohl sagen, daß die Wagschale zum Frieden zu neigen beginnt.

Daß auch für den Fall des erhaltenen Friedens eine Verschiebung in den politischen Machtverhältnissen des fernen Ostens stattfinden muß, liegt auf der Hand. Sie zeigt sich namentlich darin, daß Japan aus der Kontroverse stärker hervorgehen muß und daß die Vereinigten Staaten näher an China herangerückt sind. Außer der neuen Stellung in den drei Freihäfen läßt die Begründung eines amerikanischen Konsulats in Talnij darauf schließen. Ebenso ist ein noch engeres Zusammenrücken von England und Japan zu erwarten, da England in dieser Periode der Verhandlungen und der Kriegsvorbereitungen alles, was in seiner Hand lag, getan hat, um

die japanische Position zu stärken. Vielleicht berechtigt das Verhalten Frankreichs zu dem entgegengesetzten Schluß. Gegen eine Teilnahme an russisch-japanischen Verwicklungen scheint sich nicht nur die öffentliche Meinung des Landes, sondern auch die politische Leitung, so viel irgend möglich war, gesträubt zu haben. Auch läßt sich nicht verkennen, daß die französischen Interessen in Asien höchstens bis an den Jangtse heranreichen. Es wäre eine ungeheure Zumutung, wenn Frankreich die eventuelle Gegnerschaft Englands wegen mandschurischer und koreanischer Fragen auf sich nehmen sollte. Dazu kommt, daß die Stellung des Ministeriums Combes immer unsicherer wird. Herr Combes ist seit dem 6. Juni 1902, also bald zwei Jahre, im Amt, und nicht nur das Land, auch die Kammer und der Bloc, mit dem er regiert, scheint seiner herzlich überdrüssig geworden zu sein. Man findet ihn unentschieden und charakterlos. Auch hat er den einen Gedanken, von dem er namentlich lebte, die Zerstörung des Einflusses der Kirche in Frankreich, im wesentlichen bereits durchgeführt. Ob eine Rekonstruktion des Kabinetts auch den jetzigen Leiter der auswärtigen Politik, Herrn Delcassé, aus seiner Stellung drängen würde, ist fraglich, wir möchten sogar sagen unwahrscheinlich, obgleich er weit länger als Herr Combes den Ministersessel einnimmt. Aber er hat es verstanden, in vieler Hinsicht die politischen Wünsche der Franzosen ihrer Verwirklichung wenigstens näher zu führen. Der schon von Hanotaux verfolgte Plan, zu einer selbständigen Orientpolitik zurückzukehren, ist von ihm aufgenommen und trotz der Ungunst der Verhältnisse behauptet worden. Das zweite war die ebenfalls sehr populäre Annäherung an England und an Italien, so daß sich im Mittelmeer die Kombination von 1853 zu erneuern scheint, endlich hat er bei jeder Gelegenheit eine entschlossene Feindseligkeit gegen uns gezeigt, was, solange es bei Worten bleibt, ebenfalls lebhaften Anklang findet. Nehmen wir hinzu, daß seine Kolonialpolitik den Wünschen der Herren Etienne und Genossen nach Möglichkeit entgegenkommt, so sind die Momente erwähnt, die dafür sprechen, daß Herr Delcassé persönlich auch einem neuen Kabinett eine erwünschte Akquisition sein könnte.

Für England bedeutet ein diplomatischer Erfolg Japans eine Stärkung des eigenen Prestige, und da im Augenblick ganz Asien gespannt auf die Entscheidung hinblickt, ist das gewiß nicht gering

anzuschlagen. Aber allerdings würde als Rückschlag sich auch eine Verschlechterung der russisch-englischen Beziehungen ergeben. Das Steigen und Sinken des politischen Barometers in diesen russisch-englischen Beziehungen ist aber eine, fast möchte man sagen, so normale Erscheinung geworden, daß große Aufregung dadurch nirgends hervorgerufen werden dürfte. Es wird dabei bleiben, daß man sich die Faust zeigt und danach selbstzufrieden heimkehrt.

Mit geringerer Sicherheit wird man die Folgen dessen, was bereits geschehen ist, ganz abgesehen von künftigen Möglichkeiten, erfassen können. Die Frage liegt so, daß für Rußland der nahe Orient den Weg in den fernen Orient sperrt. Die Konnivenz, mit der die Pforte den Schiffen der freiwilligen Flotte Rußlands Bosporus und Dardanellen geöffnet hat, obgleich sie Kriegsmannschaft in die chinesischen Gewässer führten, ändert nichts an der für Rußland lästigen Tatsache, daß das ganze Geschwader des Schwarzen Meeres für Verteidigungs- wie für Angriffszwecke in anderen Gewässern nicht in Betracht kommt. War das 1878, da die russische Flotte im Schwarzen Meere erst im Entstehen war, leicht zu verschmerzen, ja für gewisse Eventualitäten sogar ein Vorteil, so hat sich das heute sehr wesentlich geändert. Diese Flotte zählt heute 70 Fahrzeuge von mehr als in Summa 142000 Tonnengehalt, ist also ein sehr in Betracht kommender Faktor. Aber England, das schon gegen die Durchfahrt der Schiffe der freiwilligen Flotte sehr energisch protestiert hat, wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch von anderen am Mittelmeer interessierten Mächten Unterstützung finden, wenn Rußland — was es wohl jederzeit zu tun stark genug ist — die Türkei zwingen wollte, ihm die Straßen zu öffnen. Nun liegt aber heute ein russisches Projekt vor, daß, wenn es verwirklicht werden sollte, diese Gefahr für die Türkei erheblich mindern müßte. Wir meinen den geplanten Kanal, der Ostsee und Nordsee mit der alten Straße verbinden soll, welche vor weit über tausend Jahren schon die Waräger auf ihren Fahrten von Holmgardr nach Mikligardr, das ist von Nowgorod nach Konstantinopel, genommen haben. Wie damals liegt auch heute die Schwierigkeit in der Umgehung der Stromschnellen des Dnepr, aber mit den Hilfsmitteln der modernen Technik ist das eine geringere Aufgabe, als sie z. B. den Architekten gestellt ist, welche die Transbaikalbahn durch die Felsen zu sprengen

haben. Der Kanal ist so gedacht, daß er den größten Kriegsschiffen die Durchfahrt ermöglichen soll. Gewiß ist das ein großartiger Gedanke, der sich würdig dem Bau der sibirischen Bahn an die Seite jenen ließe, aber ebenso sicher auch gleich große oder größere Kosten verursachen müßte. Und da tritt allerdings die Frage auf, ob das russische Volk die wirtschaftliche Kraft besitzt, heute solche Lasten auf sich zu nehmen. Das eben publizierte russische Budget balanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 2178637055 Rubel, wobei, um dies Gleichgewicht herzustellen, über 195 Millionen dem freien Barbestande entnommen werden mußten, den Witte seinem Nachfolger hinterlassen hat. Von diesem freien Barbestande sind danach nur noch 116,2 Millionen Rubel übrig.

Die öffentliche Meinung des Landes aber ruft nach Minderung der Lasten und nach Steigerung der produktiven Ausgaben. Am 22. Dezember des vorigen Jahres sind die Arbeiten des Komitees, das zur Untersuchung der Ursachen des landwirtschaftlichen Notstandes eingesetzt worden war, im Druck fertiggestellt worden: 58 dickleibige Bände Material und 18 Bände systematischer Zusammenfassung, die den Ministern, Generalgouverneuren, Gouverneuren, Gouvernements- und Kreisadelsmarschällen, den Gouvernementsbehörden usw. zugeschickt worden sind, im ganzen an 11000 verschiedene Personen, von denen ein großer Teil sie durchstudieren und begutachten wird! Die Befürchtung liegt nahe, daß damit einige Zeit in Anspruch genommen wird, und daß eine neue Reihe von Bänden mit Gutachten und Kritiken die Folge sein könnte. Jedenfalls wird eine Reform auf landwirtschaftlichem Gebiet erwünschter sein, als ein pontisch-baltischer Kanal.

Übrigens haben die Gnadenverleihungen Kaiser Nikolaus' II. keinen Zweifel darüber gelassen, daß er den im Manifest vom 26. Februar 1903 ausgedrückten Prinzipien treu zu bleiben entschlossen ist und daran festhält, daß Reformen in Rußland aus der Initiative des Selbstherrschers, nicht von unten her ausgehen sollen. Die Kombination Pobedonoszew-Plehwe wird nach wie vor die Richtung der inneren Politik bestimmen und das könnte allerdings auch die Ausführung jenes Kanals, die sonst nicht denkbar wäre, möglich machen.

Wir gedenken zum Schluß der traurigen Nachrichten, die aus Südwestafrika herüberklingen. Die rasche Tatkraft und Ent-

schlossenheit unserer Regierung gibt uns wenigstens den Trost, daß alles, was im Bereich des Möglichen liegt, geschehen wird, ein größeres Unheil zu verhüten.

An sich betrachtet sind Kriege in den Kolonien, die eine schwarze Bevölkerung haben, nicht auffallende Erscheinungen. England führt solche Kriege jahraus jahrein, und man findet dort die Tatsache so natürlich, daß die öffentliche Meinung nur in seltenen Fällen ihnen mehr als die oberflächlichste Aufmerksamkeit zuwendet. Aber gewiß rächt es sich jetzt, daß wir nicht in größerem Stil an den Ausbau unserer Kolonien gegangen sind und infolgedessen im Augenblick der Not so gut wie gar keine Eisenbahnen und eine zu erfolgreicher Selbstverteidigung zu dünn gesäte Bevölkerung am Platze haben.

So hoffen wir denn, daß die Erfahrungen, die wir jetzt machen müssen, einen fruchtbaren Niederschlag zurücklassen, der auf unsere gesamte Kolonialpolitik belebend und erfrischend zurückwirkt.

21. Januar: Absenden des Marineexpeditionskorps auf der „Darmstadt“ nach Südwest-Afrika.
23. Januar: Hilfeleistung des Kreuzers „Prinz Heinrich“ für Aalesund.
24. Januar: Vertrag der Pforte mit General De Georgis.

21. Januar 1904.

Das große Ereignis der letzten acht Tage ist in einer Mitteilung des „Temps“ vom letzten Freitag zu finden, welche die von uns bereits angekündigte Wendung der russischen Politik im fernen Osten bestätigt. Da der „Temps“ in allen auswärtigen Angelegenheiten in engster Fühlung mit dem Quai d'Orsay steht, ist man wohl berechtigt anzunehmen, daß wir es mit authentischen Tatsachen zu tun haben. Der „Temps“ erzählt nun das Folgende: Es sei jetzt ganz sicher, daß Graf Lambsdorf wieder die Leitung der großen Politik im fernen Osten übernommen habe; alles was seit Anstellung des Admirals Alexejew geschehen, sei rückgängig gemacht worden und die Fäden der russischen Politik wieder dort aufgenommen worden, wo sie vor seiner Ernennung lagen. Durch ein den Mächten zugestelltes Zirkular habe Graf Lambsdorf ausdrücklich bestätigt, daß, wie er es vor sechs Monaten versprochen habe, der Handel in der Mandschurei frei sein solle. Jetzt gehe seine Politik dahin, den Japanern alle denkbaren Zugeständnisse in Korea zu machen und ihnen in der Mandschurei dieselbe Behandlung zu sichern wie den übrigen Mächten. Das weitere Ziel aber gehe dahin, Japan in eine russische Allianz hineinzuziehen und die Verhältnisse in China so zu gestalten, daß Rußland als der beste Freund Chinas erscheine. Kaiser Nikolaus II. wünsche Erhaltung des Friedens und billige dies Lambsdorfsche Programm. Die Frage sei jetzt, ob Japan die gleiche Weisheit zeigen und sich mit dem begnügen werde, was Rußland ohne Verlust am Prestige gewähren könne. Leider seien die Beziehungen zwischen der russischen und der britischen Regierung außerordentlich gespannt. Die Expedition nach Tibet habe in Petersburg verstimmt, noch mehr die Bemannung der von Argentinien gekauften

japanischen Kreuzer mit englischen Matrosen und die Eskortierung dieser Kreuzer durch englische Fahrzeuge. Auch habe Graf Lambsdorf dem britischen Botschafter kein Hehl daraus gemacht, daß Rußland keineswegs beabsichtige, den Briten freie Hand in Tibet zu lassen, oder die eigenen Interessen in Tibet zu opfern, zumal der moralische Einfluß des Talai Lama die ganze Mongolei durchdringe. Es frage sich nun, ob England, dessen Hände jetzt frei seien, den Ausbruch von Feindseligkeiten im fernen Osten gestatten werde? Das sei kaum anzunehmen. Wenn es russische Politiker gebe, die an dieser These festhielten, so glaubten andere Leute, daß Rußland den Engländern in Indien solche Schwierigkeiten machen könne, daß England vor dieser Eventualität zurückschrecken werde. Vielleicht sei eine Truppenbewegung in Turkestan zu erwarten. Zurzeit aber dauerten die Verhandlungen zwischen Rußland und Japan fort und es würden wohl noch drei bis vier Wochen hingehen, ehe der Horizont sich geklärt habe.

Man wird zwischen der ersten und der zweiten Hälfte dieser Ausführungen des „Temps" unterscheiden müssen. Die Nachrichten über den Sieg des Grafen Lambsdorf über die sogenannte Kriegspartei werden uns auch von anderer Seite her bestätigt, und das kann in der Tat als ein dem Frieden günstiges Symptom betrachtet werden. Die Abreise des Staatssekretärs Besobrasow, dessen Sternschnuppenkarriere nicht einer gewissen Komik entbehrt, ist ein weiteres Friedenssymptom, und ebenso spricht wohl die Tatsache, daß Großfürst Alexej Michailowitsch, der Schwager des Kaisers, gerade jetzt nach Italien reist, dafür, daß man jedenfalls in den nächsten Wochen keine akute Krisis erwartet. Das Wichtigste ohne allen Zweifel ist die Zurücknahme der Vollmachten, welche die Leitung der Politik des fernen Ostens in die Hände des Admirals Alexejew legten. Wir haben gleich, als der Statthalter mit diesen ganz ungewöhnlichen Befugnissen ausgerüstet wurde, darauf hingewiesen, wie unmöglich die Situation für den Minister der auswärtigen Angelegenheiten dadurch würde. Man kann den Grafen Lambsdorf nur beglückwünschen, daß es ihm gelungen ist, den scheinbar schon verlorenen Boden zurückzugewinnen.

Hier aber hört unsere Zustimmung zu den Ausführungen des „Temps" auf. An das Programm, das er dem Grafen Lambsdorf

zuschreibt, können wir schon deshalb nicht glauben, weil es in Widerspruch zu dem so ostentativ orbi et urbi mitgeteilten englisch japanischen Bündnis steht: vor dem Jahre 1907 jedenfalls kann Japan einen derartigen Frontwechsel nicht vollziehen, denn es ist unmöglich, in Asien zugleich Bundesgenosse von Rußland und England zu sein. Haben wir doch eben erst gesehen, wie schon die neuangebahnte entente cordiale zwischen England und Frankreich die Folge hatte, daß Frankreich, sobald die Möglichkeit eines Konflikts mit Ostasien bitterer Ernst wurde, sich der russischen Bundesgenossenschaft entzog, um nicht mit dem näheren und eben deshalb gefährlichen englischen Nachbarn brechen zu müssen. In wieviel höherem Grade gilt das von den russisch japanischen und japanisch russischen Beziehungen.

Der zweite Programmsatz, den der „Temps" dem Grafen Lambsdorf zuschreibt, erinnert an das bekannte Wort des Kaisers Nikolaus I., Rußland müsse allezeit entweder der beste Freund oder der gefährlichste Feind der Türkei sein. Er erinnert uns zugleich an die vor etwa vier Jahren von dem Fürsten Uchtomski erst in seiner Zeitung, dann in einer besonderen Flugschrift vertretenen Theorie von der Rassenverwandtschaft zwischen Chinesen und Russen (was für den Fürsten persönlich bekanntlich zutrifft) und von der Unerläßlichkeit eines Bündnisses zwischen Rußland und den Völkern gelber Rasse. Aber seither ist viel Wasser ins Meer geflossen und es dürfte auch beim besten Willen schwer fallen, den Chinesen beizubringen, daß sie an Rußland den besten Freund haben. Wohl aber halten wir es für möglich, daß auf dem Boden der von Rußland, wie behauptet wird, bereits im Prinzip genehmigten japanischen Forderungen ein für alle Teile ersprießlicher Friedenszustand eintritt. Daß Rußland dabei die mandschurische Eisenbahn und die Pachtprovinz Kwantung behalten muß, ist ja eine selbstverständliche Voraussetzung. Derartige Errungenschaften lassen sich nicht preisgeben und wir halten es nicht für glaubhaft, daß Japan diese Forderung gestellt haben sollte. Die immer noch vorhandene Gefahr eines Krieges, die beiden Teilen fortgesetzte Verstärkung ihrer Kriegsrüstungen aufnötigt, liegt nicht in dem Willen beider Herrscher, das haben sowohl Kaiser Nikolaus II. wie der Mikado, der doch unter dem Druck einer sehr starken Kriegspartei stand, durch ihr Verhalten klärlich bewiesen, sondern in den Zufälligkeiten, die jeden Augenblick

einen unbeabsichtigten Zusammenstoß herbeiführen können, zumal beide Gegner in nächster Nachbarschaft einander gegenüberstehen und zahlreiche Japaner im Bereich des von den Russen okkupierten Territoriums angesiedelt sind. Dazu kommen die noch keineswegs durchsichtigen Verhältnisse in Korea, so daß wohl niemand sich anmaßen kann, den Ausgang vorherzusagen. Ganz dasselbe gilt von den russisch-englischen Gegensätzen, die sich zwar sehr zugespitzt haben — wie der „Temps" mit Recht ausführt — aber doch nicht mehr, als es im letzten Menschenalter so häufig der Fall war. Unter keinen Umständen halten wir es für wahrscheinlich, daß, wenn die Differenzen mit Japan ausgeglichen sind, Rußland sich gegen England wenden sollte. Das hieße ja das erstrebte Friedenswerk mutwillig selbst untergraben.

Es ist allgemein aufgefallen, daß die russischen Residenzblätter seit einiger Zeit ihre Betrachtungen über den Konflikt im Orient eingestellt haben. Erst am 23. Januar hat die „Nowoje Wremja" ihr Schweigen gebrochen. Sie geht von dem Wort des Kaisers aus „Gott segne Rußland mit einem friedlichen neuen Jahr". Wie der Herrscher sei auch die gesamte Nation friedfertig gesinnt, aber diejenigen seien in argem Irrtum, welche diese Friedensliebe mit der des Feiglings — denn auch der Feige will Frieden — verwechselten. Japan scheine sich trotzdem in dem Irrtum zu bewegen, in der Friedensliebe Rußlands ein Zeichen seiner Schwäche zu erblicken und dem Beispiel folgend, das Chamberlain durch sein Verhalten dem Präsidenten Krüger gegenüber gegeben habe, auf Zugeständnisse mit neuen Forderungen zu antworten. Aber Rußland sei nicht Transvaal und das Spiel könnte gefährlich werden. Die japanischen Zeitungen aber stellten die Friedensliebe Rußlands kurzerhand in Abrede, vielmehr sei Japan friedlich gesinnt und Rußland bedrohe es, so daß nichts übrig bleibe, als sich gegen einen schamlosen Überfall zu verteidigen. Leider werde diese Auffassung auch von den russenfeindlichen abendländischen Zeitungen, namentlich aber von der sonst so vorsichtigen „Times" vertreten. All diese Widersprüche seien jedoch leicht zu lösen: „Wir sind keine Feiglinge — unsere Geschichte hat es bewiesen — aber wir sind auch keine Anstifter von Wirren und Krieg. Wir sind Politiker, die einfach und realistisch einem einfachen und realen Konflikt gegenüberstehen. Wir haben, um Ord-

nung in der Mandschurei zu schaffen, Hunderte von Millionen Rubel und Tausende an Menschenleben geopfert. Wir haben dieses Land zu neuem Leben und zu einer neuen Zukunft erweckt. Daß nun ein anderer kommt, um die Früchte unserer Mühen zu pflücken, wünschen wir nicht. Die japanischen Blätter rufen zeternd, daß Rußland die Integrität Chinas achten müsse. Wir erkennen darin den Kniff des schwachen Gegners, der zurzeit nicht aktionsfähig ist, aber darauf rechnet, in Zukunft etwas an sich reißen zu können. Rußland sitzt aber schon in der Mandschurei fest, Japan will es verdrängen und sich an die Stelle setzen. Da hat doch niemand das Recht, Rußland aggressiv zu schelten, nur weil es nicht darauf eingeht, seinen Feinden zu gestatten, daß sie sich auf Rußlands Kosten verstärken.

„Man wird uns entgegnen, das ist nicht Friedensliebe. Wir antworten, daß wir an die Möglichkeit einer anderen Friedensliebe nicht glauben, wo es sich um Politik handelt, d. h. um dasjenige Gebiet, auf welchem keiner für den anderen arbeiten soll."

Man wird an diesen etwas befremdlichen Ausführungen nur die Geringschätzung bedauern, mit der von Japan geredet wird. Seit feststeht, daß Frankreich nicht in Ostasien an die Seite der Russen treten wird, ist Japan ein sehr ernst zu nehmender Gegner, und Rußland hat keinen Anlaß, ihn verächtlich zu behandeln: im übrigen können die Betrachtungen der „Nowoje Wremja" wohl als eine Bekräftigung der Mitteilungen des „Temps" angesehen werden, und wir glauben das um so mehr, als wiederum der nahe Orient in den Vordergrund zu rücken beginnt. Daß die öffentliche Meinung dort und nicht im fernen Osten ein Aktionsfeld für die russische Politik sucht, haben wir seit geraumer Zeit zu verfolgen Gelegenheit gehabt. Neuerdings ist uns ein neuer merkwürdiger Beleg dafür in einer Wiener Korrespondenz der „Peterburgskija Wjedomosti" entgegengetreten, deren Verfasser ein Dr. L. Sokolowski ist. Sie scheint uns als Stimmungssymptom wichtig genug, um hier wiedergegeben zu werden. Die Korrespondenz führt die Überschrift: Eine Unterhaltung mit einem österreichischen Diplomaten. Dr. L. Sokolowski erzählt:

„In letzter Zeit wurde in Wien hartnäckig das Gerücht verbreitet, daß die türkische Regierung energisch für einen Krieg rüste. In Kleinasien werden Pferde gekauft und nach Europa herüber-

geschafft; im Vilajet Adrianopel sind 2000 Fuhren für Kriegszwecke gekauft worden; in Bulgarien werden Kriegsräte ernannt und gehen Dinge vor sich, die noch geheimgehalten werden usw. Weit wichtiger aber ist das folgende Symptom: General Alberoni ist dem Generalgouverneur von Bosnien und der Herzegowina zukommandiert worden. Vor kurzem noch hielt man in Österreich Galizien für das vornehmste Feld künftiger Kriegsoperationen. Man betrachte, daß ein Krieg mit Rußland immer möglich sei und konzentrierte daher alle Aufmerksamkeit auf Galizien. Dort sind die besten Festungen, auf deren Errichtung Hunderte von Millionen verwendet worden sind, dort steht die beste österreichische Kavallerie, dorthin wurden die fähigsten Kriegsgenerale kommandiert. Zu ihnen gehört Alberoni, in dem man den künftigen Oberkommandierenden sah. Und nun ist er, für jedermann unerwartet, nach Bosnien versetzt worden! Das bedeutet, daß die Möglichkeit kriegerischer Operationen sich aus Galizien nach Bosnien verschoben hat und daß die an der bosnischen Grenze stehenden österreichischen Regimenter sich im Kriegszustande befinden. Das ist aber so wichtig, daß es sorgfältig beachtet werden will.

So entschloß ich mich denn, zu einem hochgestellten österreichischen Diplomaten zu gehen, der noch in aktivem Dienste steht und sowohl die Pläne und Absichten des Grafen Goluchowski wie die der höheren militärischen Sphären ganz genau kennt.

Wir sprachen zunächst über andere Dinge. Mein Partner überschüttete mich mit einem Hagel von Fragen über die inneren russischen Verhältnisse, und ich war entsetzt, zu sehen, welche verkehrten Vorstellungen in den höchsten Sphären über das russische Leben, die Wünsche der russischen Intelligenz und über die ökonomische Lage Rußlands herrschen.

Sie haben Recht — sagte mein Partner —, die innere Politik Rußlands bleibt uns dunkel, solange wir sie nur aus den stets tendenziösen polnischen Quellen kennen lernen. Aber die polnische Presse ist nicht nur für uns, sondern für ganz Europa die Quelle zur Erkenntnis des gesellschaftlichen und politischen Lebens in Rußland, und ich gebe zu, daß diese Quelle keine lautere ist. Aber unabhängige Quellen haben wir nicht.

Nun kam das Gespräch auf die jüngsten Ereignisse in Serbien und mein Partner runzelte die Stirn.

Die Sache ist nämlich die, daß die Serben jetzt über Österreich erbittert sind und es im Verdacht haben, zu intrigieren. Die europäischen Gesandten haben Belgrad verlassen, und das gibt man den Österreichern schuld. Die Serben glauben, daß die österreichische Diplomatie von wenig ehrenwerten Motiven zu ihrer Entrüstung bestimmt worden sei. Das Ziel sei, die am Morde beteiligten Offiziere aus dem Konak zu entfernen und sie in allen einflußreichen Stellungen durch Parteigänger Österreichs zu ersetzen. Die würden dann der Politik eine Richtung geben, die Serbien mit gebundenen Händen Österreich ausliefert. Natürlich wollen die Serben das nicht: sie haben den österreichischen Einfluß schon zur Genüge unter Milan kennen gelernt, und deshalb arbeiten sie diesen Plänen entgegen.

Mein Partner sagte: ‚Ich weiß wirklich nicht, was die Serben gegen uns haben. Unsere Erziehung gestattet uns nicht, mit „diesen Leuten" in einem Salon zu sein. Mehr aber wollen wir nicht. Unsere geschäftlichen Beziehungen zu Serbien sind, wie immer, höchst korrekt; alle kommerziellen und politischen Angelegenheiten werden glatt erledigt, aber unser Gesandter kann doch nicht in Belgrad bleiben! Den europäischen Gesandten paßt das wohl: der eine ist in Cannes, der andere in Sizilien, der dritte in Rom und dort amüsieren sie sich.

Endlich sprachen wir von Mazedonien.

Ja, mit der Durchführung der Reformen geht es sehr langsam, man kann sagen, im Schneckenschritt. Wir bauen, aber der Sultan und die Hofkamarilla sprengen die Steine wieder auseinander. Man muß viel Geduld haben, um den Glauben nicht zu verlieren. Sie wollen meine Ansicht kennen lernen: ich glaube nicht, daß es der Diplomatie gelingen wird, irgend ein Resultat zu erlangen.

Aber was dann?

Dann werden wir mit den Türken Krieg führen müssen.

Diese kategorische Antwort eines sehr vorsichtigen Diplomaten setzte mich in Erstaunen. Also die Österreicher machen kein Hehl aus ihren Absichten.

Glauben Sie denn, daß Rußland Ihnen den Auftrag dazu erteilen wird?

Weshalb einen Auftrag? Rußland wird ohne Zweifel selbst am Kriege teilnehmen müssen. Oder glauben Sie, daß die Verwickelungen im fernen Osten ein Hindernis sind? Das ist keineswegs der Fall. Soviel mir bekannt ist, stehen in Ostasien 160000 Mann russischer Truppen. Nicht wahr, das ist eine solide Macht? Aber im europäischen Rußland stehen in Friedenszeiten eine Million Soldaten unter Gewehr. Eine Million! Rußland kommt nicht in die Verlegenheit, uns allein die Abrechnung mit der Türkei zu überlassen. Sowohl die politische Welt bei uns wie in Rußland glaubte, daß die militärischen Operationen gegen die Türkei erst im Frühjahr 1905 eröffnet werden würden. Aber es zeigt sich, daß wir uns um ein ganzes Jahr getäuscht haben.

Also Sie glauben nicht an die Möglichkeit, die Reformen durchzuführen?

Nein, wenn wir fünf Jahre zur Verfügung hätten, läge die Sache anders.

Folglich rechnen Sie für das Frühjahr mit einer nicht zu vermeidenden Erhebung in Mazedonien?

Freilich. Sarafow war in England und dort hat man ihm nicht 25000 Lstr. versprochen, wie die Zeitungen sagen, sondern bedeutend mehr. Und Italien. Gewiß wäre es den Italienern vorteilhafter, wenn wir durch Mazedonien gebunden wären, denn dann hätten sie freie Hand in Albanien, wo sich die Dinge von selbst zu ihrem Vorteil gestalten würden. Trotzdem glaube ich nicht, daß Sarafow feste Zusagen erhalten hat. Außerdem haben wir ja die Italiener zur Durchführung der Reformen mit herangezogen und eben deshalb darauf bestanden, daß General De Georgis Chef der mazedonischen Gendarmerie wurde. Der Kontrakt mit ihm ist unterzeichnet, und in diesen Tagen reist er von Rom nach Mazedonien.

Hier nahm das Gespräch eine neue, mir völlig unerwartete Wendung.

Wir wünschen einen Krieg mit der Türkei nicht, aber wenn die türkische Regierung uns durch ihre Stellung zu den Reformen nötigt, energischer zu handeln — werden wir das nicht umsonst tun. Es kann doch niemand erwarten, daß wir die Ordnung in Mazedonien herstellen und darauf den Hut ziehen und fortgehen, wie ein Lakai, der seine Pflicht getan hat! Wir werden nicht unser Blut vergießen

und viele Millionen an einen mazedonischen Feldzug setzen, nur um eine platonische Freude daran zu haben! Wir werden dafür eine Entschädigung verlangen, in welcher Form — das kann ich Ihnen noch nicht sagen.

So offen hatte noch kein österreichischer Diplomat mit mir über die geheimsten Pläne geredet. Mein Partner gehört zu den allervorsichtigsten, und wenn er sich entschloß, mir das zu sagen, so verfolgte er damit ganz bestimmte Zwecke.

Welche mögen es gewesen sein?

Mit dieser Frage schließt der Dr. Sokolowski sein Referat über das Gespräch mit dem „hochgestellten Diplomaten", und wir wollen ihm bis auf eine Kleinigkeit gern glauben, daß das Gespräch so stattgefunden hat, wie er es wiedererzählt. Diese Kleinigkeit aber betrifft den „Partner", von dem wir annehmen, daß er der intelligente Kammerdiener des Diplomaten gewesen sein wird. Aber nicht darin liegt das Interesse, das wir an diesen Ausführungen nehmen, sondern darin, daß die hier stigmatisierten politischen Absichten Österreichs in höchstem Ernst dem leichtgläubigen russischen Publikum als neueste politische Enthüllung vorgeführt werden und dort gewiß Glauben finden. Daß trotz des Zusammengehens von Rußland und Österreich-Ungarn in der Reformaktion die russische Presse systematisch dahin arbeitet, die Stimmung der öffentlichen Meinung gegen Österreich zu erhitzen, haben wir in diesem wie im vorigen Jahre an einer langen Reihe von Beispielen gezeigt. Bosnien-Herzegowina ist noch immer der wunde Punkt, den diese Presse nicht vernarben läßt, und der Hinweis auf ein weiteres Vorrücken der Österreicher nach Osten zu die bête noire, mit der man in Rußland die politischen Kinder schreckt. Dazu kommt die gleichfalls oft belegte Neigung, eine Aktion im Balkan anzugreifen, weil man, wie immer der Ausgang sein mag, davon eine Rückwirkung auf die inneren Verhältnisse Rußlands, und zwar im konstitutionellen Sinne, erwartet. Darin ist im Grunde alles einig, was nicht an der Konservierung des geltenden Systems festhält.

Die russische Autorität des „L'Européen", Herr Nesvoy, geht sogar so weit, aus eben diesem Grunde einen Krieg mit Japan zu wünschen, in dem die Japaner siegen. Denn siege Rußland, so werde eine neue Periode von Tollheit und Willkür folgen, gebe es

aber eine Niederlage, dann werde der Regierung weiter nichts übrig bleiben, als sich an das Land zu wenden, ihm ihre Unfähigkeit und ihre Fehler — die Verbrechen gleichkämen zu bekennen und zu gestehen, daß es ihr unmöglich sei, fortan allein die Geschäfte und die Geschicke des Volkes zu leiten! „Ainsi pensent beaucoup de patriotes éclairés." Das ist nun freilich die Weisheit der Verzweiflung und der völligen Direktionslosigkeit. Soweit wir die wirkliche Stimmung in Rußland kennen, würde dort eine Niederlage, von den Japanern der russischen Armee oder Flotte beigebracht, den Effekt haben, ungeheure Anstrengungen hervorzurufen, deren Ziel die Revanche wäre. In einem türkischen Kriege aber glaubt niemand in Rußland an die Möglichkeit einer Niederlage, wohl aber an die Möglichkeit großer Verluste und an die Gewißheit großer pekuniärer Opfer. Die letzteren aber müßten in ihren Konsequenzen zu einer Reform in liberalem Sinne führen, und deshalb wünscht man diesen Krieg allerdings.

Die Nachrichten aus Südwestafrika zeigen, wie unumgänglich die schnelle Hilfe war, zu der Regierung und Reichstag sich entschlossen haben. Leider kommt sie trotz allem für viele zu spät. Auch fürchten wir, daß, was wir bisher an Mannschaft aufgebracht haben, kaum reichen wird, das Ziel zu erreichen. Es gilt ja nicht nur, den bedrängten Landsleuten Hilfe zu bringen, sondern uns das Land selbst zu erhalten. Je früher ein zweites Expeditionskorps dem ersten folgt, um so dankbarer werden wir sein.

31. Januar. Fremdenfeindliche Bewegungen in Canton.
1. Februar. Antrag der bulgarischen Regierung auf Unterstützung bulgarischer Flüchtlinge.
2. Februar. Eröffnung des englischen Parlaments. Unterwerfung der Bondelzwarts. Rücktritt des Kabinetts Gruitsch Serbien.
3. Februar. Leutwein unterwegs nach Swakopmund.

3. Februar 1904.

Unser politisches Urteil über die beiden kritischen Probleme, die der Entscheidung entgegenreifen, muß sich auch heute noch darauf beschränken, Symptome abzuwägen und nach ihrer Bedeutung zu würdigen. Wir sagen „beide" Probleme, denn es wäre Verblendung, sich darüber zu täuschen, daß auch im nahen Orient die Gegensätze sich bedenklich zuspitzen und die Lage entschieden weniger hoffnungsvoll ist, als etwa im Februar vorigen Jahres.

Es ist vielleicht am aussichtsvollsten, dabei von einer Betrachtung der inneren russischen Verhältnisse auszugehen. Unsere Leser werden sich noch des Manifestes erinnern, das Kaiser Nikolaus II. am $\frac{10.\ \text{März}}{26.\ \text{Februar}}$ vorigen Jahres erließ. Es wurde damit eine Revisionskommission angekündigt, deren besondere Aufgabe sein sollte, die geltende Bauergesetzgebung, wie sie im Jahre 1861 begründet worden war, einer erneuten Prüfung zu unterziehen und die Grundzüge für ein neues Bauerrecht festzustellen. Das Manifest schrieb dabei vor, daß der ständische Charakter der Bauergemeinde aufrechterhalten werden müsse, an dem Gesamtbesitz der Gemeinde am Gemeindelande nicht gerührt werden dürfe, daß aber dem einzelnen Bauern der Austritt aus der Gemeinde zu erleichtern sei.

Mit Ausführung dieser „Revision" wurde das Ministerium des Innern, also Herr v. Plehwe, betraut, der zu Anfang dieses Jahres die Ergebnisse seiner Arbeit vorlegen konnte. Es war mit einer für russische Verhältnisse ganz unerhörten Schnelligkeit gearbeitet worden. Natürlich war das Resultat eine Paraphrase der im kaiserlichen Manifest vorgeschriebenen Gesichtspunkte, neu nur die Begründung,

die mit großem Scharfsinn bewies, wie weise und wie notwendig jene grundlegenden Gesichtspunkte seien. Auf der Bauerschaft ruhe Wohl und Wehe des Staates, sie sei mehr als jeder andere Teil der Bevölkerung ein positives erhaltendes Element. Wer Kraft und Bestand des Reiches sichern wolle, müsse daher die Bauerschaft in allem Wesentlichen so konservieren, wie sie sei: vor allem also, es dürfe nicht an dem Gesamtbesitz der Gemeinde gerüttelt werden. Da aber der Gesamtbesitz der Gemeinde am Grund und Boden mit dem historischen Leben der Nation, mit den besonderen Anschauungen der Bauern über Besitz, Familie und Recht auf das engste verwachsen sei, folge daraus auch, daß von einer Ausdehnung des allgemeinen Reichsrechts, namentlich aber des bürgerlichen Rechts auf die Bauern keine Rede sein dürfe. In Gericht und Verwaltung müsse nach wie vor das bäuerliche Gewohnheitsrecht behauptet und die ständische Organisation daher aufrecht erhalten werden.

Nun widersprechen diese Gesichtspunkte nicht nur allen Wünschen, sondern auch allen Instinkten der gebildeten Russen, soweit diese nicht Beamte (Tschinowniks) sind. Was sie wünschen, ist die völlige Durchbrechung der ständischen Schranken und ein für alle geltendes gleiches Recht, oder, wie man in Rußland sagt, die Ausdehnung des Prinzips der „Allständigkeit" auch auf die Bauern, und Abschaffung des verhaßten Instituts der „Landschaftshauptleute", welches durch eine Verbindung von administrativen und richterlichen Befugnissen die Bauern in Vormundschaft nimmt. Es war daher nicht daran zu denken, daß das von der Revisionskommission ausgearbeitete Projekt, wenn es den Semstwos (den Selbstverwaltungskörperschaften der Gouvernements und Kreise) vorgelegt wurde, bei diesen eine zustimmende Beurteilung finden werde. Offenbar hat Herr v. Plehwe das vorhergesehen. Ein namentlicher Allerhöchster Ukas an den dirigierenden Senat vom 22. 9. Januar 1904 bestimmt daher, daß in denjenigen Gouvernements, in welchen das Institut der Landschaftshauptleute besteht und außerdem in Kiew, Wolhynien, Podolien, Gouvernementskonferenzen zur Prüfung der Arbeiten der Revisionskommission berufen werden, die einen rein bureaukratischen Charakter haben und nur solche Vertreter der Selbstverwaltungskörperschaften in ihren Schoß aufnehmen werden, die der Gouverneur beruft. Der Minister des Innern aber wird über den Modus

der Beratung und über die Geschäftsordnung eine besondere Instruktion erlassen.

Auch diese Versammlungen werden daher zu dem im kaiserlichen Manifest vom 10. März 1903 vorgeschriebenen Resultat kommen, und der Gegensatz zwischen der inneren Politik der Regierung und den Wünschen der russischen Intelligenz wird infolgedessen noch klaffender werden.

Nun maßen wir uns nicht an, in einer Frage von so ungeheurer Tragweite, wie es die Aufhebung des bäuerlichen Gesamtbesitzes am Gemeindelande und die Einführung eines für alle Stände geltenden gleichen Rechtes wäre, ein autoritatives Urteil abzugeben. Es ist ja möglich, daß nach Herstellung voller Freiheit — wie behauptet wird — die Gemeinden auseinanderstieben und das alte Nomadenblut der Nation zum Durchbruch kommen würde, und das wäre allerdings eine Kalamität; was uns interessiert, ist die steigende Erbitterung über die Autoritätspolitik der Regierung. Diese Erbitterung hat in einzelnen Gouvernements einen außerordentlich scharfen Ausdruck gefunden und dahin geführt, daß ein Allerhöchster Befehl vom 29. 16. Januar d. J. dem Minister des Innern die Vollmacht erteilt, für die Jahre 1904—1906 die Präsidenten und Mitglieder des Gouvernements-Landschaftsamts im Gouvernement Twer, und eines Kreislandschaftsamts zu ernennen (statt der durch das Gesetz vorgeschriebenen Wahl) und gleichzeitig die Gouvernements- und Kreislandschaftsversammlung zu inhibieren. Außerdem erhielt der Minister des Innern die Befugnis, schädlichen Personen den Aufenthalt im Gouvernement zu verbieten, und der Gouverneur das Recht, solche Personen, wenn sie im Dienst der Landschaft stehen sollten, aus dem Dienst zu entfernen.

Die sehr eingehende Motivierung dieses Allerhöchsten Befehls zeigt, daß die Regierung schon lange über die Opposition unwillig ist, die ihr in den Selbstverwaltungskörperschaften des Gouvernements entgegentritt, und daß letztere bemüht sind, unter der Hand den Intentionen der Regierung entgegenzuarbeiten. Namentlich unzufrieden ist sie mit der Tätigkeit der von der Semstwo beeinflußten Volksschullehrer, denen Propaganda antistaatlicher und irreligiöser Ideen vorgeworfen wird. Es ist aber der eigentliche Grund der Opposition im Twerschen darin zu finden, daß die Regierung neuerdings die

Landschaftsschulen an das geistliche Ressort übergab, d. h. Herrn Pobedonoszew unterstellte, dessen Prinzipien offenbar nicht die der Twerschen Gouvernementslandschaftsversammlung sind, die sofort nach Erlaß dieser, die Schulen betreffenden Bestimmungen, ihnen die Mittel zu fernerem Unterhalt, soweit sie von der Landschaft gestellt wurden, entzog. Es tritt uns hier das erste Beispiel einer derartigen Entziehung der Selbstverwaltungsrechte entgegen, aber es ist nicht unmöglich, daß überhaupt eine wesentliche Minderung des russischen Gouvernements- und Kreisparlamentarismus bevorsteht.

Bekanntlich hat Rußland im Königreich Polen und in den neun Westgouvernements (Kowno, Grodno, Minsk, Mohilew, Witebsk, Kiew, Wolhynien, Podolien) ein wahrscheinlich auch für die Ostseeprovinzen Livland, Estland, Kurland bestimmtes Surrogat für die Semstwo eingeführt, welches jede Opposition im großen Stil unmöglich macht, neuerdings aber ist beschlossen worden, im Gouvernement Astrachan einen neuen Typus einzuführen, bei welchem die Gouvernementslandschaftsversammlung — also die eigentliche Krönung der Selbstverwaltungsorgane — ganz wegfallen und durch eine Behörde unter dem Präsidium des Gouverneurs ersetzt werden soll. Nur Kreislandschaftsversammlungen, jedoch nur drei für fünf Kreise, werden im Astrachanschen geduldet werden.

Der Leser entschuldige die ausführliche Darlegung, aber die erwähnten Tatsachen sind in mehrfacher Hinsicht von Wichtigkeit. Einmal zeigen sie uns, daß die Regierung die Gouvernementslandschaftsversammlungen gern ganz los wäre, andererseits aber, daß sie in der eingeschlagenen Bahn bleibt und rücksichtslos über die öffentliche Meinung hinwegschreitet, obgleich über deren Wünsche kein Zweifel besteht. Rußland schreitet zu den Zuständen zurück, die vor 1864 bestanden, und hält von den späteren Reformen nur diejenigen aufrecht, an welche sich keine auf Beschränkung der Selbstherrschaft gerichtete Agitation knüpfen kann.

Wenn wir nun hören, daß das gute Verhältnis zwischen dem früheren Finanzminister Witte und dem Zaren wiederhergestellt sei, und die Übernahme des Finanzministeriums durch ihn wieder zu einer Wahrscheinlichkeit geworden ist, müssen wir wohl annehmen, daß Witte sich dem System Plehwe angeschlossen und seiner liberalen Anwandlungen Herr geworden ist.

Dafür fehlt es aber nicht an guten Gründen. Rußland sieht in der Krisis des fernen Ostens und vor der Möglichkeit einer Krisis im nahen Orient. Weder das eine noch das andere macht es möglich, eine unruhige Opposition im Innern zu dulden: beides schließt eine erregende Reform, wie es die Aufhebung des Gesamtbesitzes der Gemeinde und der anderen damit verbundenen Wünsche nach Meinung der Regierung wäre, vom Petersburger Standpunkt aus gesehen, selbstverständlich aus: beides endlich läßt wünschen, daß die Leitung der Finanzen wieder in die Hände Wittes kommt, der jedenfalls den einen Beweis erbracht hat, daß der Fiskus unter ihm nicht Not leidet. Und insofern stehen diese Dinge gewiß in Zusammenhang mit der großen Politik.

Sollen wir unsere Auffassung der Lage, jetzt wo die Entscheidung unmittelbar bevorsteht und die Antwortnote der russischen Regierung vielleicht schon fertiggestellt und auf dem Wege nach Japan ist, darlegen, so sehen wir in dem Gang, den die Verhandlungen während der letzten Wochen genommen haben, einen Kampf um den Schein eines besseren Rechtes. Er wird von beiden Seiten mit außerordentlicher Klugheit, fast möchte man sagen Verschlagenheit geführt und schließt es nicht aus, daß noch in zwölfter Stunde, sei es von Tokio oder von Petersburg aus, das Wort gesprochen wird, das für den Augenblick den Frieden sichert.

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist der authentische Text der russischen Antwortsnote bereits seit Sonnabend bekannt. Man findet ihn in einem offiziösen Artikel der „Nowoje Wremja" vom 30. Januar und er lautet (nach Weglassung der redaktionellen Einleitungsfloskeln):

„In unseren Verhandlungen mit Japan gibt es zwei wesentliche Punkte. Der erste betrifft die Mandschurei, der andere Korea. In betreff der Mandschurei soll Rußland den Japanern gegenüber keinerlei Verpflichtungen übernehmen, ja ihnen nicht einmal Versprechungen machen. Rußland erkennt an, daß diese Provinz unter der Souveränität Chinas steht, und kann über sie ausschließlich in Peking verhandeln. Wenn andererseits Japan das dringende Bedürfnis fühlt, seine Interessen in der Mandschurei zu verteidigen, so steht ihm völlig frei, darüber mit der chinesischen Regierung in Verhandlung zu treten. So erscheint jeder Wunsch Japans, von Rußland irgend welche Garantien in betreff der Man-

dschurei zu erhalten, mindestens ziellos, und wenn sie ein friedliches Ergebnis erreichen wollen, würden die japanischen Diplomaten klug tun, wenn sie die mandschurische Frage aus den Verhandlungsobjekten ausschlössen. Etwas anders liegt die koreanische Frage. Hier sind die Bedingungen, in denen Rußland und Japan sich befinden, ziemlich gleichartig; natürlich sprechen wir von den ökonomischen Interessen. Ganz wie Japan ein Interesse hat, einen überwiegenden ökonomischen Einfluß in Süd-Korea auszuüben, ist Rußland daran interessiert, seinen ökonomischen Einfluß in der nördlichen Hälfte dieses Landes nicht zu verlieren. Es ist also möglich, die Sphären dieser Interessen zu teilen: in diesem Sinne sind schon früher Verträge mit Japan geschlossen worden, sie können auch jetzt geschlossen werden. Wie es scheint, kann die Sphäre unserer Interessen nicht nördlicher als bis zum 39. Grad n. Br., also bis zur Linie Port Arthur gehen. Alles, was südlich davon liegt, könnte Japan zur Nutzung überlassen werden. Aber nur ökonomisch. Rußland kann nicht darauf eingehen, daß Japan in diesem Teile Koreas Befestigungen anlegt, denn solche Befestigungen — an der Küste — würden unsere Verbindung zwischen Port Arthur und Wladiwostok bedrohen, Befestigungen im Binnenlande aber würden die Entwickelung unseres Handels in Nordkorea und in der Mandschurei gefährden. Das sind, wie uns scheint, die Punkte, auf Grund welcher eine Verständigung mit Japan erfolgen könnte. Rußland kann auf das Minimum dieser Bedingungen nicht verzichten, wenn es auch in Zukunft im fernen Osten gedeihen will. Und wenn Japan ebenso aufrichtig den Frieden will, wie Rußland ihn wünscht, so hat es sich unerfüllbarer Forderungen zu enthalten, wie sie ihm unter der Hand (wörtlich: seitwärts) eingeflüstert werden."

In dieser Kundgebung ist in betreff der mandschurischen Frage im Prinzip ein Rückzug angetreten, mit dem, wenn es sich um Prinzipienfragen handelte, Japan wohl zufrieden sein könnte. Es sind aber auf beiden Seiten Macht- und Zukunftsfragen, und keine von beiden Mächten legt in der mandschurischen Angelegenheit besonderen Wert auf die Willens- und Meinungsäußerungen Chinas. China ist zu schwach, um seinem Willen in der Mandschurei Geltung zu erzwingen, und daran, fürchten wir, muß der sonst durchaus korrekte russische Vorschlag scheitern. Weshalb aber in betreff Koreas von

russischer Seite nicht dieselbe Stellung angenommen worden ist, erklärt sich wohl nur aus der Erwägung, daß die völlige Ohnmacht des Kaisers von Korea so augenscheinlich ist, daß ein Verweisen auf seine Entscheidung fast wie ein böser Scherz aufgefaßt worden wäre. Daß aber die in der „Nowoje Wremja" Note formulierten Vorschläge über die Herstellung ökonomischer Interessensphären in Korea den Japanern plausibler erscheinen dürften als der mandschurische Ausweg, ist gleichfalls schwer glaublich. Auch meinen wir, daß in der „Nowoje Wremja" nicht das letzte Wort der russischen Regierung gesagt ist. Der Artikel erschien am Sonnabend früh; er ist ohne Zweifel vom japanischen Gesandten sofort nach Tokio telegraphiert worden, so daß man in Petersburg wohl schon am Sonntag, spätestens am Montag darüber orientiert gewesen sein muß, welche Aufnahme er in Tokio gefunden hat. Der Inhalt eines Zeitungsartikels aber kann stets dementiert werden, so daß nach vorausgegangener Orientierung immer noch Zeit bliebe, eine andere, günstigere Fassung der japanischen Regierung vorzulegen.

Und das halten wir für das Wahrscheinlichere. Als Termin für Absendung der Antwortsnote ist von russischer Seite die Mitte dieser Woche angegeben, sie könnte also am 3. oder 4. in Tokio sein, denn der Telegraph besorgt den Verkehr, und Ende der Woche könnte die allgemach in nervöse Spannung geratene Welt wissen, woran sie ist. Kommt es auf Rußland an, so meinen wir, das Resultat dürfte Frieden sein, schon aus der Erwägung, daß die steigende Unsicherheit auf der Balkanhalbinsel eine Bindung der russischen Streitkräfte in Asien unerwünscht erscheinen läßt. Wir denken dabei natürlich nur an die russische Flotte, denn Rußland ist zu Lande stark genug, um gleichzeitig in Europa in voller Aufrüstung zu stehen und in Asien zu kämpfen. Aber die Krisis auf der Balkanhalbinsel droht allerdings in einen Krieg auszumünden, wenn Rußland in Ostasien gefesselt wird, weil dann Boris Sarafow und seine Anhänger größere Aussicht haben, in den ersten Stadien ihrer Aktion — und daß sie im Frühjahr das alte Spiel wieder aufnehmen werden, kann als sicher gelten — ziemlich unbehindert vorzugehen. Sobald aber die Pforte zu energischen Repressalien greift, wird die Mobilisierung der öffentlichen Meinung Rußlands erfolgen, von welcher er den Entschluß auch der russischen

Regierung zum bewaffneten Einschreiten erwartet. So ist die Rechnung, deren Kosten zunächst die unglücklichen Mazedonier und darauf alles wird zahlen müssen, was in den dann entstehenden Strudel mit hineingezogen wird.

Wir tragen weder der mazedonischen Bewegung, noch insbesondere Herrn Boris Sarafow die geringsten Sympathien entgegen. Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, daß es sich um einen Befreiungskampf der christlichen Bevölkerung vom Türkenjoch, oder doch mindestens um die Erringung geordneter und erträglicher Verwaltungs- und Rechtsverhältnisse handelt. Es ist ein Eroberungskrieg des schismatischen bulgarischen Exarchats, namentlich gegen die hellenischen Kirchen gerichtet, und ein national-bulgarischer Eroberungszug, der darauf ausgeht, mazedonische Serben, Griechen und Walachen erst staatlich zu gewinnen und dann zu Zwangsbulgaren zu machen. Ohne Boris Sarafow gäbe es auch keine Komitatschis und auch keinen Terrorismus, der die gewiß nicht kriegslustigen Bauern der blühenden mazedonischen Dörfer nötigt, zu den Waffen zu greifen. Der Türke war ihnen im Grunde ein bequemer Herr. Auch in ihm tritt die Bestie erst zutage, wenn er fanatisiert ist, und fanatisiert hat ihn erst das Treiben der mazedonischen Komitees. Gewiß wäre das Beste, wenn Sarafow in die Hände der Türkei fiele und dann dem unglücklichen Lande die Gelegenheit geboten würde, sich von dem Unheil zu erholen, das er gebracht hat. Wer Mazedonien, wie es vor Sarafow lebte, kennen lernen will, lese die vortreffliche Betrachtung, die der General v. d. Goltz in der Februarnummer der Velhagen und Klasingschen Monatshefte veröffentlicht hat. Die russische Presse aber tut alles Mögliche, um die Sarafowsche Auffassung in Rußland zu verbreiten: sie hetzt gegen den Fürsten Ferdinand, zerrt an der bosnisch-herzegowinischen Frage, um Österreich-Ungarn den „Slaven" verdächtig zu machen — was wir alles an einer langen Reihe von Beispielen belegen könnten —, kurz sie versäumt nichts um die Vorstellung zu erwecken, daß alle ihre Sympathien einem Aufhören der Verhandlungen und einer entschlossenen kriegerischen Aktion Rußlands gelten.

Daß man in Japan dieser Balkankrisis die höchste Aufmerksamkeit zuwendet, ist zweifellos, weniger sicher, welche Schlüsse daraus gezogen werden. Sie können der Friedenswage günstig sein,

wenn die Rechnung dahin geht, den Ausbruch auf der Balkanhalbinsel abzuwarten, um dann von dem gebundenen Rußland auch ohne Krieg Zugeständnisse zu ertrotzen, die heute nur mit Feuer und Schwert zu erlangen wären; sie können aber auch der Kriegspartei den Nacken steifen, weil die mazedonische Frage voraussichtlich bald finanziell und militärisch die größten Anforderungen an Rußland stellen werde.

So unsicher und so völlig unberechenbar liegen selbst vom Standpunkt der nackten Interessen aus betrachtet die Dinge. Sie werden völlig unsicher, sobald man das psychologische Moment der entscheidenden und handelnden Personen und die Macht des freien oder des künstlichen Zufalls mit in Anschlag setzen will.

Aber man mag noch so sehr alle dem Frieden günstigen Momente ausspielen, weder in Ostasien noch auf der Balkanhalbinsel läßt sich mehr erreichen als ein Stillstand.

Wir fügen noch ein Wort über England und China hinzu. Daß die tibetanische Aktion zu einem russisch-englischen Zusammenstoß führen sollte, ist sehr unwahrscheinlich. Die fast endlosen Räume, die zwischen den Rivalen liegen, machen es so gut wie unmöglich. Mit Persien und Afghanistan aber haben beide Mächte Frieden, ein indischer Feldzug Rußlands gehört zu den Träumen, mit denen man Kinder schreckt. Was wahrscheinlich ist, wird wohl ein Vordringen Rußlands in die westchinesischen Gebiete, nach Kuldscha und in die Mongolei sein, die ohne große Anstrengung und ohne daß England auch nur das Geringste dagegen tun könnte, ihnen zufallen dürften. Das arme China, es wird, wie immer die Dinge gehen, ob der Friede gewahrt bleibt oder die Kriegsfurie ihre Fackel schwingt, die Kosten tragen.

1. Februar. Nachricht vom Entsatz von Windhoek und Okahandja.
7. Februar. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Rußland.
9. Februar. Angriff der Japaner auf das russische Geschwader in Port Arthur. Kriegserklärung Rußlands.

10. Februar 1904.

Rußland und Japan stehen vor der Wahrscheinlichkeit eines Krieges, aber nicht im Kriege. Das ist die Lage des Augenblicks und war auch die Lage der letzt vorausgegangenen Wochen. Nun hat der Entschluß der japanischen Regierung, ihre Gesandtschaft aus Petersburg abzurufen und der unmittelbar darauf folgende korrespondierende Gegenzug Rußlands die Situation erheblich verschärft. Auch wer, wie wir es getan haben, auf Grund wohl beglaubigter Nachrichten über die friedliche Stimmung der leitenden Kreise in Petersburg, der in Tokio die einflußreiche vom Mikado unterstützte Stimme des Marquis Ito und seiner Freunde entsprach, immer noch einen Vergleich auf der Basis gegenseitiger Zugeständnisse für möglich, ja sogar für wahrscheinlich hielt, wird heute diesen friedlichen Ausgang zwar noch als immerhin denkbar annehmen, aber schwerlich an ihn glauben können. Es liegt ja allerdings keine Kriegserklärung vor, aber die Praxis des Völkerrechts hat nach dem letzten russisch-türkischen Kriege regelmäßig davon abgesehen. Der Kriegszustand pflegte faktisch einzutreten, und erst den vollzogenen Tatsachen folgte der Name. Dies ist auch heute der Weg, den die Entwicklung der russisch-japanischen Beziehungen wahrscheinlich nehmen wird. Daß Kaiser Nikolaus II. die geplante Reise nach Moskau, von welcher man die Ankündigung des Krieges erwartete, verschoben hat, scheint darauf hinzudeuten. Irren wir nicht, so will man in Petersburg den Japanern auch in dieser Hinsicht die Initiative lassen: gleichviel ob Kriegserklärung oder tatsächlicher Beginn der Feindseligkeiten, Japan soll auch diesen entscheidenden letzten Schritt tun, denn Rußland will in der Defensive handeln. Vielleicht läßt sich dafür auch eine

Erwägung praktischen, nicht nur moralischen Vorteils geltend machen. Das russische Geschwader ist wahrscheinlich noch im Roten Meer, während die beiden von Japan in Italien gekauften chilenischen Kreuzer bereits Singapore passiert haben. Solange keine Kriegserklärung erfolgt ist und keine Feindseligkeiten stattgefunden haben, können die russischen Schiffe für ihre weitere Fahrt unbehindert Kohle einnehmen und sich verproviantieren. Ist der Krieg erklärt oder ausgebrochen, so treten die lästigen Beschränkungen ein, welche das Völkerrecht vorschreibt: die Schiffe der feindlichen Mächte dürfen in neutralen Häfen nur bis zum nächsten Hafen mit Kohle versorgt werden. Ein Aufschub wäre demnach ein Gewinn für Rußland. Es scheint aber fraglich, ob die Japaner sich den Vorsprung, den sie gewonnen haben, auf diesem Wege werden abringen lassen. Haben wir bis zur Stunde auch keine offizielle Äußerung der japanischen Regierung, die uns berechtigte, über die Haltung zu augurieren, die sie nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen einzunehmen entschlossen ist, so klingt alles, was der japanische Gesandte in London, Hayaschi, hören läßt, sehr kriegerisch und sehr dezidiert. Es ist derselbe Hayaschi, der den englisch-japanischen Vertrag vom 30. Januar 1902 (veröffentlicht am 12. Februar) unterzeichnet hat, und wir dürfen wohl annehmen, daß er sehr genau über die Absichten seiner Regierung unterrichtet ist, genauer vielleicht als sein Kollege in Petersburg, der, bevor der Bruch erfolgte, der optimistisch irenischen Tendenz als Sprachrohr diente.

Doch das alles sind Mutmaßungen, und wir wollen lieber suchen, einen Boden feststehender Tatsachen zu gewinnen.

Da ist doch vorauszuschicken, daß Japan einen Bundesgenossen in Ostasien hat, Rußland aber keinen. Der japanische Bundesgenosse ist England, während Frankreich, das als russischer Bundesgenosse in einem russisch-japanischen Konflikt galt, sich mit aller Entschiedenheit jeder Teilnahme an einer Aktion in den ostasiatischen Gewässern entzogen hat. England dagegen hat schon jetzt mehr getan, als ihm der Vertrag vom 30. Januar vorschrieb. Verpflichtet war es auch für den Kriegsfall nur zu strikter Neutralität, es sollte sich außerdem „bemühen", andere Mächte von Angriffen auf seinen Alliierten abzuhalten. Erst wenn Japan mit mehreren Gegnern zu kämpfen hätte, war England gehalten, auch seinerseits in den Krieg einzu-

treten und — was wichtig ist — mit Japan gemeinsam Frieden zu schließen. Wir erinnern uns, daß das Bündnis für die Dauer von fünf Jahren gilt. Schon gleich nach Veröffentlichung der Bündnisakte bemerkten wir, daß damit die Entscheidung über Krieg und Frieden in Japans Hände gelegt sei, und daß wir vor 1907 aller Wahrscheinlichkeit nach einen Krieg zu erwarten hätten. Als Rußland am 16. März diese englisch-japanische Verbrüderung mit Ausdehnung der französisch-russischen Allianz auf Ostasien beantwortete, wurde damit ein Gewicht für die Erhaltung des Friedens in die Wagschale geworfen. Obgleich man in Petersburg fest entschlossen war, die in Ostasien verfolgten Ziele nach wie vor nicht aus dem Auge zu lassen, konnte man doch darauf rechnen, daß Japan, wenn Rußland und Frankreich fest zueinander hielten, sich mit den Zugeständnissen werde zufrieden geben müssen, die Rußland mit seinem Interesse für vereinbar hielt. Als der genaue Text der französisch-russischen Vereinbarung bekannt wurde, fiel jedoch sofort auf, daß im Grunde nur eine Kulisse, kein fester Bundesbau errichtet war. Alles blieb späterer Abmachung vorbehalten, und die Folge war nun, da Rußland der begehrende Teil wurde, daß Frankreich sich außerordentlich spröde zu zeigen begann. Wir haben die verschiedenen Stadien dieser interessanten Entwickelung aufmerksam verfolgt. Ein Gegensatz in Beurteilung der orientalischen Frage war bereits vorausgegangen. Nicht mit Frankreich, sondern mit Österreich-Ungarn schritt Rußland an die Ordnung der sich immer mehr verwickelnden Balkanwirren, und den Bestrebungen der ad hoc Alliierten von 1897 trat ein schwer zu fassender, aber gleichsam an den Spuren ertappter französisch-englischer Widerstand entgegen. Die Gegner von Faschoda und Maskat hatten sich auf dem klassischen Boden ihrer gemeinsamen Interessen, dem petit Orient, wieder zusammengefunden. Aber das geschah — wenn wir von der plumpen Mytileneaffäre absehen — sehr diskret und allezeit mit einem freundlichen Lächeln und geflissentlichen Händedrücken nach Petersburg hin. Die einst in Frankreich so ungeduldig aufgeworfene Frage „alliance ou flirt" hätte damals mit Fug und Recht von Petersburg zurückgegeben werden können. Aber das war nur ein Vorstadium.

In London hatte man das Versprechen, andere Mächte von Angriffen auf Japan abzuhalten, im eigensten Interesse sehr ernst ge

nommen. Berührte doch diese ostasiatische Frage das englische Interesse mehr als jede andere. Man wußte in London sehr genau, daß eine Gegnerschaft Frankreichs ein Zusammenwirken mit Japan unmöglich machte. Die Energie, mit der die Franzosen in den letzten Jahren ihre Seemacht entwickelt haben, die unbestreitbare Überlegenheit des französischen Heeres über das englische, die nahe Nachbarschaft beider Mächte schloß jede Aktion im fernen Osten aus, wenn auch nur die Möglichkeit, — wir sagen nicht einmal Wahrscheinlichkeit — vorlag, daß Frankreich als Bundesgenosse Rußlands sein Schwert und seine Flotte gegen England richten könnte. Dazu kam der lebhafte, beiden Teilen vorteilhafte Handelsverkehr, der Umstand endlich, daß Frankreich nicht durch die geringsten eigenen Interessen an die mandschurisch-japanischen Angelegenheiten gebunden war, wohl aber in Hinterindien alle Ursache hatte, gute Beziehungen zu England zu pflegen. Herr Delcassé hat nie ein Hehl daraus gemacht, wie außerordentlich hohen Wert er auf ein freundnachbarliches Verhältnis zum Kabinett von St. James lege. Hier hat nun die englische Politik eingesetzt. Erst war es die Presse, die den Gedanken eines englisch-russisch-französischen Bündnisses vertrat, wobei dann die säkularen Gegensätze der ostasiatischen Politik Rußlands und Englands forteskamotiert wurden, als seien sie ein Phantom. Es ist höchst interessant, zu verfolgen, wie die öffentliche Meinung Frankreichs auf diesem Wege von ihrer ursprünglichen Richtung abgelenkt wurde. Als König Eduard VII. im Frühling vorigen Jahres seine vielbesprochenen Reise antrat, war der Boden nach allen Seiten hin vorbereitet. Sein Besuch in Paris, die zwischen ihm und dem Präsidenten Loubet am 3. Mai gewechselten Reden, der Gegenbesuch Loubets in Windsor im Juli, danach die Wallfahrten der parlamentarischen Koryphäen beider Staaten nach Paris und London, der Abschluß des englisch-französischen Schiedsvertrages und die Vereinbarung über Marokko, das alles bedeutet in seiner Summe eine Wendung der französischen Politik, die wohl nirgends mit mehr gespannter Aufmerksamkeit verfolgt worden ist, wie in Japan.

Der Schluß, der sich daraus ziehen ließ, lag, mit den Händen greifbar, vor ihnen: waren England und Frankreich so eng befreundet, so konnte die Ausdehnung der alliance franco-russe auf den fernen Osten als ein Phantom betrachtet werden. Nicht England

war durch Frankreich gebunden, sondern umgekehrt Frankreich durch England, das nebenher freie Hand behielt, im Osten seinem japanischen Bündnis gerecht zu werden.

Ist, wie wir glauben, unsere Argumentation richtig, so folgt wohl daraus, daß erst diese Haltung Frankreichs den Japanern den Entschluß reifen ließ, nicht länger zu zögern, sondern die gegebene, für sie unerhört günstige politische Kombination auszunützen. Mit einer europäischen Großmacht als Bundesgenossen im Fall der Not, durch Interessengemeinschaft in der mandschurischen Frage mit China und den Vereinigten Staaten wenn nicht verbunden, so doch geeinigt, riskieren sie in dem für sie ungünstigsten Fall, auf ihre Inseln zurückgeworfen zu werden, ohne einen territorialen Verlust befürchten zu müssen. Unter allen Umständen aber bleibt ihrem Selbstgefühl der Ruhm, daß sie im Kampf einer Macht, wie Rußland es ist, gegenübergestanden haben.

So ist diese Fesselung Frankreichs in der Tat ein ungeheurer Dienst, den England den Japanern geleistet hat, und zugleich eine Schädigung Rußlands, wie sie empfindlicher nicht sein konnte. Und das alles, ohne daß es nötig gewesen wäre, eine Sovereign daran zusetzen, oder eine Kanone zu lösen. Nun scheint es freilich, daß es nicht dabei bleiben soll und daß England nicht übel Lust hat, die Gelegenheit zu nützen, um allerlei alte und neue Rechnungen mit Rußland zum Austrag zu bringen. Die Veröffentlichung der amtlichen Schriftstücke über die russisch-englischen Differenzen in der tibetanischen Frage ist in einer so außergewöhnlichen und so unfreundlichen Form geschehen, daß kaum ein Zweifel darüber bestehen kann, daß damit eine direkte Herausforderung Rußlands beabsichtigt wird. Was namentlich auffällt, ist, daß Lansdowne in seiner Erwiderung auf die „ernsten" Vorstellungen des russischen Botschafters, Grafen Benckendorff, sich nicht damit begnügte, bei den tibetanischen Gegensätzen zu bleiben, sondern zugleich von russischen Übergriffen in der Mandschurei, in Turkestan und in Persien sprach, als seien das Gebiete, die unter englischem Schutz ständen. Nun kann zwar England auf keine Weise in Turkestan eingreifen, wohl aber könnte der Persische Golf und die mandschurische Küste Angriffsobjekt werden, so daß auch hier uns England weniger als Bundesgenosse Japans, denn als Vertreter eigener Bestrebungen entgegentritt. Wie sehr

auch das in Tokio ermutigend wirken muß, liegt auf der Hand, denn schon die bloße Tatsache, daß so mit einem Schlage auch die mittel- und südasiatischen Probleme wieder aufgerührt werden, nötigt Rußland, einen sehr beträchtlichen Teil seiner Streitkräfte in Reserve zu halten, wenn es auch, in richtiger Schätzung des Unterschiedes, der zwischen Worten und Taten liegt, sich sagen wird, daß die einzig wirklich gefährdeten Punkte die Mandschurei und der Persische Golf sind, von denen der erste ohnehin verteidigt werden muß, der letztere aber kein irgend akutes Problem darstellt. Das sind Positionen, die vom Lande zum Meere hin leichter zurückzugewinnen, als von der See aus auf die Dauer zu behaupten sind.

Leider sind mit alledem die Konfliktsmomente noch nicht erschöpft. Denn höchst gefährlich kann der Reflex werden, den die ostasiatischen — oder sagen wir kurzweg die asiatischen Verwickelungen auf der Balkanhalbinsel haben können. Boris Sarafow und seine Leute sind wieder am Werk, und ebenso ist zu fürchten, daß auch andere Elemente sich regen, die von einer Bindung Rußlands in Asien ihren Vorteil erwarten. Die Erhaltung des Friedens auf diesem Boden wird von zwei Dingen abhängen: erstens davon, daß die Türkei mit den ihr beigeordneten Kommissaren das Reformprogramm, so wie sie es angenommen hat, wirklich durchführt und dabei in so starker Aufrüstung steht, daß die Komitatschis und ihre heimlichen Freunde, wenn sie sich regen sollten, rasch niedergeworfen werden; das zweite aber ist, daß Rußland und Österreich-Ungarn nach wie vor zusammenstehen, wozu erfreulicherweise beste Aussicht ist. Wir möchten noch ein drittes hinzufügen, daß nämlich in dem Ernst der kritischen Weltlage die Verständigung zwischen Deutschen und Ungarn sich endlich vollzieht, auf welcher vor allem die Kraft der habsburgischen Monarchie beruht.

Die Nachrichten aus Südwestafrika haben uns schmerzliche Verluste zur Kenntnis gebracht, aber sie erzählen uns auch von dem Heldenmut, mit dem das kleine Häuflein der Deutschen sich in all der Not behauptet hat. Jetzt, da die Verstärkungen allmählich anlangen, stehen wir vor dem Wendepunkt, der den Räubern und Mördern die verdiente Strafe bringen wird. Es wird, wie wir mit aller Bestimmtheit annehmen, von den bösen Erfahrungen dieser schweren Wochen auch eine neue kraftvolle Kolonialpolitik datieren, die eine

Wiederholung dessen, was wir erlebt haben, für alle Zeit unmöglich macht.

Da wir die Korrektur unserer Betrachtungen lesen, trifft die Nachricht vom Ausbruch der Feindseligkeiten ein. So sind denn die Würfel gefallen und das Recht des Stärkeren wird sich geltend machen. Die Tatsache läßt sich nur tief bedauern. Sie bedeutet direkt und indirekt auch eine Schädigung der neutralen Mächte, deren handelspolitische Interessen notwendig geschädigt werden müssen.

Unsere Beurteilung der französischen Politik ist durch die zwischen Italien und Frankreich ausgetauschten Vereinbarungen durchaus bestätigt worden. Rußland wird die „Sympathien" Frankreichs für sich haben, aber es ist fraglich, ob es dieselben sehr hoch im Wert anschlagen wird, da diese Sympathien in gleichem Maße dem Verbündeten Japans, England, gelten. Die Haltung Englands aber darf jetzt wohl als eines der schwerwiegendsten Momente betrachtet werden. Die Lokalisierung des Konflikts steht davon in Abhängigkeit. Da Rußland und Japan sich zurzeit allein gegenüberstehen, liegt eine Notwendigkeit zum Eingreifen Englands nicht vor. Tibet, Turkestan, Persien geben keine Konfliktsmomente, die sich irgend rechtfertigen ließen, das muß jeder unparteiische Beobachter anerkennen, und so hoffen wir denn, daß auch im englischen Parlament die Erwägung durchschlagen wird, daß ein Hinausgehen Englands über die Verpflichtungen, die der Vertrag vom 30. Januar 1902 ihm auflegt, sich nicht anders denn als ein Händelsuchen bezeichnen läßt.

16. Februar. Kriegserklärung des Mikado an Rußland.
16. Februar. Neutralitätserklärung Deutschlands.
16. Februar. Landung der Japaner auf Korea.
17. Februar. Manuel Amador wird zum Präsidenten der Republik Panama gewählt.

17. Februar 1904.

Auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Rußland ist unmittelbar der Ausbruch der Feindseligkeiten gefolgt, ohne daß bisher feststände, von welcher Seite durch einen ersten Schuß der Anlaß dazu gegeben wäre. Auch ist das im Effekt gleichgültig. Daß beide Gegner einer Entscheidung durch die Waffen zusteuerten, kann nicht fraglich sein. Was offen blieb, war die Hoffnung, daß im letzten Augenblick ein Ausgleich auf dem Boden gegenseitiger Zugeständnisse erfolgen könne, aber diese Hoffnung ist getäuscht worden und das zu langsame Tempo der diplomatischen Unterhandlungen von der drängenden Kraft militärischer Notwendigkeiten überholt worden. Der nächtliche Angriff der Japaner auf die russische Flotte vor Port Arthur ist jedenfalls erfolgt, ohne daß der kommandierende japanische Admiral Togo von jenem ersten russischen Kanonenschuß gewußt hat, der vor Tschemulpo gefallen sein soll. Für seine Entschließungen war das Faktum, wenn es ein Faktum ist, irrelevant. Die Japaner behaupten, die Entscheidung für die Nacht vom 8. auf den 9. sei dadurch gegeben worden, daß eine Zirkusaufführung in Port Arthur das Offizierkorps der russischen Kriegsschiffe in die Stadt gezogen habe. Aber auch diese Behauptung bedarf noch der Bestätigung und ist gewiß übertrieben. Es ist gar nicht denkbar, daß die großen Kriegsschiffe auf der Reede ohne verantwortliche Offiziere zurückgeblieben seien. Aber unerwartet kam ihnen der Angriff, und der Ausgang war für Rußland ebenso traurig wie die Seeschlacht des folgenden Tages. Das Ergebnis war, daß bis auf weiteres die Offensivkraft dieses Teiles der russischen Flotte als gelähmt betrachtet werden muß, und daß die

Japaner unbehindert die Landung ihrer Truppen an der Südküste Koreas vollziehen konnten. Einen stolzen Troſt kann all dieſem Mißgeſchick der heldenmütige Untergang des Kreuzers „Korejetz“ bieten, der mit klingendem Spiel dem ſicheren Untergang entgegendampfte und deſſen Kapitän, nachdem der Reſt der Mannſchaft ſich hatte retten können, ſich mit ſeinem Schiff in die Luft ſprengte, damit es nicht in die Hände der Japaner falle! Das iſt ein erhabenes Vorbild, das die jetzt hoch aufflammende patriotiſche Erregung in Rußland noch ſteigern wird. Inzwiſchen iſt es dem aus Wladiwoſtok durch das Eis des Hafens gedrungenen zweiten ruſſiſchen Geſchwader geglückt, der überlegenen japaniſchen Flotte ſich zu entziehen und, wie es ſcheint, den japaniſchen Küſtenſtädten nicht unbeträchtlichen Schaden zuzufügen. Das Geſchwader des Admirals Wirenius aber liegt noch immer im Roten Meer, wie angenommen wird, der Verſtärkungen harrend, die aus dem Baltiſchen Meer erwartet werden. Es iſt uns jedoch in Anbetracht der Schwierigkeiten, welche die Aufnahme von Kohlen macht, zweifelhaft, ob dieſe geplante Verſtärkung ſich wird durchführen laſſen. Allerdings iſt die Abgabe von Kohlen auf hoher See durch keine Neutralitätsartikel verboten, und man kann mit Sicherheit annehmen, daß für Geld und gute Worte ſich Händler finden werden, die das immerhin nicht ungefährliche Geſchäft zu machen bereit ſind, zumal bis Singapore keine Gefahr von japaniſchen Kreuzern droht: die ruſſiſchen Schiffe müſſen aber auch dann mit der Möglichkeit rechnen, daß politiſche Wandlungen eintreten, die aus einer Macht, welche heute noch neutral iſt, einen Gegner machen. Dazu kommt, daß engliſche Seeleute die Schlagfertigkeit des baltiſchen Geſchwaders nur niedrig einſchätzen und daß es ſeine Bedenken hat, die Häfen des baltiſchen Meeres ganz zu entblößen. So liegen die Verhältniſſe vorläufig noch unklar, und auch der Umſtand, daß jetzt alle Mächte ihre Neutralität erklärt haben, ändert daran wenig. Neutral iſt ein weiter Begriff und ſchon die Tatſache, daß der Ausdruck „freundliche Neutralität“ aufkommen konnte, zeigt, daß auch eine unfreundliche Neutralität möglich iſt. In Rußland faßt man die Haltung Englands als eine unfreundliche Neutralität und die Frankreichs als eine zu wenig freundliche auf. Das Organ des Fürſten Uchtomski, die „Peterburgskija Wjedomosti“, ſagt ganz direkt: „Die offenkundige Stellungnahme

Englands hat zu allem Überfluß bewiesen, wie ohne alles Fundament die Hoffnungen derjenigen waren, welche meinten, es werde jemals möglich sein, mit ihnen in freundschaftliche, sachliche Beziehungen zu treten." Dieses Bekenntnis ist aber um so bedeutungsvoller, wenn man weiß, daß damit auf die große Intrige angespielt wird, die von den Männern der „National Revue" und ihren russischen Freunden ausging und die sich das Ziel setzte, durch ein englisch-russisch-französisches Bündnis dem Deutschen Reich den Todesstoß zu versetzen. Unsere Leser werden sich erinnern, wie oft wir genötigt waren, auf diese Pläne hinzuweisen und der Hoffnungen zu gedenken, die von tschechischen und ungarischen Politikern vom Stil der Herren Ugron und Kramarz auf die Verwirklichung dieser Kombination gesetzt wurden. Jetzt ist dem gemeinen Mann in Rußland der Krieg gegen Japan kurzweg ein „englischer" Krieg. Das geht namentlich aus den Stimmungsbildern hervor, die aus den Provinzen des Reiches den Residenzblättern zufließen. So schildert eine Korrespondenz der „Nowoje Wremja" den ersten Eindruck, den die Nachricht vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Japan in Charkow machte, folgendermaßen: „Für den gemeinen Mann war es nicht ganz klar, daß Abberufung des Gesandten eine Maßregel ist, welche sofort kriegerische Ereignisse zur Folge haben kann. Als sie aber begriffen, um was es sich handle, begannen sie mit begeistertem Gesicht Hurra! zu rufen, und es schien, als sei jeder von ihnen bereit, sogleich in die Reihen des Heeres einzutreten, um das Vaterland zu verteidigen. Aus allen Gesichtern, aus den lebhaften Gesprächen ließ sich der feste Glaube an unsere gerechte Sache und an unsere Macht erkennen. Im Gebäude des Zirkus Nikitin spielt eine kleinrussische Truppe. Das Publikum besteht dort infolge der niedrigen Eintrittspreise meist aus gewöhnlichen Arbeitern. Man sagte dort u. a.: „Diesen Brei hat uns die Engländerin (sic!) (die braven Leute haben noch nichts vom Tode der Queen gehört) eingerührt, wenn wir aber die Japaner und Engländer geschlagen haben werden, dann wird es auch den Buren wieder gut gehen." So lebendig ist noch im Volke die Erinnerung an das traurige Schicksal der Buren. Unter den Truppen unserer Garnison herrscht ebenfalls eine gehobene Stimmung. Die Offiziere drängen danach, am Kriege teilzunehmen. Blickt man jetzt in unsere Provinz hinein, so muß

man bekennen, daß das ruſſiſche Volk, ſobald es ſich darum handelt, den Zaren und das Vaterland zu verteidigen, ſich durch keinerlei abſtrakte Ideen ablenken läßt, ſondern wie ein Mann für den Ruhm und die Ehre des Vaterlandes einſteht."

Das iſt gewiß richtig beobachtet und findet ſeine Beſtätigung auch dort, wo die „abſtrakten Ideen" am tiefſten gewurzelt ſchienen. Ein Zeugnis dafür haben die Petersburger Studenten durch ihre patriotiſchen Demonſtrationen vor dem Winter- und Anitſchkowpalais, vor der franzöſiſchen Botſchaft (die wir uns dabei etwas verlegen denken) und vor der Kaſanſchen Kathedrale abgelegt. Ähnlich aber ſcheint es überall geweſen zu ſein: man ſang die Nationalhymne und geiſtliche Hymnen; denn, wie ſtets in Rußland, kombiniert ſich hier die patriotiſche Empfindung mit religiöſer Extaſe. Beides liegt im Grunde der Volksſeele ſo hart nebeneinander, daß es nicht zu trennen iſt, und in Zeitläufen, wie es die gegenwärtigen für Rußland ſind, treten davor alle übrigen Inſtinkte und Willensrichtungen zurück. Dieſe Tatſache iſt ungemein wichtig, und wenn die Führer der radikalen und revolutionären Beſtrebungen es trotzdem möglich gefunden haben, mit Proklamationen an das Volk heranzutreten und alle Schuld des Krieges, in dem der Staat ſteht, der ruſſiſchen Regierung zuzuſchieben, ſo beweiſen ſie nur, wie ſehr ſie den inneren Zuſammenhang mit dem Volke verloren haben. Die Studenten, deren ungeheure Mehrzahl ohne jeden Zweifel radikal geſinnt iſt, und in deren Reihen die nach Umſturz der beſtehenden Ordnung ſtrebenden Elemente ihre meiſt begeiſterten und opferfreudigen Anhänger fanden, gehen mit der Nation für Zar und Vaterland, und gewiß wird es, ſolange der Krieg währt, keinen Boden für eine fruchtbare Agitation gegen die Regierung geben. Was nachher geſchieht, wenn Spannung und Aufregung nachgelaſſen haben, wagen wir nicht vorherzuſagen. Aber es iſt keineswegs unmöglich, daß dann die Regierung freiwillig ſchenkt, was ſie ſo lange verweigert hat und, wie jeder billig denkende Menſch zugeben wird, in den gegenwärtigen Verhältniſſen nicht gewähren kann. In währendem Kriege laſſen ſich die Grundlagen des Staatslebens nicht ändern.

Doch wir kehren zur Beurteilung der politiſchen Lage zurück.

Nächſt England ſieht die öffentliche Meinung Rußlands, aber gewiß mit minderem Recht, in den Vereinigten Staaten den Gegner.

Wahrscheinlich wird diese Stimmung sich ändern. Haben doch eben jetzt die Vereinigten Staaten — wenn eine Mitteilung richtig ist, die bisher keinen Widerspruch fand — auf deutsche Anregung hin den Antrag auf Neutralisierung Chinas gestellt, wobei selbstverständlich die Mandschurei und die Halbinsel Liaotung ausgenommen sind. Frankreich und Deutschland haben ihre Zustimmung bereits erteilt. Österreich will, weil es in Ostasien keine Interessen zu vertreten hat, der ganzen Frage überhaupt fernbleiben: daß Rußland und Japan die Neutralisierung Chinas wünschen, ist schon vorher bekannt gewesen; von Peking aus, wo die Regierung sich sofort neutral erklärt hat, klingt der Wunsch nach Neutralisierung durch die Mächte wie ein lauter Notruf herüber: man fürchtet dort alles im Falle der Nichterfüllung dieses Wunsches: die Russen, die Japaner, die Neutralen, die eigenen Untertanen. Ein Fremdengemetzel, der Untergang der Dynastie, ja der Zerfall Chinas werde die Folge sein, wenn der amerikanische Antrag nicht Wirklichkeit werde. Aber England will nicht, und es gehen zurzeit noch Verhandlungen zwischen London und Washington hin und her, deren schließliches Ergebnis sich nicht vorhersehen läßt. Es fällt schwer, die Gründe zu erkennen, die England zu dieser Haltung bestimmen, die ihm eine furchtbar schwere Verantwortung auferlegen würde, wenn an englischem Widerspruch die Neutralisierung Chinas wirklich scheitern sollte.

Das wäre jetzt der dunkelste Punkt der internationalen Lage, wenn nicht das offiziöse Organ des französischen auswärtigen Amtes durch einen Leitartikel, der am letzten Sonntag erschien, noch ein zweites gefährlicheres Konfliktsmoment in die ohnehin übermäßig gespannte Atmosphäre hineingetragen hätte.

Der „Temps" geht davon aus, daß die Ereignisse im fernen Osten notwendig eine ungünstige Rückwirkung auf die in Konstantinopel laufenden Verhandlungen haben müßten. Rußland werde selbstverständlich, da es alle seine Kräfte gegen Japan verwenden müsse, dem Balkanproblem nicht mehr die notwendige Aufmerksamkeit zuwenden können. Nun zeige die Pforte entschieden üblen Willen: schon in den Verhandlungen, die bisher stattgefunden hätten, habe sie sich in impertinenter Weise über das Programm von Mürzsteg hinweggesetzt und dadurch das Vertrauen Europas verloren. Wenn das aber möglich gewesen sei, als noch der doppelte Druck von

Rußland und Österreich wirkte, so könne man vorhersehen, was erst geschehen werde, nachdem Rußland durch einen großen Krieg sich die Hände gebunden habe. Schon mache Hilmi Pascha kein Hehl daraus, daß er sich entlastet fühle. Da nun aber offenkundig sei, daß der Friede auf der Balkanhalbinsel von der Durchführung des Minimums von Reformen in Abhängigkeit stehe, und der jetzt noch währende Winter die letzte vom Schicksal gesetzte Frist biete, sei kein Augenblick zu verlieren, sonst werde ein Aufstand ausbrechen, furchtbarer als der von 1903. Das stehe absolut fest (une certitude absolue). Schon gäre es in Adrianopel und Monastir; in Konstantinopel wünsche eine mächtige Partei einen Krieg mit Bulgarien, und ebenso wünsche man in Sophia den Ausweg aus einer Lage zu finden, die nachgerade unerträglich geworden sei. Rußland vornehmlich habe bisher beide zurückgehalten.

Wir müssen den Schluß dieser Ausführungen wörtlich wiedergeben, damit nichts an ihrem Gewicht verloren geht.

„Gewisse Beobachter" — so fährt der „Temps" fort —, deren unbarmherziges Gedächtnis die Ereignisse von 1877 und 1878 festgehalten hat, halten mit der Befürchtung nicht zurück, daß Österreich, wenn es sich selbst überlassen bleibt, in bezug auf Altserbien und das Gebiet von Saloniki jene Politik aufnehmen könnte, die durch geschickten Egoismus und skrupellosen Realismus vor einem Vierteljahrhundert ihm den Gewinn von Bosnien und der Herzegowina eintrug. Aber man darf wohl glauben, daß dieser Verdacht sowohl die machiavellistischen Pläne der habsburgischen Monarchie, wie die momentane Schwächung des Kaisertums der Romanow übertreibt. Ohne diese Ansicht zu teilen, ist es dennoch notwendig, nach allen Mitteln zu greifen, um einen neuen Bankerott des Reformprogramms, eine neue Explosion des Bürgerkrieges und vielleicht eines internationalen Krieges auf der Balkanhalbinsel zu verhindern. Die Überzeugung ist allgemein, daß den Mächten nur ein Weg offen steht: sie hatten es nützlich gefunden, sich zu effazieren und Österreich und Rußland allein das Mandat zu übertragen, in ihrem Namen zu handeln. Jetzt, da einer der Mandatare außerstande ist, gleichzeitig seinen eigenen Angelegenheiten und diesem Mandat gerecht zu werden, kommt es der Gesamtheit der Mächte, die das Mandat gegeben haben, zu, die Integrität ihrer vollen Aktions-

freiheit wieder aufzunehmen und kollektiv die ganze Kraft ihrer Initiative zu gebrauchen." (Il appartient à l'ensemble des puissances mandantes de recouvrer l'intégrité de leur liberté d'action et de faire usage collectivement de la plénitude de leur initiative.)

Dieser Artikel, in dem sich ein neues Programm der Delcasséschen Orientpolitik ankündigt, gibt eine merkwürdige Bestätigung der Ausführungen, die wir an die Haltung Frankreichs in der letzten Wochenübersicht geknüpft haben. Ohne die Last des russischen Bündnisses im fernen Osten auf sich zu nehmen, will Frankreich Hand in Hand mit England und wahrscheinlich auch mit Italien — denn darauf ist der „avec unanime" zu reduzieren — die Zeit, da Rußland seine Stirn nach Osten kehrt, nutzen, um die westmächtlichen Interessen zur Geltung zu bringen und den französisch-englischen Einfluß auf der Balkanhalbinsel an die Stelle des russischen zu setzen.

Nun sind aber die Prämissen, die zur Rechtfertigung dieses Planes vorausgeschickt werden, durchweg falsch. Nicht nur ist es eine für ein leitendes französisches Blatt erstaunliche Unterschätzung des russischen Machtfaktors, wenn es annimmt, daß Rußland außer stande ist (hors d'état de mener de front ses propres affaires et la gestion de ce mandat), selbst wenn es die Hälfte seiner Armee nach Asien schicken sollte, seinen Einfluß auf Bulgarien und die Türkei zu behaupten. Wozu wäre denn die Flotte im Schwarzen Meer, wenn nicht, um, wenn das russische Interesse es verlangt, heute vor Burgas und morgen vor Konstantinopel zu erscheinen? Es ist lächerlich, diesen Faktor, wie der „Temps" es tut, einfach zu vergessen. Österreich aber kann, wenn es notwendig werden sollte, jederzeit das unter den Kanonen von Semlin stehende Belgrad nötigen, die Wege zu gehen, die im österreichischen Interesse notwendig erscheinen. Der Hinweis auf die angeblichen Absichten Österreichs auf Altserbien und Saloniki sind eine bewußte Verleumdung, die dadurch nicht aufgehoben wird, daß der „Temps" erklärt, er wolle nicht daran glauben. Man weiß in Wien sehr wohl, daß beides nur um den Preis eines großen Krieges zu haben ist, und daß Kaiser Franz Josef keinen Krieg führen will, pfeifen sogar in Paris die Spatzen von den Dächern. Aber auch abgesehen davon darf Österreich im Interesse des Zusammenhalts der Monarchie eine weitere Vermehrung der Zahl seiner slavischen Untertanen nicht wünschen. Es würde

damit mehr als nur der Fortbestand des geltenden dualistischen Systems in Frage gestellt werden.

Was aber Sarasow und seine Leute betrifft, so haben sie erklärt, bis zum Mai den Fortgang der Reformen abwarten zu wollen, ob aber dann ein Aufstand überhaupt noch möglich ist ohne Unterstützung von außen her, ist sehr zweifelhaft.

Kurz, was übrig bleibt, ist der Entschluß Herrn Delcassés, die Gelegenheit zu nützen, da er seinen russischen Bundesgenossen gefesselt glaubt, der französischen Politik ihren Einfluß im Orient zurückzuerobern. Da er bereit ist, mit England zu teilen, braucht er vom Kabinett von St. James Schwierigkeiten nicht zu fürchten. Wenigstens vorläufig nicht, in Zukunft mögen diese Dinge sich wieder anders gestalten. Dann aber wird ein anderer Mann am Quai d'Orsay seinen Platz eingenommen haben après nous le déluge.

Mit großer Spannung warten wir auf die Aufnahme, welche dieser französische Vorstoß in Petersburg finden wird. Schwerlich dürfte Graf Lamsdorff ein Dankestelegramm an seinen Pariser Kollegen richten. Aber vielleicht schickt er ihm eine Note, welche die russische Auffassung der Lage darlegt. Und die möchten wir gern lesen.

18. Februar. Dr. Jameson an Stelle Gordon Spriggs zum 1. Minister der Kapkolonie ernannt.
22. Februar. Kuropatkin zum Oberstkommandierenden der russischen Armee in Ostasien ernannt. Schiedsspruch in der Venezuela-Angelegenheit.
24. Februar. Nachrichten von weiteren Kämpfen in Südwest-Afrika.

24. Februar 1904.

Die letzten acht Tage haben weniger überraschende Kriegsnachrichten, aber etwas mehr Licht gebracht, so daß sich die Gesamtlage klarer erkennen läßt. Militärisch betrachtet hat sich so gut wie nichts äußerlich geändert. Die Japaner behaupten das Meer, sind aber noch nicht stark genug, es auf einen ernsten Kampf um Port Arthur ankommen zu lassen. Dagegen scheinen sie Vorbereitungen zu einer Belagerung dieser wichtigsten der russischen Positionen vorzubereiten. Die Russen ihrerseits richten sich darauf ein, sie zu verteidigen, und daß diese Verteidigung mit großer Tapferkeit und äußerster Zähigkeit betrieben werden wird, darüber täuschen sich gewiß auch die Japaner nicht. Zurzeit sind sie bemüht, in aller Muße ihre politische und militärische Stellung auf Korea zu festigen, und darin stört sie niemand, da außer Rußland keine andere Macht gegen ihre Festsetzung auf diesem Boden etwas einzuwenden hat. Aber erstaunlich ist doch die Sicherheit und Rücksichtslosigkeit, mit der sie die Überlegenheit ihres Willens und ihrer tatsächlichen Macht dem roi fainéant in Söul gegenüber ausspielen. Er ist als Regent einfach beiseite geschoben, und es ist nicht daran zu denken, daß er während der Dauer des Krieges eine andere Rolle spielt, als die eines Werkzeuges, das zu gelegentlicher Benutzung hervorgeholt werden kann. Rußland gibt inzwischen einem Regiment nach dem anderen die Richtung zum fernen Osten hin. Aber Monate werden hingehen, ehe das alles so weit sein wird, um den Japanern die Stirn zu bieten, und wenn diese nicht, ihrem leidenschaftlichen Temperament folgend, die Initiative zum Angriff auch am Yalu ergreifen, sind vorher größere Kämpfe nicht zu erwarten.

Daß der Angriff ohne vorausgegangene Kriegserklärung in Europa eine allgemeine Entrüstung hervorgerufen habe, ist eine Fiktion, an welcher die russische Presse festhält, die aber der Wirklichkeit keineswegs entspricht. Man erkennt allgemein an, daß allerdings Interessengegensätze zwischen beiden Mächten vorliegen, die, wenn nicht eine von ihnen nachgab, sich anders als mit bewaffneter Hand nicht austragen ließen. Was aber den Beginn der Feindseligkeiten ohne vorausgegangene Kriegserklärung betrifft, so hat der vortreffliche militärische Gewährsmann des „Journal des Débats", Charles Malot, mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß in den 120 Kriegen, die während der Jahre 1700 und 1870 zwischen zivilisierten Mächten geführt worden sind, nur 10 formelle Kriegserklärungen stattfanden, während in 110 Fällen tatsächlich der Krieg eintrat. England hat in dieser ganzen langen Periode keine einzige Kriegserklärung erlassen, und das gilt bekanntlich für den Krimkrieg ebensosehr von Frankreich wie von England. Wenn daher einzelne französische Blätter heute mit einer höflichen Verbeugung nach Osten sich über den verräterischen Angriff der Japaner entrüsten, so sind das nicht mehr als Redensarten, mit denen man um so freigebiger sein kann, als man nichts anderes zu bieten hat.

Wohl aber scheint uns, daß dieser russisch-japanische Krieg einen unerträglich wunden Punkt des geltenden Völkerrechts in so grelles Licht gerückt hat, daß es völlig unmöglich ist, ihn zu übersehen. Wenn es wahr ist, daß der russische Admiral Wirenius mit seinem Geschwader sich genötigt sieht, von der Straße von Bab-el Mandeb nach Suez zurückzudampfen, weil die völkerrechtlichen Vorschriften im Effekt allen neutralen Mächten untersagen, Schiffen kriegführender Mächte die Kohlen zu liefern, deren sie bedürfen, um auf den Kriegsschauplatz zu gelangen, so ist damit an einem drastischen Beispiel erwiesen, daß nur England und seine Verbündeten in den asiatischen, australischen und afrikanischen Gewässern, ihr gutes Recht zu verteidigen die Möglichkeit haben. Das Verbot, den Schiffen kriegführender Mächte so viel Kohlen zu liefern als sie brauchen, gereicht allen Mächten der Welt zum Schaden und nur England zum Vorteil. England hat in kluger Voraussicht über die ganze Erdkugel, wohin immer Kriegs- und Handelswege führen können, seine gesicherten Kohlen-

stationen: die für alle übrigen Mächte geltenden Bestimmungen kommen daher für England absolut gar nicht in Betracht, wohl aber sind sie eine Schlinge, die jeder nicht mit England verbündeten Macht die Freiheit der Bewegung lähmt. Wäre Frankreich zu einer Zeit, da es nicht Bundesgenosse Englands ist, in seinem hinterindischen Besitz bedroht, so hätten die französischen Kriegsschiffe keine Möglichkeit, nach Saigon zu gelangen, und ganz ebenso ginge es uns, wenn wir Kiautschou zu verteidigen hätten.

Fragt man, wie diesen Übelständen abzuhelfen ist, so wäre die nächstliegende Antwort, daß die in Betracht kommenden Bestimmungen aufzuheben seien; aber auch das wäre im Hinblick auf die tatsächlichen Verhältnisse nur scheinbare Hilfe. Das sicherste Mittel wäre die Begründung von Kohlenstationen, die unter internationalen Schutz gestellt werden und in gemessenen Abständen angelegt, auf den großen Wasserstraßen jedem Schiff offen bleiben, gleichviel, ob Kriegs- oder Friedenszeiten sind, ob es ein Panzerkreuzer oder ein Paketboot ist. Natürlich müßten sie gefriedet sein, so daß ein Kampf in diesen Plätzen und den genau abzugrenzenden anliegenden Gewässern zu verbieten wäre! Nicht als Unternehmung eines bestimmten Staates, sondern der Konkurrenz von Unternehmern überlassen, deren persönlicher Vorteil mit dem Vorteil aller seefahrenden Nationen sich identifizieren würde, müßten diese Kohlenniederlagen ins Leben treten und die völkerrechtliche Garantie ihnen den Schutz gewähren, dessen sie etwa bedürfen können.

Wir meinen, die Frage verdient doch überlegt zu werden, und wenn auch ohne allen Zweifel praktische Schwierigkeiten sich der Ausführung entgegenstemmen werden, unüberwindlich sind sie gewiß nicht. Das Hindernis, das überwunden werden muß, ist der zu erwartende Widerstand Englands, aber gerade der englische Widerspruch würde auch beweisen, daß es sich um eine Angelegenheit handelt, in welcher die rechtverstandenen Interessen aller übrigen Mächte zusammenhalten.

Doch wir wollen bei dieser theoretischen Frage, von der wir sehr wohl wissen, daß sie nicht über Nacht Wirklichkeit werden kann, zu den Realitäten zurückkehren, welche die weitere Entwickelung der großen Weltkrisis gebracht hat, in der wir stehen.

Da ist zunächst festzustellen, daß die offiziöse Ankündigung von

einem bevorstehenden Eingreifen der Westmächte in die mazedonische Reformfrage, von der wir vor acht Tagen berichteten, im Zusammenhang mit weiteren beunruhigenden Äußerungen der französischen Presse und im Hinblick auf die Rüstungen, die jetzt in aller Welt, mit alleiniger Ausnahme Deutschlands, vorbereitet werden, eine förmliche Panik an der französischen Börse hervorgerufen haben. Dazu kam dann die Rede von Jaurès in St. Etienne, welche Rußland den wichtigen Dienst leistete, ganz Frankreich zu einem Bekenntnis zur alliance franco-russe zu nötigen. Sie hatte aber auch die andere Folge, daß man in Paris und in den Provinzen den eigenen Worten zu glauben begann, und daß damit die Befürchtung auftauchte, daß Frankreich am Ende doch in die Lage kommen könnte, dem russischen Verbündeten mehr zu geben als nur „heiße Gefühle der Sympathie" und Kollekten zum besten der Verwundeten. Geschah aber mehr, so tauchte das Gespenst einer Verwickelung mit England auf, und die wird in Frankreich weit mehr gefürchtet, als die angebliche deutsche Gefahr, an welche im Grunde keine Seele in Frankreich mehr glaubt.

Aber wie sonderbar ist die Situation, die sich aus alledem ergibt: die Kußhände, die nach Petersburg hingeworfen werden, und das kordiale Händedrücken über den Kanal hinüber, die Scheu vor jeder Unterstützung Rußlands im Orient, die von Engländern und Japanern übelgenommen werden könnte, und nebenher das systematische Entgegenarbeiten gegen die Ziele der russischen Politik im nahen Orient.

Wir möchten dabei auf eine Frage zurückkommen, die wir vor acht Tagen nicht anzufassen wagten. Herr Delcassé läßt durch sein offiziöses Organ immer von dem Mandat reden, das Rußland und Österreich auf der Balkanhalbinsel ausüben, wenn sie die Durchführung der türkischen Reformen vornehmlich in ihre Hände genommen haben. Weil Rußland am Stillen Ozean voll in Anspruch genommen sei, müßten jetzt die Mandanten, d. h. die übrigen Mächte, an seine Stelle treten. Die Sicherheit, mit der von diesem „Mandat" gesprochen wird, ließ uns vermuten, daß hier vielleicht eine neue politische Tatsache enthüllt werde. Aber man mag die Geschichte der letzten sieben Jahre, und nur diese können in Frage kommen, noch so genau durchsuchen, für die politische Kombination

einer europäischen Mandatsübertragung an die beiden Mächte lassen sie keinen Raum. Auch wissen wir aus den Reden des Grafen Bülow ganz genau, welches die Haltung Deutschlands während der Orientkrisis gewesen ist. Wir haben weder ein Mandat zu vergeben gehabt, noch beansprucht, einen mehr als sekundären Einfluß auszuüben, und uns daran gehalten, wo Rußland und Österreich einig waren, ihre Bestrebungen durch unseren Zuspruch zu fördern.

Was ist es also mit diesem Mandat? Die Frage muß ins Klare kommen, wenn nicht die ganze Balkanpolitik in unsichere Bahnen geraten soll! Aber wir denken, daß der „Temps" sich darüber ausschweigen wird, weil er keine Tatsachen anführen kann, und daß die russische Presse Ordre erhält, nicht daran zu rühren, weil man in Rußland, wie ja sehr verständlich ist, solange irgend denkbar, Frankreich in den alten Gleisen festhalten will.

Inzwischen ist nun durch die Erhebung der Albaner die Lage auf der Balkanhalbinsel entschieden verschärft. Dazu kommt, daß die Revolutionäre des Balkan sich doch nicht so abwartend verhalten wollen, wie man nach den Äußerungen von Boris Sarafow annehmen mußte. Dem „Européen" geht nämlich die folgende Korrespondenz aus Rom, den 15. Februar, zu: „Man hat dem General Ricciotti Garibaldi außerordentliche Pläne zugeschrieben und sogar gesagt, daß er im Begriff sei, eine Expedition in das Trentino zu studieren (en train d'étudier une expédition au Trentin). Ich wollte darüber genau unterrichtet sein und bat ihn, mir für den „Européen" zu sagen, was an den umlaufenden Gerüchten wahr sei.

Der General Ricciotti Garibaldi hat mir nun folgendes geantwortet: „Mit Boris Sarafow ist noch nichts abgemacht. Ich behalte mir aber vor, wenn es möglich ist, für nächsten Monat Vertreter der Ungarn, Slovenen, Tschechen, Mazedonier, Albaner, Serben, Kroaten, Griechen usw. zu berufen, um das Programm einer nationalen Balkanföderation fertigzustellen. Wir wollen nicht den Österreichern oder Russen in die Hände arbeiten, sondern so gut wie möglich für die Interessen der Balkanvölker wirken. Die mazedonische Insurrektion kann also nur eine Episode in dem großen Drama des Balkan sein. Was die Freiwilligen betrifft, so sage ich Ihnen, daß es für den Augenblick sich nicht darum handelt, eine Revolution im Sinne der Revolutionäre zu organisieren: sobald man sich über

die Frage der Föderation und der gegenseitigen Interessen verständigt hat, kommt die militärische Organisation von selbst. Lokale und internationale Komitees werden für die Kriegsmittel sorgen. Edeldenkende junge Leute gibt es überall. Ich glaube, daß der Erfolg meines Programms wahrscheinlich ist. Ich korrespondiere mit allen mazedonischen Häuptlingen und mit allen Patrioten der Balkanhalbinsel, auch sind die Führer schon ziemlich einer Meinung. Mit Boris Sarafow und seinen Freunden habe ich mich vollkommen verständigt. Sie haben meine Gedanken angenommen, und wir arbeiten zusammen für die große Sache und sind voll Vertrauen auf unseren Triumph."

Man wird, wie einst Cavour vom großen Garibaldi, sagen müssen: ein Herz von Gold, aber ein Kopf wie ein Büffel. Die sonderbare Gesellschaft, die der „General" um sich versammeln will, läßt sich auf kein Programm einschwören, das irgendeine Aussicht hätte, Wirklichkeit zu werden. Zusammenwirken könnten sie zum Umsturz, nicht zum Aufbauen, und es ist in der Tat wenig erfreulich, wenn diese internationale Bande „edeldenkender Jünglinge" den Hexensabbath am Balkan noch bunter machen sollte, als er ohnehin ist. Erreicht haben solche Unternehmungen nur dann etwas, wenn sie von klügeren und stärkeren Händen als Werkzeug benutzt wurden, wie etwa Cavour Giuseppe Garibaldi benutzt hat; für sich allein sind sie ein Element der Dekomposition und des Unheils. Zum Glück scheint von russischer und österreichischer Seite jetzt sowohl auf Bulgarien wie auf die Pforte ein starker Druck ausgeübt zu werden, um jeden Konflikt, der zu weiteren Komplikationen führen könnte, unmöglich zu machen. Bulgarien hat seine Grenzen militärisch besetzt, um jede Bandenbildung zu verhindern, während die Türkei den Albanern offenbar ernstlich zu Leibe geht. Wie weit die Reformen jetzt unter Kontrolle der Kommissare fortschreiten, läßt sich schwer sagen: aber es ist sicher, daß die Instruktionen der Kommissare ernstlich auf die Notwendigkeit hinweisen, wirklich greifbare praktische Resultate, und zwar möglichst schnell zu erzielen. Nur ist auch hier das Bessere der Feind des Guten, und die Schwierigkeit der Lage liegt darin, daß Frankreich und England das „Bessere", d. h. das theoretisch Bessere wollen. Und an dieser Klippe, mehr als an allem anderen, so fürchten wir, könnte schließlich auch das scheitern, was bereits gesichert scheint.

Von weiter abliegenden politischen Fragen heben wir die neue Wendung hervor, welche die Angelegenheiten in Englisch-Südafrika genommen haben. Bei den Neuwahlen zum Kapparlament ist das Ministerium Gordon Sprigg unterlegen, und die Progressisten haben zugleich über den Bond einen Sieg errungen, der ihnen im Oberhause eine Stimme Majorität und im Unterhause fünf Stimmen Majorität gesichert hat. Aus dieser minimalen Majorität ist dann das neue Kabinett hervorgegangen, an dessen Spitze als Ministerpräsident kein anderer steht als — Dr. Jameson. Jameson, der Urheber des berüchtigten Raid, den Krüger zum Tode durch den Strang verurteilte und auf Bitten der englischen Regierung begnadigte, dem dann die englische Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung Europas den Prozeß machen mußte, und den die englischen Gerichte zu 15 Monaten Gefängnis verurteilten. Man hat ihn dann freilich „krankheitshalber" nach fünf Monaten wieder freigelassen, aber wer hätte es damals, Dezember 1896, für möglich gehalten, daß der Mann je die erste Stellung in der Kaptolonie einnehmen werde? Auch haben wir selbst in englischen Zeitungen sehr harte Urteile über die Ungehörigkeit dieser Wahl gelesen. Jedenfalls wird dadurch nicht der ohnehin scharfe Gegensatz der Rassen gemildert. Der Bond hat zum 10. März eine Versammlung nach Stellenbosch berufen, der von englischer Seite mit Sorgen entgegengesehen wird. Es sind eine Reihe von Protesten gegen die jüngste Politik der Regierung, die hier formuliert werden sollen: die Nichtausführung der versprochenen Amnestie, die ungenügende Entschädigung der Kriegsverluste, die Heranziehung gelber Arbeiter, die in höchstem Grade unpopulär ist und an der man den Krösussen von Johannesburg, den Beit und Genossen, die Hauptschuld zuschreibt. Jedenfalls wird es im Parlament zu leidenschaftlichen Kämpfen kommen, und uns ist nicht glaublich, daß das neue Ministerium sich lange wird behaupten können.

Ein wichtiges Ereignis ist der kürzlich erfolgte Tod Marc Hannahs in Newyork. Er hatte sich zu den Gegnern Roosevelts geschlagen, und sein Einfluß war so groß, daß es zweifelhaft schien, ob der Präsident seine Wiederwahl werde durchsetzen können. Jetzt kann sie wohl als gesichert gelten und darüber kann man sich nur freuen. So stark die imperialistischen Neigungen der Amerikaner

auch durch Roosevelt gefördert worden sind, er tritt doch stets für die realen Interessen der Vereinigten Staaten ein, und das kann an sich als Bürgschaft dafür gelten, daß er mit unseren Interessen nicht in Widerspruch geraten wird.

In Südwestafrika gewinnen wir langsam, aber sicher den verlorenen Boden zurück. Aber unsere Toten werden nicht wieder lebendig, und es ist unsere dringendste Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß die schweren Tage, die unsere Kolonie erlebt, sich in Zukunft nicht wiederholen können.

25. Februar. Major Glasenapp schlägt die Herero bei Ottihirati. Neue Angriffe auf Port Arthur.

26. Februar. Abschluß des französisch-spanischen Schiedsvertrages. Ratifikation des Panamakanalvertrages.

27. Februar. Japanisch-koreanisches Bündnis. Abschluß der deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen.

29. Februar. Unterzeichnung des englisch-spanischen Schiedsvertrages.

2. März 1904.

Wir benutzen die Stille, welche vor den unzweifelhaft bevorstehenden wichtigen Ereignissen eingetreten ist, um uns einer Frage zuzuwenden, die vielleicht nicht weniger wichtig ist, als der russisch-japanische Krieg und die ebenfalls augenblicklich stiller gewordene Balkankrisis. Wir meinen natürlich die tibetanische Frage, der eine weit größere Bedeutung zukommt, als man bei uns weiß. Das dem englischen Parlament zugegangene Blaubuch – 314 Seiten Folio nebst anhängender, sehr instruktiver Karte – gibt uns ein reiches Material zur Bildung eines eigenen Urteils, das sich aus der oberflächlichen Wiedergabe telegraphischer Auszüge nicht gewinnen ließ.

England ist erst nach Unterwerfung Sikkims, im März 1889, der Nachbar Tibets geworden: bis dahin berührten sich ihre Grenzen an keinem Punkte. Staatssekretär für Indien war um diese Zeit Viscount Cross: der Marquis of Lansdowne, der heutige Minister des Auswärtigen, war Vizekönig von Indien, und zum Political Officer in der neuerworbenen Provinz James Hart, mit der Residenz in Darjeeling ernannt worden. Die Grenze war so geführt worden, daß die Wasserscheide des Himalaya die tibetanischen Gebiete von Sikkim trennen sollte. Eine Grenzrichtung wurde dadurch unvermeidlich, und da Tibet den Kaiser von China als Schutzherrn anerkannte, mußten die Verhandlungen mit diesem geführt werden. Nach mancherlei Schwierigkeiten ist dann am 17. März 1890 eine Konvention unterzeichnet worden, die als das Fundament der englisch-tibetanischen Beziehungen betrachtet werden muß. In ihren sieben

Artikeln bestimmte sie die Grenzrichtung für England noch günstiger, als englischerseits ursprünglich verlangt worden war; alle Beziehungen Sikkims zu anderen Staaten wurden untersagt, England übernahm den Schutz der Grenze, aber in den weiteren Punkten wurden strittige Ansprüche späterer Vereinbarung vorbehalten. Es betraf das namentlich den Handel, die Form des politischen Verkehrs zwischen Tibet und Indien und Ansprüche auf gewisse Weiden, die von alters her von den Tibetanern benutzt worden waren. Nach sechs Monaten sollten Kommissare zusammentreten, die definitiven Vereinbarungen zu treffen. Es sind aber Jahre darüber hingegangen; erst im Juli 1893, als der Earl of Kimberley Staatssekretär von Indien war, kam es zu einem Kompromiß, der im wesentlichen dahin ging, daß die Engländer das Recht erhielten, in dem zu Tibet gehörenden Djumbital, das sich wie ein Keil zwischen Sikkim im Westen und Bhutan im Osten drängt, einen Markt in Yatung zu eröffnen, auf welchem der Austausch zwischen englischen und tibetanischen Waren stattfinden sollte. Die Engländer hätten lieber das nördlich gelegene Phari zum Markt gemacht, aber die Tibetaner blieben hartnäckig bei ihrer Weigerung; und so entschloß man sich, am 5. Dezember 1893 den Vertrag zu unterzeichnen.

Da nun die Tibetaner in Phari von allen nach Yatung gehenden Waren einen Zoll erhoben, fühlten die Engländer sich dadurch beschwert; dazu kamen Streitigkeiten, weil die Tibetaner den Import indischen Tees nicht dulden wollten. Endlich scheiterten alle Versuche, die Grenze festzustellen, daran, daß die Tibetaner die Grenzpfeiler zerstörten. Trotzdem hat der Handel zwischen England und Tibet stetig zugenommen, aber einerseits erhob Tibet Ansprüche auf das Plateau von Giaogong — ein Plateau von über 15 000 Fuß Höhe an der Nordgrenze von Sikkim —, andererseits genügte den Engländern der Markt von Yatung nicht mehr. Wenn die Verhandlungen sich trotzdem ohne Feindseligkeiten fortschleppten, lag das zumeist an der irenischen Person des Vizekönigs: die Verhältnisse änderten sich durchaus, als Curzon Vizekönig wurde. Ein völlig neuer Ton klingt uns aus den Depeschen entgegen, die er an das foreign office richtet.

Er beginnt damit, daß er darauf hinweist, wie England in den letzten zehn Jahren sich mit seinen Ansprüchen habe zum Narren halten lassen: man bewege sich in einem falschem Zirkel: wende sich

die indische Regierung an Tibet, so erhalte sie entweder keine Antwort, oder werde an China verwiesen, das dann erkläre, keinen genügenden Einfluß auf den Dalai Lama zu haben. Man müsse zudem darauf dringen, daß mindestens den eingeborenen (natives) Händlern freier Zugang nach Phari gewährt werde. Vor allem aber, man solle mit Tibet direkt, ohne chinesische Vermittlung, verhandeln, und einen britischen Beamten in Phari unterbringen. Aber sowohl Lord Salisbury als der neue Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton, wünschten Komplikationen zu vermeiden und gestatteten dem Vizekönig nur, den Versuch zu machen, mit dem Dalai Lama in direkte Verhandlungen zu treten.

Da haben im Herbst 1900 Nachrichten, die aus Rußland eintrafen, für Lord Curzon gearbeitet: das „Journal de St. Pétersbourg" meldete, daß Kaiser Nikolaus am 30. September einen Gesandten des Dalai Lama in Livadia empfangen habe. Am 25. Juni 1901 traf eine zweite Gesandtschaft, an deren Spitze ein Lama stand, in Odessa ein: sie ging bis nach Petersburg, wurde dort vom Kaiser, der Kaiserin, dem Grafen Lamsdorff und dem Finanzminister Witte empfangen und von der russischen Presse enthusiastisch begrüßt: Tibet nähere sich dem russischen Reiche und suche die guten Beziehungen zwischen dem Zaren und dem Dalai Lama zu festigen. Sowohl in Simla wie in London wurde man nun unruhig, aber als der englische Botschafter den Grafen Lamsdorff nach der Bedeutung dieser tibetanischen Besuche fragte, wurde er mit Anekdoten abgefertigt und mit der mehr als ironischen Mitteilung, daß das Haupt der Gesandtschaft, der Lama Dorofhieff, Mitglied der russischen geographischen Gesellschaft sei.

In London nahm man das aber sehr übel. Wir finden im Blaubuch ein Schreiben des Unterstaatssekretärs Godley an das foreign office vom 25. Juli 1901, in welchem es wörtlich heißt: Graf Lambsdorff hat in ausführlicher und unqualifizierbarer Weise geleugnet, daß die tibetanische Gesandtschaft irgendwelche politische Bedeutung habe; er rate, wenn Lansdowne zustimme, dem Grafen Lambsdorff zu sagen, man habe seine Mitteilungen mit um so größerer Befriedigung aufgenommen, als die englische Regierung einen Versuch, den Status Tibets zu stören, nicht geduldet haben würde. In diesem Wortlaute ist die Depesche wirklich abgegangen.

Auch Curzon war übler Laune; er hatte dreimal dem Lama geschrieben und seine Briefe mit reichen Geschenken, Elefanten, Jaguaren und dergleichen begleitet, aber nur die Geschenke blieben in Lhassa, die Briefe wurden ihm unerbrochen zurückgeschickt. Jetzt, da die tibetanisch-russischen Beziehungen das foreign office ängstigten, fand er mit seiner kühneren Politik billiges Gehör. In einem langen Schreiben vom 13. Februar 1902 zählte er sorgfältig alle Beschwerden gegen Tibet auf: die Abneigung gegen den indischen Tee, die strittigen Weideplätze, die zerstörten Grenzpfeiler. Die Ehre Englands verlange, daß ein Ende gemacht werde; man müsse jetzt einen Kommissar mit Eskorte an die Grenze schicken, um diese Frage zu erledigen; auch könne England die Politik der Isolierung, in der Tibet verharre, nicht dulden. Das alles ist dann gebilligt worden und Curzon schien geneigt, möglichst geräuschlos vorzugehen, als im August 1902 die aufregende Nachricht eintraf, daß zwischen Rußland und China ein Geheimvertrag abgeschlossen sei, dessen erster Paragraph laute: „Da die chinesische Regierung einsieht, daß ihre Macht abnimmt, geht sie darauf ein, ihre gesamten Interessen in Tibet mit allen Privilegien und Vorteilen Rußland zu überlassen, das dagegen seine Hilfe und Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Integrität des chinesischen Reichs bietet". Die englische Regierung ließ sofort in Peking anfragen, von wo aus die Nachricht dementiert wurde. Ein gleich aufregendes Gerücht war aber nach Petersburg gedrungen, und Rußland ließ durch den chargé d'affaires, Baron Grävenitz, in London anfragen, ob es wahr sei, daß England unter militärischer Bedeckung eine Eisenbahn nach Tibet hinein anlege. Bald danach folgte eine zweite Anfrage, ob es wahr sei, daß England eine Expedition nach Lhassa vorbereite? Am 2. Februar 1903 endlich übergab die russische Regierung in London ein Memorandum: sie habe Nachricht erhalten, daß eine englische Expedition in das Djumbital eingedrungen sei: das wäre geeignet, eine Situation von beträchtlichem Ernst zu schaffen, und könnte, wenn der Fall eintrete, die Kaiserliche Regierung nötigen, zu Maßregeln zu greifen, um ihre Interessen in diesem Gebiet aufrechtzuerhalten. Die Nachricht war falsch, und als Graf Benckendorff nach London zurückkehrte, nahm der Marquis of Lansdowne Gelegenheit, sich mit außerordentlicher Schärfe über dieses Memorandum auszusprechen. Als bald danach, am 18. Februar, das

Gespräch wiederum auf die tibetanischen Angelegenheiten kam, zeigte Lansdowne dem russischen Botschafter an einer Karte Mittelasiens, daß Lhassa verhältnismäßig nahe an Indien liege, daß dagegen der nächste russische Grenzpfahl mehr als tausend Meilen entfernt sei. Wenn daher der russische Einfluß in Tibet zunehme und der britische zurückweiche, so sei das für Großbritannien beunruhigend. Jenes Gerücht von dem russisch-chinesischen Vertrage über Tibet behaupte sich und er, Lansdowne, bedürfe daher einer kategorischen Erklärung. Als nun Benckendorff mit aller Entschiedenheit die Existenz eines Vertrages bestritt, erwiderte Lansdowne: das sei gut, denn wenn Rußland seine Tätigkeit auf diese Gebiete richten sollte, würde England eine noch größere Tätigkeit entwickeln und auf eine russische Expedition mit einer stärkeren Expedition antworten. So war im Februar 1903 der diplomatische Verkehr zwischen England und Rußland bereits außerordentlich zugespitzt. Lord Curzon, dessen Einfluß auf die Steigerung der diplomatischen Temperatur unverkennbar ist, war inzwischen in seinen tibetanischen Plänen immer weiter gegangen; es handelte sich für ihn nicht mehr um die lumpigen Grenzstreitigkeiten, sondern um die Regelung der künftigen Beziehungen Englands zu Tibet. Eine nach Lhassa zu sendende britische Gesandtschaft solle einen englisch-tibetanischen Vertrag zustande bringen, an dem China keinen Anteil haben dürfe; der Dalai Lama sei kein Kind, sondern ein Mann von 28 Jahren. Wenn man die Gesandtschaft genügend eskortiere, würde es möglich sein, jeden Widerstand zu brechen. Nepal mit seinen tapferen Gurkas stehe ganz auf Seite Englands. Zu dieser Gesandtschaft hat nun Lansdowne seine Zustimmung nicht gegeben, er wollte nicht provozieren, solange die Verhandlungen mit Rußland schwebten. Dagegen gestattete er am 26. Februar 1903 die Anlage einer Militärstraße von Sikkim an die tibetanische Grenze. Schon drei Tage darnach erhielt Curzon auch die Genehmigung zur Entsendung einer bewaffneten Expedition nach Tibet hinein; das Ziel sei zwar nicht, ein englisches Protektorat über Tibet zu begründen, aber im Hinblick auf die veränderte Stellung Chinas zu den Mächten sei es wohl denkbar, daß die Entwicklung schließlich dahin führe; zunächst aber solle noch nichts geschehen, bevor weitere Erklärungen von Rußland gekommen seien. Man kann sich denken, wie ungeduldig Curzon wurde; am 21. März ertrug er es aber nicht

mehr. Das Gespräch mit dem Grafen Benckendorff, so depeschierte er an den Staatssekretär, sei am 18. Februar gewesen, und noch immer sei keine Antwort erfolgt. Lansdowne drang nun in Benckendorff. Endlich, am 8. April, kam die erwartete Depesche des Grafen Lambsdorff und Benckendorff erklärte nunmehr offiziell im Namen der russischen Regierung, daß Rußland zwar keine Konvention über Tibet geschlossen habe, aber keine ernste Störung des status quo in Tibet dulden könne (es waren dieselben Worte, die Lansdowne in einer Note vom 16. August 1901 Lamsdorff gegenüber gebraucht hatte), in solchem Falle würde Rußland sich genötigt sehen, wenn auch nicht in Tibet, so doch an anderer Stelle seine asiatischen Interessen zu sichern. Lansdowne antwortete mit großer Schärfe: England habe Verträge mit Tibet und werde deren Erfüllung, wenn nötig, erzwingen. „Uns gehört", sagte er, „das Übergewicht in Tibet" (predominance), womit er jedoch nicht gesagt haben wolle, daß England die Unabhängigkeit Tibets zu gefährden beabsichtige.

Offenbar haben diese Dinge auf China und durch China auf Tibet zurückgewirkt. Curzon fand mit seinen Forderungen unerwartetes Entgegenkommen, er hoffte bereits, daß es möglich sein werde, einen englischen Agenten in Gyantse, vielleicht sogar in Lhassa unterzubringen. Aber das war nur eine Episode. Als die Verhandlungen beginnen sollten, waren die Tibetaner zwar am Platz, aber sie weigerten sich, zu verhandeln, weil die englischen Kommissare von Truppen eskortiert waren. Im September erhielt Curzon die Nachricht, daß die Tibetaner beschlossen hätten, Krieg zu führen. Wenn England jetzt nicht Ernst mache, so schrieb er, werde es nie etwas erreichen: man müsse das Tjumbital besetzen und bis Gyantse vorgehen. Auch Younghusband, der die Expedition leiten sollte, war gleicher Ansicht: am 1. Oktober stimmte Lord Hamilton zu.

Um diese Zeit aber fand in London die große Krisis statt, die durch den Austritt Chamberlains aus dem Kabinett herbeigeführt wurde. Auch der Staatssekretär für Indien, Hamilton, trat zurück, an seine Stelle trat Brodrick, den der Ernst der Krisis erschreckt zu haben scheint. Er versuchte einzulenken, aber Curzon ließ nicht mehr mit sich reden, er hatte alle Finger voller Kriegsgründe, und als am 4. September tibetanische Truppen eine Herde von 500 Yaks „angriffen", sah er darin einen offenen Akt der Feindseligkeit, obgleich

diese Tchsen nicht englischen Untertanen, sondern Bewohnern von Nepal gehörten. Auch war Younghusband zum Einmarsch fertig.

In Petersburg hielt man unter diesen Umständen für ratsam, einen schärferen Ton anzuschlagen, und am 17. November kam es zwischen dem Marquis of Lansdowne und dem Grafen Benckendorff zu einer Verhandlung, die das Blaubuch leider nicht im vollen Wortlaut, sondern nur im Extrakt wiedergibt. Graf Benckendorff erklärte, daß Rußland durch die angekündigte Expedition Young husbands beunruhigt sei, und darauf antwortete Lansdowne sehr bestimmt: „Ich habe", sagte er, „bereits hervorgehoben, daß Tibet einerseits in naher geographischer Verbindung mit Indien steht, andererseits von den asiatischen Befestigungen Rußlands weit abliegt." Tibet habe nicht nur seine Vertragsverpflichtungen nicht erfüllt, sondern sich tatsächlich geweigert, mit England zu verhandeln. Die Tibetaner hatten Briefe des Vizekönigs zurückgewiesen, zwei britische Untertanen gefangen genommen und wahrscheinlich ermordet, sie hofften offenbar auf die englische Langmut. Rußland hätte in gleichem Falle schwerlich so viel Geduld gezeigt. Er, Lansdowne, fühle sich aber verpflichtet, hinzuzufügen, daß es ihm über die Maßen sonderbar vorkomme, solche Proteste von einer Regierung oder von einer Macht zu hören, welche in aller Welt nie gezögert habe, sich auf Kosten ihrer Nachbarn zu bereichern, wenn die Umstände es notwendig erscheinen ließen. Wenn die russische Regierung ein Recht habe, über England zu klagen, weil es in tibetanisches Gebiet einrücke, um sich von Tibet Genugtuung zu holen, welche Sprache sollte dann zu stark sein, um Rußlands Übergriffe in der Mandschurei, Turkestan und Persien zu bezeichnen! „Graf Benckendorff", so schließt der Bericht Lansdownes, „fragte mich, ob ich etwas dagegen einzuwenden hätte, wenn er sage, daß England nur widerstrebend in Tibet eingerückt sei, und nur, weil die Verhältnisse es unausbleiblich gemacht hätten: die einzige Absicht dabei sei aber nur gewesen, Satisfaktion für den Affront zu erhalten, den Tibet uns angetan habe? Ich antwortete, daß ich dagegen nichts zu bemerken hätte." Es wäre kläglich, wenn Graf Benckendorff auf diese in der diplomatischen Welt wohl unerhörte Behandlung nichts anderes zu erwidern gehabt hätte, aber unmöglich ist es nicht: jedenfalls hat England sich in seinem Vorgehen gegen Tibet nicht aufhalten lassen. Am 10. Dezember 1903 erhielt Young

husband, der längst auf tibetanischem Boden stand, weitere Vollmachten und den Titel „britischer Kommissar für Tibet in Grenzangelegenheiten", am 30. Januar 1904 die Instruktion, keine Feindseligkeiten zu beginnen, wenn er nicht angegriffen werde.

Damit schließt das englische Blaubuch, und niemand, der es gelesen hat, kann sich darüber täuschen, daß nicht nur der Inhalt, sondern namentlich die Veröffentlichung gewisser von uns hervorgehobener Depeschen als ein böses Omen für die weitere Entwickelung der russisch-englischen Beziehungen betrachtet werden muß.

2. März. Nachricht vom Eintreffen des Oberst Turr in Swakopmund.
5. März. Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung im ungarischen Abgeordnetenhause. Die Revision des Treifußprozesses wird vom französischen Kassationshof beschlossen.
6. März. Beschießung von Wladiwostok. Zusammenstoß deutscher und tschechischer Studenten in Prag.
9. März. Die japanische Regierung bestreitet, in Korea durch Besetzung des Landes wider das Völkerrecht gehandelt zu haben.

9. März 1904.

Die militärische Lage im fernen Osten steht immer noch im Stadium der Vorbereitung, wenn sie sich auch so weit geklärt hat, daß von einer russischen Offensive zur See vorläufig keine Rede mehr sein kann. Es müßten ganz unvorhergesehene und an sich unwahrscheinliche Tatsachen eintreten, wenn das anders werden sollte. Japan beherrscht die See und vollzieht unter dem Schutz seiner Flotte die Aufstellung seines Heeres in Nordkorea, um von dort aus zum Angriff überzugehen. Auch Landungen auf der Halbinsel Liaotung und bei Niutschwang scheinen bald erfolgen zu müssen. In Rußland sieht man einer Belagerung von Port Arthur entgegen und, wie die Proklamation des Festungskommandanten Generals Stössel zeigt, nicht ohne Sorge. Der Ton dieser Proklamation, der bei uns Befremden hervorgerufen hat, erklärt sich wohl aus dem Umstande, daß die Besatzung von Port Arthur zu nicht geringem Teil aus Truppen bestehen muß, die in Sibirien ausgehoben sind und ihrer Qualität nach nicht mit den europäischen Kerntruppen Rußlands verglichen werden können. Da mag eine nachdrückliche Ansprache an die „minder Mutigen" allerdings am Platze gewesen sein.

Zunächst liegen alle Vorteile noch auf japanischer Seite. Auch die klimatischen Verhältnisse sind ihnen günstiger als den bedauernswerten russischen Soldaten, welche die endlose Reise durch Sibirien in ihren nur schlecht vor Kälte geschützten Waggons zurückzulegen haben und nach zuverlässigen Nachrichten, die von Rußland her einliefen, auch nicht genügende Verpflegung finden. Es ist eben eine

ungeheure Aufgabe, die von der russischen Eisenbahn und Militärverwaltung gelöst werden muß, und nicht zu verkennen, daß trotz des zweifellos besten Willens nur Unvollkommenes geleistet wird und geleistet werden kann. Denn recht betrachtet, ist Rußland jetzt genötigt zu improvisieren. Der schier endlose dünne Faden des sibirischen Eisenbahnstranges führt durch unwirtliches, kaum bevölkertes Land, wo, abgesehen von den wenigen größeren Städten Omsk, Tomsk (das nicht einmal direkt von der Eisenbahn berührt wird), Krasnojarsk und Irkutsk, keine einzige Station zu finden ist, welche mehr wäre als ein öder Halteplatz, an dem die Lokomotiven Holz oder Kohle und Wasser aufnehmen. Die Reisenden freilich, die auf dem prachtvollen Luxuszuge der Transsibirischen Eisenbahn die Fahrt von Moskau nach Port Arthur gemacht haben, wissen von diesen Übelständen nichts zu erzählen. Aber es liegt auf der Hand, wie wesentlich die Aufgabe der Regierung dadurch erschwert wird, daß sie auf keine helfende und durch das eigene Interesse herangezogene Landesbevölkerung zu rechnen hat. Es ist unwirtliches Land und die Tausende russischer Bauern, die alljährlich aus Sibirien in das europäische Rußland zurückwandern, obgleich sie, als sie auswanderten, Haus und Hof und Vieh verkauften, können als beredte Illustration jener öden Taiga dienen, die nur eine Heimat für Nomaden zu bieten vermag. Trotz der sibirischen Bahn ist der Transport einer den Japanern gewachsenen Armee nach Ostasien eine schwierigere Aufgabe, als sie 1854 der Kaiser Nikolaus zu lösen hatte, der durch das eisenbahnlose Rußland die russischen Truppen in die Krim hinein dem Feinde entgegenwerfen mußte. Damals gab es ungeheure Verluste an Menschen auf dem Marsch durch die Steppen des südlichen Rußlands, wir fürchten, trotz der Eisenbahn wird es jetzt nur wenig besser liegen.

Dazu kommen, trotz des großen „freien Barbestandes" der Regierung, und trotz der großen Opferwilligkeit Einzelner und der Gesamtheit die pekuniären Nöte und die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse des russischen Bauernstandes, die, wie jetzt von keiner Seite mehr bestritten werden kann, einen chronischen Charakter tragen. Kaiser Nikolaus hat im Hinblick auf diese Verhältnisse ein besonderes Komitee eingesetzt, dessen Aufgabe es sein soll, die Staatsausgaben einzuschränken. Zum Vorsitzenden ist der Ministerpräsident Witte

ernannt worden, zu seinem Stellvertreter der Minister für Ackerbau und Domänen Jermolow. Es heißt, das Komitee habe beschlossen, nicht nur das Ausgabenbudget von 1903 nicht zu überschreiten, sondern die Ausgaben sogar niedriger zu setzen. Es hat aber den Anschein, als ob das Komitee, um sein Ziel zu erreichen, höchst bedenkliche Wege einzuschlagen im Begriff ist. Die Landschaftsvertretung des Gouvernements Saratow, das bekanntlich mehr als andere durch die Mißernten der letzten Jahre gelitten hat, ist auf eine Anregung jenes Komitees zu dem erstaunlichen Beschluß gelangt, denjenigen Bauern, welche durch den letzten Mißwachs gelitten hatten, den Zuschuß zu kürzen, der ihnen versprochen worden war, damit sie ihren Feldern die Aussaat für das nächste Jahr geben könnten. Das scheint uns schlechte Politik zu sein, und es wäre beängstigend, wenn, was in Saratow geschah, auch in anderen Gouvernements geschehen sein sollte. Aber allerdings, es gehörte ein starker Glaube dazu, wenn man die russische Bureaukratie einer allzu kurzsichtigen Weisheit für unfähig halten will.

Eine kurzsichtige Weisheit jedenfalls war es, die den Minister für Volksaufklärung, Sänger, aus seinem Posten verdrängt hat, weil er gegen die Unterstellung der Landschaftsschulen und der sogenannten ministeriellen Schulen unter den heiligen Synod protestiert hat.

Wer russische Verhältnisse kennt weiß auch, daß der heilige Synod, soweit er in politische Sphären eingreift — und die Schule wird in seinen Händen zu einem politischen Institut — nichts anderes als Unheil gestiftet hat und auch nichts anderes stiften kann. Das ist nun einmal die notwendige Folge des Stempels innerer Unwahrheit, den er an seiner Stirn trägt, und dagegen mit Gründen zu kämpfen, die ihr Fundament vor allem in der Forderung finden, daß die Religion niemals und unter keinen Umständen ein Mittel für politische Zwecke werden darf, wäre vergebliche Arbeit. Auch interessiert uns vom Standpunkte der tatsächlichen Wertschätzung mehr der Umstand, daß Fürst Meschtscherski durch seinen persönlichen Einfluß auf den Zaren den Sturz Sängers herbeigeführt haben soll. Meschtscherski ist aber ein Vertreter des allerschädlichsten, rein mechanischen Pseudokonservatismus und sein Einfluß um so bedenklicher, als er seine Theorien stets in einschmeichelnder und paradox geistreicher Weise einzukleiden versteht. Nirgends aber ist

man dieſer Form der Argumentation leichter zugänglich als auf ruſſiſchem Boden, wo man die an philoſophiſchen Studien logiſch geſchulten Köpfe an den Fingern einer Hand herzählen kann.

Doch wir kehren wieder zu den Tatſachen zurück. Daß Witte wieder in den Vordergrund tritt, iſt unverkennbar. In Rußland geht ſogar das mindeſtens verfrühte Gerücht, daß er zum Reichskanzler ernannt werden ſolle, und das wäre allerdings ein Beweis dafür, daß Rußland neben ihm keinen Mann gleicher Tatkraft beſitzt, und keinen, der bereit wäre, in kritiſcher Zeit ſo wie er die ungeheure Verantwortung der gegenwärtigen Kriſis auf ſeine Schultern zu nehmen. Der neue Finanzminiſter, W. N. Kokowzew, ſcheint jedenfalls eine Witterung kommender Möglichkeiten gehabt zu haben, wenn er bei der Anſprache an die Beamten ſeines Reſſorts die Erklärung abgab, daß er vor allem die Verpflichtung fühle, auf dem Wege weiter zu gehen, den Sſergej Juljewitſch Witte gewieſen habe.

Wir wollen nicht widerſprechen. Es iſt ja denkbar, daß Herr Kokowzew recht hat und daß in der Not des Augenblicks in der Tat nichts anderes übrig bleibt, als dem ruſſiſchen Bauern, deſſen Rücken ja breit und deſſen Herz geduldig iſt, die Pflicht aufzuerlegen, in alter Weiſe, wie Wyſchnegradski es eingeleitet und Witte es ſyſtematiſch durchgeführt hat, für den Staat herzugeben, was er irgend hergeben kann. Der mächtige Hebel des Patriotismus und der gewaltig geſteigerten religiöſen Erregung mag das Werk ja erleichtern: etwas Brot weniger, etwas mehr Enthaltſamkeit dem Branntwein und dem Tabak gegenüber, etwas mehr Arbeit — und der Staat findet die Mittel, deren er bedarf, um den Krieg mit Ehren zu Ende zu führen der ihm zu früh aufgedrängt worden iſt, und der jetzt allerdings die höchſte Opferwilligkeit verlangt, weil er ſo ſehr viel gefährlicher und koſtſpieliger iſt, als man vorausgeſehen hat, und weil an ihm Möglichkeiten der Zukunft hängen, denen gegenüber entſchloſſen beide Augen zuzudrücken vielleicht wirklich am vernünftigſten iſt.

Das Volk aber hat eine ſtarke Empfindung dafür, daß ſich ganz ungewöhnliche Dinge vorbereiten. Es erwartet Wunder und Zeichen, und ohne allen Zweifel werden ſie ſich einſtellen. Schon jetzt laufen Prophezeihungen des Vater Johann von Kronſtadt um, die einen 25jährigen Krieg verkünden: dann heißt es, Skobelew, der Held,

sei gar nicht gestorben. Er habe sich nur verborgen gehalten, sich gleichsam beerdigen lassen, bis zur Zeit eines wirklichen Krieges, jetzt aber werde er bestimmt wiederkommen! („Pet. Wjed." vom 24. Februar.)

Man kann diesen naiven Glauben nur bewundern, und es läßt sich nicht übersehen, daß in der Tat darin ein Stück realer Kraft steckt. Es ist der Glaube an die Zukunft, der sich in solchen Phantasmen verkörpert, und das ist um so bedeutsamer, als die Realität von den radikalen und revolutionären Elementen dazu benutzt wird, um an den Fundamenten zu rütteln, auf denen das heutige Rußland ruht.

Als wir bei Ausbruch des Krieges der Erwartung Ausdruck gaben, daß die patriotische und religiöse Erregung der Nation zunächst jede andere Empfindung in den Hintergrund drängen werde, konnten wir annehmen, daß die gesamte Nation durch ihr Verhalten uns recht geben würde. Aber wir haben uns insoweit getäuscht, als wir die Klugheit und den Patriotismus der russischen Radikalen zu hoch eingeschätzt haben. Statt, wie es die Zeit verlangte, in den Tagen der Not zu schweigen, damit nicht durch Unruhen im Innern die Kraft der Nation nach außen hin gelähmt werde, haben sie möglich gefunden, gerade jetzt mit Aufrufen hervorzutreten, die im höchsten Grade erregend wirken müssen. Die „Oswoboshdenije" gibt fliegende Blätter heraus, die sich an die studierende Jugend wenden und sie auffordern, die Gelegenheit zu nützen, um konstitutionelle Propaganda zu treiben und die Idee der Freiheit auf die russische Straße zu tragen. Das ist nicht nur ein Fehler, ähnlich dem, den Herzen und Bakunin begingen, als sie 1863 für Polen Partei ergriffen, sondern es ist zugleich ein Frevel, begangen an der russischen Jugend, die den Sophismen des Herrn Struve widerstandslos gegenübersteht. Die Folgen haben nicht auf sich warten lassen. Dem „Journal des Débats" wird aus Petersburg berichtet, daß die Polizei in Petersburg und in mehreren anderen größeren Städten während der letzten Wochen zahlreiche Verhaftungen von Personen vorgenommen habe, die revolutionärer Absichten verdächtig waren. Diese verstärkte Tätigkeit der Polizei sei vornehmlich infolge der Entdeckung zahlreicher revolutionärer Proklamationen angeordnet worden. Unter Studenten und Arbeitern verbreitet, sei das Ziel dieser Aufrufe, die

Verwickelung im fernen Osten und die Verlegenheiten der Regierung auszunutzen, um die gegenwärtigen sozialen Verhältnisse Rußlands umzustürzen. Auch lasse sich nicht bestreiten, daß die Verwirrung des Augenblickes den Agitatoren eine gewisse Sicherheit biete.

Das alles ist, vom russischen Standpunkte aus gesehen, um so verwerflicher, da die politische Lage sich nur als höchst unsicher für Rußland bezeichnen läßt. Ist es im Augenblick auf der Balkanhalbinsel so weit ruhig geworden, daß ein bulgarisch-türkischer Krieg für längere Zeit als ausgeschlossen betrachtet werden kann, so sind wir immer noch weit davon entfernt, mit wirklicher Zuversicht auf die Entwickelung der durch das gesamte türkische Reich, die europäischen Ganz- und Halbvasallen des Sultans mit eingeschlossen, ziehenden Konfliktsmomente zu schauen. Überraschungen, und zwar unliebsame, sind dort allezeit möglich, und wenn man der russischen Presse Glauben schenken dürfte, wäre nicht einmal die österreichisch-russische Entente unbedingt zuverlässig gesichert.

Für den Augenblick ist jedoch die Haltung Englands und Frankreichs das Wichtigere; von beiden Mächten läßt sich aber kaum mit größerer Sicherheit reden als von der Türkei und ihren Plagegeistern oder Wohltätern — wie man sie gerade nennen will. Tatsache ist, daß sowohl England wie Frankreich rüsten. Von England behauptet ein schwer zu kontrollierendes Gerücht, daß es mit der kanadischen Pacificbahn bereits einen Kontrakt für eventuelle Truppentransporte abgeschlossen habe. Andererseits steht aber fest, daß König Eduard VII. entschieden russenfreundlich gesinnt ist, daß England dem Konflikt, wenn möglich, fernbleiben möchte und daß dem an Stelle von Sir Charles Scott als Botschafter nach Petersburg geschickten bisherigen Unterstaatssekretär Mr. Charles Hardinge der Ruf vorausgeht, daß er ein Freund des Friedens und ein Vertreter der politischen Richtung sei, die einen Ausgleich der russisch-englischen Differenzen auf dem Wege freundschaftlicher Vereinbarung anstrebt. Aber freilich, was vermag der Wille und die Kraft des einzelnen, wenn er Entwickelungen gegenübersteht, deren Konsequenzen nicht durch Wünsche und Hoffnungen, sondern durch die harten Notwendigkeiten bestimmt werden, welche hüben wie drüben die Vertretung der staatlichen Interessen verlangt.

Noch weit unklarer liegen die Verhältnisse in Frankreich. Schon

die Tatsache, daß das jetzige Ministerium radikal sozialistisch ist, und daß die Sozialisten der ganzen Welt, nirgends aber leidenschaftlicher als in Frankreich, für Japan gegen Rußland Partei ergriffen haben, zeigt, wie unsicher die Allianz der Herrn Combes und Genossen für Rußland ist. Dazu kommt aber noch die anerkannt anglophile Tendenz des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Delcassé, so daß, wenn nicht die ungeheure Majorität der französischen Nation an der „alliance" wie an einem politischen Dogma festhielte, die natürliche Entwickelung dahin führen müßte, daß Frankreich mit England Hand in Hand gehend die Gelegenheit nützte, um das russische Prestige auf der Balkanhalbinsel zu brechen, während England das gleiche Geschäft im fernen Osten besorgte. Daß das nicht geschehen kann, verhindert die nationalistische und die klerikale Partei, beide die eigentlichen Träger der alliance franco-russe. Aber die erstere ist im Begriff, durch die Revision des Dreifusprozesses eine schwere Niederlage zu erleiden, die letztere aber hat keine Führer, die stark genug wären, die Masse nach sich zu ziehen. Dagegen sind aber dem Ministerium Combes neue Gegner in Herrn Etienne und Herrn Doumer erstanden, beides sehr einflußreiche Männer, und da sie ihren Angriff auf Herrn Pelletan, den Marineminister, richten, ist es wohl denkbar, daß es ihnen gelingt, den „bloc" zu sprengen und damit das Ministerium selbst zu Fall zu bringen.

Es ist schwer zu sagen, ob eine solche Entwickelung dem Weltfrieden günstig wäre. Von den Herren Combes, Delcassé, André, Pelletan läßt sich mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß sie unter allen Umständen stille sitzen werden. Ein neues Ministerium wäre etwas Unbekanntes, Unberechenbares. Ein Anschluß Frankreichs an England aber würde, ebenso wie ein aktives Parteinehmen Frankreichs für Rußland, die Weltlage in höchstem Grade kritisch gestalten.

Wir bemerken zum Schluß, daß in Paris die Stellung des Grafen Lambsdorff als ernstlich erschüttert gilt.

10. März. Oberst Leutwein fordert weitere Verstärkungen. Tisza zieht seinen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung zurück. Seegefecht bei Port Arthur.
12. März. Beginn der Mittelmeerfahrt Kaiser Wilhelms. Türkei und Bulgarien verständigen sich über die Frage der mazedonischen Reformen.
14. März. Fürstbischof Kohn legt sein Amt nieder.
15. März. Das Ministerium Balfour bleibt in einer nebensächlichen Frage in der Minderheit.

16. März 1904.

Die russische Presse meldet ein in ihrer Geschichte unerhörtes Ereignis: ihre Vertreter sind vom Zaren empfangen worden. Sie durften eine Adresse überreichen und wurden durch eine gnädige Ansprache erfreut. Er habe, sagte der Kaiser, sich davon überzeugt, daß die Presse eine treue Dolmetscherin der gegenwärtigen Ereignisse sei, er hoffe, daß sie auch in Zukunft sich ihrer Bestimmung würdig erweisen und sich ihres großen Einflusses auf die allgemeine Stimmung bedienen werde, um in diese Wahrheit und nur Wahrheit hineinzutragen!

Als Vertreter der Petersburger Presse fungierten der alte Herausgeber der „Nowoje Wremja", Sjuworin, und der jetzige Chefredakteur der „Peterburgskija Wjedomosti", deren Herausgeber und Eigentümer bekanntlich Fürst Uchtomski ist, mit Namen Alexander Stolypin. Ist nun die „Nowoje Wremja" ohne Zweifel das meist verbreitete Petersburger Blatt, so stehen die „Wjedomosti" hinter einer ganzen Reihe anderer Blätter zurück. Aber wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß sie bei Hofe Beachtung finden, und das mag den Ausschlag gegeben haben.

Die Adresse, welche die Herren verlasen, ist für unser Empfinden etwas schwülstig:

„Das heilige Feuer, das die russischen Herzen entflammt hat und so hell in ihnen brennt, daß sie die Erhabenheit der bevorstehenden Ereignisse voraussehen, hat uns, die wir die Vertreter der Residenzpresse sind, geeinigt zu dem glühenden Wunsche, Ihnen, Herr und Kaiser, die Gefühle auszudrücken, die uns beseelen. Treu dem

Geiste der Heimat, ist die Presse stolz auf die ihr zugefallene Ehre, eine Verkünderin und Dolmetscherin des erhabenen Aufschwunges der unzerstörbaren Geisteskraft zu sein, mit welcher das russische Volk die ihm gewordene Herausforderung beantwortet hat.

Ew. Majestät, in diesem machtvollen Ansturm edelster Gefühle, das Ihre Untertanen vom Geringsten bis zum Höchsten ergriffen hat, wird die Presse Kraft finden, den Drangsalen des Krieges zu begegnen mit männlicher Sprache, die Ihres großen Volkes würdig ist. Die Presse ist erfüllt von der lichten Hoffnung, daß ihr nach den Tagen der Prüfung die beneidenswerte Aufgabe zufallen wird, Chronist eines neuen herrlichen Triumphes Rußlands über seine Feinde zu sein.

Wir glauben, Herr und Kaiser, daß die Vorsehung Ihnen das herrliche Los bereitet hat, die Macht und den Mut Rußlands zu führen, zur Erfüllung einer großen nationalen Aufgabe. Dazu helfe Ihnen Gott."

Während nun die „Nowoje Wremja" sich mit Wiedergabe von Text der Adresse und Antwort begnügt, schlagen die bekanntlich nicht selten gemaßregelten „Peterburgskija Wjedomosti" einen anderen Ton an. Herr Stolypin knüpft an das Wort des Kaisers an, die Presse solle die Wahrheit und nur die Wahrheit sagen. Das sei, so führt er aus, ein Befehl. Aber um die Wahrheit zu sagen, müsse man auch das Recht und die Möglichkeit haben, sie öffentlich auszusprechen. „Bis jetzt befinden wir uns in dieser Hinsicht in schwerer Lage. Zahlreiche Verbote lasten auf der Presse, sie ist weit davon entfernt, in dem Maße frei zu sein, daß es ihr möglich wäre, offen und furchtlos die Wahrheit zu sagen. Oft wurde eine Äußerung verboten, nicht weil sie der Wahrheit widerspricht, sondern nur, weil sie der Meinung von Leuten entgegengesetzt ist, welche die Macht haben, die Presse zum Schweigen zu bringen. Für das Recht des offenen und freien Wortes kämpfen schon lange die besten Geister, und wenn man zugeben muß, daß sie schon vieles auf diesem Gebiet errungen haben, so ist das noch lange nicht genug. Und bis zur Stunde ist die traurigste Wahrheit, die wir, ohne uns zu vergehen, nicht verschweigen können, die, — daß man uns nicht immer erlaubt hat, die Wahrheit zu sagen.

Jetzt ist in dieser Hinsicht ein ungeheurer Schritt vorwärts getan worden: alle ehrlichen und wahrhaftigen Diener des Wortes

haben einen großen, allmächtigen Bundesgenossen erhalten: das mächtige klare Wort des Zaren — einen zarischen Befehl."

Also, wenn wir Herrn Stolypin recht verstehen, er glaubt aus der Ansprache des Zaren den Schluß ziehen zu dürfen, daß die Presse fortan in Rußland frei sein wird! Das wäre allerdings eine ungeheure Wendung, aber wir fürchten, Herr Stolypin erlebt die größte aller Enttäuschungen. Über die Frage „Was ist Wahrheit?" wird nach wie vor die Oberpreßverwaltung entscheiden mit all ihren Verzweigungen im heiligen Synod und im Ministerium des Innern und wo immer sonst ihre Filialen am Werke sind. Sind doch erst ganz kürzlich die folgenden Zeitungen gemaßregelt worden: der „Uraletz" suspendiert auf drei Monate, der „Jugosapadny Krai" auf acht Monate, die „Nedelja" ebenfalls auf acht Monate, der „Jenissei" auf drei Monate! Und da sollte so plötzlich und unvermittelt eine Wandlung eintreten? Wir glauben es um so weniger, als gerade jetzt die Agitation der „illegalen" Presse, d. h. derjenigen, die sich das Recht anmaßt, selbst darüber zu entscheiden, was Wahrheit ist, ganz besonders eifrig betrieben wird. Und wie vollends ist daran zu denken, daß Redakteure und Korrespondenten, die seit Jahr und Tag systematisch und bewußt der Unwahrheit gedient haben, zu Dienern der Wahrheit werden sollten? Man erinnere sich, um ein Beispiel anzuführen, der stetigen Verleumdungen, deren Gegenstand Deutschland gewesen ist, der Verleumdungskampagne, die gegen Finnland ins Werk gesetzt worden ist, der Rolle, welche die russische Presse in den Ostseeprovinzen gespielt hat und noch heute spielt, und endlich der grotesken Lügen, welche die mazedonischen Korrespondenten gerade der „Peterburgskija Wjedomosti" in die Welt geschickt haben!

Wahrheit und nur Wahrheit! Das Wort war ein frommer Wunsch eines Monarchen, der immer das Beste gewollt hat, den aber das Unglück verfolgt, daß alle seine Absichten sich in ihr Gegenteil verkehren: aus dem Traum der Wohlhabenheit, den er für sein Volk träumte, ist ein Regiment hervorgegangen, das die finanzielle Leistungsfähigkeit der Nation stark beeinträchtigt, aus seinen Friedensträumen ein blutiger Krieg: der gleiches Recht für alle schaffen wollte, hat eine Verwaltung geduldet, die auch jetzt noch wegen ihrer Willkürlichkeiten nicht mit Unrecht angegriffen wird.

Das ist die traurige Wahrheit, und wir glauben nicht, daß der Tag nahe ist, da es in Rußland erlaubt sein wird, sie auszusprechen. Und, recht erwogen, ist jener Artikel des Herrn Stolypin selbst eine Unwahrheit, denn er glaubt nicht an das, was er sagt, und ist höchstwahrscheinlich darauf gefaßt, in irgend welcher Weise dafür zu büßen, daß er dem Zaren einen Gedanken untergelegt hat, der diesem unendlich fern liegt. Das ist ein Fechterkunststück, nicht mehr. Auch sind wir der Meinung, daß es zurzeit nicht möglich ist, in Rußland die volle Freiheit der Presse zu geben.

Man braucht nur zu bedenken, was geschehen müßte, wenn Graf Leo Tolstoi jetzt für seine Ideen Propaganda machen wollte. Jetzt, da der Staat alle seine Kraft zusammenfassen muß, um den schweren Aufgaben gerecht zu werden, welche die Not des Krieges an ihn stellt, darf er doch nicht die Verbreitung von Theorien dulden, die den Staat in seinen Fundamenten untergraben, die jede Pflicht des Gehorsams den staatlichen Autoritäten gegenüber prinzipiell negieren, die Offiziere auffordern, vor ihre Truppen zu treten und ihnen zu sagen, daß jede Teilnahme an einem Kriege Sünde und Verbrechen sei! Und das einer Bevölkerung gegenüber, die völlig unfähig ist, die Trugschlüsse aufzudecken, mit denen man sie betören will. Oder soll man etwa den Männern der „Oswoboshdenije" gestatten, ihre Theorien zu verbreiten, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, eine Verfassung zu erzwingen, oder soll man der sozialdemokratischen Agitation in der Arbeiterwelt freien Lauf lassen? Man mag noch so sehr überzeugt sein, daß in Summa die Wohltat des Rechts freier Meinungsäußerung die Schäden überwiegt, die stets und überall damit verbunden sein werden, die eine Beschränkung bleibt, daß gewisse Voraussetzungen des Bildungsstandes vorhanden sein müssen, damit die Wohltat nicht zur Plage wird. Rechtsgefühl und Rechtsbewußtsein finden wir aber auch in der russischen Presse nur ausnahmsweise und ebenso selten eine ernste und feste Wahrheitsliebe. Sie fehlt vielfach auch in der Presse anderer Staaten, aber nur in Rußland sind wir auf Gleichgültigkeit der Wahrheit gegenüber gestoßen. Für eine ganze Reihe von ernsten Fragen verlangt die öffentliche Meinung Unwahrheit, und die wird ihr dann von den Zeitungen, welche die Wahrheit kennen, wider besseres Wissen geboten. Wir können, wenn Belege gewünscht werden, mit

einer langen Reihe von Tatsachen, über die wir sorgfältig Buch geführt haben, aufwarten und glauben daher, daß, wenn der Wunsch des Herrn Stolypin morgen in Erfüllung ginge und die Freiheit der Presse dekretiert würde, das Resultat jedenfalls nicht das wäre, der Wahrheit zur Herrschaft zu verhelfen.

Doch wir brechen mit diesen Betrachtungen ab. Das Wesentliche bleibt, daß in gegenwärtiger Krisis die Machtmittel des russischen Staates nicht gelähmt werden und daß auch die öffentliche Meinung in Rußland sich entschließt, den Gegner, mit dem man zu kämpfen hat, weniger geringschätzig zu behandeln. Man kann ihn keineswegs, wie das russische Sprichwort sagt, „mit der Mütze zudecken", er will niedergekämpft werden, und zunächst sind noch alle Vorteile zu Wasser und zu Lande und auch in der diplomatischen Rückendeckung auf seiner Seite. Der General Kuropatkin, der am 11. März Petersburg verlassen hat, rief den Herren, die ihm das Geleit gaben, zu, er wünsche ihnen mehr Geduld! Geduld! Geduld! Und damit ist auch die Lage ganz richtig gezeichnet. Große Schläge kann Rußland erst führen, nachdem es seine Streitkräfte konzentriert hat, und das kann noch Wochen und Monate dauern. Damit ist aber auch gesagt, daß für beide Mächte der Krieg eine ungeheuer kostspielige Sache werden wird. Der letzte Türkenkrieg hat Rußland 1 Milliarde und 400 Millionen Rubel gekostet; es kann nicht zweifelhaft sein, daß infolge der ungeheueren Entfernungen und wegen des Aufwandes, den die Marine verschlingt (die 1877 78 bekanntlich gar keine Rolle spielte, weil sie kaum vorhanden war), die Ausgaben dieses Krieges wahrscheinlich weit größer sein werden. Nun ist zwar der Kredit Rußlands größer als der Japans, und es läßt sich kaum denken, daß Frankreich zu den 6½ Milliarden, die es in Rußland liegen hat, nicht noch einige Milliarden hinzufügen sollte, namentlich wenn es sich dadurch von einer Teilnahme an dem wirklichen Kriege freikaufen könnte. Denn daß die öffentliche Meinung in Frankreich verlangt, daß etwas für den Alliierten geschehe, kann heute kaum mehr zweifelhaft sein. Es hat nach einigen Wochen des Schwankens ein Umschwung nach dieser Richtung stattgefunden, dem auch die leitenden Kreise sich nicht mehr entziehen können. Aber Japan hat den Vorteil, in Korea unter wirtschaftlich sehr günstigen Verhältnissen operieren zu können, während die Russen in Sibirien

auf geradezu empörende Preissteigerungen stoßen. Das Detail, das darüber durch die russischen Zeitungen geht, ist ungeheuerlich. Außerdem hat die letzte innere japanische Anleihe gezeigt, daß die Nation hinter der Regierung steht und daß sie zahlen kann. Ob freilich England und die Vereinigten Staaten den Japanern eine ähnliche Geldquelle bieten werden, wie sie Rußland in Frankreich hat, erscheint fraglich und dürfte vom Verlauf abhängen, den der Krieg nimmt.

Einen anderen Vorteil, den Japan voraus hat, sehen wir darin, daß es weitere Verwickelungen nicht zu fürchten braucht, während Rußland genötigt ist, die unberechenbaren Balkanverhältnisse scharf im Auge zu behalten. Liegen im Augenblick dort die Verhältnisse der Erhaltung des Friedens günstig, so steht doch fest, daß um Erhaltung dieses Friedens ein ununterbrochener diplomatischer Kampf geht.

Es liegt so sehr auf der Hand, daß allen Gegnern Rußlands eine Verwickelung auf dem Balkan erwünscht sein muß, daß wir uns dadurch die Gerüchte erklärt haben, welche behaupten, daß der Pforte Zumutungen gestellt wurden, die über das Mürzsteger Programm hinausgehen und sie deshalb notwendig mißtrauisch machen müssen. Aber davon ist es wieder still geworden. Dagegen finden wir in einer Pariser Korrespondenz des „Standard" vom 11. März die perfide Insinuation, daß Deutschland, wenn es wollte, die Durchführung des von allen Mächten gebilligten (approved) Reformprogramms durch einen Druck auf die Pforte durchsetzen könnte, „but she abstains from doing so", d. h. aber Deutschland will nicht. Die Äußerung wird einem französischen Diplomaten in den Mund gelegt, und das ist kühn genug, da doch weltbekannt ist, daß Deutschland es war, das seinen ganzen Einfluß in Konstantinopel daran gesetzt hat, um die Annahme des Mürzsteger Programms ohne jeden Vorbehalt durchzusetzen. Wie die Politik Frankreichs in dieser Frage war, haben wir seinerzeit ausführlich dargelegt, und wohin das Interesse Englands geht, das läßt sich heute wohl mit Händen greifen. Aber diese Dinge sind noch im Werden und bis auf weiteres bleiben wir bei unserer These, daß, solange Rußland und Österreich in der Orientfrage Hand in Hand gehen, eine Verwickelung nicht zu fürchten ist. Nicht recht klar ist die Haltung

Italiens. Der „Secolo" hat neulich behauptet und die „Pet. Wjedomosti" haben es wiederholt, Italien habe gleich nach Ausbruch des russisch-japanischen Krieges dem Wiener Kabinett eine Teilung Albaniens vorgeschlagen, Graf Goluchowski aber nach Rücksprache mit Berlin, das entschieden widersprochen habe, abgelehnt. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist an der ganzen Sache kein wahres Wort, wie schon die Erwägung ergibt, daß Österreich unter keinen Umständen einen weiteren Zuwachs an slavischen Untertanen wünschen darf. Sowohl diesseits wie jenseits der Leitha würden dadurch die ohnehin nicht geringen Schwierigkeiten des politischen Zusammenlebens der Nationalitäten noch gesteigert werden. Haben wir doch erst jüngst eine Blüte dieser Verhältnisse an dem schamlosen Gebaren der Tschechen in Prag kennen gelernt. Aber es ist nicht zu übersehen, daß in Italien eine starke albanische Agitation stattfindet. Sie hat noch jüngst in einem Buch von Lorecchio Ausdruck gefunden, das im Gegensatz zum großbulgarischen und großserbischen Gedanken für ein Großalbanien eintritt, das alle die strittigen mazedonischen Gebiete in sich schließen solle.

Daß die Obstruktion in Ungarn endlich ihr Ende gefunden hat, vermögen wir nicht zu bewundern. Das gewissenlose Treiben des Herrn Kramarcz und Genossen hat zwei Jahre lang dem Staate die rechte Hand gelähmt, und es ist eine Schmach, daß die patriotische Einsicht erst so spät zur Geltung kommen konnte. Auch vermögen wir nicht einzusehen, weshalb die Regierung so lange zögerte, zu den einzig wirksamen Mitteln zu greifen. Die Tränen der Rührung, die man bei der Versöhnung „beinah" vergossen hätte, imponieren sehr wenig, und wenn in so wichtigen Fragen nur so geringe Tatkraft entfaltet werden konnte, blickt man allerdings mit Sorge in die Zukunft.

Das Ministerium Combes und das Ministerium Balfour halten noch immer zusammen. Vorläufig scheint das englische Kabinett noch das stärkere, weil man ihm in der gegenwärtigen Weltkrisis mehr Energie zutraut als den eventuellen Nachfolgern. Mit dem französischen Kabinett steht es genau umgekehrt, man traut ihm keine Energie zu, und das ist vielleicht der Grund, weshalb es sich trotz der Angriffe auf Herrn Pelletan noch eine Zeitlang behaupten kann. Denn was man am meisten fürchtet, ist ein entscheidender

Schritt in den auswärtigen Angelegenheiten: für England oder gegen England, für Rußland oder gegen Rußland. Man will, um ein berühmtes Wort zu brauchen, „weiter wursteln", das Gefühl und die Charpie für Rußland, den Verstand und das Geschäft mit England — und so wird wohl auch, wenn kein Zwang eintritt, die Entscheidung fallen.

Nur widerwillig nehmen wir von dem Prozeß Akt, der sich im belgischen Königshause abspielt. Es ist ein würdiges Seitenstück zu den Szenen am Sarge der verstorbenen Königin. So recht dazu angetan, das ohnehin wenig lebendige monarchische Bewußtsein auf belgischem Boden noch weiter zu untergraben.

17. März. Marquis Ito trifft zur Übernahme der Verwaltung Koreas in Soul ein.
19. März. Nachricht von einem angeblichen Gefecht des Majors v. Glasenapp bei Outjoseros.
20. März. Eröffnung des japanischen Parlaments.
22. März. Bombardement von Port Arthur durch die japanische Flotte.

23. März 1904.

Die Trauerbotschaft aus Südwestafrika hat einen außerordentlich tiefen Eindruck gemacht. Es tritt doch immer deutlicher zutage, daß es ein ernster Krieg ist, in dem wir stehen, und daß der Zeitpunkt gekommen ist, durch eine große Anstrengung das Ziel, die Unterwerfung und Entwaffnung der Aufständischen, zu erzwingen. Auch hat die Regierung bereits Anordnung getroffen, um unsere Kriegsmannschaften weiter zu verstärken. Je größer die Macht ist, die wir entfalten, um so größer ist auch die Aussicht, Dauerndes zu schaffen und Verhältnisse zu begründen, welche die Bürgschaft einer friedlichen und zukunftsreichen Entwickelung in sich tragen. Die Vorgeschichte der Hereroerhebung mag sein, welche sie wolle, und wir halten das umlaufende Gerede noch keineswegs für beglaubigt, das eine steht zweifellos fest, daß in Behandlung der Eingeborenen eine andere Praxis einzuschlagen ist. Das Muster nach dieser Richtung hin haben unzweifelhaft die Buren gegeben. Sie gestatteten den Schwarzen unter keinen Umständen das Tragen europäischer Waffen und hielten darauf, daß dem Weißen auch äußerlich die Zeichen der Anerkennung seiner höheren Stellung dargebracht wurden. Die rechtliche Gleichstellung der Rassen ist an sich eine Unwahrheit und kann nur zu Verhältnissen führen, die den Keim der Zersetzung in sich tragen. Selbst in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat sich — trotz der unvergleichlich günstigen Bedingungen, die sich ursprünglich boten — nichts anderes erreichen lassen, als ein Kulissenbau von Scheinwesen und Lüge, dessen jeder aufrichtig redende Amerikaner sich schämt, während die Beziehungen, welche zwischen Buren und Schwarzen bestanden, das gesunde Verhältnis zeigten.

Auf der einen Seite die weißen Herren, auf der anderen die human aber streng behandelten, in äußerer Ehrfurcht erhaltenen Knechte. Daß dann eine gewiß noch ferne Zukunft dahin führt, daß einzelne begabtere Individuen der schwarzen Rasse sich hervorarbeiten, halten wir keineswegs für ausgeschlossen, aber auf die Möglichkeit, daß solche Ausnahmen erstehen könnten, die gesamte Politik in Behandlung der Schwarzen zu begründen, das erscheint uns — sit venia verbo — als der helle Wahnsinn.

Und auch darauf möchten wir zum Schluß hinweisen, daß jetzt jede Sparsamkeit bei Ausrüstung weiterer Hilfsexpeditionen Verschwendung wäre, und daß mit den militärischen Maßnahmen sich die Erschließung des Landes durch Bau von Eisenbahnen und Straßen, Anlage von Kulturen und energische Heranziehung von Kolonisten verbinden muß. Es ist nicht wahr, daß uns die nationalen Eigenschaften fehlen, um Kolonisatoren in großem Stil zu werden, das wird durch jeden Blick in unsere Geschichte und durch die erfolgreiche Tätigkeit widerlegt, welche die Legion deutscher Auswanderer in Amerika, Australien und sonst in aller Welt entfaltet hat.

Und damit mag es für heute genug sein. Wir haben aber das Bewußtsein, nicht nur vor einer nationalen Ehrenfrage zu stehen, auch vor einem Wendepunkt in der Geschichte unserer Kolonialpolitik, und leben der guten Zuversicht, daß beides zu glücklichem Ausgang geführt werden wird.

Im fernen Osten ist es inzwischen verhältnismäßig still geworden. General Kuropatkin wird nun bald in Charbin sein und die Vorbereitung zu den Schlägen treffen können, die er zu führen gedenkt. Über seine Pläne jetzt zu reden, ist zwecklos; was er an die Öffentlichkeit hat dringen lassen, ist selbstverständlich darauf berechnet, daß auch die Japaner es hören dürfen, und damit ist im Grunde alles gesagt. Die Japaner aber stecken noch tief in der Arbeit, ihre Truppen dem wahrscheinlichen Kriegsschauplatze zu nähern. Unentschieden ist noch die Haltung von China, und von russischer Seite wird ein außerordentlich starker Druck ausgeübt, um es von jeder Teilnahme am Kriege fernzuhalten.

Daß Frankreich unter keinen Umständen an einem Kriege im fernen Osten teilnehmen wird, kann jetzt als sicher gelten, und wir würden dasselbe von England sagen, wenn die russisch-englischen

Gegensätze auf die zwischen Rußland und Japan strittigen Fragen beschränkt wären. Das aber ist bekanntlich nicht der Fall; doch läßt sich nicht verkennen, daß die Angriffe der russischen Presse gegen England plötzlich aufgehört haben. Das hat seine guten Gründe. Am 1. oder 2. März (16. oder 17. Februar russischen Stils) hat ein Zirkular der Oberpreßverwaltung den russischen Zeitungen und Journalen untersagt, gegen England gerichtete Artikel aufzunehmen, und das läßt sich bei der ungeheueren Erbitterung, die in Rußland bis in die untersten Volksschichten hinab gegen England herrscht, nur billigen, weil die Absicht, ohnehin vorhandene Gegensätze nicht zu steigern, dem allgemeinen Frieden nur förderlich sein kann. Wie sehr eine ihrer Verantwortlichkeit nicht bewußte Preßagitation die politische Temperatur erhitzen kann, ist ja bei uns von den Tagen des Burenkrieges her noch in lebhafter Erinnerung. Damals sind unsere Beziehungen zu England auf lange hinaus vergiftet worden. An sich also ließe sich eine Zurückhaltung der russischen Presse England gegenüber nur als erfreulich bezeichnen, wenn diese neu geprägte Medaille nicht einen ausgesprochen deutsch-feindlichen Charakter trüge. Wir können dafür eine ganze Reihe von Belegen geben und wollen drei Beispiele dem Urteil unserer Leser vorführen.

Am 18. März druckten die Petersburger „Wjedomosti" des Fürsten Uchtomski — den die „Woche" in wahrhaft kindlicher politischer Naivetät jüngst zum Schwurzeugen gewählt hat, um sich über den fernen Osten belehren zu lassen — die Korrespondenz eines Herrn Sergej Ussow ab, in welcher es u. a. heißt: „Wir dürfen nicht vergessen, daß England trotz seiner großen Flotte, wegen seiner geringfügigen Territorialarmee und seiner ausgedehnten Kolonien uns niemals ein so gefährlicher Feind werden kann, als gerade Deutschland, das hart neben uns Fuß gefaßt hat, eine große Landmacht besitzt und erst begonnen hat, seine kolonialen Instinkte zu entwickeln. Deutschland geht in all seinen Unternehmungen sicheren überlegten Schrittes vor und will offenbar sein Territorium erst vergrößern, wenn es fühlt, daß es im geeigneten Augenblick stärker ist als die übrigen Großmächte, und daß es, wenn es den einen Gegner bekämpft, den anderen nicht stärkt. Dieses Gefühl aber kann Deutschland nur haben, wenn England schwach ist. Deshalb müssen wir keinen Streit mit England suchen, sondern uns im Gegenteil

bemühen, diesen Puffer zu erhalten, der uns vor Deutschland schützt. England ist jetzt mit Japan verbündet: aber dieses Bündnis läuft in einigen Jahren ab, und man kann nicht wissen, wohin dann die englischen Sympathien sich richten werden. Wir sind stets überzeugt gewesen, daß England nicht lange in seiner Verirrung beharren kann und daß es schließlich erkennen wird, wo die eigentliche Gefahr liegt — und darin haben wir uns nicht getäuscht. Wir sollten daher in der gegenwärtigen kritischen Zeit die anglophobe Richtung à la Meschtscherski nicht fortführen, sondern im Gegenteil, geduldig und ruhig England auf die wahre und allgemeine Gefahr hinweisen und die Hand ergreifen, wenn sie sich uns im geeigneten Augenblick entgegenstreckt!"

Inbetreff des Fürsten Meschtscherski können wir die „Petersb. Wjedomosti" beruhigen, er hat seine Ausfälle gegen England bereits feierlich revoziert, und dasselbe hat Herr Ssuworin von der „Nowoje Wremja" in seinen „kleinen Briefen" getan.

Aber wie soll man diese schändliche Agitation gegen Deutschland qualifizieren zu einer Zeit, da unsere wohlwollende Neutralität es Rußland möglich macht, ohne jede Sorge seine Truppen nach Osten zu werfen, und da wir alles Denkbare tun, um den Frieden auf der Balkanhalbinsel aufrecht zu erhalten? Wahrhaftig, es läßt sich unter solchen Umständen allen Ernstes die Frage aufwerfen, ob es nicht nützlicher wäre, die deutsche Politik lieber nach Westen als nach Osten zu orientieren, den Dingen auf der Balkanhalbinsel ihren Lauf zu lassen und die Weltlage zu nützen. So könnte man schließen, und die Tatsache, daß zwischen England und uns reale Gegensätze wie zwischen England und Rußland nicht bestehen, könnte eine Verständigung ad hoc auf dem Boden der beiderseitigen Interessenpolitik sehr wohl möglich machen. Deutschland und England in der Kombination des Dreibundes würden die stärkste heute denkbare Offensiv- und Defensiv-Allianz bilden, die seit Menschengedenken bestanden hat, und in ihrer Hand läge es dann, über die Geschicke des nahen wie des fernen Ostens die letzte Entscheidung zu geben.

Was gegen diese Kombination spricht, ist die Tradition der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen Rußland und Preußen und darnach zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche bestanden haben, und die, wenn wir von Alexander III.

abſehen, der unter dem Alpdruck eines ohne jeden Grund von ihm gefürchteten deutſchen Angriffes ſtand, namentlich von den Beherrſchern beider Reiche treu gepflegt worden ſind. Aber ſchließlich wird man ſich bei der Haltung eines Teiles der ruſſiſchen Preſſe fragen, wie weit ein Vertrauen auf die Kraft dieſer Beziehungen ſich noch rechtfertigen läßt. Was uns beſonders ſtutzig macht, iſt aber, daß eben jetzt ein ruſſiſcher Diplomat in hoher verantwortlicher Stellung, der ruſſiſche Botſchafter in Öſterreich-Ungarn, Graf Kapniſt, es nützlich befunden hat, dieſe Erregung der ruſſiſchen Preſſe gegen Deutſchland zu ſchüren und unzweideutig darauf hinzuweiſen, daß in der Balkanfrage die ruſſiſche Politik vom Märzſteger Programm auf die viel weitergehenden engliſchen Forderungen übergehen könnte. Nun erinnern wir uns freilich, daß im Dezember 1902, noch bevor die vielbeſprochene und folgenreiche Reiſe des Grafen Lambsdorff in den europäiſchen Orient ſtattfand, Kapniſt als mutmaßlicher Nachfolger des Grafen Lamsdorff genannt wurde, und daß er in betreff des Balkan eine Politik vertrat, die der des Miniſters und des ruſſiſchen Botſchafters in Konſtantinopel, Sſinowjew, direkt entgegengeſetzt war. Aber Graf Lambsdorff blieb im Amt und nach dem von ihm aufgeſtellten Programm iſt dann die Entwickelung weitergegangen.

Heute ſcheint es nun, daß Graf Kapniſt auf ſeine früheren Gedanken zurückgekommen iſt.

Ein Wiener Brief der „Nowoje Wremja“ (Nr. 10059 vom 19. März) berichtet von einem Interview, dem der Botſchafter ſich hat unterziehen laſſen. Es führt den Botſchafter redend ein, ſo daß der Anſchein erweckt wird, als liege ſeine ausdrückliche Billigung des Referats vor. Die uns intereſſierenden Abſchnitte lauten wörtlich folgendermaßen:

Auf die Frage, wie es mit der Gendarmerie ſtehe, antwortet der Botſchafter: „Die Gendarmeriekommiſſion ausländiſcher Offiziere in Konſtantinopel hat ihre Beratungen beendigt und eine Organiſation ausgearbeitet, die jetzt der Beſtätigung des Sultans harrt. Ich verhehle nicht, daß die Ausarbeitung der Organiſation nicht beſonders leicht war. Obgleich ſechs Großmächte ihre Offiziere geſchickt hatten, erklärten ſich nur fünf bereit, die Gendarmerie zu bilden. Deutſchland hatte, wie in Kreta, ſeine Flöte weg-

gelegt, und obgleich es Offiziere geschickt hatte, sich geweigert, seine Abteilung zu formieren."

Demgegenüber wollen wir doch feststellen, daß Deutschland unbedingt und ausnahmslos alles unterstützt hat, was in Mürzsteg vereinbart worden ist, und das scheint uns denn doch das Maximum dessen zu sein, was von uns erwartet werden konnte. Aber offenbar will Graf Kapnist über Mürzsteg hinauskommen, denn auf die Frage, ob es denn nicht doch schließlich zu Zuständen wie in Kreta kommen werde, antwortete er: „Nein. In Kreta nahm jede Macht mit ihrer Truppenabteilung einen bestimmten Bezirk ein, und Italien allein formierte die Gendarmerie, wobei General De Georgis seine glänzenden Fähigkeiten zeigte. Aber natürlich, wenn die Türkei verschleppt und immer neue Ausflüchte sucht, so wird den Mächten, welche die Reformen von Mürzsteg ausgearbeitet haben, nichts übrig bleiben, als sich die Hände zu waschen und die Sache den anderen Mächten zu überlassen, deren Projekt, namentlich das der Engländer, viel weiter geht als unsere Reformen. Das versteht man in der Pforte und im Divan sehr wohl, aber leider ist in Konstantinopel jetzt alles nur im Yildiz Kiosk konzentriert, und dort hört man nicht auf, Hilfe von Mahomet zu erwarten."

Das Ganze mündet dann in friedliche Töne aus und stellt die Durchführung der Reformen als wahrscheinlich in Aussicht. „Wenn aber der Sultan — so schließt der Botschafter — nicht so wollen sollte, wie wir ihm vorgeschlagen haben, so werden andere ihm ganz andere Dinge vorschlagen. Sein Schicksal liegt in seinen Händen."

Befremdend ist hier, abgesehen von der schon hervorgehobenen, mindestens sehr mißverständlichen Darstellung der politischen Haltung Deutschlands, die den Ausführungen des Botschafters zugrunde liegende Vorstellung, daß Rußland und Österreich-Ungarn sich von der Reformfrage ganz zurückziehen und ihre Regelung den Westmächten überlassen könnten. Es ist, als ob man Herrn Delcassé reden hörte, so wie er jüngst im „Temps" seine Anschauungen formulieren ließ. Wenn Rußland so denkt, wie der Graf verkündet, hätten wir unsererseits ja keinen Grund, russischer zu sein als die Russen, nur wollen wir nicht dulden, daß unserer fehlenden Flöte die Mißtöne in Rechnung gesetzt werden, die im Balkankonzert recht

vernehmlich geworden sind. Wir spielen die Mürzsteger Noten, es scheint uns aber, daß Graf Kapnist sich eine andere Vorlage für sein Spiel aus England geholt hat.

In die Reihe dieser Verdächtigungen Deutschlands vor der öffentlichen Meinung Rußlands gehört dann noch die Wiedergabe eines der giftigsten Artikel, die uns überhaupt zu Gesicht gekommen sind, durch die „Petersb. Wjedomosti" des Fürsten Uchtomski und zwar mit einer empfehlenden Schlußbemerkung. Es ist der Artikel eines „hervorragenden" polnischen Politikers in der Prager „Politik".

Der Verfasser ist Gegner des ostasiatischen Krieges, weil durch ihn die Reformbewegung in Rußland behindert werde. Die Durchführung der Reformen aber hätte Rußland zu einem so gewaltigen Kulturfaktor machen müssen, daß dann auch Österreich sich ihm als mächtiger Bundesgenosse zugewandt und ihm geholfen hätte, sich von der Abhängigkeit von Deutschland freizumachen. Denn der Krieg sei nur dem „Berliner Freunde" nützlich, der schon seit den Tagen Alexanders II. den Hader zwischen Russen und Polen geschürt und den Mißerfolg der russischen Balkanpolitik herbeigeführt habe. Die preußischen Staatsmänner spielten sich zu Freunden Rußlands auf und verbreiteten unter der Hand Broschüren und fliegende Blätter in Polen und Litauen, um die Wohltaten der künftigen Herrschaft Preußens in diesen Gebieten zu preisen. Die Apathie der Polen in Russisch-Polen fände ihre Erklärung in diesem preußischen Manöver, zugleich aber spekuliere man auf den Tod des Kaisers von Österreich. „Aber — so heißt es wörtlich zum Schluß — man darf hoffen, daß die Weisheit und das Wohlwollen des russischen Kaisers eine Stütze finden werden in den besten Elementen der polnischen und der russischen Gesellschaft, um Rußland zu retten vor der Gefahr eines Stillstandes im Innern und vor dem tückischen „Freunde", um Rußland und mit ihm Österreich auf den Weg des Glücks und der Größe zu führen." „Diese letzten Worte — sagen die „Petersb. Wjedomosti" — sind besonders beachtenswert, wenn wir uns erinnern, wie groß der Einfluß ist, den gewisse polnische Elemente bei Hofe haben."

Weiter hat das Blatt nichts zu bemerken, und so wird den urteilslosen Lesern gegenüber die lügenhafte Verhetzung ihre Wirkung nicht verfehlen. Die Tendenz all dieser russischen Stimmen in ihrer

Summe liegt klar genug zutage. Man will im voraus jedes Gefühl des Dankes, wie es Deutschlands Haltung in der gegenwärtigen Krisis erwecken könnte, ersticken und bereitet zugleich den Boden vor für die Rückkehr jener Politik der Weltverschwörung gegen Deutschland, die durch den russisch-japanischen Krieg, durch die englisch-französische Verbrüderung und durch die neue Balkanpolitik so unerwartet zerrissen worden war.

Inzwischen wanken die englischen und die französischen Ministersessel immer mehr, und es läßt sich nicht vorhersehen, welche früher fallen werden. Chamberlain rüstet sich eilig, aus Egypten heimzukehren, um im kritischen Augenblick am Platz zu sein, in Frankreich aber zieht sich das Gewitter immer dunkler über dem Haupte des Marineministers Pelletan zusammen. Ihn wird wohl der erste Schlag treffen. Es ist dabei interessant zu verfolgen, wie Herr Delcassé seinen Weg weiter geht, als gingen ihn alle diese Dinge weiter nichts an. Jetzt hat er mit England die Vereinbarung zu treffen, welche Frankreich die Stellung einer überwiegenden Macht in Marokko zu sichern bestimmt ist. Aber das kann wohl nur cum grano salis verstanden werden. Keineswegs ist daran zu denken, daß sich die Verhältnisse wiederholen, die sich in Tunis abgespielt haben, und alle Mächte, die am marokkanischen Handel interessiert sind, werden geringe Neigung zeigen, sich die offene Tür durch Frankreich verschließen zu lassen. Im übrigen ist aber dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Marokko läßt sich nicht ohne Kampf unterjochen, und am Ende wäre es so übel nicht, wenn die Franzosen durch ein Jahrzehnt oder zwei diese marokkanischen Händel am Halse hätten. So wie die Dinge liegen, kann man ihnen die gloire, die dort zu erwarten ist, gönnen.

Die Nervosität, mit der die öffentliche Meinung in aller Welt die Nachricht vom Ausbruch des russisch-japanischen Krieges und die ersten Meldungen vom Kriegsschauplatze entgegennahm, hat sich merklich gelegt. So dramatisch der Prolog war, man sagt sich, daß ein Schauspiel in vielen Akten sich abspielen wird, und die Hoffnung geht immer mehr dahin, daß der Krieg zwischen Japan und Rußland lokalisiert bleibt. Selbst an der Aufrechterhaltung der Neutralität Chinas braucht man trotz der scharfen Dissonanzen, die im Augenblick aus der Mandschurei herüberklingen, nicht zu

verzweifeln. Es liegt zu sehr im Interesse Chinas, aus dem Spiel zu bleiben, als daß sich annehmen ließe, daß die gewiß nicht kurzsichtigen Chinesen sich darüber täuschen sollten. Sie wissen, daß ihre westlichen Provinzen den Russen offen stehen und daß ein Vormarsch gegen Peking allezeit möglich ist, wenn sie sich feindselig zeigen sollten. Auch darf nicht vergessen werden, daß China durch ein Manifest vom 12. Februar seine Neutralität in bester Form angekündigt hat: „Der Friede ist verletzt und der Krieg zwischen Rußland und Japan ausgebrochen. Der Hof sieht in diesen beiden Mächten befreundete Staaten, und China muß die Vorschriften der Neutralität einhalten. Wir befehlen daher den tatarischen Generalen, den Generalgouverneuren und Gouverneuren der Kaiserlichen Provinzen, ihren Untergebenen in Militär und Zivil zu befehlen, und die Bevölkerung durch Proklamationen zu verpflichten, sich an dieses unser Dekret zu halten, gute internationale Beziehungen aufrecht zu erhalten und uns behilflich zu sein, die großen allgemeinen Interessen des Reiches zu behaupten. Diesem Dekret ist durchaus Folge zu leisten."

Die gleichzeitig den auswärtigen Mächten zugegangene Deklaration Chinas lautet: „Was die drei Provinzen der Mandschurei betrifft, so sind sie nach wie vor integrierende Teile des Reiches. Die Städte Mukden und Ching-King, in denen die Grabstätten der Ahnen der Kaiserlichen Dynastie ruhen, gewinnen eine außerordentliche Bedeutung. Daher muß der Tatarengeneral der Provinz Ching-King mit äußerster Sorgfalt diese Gräber schützen." Die „Nowoje Wremja", der wir diese Texte entnehmen, fährt dann folgendermaßen fort: Darauf gibt die chinesische Regierung ihrer Sorge Ausdruck, daß es schwer sein werde, zwischen den kämpfenden Parteien die freundschaftliche und neutrale Haltung in der Mandschurei zu behaupten. „In diesen Provinzen werden die chinesischen Truppen sich in steter Berührung mit fremden Truppen befinden, und wir lehnen daher jede Verantwortung für Taten ab, durch welche dort die Neutralität verletzt wird."

Der Schluß, der sich aus diesen Erklärungen ziehen läßt, ist wohl, daß das eigentliche China unter allen Umständen nicht zum Kriegsschauplatz werden will, daß man aber in betreff der Mandschurei sich damit zufrieden geben wird, wenn die Gräber der Mandschudynastie verschont bleiben und das Prinzip der Zugehörigkeit der mandschurischen Provinzen zum Reich aufrechterhalten bleibt.

Das ist nicht eben viel, aber wer die Lage nüchtern ansieht, wird zugeben, daß es das Maximum des heute Erreichbaren ist.

Der Heißsporn der „Asiaten" unter den Russen, Fürst Espère Uchtomski, entwirft freilich in einer eben erschienenen Broschüre „Vor der drohenden Zukunft" eine andere Perspektive. Er hätte den Krieg mit Japan gern vermieden gesehen, weil er in ihm ein Hindernis der friedlichen Assimilierung Asiens, wie er sie vor Jahren schon als sein Programm ankündigte, zu erkennen glaubt. Die bösen Intrigen Englands, das gewohnt sei, in den übrigen Nationen nichts anderes zu sehen, als „die blinden Werkzeuge britischer Gier", hätten das Unglück verschuldet, während doch das Richtige gewesen wäre, wenn Rußland schon vor einem Jahrzehnt aux petits soins mit Japan gewesen wäre, um in ihm den natürlichen Bundesgenossen gegen das Abendland zu gewinnen. Nun aber sei der Krieg da, und Rußland, das jetzt hundertundvierzig Millionen Köpfe zähle, werde nach schweren Kataklysmen vielleicht zweimal, ja dreimal soviel und noch mehr Einwohner zählen. Denn wider Willen werde es zur Selbstverteidigung seine Grenzen ausdehnen und fremde Völkermassen seinem unmittelbaren Einfluß unterwerfen müssen. Schon sieht er das „dritte Rom" entstehen, denn der furchtbare Kampf mit Japan, dem alle Rußland feindseligen Elemente sich anzuschließen dürften, werde das Reich kräftigen und konsolidieren. „Dann wird eben dadurch auf natürlichem Wege die von den besten Männern Rußlands längst gelöste und nur kraft der Routine formell noch nicht gelöste Frage der Stellung fremder Nationalitäten und Bekenntnisse im Reich, die so viel Mühe gemacht hat und noch macht, ihre tatsächliche Lösung finden . . . Der grandiose asiatische Krieg mit der Perspektive des Feldzugs nach Indien wegen der Frechheit der Engländer, die Umformung der chinesischen Großmacht, die Assimilierung der zahllosen Masse farbiger Menschen usw., das alles wird uns von Angesicht zu Angesicht einer solchen Zahl verwickelter Kulturprobleme gegenüberstellen, daß alles, was wir hier kurz aufgezählt haben, an erster Stelle stehen wird."

Wir bewundern die Phantasie des Fürsten Uchtomski und beglückwünschen zugleich unseren russischen Nachbarn, daß der Fürst in dem etwas von der Natur eines „tollen Mullah" steckt — noch nicht Minister der auswärtigen Angelegenheiten geworden ist.

Erwähnen wollen wir nur noch, daß er schon jetzt sehr wesentliche Hilfe für Rußland, speziell soweit die Truppenverpflegung in Betracht kommt, aus der Mongolei und aus Tibet erwartet, und daß diese Erwartung ihm in Erfüllung geht, wird man um so mehr wünschen, als die Nahrungsfrage gewiß eine ganz außerordentlich schwierige für die russische Heeresleitung sein wird. Was Fürst Uchtomski sonst ausführt, verdient nicht wiederholt zu werden: der Grundton, Haß gegen das Abendland und ganz besonders gegen England, kommt auch hier zur Geltung, zumal der größere Teil der Broschüre Auszüge aus seinen älteren Schriften bringt. Aber denkt man sich diese Schrift ins Chinesische übersetzt und dort als Ausdruck der tatsächlichen Pläne der russischen Regierung angesehen, so müßte der sofortige Anschluß Chinas an Japan die unmittelbare Folge sein.

Zum Glück liegt die Leitung von Politik und Krieg in besonnenen Händen. Wer die Geschichte der russischen Armee im letzten Menschenalter verfolgt hat, wird namentlich die Ernennung des Generals Kuropatkin zum Oberkommandierenden als eine höchst glückliche Wahl bezeichnen müssen. Kuropatkin ist theoretisch und praktisch gleich ungewöhnlich gut geschult, und bei uns sind seine militärischen Schriften wohlbekannt, auch so ziemlich alle ins Deutsche übersetzt. Er selbst liebt, wo er Theorie spricht, auf Clausewitz zurückzugreifen, und gleich diesem hat er allezeit den moralischen Faktor im Kriege sehr hoch eingeschätzt. Militärisch kann er als ein Schüler von Skobelew betrachtet werden, dessen Stabschef er 1877—78 war und dem er auch 1880—81 im Feldzuge gegen die Teke-Turkmenen zur Seite stand. Bevor er Kriegsminister wurde, stand er als Oberkommandierender in Russisch-Zentralasien, so daß er jetzt in Verhältnisse eintritt, die ihm nach allen Richtungen hin wohlbekannt sind. Wir wissen nicht, ob er in seiner militärischen Veranlagung Skobelew gleichzustellen ist, meinen aber, daß der „weiße General" so viel für die Reklame seines Ruhmes getan hat, daß die Nachwelt wohl einiges davon in Abzug bringen wird. Jedenfalls steht die moralische Persönlichkeit Kuropatins hoch über Skobelew. Auch hat er keinen Anteil an der mehr als zweideutigen Haltung Skobelews am Schipkapaß am 27. Dezember (alten Stils) 1877, als infolge seines absichtlichen Zögerns der Fürst Swjätopolk Mirski und der Oberkommandierende General Radetzki mit ihrem Heer fast dezimiert wurden, nur damit

Skobelew den Ruhm gewinne, mit seinen Truppen die letzte Entscheidung gebracht zu haben. An eben diesem 27. wurde Kuropatkin am linken Schulterblatt schwer verwundet ins Lazarett getragen.

Aber es lohnt doch, das Bild kennen zu lernen, das der für Skobelew so außerordentlich parteiische Maler Wereschtschagin in seinen Tagebüchern von Kuropatkin entworfen hat. „Der Oberst Kuropatkin — so sagt er — ist ohne Zweifel einer der besten Offiziere unserer Armee: nicht hochgewachsen, auch nicht von besonderer physischer Schönheit, aber klug und kaltblütig, und in vielen Charakterzügen ein Gegenstück zu Skobelew. Dieser war schon lange mit ihm befreundet, achtete und schätzte ihn, wenn er gleich oft mit ihm stritt. Man muß auch zugeben, daß in diesen Streitigkeiten der einsichtige Stabschef meist in besserem Recht war, als der glänzende und hinreißende General. Man kann aber nicht sagen, daß der Gesichtskreis Kuropatkins weiter ging als der Skobelews — das Gegenteil trifft eher zu; so war z. B. in der Frage, ob es möglich sei, den Balkan im Winter zu überschreiten, Kuropatkin absolut dagegen, obgleich doch diese Frage für den Ausgang des Feldzuges von ungeheurer Wichtigkeit war. „Wir überschreiten ihn, und kommen wir nicht hinüber, so sterben wir ruhmvoll", war Skobelews Lieblingsphrase. „Er kennt nur das eine, daß wenn wir sterben müssen, wir auch sterben werden — sagte Kuropatkin mir noch in Plewna — irgendwie zu sterben ist aber nicht schwer, man muß aber wissen, ob es auch lohnt zu sterben." Kuropatkin war nicht so kokett und tollkühn tapfer wie Skobelew, aber auch er war von außerordentlicher Tapferkeit, auch unter ihm sind Pferde erschossen worden, und auch ihm sind Pulverkarren vor der Nase explodiert, auch er ist oft verwundet worden. Aber er lebt noch immer und ist noch immer gleich unerschöpflich, Unheil für die Feinde Rußlands zu ersinnen — ja wohl noch mehr als früher."

Wereschtschagin kommt noch oft auf ihn zu reden und das Urteil bleibt sich gleich. Wir haben die obige Charakteristik hervorgehoben, weil sie uns bestätigt, was uns auch sonst vom General bekannt ist, und weil uns der willensstarke, ruhig erwägende, entschlossene und zähe Mann einen sehr hohen moralischen Faktor in die russische Armee hineinzutragen scheint. Das ist aber eins der allerwesentlichsten

Elemente, und in dieser Hinsicht können wir von den japanischen Führern noch nicht mit gleicher Kenntnis reden.

Versucht man sich ein Bild von der Seelenstimmung zu machen, mit welcher der russische und der japanische Soldat in den Krieg ziehen, so wird beim Russen ein nicht ganz klarer religiöser Antrieb neben dem Bewußtsein der Gehorsamspflichten und der natürlichen Lust des Mannes am Kriege überwiegen: beim japanischen Soldaten ist mehr politische Leidenschaft und mehr politisches Verständnis, man möchte sagen, mehr bewußter Patriotismus. Dazu kommt aber als weiteres Moment, das sich in Kraft umsetzt, die Tatsache, daß das heutige Japan in die moderne Zivilisation aus einem Anschauungskreise hineingesprungen ist, dem der der Blütezeit des deutschen Rittertums in Parallele gestellt werden kann. Wir meinen, die Ausbildung des Ehrgefühls im japanischen Soldaten ist eine andere, als sie bei dem aus der Einfalt seines Dorflebens herausgetretenen russischen Soldaten sein kann. Um das auszugleichen, muß auf russischer Seite die moralische Kraft des Führers eine große Überlegenheit zeigen, und es ist — wie wir gesehen haben — sehr wohl möglich, daß diese Vorzüge sich in der Person Kuropatkins vereinigen.

Doch damit sind wir von den eigentlich politischen Fragen weit abgekommen. Wir wollen daher, um diese russischen Dinge zu erledigen, nur noch bemerken, daß die „Nowoje Wremja" ein Dementi hat abdrucken müssen, in welchem ihre Wiedergabe der vor acht Tagen von uns im Auszuge wiedergegebenen Äußerungen des Grafen Kapnist als durchweg unwahr bezeichnet wird. Daraus folgt wohl, daß der Gewährsmann der „Nowoje Wremja" gelogen hat, und das ist nach der pathetischen Ermahnung zur Wahrheit und nur zur Wahrheit, die der Chefredakteur des Blattes vor nicht zwei Wochen aus dem Munde des Zaren gehört hat, doch einigermaßen anstößig. Man weiß wirklich nicht mehr, was an positiven Angaben russischer Zeitungen wiederholt werden darf, wenn man bemüht ist, Täuschungen und Unwahrheiten zu entgehen.

Die englisch-französischen Verhandlungen sollen ihrem Abschluß entgegengehen, und in Rußland ist man ängstlich besorgt, daß die Franzosen dabei übers Ohr gehauen werden. Sie machen das sowohl in betreff Marokkos wie Ägyptens geltend. „So sympathisch uns auch die Idee einer französisch-englischen Verständi-

gung ist, die, beiläufig bemerkt, wohltätig zu einer Lokalisierung des russisch japanischen Konflikts mitwirken könnte, so halten wir (das ist die „Nowoje Wremja") es doch für nützlich, unserem Bedenken Ausdruck zu geben. Will nicht vielleicht England, wofür es ältere Beispiele gibt, gegen sehr reale Vorteile seinem Kontrahenten etwas schenken, was England gar nicht gehört, worüber England gar nicht zu verfügen hat und was dem Kontrahenten keinerlei Nutzen bringen wird?"

Wenn Frankreich und England einig sind, werden solche Bedenken dritter natürlich ohne jede Wirkung bleiben, und so glauben wir bis auf weiteres, daß jedenfalls eine Reihe von wichtigen Fragen in der Tat zwischen beiden Mächten ausgeglichen werden wird. Was aber die Konsequenz dieser Dinge sein wird, ob eine entente cordiale, eine Allianee, oder auch nur die Beseitigung gewisser Reibungsflächen, darüber ist schwer zu augurieren. Neben den reinen Interessenfragen pflegt auch das Temperament der leitenden Staatsmänner und der Nationen eine Rolle zu spielen, und wenn die letzteren auch stets die gleichen bleiben, bürgt uns doch nichts dafür, daß wir noch lange den gleichen Personen an der Spitze der auswärtigen Politik beider Staaten gegenüberstehen werden. Tritt aber ein Wechsel ein, so wird es auf die Auslegung eventuell auf den weiteren Ausbau der geschlossenen Vereinbarungen ankommen.

Die Reise Kaiser Wilhelms und die zwischen ihm und dem Könige von Italien ausgetauschten Telegramme haben zur rechten Zeit die Welt wieder einmal daran erinnert, daß es einen Dreibund gibt, mit dem gerechnet werden muß. Die Neigung, diese Tatsache zu vergessen und sich gleichsam naiv darüber hinwegzusetzen, ist außerordentlich groß. Wir unsererseits aber sind der Meinung, daß diese Verbindung, deren österreichische Seite gewiß nicht ohne Absicht ausdrücklich hervorgehoben wurde, eine festere Basis hat, als die Verbindungen zur linken Hand, die leicht geschlossen und wenn nicht alles täuscht, auch leicht gelöst werden können.

Besonderes Interesse erregt heute die Stellung Frankreichs zum Vatikan. Die Absage, die Papst Pius X. der Politik des heutigen Frankreichs hat zugehen lassen, kann zugleich als eine entschiedene Abwendung von der Politik des Kardinals Rampolla betrachtet werden, und das ist nicht unwichtig. Jedenfalls wird es zu einem Besuch des Präsidenten Loubet — den ja eine Mitschuld an

der Verfolgungspolitik des Kabinetts Combes nicht trifft - nicht kommen, und wenn Herr Combes noch lange im Amte bleibt was wir nicht glauben -, könnte nach der erstrebten Kündigung des Konkordats auch der völlige Abbruch der Beziehungen der Kurie zum politischen Frankreich die Folge sein. Aber damit würde wohl auch der Punkt erreicht sein, der den Rückschlag herbeiführt. Ein streng katholisches Land wie Frankreich kann auf die Dauer in einer solchen Kirchenpolitik nicht beharren. Auch hat Frankreich sich schon mehr als einmal umgedacht. Die Gefahr liegt nur darin, daß leicht eine Übertreibung nach der anderen Seite die Folge sein könnte: nach der terreur rouge die terreur blanche.

Aus Südwestafrika liegt nichts Neues vor. Es gilt geduldig sein und warten. Unsere tapferen Truppen tun gewiß, was irgend möglich ist.

30. März. Vertrauensvotum für den französischen Marineminister Pelletan.
31. März. Zwischenfälle der Pforte mit Te Giorgis. Unruhen in Arabien.
1. April. Beseitigung der an der Ermordung König Alexanders beteiligten serbischen Offiziere vom Belgrader Hofe.
2. April. Rußland und Italien beseuen ihre Gesandschaftsposten in Serbien.
3. April. Eintreten der Mächte für die Forderungen Te Giorgis.
4. April. Die Japaner erreichen den Yalu.

6. April 1904.

Ein Herr Sümbirski veröffentlicht in den „Pet. Wjedomosti" das folgende, der Wirklichkeit angepaßte Phantasiestück: „Die beiden Iwans." „Weshalb man sie für die Flotte genommen hatte — das wußten sie nicht. Zwei Iwans, der eine aus der Gegend von Kostroma, der andere aus Wologda — standen unter zahlreichen Bauern, die man aus allen Enden des weiten Rußland zusammen getrieben hatte, um Soldaten aus ihnen zu machen.

Niemand hatte sie gefragt, wo sie dienen wollten, ob unter den schmucken Leibhusaren, in einem Infanterieregiment, oder in der Marine? Auch muß man gestehen, daß es den beiden Iwans ziemlich gleichgültig war: da nun einmal gedient werden muß, kommt es nicht darauf an, wo! Und als nun die Obrigkeit mit einem Stück Kreide in der Hand durch die langen Reihen der im grauen Bauerkittel stehenden Neuausgehobenen schritt und den Heeresteil anmerkte über der Brust auf dem Halbpelz, da haben die beiden Iwans sich auch nichts dabei gedacht. Ihnen schwebte in unbestimmten Umrissen das heimatliche Dorf vor, aber das schwand immer mehr, als werde es vom Nebel verschlungen: — da sagte eine Stimme — dieser Kerl hat eine Marineschnauze — und einer der Iwans fühlte, wie ihm etwas auf der Brust angekreidet wurde. — Zur Flotte!

Der andere Iwan stand daneben: es stellte sich heraus, daß auch er eine Marineschnauze hatte, und seine Brust erhielt den gleichen Vermerk.

So wurden die beiden Iwans Seeleute.

* * *

Beide Iwans kamen auf dasselbe Torpedoboot.

Den zarischen Dienst erfüllten sie schlecht und recht, abgesehen von den seltenen Landungen, bei denen es zu geschehen pflegte, daß, wenn es den beiden Iwans gelang, sich an den Kräuterschnaps zu machen, sie sich auf einige Zeit in Bestien verwandelten, wie man sie kaum erdenken kann. Das ging aber nach 24 Stunden vorüber, und die beiden Iwans gingen, als wäre nichts geschehen, ihrer Arbeit auf dem Stahlverdeck ihres Torpedos nach, und alles, was sie taten, geschah im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit und wohl überlegt. Obgleich sie ihr ganzes Leben hindurch hinter dem Pfluge hergegangen waren, waren sie jetzt echte Seeleute geworden.

Weshalb? — das wußten sie wiederum nicht. Die Hauptsache war, daß der Dienst ertragen werden muß.

In Port Arthur ist es dunkel und still, als ob die Stadt ausgestorben wäre. Auf der Reede keine Lichter, und in diesem Dunkel liegt etwas Beängstigendes. Man sieht und hört nichts, aber man fühlt, daß etwas Schreckliches sich vorbereitet und man erwartet es.

Nur unbestimmt lassen sich auf den Küstenforts die langen Rohre der Geschütze erkennen: sie schweigen und blicken rätselhaft in die dunkle Ferne: wie ein riesiges Tier, das den Hals ausstreckt und sich lautlos zum Sprung vorbereitet.

Da ziehen unten einige Schatten vorüber: man hört flüstern. Ein blendender Reflektor wirft von oben her lange Lichtstreifen auf die äußere Reede. Aber sie erlöschen — kein Feind ist zu sehen. Vom Meere her tönt der dumpfe und regelmäßige Schall der Brandung herüber, doch in der Ferne schaukeln die Silhouetten großer Fahrzeuge, kaum sichtbar.

* * *

Die beiden Iwans aber sind auf dem vordersten Posten: ihr Torpedoboot liegt auf der äußeren Reede, man hat es ausgeschickt, um Vorpostendienst zu tun. Niemand schläft hier nachts: es ist, als seien jedem einzelnen zu seinen zwei Augen noch zwei andere zugewachsen. Und diese Augen schauen in die Ferne hinaus, bis sie schmerzen.

Wenn nur der Feind nicht übersehen wird! Die Japaner sind listig. Solch eine rabenschwarze Nacht könnten sie wählen: wenn

kein Punkt zu ſehen iſt, ein Unwetter aufſteigt, der ſcharfe Wind die Augen blendet und Salzwellen das Geſicht übergießen, dann iſt gut überrumpeln.

Die beiden Iwans ſchlafen nicht, ſie wittern die Nähe des Feindes.

Vom Vorderſchiff glänzt ein Strahl des Reflektors auf: etwas ſtöhnt, heult und fliegt mit tauſend Stimmen durch die Waſſermaſſe. Und eine Minute darauf ſind die tauſend Töne wie ein langanhaltendes und furchtbares Gebrüll aus einem Kupfermunde zu hören. Man hat den Feind geſehen.

Mit einem Mal wird alles auf dem Torpedoboot lebendig: die Bootsmänner haben gepfiffen. Das ganze Kommando iſt auf Deck. Von der Brücke hört man die feſte Stimme des Kapitäns. Beide Iwans haben an der Kanone zu tun: ſie richten.

Der Kapitän iſt hitzig — er ſtürzt in den Kampf. Und bald ſtürmt das Torpedoboot mit Volldampf auf den Feind los und zerſchneidet mit ſeiner ſtählernen Naſe die dunklen Fluten.

Der hitzige Kapitän kommt in hitzigen Kampf. Noch iſt keine Stunde vergangen, da ſind von der ganzen Mannſchaft nur noch die beiden Iwans übrig: wie ſie am Leben blieben, das wiſſen ſie nicht.

Im Pulverdampf, vom Blut ihrer Brüder beſpritzt, haben die beiden Iwans wie die Löwen gefochten. Aber der Feind war ſtärker und gewann das Spiel. Als die beiden Iwans ſahen, daß der Feind Herr des Schiffes war und es ins Schlepptau nahm, da verſtanden ſie mit all ihren ſeeliſchen Kräften, daß, obgleich ſie der Herr vor dem Tode im Kampf behütet hatte, ſie dennoch ſterben müßten.

Und vor den Augen des Feindes ſprangen die beiden Iwans in den Bauch des Schiffes und ſchloſſen den Zugang feſt ab.

Da wunderten ſich die Japaner. „Wie ſonderbar! Ergebt Euch, das Schiff iſt unſer, wir führen es an ſtarkem Schlepptau. Wir ſind tauſende, ihr ſeid zwei. Wir verſprechen euch ehrenvolle Gefangenſchaft — ihr ſeid eine ziviliſierte Nation.“ Aber die Iwans antworteten mit keinem Laut: was ſollte ihnen das Geſchwätz der Japaner. Sie bereiteten ſich, zu ſterben.

* * *

Der Feind triumphiert.

Es ist das erste russische Schiff, das heil in seine Hände gefallen ist: das wird Bacchanalien in den japanischen Zeitungen geben!

Das russische Torpedoboot folgt willig dem japanischen Schlepptau — man führt die Trophäe heim.

Die Iwans aber sitzen unten und beraten, wie sie sterben sollen. Sie kamen aber zu folgendem Schluß: Nun sind wir plötzlich die Kommandierenden des Schiffs. Die ganze Welt sieht jetzt auf uns, und wir sehen nicht einmal den Himmel, wir sitzen ungesehen und unsichtbar in dem eisernen Kasten.

Aber sie saßen nicht lange zu Rat: wir müssen sterben! Nun beten sie, und jetzt öffnen sie dem Wasser den Zugang ins Schiff. Das Torpedoboot sank so schnell auf den Grund des Meeres, daß es den Japanern kaum gelang, das Tau zu zerschneiden. Und so liegt „die erste russische Trophäe" am Grunde des Stillen Ozeans mit ihren beiden Kommandeuren - den beiden Iwans.

Die Welt staunte über den beispiellosen Heldenmut der beiden Iwans. In der Kriegsgeschichte gibt es ihresgleichen nicht. Wer sind sie? Wie heißen sie? — Wir kennen ihre Namen nicht. Ihrer sind so viele in Rußland, daß man sie nicht zählen kann. Das sind einfache russische Bauern, die man in unseren und in den ausländischen Karikaturen so lächerlich macht. Sie selbst sind es.

Versteht der russische Bauer nicht zu leben, so versteht er doch zu sterben. Es wird niemand mehr so sterben, wie zwei unbekannte russische Matrosen auf dem Torpedoboot „Stereguschtschi" gestorben sind."

Der Untergang des „Stereguschtschi" mag allerdings genau so geschehen sein, wie hier geschildert wird, und gewiß dürfen diese beiden Iwans auch als russische Typen bezeichnet werden. Selbst ihre letzten Gedanken werden richtig wiedergegeben sein. Sie haben gemeint, es Gott und dem Zaren schuldig zu sein, das Schiff, dem sie angehörten, nicht in die Hände eines Feindes fallen zu lassen, den die russische Volksphantasie jetzt ganz direkt mit dem Teufel identifiziert. Es ist, wie wir schon vor acht Tagen ausführten, das religiöse Moment in all seiner ursprünglichsten Einfalt, das hier mitspielt und dem Sterbenden das Hochgefühl eines Martyriums

gibt, wie es etwa die christlichen Märtyrer der römischen Kaiserzeit empfunden haben mögen. Was die Japaner dem entgegenzusetzen haben, trägt — wenn wir uns so ausdrücken dürfen — einen mehr rationalistischen Charakter. Aber im Effekt führt er wohl zu gleichem Heldentum, wie zahlreiche Beispiele beweisen. „Die Japaner — sagte jüngst der Kommandierende der Flotte des Schwarzen Meeres, Vizeadmiral Skrydlow, einem Korrespondenten der „Rusj" — die Japaner sind Seeleute ersten Ranges: sie kennen keine Furcht und sind staunenswerter Taten fähig." Und allerdings die Männer, die mit den zum Versenken bestimmten Brandern in den sicheren Tod gingen, dürfen jenen Iwans des „Stereguschtschi" wohl an die Seite gestellt werden. Entscheiden wird die moralische Kraft der Führer, ihre militärische Begabung, die Zähigkeit der Nation, und in all diesen Beziehungen sind uns die handelnden Persönlichkeiten in Rußland bekannter, als die entsprechenden japanischen Führer. Die Ernennung Admiral Makarows zum Oberkommandierenden der russischen Flotte im Pacifischen Ozean hat bereits in charakteristischer Weise die Bedeutung dieses moralischen Faktors erwiesen, und wir zweifeln nicht daran, daß wenn die Kuropatkin, Ssacharow, Ssassulitsch — es ist der Bruder der bekannten Nihilistin Wera Ssassulitsch —, Stössel, Sarubajew und wie sie alle heißen, in direkte Fühlung mit dem Feinde treten, eine ähnliche Wirkung die Folge sein wird. Schlüsse aus dem, was bisher auf dem Kriegsschauplatze geschehen ist, auf den endlichen Ausgang oder auch nur auf den Kampfeswert der beiderseitigen Truppenteile zu ziehen, ist mindestens voreilig. Ebenso voreilig aber sind die Spekulationen, die dahin führen, daß Rußland die erste Gelegenheit nützen werde, um einen leidlichen Frieden mit Japan zu schließen und sich dann mit der ganzen, in Asien kampfbereiten Macht auf das asiatische England und seinen ganzen und halben Dependenzen zu stürzen. Daran ist wohl ganz bestimmt nicht zu denken. Kaiser Nikolaus II. hat feierlich erklärt, daß er nicht eher ruhen werde, als bis die Stellung Rußlands am Pacifischen Ozean voll wieder hergestellt sei, und das gerade wollen die Japaner um keinen Preis dulden, so daß ein langes und schweres Ringen sich vorhersehen läßt. Daß aber Rußland keinen englischen Krieg führen will, ist ebenso sicher, wie der Entschluß König Eduards VII. — und der macht heute die Politik

Englands weit mehr als das desorganisierte Kabinett —, keinen russischen Krieg zu provozieren. Zum Könige aber steht das sehr ausgesprochene Friedensbedürfnis der Engländer. Wir glauben nicht, daß der aufgeregte und herausfordernde Ton einiger englischer Zeitungen, wie namentlich der „Times", mehr wiedergibt, als die Neigungen einiger Journalisten von bekannter Tendenz und bekanntem Namen. Wäre es nach ihnen gegangen, so stände schon längst die Welt in Flammen, und bekanntlich liegt es nicht an ihnen, daß nicht mit dem russisch-japanischen Kriege ein Krieg im nahen Orient parallel läuft. Das Mißtrauen gegen die englisch-französischen Verhandlungen, das in der russischen Presse nur sehr abgeschwächt zum Ausdruck kommt, aber, wie wir zuverlässig wissen, außerordentlich tief geht, ist zu nicht geringem Teil darauf zurückzuführen, daß eben diese Organe so lebhaft für ein politisches Abkommen beider Kanalmächte eintreten. Die russische Presse zeigt die Tendenz, die französischen Errungenschaften möglichst gering, die Vorteile Englands möglichst hoch anzuschlagen, namentlich stellen sie die angeblich von England zugestandene pénétration pacifique du Maroc als eine Art Falle dar, die früher oder später für Frankreich die schlimmsten Verlegenheiten zur Folge haben werde. Jedenfalls ist die Stimmung eine ziemlich unbehagliche, das fühlt sich sehr deutlich durch.

Die tibetanische Expedition der Engländer, deren erster Erfolg die Hilflosigkeit Tibets in recht drastischer Weise gezeigt hat — die schlecht bewaffneten Leute, die sich mit ihren Schwertern auf den Gegner stürzten, wurden niedergemacht wie einst die Derwische von Kitschener —, wird in Rußland sehr vorsichtig angefaßt und das fällt um so mehr auf, als die lauten Entrüstungsrufe kaum verklungen sind, mit denen vor Ausbruch des japanischen Krieges die Anfänge der Younghusbandschen Expedition begrüßt wurden. Auch glauben wir mit Bestimmtheit vorhersehen, daß Rußland keinen Finger rühren wird, um die Tibetaner vor den Engländern zu schützen. Lord Curzon wird seinen Handelsvertrag erhalten, so wie er ihn haben will, und Rußland wird die Folgen ruhig abwarten. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß die Konsequenz eines englischen Erfolges in Lhassa schließlich in einen russischen Triumph ausmünden wird. Nicht jetzt, aber in dreißig, vielleicht in fünfzig Jahren.

wenn die pénétration pacifique Zentralasiens weiter fortgeschritten ist als heute. Denn daß Tibet nach Rußland hin zu gravitieren bemüht ist, darüber sind schon heute alle Kenner von Land und Leuten in Tibet einig. Es scheint nun, daß England sich mit der Absicht trägt, gegen den Talai Lama von Lhassa einen anderen Lama auszuspielen, und das könnte für geraume Zeit allerdings Vorteile bringen, für die Dauer schwerlich, da es leichter ist, Zugeständnisse zu erzwingen, als ihre Ausführung zu behaupten und der Weg vom Himalaja nach Lhassa sich wohl von entschlossenen Männern forcieren, aber nicht durch Jahr und Tag militärisch besetzen läßt. Der Curzonschen Theorie vom „Glacis" Indiens, zu dem auch Tibet gehöre, hat man in der russischen Presse nur Hohn entgegengesetzt.

Man wird aus alledem schließen, daß diese tibetanische Angelegenheit in Hinblick auf die gegenwärtige Verwickelung von viel geringerer Wichtigkeit ist, als sie zu sein scheint. Ein Konfliktsmoment zwischen Rußland und England ist sie heute gewiß nicht.

Weit wichtiger scheint uns der erbitterte Widerspruch zu sein, der sich in Englisch-Südafrika gegen die Chineseneinfuhr geltend macht. Namentlich unter den Buren ist die Verstimmung groß, und ihre Führer, speziell Delarey, weisen nicht mit Unrecht darauf hin, daß eine andere Politik den Schwarzen gegenüber die Einfuhr von Kulis unnötig gemacht hätte. Die Anhänger des Bond sind der gleichen Meinung, und die künstliche Majorität des Kabinetts Jameson entspricht keineswegs der Majorität des Landes. Bekanntlich ist auch in England die Stimmung geteilt. Das „Journal des Débats" spottet darüber, daß die Ministeriellen von den 112 Jüngern Chamberlains abhängen, die Mr. Balfour aufrechterhalten, wie der Strick den Gehängten (qui soutiennent M. Balfour à la façon dont la corde soutient le pendu). In der Tat nimmt das Ministerium eine gänzlich unklare Stellung zwischen dem Programm Chamberlain und dem Programm der Freihändler à la Campbell-Bannerman ein, und die Unsicherheit über den schließlichen Ausgang der großen Prinzipienfrage macht sich in Handel und Industrie schädigend und lähmend fühlbar. Am 12. April, wenn das Parlament wieder zusammentritt, liegt es in der Hand Chamberlains, seine 112 Stimmen der Regierung zu geben oder zu entziehen, und damit gehört auch ihm die Entscheidung über die wichtige Frage der

Parlamentsauflösung und des Appells an die Wähler. Bevor diese Entscheidung fällt, ist es aber müßig, Konjekturalpolitik zu treiben.

Nicht ohne Entrüstung haben wir die durch den „Petit Parisien" aufgebrachten, dann von „Matin" und „Journal des Débats" und einer ganzen Reihe englischer Zeitungen aufgenommenen Alarmnachrichten über den Gesundheitszustand Sr. Maj. des Kaisers gelesen. Es sind nicht nur ganz haltlose Erfindungen, an denen auch nicht das Geringste wahr ist, sondern zugleich boshafte Lügen verleumderischen Charakters, die darauf berechnet sind, in weitesten Kreisen des Inlandes wie namentlich des Auslandes das ohnehin vorhandene Gefühl der Beunruhigung, das die Weltlage bedingt, zu steigern. Wäre es nicht Festzeit, so könnte man an ein niederträchtiges Börsenmanöver glauben, so aber ist man genötigt, nach politischen Motiven für die Erfindung zu suchen. So weit sich von hier aus verfolgen läßt, ist die erste Quelle französisch, und namentlich ist uns die Hartnäckigkeit aufgefallen, mit der ein dem Quay d'Orsay nahestehendes Blatt, wie die „Débats", das allezeit die Möglichkeit hat, sich durch eine Anfrage richtig zu orientieren, an der Behauptung festhält, und die von Berlin eingelaufenen entschiedenen Dementis als „hartnäckiges Leugnen" (on continue de nier) abtut. Darauf läßt sich nur entgegnen, daß, was das Journal tut, keinen anderen Namen verdient, als „hartnäckiges Lügen".

7. April. Abschließende Verständigung zwischen Rußland und England über die Tibetexpedition.
8. April. Unterzeichnung des englisch-französischen Abkommens.
9. April. Tod der früheren Königin Isabella von Spanien. Verständigung zwischen der Pforte und Bulgarien.
10. April. Glasenapp schlägt die Hereros bei Otahorni.
11. April. Trotha und Estorff schlagen die Hauptmacht der Hereros bei Onganjira.
13. April. Die Japaner versenken den „Petropawlowsk“ zum Sinken. Admiral Makarow und Maler Wereschtschagin fallen.

13. April 1904.

Die Ereignisse der letzten acht Tage haben wieder den oft beobachteten Gegensatz zwischen den offiziellen Kundgebungen der russischen Regierung und der Haltung der russischen Presse zutage treten lassen. Die russische Regierung ist naturgemäß genötigt, mit den politischen Tatsachen, die ihr bereits als ein fait accompli entgegentraten, zu rechnen. Sie hat kein Interesse daran, prinzipielle Differenzen, die keine augenblickliche Schädigung im Hinblick auf den japanischen Krieg zur Folge haben, so zuzuspitzen, daß sie in einen Konflikt ausmünden müssen. Vielmehr muß sie bemüht sein, jede plausible Entschuldigung, die ihr geboten wird, als vollwertig entgegenzunehmen und soweit irgend möglich gute Miene zum bösen Spiel machen.

So hat denn auch die tibetanische Expedition, die in ihren ersten Stadien zu so überaus peinlichen Erörterungen zwischen dem russischen Botschafter Grafen Benckendorff und dem Marquis of Lansdowne geführt hatte, keine weitere Verschärfung der englisch-russischen Beziehungen nach sich gezogen, ja die offiziöse russische Telegraphenagentur hat sogar am 9. April einen Artikel der „St. James Gazette“ verbreitet, in welchem es (nach Wiedergabe jener Agentur) heißt: „Wie aus London mitgeteilt wird, ist eine Verständigung zwischen Rußland und England über die Tibetexpedition erreicht. Lord Lansdowne hat versprochen, daß die Mission (Younghusbands) nicht in Lhassa einziehen werde, wenn es ihr gelinge, vorher eine Verständigung über die Neuregelung der Grenzen und über

Erleichterungen für den britischen Handel durchzusetzen. Werde aber der Einmarsch in Lhassa durch die Umstände zur Notwendigkeit, so werde auch eine Okkupation nicht die Folge sein. Vielmehr würden die englischen Bevollmächtigten, sobald die gewünschte Verständigung erreicht sei, sofort wieder abziehen, und damit hat die russische Regierung sich zufrieden gegeben."

In betreff der jetzt perfekt gewordenen englisch-französischen entente hat Rußland gleichfalls durch den offiziösen Telegraphen der Welt mitgeteilt, daß es volles Vertrauen zur Bundestreue des Präsidenten Loubet habe, und Herr Combes hat erklärt, daß niemand in der Welt Frankreich die Beleidigung antun werde, zu glauben, daß es imstande sei, seinem Bündnis mit Rußland untreu zu werden, oder sein Freundschaftsbündnis mit anderen Ländern zu verleugnen, aber niemand zweifle auch, daß es sein Bündnis und seine freundschaftlichen Beziehungen lediglich im Interesse des Friedens benutze.

Ganz anders freilich ist nun die Haltung der russischen Presse. Die „Nowoje Wremja" erklärt kurzweg, sie halte die Nachricht über eine Verständigung in der tibetanischen Frage für eine Erfindung der „St. James Gazette" und bringt eine Reihe entrüsteter Artikel, die namentlich den letzten, für England fast unblutigen Sieg über die Tibetaner zum Gegenstand haben. Einer dieser Artikel beginnt: Sie schlachten! . . . Man kann den Eindruck nicht anders wiedergeben, den die Nachricht vom letzten „Siege" Younghusbands hervorruft. Sie schlachten kaltblütig, nach vorher gefaßtem Plane: sie schlachten hilflose Menschen, die sich nicht verteidigen . . . Die „friedliche Gesandtschaft", die gegen Lhassa zieht, hat den Tibetanern schon fünfmal mehr Opfer gekostet, als der zwei Monate währende japanische Krieg." Es schließt sich daran eine höhnische Kritik der von England zur Rechtfertigung der Expedition geltend gemachten Gründe, und mit besonderer Erbitterung wird der Ausspruch des Vizekönigs Lord Curzon abgetan, daß England genötigt sei, sich die Glacis von Indien in Persien, Afghanistan, Tibet, Setschuan zu sichern. „Großbritannien so schreibt die „Nowoje Wremja" hat in der Person Lord Curzons sogar den äußeren Anstand weggeworfen. Der Eroberungskrieg im schamlosesten Sinne des Wortes wird zum politischen Prinzip erhoben. Nach Transvaal - Jantse.

Der Starke darf rauben, töten, plündern, sein Protektorat aufdrängen, sich über die Souveränitätsrechte Chinas hinwegsetzen, und über Gerechtigkeit und Recht hohnlachen. Über die 700 Tibetaner wird die Geschichte hinwegschreiten. Aber ohne Folgen wird die Verwilderung der internationalen Beziehungen, wie sie an dem Vorgehen Younghusbands zutage tritt, nicht bleiben. Rauben ist ja nicht schwer. Rauben kann jeder! Die Frage ist nur, wer den rechten Augenblick zu erfassen versteht. Wir glauben nicht, daß England mit der Einführung dieser Theorie von den „glacis" seinen Vorteil finden wird."

Fast mit noch größerer Leidenschaft tritt dasselbe Blatt der (damals noch nicht in Vertragsform festgelegten) neuen englisch-französischen entente entgegen. Gebe es doch im heutigen Frankreich Leute, die sich nicht scheuten, die einst so gefeierte alliance-franco-russe als eine liaison dangereuse zu bezeichnen. In Wirklichkeit aber sei die von England gebotene Entente nichts anderes als ein Danaergeschenk für Frankreich. Man betöre Frankreich mit honigsüßen Reden, um es zu überzeugen, daß es Rußland keinen Beistand mit Armee und Flotte, sondern nur eine englisch-französische Intervention zur Beilegung des Krieges schuldig sei. Im Hintergrunde drohe so ein neuer Berliner Kongreß, der den Engländern ohne Opfer an Menschenleben und Schiffen, ja sogar ohne Geldopfer einen Machtzuwachs bringen solle und, während Rußland und Japan durch den Krieg geschwächt würden, den Franzosen statt der herzlichen und zuverlässigen Freundschaft des russischen Volkes die tückische Freundschaft eines vielhundertjährigen Feindes bieten werde. Nicht das Waffengerassel Englands, sondern seine Danaergeschenke seien zu fürchten. Weder Rußland noch Frankreich dürften eine englische Vermittelung dulden. Da müsse es „Hands off!" heißen, denn die Freundschaft Englands könne schwerer drücken als ein englischer Krieg. Daraus folge aber, daß in dem Augenblick, da England mit seiner Vermittelung komme, Frankreich als Bundesgenosse Rußlands verpflichtet sei, mit den Waffen in der Hand einzuschreiten, sobald das nötig werde.

Dazu will freilich nicht stimmen, was Herr Combes erklärt hat!

Ganz ähnliche Töne, sowohl in der tibetanischen Frage wie im Hinblick auf das englisch-französische Abkommen, wie die „Nowoje

Wremja" schlagen die meisten übrigen russischen Zeitungen an, und im Hinblick auf die bekannte Richtung der öffentlichen Meinung in Rußland, kann an der Aufrichtigkeit dieser Darlegungen nicht gezweifelt werden. Einen entgegengesetzten Standpunkt nehmen nur die Organe ein, denen jede Demütigung des heute in Rußland geltenden Systems recht ist, woher immer sie kommen mag: „Oswoboshdenije", „Européen" und die von ihnen wiedergegebenen Stimmen der in Rußland selbst arbeitenden revolutionären Organe. Es ist aber nicht möglich, von außen her zu beurteilen, wie weit diese Agitation im russischen Volke selbst Boden findet. Daß sie sehr verbreitet ist, steht fest. Neuerdings werden die revolutionären Aufrufe in Form von Extrablättern mit Nachrichten vom Kriegsschauplatze ausgegeben, und die in den Universitätsstädten getroffenen Sicherheitsmaßregeln deuten darauf hin, daß die russische Polizei nicht ohne Sorgen ist.

So ist vom Stadthaupt von Petersburg, Fullon, die folgende Verordnung ausgegangen: „Im Hinblick auf den bevorstehenden besonders feierlichen Gottesdienst in der Osternacht, da alle Bewohner der Residenz zur Frühmesse in die Kirche eilen, beauftrage ich die Pristaws (Polizeibeamte), die Hausbesitzer aufzufordern, in der Nacht auf den 28. März (10. April) vor ihren Häusern zu illuminieren, und wenn es ihnen gefällig ist, sie auch von innen zu beleuchten. Besonders erwünscht ist eine möglichst gute Beleuchtung der Straßen, Plätze und Querstraßen, die zu den Kirchen führen. Auch wird die Direktion der Gasgesellschaften sich nicht sträuben, überall wo es möglich ist, zu beleuchten. Da es wünschenswert ist, daß gewisse Straßen elektrisch beleuchtet werden, sind Gasleitungen für diese Nacht in die schlechtbeleuchteten Straßen zu verlegen. Die Illumination hat um 11 Uhr zu beginnen und soll bis nach Beendigung der nächtlichen Gottesdienste dauern."

Ein anderer Befehl Fullons verbietet in der Karwoche und zu Ostern den Verkauf berauschender Getränke. Das sind Maßregeln, deren Spitze sich gegen die in den letzten Jahren bei allen festlichen Gelegenheiten höchst unruhig gewordenen Fabrikarbeiter der Residenz und wohl auch gegen die Studenten richten. Denn unter den Studenten gärt es wieder, so namentlich in Odessa, wo 60 Studenten verhaftet wurden und über 200 fortgezogen sein sollen. Es sind

Bomben gegen das Universitätsgebäude geworfen worden, aber sie haben zum Glück weiter keinen Schaden getan. Bedenklicher scheint uns der Anlaß dieser Unruhen, wie er in einer, Petersburg 1 14. März, erschienenen Proklamation formuliert wird. Sie ist unterzeichnet vom Koalitionsrat der Vertreter der Petersburger Universitätsorganisation und zwar: von der sozialdemokratischen Gruppe, der Gruppe der Sozialrevolutionäre, den Partisanen des Kampfes und der Studentengruppe A. Sie erklärt, daß die Absicht der Studenten vor allem gewesen sei, „der absoluten Gewalt gegenüber einen Protest gegen den japanischen Krieg einzulegen", der als das Resultat einer abenteuerlichen und antinationalen Politik zu betrachten sei, zweitens hätten sie den patriotisch manifestierenden Studenten ihre Verachtung ausdrücken wollen! Die Störung der Versammlung durch Polizei und Universitätsobrigkeit haben einen der Sozialrevolutionäre veranlaßt, eine Bombe zu werfen, die ohne schädliche Folgen für die umgebende Menge gewesen sei!

Die Petersburger Studenten hätten dann gleichfalls zu einer Protestversammlung schreiten wollen, seien aber daran verhindert worden. Ebenso wird von dem revolutionären Treiben in Polen viel Beunruhigendes im „Européen" berichtet, so daß die Vorsichtsmaßregeln der Polizei wohl begreiflich sind und man versteht, daß bei der jetzt in Hinblick auf den japanischen Krieg vorgenommenen Kürzung des Budgets der verschiedenen Ressorts (im ganzen 134 Millionen) nur das Ressort der Polizei ganz ungekürzt geblieben ist.

Aber, wie wir oben ausführten, die ungeheuere Masse der russischen Bevölkerung teilt diese Anschauungen nicht, und will namentlich in der jetzigen Zeit von einer Agitation nichts wissen, die ohne Zweifel die Aktionsfähigkeit des Reiches mindert, schon weil sie die Aufmerksamkeit der Regierung nach anderer Richtung ablenkt. Und ebensowenig läßt sich verkennen, daß in Rußland die öffentliche Meinung sich in ihren antienglischen Empfindungen gesteigert hat und die neue englisch-französische Verständigung sehr ungünstigen Auges ansieht. Man hat von der Ausdehnung der alliance franco-russe auf den fernen Osten, gleich nachdem in London der englisch-japanische Bündnisvertrag veröffentlicht ward, andere Dinge erwartet: eine wirksame Hilfe gegen den wirklichen Gegner der russischen Politik, England, nachdem man sich — spät genug — davon überzeugt hat,

daß man in der angeblichen deutschen Gefahr sich nur ein Phantom hergerichtet hatte. Jetzt aber hat Frankreich, um die Worte von M. Combes zu brauchen, zwar noch immer in Rußland den Alliierten, aber zugleich in England den Freund gefunden, von dem man nicht lassen will, und man fragt sich in Petersburg und Moskau, welchen Wert denn die platonische Allianz neben der sehr praktisch gewordenen Freundschaft behält?

Soweit sich aus den noch nicht in vollem Wortlaut aber inhaltlich wohl richtig wiedergegebenen Punkten der englisch-französischen Konvention schließen läßt, fällt der scheinbare Vorteil für den Augenblick den Franzosen, sobald weitere Zeiträume ins Auge gefaßt werden, der wirkliche Vorteil den Engländern zu. Wir möchten den Inhalt der getroffenen Abmachungen kurz so formulieren: Frankreich hat von England die Anwartschaft auf diejenige Stellung in Marokko erhalten, die heute England in Ägypten einnimmt, und dagegen den Engländern die Versicherung gegeben, daß es sie in ihrer ägyptischen Stellung in keinerlei Weise molestieren werde und ihnen auch gegen bestimmte Sicherheiten die Verfügung über die an Ägypten gemachten Ersparnisse gelassen. Aber die Frankreich zufallende Aufgabe ist außerordentlich schwierig. Es ist ein Land von gegen einer halben Million Quadratkilometer mit etwa acht Millionen der meist fanatisierten Anhänger des Islam, deren Unterwerfung auch dann noch außerordentlich schwierig bleibt, wenn, wie im Plan der französischen Regierung zu liegen scheint, der Sultan durch pekuniäre Gefälligkeiten verpflichtet und zum Werkzeug der Unterjochung seiner eigenen Untertanen, zunächst unter seine Obedienz, dann aber unter die französische Schutzherrschaft gemacht werden soll. Daß dies die gewollte Entwickelung ist, darüber kann kein Zweifel sein, und wir glauben auch, daß sie sich, freilich nicht ohne große Opfer, nach einer Reihe von Jahren wird erreichen lassen — vorausgesetzt, daß es mit der englisch-französischen Freundschaft nach Jahr und Tag so bleibt wie heute. Denn das liegt ja auf der Hand, daß Frankreich verwundbarer geworden ist und daß einem üblen Willen nichts leichter fallen kann, als diese moslemischen Massen einmal gegen ihre Beschützer aufzuhetzen.

Wir haben in einer russischen Zeitung die Bemerkung gefunden, daß die großen kolonialen Zugeständnisse der Engländer an Frank-

reich wohl bewiesen, daß England die Franzosen als Konkurrenten nicht fürchte, und das ist gewiß richtig.

Der „Matin", der einen höchst interessanten Artikel „Frankreich in Marokko" veröffentlicht, als dessen Verfasser Henry de Houx zeichnet, knüpft an die Klausel der Konvention, welche den Franzosen die Befestigung der marokkanischen Küste zwischen Melila und der Mündung des Sebu untersagt, die Frage, ob darin nicht die Einleitung zu einer Neutralisierung der Straße von Gibraltar erkannt werden müsse. England habe in der über Ägypten abgeschlossenen Konvention jetzt ausdrücklich die Neutralität des Suezkanals anerkannt. „Das ist — heißt es weiter — ein direkter Angriff auf die barbarische Politik, welche Gibraltar, die Dardanellen, ja alle Wasserstraßen durch Kanonen bedroht." Auch hier scheint uns der französische Politiker etwas sanguinisch vorzugehen. Die Straße von Gibraltar kann neutralisiert werden, sobald England sich entschließt, die Festungswerke von Gibraltar zu schleifen, und gegen die Neutralisierung der Dardanellen würde heute Rußland, morgen vielleicht England, allezeit aber die Türkei protestieren. Was endlich sollte England bestimmen, die übrigen Wasserstraßen, die es beherrscht, zu entfestigen? Offenbar geht selbst heute die englische Freundschaft nicht so weit, den Franzosen oder sonst jemandem in der Welt solche Zugeständnisse zu machen. Im Augenblick aber, da die Möglichkeit eines russisch-englischen Konflikts immerhin nicht undenkbar ist, müßte Rußland eine Neutralisierung der Meerengen ganz direkt als eine feindselige Maßregel betrachten.

Aber wir irren wohl nicht, wenn wir annehmen, daß es sich für Herrn Henri de Houx vornehmlich darum handelte, seine weitblickende humane Anschauung zur Geltung zu bringen. In dieser Hinsicht tut man in Frankreich wie in England in Anlaß der Konventionen gewiß nicht zu wenig. Hat doch der „Temps", in einer hochpolitischen Darlegung über die englisch-französische Allianz, sich zu dem Satz aufgeschwungen, daß es töricht sei, gegen einmal feststehende Tatsachen endlos zu protestieren (Il est vain de récriminer sans fin contre des événements acquis!), ohne sich zu erinnern, daß damit die Haltung der Franzosen uns gegenüber ad absurdum geführt wird. In England aber hat man sich für den Gedanken begeistert, daß jetzt endlich die beiden Nationen, welche die Kultur

der Welt tragen, Hand in Hand gehen, was das „Echo de Paris“ in etwas anderer Färbung so ausdrückt: sie einigen ihre Kräfte, um ihre Kolonien gegen alle anderen Mächte zu verteidigen, zu größerem Heil für die gesamte Menschheit (pour le plus grand bien de l'humanité en général). Aber wir fürchten auch, das wird dem russischen Alliierten nicht gefallen, zumal durch den Punkt der Konvention, welcher Hinterindien und das Menamtal betrifft, die Curzonsche Theorie vom englischen glacis Indiens offenbar in betreff Frankreichs hinfällig gemacht wird und England für alle Eventualitäten die Sicherheit hat, von dieser Seite nicht belästigt zu werden. So scheint uns auch hier, sobald man in spätere Zeiträume hineinzublicken versucht, der Gewinn weit mehr auf englischer als auf französischer Seite zu liegen. Was endlich die Neufundlandfrage betrifft, so ist durch den Rückzug Frankreichs die Position Englands gegen die Vereinigten Staaten entschieden stärker geworden, wie denn diese englisch-französische Verständigung gewiß auch im Hinblick auf die gefährdete Stellung Kanadas, vielleicht auch in Erwägung der Möglichkeiten, welche der Panamakanal eröffnet, zustande gebracht worden ist. Der „Temps“ macht bei Besprechung der Neufundlandkonvention die etwas boshafte Bemerkung, daß die Vereinigten Staaten dabei die Dupierten seien. (Il importe de restaurer dans l'entente anglo-française un élément précieux d'équilibre international, il ne faut pas perdre de vue le troisième larron, c'est à dire les Etats-Unis, qui ont jeté un regard de convoitise sur ces pêcheries, et à qui la France a quelque peine à faire comprendre que St. Pierre et Miquelon ne sont pas à vendre. Man fühlt sich auch in Paris nicht ohne Grund den Vereinigten Staaten gegenüber stärker, und glaubt sich daher den kleinen Scherz von dem dritten Spitzbuben erlauben zu können.

Doch wir schließen, obgleich auch die anderen Punkte reichen Anlaß zu Betrachtungen geben. Das Wesentliche bleibt die trotz aller emphatischen Versicherungen des Gegenteils von Frankreich nunmehr vollzogene Schwenkung aus dem russischen in das englische Lager, und mit dieser Tatsache wird fortan jedermann zu rechnen haben. Welche Stellung die Parteien in England nehmen, steht noch nicht fest, aber uns scheint, jeder Engländer hat allen Grund, sich zufrieden zu geben. Was uns betrifft, so werden wir darauf zu achten haben,

daß Frankreich das Prinzip der offenen Tür in Marokko auch gewissenhaft einhalt. Es hat sich für dreißig Jahre gebunden: nach dreißig Jahren, eventuell wenn das Versprechen verletzt werden sollte, auch früher, wird sich weiter darüber reden lassen.

Sehr erfreulich ist, daß zwischen der Türkei und Bulgarien nunmehr eine endgültige Verständigung stattgefunden hat. Damit ist die im vorigen Jahre recht akute Gefahr eines bulgarisch türkischen Krieges nebst allen Verwickelungen, die daraus entstehen mußten, glücklich beseitigt. Auch der Friede in Mazedonien kann als gesichert gelten, da Bulgarien sich verpflichtet hat, die Bildung neuer Banden nicht mehr zu dulden, wodurch es freilich indirekt seine Mitschuld an den bisherigen Wirren zugesteht. Die Aussicht auf tatsächliche Durchführung der Reformen ist wesentlich größer geworden, und die in Abbazia bevorstehende Zusammenkunft zwischen dem Grafen Goluchowski und Herrn Tittoni wird auch die Mißstimmungen beseitigen, die vorübergehend durch die irredentistischen Heißsporne hervorgerufen wurden. Unzweifelhaft hat das Zusammentreffen Kaiser Wilhelms mit König Viktor Emanuel III. auch nach dieser Richtung heilsam gewirkt. Henry Rochefort, der unser Orakel sonst nicht ist, bemerkt in diesem Anlaß nicht ohne Ingrimm: Die Bande, welche Deutschland, Österreich und Italien gegen uns zusammenschließen, werden immer enger, während gleichzeitig diejenigen, die uns mit Rußland verbinden, von Tag zu Tag lockerer werden. Mit Ausnahme des gegen uns im Vordersatz dürfte das ganz treffend sein.

Der Sieg, den unsere tapferen Truppen in Südwestafrika bei Onganjira über die Hauptmacht der Herero errungen haben, wird der Welt wieder einmal gezeigt haben, daß die deutsche Armee, die in letzter Zeit so viel verleumdet worden ist, ihres alten Ruhmes würdig geblieben ist. Gouverneur Leutwein scheint auch mit der verhältnismäßig kleinen Schar, die er unter sich hat, den entschlossenen und mit hartnäckiger Tapferkeit kämpfenden Feind bewältigen zu können. Trotzdem bedauern wir es nicht, daß neue Verstärkungen unterwegs sind. Es gilt den Aufstand bis in seine letzten Schlupfwinkel zu verfolgen und ein für allemal eine Wiederholung desselben unmöglich zu machen. Dann wird auch der Boden für eine erfolgreiche Kolonisation bereitstehen.

14. April. Rede Graf Bülows über die auswärtige Politik.
15. April. Die Tibetanische Expedition erreicht Gyantse.
18. April. Die englische Regierung zieht ihre Truppen aus dem Somaliland.
20. April. Streik der Beamten ungarischer Staatsbahnen.

20. April 1904.

Am letzten Freitag, 15. April, ist Chamberlain über Boulogne in Folkestone gelandet, nach zweimonatiger Abwesenheit. Er hatte mit seiner Gemahlin Erholung in Egypten gesucht und ist gebräunt und gekräftigt heimgekehrt. Gewiß nicht, um die Hände in den Schoß zu legen, vielmehr läßt sich erwarten, daß er mit neuem Eifer den Feldzug zur Durchführung seiner handelspolitischen Pläne aufnehmen wird. Die Interviewer, die sich gleich an ihn herandrängten, hat er abgewiesen, aber seine Freunde hatten sich zahlreich eingefunden, und wahrscheinlich werden wir bald von ihm hören.

Er findet ein in mancher Beziehung verändertes England wieder. Zwar das Friedensbedürfnis nicht nur der großen Massen, sondern speziell auch der City mit ihren weltumfassenden Handelsinteressen ist dasselbe geblieben, und die Neigung, wirtschaftliche Experimente vorzunehmen, ist wohl heute ebenso gering wie zu Anfang des Jahres, aber es läßt sich nicht vorhersehen, welchen Vorteil er für seine Ideen einerseits aus der für England scheinbar so erfreulichen Wendung ziehen wird, welche der russisch-japanische Krieg genommen hat, und wie weit andererseits die neue englisch-französische Entente sich seinen Plänen nutzbar machen läßt. Daß er nach beiden Seiten hin Stellung nehmen wird, kann wohl für sicher gelten, als ganz unsicher dagegen, ob er seinen Vorteil in einer Parlamentsauflösung oder in dem Fortbestand der gegenwärtigen Regierung suchen wird. Jedenfalls ist in ihm derjenige Mann heimgekehrt, der mehr als jeder andere das Ohr der Nation hat, und da er gewohnt ist, sich frei auszusprechen, dürfen wir darauf rechnen, durch ihn wie durch

den Mund seiner Gegner und seiner Freunde über die wahre Stimmung Englands aufgeklärt zu werden. Was wir heute hören, ist doch im wesentlichen das Echo der Presse: im Parlament fehlte die Stimme des Protagonisten: es ist nicht undenkbar, daß der Chor seine Weisen ändert, wenn er einen neuen Ton anschlagen sollte. Der Abschluß der entente franco-anglaise hat dahin geführt, daß die Presse in England als die eigentliche regierende Macht dargestellt worden ist. Im „Journal des Débats" vom 13. April hat einer der geschicktesten französischen Publizisten, Jacques Bardoux, ihr einen Hymnus gesungen, und da er den Anspruch erhebt, damit zugleich die Geschichte des Werdens jenes intimeren Zusammenschlusses beider Mächte darzulegen, scheint uns die Materie so wichtig, daß wir sie einer genaueren Prüfung unterziehen wollen.

Nach einer Einleitung, welche darauf hinweist, daß seit dem Jahre 1900 die „sentimentalen" Voraussetzungen für eine Annäherung beider Nationen vorhanden waren, fährt Bardoux wörtlich fort:

„Niemals hätte sich diese Gesinnung in politische Kraft umgesetzt, wenn nicht seit Anfang des Jahres 1901 die meist berufenen Organe der konservativen Presse Englands eine methodische Kampagne organisiert hätten. Während die Presse der Liberalen durch die Meinungsverschiedenheiten, welche der südafrikanische Krieg hervorgerufen hatte, absorbiert, sich darauf beschränkte, die konservativen Blätter wegen ihrer plötzlichen Bekehrung zu einer Freundschaft, welche in das liberale Programm fiel, zu verhöhnen, machten diese nützliche und fruchtbare Fortschritte. Die „Times", der „Spectator" und die „National Review", also ein Tagesblatt, eine Wochenschrift und eine Monatsschrift, befolgten die gleiche Taktik, um eine Annäherung Frankreichs an England herbeizuführen. Einmal ließen sie keine Gelegenheit vorübergehen, um ihre Landsleute auf einen französischen Erfolg, eine französische Tugend aufmerksam zu machen. So hat die „Times" in regelmäßiger Berichterstattung auch die geringsten Schöpfungen unseres künstlerischen oder dramatischen Genius hergezählt, und einige ihrer schönsten Artikel haben der Revue von Reims im September 1901 und der Zentenarfeier zu Ehren Victor Hugos im Februar 1902 gegolten. Andererseits aber ist jedes der drei Organe mit gleicher Zähigkeit bemüht gewesen, die althergebrachten Sympathien für Deutschland, ja sogar die Erinnerung daran zu zerstören. Die „Times" haben im November 1901 und im Februar 1902 auf die Artikel und die Karikaturen fleißig aufmerksam gemacht, in welchen die glühende Eifersucht unserer Nachbarn ihren Ausdruck fand. Der „Spectator" hatte die besondere Aufgabe, die anglophobe Agitation an den deutschen Universitäten zu signalisieren. Die „National Review" endlich machte in ihren monatlichen Studien auf die Gefahren des Pangermanismus aufmerksam. Diese theoretische Propaganda aber wurde ergänzt durch eine

politische Kampagne. Sobald irgend ein diplomatischer, ökonomischer oder militärischer Zwischenfall sich fand, bei Gelegenheit der Polemik zwischen Herrn v. Bülow und Mr. Chamberlain im Januar 1902, in Anlaß der Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika im Februar, bei Bildung des transatlantischen Trust im Mai und als im Juni das deutsche Geschwader an den Küsten Irlands erschien, haben alle drei Organe nachdrücklich auf die Feindseligkeit Deutschlands und auf den Nutzen der französischen Freundschaft hingewiesen. Sie haben noch mehr getan. Am 11. Juli 1902 gab der „Spectator", dem die „National Review" im August und die „Times" am 19. Januar 1903 folgten, den Entwurf zu einer englisch-französischen Entente, und die gegenwärtigen Vereinbarungen sind nur die Ausführung jener genialen Dispositionen. Damit war die öffentliche Meinung ein politischer Machtfaktor geworden. Bevor sie aber zu einem Faktor der Diplomatie werden konnte, mußte der Widerstand einer kleinen Gruppe von Unionisten überwunden werden, deren Staatsmann Chamberlain und deren theoretischer Philosoph Balfour ist. Als sie 1895 ans Ruder kamen, war die Entente mit Deutschland ein Teil ihres Programms, und Herr J. L. Marse hat behaupten dürfen, ohne dementiert worden zu sein (dieses Dementi sei von uns hiermit auf das bestimmteste gegeben, an der Behauptung Marses ist kein wahres Wort), daß nur die Opposition Lord Salisburys Wilhelm II. davon behindert hat, schon 1895 eine formell unterzeichnete Konvention nach Hause zu bringen. 1897 und 1899 in Anlaß der chinesischen Angelegenheiten und während der Faschodakrisis hatten beide Regierungen sich ad hoc verständigt. Und als die besten Verteidiger seiner Politik die bekannte Kampagne gegen unseren Nachbarn jenseit des Rheins organisierten, da hat das englische Kabinett durch den Besuch des Prinzen von Wales in Berlin (Januar 1902), durch den Austausch von Depeschen zwischen den Souveränen im Juni und durch den kurzen Aufenthalt Wilhelms II. in Sandringham im September jene Strömungen der öffentlichen Meinung zum Stehen bringen wollen. Seiner Autorität bewußt und seines Sieges stolz, zeigte der neue Präsident des Conseil sich bereit, deutschen Interessen in Venezuela zu dienen. Die Proteste, welche diese unerwartete Annäherung hervorrief, sind noch nicht vergessen. Die Liberalen Mr. Asquith, Sir E. Grey interpellierten, die Konservativen waren verstimmt. Rudyard Kipling schrieb eines jener Gedichte, deren nervöser und konziser Inhalt, deren packende Bilder und brutaler Rhythmus sie zu Nationalgesängen macht. Sir R. Giffen führte seine nationalökonomische Gelehrsamkeit ins Feld, der feurige Admiral Lord Charles Beresford schoß aus allen Geschützen. Und nun trat die Regierung eilig ihren Rückzug an. Sie nimmt den Schiedsvertrag an und beschließt eine Basis für die Marine in der Nordsee zu begründen. Als dann im April 1903 das Gerücht von einer Verständigung Deutschlands und Englands in der Bagdadfrage umläuft, findet ein dreifacher Austausch von Besuchen der Souveräne, der Kaufleute und der Parlamentarier Englands und Frankreichs statt, damit das Gerücht widerlegt und das Mißtrauen zerstört werde. Aber die Unterzeichnung des Schiedsvertrages war von

seiten der Engländer, die ihren Traditionen und ihrem Charakter nach sich sträuben mußten, die Autorität eines internationalen Rechts anzuerkennen, nur ein Zeichen ihres guten Willens, dessen Bedeutung noch abgeschwächt wurde durch die Gefahren, welche der russisch-japanische Konflikt dem Weltfrieden brachte. Nur die Lösung der schwebenden Differenzen, die Liquidation der Vergangenheit konnte der neuen Freundschaft eine Garantie gegen die Konflikte bieten, welche das Erbstück der Vergangenheit waren, ganz wie nur ein Handelsvertrag gegen zukünftige Rückschläge protektionistischer Reaktion Sicherheit bieten konnte. Die diplomatischen Vereinbarungen sind gestern unterzeichnet worden, morgen werden die ökonomischen Abmachungen unterzeichnet. Die Annäherung zwischen England und Frankreich, ihren Ursprung und die einzelnen Etappen zu schildern, das wird eine recht verwickelte Aufgabe für künftige Geschichtsschreiber sein. Staatsmänner sind heute nur noch Dolmetscher. Sie gehorchen, ob sie es wissen oder nicht, dem Drang ökonomischer Interessen und geistiger Strömungen, die von Journalisten und Politikern erraten werden und denen sie dienen. Der Genuß freier Initiative schwindet immer mehr, und die Nationen mindern die Gefahren, welche mittelmäßige Intelligenzen verschulden."

Damit schließt Herr Jacques Bardoux dieses zynische Bekenntnis zu einer politischen Brunnenvergiftung, deren Urheberschaft er in zu bewundernder Bescheidenheit allein seinen englischen Freunden zuweist. Der Zusammenhang ist keineswegs so einfach, wie er ihn darzustellen beliebt, und auch das Ziel der Aktion ein anderes, als er zu glauben scheint. Wir wollen versuchen, nach beiden Richtungen hin etwas mehr Licht in den Verlauf des ganzen Handels zu bringen.

Da ist zunächst darauf hinzuweisen, daß die englische Preßaktion insoweit vereinfacht werden muß, als Herr Bardoux selbst, der es doch wissen muß, die „National Review" eine „revue soutenue matériellement et inspirée intellectuellement par les Times" nennt. Wieweit der „Spectator" demselben Konsortium gehört, wissen wir nicht, und ebensowenig wissen wir, ob „Fortnightly Review" und „Nineteenth Century", welche genau denselben Standpunkt vertreten, in Abhängigkeit von den „Times" stehen. Wohl aber ist uns bekannt, daß in der ersteren Herr Wesselitzki-Boshidarowitsch, der zugleich Korrespondent der „Nowoje Wremja" ist, seine antideutsche Agitation niederlegt, in der „Nineteenth Century" aber Herr Tatischtschew sein Wesen treibt. Beide Herren haben eine Vergangenheit hinter sich, von der sie nicht gerne reden: Herr Wesselitzki wurde aus Berlin ausgewiesen und Herr Tatischtschew mußte unter höchst sonderbaren Verhältnissen, auf die wir noch einmal zurückzukommen

denken, seine Stellung als russischer Botschaftssekretär aufgeben. Die „Nowoje Wremja" aber ist notorisch in finanzieller Abhängigkeit von einem französischen Aktienkonsortium, so daß schon auf diesem Wege die Schlagworte von Paris nach Petersburg und London und umgekehrt flogen.

Dazu kommt dann Herr André Chéradame, der Verfasser des berüchtigten Buches „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX. siècle", einer der erbittertsten Feinde Deutschlands, der im April und Mai 1901 in Petersburg weilte und dort in nähere Beziehungen zu Herrn Ssuworin von der „Nowoje Wremja" und zu dem Panslavisten Komarow trat. Von dieser Zeit ab begann in der englischen, russischen und französischen Presse die Agitation für eine Allianz dieser drei Mächte, also nicht bloß, wie Herr Bardoux es darstellt, nur für eine englisch-französische Annäherung. Auch wurde als Ziel dieses neuen Dreibundes die Niederwerfung Deutschlands ganz direkt mit nackten, nicht mißverständlichen Worten bezeichnet. Die Belege dafür kann der Leser in den drei Bänden unserer gesammelten Wochenübersichten „Deutschland und die große Politik" an der Hand der Indices bequem wiederfinden. Es sollte ein Bündnis der englischen Handelseifersucht mit dem französischen Revanchegedanken und dem Deutschenhaß der Panslavisten werden. Einer der Publizisten dieser Schule, Lord Blennerhasset, ist sogar so weit gegangen, daß er, um die Engländer den Russen in besserem Lichte erscheinen zu lassen, sich zu der kühnen Behauptung emporschwang, die Engländer seien gar keine Germanen, sondern — Romanen!

Als Bundesgenossen zweiten Ranges kamen dann die Deutschenfeinde in Ungarn und Böhmen, die Herren Ugron, Kramarz und wie sie alle heißen mit ihrem Gefolge: aber sie haben nur Lärm gemacht und keinen ernstlichen Schaden anrichten können.

Wir glauben auch nicht, daß selbst die oben charakterisierte Kombination von journalistischen Intriganten viel ausgerichtet hätte, wenn ihr nicht in Frankreich eine außerordentlich mächtige Bundesgenossenschaft in dem heutigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Delcassé, entstanden wäre. Dieser Staatsmann, dessen geistige Beweglichkeit wir keineswegs unterschätzen wollen, hat von Beginn seiner Amtstätigkeit ab darauf hingearbeitet, der russisch-französischen Allianz eine Wendung zu geben, die eine Schwenkung

nach der englischen Seite hin nicht ausschloß und Frankreich, wie heute deutlich zutage getreten ist, schließlich ganz in das englische Lager überführen sollte. Die von ihm beeinflußte Presse, namentlich „Débats" und „Temps", haben die Utopie der russisch-französisch-englischen Kombination nach Möglichkeit gefördert, und ebenso ist sie in der „Revue politique et parlementaire" von dem damaligen Kammerpräsidenten Deschanel und seinem Sekretär René Henry gefördert worden. Wichtiger vielleicht noch war es, daß der Führer der französischen Kolonialpartei Etienne und der Präsident des groupe parlamentaire de l'arbitrage international, Baron d'Estournel de Constant, für den Gedanken gewonnen wurden, daß eine Verständigung mit England für Frankreich vorteilhafter sei als das einseitige Stehen zur russischen Politik.

Nun lag freilich seit Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses und des angeblichen französisch-russischen Gegenbündnisses auf der Hand, daß die Propaganda für eine russisch-französisch-englische Tripelallianz, für welche — es ist kaum glaublich — der Londoner Korrespondent der „Nowoje Wremja", Herr Argus, noch am 14. April dieses Jahres (Nr. 10085) einzutreten den Mut hat, einen dupe voraussetzt, und man wird in Hinblick auf die Entwickelung, welche die Dinge genommen haben, nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten haben: entweder sind die Herren Wesselitzki und Tatischtschew von einer politischen Beschränktheit, die ihnen jedes Urteil nimmt, oder aber sie haben sich bewußt zu Opfern einer Intrige gemacht, die niemanden mehr geschädigt hat als ihr Vaterland.

Jedenfalls darf man sagen, daß die jetzt perfekt gewordene englisch-französische Verständigung, hinter der mißtrauische Gemüter vielleicht nicht mit Unrecht noch wichtige Geheimartikel vermuten, sich unter dem Beifall der russischen Presse in ihren vornehmsten Organen und unter lebhafter Unterstützung durch ihre Pariser und Londoner Korrespondenten vorbereitet und schließlich auch vollzogen hat. Wenn heute das offizielle Rußland, das wahrscheinlich weniger enthusiastisch gesinnt ist, der vollzogenen Tatsache die günstigste Wendung zu geben bemüht ist, so finden wir das sehr begreiflich. Sie muß es tun, um den Pessimismus im Volke nicht noch weiter zu steigern und wohl auch, um von dem französischen Bündnis festzuhalten, was von ihm noch übrig geblieben ist.

In England, das der Entwickelung der Dinge im fernen Osten ruhig zuschauen kann, seit es keine französische Hilfeleistung für Rußland mehr zu fürchten braucht, fühlt man sich durch die Vereinbarung mit Frankreich vor allem uns gegenüber stärker. Sir Charles Tilte hat noch vor wenigen Tagen im Unterhause gesagt, die deutsche Flotte sei bestimmt gegen England, und zwar, wie er wirklich zu glauben scheint, zum Angriff zu dienen. Das ist wohl das schmeichelhafteste Kompliment, das unserer Marine gemacht werden kann, da ihr die englische um das Vierfache überlegen ist. Auch halten wir es nicht für nötig, darauf auch nur ein Wort zu erwidern. Aber gewundert hat es uns doch, daß sich im englischen Parlament niemand gefunden hat, dessen Stolz diese kleinmütigen Sorgen mit Entrüstung zurück gewiesen hätte.

So groß die Anerkennung ist, welche die Kühnheit und zugleich die Umsicht der Japaner finden, so lebhaft ist doch die Teilnahme, welche der Untergang des „Petropawlowsk", des Admirals Makarow, Wereschtschagins, des berühmten Malers, und all der Ungenannten hervorgerufen hat, die ihr Grab in den Wellen gefunden haben. Die Übermacht der Japaner zur See ist jetzt so groß, daß die russische Flotte bis auf weiteres in diesen Gewässern überhaupt nicht mehr in Betracht kommt. Um so größer wird die Bedeutung sein, welche die offenbar nicht mehr fernen ersten Kämpfe zu Lande haben werden.

Wie wir schon vor acht Tagen bemerkten, beginnt die Haltung Chinas unsicher zu werden. Es wäre, wie die Verhältnisse liegen, für Rußland eine ungeheure Erschwerung der Lage, wenn die Chinesen sich den japanischen Vettern anschließen sollten. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland beginnen schwierig zu werden. Der großmütige Entschluß des Zaren, sein Privatvermögen in den Dienst des Landes zu stellen, ist ein Symptom dafür, die Beschränkungen, welche die Etats aller Ministerien und selbständigen Verwaltungen erfahren haben, ein weiteres Anzeichen. Hoffentlich gibt es ein gutes landwirtschaftliches Jahr, denn eine Mißernte würde eine wahre Kalamität bedeuten.

In Frankreich macht die Maßregelung des Obersten Marchand viel von sich reden. Aber das scheint nun einmal zur Regierungspraxis des sozialistischen Ministeriums zu gehören, daß alle irgend

hervorragenden und namentlich populären Offiziere aus Heer und Flotte hinausgedrängt werden. Herr André und Herr Pelletan gehen dabei nach gleicher Methode vor und Herr Combes deckt sie allezeit mit den schützenden Fittichen seines bloc. Aber man kann doch mit einer gewissen Spannung dem Augenblicke entgegensehen, da die Geduld des französischen Volkes nicht mehr ausreicht, um das „System" zu tragen. Allzu geduldig sind die Franzosen nie gewesen, und die dritte Republik, die bereits längst das Maximum überschritten hat, das seit 1792 einem Regiment gewährt wurde, tut, was an ihr liegt, um sich den Boden unter den Füßen zu untergraben.

21. April. Eintreffen neuer Verstärkungen in Südwest-Afrika
21. April. Besuch des Präsidenten Loubet im Quirinal.
25. April. Vertagung des ungarischen Abgeordnetenhauses.
26. April. Beendigung des ungarischen Eisenbahnstreiks.
27. April. Kaiser Wilhelm tritt von Venedig aus die Rückreise nach Deutschland an.

27. April 1904.

Immer deutlicher tritt zutage, daß sich in der führenden russischen Presse eine Wendung von der Politik der Utopien und der Gefühle zu einer nüchtern und verständig gedachten Interessenpolitik vollzieht. Gegenüber der Notwendigkeit, den Konflikt mit Japan in Ehren zum Abschluß zu führen, schweigen andere Erwägungen, und nur noch in Blättern zweiten Ranges klammert man sich an den liebgewordenen, aber durch die Wirklichkeit so brutal widerlegten Schein. Die Propaganda für eine russisch-französisch-englische Verständigung, wie sie vor Ausbruch des russisch-japanischen Krieges mit solchem Eifer von französischer Seite und in England von der Schule der „Times" betrieben wurde, um das bevorstehende Übergehen Frankreichs in das englische Lager durch eine freundliche Kulisse zu maskieren, wird zwar noch immer fortgeführt, aber sie hat in Rußland ihre werbende Kraft verloren, und jetzt, da das Gerücht von einer bevorstehenden englischen Vermittelung durch die Welt geht, stößt sie auf entschiedenen Widerspruch. Es heißt nämlich, daß der jetzt in England weilende britische Botschafter am russischen Hofe, Sir Charles Hardingh, einen Brief König Eduards VII. nach Petersburg bringen werde, in welchem dem Zaren die guten Dienste Englands zur Herstellung des Friedens mit Japan angeboten werden. Die Nachricht ist an sich nicht unwahrscheinlich. König Eduard VII. hat es verstanden, einen politischen Einfluß zu gewinnen, wie ihn zuletzt Georg III. erstrebt, aber nicht errungen hat; auch hat er das entschiedene Talent, den politischen Wünschen der Nation entgegenzukommen, so daß ihm darüber die Selbständig

keit seiner Aktionen verziehen wird. In London mögen die verwandtschaftlichen Beziehungen des Königs zur Zarin auch dahin gewirkt haben, daß die Hoffnung auf Annahme einer englischen Vermittelung auftauchen konnte, aber — wenn Friedrich der Große einmal sagt: „Große Herrscher haben keine Verwandten!", gilt dieses Wort gewiß auch für die jetzige Krisis. Die Interessen und die Ehrenfragen entscheiden, nicht freundliche, verwandtschaftliche Gesinnungen. Die öffentliche Meinung Rußlands hat aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß bis auf weiteres von einem vermittelnden Eingreifen dritter Mächte keine Rede sein kann. Dieselbe Haltung wird aber auch von der japanischen Presse eingenommen, wenn sie in etwas großrednerischer Zuversicht erklärt, sie werde jederzeit zum Frieden bereit sein, wenn sie die Russen vom Stillen Ozean abgedrängt und den Chinesen den Besitz der Mandschurei wieder gesichert habe! Wie man aber in Petersburg die Lage beurteilt, zeigt ein höchst interessanter Leitartikel in der Sonnabendnummer der „Nowoje Wremja", dessen Überschrift: Ungebetene Vermittler, bereits die Richtung kennzeichnet. Gerade aus den Kreisen, welche Japan ermutigt hätten, den Krieg zu beginnen, höre man jetzt Friedenssichalmeien und das Angebot einer Vermittelung. Namentlich in England, das übrigens bereit sei, den Vereinigten Staaten den Vortritt zu lassen, wolle das Gerede von der Vermittelung nicht aufhören, ja, man gehe dort sogar so weit, zu behaupten, daß Rußland nach dem Frieden „seufze". Aber das sei die alte britische Art, die eigenen Träumereien als Wunsch anderer darzustellen, auch da, wo diesen solche Gedanken nie in den Sinn kamen.

Natürlich habe das Gerede von der Vermittelung in Rußland nur ein herablassendes Lächeln hervorgerufen. Es wäre lächerlich, sich über solche Dummheiten zu ärgern. Trotz der siebzig Tage, die seit dem Angriff der Japaner hingegangen seien, habe der ernste Krieg noch gar nicht begonnen. Die russischen Mißerfolge zur See, die keineswegs ausschließlich auf Rechnung der Japaner zu setzen seien, hätten ja auf die politische Phantasie gewirkt, zumal die Japaner ihre Verluste geheim hielten und sogar behaupteten, sie hätten überhaupt keine Verluste gehabt. Das glaube man, aber vielleicht gebe es Stellen, wo man es nicht glaube und wisse, daß selbst, wenn es sogar den Japanern gelingen sollte, zu Lande einige

effektvolle Vorteile zu erringen, etwa die Verbindungen mit Port Arthur abzuschneiden, oder einige Eisenbahnen auf kurze Zeit zu besitzen, das alles doch nicht von Dauer sein könne und wie alle theatralischen Effekte schließlich zusammenbrechen werde. In dem klugen England verschließe man sich solchen Erwägungen durchaus nicht und sehe wohl auch voraus, daß Rußland „nicht die Hände hochheben" und „Pardon" rufen werde. Aber England sei zugleich Bundesgenosse Japans und habe hoch und heilig geschworen, es nicht im Stich zu lassen. Seither aber habe es noch andere „Vereinbarungen" geschlossen, die ihren Wert nur behielten, so lange der Glaube dauere, daß England übernommenen Verpflichtungen treu bleibe. Hier macht die „Nowoje Wremja" einige Punkte, um dem Leser — und es wird vielleicht auch an der Seine Leser dieses Artikels geben — Anlaß zu bieten, diesen nicht mißverständlichen Gedanken weiterzudenken. Dann schließt das Blatt wörtlich folgendermaßen:

Das aber ist der Grund, weshalb England, im Vorgefühl der Verwicklungen, welche ihm drohen, wenn die Operationen zu Lande angehen, gerade jetzt, da der Landkrieg unmittelbar bevorsteht, ein unüberwindliches Friedensbedürfnis empfindet. Freilich hat England mit seinen Vorbereitungen für einen Krieg nicht nachgelassen. Nachdem es bereits zwei im Bau begriffene chilenische Panzer angekauft hatte, hat es jetzt alles aufgekauft, was an chilenischen Fahrzeugen noch brauchbar war: England hat sein Marinebudget vergrößert, die in Bau begriffenen Panzerschiffe und Kreuzer werden zu Fahrzeugen eines stärkeren Typus umgebaut, und in fieberhafter Eile geht der Bau von Unterseebooten und die Schulung ihrer Mannschaften vor sich. Eben dieses England schreitet zu einer rationelleren Ausbildung der indischen Armee, und im heißen Verlangen nach Frieden sucht es sich überall die Hände frei zu machen: es verbrüdert und versöhnt sich mit Frankreich, sucht sich mit Deutschland zu verständigen, stellt die Jagd auf den tollen Mullah ein, geht daran, der tibetanischen Expedition einen glänzenden Abschluß zu geben: kurz, alle diese „Vorbereitungen" gehen aus dem glühenden Wunsche nach Frieden hervor. Denn man weiß in England, wie unverwundbar Rußland durch die englische Flotte ist. Durch die Zerstörung der Docks von Solowetzk durch japanische Spione wird weder Rußland erschreckt werden, noch England unvergängliche Lorbeeren erringen. Kann man in Anbetracht dieser Tatsachen sich über die hartnäckigen Gerüchte von Vermittelung und von bons offices wundern, durch welche unsere Gönner bemüht sind, dem Kriege ein Ende zu machen? Erst jetzt ist man sich in England darüber klar geworden, welche Gefahren von einem russisch japanischen Kriege drohen. Und deshalb macht man für die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Vermittelung Propaganda. Das ist auch der Grund, „weshalb England überall nach Freunden des Friedens sucht".

Die Abweisung könnte nicht deutlicher sein, zumal in einer Nachschrift die „Nowoje Wremja" die Behauptung des „Reuterschen Telegraphenbureaus", daß sie (die „N. W.") systematisch gegen eine englisch-russische Verständigung arbeite, mit der Bemerkung zurückweist, daß die gegenwärtige politische Lage neuen politischen Kombinationen überhaupt nicht günstig sei. „Die erste Aufgabe, auf welche jetzt die Aufmerksamkeit Rußlands gerichtet sein muß, ist — so schließt diese Abweisung — der Krieg."

Zwei Tage vorher (21. April) hat dasselbe Blatt auch eine merkwürdige Abrechnung mit Frankreich oder vielmehr mit dem Ministerium Combes vorgenommen. Trotz aller äußerlichen Garantien für Freiheit und Gerechtigkeit lebe das heutige Frankreich unter einem moralischen Joch. Den Beweis dafür liefere die Tatsache, daß der Ministerpräsident sein Ziel erreicht und Frankreich zu einem unchristlichen Staat gemacht habe, wie die Entfernung der Kruzifixe und anderer christlicher Symbole beweise. Zur Ausführung dieser Maßregel habe man die Karwoche gewählt und damit die noch gläubigen Franzosen herausgefordert. Diese Provokation habe eine Antwort dadurch gefunden, daß die ungeheure Mehrzahl der Stadträte die aus den Gerichtshöfen entfernten Kruzifixe in ihre Sitzungssäle habe bringen lassen: auch habe man protokollarisch gegen die Anordnungen der Regierung protestiert. Bei den bevorstehenden Munizipalwahlen werde, wie sich hoffen lasse, diese Stimmung zum Ausdruck kommen. Heute herrsche in Frankreich eine Tyrannei der Kammermajorität, welche die fast gleich starke Minorität knechte, was um so unerträglicher sei, als hinter dieser Minorität die Majorität der Franzosen stehe. Auch für die Beziehungen Frankreichs zu Rußland gelte das. Das ganze Land sei nach wie vor so russenfreundlich, daß sogar Parlament und Ministerium nicht wagten, sich inkorrekt zu verhalten. Wohl aber ließen beide keine Gelegenheit vorübergehen, um ihre besondere Gesinnung zum Ausdruck zu bringen. Marchand habe man gemaßregelt, weil er in Rußland zu populär sei, und zum Vorwand genommen, daß seine Reise in den großen Orient die Disziplin der französischen Armee gefährde. In nicht mißverständlicher Andeutung weist nun die „Nowoje Wremja" darauf hin, daß darin eine indirekte Beleidigung desjenigen liege, der Marchand aufgefordert habe, sich dem russischen Hauptquartier

anzuschließen. „Aber — fährt sie fort — das durch eine fixe Idee verblendete Ministerium sieht nicht, was vor seinen Augen geschieht, und macht sich vielleicht von der Zukunft ein ganz anderes Bild, als schließlich die Wirklichkeit zeigen wird."

Man kann schwer schärfer über die heutige Regierung Frankreichs urteilen, und doch meinen wir, daß diejenigen Erwägungen gar nicht zum Ausdruck gekommen sind, welche in Petersburg den meisten Anlaß zur Beunruhigung bieten. Der Fall Marchand involviert nicht mehr als eine Taktlosigkeit, wie Herr André deren so viele begangen hat, der Feldzug gegen das Christentum ist höchst unsympathisch, aber er beunruhigt nicht, da von einer Übertragung dieser Krankheit des heutigen Frankreich auf russischen Boden nicht die Rede sein kann — dagegen ist Rußland noch immunisiert —, anders aber liegt es mit der Ansteckung, die von dem sozialistischen Treiben des Ministeriums und der Kammermajorität ausgeht. Sie ist bereits in Rußland eingedrungen und kräftigt sich an der Tatsache, daß das offizielle Rußland mit dem zur Herrschaft gelangten Sozialismus Frankreichs nicht nur paktiert, sondern sich ihm verbündet hat.

Nun war freilich das Frankreich von 1891 nicht das Frankreich von 1904, aber eine ganze Generation junger Russen hat die Entwickelung Frankreichs miterlebt und innerlich in sich aufgenommen. Das sind dann die Propheten des heute mächtig um sich greifenden russischen Sozialismus geworden, der bereits aus den Kreisen der industriellen Bevölkerung in die der Bauern einzudringen begonnen hat, und dessen Propaganda in der Armee erst durch den Krieg, in dem Rußland steht, zum Halten gebracht worden ist.

Daß solche Erwägungen heute in patriotischen Kreisen der russischen Intelligenz ernste Sorgen hervorrufen, schon weil man, abgesehen von allem anderen, die Kraft des Staates nicht durch innere Wirren gefährdet wissen will, ist uns zuverlässig bezeugt worden. Auch würde mutatis mutandis, jeder Patriot jedes beliebigen Staates so denken. In Rußland aber kommt noch hinzu, daß die Liberalen, und das heißt so ziemlich alle gebildeten Russen, durch die Ausschreitungen des Sozialismus wie des Nihilismus die heiß ersehnte Reformbewegung immer weiter ad calendas graecas verschoben sehen. Sehr merkwürdig ist übrigens die so überaus lebendige

Legendenbildung in der russischen Bauernschaft. Die Zeitungen geben davon die merkwürdigsten Beispiele. Erst war es die Vorstellung, daß der „weiße General" Skobelew gar nicht gestorben sei, sondern sich nur verborgen gehalten habe, um im geeigneten Augenblick als Retter und Rächer aufzutreten. Dann liefen die tollsten Erzählungen über den Ursprung des Krieges um. Der Fürst Michail Schachowskoi erzählt, er sei von alten Bauern im Gouvernement Woronesch gefragt worden, ob es wirklich wahr sei, daß die Japaner Rußland angefallen hätten, weil ein sibirischer Kosak dem Kaiser von Japan sein Kind geraubt habe und es ihm nicht zurückgeben wolle! Eine andere Variante erzählt, daß der Krieg wegen eines geraubten Goldschatzes geführt werde, und eine höchst pessimistische, ebenfalls mit größter Sicherheit vorgetragene Fabel will wissen, daß der General Kuropatkin seinen Sarg ins Feld mitgenommen habe, weil ihm ein Traum den eigenen Körper als zerrissenen Leichnam zeigte und seine Mutter ihm beim Abschied sagte, sie werde ihn niemals wiedersehen.

Es ist schwer, sich die Entstehung solcher Phantasmen zu erklären, wenn man den gemeinen Mann in Rußland nicht kennt. Er liebt zu erzählen und erfindet, um erzählen zu können: das ist die Regel, und die Vorstellung, daß Unwahrheit ein Unrecht sei, kommt ihm überhaupt nicht. Wahrscheinlich glaubt er schließlich selbst an seine Erfindungen. Der Fürst Schachowskoi meint, daß es unerläßlich sei, dafür zu sorgen, daß das Volk durch regelmäßige Nachrichten über den Verlauf des Krieges unterrichtet werde. Die seltenen Zeitungen, die in ein Dorf dringen, täten es nicht, zumal das Volk Zeitungen nicht lese, und darin hat er gewiß recht. Das Sicherste wäre, die Nachrichten in den Gemeindeversammlungen durch die Ältesten verlesen zu lassen. Dann würden die Fabeln und Erfindungen den Boden verlieren, auf dem sie gedeihen.

In der russischen gebildeten Gesellschaft ist man, wie schon die oben mitgeteilten Auszüge zeigten, zuversichtlich geworden, seit das Vorrücken der Armee in sicherer Aussicht steht. Kuropatkin genießt volles Vertrauen, ebenso Admiral Skrydlow. Der bekannte Gegensatz, in dem der letztere zu dem Statthalter Alexejew steht, hat wohl den Anlaß zu dem Gerücht von der Demission Alexejews gegeben, die sich bisher nicht bestätigt hat und auch unwahrscheinlich ist, da

der Statthalter auch neben zwei militärischen Selbständigkeiten, wie es die beiden Oberkommandierenden sind, immer noch Raum zu nützlicher eigener Tätigkeit hat. Ein Personalwechsel in jetziger kritischer Zeit müßte zudem unter allen Umständen verwirrend wirken. Aber wir sind über diese Dinge nicht unterrichtet und möglich ist schließlich alles.

Beide kriegführenden Teile klagen über Spionage. Die Japaner sollen ihren Feldzugsplan umgestoßen haben, weil man entdeckte, daß er an Rußland verkauft war; General Alexejew hat jüngst zwei japanische Offiziere, die als Spione ertappt wurden, zum Tode durch Pulver und Blei begnadigt, sie waren vom Kriegsgericht zum Strang verurteilt worden. Auch die strengen Verordnungen gegen den Gebrauch der drahtlosen Telegraphie durch die ausländischen Kriegskorrespondenten zeigen, daß man bemüht ist, sich sein Geheimnis zu sichern. Aber gewiß ist die Lage Rußlands in dieser Hinsicht ungünstiger als die der Japaner. Die Russen sind — wenn auch China noch neutral ist — überall von Elementen umgeben, die im Verrat eher ein Verdienst als ein Unrecht sehen, und sie müssen deshalb mit eiserner Strenge vorgehen.

In der großen Politik ist nichts von Bedeutung hervorzuheben. Die Reise des Präsidenten Loubet nach Rom wird allerdings von der Presse, jedoch mehr von der französischen als von der italienischen, zu einem politischen Ereignis aufgebauscht. Aber sie ist doch nicht mehr als der notwendige Reflex der Reise König Viktor Emanuels III. nach Paris. Daß Herr Delcassé den Präsidenten begleitet und Herr Barrère am Platze sein wird, gibt allerdings eine politische Dekoration. Ob sich dahinter ein politisches Spiel abspielen wird, läßt sich ruhig abwarten. Wesentlich ist auch hier, daß das offizielle Frankreich zugleich das Frankreich der sozialistischen Propaganda ist, das Frankreich der Herren Guesde und Vaillant, und daß die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß diese Herren und ihr Gefolge langlebiger sein werden als das Ministerium Combes.

Einen großen Sieg hat der Sozialismus im Commonwealth von Australien gewonnen. Das Ministerium Deakin fiel einer Koalition der Arbeiterpartei und der Freihändler zum Opfer. Das Haupt der Arbeiterpartei, Mr. Watson, hat nun die Bildung des Ministeriums übernommen, so daß auch der Commonwealth, wie

Frankreich, unter sozialistische Leitung kommt. Das bevorstehende Experiment wird nicht ohne Interesse sein, wenn Mr. Watson daran geht, das Programm seiner Partei durchzuführen. Progressivsteuer, Prohibitivschätzung derjenigen Grundbesitzer, die nicht auf ihren Gütern leben, Minimallohne, obligatorische Lebensversicherung, achtstündiger Arbeitstag und Woche von $6\frac{1}{2}$ Tagen, drakonisches Gesetz gegen die Einwanderung, Schutzzoll, autonome Marine für Australien, Ernennung der Gouverneure der Einzelstaaten durch das Kabinett der Commonwealth' Das sieht sehr danach aus, als ob sich eine eigenwillige politische Selbständigkeit für die Zukunft ankündige, und stellt dem englischen Mutterlande ein Füllhorn von Verlegenheiten in Aussicht. Aber vielleicht nicht ihm allein.

Auf der Balkanhalbinsel will es trotz der türkisch-bulgarischen Verständigung nicht zu einer zuversichtlichen Stimmung kommen. Es ist nicht recht klar, wo das Übel sitzt: aber daß schädliche Intrigen im Spiel sind, läßt sich nicht verkennen.

Aus Südwestafrika hoffen wir zuversichtlich bald günstige Nachrichten zu erhalten. In betreff der geforderten und bewilligten Entschädigungen hätten wir die Regierung anspruchsvoller und den Reichstag freigebiger gewünscht. Wahrscheinlich ist die Bescheidenheit der Forderungen durch die bekannte Stellung der Reichstagsmehrheit bedingt worden. Aber das macht das Ergebnis nicht erfreulicher. In der Frage der Spurbreite der Eisenbahnen haben wir das erste Beispiel dafür erlebt, daß die Majoritätsparteien des Reichstags über den Antrag der Regierung hinausgehen wollen.

Vivat sequens!

28. April. Zunahme des Typhus in Südwest Afrika.
29. April. Erklärung Rußlands, daß es weder eine Vermittelung noch einen Einfluß fremder Mächte auf Feststellung späterer Friedensbedingungen dulden könne.
1. Mai. Niederlage der Russen am Jalu durch General Kuroki.
3. Mai. Vergeblicher Versuch der Japaner, den Hafen von Port Arthur zu sperren. General v. Trotha zum Oberkommandierenden in Südwest Afrika ernannt.

4. Mai 1904.

Die jetzt zu glücklichem Abschluß geführte Reise Kaiser Wilhelms und die Italienfahrt des Präsidenten Loubet haben in der deutschen und in der französischen Presse ein sehr verschiedenes Echo gefunden. Bei uns wurde die Reise des Kaisers mit der warmen Teilnahme begleitet, mit der nun einmal die Nation allem folgt, was die Person des Monarchen betrifft, und man ist froh, daß das Ziel, völligste Genesung, erreicht worden ist. Das politische Beiwerk, das selbstverständlich damit verbunden war, erregte kein besonderes Interesse, schon weil unsere italienischen Beziehungen einen bestimmten, durch Verträge geregelten Charakter tragen, der erst kürzlich auf eine Reihe von Jahren aufs neue festgelegt worden ist. Der Reise des Präsidenten der Republik sah man mit einer gewissen Neugier entgegen, aber auch ihr Charakter ließ sich vorhersehen, und Überraschungen sind weder erwartet worden, noch sind sie eingetreten. Erhitzt hat sich, soweit wir sehen, niemand darüber.

In Frankreich erschienen die beiden Reisen in anderem Licht, und schon rein äußerlich machte der Unterschied sich an der langen Reihe von Spalten fühlbar, welche die französische Presse dem Aufenthalt des Kaisers in den italienischen Gewässern wie auf Sizilien und auf dem Festlande gewidmet hat. Eine Note der Eifersucht klang unverkennbar durch, namentlich wo es sich nicht umgehen ließ, von den stürmischen Ovationen zu berichten, die dem Kaiser zuteil wurden. Die Präsidentenreise aber wurde wie ein Ereignis gefeiert, von dem eine neue Epoche der Mittelmeerländer zu datieren sei. Selbst ein sonst ruhig erwägendes Organ wie das „Journal des

Débats" verlor darüber das Gleichgewicht. „Der élan, der dem deutschen Kaiser galt", so tröstet Herr Combes de Lestrade in einer Korrespondenz aus Catania die Leser des „Journal", ist auf die „haute société" und auf diejenigen beschränkt, die ihr nachäffen wollen." Das moderne Italien sei französisch gesinnt. „Es bewundert die Männer, die uns regieren, unsere Staatsverfassung und das Volk, das solche Männer wählt und eine derartige Verfassung aufrechterhält." Von der großen opponierenden Minorität wisse man nichts. Von Deutschland aber kennten die Italiener nichts als den Kaiser, der ihnen als der „champion" der Feudalität erscheine, und nur um zu manifestieren hätten die „grands seigneurs" Siziliens ihm den Hof gemacht. Sie hätten ihm zeigen wollen, daß die Prinzipien des Rückschritts noch Vertreter hätten. Und so hätten die Vertreter Frankreichs die Beifallsrufe des künftigen Siziliens erhalten, während der Kaiser nur gesehen habe, was vom ehemaligen Sizilien noch übrig geblieben sei.

Das heutige Sizilien aber sei durch die Leute gekennzeichnet, die sowohl vive la France als vive l'Empereur rufen! Das ist gewiß höchst charakteristisch und nicht ohne ein Stück Wahrheit, nur daß der Franzose sich gehütet hat, die Dinge bei ihrem eigentlichen Namen zu nennen, und um des Effektes willen auch den Haß zurückgestellt hat, mit dem gerade das „Journal des Débats" die „gouvernants" und das „régime" des heutigen Frankreich, die Herren Combes, Pelletan, André und Genossen zu verfolgen pflegt.

Das régime des heutigen Frankreichs ist das der sozialistischen Redner, und wir haben schon mehr als einmal Anlaß gehabt, darauf hinzuweisen, daß Frankreich mit seinen Staatsidealen Propaganda macht. In den Ländern lateinischer Zunge bewußt und systematisch, auf dem Boden des russischen Alliierten indirekt und gleichsam mechanisch, aber nicht minder wirksam. Auch wird man zugeben müssen, daß darin nichts Widernatürliches liegt. Der Gedanke der union latine ist noch ein Erbstück des bourbonischen Königtums, ja er reicht sogar noch weiter zurück. Napoleon hat ihn dann vorübergehend im imperialistischen Sinne verwirklicht; die dritte Republik kann nicht anders, als ihm die republikanische Fassung geben. Der russische Sozialismus aber findet in Frankreich seine Vorbilder. In der Person Kaiser Wilhelms dagegen verkörpert sich der mit dem

modernen Fortschritt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens versöhnte monarchische Gedanke, wie wohl allgemein zugestanden wird, am kräftigsten, und deshalb sind es allerdings große Gegensätze, die in rascher Folge sich in den letzten Wochen auf italienischem Boden abgelöst haben. Wir wünschen den Italienern aber nicht, daß die Prophezeihung des Herrn Combes de Lestrade: Die Zukunft dem französischen Gedanken! in Erfüllung gehe. Ein republikanisches Italien – und das müßte doch der Ausgang sein – wird auch kein einheitliches Italien mehr sein. Es läßt sich vielmehr mit großer Wahrscheinlichkeit vorhersehen, daß mindestens drei republikanische Mittelstaaten erstehen müßten: der Norden, der neapolitanische Süden und Sizilien, und fast ebenso wahrscheinlich müßte sich als Fazit das heute in Frankreich geltende Verhältnis von Kirche und Staat auch für jenes Italien der Zukunft ergeben. Kurz, uns scheint, daß die Prognose der „Débats" vom italienisch-nationalen Standpunkt aus betrachtet ebensowenig erfreuliche Konsequenzen bedingt, wie vom dynastisch-monarchischen aus, und eben deshalb möchten wir sie zurückverweisen in das Reich der politischen Utopien, dem sie entsprungen ist. Aber geradezu klassisch ist die Formulierung, die Jaurès dem Gedanken der revolutionären Mission Frankreichs in Italien gegeben hat: „Nun ist es geschehen! Frankreich, die große revolutionäre Ahnmutter, hat der Hauptstadt Italiens die Investur der Revolution gegeben, und Italien jauchzt der befreienden Nation in der Person des Präsidenten zu!" Und dabei muß man bedenken, daß es keineswegs zu den Unmöglichkeiten gehört, daß der nächste Ministerpräsident oder gar der nächste Präsident der französischen Republik Jaurès heißt. Das „Journal des Débats" sucht die schöne Phrase Jaurès' lächerlich zu machen: „Worte, sagt sie mit Hamlet, nichts als Worte": aber die „Débats" vergessen, daß sie nur etwas vorsichtiger im Ausdruck, genau denselben Gedanken durch ihren Korrespondenten aus Catania hat ausposaunen lassen.

Ein Gegenstück zum Ministerium Combes bietet übrigens das neue Ministerium des Commonwealth von Australien. Wir haben der Wahl des Mr. Watson bereits gedacht. Jetzt veröffentlicht der „Standard" eine Korrespondenz aus Sydney, 22. März, also aus der Zeit der sich vorbereitenden Wahlen. Es ist ein Bild schwarz in Schwarz und zwar wirkt es dadurch besonders trübe, daß jener

Korrespondent alle die Einzelstaaten der australischen Föderation durchgeht, um überall zu dem gleich trostlosen Ergebnis zu gelangen, daß politischer Wille und politische Arbeit nur bei der Kombination der „Labour Party" und der Sozialisten zu finden sei. In Neu-Südwales hatten der Marineminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten den Sieg dieser Koalition vorbereitet. An einer Reihe geradezu erstaunlicher Beispiele wird die Tyrannei dargetan, die von dieser organisierten Minorität ausgeht, die u. a. bemüht ist, mit allen Mitteln fremde Schiffe aus den australischen Häfen zu verdrängen, keine weiteren Einwanderer zuzulassen und alle Arbeitsunternehmungen zu verstaatlichen. „Der Gedanke, der der sozialistischen Agitation zugrunde liegt, ist, sich alles vom Staat liefern zu lassen und ihm nichts dagegen zu bieten." Der Schluß, zu dem der Korrespondent gelangt, ist, daß Australien niemals einen Platz in der Gemeinschaft der Staaten werde behaupten können, so lange es von diesem sozialistischen Element zersetzt werde.

Das ist gewiß richtig und wird ohne allen Zweifel auch auf die Beziehungen zwischen Mutterland und Kolonie zurückwirken, namentlich aber dahin führen, daß Australien die Opfer nicht bringen wird, die das Chamberlainsche Programm dem Greater Britain zumutet. Die englischen Zeitungen haben uns jetzt auch die Porträtgalerie der neuen australischen Minister gebracht. Da ist zuerst Mr. J. C. Watson, der Ministerpräsident, seines Zeichens Schriftsetzer aus Neu-Südwales, 1894 Mitglied der heimatlichen Legislatur, dann Präsident des Handels- und Arbeiterrats in Sydney und heute der erste Mann des Commonwealth von Australien und durchaus ein „Gentleman". Der Minister des Auswärtigen Mr. Hughes ist Schneider von Beruf, der Minister der Landesverteidigung A. Pawson ehemaliger Minenarbeiter, der Vizepräsident des Exekutivrats Mac Gregor war Schafhirt usw. Ein studierter Mann ist der Justizminister Higgins, früherer Advokat, vielleicht auch der Minister der Posten Mahon, der früher Journalist war. Alles in allem gibt das auch für Optimisten keine sehr vertrauenerweckende Perspektive, und wir verstehen es wohl, wenn man in England darüber den Kopf schüttelt.

Von einem weiteren Gesichtswinkel aus betrachtet, kann die Tatsache jedoch nur als erfreulich bezeichnet werden. Für eine Probe auf die Kulturkraft und Leistungsfähigkeit des Sozialismus liegen

die Verhältnisse in Australien günstiger als in Frankreich, dem doch immer noch eine Last alter Kultur den Nacken drückt und das mit der Tatsache rechnen muß, daß es Kulturvölker zu Nachbarn hat. In Australien gibt es keine „verrohten Kriegsknechte" und keine Vorurteile, weder Adel noch Hierarchie noch Privilegien, nur mit der Privatproduktion und dem Großkapital ist aufzuräumen, und das dürfte, wenn nicht Gewalt gegen Gewalt gesetzt wird, bald geschehen sein. Jedenfalls bietet sich die Gelegenheit, den regierenden Sozialismus an der Arbeit zu sehen, und wir sind gespannt darauf, die „Glückseligkeit" zu studieren, die sich als Resultate der Verwirklichung aller höchsten Ideale des Sozialismus ergeben wird.

Inzwischen haben sich wichtige Dinge im fernen Osten ereignet. Das erste war, daß am 27. April der „Regierungsanzeiger" in Petersburg ein Zirkular des Grafen Lambsdorff an die russischen Vertreter im Auslande veröffentlichte, das nicht nur für den Augenblick mit größter Entschiedenheit jede fremde Vermittlung ablehnte, sondern auch für die Zukunft derartigen Bestrebungen das Feld verlegte. „Nach dem treulosen Überfalle Japans, das Rußland zwang, zu den Waffen zu greifen, kann keinerlei friedliche Vermittlung Erfolg haben. Ebensowenig wird auch die Kaiserliche Regierung die Intervention irgendwelcher Macht bei den unmittelbaren Verhandlungen zulassen, die zwischen Rußland und Japan nach Beendigung der Kriegsoperationen zur Festsetzung der Friedensbedingungen erfolgen werden."

Diese Kundgebung ist um so bedeutsamer, als das offizielle Frankreich durch seine offiziösen Organe, die englisch-französische Entente dadurch vor der öffentlichen Meinung Rußlands zu rechtfertigen unternahm, daß erst jetzt der Boden für eine Vermittlung zwischen den kriegführenden Mächten gefunden worden sei. Aber diese Auslegung hat nur geringen Beifall gefunden. Der „Temps" fand in einem gelegentlichen Korrespondenten der „Nowoje Wremja", der „Realpolitiker" zeichnet, einen unerbittlichen Kritiker, der jetzt zum zweiten Male seinen Skeptizismus gegen die französischen Freunde spielen läßt. Fast unsere ganze Presse, schreibt er, hat in der Atmosphäre der russisch-französischen Beziehungen einen kalten Hauch gespürt. Er könne auf keine Weise dahinterkommen, welche russischen Interessen durch diese englisch-französische Verständigung

gefördert worden seien. Vielmehr habe nur Japan Nutzen davon. Das Übereinkommen bestimme, daß ein Eingreifen Chinas in den Krieg weder für Frankreich noch für England nach der russischen bezw. japanischen Seite den casus foederis ergebe, d. h. wenn China für Japan gegen Rußland eingreife, solle Frankreich nicht verpflichtet sein, Rußland zu helfen, und umgekehrt England nicht gebunden sein, Japan zu unterstützen, wenn China sich auf die Seite Rußlands schlagen sollte. Nun gehöre das letztere aber zu den Eventualitäten, die gewiß nicht denkbar seien, und daraus folge, daß Japan völlig freie Hand in China bekommen habe. Wenn die chinesisch-japanische Allianz noch nicht ins Leben getreten sei, liege das gewiß nicht an dem englisch-französischen Abkommen. Die beabsichtigte Vermittlung aber hätte erst recht nur den Japanern Vorteil gebracht, und wenn, wie beabsichtigt scheine, der status quo ante hergestellt werden sollte, d. h. Rußland in der Mandschurei die Stellung behauptete, die es vor dem Kriege einnahm, und Japan zu seinen Kriegslorbeern noch seine Stellung in Korea garantiert erhalte, mithin einen Gewinn, an den vor Ausbruch des Krieges nicht zu denken war, so sei das in der Tat ein sauberer Dienst, den Frankreich dem russischen Freunde erweise.

Mit noch größerer Entschiedenheit weist der Realpolitiker eine Annäherung Rußlands an England zurück. Eine russische Initiative nach dieser Richtung hin würde schlimmer sein als ein Gang nach Kanossa. „Das hieße nach all dem zahllosen Schaden, den uns England allein im vorigen Jahrhundert zugefügt hat, und den wir überall spüren, wo englische Hände sich mit unseren Angelegenheiten befassen demütig um Gnade bitten, ohne daß wir in Anbetracht des englischen Nationalcharakters die geringste Aussicht hätten, dadurch etwas zu erreichen. Schon bei den ersten Andeutungen, die auf die Möglichkeit einer russisch-englischen Verständigung hinwiesen, haben die Engländer sich beeilt, uns zu erwidern, daß sie bereit wären, mit sich reden zu lassen, wenn wir dem Rechte entsagen, einen Ausgang zum Großen Ozean und zum Persischen Golf zu suchen. Vom Ausgange aus dem Schwarzen Meere aber, den englische Hände uns gesperrt haben, schwiegen sie klüglich. Das alles macht es uns sehr wenig anziehend, uns in den Traum von einer russisch-englischen Verständigung zu vertiefen."

Deutlicher läßt sich nach beiden Seiten hin die Absage kaum geben. Aber wir wollen nicht übersehen, daß in demselben Blatt auch die entgegengesetzte Tendenz Ausdruck findet und daß gerade in letzter Zeit wieder gelegentlich recht rohe Ausfälle des alten Deutschenhasses der „Nowoje Wremja" laut geworden sind. Es wäre ja auch Torheit, zu erwarten, daß eine durch ein Menschenalter genährte Feindseligkeit über Nacht schwinden sollte. Wir wollen auf die russische Generation warten, die in anderen Traditionen heranwächst.

Inzwischen haben die Operationen des Landkrieges begonnen und der Anfang ist für Rußland unglücklich gewesen. Die Japaner haben den Yalu überschritten und die Russen aus all den befestigten Positionen verdrängt, die sie am rechten Ufer des Flusses sorgfältig angelegt hatten, um den Vormarsch der Japaner aufzuhalten. Entschieden ist damit freilich noch gar nichts. Im wesentlichen hat Rußland in den achtzig und einigen Tagen, die seit Beginn des Krieges hingegangen sind, nur ein großes Aufmarschmanöver vollzogen. Das Gros des Heeres ist in der Gegend von Mukden konzentriert und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß dort, oder doch mehr zu Mukden als zur Küste hin, die entscheidenden Kämpfe stattfinden werden. Aber allerdings nicht zu berechnen ist die Wirkung, welche die ersten japanischen Erfolge auf China ausüben werden. Die fremdenfeindliche Bewegung ist entschieden in der Zunahme. Vor kurzem brachte ein Korrespondent des „Lokal-Anzeigers" die Nachricht, daß in Japan davon geredet werde, daß nach Niederwerfung Rußlands der nächste Angriff sich gegen Kiautschau werde richten müssen. Das scheint uns etwas voreilig und sehr unvorsichtig räsonniert, mag aber als Symptom der Ideen gelten, die den Chinesen als Köder hingeworfen werden. Jedenfalls würde der Anschluß Chinas an Japan eine neue Phase in der politischen wie in der militärischen Geschichte des Krieges bedeuten, welche die allermerkwürdigsten Überraschungen nach sich ziehen könnte.

In Südwestafrika haben wir, wie sich niemand mehr verhehlt, einen ernsten, an Opfern reichen Krieg vor uns. Wir wünschen und hoffen, daß dabei diejenigen Stimmen durchdringen, die ihn auch in großem Stil geführt wissen wollen und neben den Bedürfnissen des Augenblicks auch die Erfordernisse der Zukunft ins Auge fassen.

5. Mai. Admiral Alexejew verläßt Port Arthur.
6. Mai. Beginn der Landung japanischer Truppen auf Liaotung.
7. Mai. Tagesbefehl des Generals Stößel.
8. Mai. Deutschland akzeptiert eine bulgarische Agentur in Berlin.
9. Mai. Die Japaner schneiden die Landverbindungen Port Arthurs ab.

11. Mai 1904.

Die „Nowoje Wremja" vom 6. Mai bringt wieder eine der boshaft geistreichen Karikaturen von Ssokolowski. Diesmal sieht man die typische Figur von John Bull, der mit aufgestreiften Hemdsärmeln vor einer Schale mit Wasser steht, im Begriff, sich die blutigen Hände und die blutbespritzten Kleider zu reinigen. Am Boden ein blutiges Messer und Blutflecken, an denen mit gesträubtem Fell ein Hund schnuppert. Darunter die Legende: England und Tibet. „Ihr werdet ja sehen, es bleibt auch nicht ein Fleckchen übrig!"

Man wird in dieser Zeichnung eine Antwort auf die Agitation erkennen, welche allen politischen Realitäten zum Hohn heute auf eine englisch-russische Entente nach Muster der englisch-französischen hinarbeitet. Daran ist, so wie die Verhältnisse im Augenblick liegen, nicht zu denken, da man in Rußland den japanischen Vorstoß nur als den einer englischen Avantgarde betrachtet und es zugleich sehr übel vermerkt, daß sich England seine Ziele in Tibet weiter gesteckt hat, seit die Nachrichten von den russischen Mißerfolgen am Yalu eingelaufen sind. Man ist eben entschlossen, die günstige Stunde zu nützen und glaubt Zeit zu haben.

Nun ist es ja richtig, daß Japan bisher mit außerordentlichem Glück, mit großer Umsicht und bewunderungswürdiger Tapferkeit vorgegangen ist. Die Forcierung der Yalulinie und der schnelle Vormarsch nach Norden, die Umschließung Port Arthurs und die Lähmung des im Hafen eingeschlossenen Teils der Flotte sind überraschende Anfangserfolge, wie sie wohl niemand erwartet hat. Die Japaner sind in jeder Hinsicht besser auf den Krieg vorbereitet gewesen und

haben die Vorteile, die ihnen ihre geographische Lage bot, mit Energie zu nützen verstanden. Sie haben sich zudem durch ihr Geschütz den Russen, die französische Kanonen führen, überlegen gezeigt, kurz: alle Vorteile waren für den Augenblick auf ihrer Seite. Auch hat sich ihre Infanterie vortrefflich geschlagen. Man war auf den ersten Zusammenstoß der Japaner mit Europäern überall höchst gespannt und wird jetzt zugeben, daß sie ihren Mann stehen können.

Dennoch scheint uns damit noch keine Prognose für den weiteren Verlauf des Krieges gegeben. Japan hat mit den in Ostasien stehenden russischen Truppen zu tun gehabt, die sich zu nicht geringem Teil aus der einheimischen Bevölkerung rekrutieren und den russischen Kernregimentern doch nicht gleichgestellt werden können. Dazu kommt, daß in allen Kriegen, die Rußland in den letzten hundert Jahren geführt hat — und wir könnten noch weitere hundert Jahre zurückgreifen —, zu Anfang von der russischen Heeresleitung weder die ausreichende Zahl von Truppen ins Feld geführt worden ist, noch auch die anderen Vorbereitungen genügten. Die Schwierigkeiten des Aufmarsches auf der ungeheueren Strecke, die durch die eingleisige sibirische und mandschurische Bahn zu bewältigen waren, das Hindernis, das der Baikalsee bot, endlich Nachlässigkeiten in der Verpflegung, wie sie gleichfalls bei allen russischen Feldzügen typisch gewesen sind, das alles hat den Japanern ihre Aufgabe wesentlich erleichtert. Wenn man in Rußland den Japanern einen Vorwurf daraus macht, daß sie den ihnen günstigsten Augenblick gewählt haben, so ist das sicher unbillig. Seit feststand, daß die Machtansprüche beider Gegner sich auf dem Wege friedlicher Verständigung nicht mehr ausgleichen ließen, mußte diese Wendung erwartet werden, und im Grunde hat man sie auch erwartet. Der entscheidende Grund für Japan, nicht länger zu zögern, lag in der Gewißheit, die es sich durch ein offenbar meisterhaftes System des Erkundigungswesens darüber verschafft hatte, daß die Angaben über die Zahl der im fernen Osten kriegsbereiten russischen Truppen wohl um das Doppelte übertrieben waren. Aber es ist auch möglich, daß die seit langer Zeit angebahnten Bemühungen um eine Annäherung Englands an Frankreich sehr wesentlich mitgewirkt haben. Daß die russisch-französische Allianz nicht nach Ostasien hinüberzureichen *brauche*, ergab sich schon aus dem Wortlaut des Vertragsinstruments vom 16. März 1902: daß sie nicht hinüber-

reichen werde, zeigten die Verhandlungen über die entente anglo-française, deren Programm der Pariser Korrespondent der „Times" bereits am 27. Mai 1903 entwickelt hat. Die Japaner hätten politisch blind sein müssen, wenn sie die Folgen dieser Abwendung Frankreichs von den alten Bahnen seiner Politik nicht vorhergesehen hätten, zumal die von der französischen Regierung begünstigte Beteiligung des französischen Kapitals an der japanischen Anleihe, die in England negoziiert wurde, doch einen nicht mißverständlichen Anhalt bot. Sie konnten mit gedecktem Rücken in den Krieg ziehen und hatten nebenher den weiteren Vorteil, daß unter keinen Umständen die nationale Erregung der Chinesen sich gegen sie wenden konnte. Das erklärt wohl die Zuversicht, mit der sie in den Kampf gingen, während in Rußland in der Tat die Plötzlichkeit des Angriffs eine begreifliche Bestürzung in den Kreisen hervorrufen mußte, welche über die Unfertigkeit der unerläßlichen Vorbereitungen wohl unterrichtet waren.

Aber, wie wir schon vor acht Tagen ausführten, diese ersten japanischen Erfolge bedeuten noch in keiner Hinsicht eine Entscheidung. Vielmehr würde selbst die Räumung von Niutschwang und Mukden, die nicht unwahrscheinlich geworden ist, nur zeigen, daß der General Kuropatkin seine Kräfte zu einem großen Schlage zusammenfassen will. Wir gehen aber in unserem Optimismus in Beurteilung der militärischen Lage Rußlands noch weiter und meinen, daß selbst, wenn es Japan gelingen sollte, bis nach Charbin vorzudringen, damit noch nichts Endgültiges gewonnen wäre, ja daß eine dauernde Verdrängung Rußlands von den Küsten des großen Ozeans sich überhaupt als unmöglich erweisen wird. Das Gewicht der Kontinentalmacht wird die Insulaner, die an eine dauernde Okkupation der Mandschurei nicht denken können, über kurz oder lang ins Meer zurückwerfen. Sollte aber in den Absichten Japans liegen, die Mandschurei der Hut Chinas zurückzugeben, so kann auch das, nach all dem russischen Blut, das auf diesem Boden vergossen ist, nur ein Interimistikum von nicht allzu langer Dauer sein. Allerdings, wir schreiben das nicht ohne Vorbehalt. Die Voraussetzung ist, daß Rußland die finanziellen und wirtschaftlichen Lasten des Krieges so lange tragen kann, bis es sein Ziel, die Zurückdrängung Japans nach Korea und aus Korea, erreicht, und daß zweitens im europäischen Rußland

keine revolutionären Bewegungen zum Ausbruch kommen. Was das erste betrifft, so gilt eine Anleihe von 800 oder gar von 1000 Millionen Francs in Frankreich für gesichert, und damit wäre bis auf weiteres für die Hauptsache gesorgt. Was aber die revolutionäre Agitation betrifft, so kann sie nicht auf Erfolg rechnen, so lange das Heer sich als zuverlässiges Werkzeug zeigt. Nun steht zwar fest, daß auch in der Armee die revolutionäre Propaganda ihre Nester hat, aber es hat noch kein Beispiel gegeben, daß ein Regiment versagt hätte; wo Gehorsamsverweigerungen stattgefunden haben, sind es immer nur kleine Gruppen oder einzelne Persönlichkeiten gewesen.

Daß aber das heutige, jede Reform ablehnende Verhalten der Politik Plehwe sich auf die Dauer wird behaupten lassen, glauben wir nicht, denn diese Politik ist nur ein Teil des von Alexander III. vertretenen Systems, dem doch vor allem die Schuld an dem gegenwärtigen Kriege und an seinen ungünstigen Anfängen zuzuschreiben ist. Die nationalistische Richtung einerseits, die Rußland einer langen Reihe tüchtiger Kräfte beraubt hat, und die überhastete Expansionspolitik andererseits, welche die elementare, zwar langsam, aber sicher fortschreitende Bewegung nach Osten so beschleunigte, daß die nachdringende Bevölkerung nicht Schritt halten konnte, und die sibirische Bahn daher ihren Weg durch zum bei weitem größten Teil wüstes oder doch unbewohntes Land nehmen mußte, die haben, kombiniert mit der ängstlichen Zurückdrängung der berechtigten Bestrebungen der Semstwos, größeren Anteil an der Verwaltung ihrer Gebiete zu erlangen, die Schäden verschuldet, die bisher im Laufe des Krieges zutage getreten sind. Auch nach einem für Rußland günstigen Abschluß bleibt als Rückschlag eine Steigerung der wirtschaftlichen Lasten, die mit den Mitteln nicht wird überwunden werden können, die seit 1881 als die allein legalen gelten. Wer, wie wir es tun, ein gesundes Rußland wünscht, wird daher mit den Reformen sympathisieren, die, im Unterschied von den von außen her drängenden revolutionären Elementen, auf dem Wege erweiterter Selbstverwaltungsrechte und stärkerer Kontrolle der Regierungsorgane oder anders gesagt, durch Schwächung des rein bureaukratischen Charakters aller staatlichen Lebensäußerungen, die Nation zu höherer wirtschaftlicher und intellektueller Reife zu erziehen bestrebt sind.

Auch darf man mit aller Bestimmtheit sagen, daß die russische Presse heute die öffentliche Meinung der Nation nicht zu richtigem Ausdruck bringt. Aus ihr spricht die panslavistische bez. slavophile Tendenz, die im wesentlichen von der Nation als solcher nicht geteilt wird. Der Russe an sich ist weder national noch religiös ein Verfolger, er ist auch kein Chauvinist, und deshalb können wir uns sehr wohl denken, daß wenn einmal in den leitenden Kreisen eine Wandlung eintritt, etwa Witte an die Stelle von Plehwe treten und Pobedonoszew seine unheilvolle Rolle ausgespielt haben sollte, auch eine Periode gesunder und kraftvoller Entwickelung beginnt.

Aber zunächst gilt es, den Krieg in Ehren zum Abschluß zu bringen — wenn nicht anders auch durch einen Kompromiß zwischen Rußland und Japan, ohne fremde Vermittelung, aus der eigenen Initiative beider Mächte. Japan hat allen Grund, den Bogen nicht zu stark anzuspannen. Abgesehen von den Gründen, die, wie wir ausführten, einen schließlichen Erfolg Rußlands höchst wahrscheinlich machen, müßte in Tokio die Erwägung mitspielen, daß der englische Bundesgenosse von heute im Grunde der eigentliche Konkurrent Japans im Stillen Ozean ist, und daß bei der nüchternden Art Englands, politische Probleme anzufassen, diese Tatsache auch in der Haltung der englischen Regierung ihren Ausdruck finden könnte. Namentlich erscheint es uns als ausgeschlossen, daß England eine Ausdehnung des Krieges durch den Anschluß Chinas an Japan gleichgültig ansehen werde.

Das alles mag noch fern liegen, gehört aber zu den Wahrscheinlichkeiten der Zukunft, und auch für Rußland ist die Frage von Bedeutung, ob einem zwar höchst wahrscheinlichen endlichen Erfolge, der aber ebenso wahrscheinlich noch große Opfer kosten werde, nicht ein Ausgleich vorzuziehen wäre. Wir glauben auf Grund von Mitteilungen, die uns privatim zugegangen sind, mit der Annahme nicht zu irren, daß damit der unermeßlichen Mehrheit der Russen der allerlebendigste Wunsch in Erfüllung gehen werde.

Was in den letzten acht Tagen in England, Frankreich und Italien an politischen Kundgebungen stattgefunden hat, erregt bei uns nur geringes Interesse. Es sind meist große Worte, die zwar keine sehr freundschaftliche Stimmung zeigen, aber es sind eben nur Worte, und uns will scheinen, daß wir in aller Ruhe abwarten können, wie

weit man imstande ist, sie in Taten umzusetzen. Zunächst beteuert man ja in allen Zungen, daß alles, was geschehen sei, nur neue Friedensgarantien geschaffen habe: die französisch-englische Entente, die jedoch immer mehr in den Kommentaren gewisser Blätter den Charakter einer Allianz anzunehmen beginnt, wie die französisch-italienische Verbrüderung und die türkisch-bulgarische Verständigung. Wenn dabei die Parole ausgegeben wird, zugleich von der Isolierung Deutschlands zu reden, so können wir uns das gefallen lassen. Das Schlagwort ist abgebraucht und macht uns keine Sorgen, zumal eine Macht wie Deutschland, wenn es ihr darum zu tun ist, stets Alliierte findet.

Unsere besten Alliierten aber sind unsere Armee und unsere Flotte und die hinter beiden stehende Nation von 60 Millionen Köpfen, die sich nicht durch Worte, und wenn sie noch so groß klingen, einschüchtern läßt. Was wir bedauern, ist, daß ein Teil unserer Presse sich darin gefällt, unsere politische Lage nach innen wie nach außen als gefährdet darzustellen. Aber das ist ebenso kläglich wie jenes Herfallen über unser Offizierkorps, in welchem eben diese Organe sich überbieten.

Wie ein deutscher Offizier seine Pflicht erfüllt bis in den Tod, das hat jüngst in geradezu erhebender Weise der Brief des inzwischen an seinen Wunden erlegenen Leutnants v. Rosenberg gezeigt, den die Nr. 54 des „Militär-Wochenblattes" wiedergegeben hat. Wenn Blätter wie der „Vorwärts", die in Verunglimpfung unseres Offizierkorps mit dem „Simplizissimus" wetteifern, sich noch ein Stück nationaler Würde gerettet haben, wäre es ihre Pflicht, diesen Brief in extenso abzudrucken und damit gutzumachen, was sie an der Ehre des deutschen Volkes, von dem unsere Offiziere ein bester Teil sind, gesündigt haben.

Aber wir fürchten, daß dieser Appell ohne jede Wirkung verhallt, weil ihnen der Mut fehlt, sittliche Größe da anzuerkennen, wo ihr Vorurteil und ihre Verblendung nichts anderes sehen will, als Verkommenheit.

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Reichshaushaltsetat sind diese Fragen am 9. im Reichstage ausführlich behandelt worden und neben dem unversöhnlichen Gegensatz, in welchen sich unsere sozialdemokratische Partei zu allen Machtinteressen des

Reiches stellt, sind uns wiederum die alten Anschuldigungen entgegen getreten, die sich als Folgeerscheinung der Geistesrichtung ergeben, die überall an den eigenen Landsleuten die Schwächen und Menschlichkeiten herauszufinden und grell zu beleuchten bemüht ist, während sie für die angeblich geschädigten Gegner und Feinde des Reiches ein Füllhorn von Nachsicht und Gnade bereit hat. Mit dieser Weltanschauung in ruhige und sachliche Verhandlung zu treten, ist vergebliches Liebesmühen. Sie operiert mit Pathos und Brusttönen und setzt sich über Tatsachen hinweg, die ihr unbequem sind. Das ist nun einmal das Bild, das uns jede derartige Verhandlung entrollt, und die Wiedergabe der Debatten in den Organen der Partei ist so angelegt, daß sie der großen Masse der Leser den Eindruck erwecken muß, der Schwerpunkt und das eigentliche Gewicht dessen, was gesagt worden sei, ruhe in den Reden der sozialdemokratischen Führer. Aber diese auf naive Selbstgefälligkeit zurückzuführende Taktik — wir wählen die günstigste Erklärung — bedeutet nicht nur eine Schädigung im Hinblick auf die Verwirrung, welche im Urteil der sozialdemokratischen Leser entstehen muß, sie schädigt auch nach außen hin, indem sie unseren Gegnern im Auslande Argumente in die Hand spielt, die zwar an sich wertlos sind, für jene aber den Vorzug haben, daß sie den englischen, französischen, russischen Lesern als Selbsterzeugnisse der Deutschen über ihre eigenen Zustände vorgeführt werden können. Herr Bebel hat der Welt wieder einmal verkündet, daß Deutschland völlig isoliert sei und daraus auf eine für uns bestehende Gefahr argumentiert, andererseits aber der deutschen Politik Schuld an den Rüstungen gegeben, die in aller Welt gemacht werden! Und das zu einer Zeit, da, wie wir unzählige Male gezeigt, eine internationale Preßverschwörung dahin arbeitet, die Vorstellung zu erwecken, daß alles Unheil in aller Welt von Deutschland ausgehe, und daß Deutschland deshalb klein gemacht werden müsse. Daß Graf Bülow auf die 33jährige Friedenspolitik des Reiches, die doch ein unwiderlegliches Argument für die irenische Richtung unserer staatlichen Entwickelung biete, hinweisen mußte, ist gewiß beschämend, aber für Herrn Bebel beweisen die Tatsachen nichts. Er lebt in den Phantasmen, die er sich selbst konstruiert, und von ihm geht die Suggestion auf die Partei über. Wir empfehlen ihm den jüngsten Artikel der Zeitung „Ruß", welche mit seinen Argumenten für eine

Weltkoalition gegen Deutschland plaidiert. Die wirkliche ernste Gefahr für das Deutsche Reich, und damit doch auch für Herrn Bebel und seine Genossen, würde aber in dem Moment eintreten, wo die deutsche Nation sich zu der auswärtigen Politik der Sozialdemokratie bekehren wollte. Davor aber wird uns trotz allem der gesunde Sinn der Nation bewahren, nach außen aber wird unser deutscher Friede sich behaupten lassen, so lange der Respekt währt vor der Schärfe des deutschen Schwertes. Und dieser Respekt ist gottlob noch ungemindert vorhanden.

11. Mai. Französisch-italienisches Abkommen über die beiderseitigen Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeiter.
12. Mai. Die Russen räumen Antschwang. Gefecht bei Antschu. Untergang eines japanischen Torpedobootes.
14. Mai. Zusammenkunft zwischen dem Könige von Serbien und dem Fürsten von Bulgarien in Rilo.
18. Mai. Landung japanischer Truppen bei Kaiping.

18. Mai 1904.

Das Material neuer Tatsachen, mit denen wir abzurechnen haben, ist außerordentlich gering. Der Krieg im fernen Osten geht seinen Gang weiter. Vor dem kühnen, man möchte mitunter fast sagen tollkühnen Vordringen der Japaner gegen die Hauptstellung der Russen ziehen die letzteren sich langsam zurück. Wo Zusammenstöße erfolgen, sehen wir die Japaner stets in der Übermacht, und nach hartnäckigem Widerstande weichen die Russen. Offenbar bereitet sich eine ernste große Entscheidung vor. Port Arthur ist zu Wasser und zu Lande umschlossen, und die Japaner sollen gar den unerhört kühnen Versuch gemacht haben, in den Hafen des Feindes einzudringen und Port Arthur, dessen Geschütze nach außen gerichtet sind, vom Zentrum des Hafens aus bedrängen. Die erstaunliche Nachricht schien durch ein Reutersches Telegramm bestätigt zu werden, das von der Vernichtung eines japanischen Kreuzers innerhalb des Hafens, durch den auf einer Schaluppe glücklich durchgeführten Angriff eines russischen Seekadetten zu erzählen weiß. Es steht aber schon jetzt fest, daß auch diese Meldung der englischen Telegraphenagentur nichts anderes ist, als eine der zahllos umlaufenden Lügennachrichten, durch welche die Wißbegierde der nach Sensationen lechzenden Korrespondenten sich schon so oft hat narren lassen. Auch das gehört zur Charakteristik der Zeitgeschichte! Nicht erlogen sind die mit großer Kühnheit durchgeführten Angriffe einer Abteilung Kosaken, die im Rücken der japanischen Armee bis ins Herz von Korea nach Antschu auf der Straße nach Söul hin schon Mitte

voriger Woche vorgedrungen waren. An Todesmut fehlt es gewiß weder auf der einen noch auf der anderen Seite. Aber mehr als je sind die Augen der Welt auf den General Kuropatkin gerichtet, in dessen Hände Rußland die Verteidigung und Behauptung seiner wichtigen Vorpostenstellung in Ostasien gelegt hat. Charakteristisch ist aber, daß man in Rußland an der Vorstellung festhält, daß, was jetzt vor sich geht, nur eine Einleitungskampagne bedeutet. Die Anlage eines zweiten Gleises auf der sibirischen Bahn scheint bereits beschlossene Sache zu sein, und Fürst Chilkow, dem bekanntlich das Ministerium der Wegeverbindungen unterstellt ist, soll versprochen haben, in 18 Monaten das Werk zum Abschluß zu bringen. Daß aber Chilkow Wort hält, kann bei der bekannten Energie des Mannes kaum bezweifelt werden. Aber welch trostlose Perspektive, wenn der Krieg wirklich so lange währen sollte? Es ist nicht nur im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Geld und Nationalvermögen, daß wir eine frühere Entscheidung erhoffen, sondern auch in Berücksichtigung der Gefährdung des allgemeinen Friedens, welche im Zusammenhange mit den Ereignissen des fernen Ostens allezeit droht. Man scheint das auch sowohl in Rußland wie in Japan zu empfinden.

Als jüngst der „Temps", dessen merkwürdige Haltung zu beleuchten wir mehrfach Gelegenheit genommen haben, der englischen Regierung den Rat erteilte, jetzt die Lösung der mazedonischen Frage in ihre Hand zu nehmen, antworteten die „Birshewyja Wjedomosti" (russische Börsenzeitung), die meist wohl informiert zu sein pflegen, darauf mit folgender Zurechtweisung: „Welche Gelegenheit die Diplomatie, nach Ansicht des französischen Offiziosus, wahrnehmen soll, und welche Rolle dabei England zugewiesen wird, ist nicht schwer zu erraten. Was jedoch allen in die Augen springt und in Rußland viele zum Nachdenken nötigen wird, ist die Tatsache, daß das Organ des französischen Ministeriums den schlimmsten Feinden des französisch-russischen Bündnisses in die Hand spielt, indem es die Fragen des nahen Orients in den Vordergrund zu rücken bemüht ist und das in einem Augenblicke, da mit Rußland die gesamte zivilisierte Welt Nachrichten aus Liaojan und Mukden erwartet." Der Eindruck, den das russische Blatt gewonnen hat, wird wohl noch gesteigert werden durch die Rede, in welcher Doumer die Politik Herrn Delcassés als gegen die alliance-franco-russe gerichtet,

angreift. Die Energie, mit welcher der frühere Statthalter von Indo-China für volle Erhaltung der Bundespflichten gegen Rußland eintritt, beweist, daß er an eine Vernachläſſigung und Verletzung dieſer Pflichten durch das gegenwärtige franzöſiſche Miniſterium glaubt. Er iſt eben ein Gegner von Delcaſſé und einer der Anwärter auf ſein Erbe. Wie Doumer aber denken viele Franzoſen, ſonſt wäre er mit ſeinem Angriff nicht vor die Öffentlichkeit getreten. Gewiß denkt auch der Oberſt Marchand ſo, deſſen Demiſſionsgeſuch Herr André eben angenommen hat und der ſo recht als ein Märtyrer der alliance — ſo wie ſie früher verſtanden wurde — betrachtet werden kann. Die außerordentlich hohe Summe — man ſpricht von zwei Millionen und mehr — welche die Unterbringung der neuen ruſſiſchen Anleihe gekoſtet hat, iſt ein weiteres Symptom der neuen Orientierung des offiziellen Frankreich und der von ihm abhängigen Kreiſe, und ebendahin möchten wir eine Ausführung ſetzen, die Anatole Leroy Beaulieu jüngſt im „Journal des Débats" veröffentlicht hat, deſſen Beziehungen zum Quai d'Orſay gleichfalls kein Geheimnis ſind. Den Anlaß zu ſeinen wie ſtets gedankenreichen Betrachtungen hat Leroy Beaulieu in dem bekannten Pamphlet von René Henry: Questions d'Autriche-Hongrie et Question d'Orient und in dem eben erſchienenen Buch von Georges Weil: le Pangermanisme en Autriche gefunden. Es iſt unter Hinweis auf die Tatſache, daß der Pangermanismus nicht ſtark genug ſei, um Öſterreich zu abſorbieren, eine captatio benevolentiae: die beginnende Kampagne, um Öſterreich-Ungarn von der Verbindung mit Deutſchland zu löſen und es für den Gedanken eines Anſchluſſes an die neue engliſch-franzöſiſche Kombination zu gewinnen. Nun iſt dabei von den öſterreichiſch-ungariſchen Beziehungen zu Rußland ſo gut wie gar nicht die Rede, wohl aber vom Deutſchen — dem Niémetz — als ewigem Feinde der Slaven. Es wird die beruhigende Verſicherung gegeben, daß Frankreich eine Auflöſung der habsburgiſchen Monarchie nicht wünſche, und unter der Hand zu verſtehen gegeben, daß, wenn der „Pangermanismus" auch zu ſchwach ſei, ſeine mörderiſchen Pläne auszuführen, er ſie doch in bitterem Slavenhaß hege.

Für den kundigen Leſer aber genügt der Hinweis auf das Henryſche Buch, um zu verſtehen, daß im Hintergrunde die franzöſiſch-engliſche Orientpolitik ſteckt und daß die Unterſtützung derſelben

der Preis sein soll, für den nicht nur Schutz gegen die fiktive deutsche Gefahr, sondern auch gegen die Anziehungskraft geboten werden könnte, die der russische Nachbar auf die österreichisch-ungarischen Slaven ausübt. Übersehen wird dabei freilich, daß das Abkommen von 1897 eines der Fundamente der Wiener Politik ist und daß Kaiser Franz Josef erst vor wenigen Tagen das Festhalten der Monarchie am Dreibunde auf das allernachdrücklichste betont hat. Ein Anschluß Österreich-Ungarns an die englisch-französische — oder müssen wir sagen an die englisch-französisch-italienische Gruppe? — müßte weit mehr gegen Rußland als gegen uns und schließlich zumeist gegen die Lebensinteressen Österreich-Ungarns selbst gerichtet sein.

Aber wir bedauern, feststellen zu müssen, daß trotz der nicht nur kühl korrekten, sondern freundschaftlichen Haltung, in welcher Deutschland in der gegenwärtigen Krisis Rußland gegenüber von Anfang an beharrte, gerade von seiten der russischen Presse in den letzten acht Tagen wiederum die heftigsten und böswilligsten Ausfälle gegen uns stattgefunden haben. Erst war es die „Ruß", die ganz direkt erklärte, daß nach Beendigung des japanischen Krieges die nächste Aufgabe sein müßte, über uns herzufallen! Aber das ist so fanatisch borniert, daß wir dem weiter keine Bedeutung beimessen. Wichtiger scheint uns eine Ausführung der „Peterburgskija Wjedomosti" vom 14. Mai, die schadenfroh die angebliche Isolierung des Deutschen Reiches feiert und in den erstaunlichen Satz ausmündet, daß der Feldzug gegen die Herero die Stellung Deutschlands als Weltmacht erschüttert habe! Das wäre nur erstaunlich lächerlich, wenn das Blatt sich nicht als Kronzeugen auf einen Artikel des „Deutschen Tageblattes" beriefe. Nun liegt uns dieser Artikel nicht vor, und wir setzen voraus, daß der russische Publizist den Inhalt verkehrt oder doch übertrieben haben wird: das eine aber steht fest, daß der krankhafte Pessimismus, in dem ein Teil unserer Presse sich gefällt, im Auslande als bare Münze angenommen und in bekannter Weise zu direktem und wirksamem Schaden Deutschlands umgeprägt wird. Das sollte doch ernstlich erwogen werden, ehe mit haltlosen Befürchtungen und Mutmaßungen die Öffentlichkeit erschreckt wird. Die erste Pflicht jedes politischen Publizisten ist, sich über die Tatsachen so genau zu in-

formieren, wie ihm irgend möglich ist, und das Mittel dazu bietet ein sorgfältiges Durcharbeiten der parallellaufenden ausländischen Presse. Nicht nur der Zeitungen, sondern, soweit möglich, auch der Journale. Nur so läßt sich ein einigermaßen sicheres Urteil gewinnen, und ganz sicher drängt sich dann eine Einsicht darüber auf, was unser Interesse nicht ist.

Ein Gegeneinanderarbeiten in Fragen der auswärtigen Politik findet in England und Frankreich z. B. nur sehr ausnahmsweise statt: wo es sich um Lebensfragen der Nation handelt, auf englischem Boden niemals. Auch die allererbittertste Opposition macht hier Halt. Dagegen sind alle Teile einig, wenn es sich darum handelt, die Wehrkraft der Nation nach außen hin zu steigern. Man streicht nicht an den Regierungsvorlagen, sondern man fügt ein Plus hinzu, und man jammert nicht, daß die Last zu schwer sei. So ist es noch jüngst in London wie in Paris gewesen, und eben jetzt hat uns Englands Presse in der Art, wie sie den Abbruch des Somalifeldzuges hinnahm und wie sie die Schwierigkeiten der Tibeterpedition beurteilte, in dieser Hinsicht ein leuchtendes Beispiel gegeben. Und wie viel größer waren Kosten und Schwierigkeiten und Menschenopfer, die der Krieg gegen den Mullah volle zwei Jahre hindurch gefordert hat. Von geringeren Verlusten, wie sie durch periodische Aufstände bald in diesem, bald in jenem Teil der angloafrikanischen Besitzungen vorkommen, wird kaum beiläufig Notiz genommen. Greift man gar in frühere Zeiten zurück, etwa bis in die furchtbaren Tage des Aufstandes des Nena Sahib, so steigert sich das Urteil über die Haltung der Nation und der Organe ihrer Öffentlichkeit zu uneingeschränkter Bewunderung. Das macht, sie wissen, daß große Ziele nicht ohne große Opfer zu erreichen sind, und sie sind uns um zweihundert Jahre in ihren Erfahrungen voraus. Daran mag man sich trösten — aber es ist wenig erfreulich, zu beobachten, wie bei jeder Gelegenheit unsere öffentliche Meinung gerade in diejenigen Fehler wieder verfällt, für die sie eben erst hat büßen müssen. Wir wollen nicht exemplifizieren — die Belege dafür liegen auf der Gasse.

Rußland ist am 10. Mai durch einen Anschlag erschreckt worden, der angeblich dahin gerichtet war, ganz Kronstadt in die Luft zu sprengen. Das drohende Unheil sei aber noch rechtzeitig verhindert worden. Um was es sich eigentlich gehandelt hat, geht aus

den kurzen Nachrichten, die bisher an die Öffentlichkeit gedrungen sind, nicht hervor. Man riet zuerst auf eine Teufelei der Japaner wie denn in dieser Hinsicht eine gewisse Nervosität um sich zu greifen scheint , aber das ist bereits aufgegeben, und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß irgend eine Fahrlässigkeit entdeckt worden ist, welche die Munitionsvorräte der Festung bedrohte. Im übrigen ist die Stimmung in Rußland zuversichtlich, und auch die hier und da vorgekommenen sozialistischen Kundgebungen dürfen keine größere Bedeutung beanspruchen. Das bevorstehende Eintreffen des Kaisers in Moskau wird ohne Zweifel diese Zuversicht noch steigern und dem Nachschub von Truppen in den fernen Osten förderlich sein. Daß es auch in diesem Kriege nicht an den Menschlichkeiten fehlt, die als chronisches Leiden mit russischen Feldzügen verbunden zu sein pflegen, hat sich aufs neue bestätigt, wenn auch die darüber im Publikum umlaufenden Gerüchte übertrieben sein werden. Es kann fast als Regel gelten, daß Rußland in seinen Kriegen verhältnismäßig die höchsten Unkosten zu tragen hat, weil so vieles an die unrechte Adresse zu gelangen pflegt. Die russischen Zeitungen selbst liefern dafür recht drastische Belege.

Die Rede des Grafen Goluchowski in den Delegationen hat sich sehr zuversichtlich dahin ausgesprochen, daß der Krieg im fernen Osten lokalisiert bleiben und der Friede auf der Balkanhalbinsel nicht gestört werden würde. Er hat die Stellung Österreich Ungarns im Dreibunde nachdrücklich betont, der völligen Beilegung der kleinen Differenzen gedacht, die ihren Ursprung „im wüsten Treiben gewisser Gelegenheitspolitiker und fanatischer Agitatoren" gehabt hätten, und danach auf die Schädigungen hingewiesen, die der Handel aller Mächte dadurch erleide, daß der Begriff der Kriegskontrebande eine so ungewöhnliche Ausdehnung erhalten habe. Er knüpfte daran die uns sehr sympathische Anregung, im Einvernehmen der Mächte „diesem vielfach empfundenen Übelstande durch gewisse fest zustellende restriktive Normen in Zukunft zu steuern". Das würde ohne Zweifel ein weiterer Schritt zur Humanisierung des Krieges sein, und wir hoffen, daß „der geeignete Zeitpunkt" für gemeinsame Erwägung der Frage nicht allzu fern liegt.

Dagegen hat der vom Grafen Goluchowski gegen die Türkei angeschlagene Ton doch überrascht. Daß er sich mit voller Entschie

denheit dahin ausspricht, daß das Mürzsteger Programm voll durchgeführt werden mußte, läßt sich nur billigen. Aber der Ton der Ausführungen des Grafen war schärfer, als er in analogen Verhältnissen gebraucht zu werden pflegt. Der Hinweis auf eine mögliche, „viel tiefer eingreifende Operation", bei der die Integrität der Türkei Gefahr laufen konnte, schien nicht mehr und nicht weniger als eine immerhin mögliche Abtrennung gewisser Gebiete anzukündigen. Vor der großen europäischen Öffentlichkeit gesagt, bedeutet das mehr als etwa wörtlich dieselben Bemerkungen in einer vom Internuntius der Hohen Pforte überreichten Note. Man wird an den Anlauf erinnert, den Herr Delcassé am 14. November 1903 nahm, als er im „Temps" den „Fortbestand der Türkei" von der strikten Erfüllung des Willens der Mächte in Abhängigkeit stellte und für Frankreich und die übrigen Signaturmächte des Berliner Traktats das Recht in Anspruch nahm, danach zu handeln. Damals kam von Petersburg her eine nicht mißverständliche Abweisung, und von Paris aus ist dann an der Frage offiziös nicht mehr gerührt worden.

Da nun Graf Goluchowski mit außerordentlicher Bestimmtheit sein volles Einvernehmen mit Rußland hervorhebt, müssen wir wohl annehmen, daß man auch in Petersburg für nötig gefunden hat, mit diesen ungewöhnlich strengen und harten Mitteln vorzugehen. Wahrscheinlich liegen dann Tatsachen vor, die der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben wurden, aber ihrer Natur nach ein solches Vorgehen rechtfertigen. In Konstantinopel scheint der Eindruck ein ungeheurer gewesen zu sein. Das Echo finden wir in folgendem Telegramm der „Wolffschen Agentur": „Das von einigen Blättern (es ist uns keines von ihnen zu Gesicht gekommen) gebrachte Gerücht von der Verlegung der Residenz des Sultans nach Brussa ist vollkommen unbegründet." Die Antwort ist ebenso laut wie der Ton der Anfrage. Aber wenn das Ziel dadurch erreicht und die Reformen zu schnellem und glücklichem Abschluß geführt werden, wird sich die Politik des Grafen Goluchowski selbst rechtfertigen.

19. Mai. Untergang zweier japanischer Kriegsschiffe.
20. Mai. Gen. L. v. Trotha schifft sich nach Südwest Afrika ein.
21. Mai. Nisard, französischer Botschafter am Vatikan, verläßt Rom.
22. Mai. Admiral Skrydlow trifft in Wladiwostok ein.

25. Mai 1904.

Auf die Rede des Grafen Goluchowski in der Delegation ist im Unterhaus eine Erklärung des Unterstaatssekretärs Earl Percy gefolgt, die uns namentlich in ihrem die Türkei betreffenden Abschnitt interessiert hat. Er erinnert daran, daß schon Lord Lansdowne gesagt habe, er bedauere, nicht erklären zu können, daß irgend ein erheblicher Erfolg in betreff der Reformen erzielt sei. Er sage nur nicht, daß gar kein Fortschritt stattgefunden habe. Es fehle aber an Berichten darüber, was geschehen sei. England habe die russische und die österreichische Regierung um solche Berichte gebeten und Rußland habe geantwortet, es hoffe in Zukunft sie vorlegen zu können. Die Regierung S. M. glaube berechtigt zu sein, solche Berichte zu fordern. Von einer internationalen Konferenz sei keine Rede, denn die britische Regierung habe sich verpflichtet, das österreichisch-russische Reformschema aufrichtig und loyal zu unterstützen, bis es eine volle und ehrliche Probe bestanden habe." (To give a heartly and loyal support to the Austrian and Russian reform schema until it had had a full and fair trial.)

Der „Standard", der diese Rede sehr eingehend kommentiert, macht darauf aufmerksam, daß die armenischen Unruhen wieder aufzuflammen beginnen und knüpft an die Schlußworte Lord Percys die folgenden Bemerkungen: „Diese Verpflichtung sollte eine gegenseitige sein. Es lag ein charakteristischer Nachdruck darin, als unsere Regierung darüber klagte, daß sie nicht genügend unterrichtet werde und in der Behauptung, daß sie berechtigt sei, Informationen zu verlangen. Verstehen wir diese offizielle Kundgebung recht, so ist bisher noch kein ernstlicher Versuch gemacht worden, dieser Forderung

Genüge zu tun. Das Unterhaus erfuhr bloß, daß die russische Regierung hoffe, in Zukunft Berichte vorlegen zu können. Es ist höchst wünschenswert, daß die Notwendigkeit regelmäßiger Mitteilungen über allen Zweifel gestellt werde. Die Mandate, welche beiden Mächten erteilt wurden, waren bedingt. Großbritannien speziell hat sich das Recht vorbehalten, wirksamere Maßregeln vorzuschlagen, wenn der Mürzsteger Plan fallen sollte. Wir müssen beurteilen können, was notwendig ist, und mit dem Verlauf des Experiments genau bekannt sein." (We must be judges of the need, and keep ourselves accurately acquainted with the course of the experiment.)

Das ist fast genau der Wortlaut, mit dem der „Temps" die Notwendigkeit ankündigte, daß eine Aktion Gesamteuropas das Vorgehen Rußlands und Österreichs ablöse, wie denn überhaupt, weit mehr als an die Oberfläche der Zeitungspolitik zu treten pflegt, die eigentlich treibende Kraft Frankreich ist. In Paris richtet sich die politische Aktion überall dahin, wo Symptome werdender Krisen vorliegen, und eben deshalb wenden sich auch die Blicke der Malkontenten aus aller Herren Länder dahin. Russische Sozialisten, italienische Republikaner, Armenier, Jungtschechen à la Kramarsz (der neulich in den Delegationen das ganze Füllhorn seiner politischen Unvernunft wieder auszuschütten Gelegenheit genommen hat) und endlich alle kleinen und kleinsten Völkerschaften der Balkanhalbinsel. Es ist jetzt Mode geworden, Herrn Delcassé als einen großen Staatsmann zu preisen; das kann man auch bei uns in allen radikalen und sozialistischen Blättern lesen, aber man vergißt dabei, daß zwischen seiner Tätigkeit und der eines großen Staatsmannes doch ein Unterschied ist. Kapazitäten seines Schlages zersetzen, der Staatsmann baut, und wir haben von Herrn Delcassé bisher nur die zersetzende Tätigkeit kennen gelernt. Die Verständigung mit England und Italien aber werden auch die Franzosen erst richtig einschätzen, wenn sie die Probe auf die Resultate gemacht haben werden, die sich daraus ergeben müssen. In Italien ist die nächste Folge der Bruch mit der Kurie gewesen, in betreff Englands werden die Früchte sich in Marokko zeigen, am bedenklichsten aber erscheint uns das Bestreben, das Mürzsteger Programm zu übertrumpfen und dadurch eine Krisis von ganz unberechenbarer Tragweite herauf

zubeschwören. Auch unsere Regierung hat sich zum Mürzsteger Programm bekannt und es redlich unterstützt. Das war, wie die politischen Kombinationen lagen, selbstverständlich und notwendig. Wir persönlich haben in ihnen stets ein Maximum erblickt und an ihrer vollen Durchführbarkeit gezweifelt.

Die ganze Aktion geht, wenn wir richtig sehen, unter falscher Flagge. Sie richtet sich gegen die Mißwirtschaft der Türkei und hat mehr mit der Rivalität der christlichen Bevölkerung, als mit türkischer Indolenz oder mit dem üblen Willen des Großherrn zu kämpfen. Kürzlich brachte die in Sofia erscheinende „Weicherna Poschta" (wie wir den „Peterburgskija Wjedomosti" vom 17. Mai entnehmen) die Wiedergabe einer Unterredung ihres Korrespondenten mit dem österreichisch-ungarischen Zivilagenten Müller in Monastir über die Frage der Durchführbarkeit der Reformen in Mazedonien. „Von allen Klagen und Streitigkeiten, die wir entscheiden müssen — sagte der Agent — tragen 75" „ einen rein religiösen Charakter, und das ist sehr traurig; denn wir sind hierher gekommen, um die Christen gegen Gewalttaten und die Mißwirtschaft der türkischen Regierung zu schützen, nun aber haben wir Streitigkeiten der Christen untereinander beizulegen." Hierin liegt der eigentliche Kern aller Schwierigkeiten, und aller Wahrscheinlichkeit nach wäre die Bevölkerung Mazedoniens weit zufriedener, als sie gegenwärtig ist, wenn die „mazedonische Frage" nicht von den Bulgaren erfunden und danach zu einem Problem der großen Politik aufgebauscht worden wäre. Aber das ist nun einmal geschehen und nicht mehr ungeschehen zu machen. Das Mürzsteger Programm ist möglichst durchzuführen, aber gewiß nicht mit ungeduldigem Drängen und mit Präklusivterminen, wie sie erst von Frankreich und England verlangt worden sind, noch weniger mit Drohungen, wie sie Herr Delcassé durch den „Temps" im vorigen Herbst durch die Frage nach der Möglichkeit einer Koexistenz der Türkei neben zivilisierten Staaten aufwerfen ließ. Reformen in der Türkei haben Aussicht, durchgeführt zu werden, wenn man ausreichend Geduld hat, zu warten, bis die Bevölkerung — die christliche wie die muselmannische — sich in sie hineingewöhnt, und wenn man die Schärfen und Spitzen nachdrücklich gegen die von außen her kommende Agitation richtet.

In der Politik des Drangens und Drohens liegt ein ungeheurer politischer Rechnungsfehler: Die Unterschätzung der Macht des Islam, wir sagen absichtlich nicht „der Türkei", und die Unmöglichkeit, vorherzusehen, zu welchen Entschlüssen die Verzweiflung den Großherrn treiben könnte, wenn er einmal kein anderes Mittel mehr sieht, sich und sein Reich zu erhalten, als einen Kampf auf Leben und Tod. Die militärische Macht der Türkei ist seit 1878 nicht zurückgegangen, sondern gewachsen und man wird sich erinnern, daß der Widerstand, den sie zu leisten vermochte, doch ein sehr respektabler war. Es hat Momente gegeben, wo sie glauben konnte, einem endlichen Siege nicht fernzustehen. Was aber die Entschlüsse des Sultans betrifft, so darf doch nicht vergessen werden, daß er vor allem das Haupt der „Gläubigen" ist und daß die Entfesselung eines blutigen Religionskrieges, der alle Völker des Islam um ihn scharen würde, allezeit in seiner Hand liegt. Es bedarf nur eines Zeichens von ihm, und die unter der Asche fortglimmende Glut des moslemischen Fanatismus lodert zur wilden Flamme empor, die zunächst die auf islamischem Boden vereinzelt oder in kleinen Gemeinschaften lebende christliche Bevölkerung verzehren würde.

Die Notwendigkeit, dann nachträglich zu strafen und zu rächen, würde das Unheil nur mehren und eine Krisis hervorrufen, die nicht nur den Balkan, sondern ganz Vorderasien und Nordafrika umfassen müßte.

Und deshalb erscheint uns die Politik, die sich jetzt augenscheinlich vorbereitet, nicht nur höchst unklug, sondern in noch weit höherem Grade gefährlich. Es gehört ein weites Gewissen dazu, sie heraufzubeschwören, und wir wünschen und hoffen, daß es unter allen Umständen beim Programm Mürzsteg bleibt, und daß die Ausführung desselben zwar nachdrücklich, aber auch geduldig gefördert wird.

Wer die Verhältnisse, wie sie liegen, ruhig und ohne Voreingenommenheit überdenkt und sich erinnert, daß vor den Tagen der bulgarischen Agitation und der dadurch hervorgerufenen nationalen und religiösen Gegensätze, der zum nicht geringen Teil erzwungenen Bandenbewegung und all des Jammers, der daran hing, das Land ruhig war, der wird auch wissen, daß bis dahin seit langen Jahren der moslemische Fanatismus in diesen Gebieten scheinbar nicht

vorhanden war. Er fand kein Objekt, und Mazedonien war vielleicht die glücklichste, jedenfalls eine der reichsten türkischen Provinzen. Das ist nun alles anders geworden, und auch nach Durchführung des Mürzsteger Programms läßt sich nicht darauf rechnen, daß der frühere Ruhezustand wieder erreicht wird. Der Gegensatz der christlich-konfessionellen Eifersüchteleien und des Nationalitätenhaders ist wach geworden und wird sich nur schwer wieder beseitigen lassen.

Wir sind aber der Überzeugung, daß die islamische Gefahr, die vorläufig gleichsam latent ist, sobald sie sich einmal wirklich erhebt, weit gefährlicher sein wird, als die gelbe Gefahr, der die Grenzen weit leichter zu setzen sein werden. Sie bedroht Sibirien durch das langsame Vordringen der Rasse, die seit Durchbrechung der Schranken, die China sich selbst gesetzt hatte, unwiderstehlich die dünn gesäte russische Bevölkerung zurückdrängt und nicht abgewiesen werden kann, weil sie willig die fremde Oberherrlichkeit anerkennt und ihre Gesetze respektiert. Von da nach Europa ist der Weg weit, und was Rußland aus den Chinesen macht, ist Rußlands Sache. Diese chinesische Einwanderung wird vielleicht einmal die Quelle sein, an der das russische Finanzwesen sich verjüngt und kräftigt. Über den Ural aber werden die Russen sie gewiß nicht hinauslassen. Auch an die Umwandlung der Chinesen zu einem Volk von Eroberern glauben wir nicht, das ist gegen die Instinkte, die eine vieltausendjährige Geschichte dem Volke in die Seele gepflanzt hat, und ebensowenig glauben wir, daß die japanischen Bäume in den Himmel wachsen werden. So erstaunlich die Leistungen der energischen und sanguinisch emporstrebenden Nation sind, es ist nicht denkbar, daß sie die Anwartschaft Europas auf Führung der Welt beiseite schiebt. Dazu reicht der ideelle Kern der Nation nicht hin und schon die Tatsache, daß sie nicht Christen sind und die christliche Kultur nur äußerlich, als Mittel zum Zweck, aufgenommen haben, schließt das aus. Das überall Entscheidende bleiben doch die sittlich und geistig produktiven Kräfte, die in einer Nation ruhen, nicht die Fähigkeit zu rezipieren und zu reproduzieren, und wenn die Nachahmung noch so täuschend genau sein sollte.

In dem russisch-japanischen Kriege ist eine Wendung eingetreten. Der russische Angriff bereitet sich vor und macht sich zunächst in einem langsamen Zurückschieben der Japaner bemerklich.

Die Vorentscheidung einer großen Schlacht, die jedoch, wie immer sie ausfallen mag, gewiß nicht die letzte sein wird, scheint unmittelbar bevorzustehen. Niutschwang ist wieder in Händen der Russen, und zur See haben die Japaner dasselbe Unglück erleben müssen, das den „Petropawlowsk" traf: der Panzer „Hatsuse" ist auf eine Mine geraten und untergegangen, der gepanzerte Kreuzer „Yoshino" durch einen anderen Panzer „Kasuga" in den Grund gebohrt worden. Es ist ganz richtig, wenn der „Standard" dazu bemerkt, jetzt werde man das russisch-baltische Geschwader mit minderer Zuversicht erwarten als bisher. Das englische Blatt stellt noch eine andere Betrachtung an, die wir im Wortlaut hersetzen wollen, weil sie höchst charakteristisch ist. „Die Warnung (die der Untergang beider Schiffe gibt) genügt, um uns zu erinnern, daß der Seekrieg mit modernen Waffen und Maschinen ein sehr zweifelhaftes und unsicheres Ding ist. Niemand weiß genau, was gemacht werden oder was zutreffen kann, und alle Schwarz auf Weiß angestellten Berechnungen können durch eine der tausend Zufälligkeiten Lügen gestraft werden, die niemand vorhersehen kann. Die Moral dieser Tatsache sollte nicht von einer Nation übersehen werden, die so fest auf ihre Überlegenheit zur See vertraut, daß sie es verschmäht, sich mit einer Armee ersten Ranges zu versehen. Ein Staat, der sein Alles auf seine Seemacht setzt, kann schwerlich eine zu große Reserve an Macht auf einem Element bereit haben, auf welchem Glück und Unglück eine so große Rolle spielen." (A State which has staked everything upon sea power can hardly maintain too great a reserve of force upon an element where chance and mischance play so large a part.)

Wir meinen, es ließe sich noch ein anderer Schluß daraus ziehen, der nämlich, daß eine solche Macht nicht durch ihre Preßorgane („National Revue", „Times" usw.) systematisch darauf hinarbeiten sollte, bei anderen die Vorstellung zu erwecken, daß diese überlegene Seemacht sich das Recht anmaßt, anderen die Grenzen zu setzen, über die sie nicht in ihren Verteidigungsanstalten zur See hinausgehen dürfen. In den Seekriegen der Zukunft werden, wie der „Standard" selbst sagt, „ein paar Torpedoleutnants, wenn zwei Flotten einigermaßen gleich stark einander gegenüberstehen, von Glück und Dunkelheit begünstigt, imstande sein, in einer Nacht das Macht-

verhältnis zur See zu ändern", oder um es anders auszudrücken, Kühnheit und Opfermut des einzelnen werden wieder eine entscheidende Rolle zu spielen beginnen. Das gibt eine Chance auch dem Stärkeren gegenüber, und da die Freunde von heute morgen Gegner geworden sein können, scheint uns nichts törichter, als sich künstlich die Feindseligkeit einer Nation zuzuziehen, der auch ihre bittersten Gegner Erfindungsgabe, technische Meisterschaft, Umsicht und Todesmut nicht abstreiten.

König Eduard VII. wird unseren Kaiser nächstens in Kiel besuchen, und wir wissen voraus, daß er eine gute Aufnahme finden wird. Wir glauben zu wissen, daß er in bezug auf Deutschland die Anschauungen weder der „Times", noch der „National Review" teilt, vielmehr seine Aufgabe darin sieht, Gegensätze zu beseitigen, wo keine unversöhnlichen Interessendifferenzen vorliegen. Noch ist aber die Welt für uns und für England groß genug: wir sehen nicht, weshalb ein friedliches Nebeneinander, wenn schon es kein freundliches sein soll, weil dazu zwei gleichgestimmte gehören, unmöglich sein sollte. An uns wird es bestimmt nicht liegen, wenn es nicht dazu kommt; unter allen Umständen aber werden wir ruhig fortfahren, zu tun, was unsere Pflicht und unsere Ehre gebietet.

Das englische Kabinett hat jüngst einen entschiedenen Sieg über die Liberalen errungen mit 306 gegen 251 Stimmen. Von unserem Standpunkte aus kann man sich darüber nur freuen, denn der Sieg der Liberalen hätte mit einem neuen Kabinett Elemente ans Ruder gebracht, die, weil sie schwach sind, gefährlich werden können. Das Kabinett Balfour zeigt der öffentlichen Meinung gegenüber mehr Selbständigkeit. Bei der heute in England herrschenden politischen Nervosität ist das aber ein sehr wesentlicher Faktor.

Zum Schluß einige nicht unwichtige Tatsachen. In Petersburg ist am 6. Mai Herrn Bompard, dem französischen Botschafter, der Andreasorden verliehen worden, was wohl in Zusammenhang mit der in Frankreich untergebrachten Anleihe zu setzen ist und nach außenhin für die alliance franco-russe eine Art Auffrischung anzeigt.

Die vatikanische Note, die so viel Lärm gemacht und die Abberufung des Botschafters Nisard zur Folge hatte, soll, wie die „Débats" erzählen, von Monaco aus in die Hände von Jaurès geraten sein, der sie bekanntlich veröffentlichte.

Die Öffnung von drei Häfen in der Provinz Schantung (Tsingtau, Weihsien, Schantung) wird auf Juanschikai zurückgeführt, und das ist als erfreuliches Zeichen seiner guten Beziehungen zu Deutschland zu betrachten. Endlich die „Times", die bisher in England nur im Einzelverkauf zu haben war, hat den Versuch gemacht, das kontinentale System des Abonnements einzuführen. Die Abonnenten werden das Blatt zu zwei Pence die Nummer erhalten. Die Einzelnummer wird nach wie vor drei Pence kosten. Offenbar soll dadurch die lästig gewordene Konkurrenz der billigeren Zeitungen geschlagen werden, auf welche die „Times" den Rückgang ihrer Verbreitung zurückführt. Jetzt, wo der Krieg der Zeitung ungeheuere Opfer auferlegt, mag das besonders fühlbar geworden sein; aber wir glauben mit der Annahme nicht zu irren, daß der Rückgang des Absatzes auf andere Gründe zurückzuführen ist. Die „Times" führt nicht mehr, wie sie es früher tat, die öffentliche Meinung des Landes, und uns ist zweifelhaft, ob ihr der eine Penny die Führung zurücktragen wird.

26. Mai. Bestätigung der Eroberung von Kintschou.
27. Mai. Vertrauensvotum der französischen Kammer in Anlaß der Combesschen Kirchenpolitik. Nachricht von Erfolgen des Majors v. Glasenapp über die Herero.
28. Mai. Admiral Togo erklärt die Halbinsel Liautung für blockiert.
29. Mai. Oberst Leutwein verlegt sein Hauptquartier nach Okahandja.
30. Mai. Nachricht von der Besetzung Talinns durch die Japaner und von vergeblichen Versuchen, den Hafen von Port Arthur zu sperren.

1. Juni 1904.

Ist die Erstürmung der Position von Kintschou zweifellos eine Waffentat ersten Ranges, die den Japanern zu um so größerem Ruhme gereicht, als die Defensive der Russen nicht nur auf das sorgfältigste vorbereitet war, sondern auch mit nachdrücklicher Tapferkeit behauptet wurde, bis schließlich im Kampfe von Mann gegen Mann die überlegene Zahl der Japaner die Entscheidung gab, so ist damit das Schicksal Port Arthurs noch keineswegs entschieden. Zwischen der jetzigen Stellung der Japaner und den Werken der Festung liegt eine Reihe weiterer russischer Befestigungen, die genommen werden müssen. Bei der numerischen Überlegenheit der Japaner, drei Divisionen gegen eine, und der Schwächung, welche der Verlust von einigen siebzig Geschützen für Port Arthur bedeutet, namentlich aber in Hinblick auf die Entschlossenheit der Japaner, auch die größten Opfer an Menschenleben zu tragen, wenn sie nur ihr Ziel erreichen, kann die Stellung der Russen nicht als sehr hoffnungsvoll bezeichnet werden. Daß sie rechtzeitig durch ein Vorrücken der Hauptarmee Entsatz erhalten, ist höchst unwahrscheinlich, wenn die Japaner in gleichem Tempo und mit gleichem Erfolge vordringen, aber unmöglich ist es nicht, sobald General Stössel sich längere Zeit behaupten kann. Da ein russischer Bericht bisher noch nicht vorliegt, ist zudem ein festes Urteil über die Lage noch nicht zu gewinnen.

Dagegen machen die politischen Wirkungen des Krieges sich überall fühlbar. Die öffentliche Meinung in Rußland ist, im Gegensatz zu den Eindrücken, die sich aus der russischen Presse

gewinnen lassen, entschieden pessimistisch gestimmt, so daß das „Journal de St. Petersbourg" sich genötigt sieht, mehr Haltung und Vertrauen zu empfehlen. Es scheint aber, daß es weniger die militärischen Mißerfolge sind, welche diese deprimierende Wirkung ausüben, denn an einem schließlichen Erfolg zweifeln die wenigsten, als die nicht abzuweisenden und von Mund zu Mund getragenen Nachrichten von den ungeheuren Unterschleifen, die auch diesmal — wie noch immer, wenn Rußland Krieg führte — die Armee begleitet haben. Das Rote Kreuz soll nicht nur Geldverluste zu verzeichnen haben, welche in die Millionen Rubel gehen, sondern auch an Material auf das unverschämteste bestohlen worden sein. Von den für Kranke und Verwundete bestimmten Unterkleidern z. B. soll etwa ein Drittel das Ziel erreicht haben, und der „Standard", der einen aus Charbin zurückgekehrten invaliden russischen Militärarzt als Quelle angibt, behauptet, daß die in der russischen Armee auftretenden Epidemien darauf zurückzuführen seien, daß 60—70000 Konserven, die noch aus den Tagen des letzten Türkenkrieges (man denke: 1878!) stammen, für die Truppen in die Mandschurei abgegangen seien. Nun behaupten freilich die offiziellen russischen Telegramme, daß der Gesundheitszustand der in Ostasien stehenden russischen Truppen ein ganz ausgezeichneter sei, aber in Rußland schenkt man diesen Nachrichten nur geringen Glauben. Die Gerüchte von den Unterschleifen aber finden ohne weiteres Glauben und wachsen dabei, wie es zu geschehen pflegt, zu noch grotesketen Erfindungen an. Sicher scheint außerdem zu sein, daß trotz der ungeheuren Tätigkeit und Energie, die der Verkehrsminister Fürst Chilkow entwickelt, die Leistungsfähigkeit der sibirischen Bahn den Bedürfnissen der Lage, wie sie durch das schnelle Vordringen der Japaner sich gestaltet hat, nicht entspricht. Darüber liegt eine Reihe unverdächtiger Berichte vor. Aber es ist natürlich russisches Interesse, diese Tatsachen möglichst zu verdecken. Endlich zeigt wohl auch dieser Krieg, daß in Rußland komplizierte Apparate nie genau funktionieren. Der alte Sjuworin erzählt darüber in seinen „kleinen Briefen" der „Nowoje Wremja" die charakteristische Anekdote, daß, als er vor Jahr und Tag in Berlin mit dem General Skobelew von den Manövern sprach, die der General eben bei uns mit angesehen hatte, Skobelew ihm sagte: „Es ist erstaunlich, wie genau bei den Preußen alle Befehle

wirklich ausgeführt werden. Das können wir nicht, aber das tut nichts, wir werden sie durch unsere Ungenauigkeiten in Verwirrung bringen.“ Ich muß gestehen, bemerkt Tsuworin dazu, das ist sehr wenig tröstlich! So aber scheint heute das Verhältnis der Kriegführung zwischen Russen und Japanern zu sein.

Dazu kommt die fortdauernde sozialistische und revolutionäre Propaganda, die ihre Hauptherde in Südrußland, Russisch-Polen und unter den Letten in Kurland und Livland, sowie auch unter den Esten zu haben scheint. In Polen spielt dabei die Tatsache mit, daß der polnische Handel, der zu nicht geringem Teil in Sibirien und in China seinen Absatzmarkt fand, infolge des Krieges ungeheure Verluste erlitten hat, und daß daher die Zahl der Arbeitslosen stetig wächst. Unter den Letten und Esten aber zeigen sich jetzt die Resultate der systematischen Verhetzungspolitik, welche die Organe der russischen Regierung seit bald zwei Menschenaltern betrieben haben, um den lästigen Einfluß zu untergraben, den die deutsche Bevölkerung der Provinzen ausübte. Wir haben sichere Nachricht, daß die revolutionären Agitatoren fast unter den Augen der Regierungsbeamten zu Mord und Brandstiftung auffordern. Wohin das schließlich führen wird, ist nicht abzusehen, noch weniger aber zu begreifen, weshalb noch heute, da die völlige Desorganisierung der deutschen Elemente der drei Provinzen vollzogen und die bürgerlich deutsche Intelligenz fast ganz aus dem Lande gedrängt ist, das ruchlose Treiben weiter geduldet wird. Man unterdrückt mit allen Mitteln die revolutionären Bestrebungen im Innern des Reichs und läßt ihnen an den Küsten des Baltischen Meeres alle wünschenswerte Freiheit der Bewegung! Auch die Unruhen an den Universitäten dauern fort: in Moskau, Charkow, Odessa, am Polytechnikum zu Riga, an den höheren Kursen für Frauen in Petersburg, im Berginstitut zu Petersburg und im technologischen Institut zu Charkow wiederholen sich periodisch dieselben Erscheinungen: Proteste eines Teiles der Studenten und Studentinnen gegen die von einem anderen Teil vorgenommenen oder von der Obrigkeit angeordneten patriotischen Kundgebungen, Ausschluß der Rädelsführer, worauf sich dann die übrigen mit diesen solidarisch erklären, neue Ausschließungen usw., so daß seit geraumer Zeit kaum in einer höheren Lehranstalt die ungestörte Durchführung der Vorlesungen möglich gewesen ist.

Ein weites politisches Echo hat ein Rundschreiben des Kurators des Rigaer Lehrbezirks, Iswolski (jetzt Kurator des Petersburger Lehrbezirks) gehabt. Der Zweck dieses an sämtliche Schulvorstände gerichteten Schreibens war, eine Art Leitfaden zu bieten, um den Schülern durch den Mund ihrer Lehrer die Ursachen des gegenwärtigen Krieges zu erklären. Daß dabei das Verhalten der russischen Regierung in jeder Hinsicht gerechtfertigt wurde, ist selbstverständlich und wäre auch überall sonst in der Welt geschehen. Erstaunlich und ungewöhnlich war nur, daß jenes Zirkular ausdrücklich sagte, die eigentlichen Feinde seien Amerika und England, und Japan sei von ihnen gegen Rußland aufgehetzt worden. Die „Times" hat nun dieses Zirkular höchst übel aufgenommen und darauf hingewiesen, daß man sich nur wenig Erfolg von den Bemühungen um einen Ausgleich der russisch-englischen Gegensätze versprechen könne, wenn sogar die heranwachsende Generation zum Haß gegen England trainiert werde. Dagegen ist Herr Argus bemüht, durch seine Londoner Korrespondenzen die Leser der „Nowoje Wremja" davon zu überzeugen, daß England sich jetzt umgedacht habe: „So lange die Interessen der Bundesgenossen identisch schienen, war es natürlich, daß England sich nicht an den Buchstaben des Vertrages hielt, sondern Japan in jeder Weise förderlich war und sogar Neigung zeigte, selbst einzugreifen. Als sich aber ergab, daß die Erfolge Japans zu Konsequenzen führten, die für England keineswegs wünschenswert waren und sogar seine indische Stellung gefährden konnten, da verging den Engländern begreiflicherweise die Lust, über die Linie der übernommenen Verpflichtungen hinauszugehen. Da die Verpflichtung zu helfen nur eintritt, wenn der Bundesgenosse Rußlands sich in den Krieg einmischt — was durchaus unwahrscheinlich ist —, so bleibt das englisch-japanische Bündnis ein toter Buchstabe. Hätte die Erkenntnis des panasiatischen Charakters der japanischen Politik vor Beginn des Krieges und unmittelbar nach Beginn desselben bestanden, so hätte die britische Regierung wahrscheinlich ihren Seeleuten nicht gestattet, die in Italien gekauften Kreuzer zu geleiten und auch die sechs in England gebauten Torpedoboote nicht freigegeben. Das wird jetzt durch das Verbot bewiesen, die auf englischen Werften für japanische Rechnung erbauten Schiffe vor Beendigung des Krieges freizugeben. So ist die Abfertigung von

16 Torpedobooten verhindert worden, die trotz der ungeheuren damit verbundenen Kosten zerlegt und stückweise nach Japan geschafft werden sollten. Noch empfindlicher ist den Japanern diese Maßregel in Hinblick auf die beiden mit fieberhafter Eile gebauten Panzerschiffe größten Kalibers, auf deren Abfertigung vor Aufbruch unseres baltischen Geschwaders die Japaner rechneten." Herr Argus teilt weiter mit, daß Japan sich England gegenüber habe verpflichten müssen, den Krieg nicht auf die europäischen Gewässer auszudehnen und China nicht aus seiner Neutralität hinauszuführen. Das sei Bedingung für Gewährung der Anleihe gewesen. Argus schließt wörtlich: „Aus allem, was ich weiß, fühle ich mich berechtigt, zu schließen, daß England definitiv beschlossen hat, nicht in den Krieg einzugreifen, wie immer der Verlauf sein mag, und daß es gegen keine Friedensbedingungen auftreten wird, vorausgesetzt, daß die den Engländern vertragmäßig zustehenden Handelsfreiheiten in Mandschurei und Korea unangetastet bleiben."

Daß dies die Politik Englands sein werde, haben wir von vornherein angenommen, weil der englische Vorteil nur eine Strecke Weges mit dem japanischen parallel geht: wenn beide Gegner sich gegenseitig schwächten und auf lange in Schach hielten, wäre der Machtstellung Englands am besten gedient. Solch eine Rechnung stimmt aber nicht stets, da der moralische Faktor, den große Erfolge in sich schließen, die materiellen Verluste auszugleichen pflegt, und ein Sieger aus dem Kampf stärker hervorgehen kann, als es zu Beginn desselben war. Es ist aber auch noch ein Drittes möglich, daß einmal der Augenblick eintritt, wo Japan und Rußland sich in der Überzeugung zusammenfinden, daß beide im Grunde denselben Gegner zu bekämpfen haben. In dem Augenblick, da Japan sich von England verraten glauben sollte, wäre diese Kombination sogar die natürliche vorausgesetzt, daß Rußland gewisse Vorteile entschlossen über Bord wirft, die heute gewiß bestehen, aber morgen vielleicht geschwunden sind.

Noch merkwürdiger als in England ist aber die Wandlung, die sich in der politischen Haltung Frankreichs vollzogen hat. Der „Européen", der gewiß hier als gewichtiger Zeuge ins Feld geführt werden kann, gibt seinem Jubel über die Abwendung der Republik von dem absolutistischen Alliierten lauten Ausdruck: Die nationa-

listischen Zeitungen, die zu Beginn des Krieges eine Intervention Frankreichs verlangten, enthalten sich seit einiger Zeit jeder Anspielung auf diese Eventualität. Sie fühlen, daß die Strömung des Volkes nicht mit ihnen wäre und daß der Enthusiasmus aus den Tagen des Zarenbesuches sehr nachgelassen hat. Sie wagen es sogar nicht, von der 800-Millionenanleihe zu reden, die der russische Finanzminister auf den Pariser Markt geworfen hat.

„Was aber die nicht nationalistischen Blätter betrifft, welche die Alliance zum Text nehmen, um das heilige Rußland zu rühmen und die Großmut der Großfürsten zu preisen, so sind sie vorsichtig und reserviert geworden. Seit einigen Wochen beschimpft der „Matin" nicht mehr Finnländer, Polen und politisch Verurteilte. Noch deutlicher aber hat der „Temps" seine Schwenkung markiert. Nachdem er noch jüngst den General Alexejew und die militärische Organisation Rußlands dithyrambisch gelobt hatte, findet er jetzt in seinen militärischen Ausführungen, daß alles schlecht geht, daß der Verlauf des Krieges die Sorglosigkeit der Verwaltung zeige, und daß die Zänkereien unter den Oberkommandierenden endlich beigelegt werden müßten . . . Auch die Kammer ist von ihrem früheren Enthusiasmus geheilt, denn . . . Indochina (Französisch-Hinterindien) ist mit Sicherheit nur dann zu retten, wenn Japan ein Stück Korea und Mandschurei verschlingt, das groß genug ist, um es auf Jahre zu beschäftigen. Denkt man sich Japan vom Festlande verdrängt, so sieht man voraus, wie es Tonkin angreift. Und von diesem Gesichtspunkt aus gewinnt der Krieg ein ganz neues Ansehen. Rußland, das die Japaner nach Formosa gehetzt hat, darf sich nicht wundern, wenn wir uns auf gewisse Eventualitäten einrichten . . . Der Graben zwischen dem radikal-sozialistischen Frankreich und den absolutistischen Regierungen wird immer tiefer . . . Der Zweibund (alliance franco-russe) ist tot, zerbrochen durch die Ereignisse, aufgegeben von der öffentlichen Meinung Frankreichs. Sie muß in der Tat mindestens in den letzten Zügen liegen, da M. Doumer sie noch am 15. Mai 1904 gefeiert hat: denn dieser Prokonsul des fernen Ostens liebt es, Reliquien der Vergangenheit und abgedankte Größen zu karessieren."

Nun besteht der Zweibund gewiß noch, und da goldene Bande ihn halten, glauben wir auch nicht an eine formelle Aufhebung

desselben. Aber gewiß ist die Beobachtung des „Européen" richtig, „délaissée par l'opinion française" hat die russische Allianz faktisch der englischen weichen müssen. Es tritt das am deutlichsten in der kombiniert englisch-französischen Aktion auf der Balkanhalbinsel hervor, durch welche eine Lösung des orientalischen Problems erstrebt wird, solange noch Rußland im fernen Orient gebunden ist. Zunächst zeigt sich das in der stets wiederholten Behauptung, daß das Programm von Mürzsteg zu bescheiden in seinen Forderungen sei, und daß die Türkei sich nicht einmal bemühe, den Schein zu erwecken, als wolle sie das Programm je erfüllen! So schreibt z. B. der „Temps" am 29. Mai. Man wird mit ziemlicher Sicherheit annehmen dürfen, daß, sobald Rußland sich genötigt sehen sollte, größere Truppenmassen von seinen Südgrenzen nach Ostasien zu ziehen, diese Sprache noch weit nachdrücklicher werden und eventuell dahin ausmünden wird, den Telcassé'schen Plan in den Vordergrund zu rücken, der die türkische Reformfrage einem Kongreß unterbreiten will. Irren wir aber nicht, so kann heute der „internationale Kongreß" als eine überlebte Form völkerrechtlichen Verkehrs gelten. Es ist nicht leicht denkbar, daß je ein zweiter Pariser oder Berliner Kongreß zusammentritt, am unwahrscheinlichsten ist aber, daß ein solcher Kongreß die orientalische Frage zu lösen berufen werden sollte. Dieses Problem wird entweder durch ein geduldiges Abwarten einer Entwickelung gelöst werden, die sich ohne allen Zweifel vorbereitet, oder durch Blut und Eisen. Wir wünschen, daß der erstere, langsamere Weg gewählt werde, in Frankreich und England wird auf den operativen Eingriff mit der Möglichkeit eines letalen Ausganges hingearbeitet. Das russische Interesse verlangt unter allen Umständen jetzt Ruhe und deshalb ist die Politik des „Temps" (um nicht zu sagen Telcassé) in Petersburg sehr übel vermerkt worden.

In dem Konflikt zwischen Frankreich und der Kurie hat sich die „Nowoje Wremja" ganz auf die französische Seite gestellt. Wir sind aber zweifelhaft, ob diese Stimmung lange anhalten wird. Führt die weitere Entwickelung in Frankreich, wie wahrscheinlich ist, zu einer Trennung von Kirche und Staat und danach als mögliche Folge zu einer Verständigung zwischen Quirinal und Vatikan, so gibt das eine neue Lage, mit der auch Rußland alle Ursache hat zu

rechnen. In Frankreich wäre wahrscheinlich das Verhältnis zur Kurie schon früher zu einem Bruche gediehen, wenn nicht die von Frankreich beanspruchte Stellung als Schutzmacht der katholischen Christen des Orients mitspielte, und wenn nicht vor dem Januar nächsten Jahres, an dem die Entscheidung fallen soll, das Ministerium Combes zusammengebrochen sein sollte, hatten wir es nicht für unmöglich, daß hier der Punkt gefunden wird, um die früheren Beziehungen herzustellen.

2. Juni. Spanisch portugiesischer Schiedsvertrag.
3. Juni. Yamagata zum Oberkommandierenden der japanischen Armeen ernannt.
9. Juni. Truppentransport nach Südwest Afrika.

8. Juni 1904.

Der Londoner Korrespondent der „Nowoje Wremja", Herr Wesselitzki Boshidarowitsch, telegraphiert nach Petersburg, daß er durch einen Vortrag über „das asiatische Problem" in der Central Asian Society einen großen Erfolg errungen und den Gedanken einer russisch-englischen Annäherung glücklich gefördert habe. Eine inhaltliche Wiedergabe dieses Vortrages findet sich in der „Times". Der Gedankengang ist der, daß durch Japans Erfolge eine „asiatische" Gefahr heraufbeschworen sei, der nicht anders als durch ein Zusammenstehen ganz Europas begegnet werden könne. An den Vortrag knüpfte sich nun eine Diskussion, in welcher ein Mr. Skrine den amüsanten Gedanken entwickelte, daß das englisch japanische Bündnis gar nicht mehr zu Recht bestehe, da Japan die Integrität und Unabhängigkeit Koreas nicht respektiert habe. Eine Annäherung Englands an Rußland sei daher sehr wohl möglich, wenn beide Nationen mit gegenseitiger Sympathie und einiger Rücksicht einander entgegenkämen. Daran wollten nun freilich die folgenden Redner nicht glauben. Mr. Archibald Colquhann bestritt die Richtigkeit der tatsächlichen Angaben Wesselitzkis. An eine Gefahr für England glaube er nicht, und eine englisch russische Verständigung werde erst möglich sein, wenn die Russen als freies Volk den freien Engländern zur Seite ständen. Mr. A. Graham, der nun folgte, formuliert das noch schärfer: das englische Volk werde keine Verständigung mit Rußland dulden, so lange die russische Politik bleibe, was sie bisher gewesen sei. Eine lahme Resolution, in welcher hervorgehoben wurde, daß es schön wäre, wenn beide Nationen sich verständigen könnten, beschloß die Sitzung, und uns will danach scheinen, daß Herr Wesselitzki wenig Grund hat zu

triumphieren. Auch wird er in Rußland wenig Gegenliebe finden. Man ist dort heute sehr viel antienglischer, als sich an der Hand der russischen Presse erkennen läßt und zwar nicht nur wegen der oft asiatischen Nöte, die direkt auf englische Anstiftung zurückgeführt werden — was gewiß nicht richtig ist — als namentlich in der Sorge, daß England die Zeit nutzen könnte, um den Balkanangelegenheiten eine für Rußland unerfreuliche Wendung zu geben.

Über die Balkanfrage haben wir nun gleichzeitig im „Temps" und in der „Times" höchst merkwürdige Ausführungen gefunden, die allerdings in Rußland nicht anders als unangenehm berühren können. Der „Temps" kündigt eine bulgarisch-serbisch-montenegrinische Triple Alliance Balcanique an, deren Bestimmung es sei, den Balkanstaaten das Bewußtsein ihrer Einheitlichkeit zu stärken, den gefährlichen Annexionsgelüsten benachbarter Militärmächte den Weg zu verlegen, die fünf mazedonischen Vilajete zu schützen und dadurch gleichsam die künftige Balkanföderation vorzubilden, von der so viele gute Köpfe das Heil der Zukunft erwarteten.

Nun kann kaum zweifelhaft sein, daß mit den „dangereuses ambitions annexionistes d'empires militaires" auf Österreich und Rußland hingezielt wird, und daß hinter Montenegro andere treibende Kräfte vermutet werden sollen. Die „Times" macht den Österreichern und Russen ganz direkt den Vorwurf, daß sie den General de Giorgis — der warmes Lob erntet — nicht genügend unterstützten. Seien auch die ersten Schwierigkeiten überwunden, welche Österreich in betreff der jeder Macht zuzuweisenden Aufsichtssphären geltend machte, so sei der üble Eindruck doch nicht verwunden, und überhaupt die Aussicht auf Durchführung der Reformen nur gering, wenn jeder Schritt vorwärts in Abhängigkeit von steten Interventionen der Botschafter in Konstantinopel gestellt werde. Worauf es ankomme, sei, den Gendarmerieoffizieren größere Machtvollkommenheiten in die Hand zu geben. Nun habe zwar Graf Goluchowski neuerdings die Türkei scharf ins Gebet genommen, aber Graf Tisza habe — wohl im Einvernehmen mit Goluchowski — nachträglich alles abgeschwächt und ausdrücklich versichert, daß der österreichische Minister des Auswärtigen keineswegs drohen, sondern nur freundschaftlich ermahnen wollte. Offenbar habe Tisza den beunruhigenden Eindruck verwischen wollen, welchen die neuen Forde-

rungen für die Feldartillerie gemacht hätten. Österreich-Ungarn und Rußland, so habe er erklärt, seien in betreff des Balkans in vollster Übereinstimmung und bereit, für jede Phase auftauchender Schwierigkeiten eine friedliche Lösung zu finden. Die „Times" schließt diese Betrachtung mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß das englisch-russische Reformschema nicht allzu weit von den Versicherungen des Grafen Tisza abstehen möge.

Das klingt einigermaßen skeptisch und deutet, mit den Ausführungen des „Temps" kombiniert, auf Pläne, die jedenfalls die der Russen und Österreicher nicht sind.

In den ostasiatischen Angelegenheiten tritt neuerdings der in betreff des nahen Orient mehr verdeckte Pessimismus ganz unverhüllt hervor. Der „Temps" vom 4. Juni bietet dafür in seinen „Propos Militaires" ein ganz besonders drastisches Beispiel. Er verhöhnt die Behauptung eines russischen Offiziers, daß der Angriff der Japaner auf Port Arthur ein Fehler sei, und daß Rußland die Festung ohne Schaden aufgeben könne. Die russische Armee, entgegnet der „Temps", lasse sich augenscheinlich weniger von den Grundsätzen Dragomirows als von denen Tolstois leiten. Sie werde eine Armee „de non résistance au mal", wenn sie den herrlichsten strategischen Punkt des Ostens, „le Bosphore oriental", preisgebe. Denn wenn Dalny auch nicht mehr gewesen sei als eine Potemkinsche Kulisse, so sei Port Arthur doch eine Festung ersten Ranges. Auch hätten die Russen ja alles vorbereitet, den Platz zu verteidigen, und General Stössel müsse sich mehrere Monate hindurch verteidigen können. Aber freilich, im Kriege sei alles denkbar, und das Oberkommando müsse auf alles vorbereitet sein. „Trotz aller Vorsichtsmaßregeln, die er getroffen hat, wird dem General Kuropatkin die Hypothese vom Fall Port Arthurs gelegentlich vor die Seele treten. Es ist aber undenkbar, daß ihm die Konsequenzen einer solchen Tatsache anders, denn als ein nicht mehr gutzumachendes Unheil erscheinen sollten, und daß er dann noch glauben dürfte, irgend einen Vorteil von seiner so lange andauernden Unbeweglichkeit zu ziehen. 50000 Mann würden dann in Port Arthur kapitulieren. Das wäre nicht beispiellos. „Die Kapitulationen von Metz und Sedan sind schlimmer und schwerer für unser Ehrgefühl zu tragen gewesen, unvergeßlicher für unsere Geschichte: und doch, das Frankreich von

1870 fand Jan sogleich neue Soldaten, es brauchte nur auf diesen revolutionären Boden zu stampfen, und er schuf neue Krieger. Rußland aber mußte seine Truppen auf der Achse durch den endlosen sibirischen Strang fahren. Die Erfahrung der gegenwärtigen Konzentration hat gezeigt, daß volle zwei Monate notwendig sind, um 500000 Mann in die Mandschurei zu schaffen.

„Aber das ist noch nichts: man muß auch die Frage aufwerfen, was aus der strategischen Situation wird, wenn die Japaner einmal in Port Arthur festsitzen und eine neue Belagerung nötig wäre, sie zu vertreiben. Das Material und alles, was für eine Belagerung notwendig ist, herbeizuschaffen, ohne das Meer zum Helfer zu haben, das übersteigt menschliche Kraft. Dergleichen vollbringt man, wenn es sich um das Äußerste handelt, wenn nicht bloß die Ehre, sondern das Leben des Landes auf dem Spiele steht, nicht aber, wenn die Frage, wozu das alles, sich jedem aufdrängt und der Zweifel am Nutzen der Anstrengung dahin führt, daß man den Krieg nicht durchaus zu Ende führt."

„Das gibt eine finstere Perspektive, aber es gibt noch schwärzere Punkte. Der Fall von Port Arthur muß in dieser oder jener Form den Ruin der russischen Flotte und den Übergang Japans zur Beherrschung des Meeres nach sich ziehen. Sie würden auf dem Lande unfaßbar werden, da sie überall Truppen ans Land werfen und wieder einschiffen könnten. Aus dem Kriege müßte ein Versteckspielen werden und der russische „Bär" würde vom japanischen „Affen" genarrt werden. Von einer großen Offensive, großen Massen und Stößen wäre keine Rede mehr. Die Kampagne von 1904 hätte die Entscheidung im fernen Osten gebracht. Und das wissen die Russen, deshalb setzen sie ihre Hoffnung auf die baltische Flotte — wenn es dieser je gelingen sollte, sich mit der Flotte von Port Arthur zu vereinigen; daher bereiten sie so sorgsam ihre Konzentration bei Liaojang, um nach dem Sommerregen einzugreifen, mit allen Kräften in numerischer Überlegenheit. Gewiß ist Kuropatkin während dieser langsamen Vorbereitung von den Irrungen frei geblieben, die Bazaine veranlaßten, nach Metz zurückzugehen, und die Mac Mahon zwangen, den verhängnisvollen Marsch nach Sedan anzutreten. Mag ihm auch die Sorge erspart bleiben, die man in der Loirearmee und im belagerten Paris empfand. Mag

ihm bis zuletzt seinem Hofe gegenüber die Initiative gewahrt bleiben, wie ihm die Verantwortung zufällt. Man erzählt uns bereits von einer Kolonne von 30000 Mann, die in Liaojang mobilisiert würde, um nach Port Arthur zu marschieren, die aber dann nach der Einnahme von Kintschou auf Kuropatkins Befehl angehalten wurde. Es heißt, Admiral Alexejew wolle diese Expedition unter allen Umständen wieder aufnehmen, und darüber sei es zu ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Oberkommandierenden gekommen."

Diese pessimistischen Ausführungen müssen dem französischen Leser in noch dunkleren Farben erscheinen, wenn er in derselben Nummer des „Temps" eine Ausführung über die ökonomischen Voraussetzungen des Krieges liest.

Für Rußland wird berechnet, daß für den Unterhalt von 300000 Mann und 100000 Pferden täglich 1600 t Nahrung nötig sind. Zum Transport derselben seien 175 Waggons oder 7 Züge von je 25 Waggons erforderlich. Bisher habe man in Rußland nicht mehr als 6 Militärzüge täglich abfertigen können. Die Japaner hätten also Recht, wenn sie behaupten, daß Rußland höchstens 250000 Mann in der Mandschurei erhalten könne. Nehme man an, daß Rußland monatlich 20000 Mann auf den Kriegsschauplatz schicke — und das sei das Maximum —, so könne es auch ihren Unterhalt in der Mandschurei nicht sichern. Die Kampagne von 1900 habe dafür die bündigsten Beweise gebracht. Man dürfe annehmen, daß für den gegenwärtigen Krieg die Magazine im fernen Osten den Unterhalt für 200000 Mann auf die Zeit bis zum Juli enthalten, von da ab müsse bis auf Heu und Vieh alles aus Europa bezogen werden, und dadurch werde dann die Leistungsfähigkeit der sibirischen Bahn fast völlig absorbiert sein.

Das klingt freilich ganz anders, als die „Peterburgskija Wjedomosti" noch am 4. Juni ihren Lesern die Zukunft schildern:

„Schwerlich — heißt es in einem Leitartikel des Blattes — wird Rußland noch viel Zeit brauchen, um den Japanern die entscheidende Niederlage beizubringen. Geht alles regelrecht und glatt, so wird der Krieg weit rascher beendigt sein, als man glaubt. Schon jetzt sind die Japaner in den ersten Kreis der klug aufgestellten Falle eingedrungen. Sie sind beinahe bis Liaojang vorgerückt, vor Port Arthur haben sie sich in die weiter zurück liegenden Positionen verbissen und wollen diese teuer erkauften Stützpunkte

nicht verlassen. Von Norden her drückt sie unsere Hauptmacht, von Süden — in Nordkorea einerseits und von Port Arthur her andererseits — preßt sie die dort in unbekannter Zahl zusammengezogene Truppe. In Korea haben die Japaner, als sie nach Norden marschierten, keine Truppen zurückgelassen, und schon wird das unglückliche Land von starken russischen Abteilungen überschwemmt. Tag um Tag werden unsere Truppen weiter marschieren, ohne bei Liaojang abzunehmen, vielmehr durch Zufuhren verstärkt werden, und so wird es noch lange fortgehen, vielleicht bis zum Eintreffen des baltischen Geschwaders. Obgleich die Japaner, welche an eine baldige Einnahme Port Arthurs glauben, schon begonnen haben, in Tschifu Fahrzeuge zu kaufen, um Proviant nach Port Arthur zu schaffen, ändert das nichts an der Lage, und unsere Festung wird mit Leichtigkeit eine sechsmonatige Belagerung aushalten. Dann aber wird General Kuropatkin, stark durch ein mächtiges Heer, die zersplitterte japanische Armee gleichzeitig an mehreren Stellen schlagen und dadurch die Wahrheit der Worte beweisen, die er bei seiner Abfahrt aus Petersburg aussprach: es wird nicht ein Japaner nach Japan zurückkehren. Die Mandschurei wird das Grab der japanischen Armee werden."

Das ist allerdings nach allem, was die letzten Monate gelehrt haben, kindisches Geschwätz. Wir hätten uns gefreut, wenn der pessimistische Artikel des „Temps" in einem russischen Blatte und die Ausführungen der „Wjedomosti" in einem französischen gestanden hätten. Denn über einen Feind, der sich durch seine Tapferkeit und Umsicht ein Anrecht auf Achtung erworben hat, sollte der bisher unterlegene Gegner am wenigsten so urteilen. Aber in Rußland treibt dieser Krieg die allererstaunlichsten Blüten. Ein Herr Menschikow hat vorgeschlagen, eine Feigheitssteuer zu erheben und von ihr die reichsten Erträge versprochen, und die „Peterb. Wjedomosti" erzählen und bleiben trotz des lauten Widerspruches, der sich erhoben hat, dabei, daß in Moskau die japanische Kriegsanleihe unter der Hand schwunghaft vertrieben werde.

Eine merkwürdige Wendung scheinen die marokkanischen Angelegenheiten nehmen zu wollen. Schon am 19. Mai trat auf das Gerücht hin, daß die französische Regierung mit Marokko unterhandle, der „Eclair" mit einem fulminanten Artikel hervor (von René Millet), der gegen eventuelle Überlassung marokkanischen Gebiets an Spanien protestierte. Frankreich laufe Gefahr, daß ihm die Nordküste von Melilla bis zur Sebu-Mündung verloren gehe. Das bedeute aber, daß Tanger spanisch werde und darauf dürfe Frankreich nun und nimmer eingehen, zumal sich dann die Möglichkeit biete, daß England die Frage der Neutralität der Meerenge

über Frankreichs Kopf mit Spanien verhandle, vielleicht gar dem spanischen Afrika ein neues Gibraltar auf den Nacken setze. Das könne aber kein Franzose zulassen. Schon das eine Gibraltar sei zuviel, und ohne das Recht, die Meerenge zu überwachen, könne die Ehre Frankreichs nicht bestehen. Es folgen drohende Anspielungen sowohl an die englische wie an die spanische Adresse und die nachdrücklich ausgesprochene Forderung, daß das ganze Marokko französisch werden müsse. Am 26. Mai ist dann ein zweiter mit noch größerer Leidenschaftlichkeit geschriebener Artikel von Onésime Reclus gefolgt. Ihm ist der volle Besitz Marokkos für Frankreich eine Frage von Sein oder von Nichtsein: Il s'agit pour nous d'être ou de n'être pas, tout simplement. Frankreich müsse ohne Marokko ersticken. Was es brauche, sei daher ein scharf formuliertes kräftiges Protektorat. Pas un protectorat pour rire. Komme Widerstand, so müsse die Eroberung folgen. Jedenfalls sei das Land zu französieren. Nur drei Sprachen dürften geduldet werden, französisch, berberisch und arabisch, les deux dernières destinées à s'effacer. Auch Reclus ist voller Bosheit gegen das Volk „Make Money", und wenn die hier propagierte Stimmung um sich greift, dürfte rascher, als wir es angekündigt haben, der Satz sich bewähren, daß große politische Probleme — wie die marokkanische Frage und die durch sie mitbedingte Mittelmeerfrage — sich nicht durch papierene Verträge aus der Welt schaffen lassen. Die nach Tanger geschickten spanischen Kriegsschiffe weisen darauf hin, daß man in Madrid keine Neigung hat, zu resignieren. Aber wir vermögen auch nicht zu sehen, wie ein englisches Ministerium auf die Dauer gleichgültig bleiben könnte, sobald aus der „friedlichen Durchdringung" Marokkos ein Streit um Tanger wird.

Die „Aurore" ist heute das Organ von Francis de Pressensé, der zugleich für den „Temps" tätig ist. Es ist nicht anzunehmen, daß er als Chefredakteur jene beiden Artikel, die nicht geringes Aufsehen erregen, geduldet hätte, wenn nicht noch andere einflußreiche Kreise hinter ihm ständen.

10. Juni. General Kuropatkin beginnt seinen Vormarsch.
11. Juni. Gen. v. v. Trotha trifft in Swakopmund ein.
11. Juni. Vertagung des böhmischen Landtages.
15. Juni. Ausfälle. Erfolg der Russen bei Wafangou.

15. Juni 1904.

Am 6. Juni erschien in dem „Neuen Wiener Tageblatt“ eine Depesche aus Paris, die unter Berufung auf eine Privatdepesche aus Petersburg ankündigte, daß zwischen England und Rußland ein Übereinkommen über die Tibetfrage abgeschlossen sei. England habe ausdrücklich die Rechte Rußlands in Tibet anerkannt und ein befriedigender modus vivendi sei glücklich erreicht worden. Auch habe die englische Regierung zugunsten Rußlands von Japan die Versicherung erhalten, daß die Japaner während des Krieges die Robbenfischerei in der Behringsstraße nicht stören werden.

Auf den Boden dieser Nachricht stellte sich ein Leitartikel der „Neuen Freien Presse“. Hier sei der Beginn einer Annäherung zwischen London und Petersburg, ein Ansatz zur Versöhnung oder doch zur Abschwächung alter Erbfeindschaften zu erkennen. Schon seit den Tagen Gladstones habe eine dahin gerichtete Strömung bestanden, heute sei sie noch lebendiger, und das französisch-englische Abkommen, das scheinbar unüberwindliche Reibungsflächen ungefährlich gemacht habe, rücke nunmehr durch die russisch englische Verständigung erst in das rechte Licht. Habe doch Balfour ausdrücklich erklärt, daß er bemüht sei, noch andere ähnliche Abkommen wie das französische abzuschließen.

Unter diesen Umständen sehe man mit doppelter Spannung der Kieler Zusammenkunft entgegen. Trage sie den Charakter eines freundschaftlichen Gegenbesuches, so stimme die Haltung der englischen Presse nur schlecht dazu. Die „Times“ habe aus ihrem Mißvergnügen kein Hehl gemacht, der „Spectator“ vor dem Mac-

chiavellismus Kaiser Wilhelms gewarnt. Die einschneidende Tatsache der veränderten internationalen Konstellation werde jedoch durch die Kieler Zusammenkunft nicht rückgängig gemacht werden. Die neuen Kombinationen: Frankreich-England, England-Rußland, Italien-Frankreich, müßten auf die Dauer praktische Konsequenzen haben. „Es sah gestern noch anders in der Welt aus als heute, und das Heute deutet mehr auf das Morgen, als auf das Gestern."

Am folgenden Morgen mußte nun freilich die „Neue Freie Presse" sich aus Paris melden lassen, daß dort von jenem russisch-englischen Abkommen nichts bekannt sei. Man wisse nur, daß England keine Annexionsgelüste in Tibet habe. Dagegen habe das französisch-englische Abkommen die Absicht König Eduards, eine Annäherung zwischen England und Rußland herbeizuführen, wesentlich gefördert, und die französische Politik habe ihren Anteil an „dieser Lösung" der Streitfrage.

Um diesen nicht sehr geschickten Rückzug noch besser zu decken, bringt dann die „Neue Freie Presse" das folgende Londoner Telegramm: „Aus Petersburg wird bündig gemeldet, daß Verhandlungen über Tibet und die dortige britische Aktion zwischen Rußland und England gepflogen werden, und daß Rußland befriedigende Erklärungen hierüber erhalten habe." Der Inhalt sei zwar noch nicht bekannt, aber voraussichtlich würden dem Parlament nähere Andeutungen gemacht werden. (Diese „Andeutungen" sind inzwischen erfolgt, d. h. die englische Regierung hat im Parlament offiziell das Bestehen solcher Vereinbarungen und Verhandlungen negiert.) Das Ziel der englischen Expedition sei, das britische Prestige im Herzen des Buddhismus zu wahren, denn für die große Menge buddhistischer Untertanen Englands sei es nichts geringes, zu wissen, daß sie auf Erden bloß die Briten über sich haben, und daß Tibet sich nichts herausnehmen dürfe. England habe also seinen Hauptzweck erreicht: die Unantastbarkeit des tibetanischen Reiches und seine geheimnisvolle Klausur seien gebrochen und daher weiter kein Grund mehr, den Russen alle wünschenswerte Beruhigung territorialer oder staatsrechtlicher Natur zu gewähren.

Nun läßt sich wohl sagen, daß alle politischen Ausführungen der „Neuen Freien Presse" falsch sind. Zunächst fehlt ihnen die tatsächliche Unterlage, denn die Nachricht von einem russisch-englischen Ab

kommen über Tibet ist nicht zutreffend. Wir können vielmehr verfolgen, daß die tibetanische Frage an Schärfe nicht abnimmt, sondern akuter wird. Die gesamte russische Presse, ohne jede Ausnahme, ist bei der Feindseligkeit, die sie von Anfang an der Expedition Younghusband entgegenbrug, geblieben, und der Umstand, daß neuerdings die Japaner eifrig für die auf Tibet gerichteten Pläne Englands eintreten, wird schwerlich eine freundlichere Stimmung zur Folge haben. Berichtet doch ein Korrespondent des „Standard" aus Tokio, daß der „Nischi Nischi Schinbun", jetzt wohl das einflußreichste Organ der japanischen Presse, in mehreren Artikeln sich mit der tibetanischen Frage beschäftigt habe und zum Schluß gelange, daß die Tibeterpedition, deren schließlicher Erfolg vorauszusehen sei, ein neues denkwürdiges Kapitel in der Geschichte der britischen Bestrebungen in Indien eröffne. Jetzt, da Rußland im Osten vollauf beschäftigt sei, könne England die Tibetfrage und das persische Problem nach Herzenslust und ohne jede Sorge vor der Intervention Dritter lösen. Rußland werde mindestens 20 Jahre brauchen, ehe es wieder in diesen Gebieten eine aktive Politik werde treiben können.

Man muß von der Politik Rußlands in Asien sehr wenig wissen, wenn man sich vorstellt, daß es eine Kombination gibt, welche Rußland bestimmen könnte, dem alten Gegner kampflos jene Glacis zu überlassen, von denen Lord Curzon sprach, oder ruhig zu dulden, daß das englische Prestige an die Stelle des russischen tritt. Rußland hat zu viele buddhistische Untertanen, um sich in eine solche Situation finden zu können. Wenn jetzt die „Daily Mail" (ein opportunistisches Jingoblatt, das meist schnell und gut orientiert ist) meldet, daß eine Anzahl geschulter und gut bewaffneter Burjäten aus der Mongolei und aus Sibirien den Tibetanern Hilfe leiste, so würde, die Richtigkeit der Nachricht vorausgesetzt, damit der Beweis erbracht sein, daß Rußland keineswegs geneigt ist, die Verwandlung von Tibet in eine englische Dependenz günstigen Auges anzusehen. Das liegt nun einmal in der Natur der Dinge, ganz wie reale Interessenfragen das Vorgehen der Engländer als durch ihre Interessen geboten, verständlich machen. Unverständlich ist uns nur die deutschfeindliche Spitze, welche die „Neue Freie Presse" ihren Ausführungen gibt. Es ist der Widerhall der politischen Kampagne,

die von der „National Revue“ ausging und vom „Temps“ und anderen Filialen unserer politischen Gegner aufgenommen wurde, um der Welt die Mär von dem isolierten Deutschland aufzubinden. Nun haben diese Intriganten freilich auch in der deutschen Presse ihre Schwurgenossen gefunden, deren Ausführungen dann beifällig von unseren bittersten politischen Gegnern abgedruckt wurden — aber mit diesen Elementen rechten wir überhaupt nicht, weil wir sie verachten —, was aber kann das einflußreichste Organ der deutsch-österreichischen Presse veranlassen, solche Wege zu gehen? Man sollte doch annehmen, daß gerade Österreich-Ungarn lebhaft daran interessiert ist, daß der Glaube an den Zusammenhang des Dreibundes und an die ungeminderte Kraft Deutschlands lebendig bleibt. Das Bemühen vollends, die bevorstehende Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit König Eduard als politisch bedeutungslos darzustellen, ist uns bei „Times“ und „Temps“ durchaus nichts unerwartetes, bei der „N. Fr. Presse“ dagegen eine Überraschung, deren Zweck wir nicht verstehen.

Was aber jene Zusammenkunft selbst betrifft, so ist es an sich lächerlich, ihr jede Bedeutung im voraus absprechen zu wollen. Ist König Eduard auch ein parlamentarisch gebundenes Staatsoberhaupt, und das regierende Ministerium allezeit sehr mächtig, so hat er doch die Bedeutung seiner Persönlichkeit sehr merklich geltend zu machen verstanden, und wir glauben nicht, daß seit den gesunden Tagen Georgs III. ein anderer britischer Herrscher in der inneren wie in der auswärtigen Politik Englands einen größeren Einfluß auszuüben verstanden hat. Daß die Richtung dieses Einflusses dem englischen, nicht unserem Vorteil diente, ist offenkundig und wird ihm von uns ebensowenig zum Vorwurf gemacht, wie wir den Engländern das Recht zusprechen, sich darüber zu ereifern, wenn wir die Wege gehen, die uns nützlich scheinen, z. B. ohne uns durch den ungeheueren Lärm, den sie anschlagen, irre machen zu lassen, am Ausbau unserer Flotte rüstig weiter zu arbeiten. Daß das auch ferner geschehen wird, davon wird König Eduard Gelegenheit haben, sich in den Kieler Tagen zu überzeugen, und wir meinen, daß der Gedankenaustausch, in den Kaiser Wilhelm mit ihm treten wird, ihm den gesunden Kern unserer Flottenbewegung und die Einmütigkeit, mit der die Nation an ihr festhält, recht lebendig vorführen wird. Erst neuerdings ist in einer vortrefflichen Studie Professor Helfferichs

über die Baumwollenfrage nicht nur in einem überaus wichtigen wirtschaftlichen Problem die Gemeinsamkeit der deutschen und der englischen Interessen nachgewiesen, sondern auch gezeigt worden, in wie freundschaftlicher Weise wir die Ergebnisse unserer Versuche und Studien den Engländern zugänglich gemacht haben. Helfferich zitiert einen Ausspruch Mr. Huttons in der „West African Mail" vom 19. Februar 1904 in betreff der Hilfe, die wir den englischen Baumwollinteressenten geleistet haben. „Ich freue mich — sagt Hutton — daß zwischen dieser wichtigen Vereinigung (dem deutschen Kolonialwirtschaftlichen Komitee) und der britischen „Cotton Growing Association" die besten Beziehungen bestehen, und daß auf beiden Seiten anerkannt wird, daß England und Deutschland bei dem gegenwärtigen Wellengang in demselben Boote sitzen und sich gegenseitig helfen müssen." Wir möchten dabei das gegenseitig unterstreichen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß dies der Grundton der Kieler Tage sein wird.

Um aber noch einmal auf die Frage der Abkommen, namentlich des englisch-französischen, zurückzukommen, so stehen wir jetzt vor dem merkwürdigen Schauspiel, daß diesseit wie jenseit des Kanals von der Opposition der Vorwurf laut wird, man sei übervorteilt worden. Das ist gewiß ebenso verfrüht geklagt, wie der Jubel verfrüht war, mit dem von anderer Seite das Abkommen begrüßt worden ist. So viel wir sehen, sind feste Resultate bisher nur über Siam, Zentralafrika und Neufundland erzielt. In betreff der anderen Fragen sehen wir trotz aller Veröffentlichungen noch nicht klar, und uns scheint, daß wahrscheinlich erst nach Jahr und Tag ein sicheres Urteil sich wird fällen lassen. Verträge wollen nicht nur abgeschlossen, sondern erlebt, d. h. durch die Erfahrung gekräftigt und gelobt sein. Das Abkommen über Marokko trägt zunächst die Merkmale einer Zukunftsphantasie, und welches nach 30 Jahren die Stellung Frankreichs in Marokko sein wird, ist uns ebenso ungewiß wie etwa die andere Frage, ob es dann noch eine französische Republik geben wird. Wer kann so weit voraussehen? Vielleicht ist aber bis dahin aus dem radikal-sozialistischen Frankreich ein radikal anarchisches geworden, und dann würden, als dem Prinzip der Anarchie widersprechend, alle Verträge und Abkommen Frankreichs von selbst in sich zusammenbrechen. Im Augenblick aber ist nichts

unwahrscheinlicher geworden, als die erstrebte pénétration pacifique, und insofern mag die Sorge nicht ganz unberechtigt sein, der Lord Roseberry in Queens Hall Ausdruck gab, als er sagte: „ich hoffe und vertraue, aber ich glaube nicht recht daran, daß die Macht, welche Gibraltar besitzt, niemals den Anlaß haben wird, zu bedauern, daß Marokko einer fremden Großmacht ausgeliefert worden ist."

Aus Ostasien sind die sensationellen Nachrichten, die man zu erwarten geneigt war, nicht eingelaufen. Sicher scheint zu sein, daß ein dem General Kuropatkin aufgedrängter Vorstoß schließlich infolge des Vorrückens der Japaner wieder aufgegeben wurde, daß Port Arthur nach wie vor umlagert wird und die russische Flotte den Hafen zu verlassen nicht stark genug ist. Die umschwirrenden, meist auf chinesische Phantasie zurückzuführenden Gerüchte verdienen sehr geringen Glauben, mindestens sind sie sehr übertrieben. Es wird nun alles darauf ankommen, daß Port Arthur sich hält, und gewiß werden die Japaner mit einem außerordentlich zähen und tapferen Widerstande zu rechnen haben. Ebenso sicher ist wohl, daß die Japaner bereit sind, die größten Opfer zu bringen, um der Festung Herr zu werden. Daß sie mit Blut nicht sparsam umgehen, haben sie vor Kintschou gezeigt; aber wie viel größer waren die Opfer der Russen vor Plewna oder unsere Verluste vor Metz! Im Vergleich damit ist es bisher ein Krieg en miniature, der sich jetzt vor unseren Augen abspielt. Die Schwierigkeiten liegen auf anderem Gebiet: die Fragen des Transports und der Verpflegung und auf russischer Seite die ungeheueren Schwierigkeiten, welche durch Unzuverlässigkeit und Gewissenlosigkeit der Tschinowniks hervorgerufen werden. Es laufen darüber aus allerbester Quelle kaum glaubliche Nachrichten um. Wie weit die Gegnerschaft zwischen dem Statthalter Alexejew und dem Oberkommandierenden General Kuropatkin mitspielt, vermag man von hier aus nicht zu erkennen. An sich scheint, was darüber durch die Zeitungen geht, wenig glaubhaft, da man sich in Petersburg doch der einfachen Wahrheit gegenüber nicht verschließen wird, daß vor allem Einheitlichkeit in der Kriegsleitung unerläßlich ist. Die Japaner haben jetzt dem Feldmarschall Yamagata die Gesamtleitung übertragen — um so notwendiger ist, daß Kuropatkin in der Ausführung seiner Absichten nicht behindert wird.

In Rußland beginnen die wirtschaftlichen Folgen des Krieges sich fühlbar zu machen. So wird aus dem Rjeshinschen Kreise dem „Kiewljanin" geschrieben: „In jüngster Zeit hat sich bei uns das Gerücht verbreitet, daß viele Tabaksfabriken, namentlich kleine, die ihre Geschäfte mit fremdem Kapital betreiben, zeitweilig den Betrieb eingestellt haben, und die Schließung der Fabriken wird von denjenigen, die das Gerücht verbreiten, in Zusammenhang mit dem Kriege gebracht. Solche Gerüchte bringen viele Landwirte des südlichen Teiles des Rjeshinschen Kreises zur Verzweiflung. Sie fürchten, daß wenn ein Teil der Fabriken geschlossen wird, der Blättertabak, der ihr Haupteinkommen bildet, im Preise fallen wird. Überhaupt hatte sich bei uns lange nicht ein solcher Geldmangel fühlbar gemacht, wie jetzt. Wir haben fast in jeder Wolost Sparkassen, deren Operationen vorzüglich mit den lokalen Einlagen gemacht werden. Jetzt geben diese kleinen Institute aus irgendwelchem Grunde den Reservisten keine Darlehen mehr, und viele von ihnen sind dadurch in eine schwierige Lage versetzt. Überall stocken hier die Geschäfte: die Frühjahrsjahrmärkte, auf welchen in früheren Jahren ein flotter Handel mit Vieh und Pferden betrieben wurde, waren matt. Dazu kam eine noch fortdauernde und sich weiter ausdehnende Viehseuche. Im Jahre 1903 haben fast alle Dorfgemeinden der Kosaken und Bauern des Rjeshinschen Kreises beschlossen, ihre Gemeindegetreidevorräte zu verkaufen und statt dessen Einzahlungen in bar Geld zu machen und diese Beschlüsse sind von der Tschernigower Gouvernementsregierung bestätigt worden. Nun ist ein Teil dieser Vorräte schon verkauft und in der Wolost Monastyrischtsche sollen alle noch vorhandenen Vorräte Ende Mai und im Juni verkauft werden."

Hier bricht die Korrespondenz ab, aber es ist leicht, den wohl von der Zensur unterdrückten Schluß zu ergänzen. Offenbar wird gefürchtet, daß als Schlußresultat es im Kreise sowohl an Getreide wie an Geld fehlen wird — und was soll dann geschehen? In der „illegalen" Literatur tritt die Klage über eine steigende ökonomische Krisis natürlich weit lauter hervor. So heißt es in einem Odessaer Briefe der „Oswoboshdenije": „Die durch den Krieg hervorgerufene ökonomische Notlage wird von Tag zu Tag schlimmer und droht zu einer akuten Krisis zu werden. Die Geschäfte stocken völlig. Auf den Bankerott einer langen Reihe kleiner und mittlerer Firmen,

von dem Sie schon gehört haben werden, ist der Zusammenbruch vieler großer und solider Firmen gefolgt. So machte kürzlich die sehr starke Firma Fischerowitsch bankerott. Viele Fabriken und Manufakturen sind geschlossen, andere beschränken die Zahl ihrer Arbeiter um die Hälfte oder um ein Drittel, oder man läßt nur einige Stunden arbeiten". Am bedenklichsten erscheinen uns die Nachrichten über die anwachsende sozialistische und revolutionäre Propaganda. In Russisch-Polen kombiniert sie sich mit einer rücksichtslosen antirussischen Propaganda, die bis tief in die Kreise der bäuerlichen Bevölkerung eingedrungen ist. Den polnischen Aristokraten, welche einen polnischen Sanitätszug organisiert haben, hat man die Fenster eingeworfen, und dem Erzbischof Popel, der die Initiative dazu ergriff, ist ein Porzellanschwein durch die Post zugeschickt worden usw. Die „Oswoboshdenije" bringt schon den dritten langen Artikel über die Stimmung in Polen und der Eindruck, den man daraus gewinnt, weist auf die Gefahr einer drohenden Revolution. Es gibt wie 1830 und 1863 wieder ein anonymes Zentralkomitee, das Vorschriften erläßt und Demonstrationen veranstaltet und gewiß noch schlimmeres täte, wenn nicht die russischen Truppen auf polnischem Boden ständen. Die letzten derartigen Demonstrationen waren die folgenden: 17. Februar Demonstration vor dem englischen Konsulat (russisch-patriotisch), 21. Februar Gegendemonstration der P. P. S. (Polnisch-sozialistische Partei), 14. März Große Arbeiterdemonstration, organisiert vom P. P. S., ebenfalls im März zwei Demonstrationen bei Beerdigung von Arbeitern: 1. Mai kolossale Demonstration (gegen 50000 Teilnehmer), organisiert vom P. P. S., eine zweite Maidemonstration von 2000 Personen, organisiert vom „Bund", eine dritte vor dem Poviatgefängnis, 3. Mai nationalistische Demonstration zur Erinnerung an die polnische Verfassung von 1791. 4. Mai Demonstration bei der Beerdigung des in der Zitadelle gestorbenen Birenzweig. 11., 12., 15. Mai Maidemonstrationen, organisiert vom P. P. S. in Czenstochau, Radom und in den Dörfern des Kreises Lowitsch im Gouvernement Warschau und der Kreise Ljubort und Pulawy in den Gouvernements Sedletz und Radom. Daß die russische Regierung unter diesen Umständen ihre Westgrenze nicht von Truppen entblößen will, kann allerdings nicht Wunder nehmen.

16. Juni. Der deutsche Reichstag nimmt die Vorlage über die afrikanischen Eisenbahnen an.
Ermordung des Generalgouverneurs von Finnland, Bobrikow.
18. Juni. Zusammenkunft zwischen König Peter und Fürst Ferdinand in Belgrad.
21. Juni. Das Wladiwostok-Geschwader entkommt der Verfolgung des Admirals Kamimura.
27. Juni. Großer Sieg der Japaner bei Liaoyang.

22. Juni 1904.

Es ist überaus bedauerlich, daß der blanke politische Schild der Finnländer durch einen mit Selbstmord kombinierten politischen Mord befleckt worden ist. Es gibt keinen Entschuldigungsgrund, der den Mord, den politischen mit eingeschlossen, rechtfertigen könnte. Die Moral des Brutus ist nicht die der christlichen Welt, und weder Charlotte Corday noch Karl Sand sind für uns Objekte der Bewunderung. Solche Verbrechen lassen sich psychologisch erklären und begreiflich machen, aber nicht verzeihen. Sie bleiben unter allen Umständen eine Durchbrechung der sittlichen Weltordnung und müssen gesühnt werden. Bisher hat eine unerbittliche Nemesis noch immer dahin gewirkt, daß der politische Mord das Gegenteil dessen bewirkte, was er zu erzielen dachte.

Die an solchen Untaten reiche Geschichte Rußlands liefert dafür die allerdrastischsten Beweise. Politische Morde haben die Entwicklung zum Stehen gebracht, die auf eine allmähliche Überführung der Nation zu konstitutionellen Lebensformen hinzielte, und einen ungesunden Gegensatz in das innere Leben der Nation hineingetragen, der durch bald drei Menschenalter von Zeit zu Zeit, man möchte sagen in „politischen Krämpfen", seinen Ausdruck findet. Schon die Anschläge der sogen. Dekabristen warfen Rußland in die Bahn der Reaktion zurück, und als dreißig Jahre danach ein neuer Anlauf zu Reformen von oben her in Angriff genommen und in den Hauptsachen auch glücklich durchgeführt wurde, da hat die weit gefährlichere politische Sekte der Nihilisten wiederum zu einer Periode der Reaktion geführt, die an den fortgesetzten Mordanschlägen das Recht zur

Repreſſion fand. Gewalt gegen Gewalt wurde die Parole, und wie es zu geſchehen pflegt, wurde darüber der Freiheitsanſpruch der Geſamtheit und die individuelle Freiheit des einzelnen ſchwer geſchädigt. Inzwiſchen aber hatte nach anderer Seite hin eine unheilvolle Entwicklung ſich vollzogen. Unter Kaiſer Nikolaus I. wächſt die ſlavophile Partei zu einer Macht heran und ihre Dogmen, welche die Entnationaliſierung der ſprachfremden Reichsangehörigen verlangten, um einen Staat abſoluter Spracheinheit zu konſtruieren, wurden, nicht ohne anfängliches Widerſtreben, von der Regierung aufgenommen und mit zwei anderen politiſchen Dogmen kombiniert, von denen das eine Eigentum des Kaiſers ſelbſt war und in das Schlagwort ſtaatliche Uniformität ausmündete, das andere der bureaukratiſchen Spitze des ruſſiſchen Klerus gehörte und dieſen kaiſerlichen Uniformitätsgedanken auf das konfeſſionelle Gebiet übertrug. Es ſollte dahin gewirkt werden, daß die allein zur Miſſion und zu propagandiſtiſcher Tätigkeit berechtigte griechiſche Kirche, kraft ihres Rechts, alles feſtzuhalten und für alle Zukunft zu binden, was mit ihr in Berührung trat, ſchließlich ebenſo zur einzigen Konfeſſion des Reiches werde, wie die ruſſiſche Sprache beſtimmt war, die einzige Sprache des Reiches zu ſein.

Unter Kaiſer Nikolaus I. ſtand der Durchführung dieſer drei politiſchen Dogmen die Ehrenhaftigkeit im Wege, mit welcher er an Zuſagen feſthalten wollte, die er einmal gegeben hatte. Als die polniſche Revolution von 1830/31 die vom Kaiſer beſchworene Verfaſſungsurkunde Alexanders I. zerriß, fühlte er ſich in dieſem Teil des Reiches der Verpflichtungen ledig, die ihm nationale und konfeſſionelle Propaganda und die Schonung einheimiſcher Rechtsordnungen geboten hatten. Ruſſiſch Polen wurde der erſte Schauplatz, auf dem das neue Programm ſich verſuchte, und an dieſer Arbeit der Aſſimilierung, die von vornherein zum Scheitern verurteilt war, erhitzten ſich zunächſt die Mächte der Intoleranz. Das beſondere Recht der anderen privilegierten nichtruſſiſchen Reichsteile, der Oſtſeeprovinzen und des Großherzogtums Finnland, ſchützte der Kaiſer. Sie hatten ihm allezeit Treue gehalten, er wollte ſie ihren Feinden nicht preisgeben. Nur nach einer Seite hin vermochte er nicht zu ſchützen. Im Jahre 1841 brach die griechiſche Kirche in die Oſtſeeprovinzen ein, wie heute unzweifelhaft feſtſteht, durch trügeriſche Verheißungen

die lutherischen Bauern der Provinzen, speziell Livlands in ihren Schoß hinüberziehend, so daß schon im April 1846 in Livland, 43 neue russische Pfarrbezirke eröffnet werden konnten. Erst der Krimkrieg brachte einen Stillstand in dieser Aggression, und als danach die Tage der liberalen Ära Alexanders II. sich vorbereiteten, nahmen zunächst andere Interessen die russische „Intelligenz" und die Arbeitskraft der russischen Bureaukratie in Anspruch. Man war damals mehr liberal als national. Aber wiederum hat in dieser Zeit, die einen großen Wendepunkt in der Geschichte Rußlands bezeichnet, die polnische Frage verhängnisvoll eingegriffen. Der polnische Aufstand von 1863 läßt sich kurzweg als dasjenige Ereignis bezeichnen, welches am verhängnisvollsten auf den Geist der führenden Köpfe des russischen Volkes eingewirkt hat. Denn in der Bekämpfung der Polen erstand die neue Großmacht, vor welcher die zarische Unumschränktheit kapitulieren mußte: die intolerante, dem nationalen Gedanken alles übrige opfernde moskauische Presse, die unter der Führung von Katkow und Leontjew von den Slavophilen der älteren Schule, Chomjakow Siamarin und Genossen, unterstützt, nunmehr nach Bewältigung des polnischen Aufstandes ihre ganze Kraft auf die anderen, nicht national-russischen Provinzen richtete. Uniformität in Recht, Sprache und Glauben war das Ziel, und die Arbeit der Presse ging dahin, zunächst dem Kaiser selbst den Gedanken in die Seele zu gießen, daß er diesem höheren Recht des „russischen Gedankens", wie man sagte, das Recht der „vergilbten Pergamente", die er beschworen hatte, opfern müsse. 1869 hat Alexander II. sich dieses Programm zu eigen gemacht, und von da ab begann ein erneuter Ansturm der Pioniere der Russifikation in Sprache, Recht und Kirche gegen die drei baltischen Provinzen. Die deutschen Erfolge der Jahre 1870 71 kräftigten diese Bestrebungen. Der deutsche Nachbar schien zu mächtig geworden, um nicht begehrlich zu sein, und die Fabel von den Absichten Deutschlands auf die Küsten des Baltischen Meeres wurde eifrig kolportiert. Es hat im Zusammenhang mit diesen Strömungen sich das russische Slavophilentum zum Panslavismus in Fragen der auswärtigen Politik zum Panrussismus in denen der inneren Politik ausgebildet, und die Ereignisse der Jahre 1877 bis 1879 haben nach dieser Richtung hin wesentlich verschärfend gewirkt. Immerhin aber hat Alexander II., dem das deutsche Wesen noch im

eigenen Blut lebendig war, das Äußerste abgewehrt, und auch die ersten damals auftauchenden Angriffe gegen Finnland sind von ihm nicht ermutigt worden. Im Kampf gegen den Nihilismus und Sozialismus sah er in der unzweifelhaften Loyalität dieser Westgebiete eine Stütze, andererseits aber war er bemüht, dem andrängenden russischen Liberalismus das zu gewähren, was er mit Aufrechterhaltung der bestehenden monarchischen Grundlagen des Staates für vereinbar hielt. Die sogenannte Loris Melikowsche Verfassung, in Wirklichkeit nur die Berufung einer Art Notabelnversammlung, sollte die Nation auf eine neue Bahn führen. Da führte das unmenschliche Attentat des 1. 13. März die Wendung herbei. Alexander III. bestieg den Thron. Er ist der erste Zar, der die Bestätigung der baltischen Privilegien verweigert hat, aber er bestätigte die finnländische Verfassung. Im Innern des Reiches begann die Rückbildung der alexandrinischen Reformen, in den baltischen Grenzmarken die rücksichtslose Vollendung den Russifikationsarbeit. Wir wollen auf das Detail nicht eingehen. Das Ziel ist heute erreicht, die deutsche Intelligenz aus dem Lande verdrängt, teils in das Innere des Reichs, teils nach Deutschland. Diejenigen, die sich im Lande behauptet haben, sind auf den Aussterbeetat gesetzt. Verhältnismäßig gesichert bleibt noch die Stellung des Adels auf seinen Gütern. Aber die wissenschaftliche Entmannung der Universität Dorpat und der völlige Niedergang des Schulwesens droht auch ihn geistig und national zu degenerieren, während andererseits die systematische Aufreizung der lettischen und estnischen Bauern und des neuen bürgerlichen Proletariats, das aus ihren Reihen hervorgegangen ist, ein rücksichtslos sozialistisch anarchistisches Element gezüchtet hat, das heute von der Regierung selbst als eine Gefahr erkannt und bekämpft wird — so weit wir sehen, mit geringer Aussicht auf Erfolg. Damit aber haben wir der chronologischen Folge der Ereignisse vorgegriffen. Im wesentlichen fallen die entscheidenden letzten Maßnahmen dieser destruktiven Politik bereits in die Regierung Nikolaus II., der nach der dreizehnjährigen Regierung des Vaters das in den baltischen Provinzen durchgeführte System auf Finnland übertragen mußte. Wie das geschah, steht noch in aller Andenken. Die Finnländer, deren Verfassung auch Nikolaus II. beschworen hat, sahen ihr Recht durchbrochen unter Berufung auf die höheren Pflichten, die der

Herrscher der Gesamtheit des Reichs gegenüber habe, und konnten durch einen Blick auf die baltischen Provinzen das Schicksal vorher sehen, das sie erwartete. Gewiß hat diese Perspektive wesentlich dazu beigetragen, ihren Widerstand so zäh und hartnäckig zu gestalten. Der ungeheure geistige und materielle Rückschritt, der ihnen drohte, ließ jedes, auch das geringste Zugeständnis als gefährlich erscheinen, und so begann ein passiver Widerstand, dem auch die Gegner nicht vorwerfen konnten, daß er mit anderen Waffen als denen der zu Recht geltenden Verfassung geführt worden sei.

Dieser Weg der Legalität ist nun durch die Ermordung des Generalgouverneurs Bobrikow verlassen worden, und schon wird in der russischen Presse der Ruf laut, daß die Gesamtheit der Schweden Finnlands für die unselige Tat verantwortlich sei. Aber das ist, wie die Untersuchung ergeben wird, gewiß nicht wahr. Es wäre eine unkluge und heute vielleicht gar eine gefährliche Politik. Denn in Tagen, wie die gegenwärtigen es sind, braucht Rußland zufriedene Provinzen, nicht bis ins tiefste Herz beleidigte und gekränkte. Wenn je, so ist heute die Zeit der Großmut und Versöhnung gekommen, und wir zweifeln nicht daran, daß jeder Schritt auf dieser Bahn einen enthusiastischen Loyalismus hervorrufen würde. Auch täuschen diejenigen den Zaren, die ihm sagen, daß seine finnländische Politik und überhaupt die Politik der Assimilierung und des Gewissenszwanges, des nationalen wie des religiösen, heute in Rußland populär sei. Sie wird nur vertreten von der russischen Presse und hinter ihr steht nur jenes Volk der Tschinowniks, über welches der Verlauf des Krieges das Urteil gesprochen hat. In Rußland gibt es keinen unabhängig denkenden Mann, der die Kette der Mißerfolge, die Rußland dem kleinen Japan gegenüber erlitten hat, nicht der Gewissenlosigkeit zuschriebe, die in den Verwaltungsorganen ihr Wesen treibt. Was darüber in Petersburg und Moskau in den Gassen und in den Salons erzählt wird, übersteigt zwar das Glaubliche, gibt aber, wenn auch nur ein Bruchteil davon wahr ist, ein Bild, das das Herz jedes russischen Patrioten erschüttern muß.

Wir, in Deutschland, haben uns von jeder direkten und indirekten Parteinahme in diesen Fragen ferngehalten, denn wir wissen, daß kein Staat das Mitreden Dritter in seine inneren Angelegenheiten

dulden darf, so lange er noch auf eigenen Füßen steht. Rußland ist eben nicht Marokko. Wohl aber legt unser eigenstes Interesse uns den Wunsch nahe, daß Rußland zufriedene und reiche Westprovinzen hat. Wir sehen, daß die bisherige Politik üble Früchte getragen hat, Rückgang des Wohlstandes, Unsicherheit in allen Verhältnissen des bürgerlichen Lebens, ein tiefbedauerliches Sinken des Bildungsniveaus — was ist, um ein Beispiel anzuführen, aus Dorpat geworden und was droht aus Helsingfors zu werden? —, eine steigende Verwilderung der unteren Klassen. Das Attentat Schaumann hat gezeigt, daß die Verwirrung des sittlichen Empfindens sogar einen Mann aus den geistig und moralisch höchststehenden Kreisen der Gesellschaft ergreifen konnte — da ist man wohl berechtigt, die Frage aufzuwerfen: wo soll das hinaus? Noch einmal, es gibt ein untrügliches Mittel, mit einem Federstrich gutzumachen, was die, wie es noch vor wenig über zehn Jahren scheinen konnte, unerschütterliche Harmonie zwischen Rußland und Finnland wiederbringen könnte: die Herstellung des alten Rechtes in seinen wesentlichen Punkten und der endgültige Verzicht auf die sprachliche und konfessionelle Russifizierung des Landes.

Die letzten Nachrichten vom Kriegsschauplatze sind sowohl für Rußland wie für Japan wenig erfreulich gewesen. Rußland hat nunmehr die dritte Niederlage seiner Armee zu verzeichnen. In Wafangou-Telissu aber sind es russische Kerntruppen gewesen, die in fast gleicher Anzahl den Japanern gegenüber gestanden haben, und General Stackelberg mit seiner Mannschaft haben es gewiß nicht an Tapferkeit fehlen lassen. Wenn die Japaner trotzdem dank der Überlegenheit ihrer Artillerie einen glänzenden Sieg errungen haben, so trifft die Schuld ohne Zweifel diejenigen, welche die Verantwortung für die mangelhafte Vorbereitung des Krieges tragen. Es gab keinen irgend vernünftigen Grund, der das umgekehrte Verhältnis ausschloß, und wenn uns vollends gemeldet wird, die russischen Geschütze seien von alter Konstruktion gewesen und ihr Verlust daher leicht zu verschmerzen, so scheint die Entschuldigung fast noch schlimmer als das Versäumnis.

Die Japaner wiederum haben sich durch eigene Schuld die schmerzlichen Verluste an Schiffen und Mannschaft dadurch zugezogen, daß sie in unberechtigter Zuversicht ihre Transportschiffe ungeleitet

die gefahrliche Fahrt von Japan zum Festlande hin haben machen lassen. Admiral Beiobraiow hat bisher mit großem Geschick und großer Kühnheit operiert, und es ist nach den letzten Verlusten, welche die Japaner durch Auflaufen auf Minen und durch Schiffskollisionen erlitten haben, keineswegs ausgeschlossen, daß das Machtverhältnis zur See sich wieder zugunsten der Russen ändert, wenn es ihnen glücken sollte, die baltische Flotte nach Ostasien zu schaffen und wenn Port Arthur — wie sehr wohl möglich ist — sich bis dahin behauptet. Da es den Russen gelungen ist, ihre lädierten Fahrzeuge wieder instand zu setzen, und ein erneuter Versuch der Japaner, den Eingang in den Hafen zu sperren, gescheitert ist, sind noch die merkwürdigsten Überraschungen möglich. Die nächste Entscheidung hängt wohl daran, ob es Stackelberg gelungen ist, das Gros seiner Truppen zu retten, und ob die unmittelbar bevorstehende Regenzeit weitere Operationen der beiden kriegführenden Parteien überhaupt noch gestattet. Die Zeit arbeitet jedenfalls mehr für Rußland als für Japan, dessen Stellung durch jede Woche, die General Kuropatkin gewinnt erschwert wird.

Die Wendung, welche die Affaire Perdicaris in Marokko nimmt, kann als ein Vorspiel der Schwierigkeiten betrachtet werden, welche die „pénétration pacifique" Marokkos bieten wird. Man kann jene Unterhandlungen mit dem Räuber Raisuli nicht ohne ein Gefühl von Beschämung und Spott verfolgen. Im Grunde kapituliert nicht nur der Sultan von Marokko, sondern auch Europa und Amerika vor ihm. Der unschätzbare Perdicaris setzt die Welt zu seiner Rettung in Bewegung, und wenn wirklich die Forderungen Raisulis bewilligt werden, sollte es uns wundern, wenn nicht unternehmende Köpfe in Marokko sich von Zeit zu Zeit einen Europäer oder Amerikaner abfangen, um durch ihn politische Chantage zu treiben. Denn hat man erst ein so kostbares Pfand in Händen, so gewinnt es die Macht der Wunschringe aus tausend und einer Nacht: alle Herrlichkeiten der Welt stehen dem glücklichen Besitzer zu Dienst, er braucht nur zu wünschen.

Aus der Türkei laufen neben guten schlechte Nachrichten her. Während die Repatriierung der geflüchteten Bulgaren in Ordnung vor sich geht und auch die mit den Reformen in Zusammenhang stehenden finanziellen Fragen in erwünschter Weise erledigt wurden,

melden sich die alten Unruhestifter, die Aufruhrkomitees, von neuem. Auch aus Armenien kommen beunruhigende Nachrichten, und in Arabien scheint die Gärung gleichfalls fortzudauern. Nebenher beginnen die Vereinigten Staaten die Pforte mit ihren Forderungen zu ängstigen, lauter Dinge, die gewiß nicht dazu beitragen, eine zuversichtliche Stimmung aufkommen zu lassen. Als günstiges Zeichen darf wohl die Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien betrachtet werden, zumal es dem König Peter glücklich gelungen ist, Belgrad von den Teilnehmern an der Ermordung seines Vorgängers zu reinigen.

In Frankreich ist große Freude über den Gewinn des Gordon-Bennet-Preises, und das ist wohl verständlich. Es ist wirklich ein Erfolg der französischen Industrie, wenn auch Präsident Loubet in seiner Antwort auf das Telegramm unseres Kaisers gewiß mit Recht darauf hinweist, daß auch die deutsche Industrie vollständig würdig war, den Preis zu erringen. Denn in der Tat, solche Minuten- und Sekundendifferenzen sind bei gleichstarken Kämpfern schließlich Sache des Glücks. Diesmal hat es unseren Nachbarn gelächelt und das wollen wir ihnen ehrlich gönnen.

24. Juni. Präsident Roosevelt wird von den Republikanern zum Präsidentschaftskandidaten proklamiert.
26. Juni. Zusammentreffen König Eduard VII. in Kiel mit Kaiser Wilhelm. Niederlage der russischen Flotte vor Port Arthur.
27. Juni. Erfolge der Japaner bei Jongschailing.
28. Juni. Toaste König Eduards und Kaiser Wilhelms über die freundschaftlichen Beziehungen der deutschen und der englischen Marine.

29. Juni 1904.

Der Besuch König Eduards VII. in Kiel hat vornehmlich in der englischen und in der französischen Presse Anlaß zu Betrachtungen gegeben, welche wohl verdienen, bei uns nicht unbeachtet vorüberzuziehen. Unsere Leser wissen, daß wir mit besonderem Nachdruck seit Jahren die Bewegung verfolgt haben, die sich das Ziel setzte, nicht nur eine Schärfung der deutsch-englischen Gegensätze herbeizuführen, sondern, wenn irgend möglich, eine politische Kombination zu schaffen, die schließlich in einen Weltkrieg gegen Deutschland ausmünden sollte. Es war ein Bündnis russischer, englischer und französischer Journalisten, mit einem Gefolge tschechischer, polnischer, magyarischer Nationalität, das Ganze überwacht und geleitet von dem französischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Delcassé, der sich heute ohne jede Einschränkung als der bitterste politische Gegner Deutschlands bezeichnen läßt. Nun sind freilich von dieser Koalition einige Elemente abgebröckelt. Zunächst zeigte sich, daß Tschechen, Polen und Magyaren zwar viel Lärm erheben und Staub aufwirbeln konnten, daß sie aber für sich allein nichts bedeuteten. Heute bereits kümmert sich niemand mehr um sie, zumal die aufgebauschten Sonderinteressen, die sie vertreten, der politischen Welt gleichgültig und den meisten wohl auch unverständlich sind. Dann kam die neue Lage, die der russisch-japanische Krieg schuf. Sie entzog den russischen Freunden der „Times", „National Review" und „Fortnightly Review" den Boden in Rußland. Selbst Herr Wesselitzki und Herr Tatischtschew wußten die Sophismen nicht

zu finden, die dem russischen Publikum das englisch-japanische Bündnis als ein Zeichen englischer Freundschaft für Rußland mundgerecht machen sollten, und auch die Anstrengungen, die gemacht wurden, um der Annäherung Frankreichs an England eine russenfreundliche Tendenz abzugewinnen, fielen auf einen undankbaren Boden. Man hatte von der alliance franco-russe in den Tagen der Prüfung andere Früchte erwartet. Was als Realität übrig blieb, war die Gegnerschaft Delcassés und die Erregung der öffentlichen Meinung Englands gegen uns. Die englisch-französischen Ausgleichungsverträge wurden in Hinblick auf diese Richtung der öffentlichen Meinung Englands erst möglich, sie enthalten aber, wie sich jetzt, da wir die Zusammenhänge überschauen, mit voller Bestimmtheit sagen läßt, nichts, was uns zu beunruhigen braucht. Sie haben in der Tat die Reibungsflächen zwischen den beiden Westmächten erheblich verringert, und das kann nur erfreulich sein.

Unser Interesse ist an zwei Punkten von ihnen berührt worden: in Marokko und in Ägypten. Hier wie dort handelte es sich darum, daß der status quo unserer Interessen nicht durch die englisch-französischen Vereinbarungen geschädigt werde. In betreff Ägyptens ist das, wie ein Telegramm vom 25. Juni zeigt, in bester Form geschehen, und danach haben auch wir unsere bisher zurückgehaltene Zustimmung zu dem Khedivialdekret gegeben, das die ägyptischen Finanzverhältnisse festlegt. Was aber Marokko betrifft, so kann es uns nur recht sein, wenn die französische Politik fortan genötigt sein wird, ihr Hauptaugenmerk der „pénétration pacifique", wie euphemistisch gesagt wird, eines Staates zuwenden, der in ein Stadium innerer und äußerer Krisen getreten ist, welche nicht ohne die allergrößten Anstrengungen zu überwinden sein werden. Mit den dreißig Jahren, welche der Aufrechterhaltung des handelspolitischen status quo gesichert sind, können wir uns zufrieden geben. Unsere politische Phantasie reicht nicht so weit, daß sie das Frankreich von 1934 zu schauen vermöchte. Unter keinen Umständen wird es das Ebenbild des heutigen Frankreich sein. Was aber die politische Erstlingsaktion der neuen marokkanischen Politik Frankreichs betrifft, den Fall Perdicaris, so beneiden wir die französische Diplomatie um die Lorbeern nicht, welche sie dabei gewonnen hat. Die schmähliche Unterwerfung des Sultans Abdul Aziz unter den Machtspruch

eines Räubers zu befürworten, ist die erste Kundgebung des französischen Einflusses gewesen, mit französischem Gold ist das Lösegeld für Perdicaris bezahlt und so eine Gewalttat legalisiert worden, die aller Wahrscheinlichkeit nach die Autorität des Sultans und zugleich die Sicherheit der auf marokkanischem Boden lebenden Europäer mehr gefährdet hat, als die ganze Aktion Bu Hamaras und alles daran geknüpfte Unheil.

Die große Bedeutung der Kieler Zusammenkunft liegt nun darin, daß die zwischen König Eduard und Kaiser Wilhelm ausgetauschten Reden den Beweis erbracht haben, daß die, wenn es nach Herrn Delcassé gegangen wäre, gegen Deutschland gerichtete Spitze der französisch-englischen Annäherung stumpf ist. Beide Herrscher haben mit größtem Nachdruck dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß sie friedliche und freundschaftliche Beziehungen von Staat zu Staat wünschen, und wir wünschen und glauben, daß diese Gedanken auch in England den Widerhall finden, den sie bei uns ohne allen Zweifel schon gefunden haben.

Der „Standard" hatte also ganz recht, wenn er schon am 23. Juni schrieb: „Es läßt sich bestimmt behaupten, daß der Einfluß der Zusammenkunft absolut und rückhaltlos dem europäischen Frieden förderlich sein wird." Und an anderer Stelle (nachdem vorher betont wurde, daß selbstverständlich nichts von den in Frankreich getroffenen Vereinbarungen umgestoßen werden dürfe): „Muß es wirklich gesagt werden, daß das Werk von London und Paris nicht durch Abmachungen, die in Kiel oder danach in Berlin getroffen werden, geschädigt werden kann? Unter dieser Bedingung kann zugegeben werden, daß eine Möglichkeit, die an Wahrscheinlichkeit grenzt, dafür spricht, daß beide dabei ihren Vorteil finden. Nichts würde der englischen Nation mehr gefallen, als wenn in den politischen Zirkeln Deutschlands eine freundlichere Stimmung sich als zunehmend beobachten ließe. Mit dem Volk, als einer Summe von Individuen, ist es niemals zu einer ernsten oder doch nicht zu einer dauernden Feindschaft gekommen. Tausende von uns finden alljährlich in Deutschland das angenehmste Reiseziel, und wir glauben, daß es dabei an Gegenseitigkeit nicht fehlt." Der „Standard" führt weiter aus, daß auch in kolonialen Fragen eine freundschaftliche Verständigung gut möglich sei, nur dürfe man nicht erwarten, daß dergleichen in Kiel abgemacht werden könne.

Wir sind mit den hier ausgesprochenen Grundgedanken durchaus einverstanden und meinen, daß sie ihre echte Interpretation durch die beiden Kieler Reden finden müssen. Unsere Flotte dient dem Schutz unserer Ehre und dem Schutz unseres Handels, und unsere Kolonialpolitik geht auf intensive, nicht auf extensive Wirtschaft über die Grenzen unseres Machtgebietes aus. Das Gespenst der beabsichtigten Invasion deutscher Truppen nach England hinein ist ein Phantom, das nur in der „National Review" und bei ihren Inspiratoren lebendig gewesen ist, niemals auf deutschem Boden. Vielmehr ist man sich bei uns stets darüber klar gewesen, daß, wenn das Unglück eines deutsch-englischen Krieges einmal eintreten sollte und die Männer der „National Review" über die Politik Englands verfügten, unsere Flotte ihre Stärke in einer kühnen Defensive zeigen werde, und daß die ganze Kraft Deutschlands sich gegen ein mit England alliiertes Frankreich wenden müsse, um dort den Schaden wettzumachen, den unser Handel und unsere Kolonien ohne Zweifel erleiden würden. Denn daß Frankreich entschlossen ist, der Verbündete jedes Feindes zu werden, der uns ersteht, darüber hat Herr Delcassé uns keinen Zweifel gelassen. Wir begegnen seiner Feindseligkeit auf Schritt und Tritt, in großen wie in kleinen Dingen, in diplomatischen Intrigen, wie in der Haltung der von ihm inspirierten Presse. Der „Temps", der in auswärtigen Fragen das unbestrittene Organ des Quai d'Orsay ist, läßt keine Gelegenheit vorüberziehen, uns einen Stein in den Weg zu werfen, und seit Herr Neton, ein Sekretär Delcassés, der unter dem Pseudonym Ignotus schreibt, die auswärtige Rubrik des „Figaro" besorgt, tritt uns auch dort die gleiche Tendenz entgegen. Jüngst hat er in Anlaß des Gordon Bennett-Rennens einen Artikel „La legon d'une épreuve" veröffentlicht, der einerseits den völligen Niedergang der deutschen Industrie ankündigt, und dabei die lächerliche Unwahrheit in die Welt schickt, daß das deutsche Kapital sich von den industriellen Unternehmungen zurückziehe — während in Wirklichkeit seit etwa zehn Jahren diese Unternehmungen so stark sind, daß sie sogar Geld vergeben —, andererseits aber bemüht ist, nach England hin die Vorstellung zu erwecken, daß nichts anderes übrig bleibe, als dem rastlosen Umsichgreifen des deutschen Handels und der deutschen Industrie rasch und energisch Grenzen zu setzen. Der jährliche Überschuß von 800000 Köpfen in unserer

Geburtsziffer nötige uns in Abenteuer hinein. „Voilà-ce qui constitue le facteur essentiel de la politique générale, celui dont dépend la tranquillité même de l'Europe.“ Und dabei hat Frankreich in den letzten Jahrzehnten, trotz seiner niedrigen Geburtsziffer, in Afrika allein ein Territorium von beinahe vier Millionen Quadratkilometern annektiert, in Hinterasien seinen Besitz von Jahr zu Jahr vermehrt und eben jetzt die pénétration pacifique Marokkos sich als nächstes Ziel gesetzt! Nebenher aber geht der Plan der union latine mit ihren sehr realen hegemonischen Ansprüchen. Und dabei entblödet man sich nicht, der Welt das rastlose Umsichgreifen Deutschlands zu denunzieren! Es wäre zu lächerlich, wenn es nicht so — unverfroren französisch wäre.

Die Ironie, in welcher sich die politische Wirklichkeit mitunter gefällt, wird nun freilich dahin führen, daß in nächster Zeit ein deutsches und ein französisches Kriegsschiff gleichzeitig vor Haiti liegen werden, um Satisfaktion für eine Beleidigung zu erlangen, die den Vertretern beider Staaten zugefügt wurde. In diesem Zusammengehen, wenn die gleichen Interessen oder die gleiche Notwendigkeit es verlangt, liegt aber auch der tröstliche Gedanke, daß trotz aller unvernünftigen Wünsche in der Praxis des politischen Lebens die Vernunft schließlich doch alle Aussicht hat, sich geltend zu machen und durchzudringen. Die Welt hat schon so viele pathetische „jamais! jamais!“ aus französischem Munde gehört und danach gesehen, wie das „niemals“ zu einem „heute“ wurde, daß wir geduldig die Bekehrung — nicht Herrn Delcassés und seiner Organe — wohl aber der französischen Nation abwarten wollen. Erleben wir sie nicht, so vielleicht unsere Kinder, wollen sie aber durchaus es auf eine neue Kraftprobe ankommen lassen — nun, wir fürchten sie nicht!

Wider Erwarten ist es zu einer großen Entscheidung, oder sagen wir lieber zu einer Hauptschlacht, auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatze nicht gekommen. Trotz ihrer bisherigen Erfolge haben die Japaner doch allen Respekt vor den russischen Truppen, zumal jetzt Kuropatkin selbst die Führung übernommen hat. Der ihm als Oberkommandierender gegenübertretende Feldmarschall Oyama, dem Baron Kadama als Stabschef zur Seite steht, ist freilich auch ein ruhmgekrönter Feldherr. Die Japaner rücken mit etwa 140000 Mann vor, und die Russen mögen gleich stark sein. Wer mag da den

Ausgang vorhersagen. Die zahlreichen Befestigungen, welche von den Japanern bei ihrem Vormarsch angelegt wurden, deuten jedenfalls darauf hin, daß sie auch die Möglichkeit eines erzwungenen Rückzuges ins Auge fassen. Über den Ausgang der letzten Seeschlacht vor Port Arthur wissen wir nichts Bestimmtes. Wichtig und sicher ist nur das eine, daß die Russen die von den Japanern mit so großen Opfern hergestellte Hafensperre unschädlich gemacht haben und daß ihre großen Schlachtschiffe wieder flott sind. Die Flotte Skrydlows ist wieder wie verschollen — aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie durch neue Schädigung des japanischen Handels und der japanischen Transporte bald wieder von sich reden machen, wenn Admiral Kamura nicht mehr Glück hat als bisher.

Es beginnen jetzt die bösen Regentage in der Mandschurei. Nach kurzer Unterbrechung, während welcher die Hitze auf 32 Grad im Schatten stieg, scheint jetzt der Regen wieder eingesetzt zu haben. und das muß beiden Teilen die Operationen wesentlich erschweren. Überhaupt sind die Strapazen dieses Krieges ungeheure, größer als in jedem europäischen Kriege, und man urteilt daher sehr vorschnell, wenn man aus den bisherigen Mißerfolgen Rußlands auf seine Aktionsfähigkeit in Europa einen geringschätzenden Schluß ziehen wollte. In einem europäischen Kriege, selbst auf der Balkanhalbinsel, liegt alles für Rußland günstiger: vor allem die ungeheuer schwierige Verpflegungsfrage. Ob man die sehr dürftigen Nachrichten über den Gesundheitszustand der Truppen günstig deuten darf, ist fraglich. An sich liegt die Befürchtung nahe, daß Klima und Strapazen schwere Opfer fordern.

Es ist eine Tatsache von großer Wichtigkeit, daß die republikanische Partei auf ihrem Nationalkonvent zu Chicago den Präsidenten Roosevelt einstimmig zu ihrem Kandidaten für die im November stattfindenden Präsidentschaftswahlen ernannt hat. Mr. Elihu Root, der frühere Staatssekretär für den Krieg, hat der Versammlung die Verdienste hergezählt, die Roosevelt sich um die Republik erworben hat, seit er am 14. September 1901 sein Amt antrat (es dauert bis zum 4. März 1905). Es ist keine üble Liste: Minderung der Abgaben und der Staatsschuld, Beschränkung der von den Trusts ausgehenden Mißbräuche, steigender Wohlstand von Handel, Industrie und Landwirtschaft, Vermehrung der Kriegsflotte, Reorganisation der

Armee und des Milizsystems, Organisation einer Zivilverwaltung in den Philippinen, Herstellung der republikanischen Staatsverfassung in Kuba. Die günstige Erledigung der Frage des Panamakanals, Stärkung der Monroedoktrin, Regelung der Alaskafrage, Beschützung der Integrität Chinas und Aufrechterhaltung des Prinzips der offenen Tür, endlich Propaganda für den Gedanken der internationalen Schiedssprüche. Die schließlich von dem Konvent angenommene „Platform" hält sich im wesentlichen an die bisher vom Präsidenten vertretene Tendenz. Sie spricht sich entschieden für die Beibehaltung der Goldwährung aus, ist protektionistisch, der Zoll soll mindestens so hoch sein, daß er die Differenz des Preises zwischen dem importierten Lande und der Produktion der Vereinigten Staaten ausgleicht, verlangt Förderung der Handelsmarine und Ausbau der Kriegflotte, so weit die Behauptung der Monroedoktrin es notwendig erscheinen lasse. Die Trusts werden möglichst vorsichtig anzufassen sein, im Süden ist für bessere Behandlung der Neger zu sorgen, Chinesen sind vom Boden der Vereinigten Staaten fernzuhalten.

Das ist alles Wesentliche, und Präsident Roosevelt wird damit wohl zufrieden sein. Da die Demokraten ihm keine gleich starke Persönlichkeit entgegenzustellen haben, darf seine Wahl jetzt als völlig sichergestellt gelten, und ohne Zweifel hat er das vor allem sich selber zu danken. Für uns sind es zwei Gründe vornehmlich, die seine Wiederwahl erwünscht erscheinen lassen. Einmal ist er kein Feind Deutschlands, und zweitens ist er uns ein wertvoller Bundesgenosse bei Aufrechterhaltung des Prinzips der offenen Tür. Im übrigen läßt sich darauf rechnen, daß das zweite Quadriennium weniger stürmisch sein wird, als das erste. Das liegt in der Natur der Verhältnisse, da ein drittes Quadriennium eine so große Unwahrscheinlichkeit ist, daß es kaum der Mühe lohnt, ihr nachzujagen. Aber freuen würden wir uns, wenn der Präsident seine Monroedoktrin dahin wenden wollte, dem Unwesen in Haiti ein für allemal ein Ende zu bereiten.

Die englische Tibetexpedition ist zurzeit in einer nicht unbedenklichen Lage. Obgleich Verstärkungen unterwegs und die artilleristische Überlegenheit Englands nicht zweifelhaft ist, kann die sich allmählich zu einem großen Heere ansammelnde Macht der Tibetaner ihnen doch die ernstesten Sorgen bereiten. Die Front der

tibetanischen Armee ist sieben englische Meilen lang, die Leute sind tapfer und haben die Vorstellung, Glauben und Vaterland zu verteidigen. Die Schwierigkeiten der Verpflegung aber steigern sich für die Engländer und ebenso die Last eines ungewohnten Klimas. Jetzt heißt es, daß der zweite Hauptlama nach Gyantse unterwegs sei, um den Engländern die ersehnten Zugeständnisse zu machen. Aber wie oft haben solche Hoffnungen schon betrogen?

30. Juni. Rückkehr König Eduards nach England. Beschießung Genfans durch das Wladiwostok-Geschwader.
1. Juli. Entschuldigung des Präsidenten von Haiti vor dem deutschen und französischen Gesandten.
5. Juli. Veröffentlichung des englisch-russischen Abkommens über den Schutz der Seebundsgase im Beringsmeer.
6. Juli. Nachricht von Konzentrierung der Herero am Waterberge.

6. Juli 1904.

Am 15. 28. März 1904 hat der Patriarch Damianos von Jerusalem dem Statthalter Alexejew ein goldenes Kreuz verliehen, welches ein echtes „Stück" vom Kreuze Christi enthält, und diese Schenkung durch eine Urkunde mit Unterschrift und Siegel beglaubigt. Kreuz und Urkunde wurden von dem Vertreter des Patriarchen für Rußland, dem Archimandriten Athanasius, mit dem folgenden Handschreiben Damianos dem Statthalter überbracht:

Ew. Hohe Exzellenz. Eine hohe Bestimmung ist Dir zugewiesen, kühner General! Die rechtgläubige Welt erwartet von Dir und Deinen Mitstreitern den Sieg ihres Wahrzeichens über den Götzendienst. Unzählige Gebete steigen zum Herrn auf, um Dich im heiligen Kampf für den Glauben zu stärken. Wir aber, denen Gott die Aufgabe zugewiesen hat, heiße Gebetsopfer für die ganze Welt beim heiligen, lebenbringenden Grabe und auf Golgatha darzubringen, haben beschlossen, Dir ein sichtbares Zeichen der Hilfe Gottes, deren Du so würdig bist, zu verleihen. Indem wir Dich deshalb zum Ritter des heiligen Grabes des Herrn ernennen, von welchem das Christentum ausgegangen ist, geben wir Dir auf den Weg ein in goldenem Kreuz aufbewahrtes echtes Stück des heiligen lebenbringenden Holzes, auf welchem der Gottmensch und Erlöser uns als Nachfolger seiner unendlichen Gaben anerkannt hat. Und so mag diese ehrenvolle und heilige Gabe Dir eine machtvolle Stärkung in Erfüllung der Dir auferlegten heiligen und ruhmvollen Bestimmung sein. In der heiligen Stadt Jerusalem, 1904 am 15. Tage des März.

Alexejew antwortete am 10. Mai aus Mukden:

Ew. Glückseligkeit Allerglückseligster Gebieter! Mit herzlicher Ehrfurcht habe ich die Kunde von meiner Ernennung zum Kreuzträger des heiligen Grabes des Herrn entgegengenommen, sowie das Kreuz mit einem Teil des

heiligen lebenschaffenden Holzes. Diese christlichen Heiligtümer werden in unserer Mitte als ein Symbol der Rettung des Menschengeschlechtes bleiben, jetzt aber uns und der ganzen russischen Heeresmacht, die zur Verteidigung des heimatlichen Bodens vor dem Anfall der Ungläubigen bereitsteht, eine Bürgschaft des Sieges für den rechten Glauben über die Finsternis des Heidentums sein. Die Gebete der gerechten Väter beim heiligen lebenbringenden Kreuze werden unsere Herzen in gegenwärtiger schwerer Zeit stärken, zu selbstlosem Dienst Gott, seinem Gesalbten, dem herrschenden russischen Zaren und dem teueren Vaterlande. Indem ich mich Euren heiligen Gebeten anvertraue, bitte ich Euch, allerglückseligster Gebieter, den Ausdruck tiefster Dankbarkeit für das Geschenk, dieses sichtbaren Beweises der Hilfe Gottes bei Erfüllung der mir auferlegten Bestimmung, entgegenzunehmen."

Dieses Schreiben ist in vieler Hinsicht merkwürdig. Wir denken dabei weniger an das Bemühen, dem Kriege gegen Japan den Charakter eines Glaubenskrieges und eines Krieges zur Verteidigung des „heimatlichen Bodens" zu geben, denn beide Vorstellungen haben im russischen Volke keinen Widerhall gefunden. Schon eher könnte von einem Rassenkriege gesprochen werden, wenn nicht auch dieser Begriff den Russen, soweit es sich um Asiaten handelt, fremd wäre. Sie haben schon viele mongolische Stämme zu „Russen" gemacht und haben allezeit den verschiedenen heidnischen Religionen gegenüber größere Toleranz gezeigt, als den sektiererischen Abzweigungen der eigenen Kirche, oder gar den fremden christlichen Konfessionen. Auch ist es ja nicht so lange her, daß Fürst Uchtomski der Welt verkündigte, die Chinesen und Japaner seien die eigentlichen Brüder und die gebotenen Bundesgenossen Rußlands. Was aber den „heimatlichen Boden" betrifft, so wird schwerlich irgend ein Russe die Mandschurei oder die Halbinsel Liaotung als solchen anerkennen wollen. Von diesen östlichen Gebieten hat nur das Amurgebiet den Charakter russischen Bodens im Volksbewußtsein gewonnen, und die übrige Welt wird sich im wesentlichen wohl dieser Auffassung angeschlossen haben. Es ist ein Interessenkampf, kein Glaubenskrieg, der geführt wird, und es ist der erste Krieg, in welchem eine nicht zur europäischen Völkerfamilie gehörende Nation sich auf den Boden des europäisch-christlichen Völkerrechts gestellt hat. In dieser Hinsicht kann allerdings von einem gewaltigen Fortschritt in der Humanisierung der Welt geredet werden.

Was uns an dem zwischen dem Statthalter Alexejew und dem allerglückseligsten Damianos geführten Briefwechsel auffällt, ist etwas

anderes. Zunächst sind beide Schreiben in Form und Inhalt so gefaßt, daß sie sich um 1700 Jahre zurückdatieren ließen, ohne daß, mutatis mutandis, ein Anachronismus dem Leser entgegenträte. Denn es ist der Geist des vierten nachchristlichen Jahrhunderts, der uns hier entgegentritt, und die Analogie wird noch auffallender, wenn wir sehen, daß der Patriarch von Jerusalem Ansprüche annimmt, die gleichfalls seit siebzehn Jahrhunderten nicht geltend gemacht worden sind. Die gesperrten Stellen im Briefe Damianos' zeigen dem Leser, was damit gemeint ist. Statthalter Alexejew ist unseres Wissens der erste vom Patriarchen von Jerusalem ernannte „Ritter des heiligen Grabes des Herrn", und ebenso dürfte Damianos der erste Patriarch von Jerusalem sein, der den Anspruch erhebt, daß Christus am Kreuz die Nachfolgerschaft ihm zuerkannt habe. Es liegt darin der Anspruch auf einen Primat in der griechischen Kirche, wie ihn, wenngleich in weniger deutlicher Form, Jerusalem im vierten Jahrhundert allerdings beanspruchte, den aber seither der Patriarch von Konstantinopel mit Glück bis auf den heutigen Tag behauptete. Nun ist in der Stellung des Patriarchen von Jerusalem zu Rußland in den letzten Jahrzehnten keineswegs immer Freundschaft und Friede die Regel gewesen. Die Gegensätze der russischen und der griechischen Politik, speziell in Beurteilung der bulgarischen Ansprüche, ließen sich nicht vereinigen. Von 1875 bis etwa 1883 konnte man fast von einem Kriegszustande reden. Erst als der Exarch des heiligen Grabes in Moskau, Nikodimos, zum Patriarchen von Jerusalem erwählt wurde, änderte sich das in einem für Rußland günstigen Sinne, aber die mit Nikodimos unzufriedenen Griechen nötigten ihn zur Abdankung, und mit Gerasimos trat dann 1891 wieder ein hochgebildeter Grieche das Patriarchat an. Dieser um die Sammlung der handschriftlichen Schätze des Patriarchats hochverdiente Mann starb 1897, und sein Nachfolger ist der wieder als entschlossener Russenfreund zu bezeichnende Patriarch Damianos, der Verfasser jenes Schreibens an Alexejew.

Da nun der gegenwärtige Patriarch von Konstantinopel mehr griechisch als russisch ist, liegt die Vermutung nahe, daß in Rußland die Neigung besteht, Jerusalem gegen Konstantinopel auszuspielen. Das Schreiben des Patriarchen Damianos mit seinen Primatsansprüchen und seinen Grabesrittern würde in diesem Zusammenhange

außerordentlich an Bedeutung gewinnen und namentlich in Konstantinopel als eine nicht mißverständliche Drohung empfunden werden.

So greifen die Interessen des nahen Orient in die des fernen Ostens hinein. In den russischen Zeitungen vermutet man freilich noch ganz andere Zusammenhänge. Ein Korrespondent der „Peterburgskija Wjedomosti" wußte sogar von den Bemühungen der Japaner um die Reorganisation der türkischen Flotte zu erzählen, aber das ist für jeden, der die Verhältnisse kennt, ebenso lächerlich wie etwa die andere Behauptung, daß ein japanischer Agent Anteil an dem Attentat gehabt habe, das dem Fürsten Golitzyn in Tiflis galt, oder daß, wie die „Nowoje Wremja" ausführlich darlegt, die Japaner in der Mandschurei mit gefälschtem russischen Papiergeld zahlen. Das wirkt um so komischer, als die „Nowoje Wremja" — wenn wir uns recht erinnern, sogar in derselben Nummer — ausführlich erzählt, wie in Blagoweschtschensk eine russische Falschmünzerbande entdeckt und auch glücklich festgenommen worden ist. Uns scheint, daß die Wirklichkeit ernst genug ist, um frivole Erfindungen und Beschuldigungen unnötig zu machen, die keinen anderen Zweck haben, als die Nerven der Leser zu kitzeln.

Politisch liegen die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel zum Glück nicht ungünstig. Die Annäherung zwischen Serbien, Bulgarien und Montenegro wirkt im Augenblick beruhigend, wenn sie auch unserer Meinung nach nicht die Gewähr langer Dauer in sich trägt. Dazu sind die serbisch-bulgarischen Rivalitäten zu tief gewurzelt. Was aber die Reformen in Mazedonien betrifft, so gehen sie, wenn auch langsam, vorwärts, und da wir uns der Erntezeit nähern, kann man wohl darauf rechnen, daß die Komitatschis, deren Banden wieder auftauchen, keinen fruchtbaren Boden für ihre Agitation finden werden. Auch macht die Anwesenheit der europäischen Kommissare sich doch wohltätig fühlbar. Aber allerdings, Europa und die Mazedonier müssen sich mit Geduld wappnen, denn anders als in langsamer Feierlichkeit sind große Wandlungen auf dem Boden des Islam nicht zu erreichen, und die oft betonten konfessionellen Rivalitäten der christlichen Mazedonier wollen erst recht durch Geduld und Konsequenz überwunden sein. Aufgefallen ist uns die schroffe Haltung, welche die russische Presse neuerdings wieder gegen Bulgarien eingenommen hat. Richten sich auch die Angriffe gegen das

„Stambulowsche" Ministerium, so wird doch Fürst Ferdinand mit betroffen.

In Ostasien stehen wir der Entscheidung nicht wesentlich näher als vor acht Tagen. Das fünfte Element — wie Napoleon es nannte — der unergründliche Schlamm des durch furchtbare Regengüsse aufgeweichten Bodens, die von den Bergen stürzenden Wildbäche, machen einen Stillstand in den Operationen beider Teile zur unumgänglichen Notwendigkeit. Dazu kommen die Krankheiten, welche die Ungunst der Witterung und die naturgemäße Erschwerung der Verpflegung und Proviantierung der Truppen hervorrufen. Es ist eben ein entsetzlich schwerer Krieg, und die Strapazen, die hüben und drüben ertragen werden müssen, übersteigen das gewöhnliche Maß der Kriegsleiden.

Über die Lage Port Arthurs sind die Nachrichten so widerspruchsvoll, daß wir auf zuverlässigeres Tatsachenmaterial warten wollen, ehe wir urteilen. Erstaunlich kühn und glücklich operiert nach wie vor das Geschwader von Wladiwostok, und wenn, wie jetzt in Rußland mit großer Bestimmtheit erzählt wird, Kaiser Nikolaus II. am $\frac{20.\ \text{Juli}}{2.\ \text{August}}$ in Libau eintrifft, um das nach Japan abdampfende baltische Geschwader zu besichtigen, und dieses das schwere Abenteuer der Fahrt glücklich besteht und vor dem Fall Port Arthurs sich mit der Skrydlowschen Flotte vereinigt, dann würde Rußland über eine solche Übermacht zur See gebieten, daß ein Erfolg der Japaner trotz aller Kühnheit und Tapferkeit ihrer Marine nicht mehr wahrscheinlich wäre.

Die „Times" weiß von einer steigenden Spannung zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Rußland zu erzählen. Der amerikanische Botschafter in Petersburg werde von der russischen Gesellschaft geradezu boykottiert, und die Empfindlichkeit in Washington sei groß. Nun ist es allerdings richtig, daß die amerikanische Presse wenig liebenswürdig über Rußland urteilt, aber es gibt auch entschieden russophile Blätter, und wenn wir recht sehen, wünscht die öffentliche Meinung des Landes eine Schwächung beider Parteien. Amerika braucht noch zehn bis zwölf Jahre, ehe es mit dem Panamakanal so weit sein kann, um ihn für Kriegszwecke nutzbar zu machen. Nichts wäre ihm unbequemer, als wenn bis dahin die eine oder die andere Macht ein bedeutendes Übergewicht erlangt

hätte. Die leitende Stellung im großen Ozean hat man sich, wie Kapt. Mahan ausführlich darlegte, für die Zukunft selbst vorbehalten. Daß in solchen Ansprüchen auch ein Moment englisch-amerikanischer Rivalität steckt, liegt auf der Hand und wird einmal zum Ausdruck kommen müssen. Wie wir hoffen, durch Kompromisse, bei welchen alle seefahrenden Mächte, auch die mit minder starken Flotten, ihr gutes Recht behaupten können. Aber wir sehen aus alledem, wie verwickelt, undurchsichtig und gefährlich die Probleme sind, die das Erwachen des Stillen Ozeans auf die Tagesordnung der Gegenwart und auf das Programm der Zukunft gesetzt hat.

Auch über die Lösung der tibetanischen Frage läßt sich heute noch nichts vorhersagen. Younghusband hat zwar Verstärkungen erhalten, und die Tibetaner erleiden nach wie vor, wo sie mit den Engländern die Waffen kreuzen, empfindliche Niederlagen. Auch hat der Dalai Lama den höchsten seiner Neben-Lamas nach Gyangtse geschickt, um mit den Engländern zu verhandeln — aber zu einer Verständigung ist es nicht gekommen, und es ist doch fraglich, ob die Tibetaner sie ernstlich suchen. Der tibetanische Winter ist bereits nicht mehr fern, die Verbindungen Younghusbands, die auch jetzt schon gefährdet sind, würden kaum aufrecht zu erhalten sein, wenn es den gewiß in allen Künsten einer hinterhaltigen Staatskunst ausgereiften Priestern von Lhassa gelänge, ihn so lange hinzuhalten. Die Engländer drängen daher auf den Einzug in Lhassa, wo sie eventuell wohl auch einen Winter überdauern könnten. Bis Lhassa ist aber immer noch ein Weg von gegen 200 km zu bewältigen, und was sich ihnen unterwegs entgegenwirft, wenn die in ihren nationalen und religiösen Empfindungen verletzte Nation ihr Heiligtum verteidigt, wird gewiß nicht ohne schwere Opfer zu bewältigen sein. Hier könnte es wirklich ein Religionskrieg werden, ganz wie der Kampf gegen den tollen Mullah — der sich übrigens wieder mächtig zu regen beginnt — ein Religionskrieg gewesen ist, und wie, aller Wahrscheinlichkeit nach, die Bemühungen Frankreichs um die pénétration pacifique Marokkos, schließlich in einen Religionskrieg ausmünden müssen.

Nun könnte man freilich sagen, daß Frankreich sich damit in seinem „eigentlichen Element" bewegen würde. Denn im Grunde genommen führt das Ministerium Combes einen ununterbrochenen Religionskrieg im Innern der Republik. Noch vor wenigen Tagen

ist man genötigt gewesen, ein Prämonstratenserkloster durch einen echten und rechten Sturm zu nehmen. Wir fürchten aber, daß der marokkanische Fanatismus weniger geduldig sein wird, wie der der französischen Mönche, und da, wie in Frankreich ganz unverhohlen gesagt wird, die erste Aufgabe Frankreichs sein wird, den Sultan Abdul Aziz zu veranlassen, gegen Eid und Versprechen den Räuber Raisoli zu strafen und ihm wieder abzunehmen, was er durch den fetten Fang, den er an Perdicaris getan hatte, sich zu ertrotzen wußte, dieser Raisoli aber kein allzu fügsamer Gentleman zu sein scheint, so könnten die Franzosen doch die erstaunlichsten Überraschungen erleben. Ob auch das Ministerium Combes, ist eine andere Frage. Es steht nicht mehr auf sicheren Füßen. Wegen der römischen Frage hat der Ministerpräsident sich mit Herrn Delcassé überworfen, die Kartäuseraffaire ist trotz allem unangenehm, und die Nachwehen des Dreyfusprozesses bringen immer neue und unbequeme Überraschungen. Vor allem aber: es gibt so viele ehrgeizige Leute, die schon zwei Jahre und einen vollen Monat darauf warten, seine Nachfolgerschaft anzutreten, daß sich ihre Ungeduld schwerlich mehr lange zügeln lassen wird.

In England freilich warten die Ministerkandidaten unter den Liberalen schon volle acht Jahre. Aber auch sie sind ungeduldig geworden, und wenn sie auch noch nicht stark genug sind, das Ministerium zu stürzen, arbeiten sie doch eifrig daran, ihm den Boden unter den Füßen zu unterwühlen. Der schlimmste Schlag für Balfour war immer die Chamberlainsche Fiskal Reform, die heute weder leben noch sterben kann. In einer Zuschrift an die Redaktion des „Standard" wurde die Lage kürzlich folgendermaßen charakterisiert: „Es ist wahr, daß die Politik der Fiskal Reform, wie Mr. Chamberlain sie dargelegt hat, weder dem Lande genehm noch überhaupt ausführbar ist; es ist auch wahr, daß, wenn die Partei der Unionisten nicht hilflos zerschmettert werden soll, diese Politik offen und furchtlos aufgegeben werden muß."

Sehr wohl, aber was soll aus den Unionisten werden, wenn Chamberlain und seine Anhänger sich gegen sie wenden?

So wie die Dinge liegen, hat bei der Zerfahrenheit des Parteilebens jedenfalls die Autorität König Eduards VII. außerordentlich gewonnen. Er hat es verstanden, über den Parteien zu stehen!

7. Juli. Marquis Oyama begiebt sich auf den Kriegsschauplatz.
9. Juli. General Oku besetzt Kaitschou.
10. Juli. Eintreffen des deutschen Übungsgeschwaders in Plymouth.
11. Juli. Vergeblicher Versuch der russischen Flotte, aus Port Arthur auszufallen.
12. Juli. Porfirio Diaz wird zum Präsidenten von Mexiko wiedergewählt. Schiedsvertrag zwischen England und Deutschland.

13. Juli 1904.

Die Kiewer Zeitung („Gazeta") führt des längeren aus, daß infolge des schlechten Standes der Saaten in einem beträchtlichen Teile Rußlands, in Österreich-Ungarn, Deutschland (?) und der Balkanhalbinsel, sowie in den Vereinigten Staaten auf dem inneren wie auf dem internationalen Getreidemarkt gute Preise zu erwarten seien. Von den Getreide exportierenden Ländern hätten nur Ostindien und Argentinien reiche Ernten zu erwarten. Leider werde aber Rußland diese günstigen Konjunkturen nur wenig nützen können. Der letzte Bericht des landwirtschaftlichen Ministeriums zeige, daß ein bedeutendes Gebiet des russischen Weizenbodens vom Mißwachs betroffen sei, der für den Sommerweizen bereits entschieden, für das Winterkorn in höchstem Grade wahrscheinlich sei. Nicht besser stehe es mit dem Roggen, der nach offiziellen Daten kaum für die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse langen werde. Es müßten daher im Innern des Reiches hohe Preise und ein starker Umsatz von Getreidefuhren erwartet werden. Für das südwestliche Gebiet sei die Mißernte an Roggen und Sommerweizen bereits eine Tatsache. Noch hoffe man auf das Winterkorn, aber auch diese Hoffnung könne zuschanden werden. Daher stiegen die Preise, und die Mehrzahl der Gutsbesitzer, die noch Vorräte vom vorigen Jahr hätten, realisierten nicht, weil sie auf weiteres Steigen rechnen. Auch habe diese Hoffnung einen sehr realen Boden, da nach den Erfahrungen von 1894 ein Exportverbot wohl nicht erfolgen werde.

Eine andere Kiewer Zeitung („Slowo") erhält aus Berditschew (Stadt von 53000 Einwohnern) die folgende Zuschrift: „Berditschew

macht gegenwärtig eine außerordentlich schwere Periode ökonomischer Not durch. Es sind tatsächlich alle Geschäfte in Verfall geraten. Der Handel stockt, Fabriken und Manufakturen haben ihre Tätigkeit so beschränkt, daß ein großer Teil der Arbeiter ohne jede Beschäftigung ist und nicht einmal ein Stück trocken Brot hat." Aus den Arbeitern seien Almosenempfänger geworden, und ein Hilfskomitee habe sich organisiert, um ihnen billiges Essen zu schaffen, womit freilich dem nach vielen Tausenden zählenden hungernden Proletariat auf die Dauer nicht geholfen sei.

Ähnlich wird aus Ssimferopol (Gouv. Taurien) geschrieben: „In der Stadt", sagen die „Odessaer Nowosti", „macht sich eine ungeheure Anhäufung zugewanderter Arbeitsloser bemerkbar. Anfang des Sommers rechnete man auf eine vorzügliche Ernte und die Gutsbesitzer mieteten zu ziemlich hohen Preisen, 120 bis 150 Rubeln, Arbeiter für die Zeit bis zum 1. Oktober (Mariä Schutz und Fürbitte), aber die anhaltende Dürre hat Korn und Gras verdorben, die Arbeitspreise sind gesunken, und dazu ist noch eine Menge Arbeiter aus den Gouvernements des Zentrums erschienen. Im Augenblicke sind in Ssimferopol einige tausend Arbeitslose, die schrecklich notleiden."

Spätere Nachrichten bestätigen diese traurigen Aussichten, und wohin die meistbetroffenen Bauern durch die Mißernte geführt werden, zeigt der folgende Bericht eines Odessaer Blattes, den wir dem „Petersburg. Wjedom." entnehmen: „Die Ernteaussichten werden immer trüber. Während des ganzen Frühjahrs hat es nicht einen ordentlichen Regenfall gegeben. In den letzten drei Wochen regnete es gar nicht. Bei völliger Dürre wirbelt der Wind ganze Staubwolken auf. Alles, was Ackerbau treibt, ist höchst pessimistisch gestimmt. Wenn in sieben bis zehn Tagen kein Regen fällt, geht alles endgültig zugrunde. An einigen Orten schneidet man das Getreide schon, um es als Heu zu verwenden. Auf den Weiden ist das Gras völlig verbrannt und die Bauern treiben ihr Vieh auf die Wiesen der Großgrundbesitzer. Versucht man das Vieh zu pfänden, so leisten sie bewaffneten Widerstand.

Kürzlich ist es zu folgendem Zwischenfall gekommen. Der Verwalter eines großen Gutsbesitzers, Schewikow, hatte der Polizei mehrfach gemeldet, daß die Bauern der benachbarten Dörfer Semi

tosowka, Tawidowka und Sofiewka ihr Vieh auf den herrschaftlichen Wiesen weiden. Bei dem Versuch, das Vieh zu pfänden, hatte man ihm bewaffneten Widerstand geleistet. Am 13. Juni begab sich darauf der Gehilfe des Polizeimeisters mit acht Schutzleuten auf das Schewikowsche Gut. Als er zu den Wiesen kam, sah er einen Tabun Pferde und Vieh und gegen 50—60 Bauern, die im Nu die Polizei umzingelt hatten. Als der Beamte die Bauern auf die Ungesetzlichkeit ihrer Handlung aufmerksam machte, erhoben sich feindselige Rufe und es hagelte Schläge. Der Gehilfe des Polizeimeisters wurde zu Boden geschlagen, und als die Polizisten ihre Seitengewehre zogen, fielen die Bauern mit Knitteln über sie her, auch schossen sie einige Male. Einige Bauern wurden durch Säbelhiebe verwundet. Dem Beamten gelang es, sich zu erheben, auf seinen Wagen zu springen und zu entkommen. Die Polizisten ergriffen die Flucht und schreckten die verfolgenden Bauern durch Schüsse. Jetzt soll eine Untersuchung erfolgen."

Mindestens ebenso schlimm steht es in Bessarabien, das Schlimmste aber ist die verzweifelte Stimmung der Bevölkerung. Uns liegen zwei überaus talentvolle Feuilletons vor, von denen das eine von Herrn Menschikow für die „Nowoje Wremja", das andere von Herrn X für die „Peterburgskija Wjedomosti" geschrieben ist. Herr Menschikow, der von Petersburg ausgeht und dann die Wolga hinabfährt, führt uns zu dem kläglichen Resultat, daß dem russischen Arbeiter und Bauern überhaupt nicht zu helfen sei: wo es ihm schlecht gehe, lasse er die Arme sinken, und wo ihm Gewinn und Reichtum zufließe, da werde alles vertrunken, das Ergebnis aber sei in beiden Fällen das gleiche, eine elende, entwürdigende Lebensführung. „Ja," so schließt Herr Menschikow, „das große Rätsel der Menschheit ist Rußland, und die Schläge des Krieges werden uns um einen großen Schritt der Lösung dieses Rätsels näher bringen."

Herr X fährt durch Großrußland ebenfalls der Wolga zu und schildert die Stimmung aller Bevölkerungsschichten, Kaufleute, Fabrikanten, Gutsbesitzer, Bauern und Arbeiter. Der Refrain, der aus seinen Beobachtungen wiederklingt, ist immer derselbe: die Tränen schnüren ihm die Kehle zu beim Anblick der Not, die sich überall an ihn herandrängt: geschäftslose Kaufleute, entlassene Arbeiter, sorgende Gutsherren, bettelnde Bauern.

„Unser Herr — klagt ihm ein Arbeiter in Moskau — hat uns alle entlassen, die Säufer wie die Nüchternen, drei Abteilungen sind geschlossen“ . . . „Habt Ihr denn nicht gebeten, euch zu behalten?“ „Alle haben gebeten, aber er weinte: Glaubt Ihr denn, sagte er, daß ich es gern tue? Ich würde meine Seele für euch einsetzen, aber es ist unmöglich: ich erleide große Verluste und kann mir nicht helfen. Soll ich mich euretwegen mit einem Revolver erschießen: ich habe ja Kinder . . . Und das ist richtig, er hat Kinder,“ sagte der arme Kerl.

„Und was wird dann aus dir werden?“

Sein Gesicht belebte sich . . . „Jetzt verkaufe ich den Rock — das gibt einen Rubel . . . dann, wenn es schlimmer wird, die Stiefel . . . drei Rubel. Tausche ich die anderen Kleider ein, so bekomme ich auch etwas zugezahlt.“

Herr X fertigt den Mann mit einem Almosen ab, um den Jammer nicht weiter anhören zu müssen, aber ähnliche Szenen verfolgen ihn, wo immer er sich hinwenden mag.

Da sitze ich wieder im Waggon. Neben mir wieder Kaufleute, Holzhändler — ein anderer Typus wie aus den „Wäldern“ Petscherskis, langbärtige Bauernpatriarchen. Aber auch sie seufzen und flüstern:

„Man könnte wohl ein Geschäft machen, denn die Ware liegt unverkäuflich, man könnte sie für einen Spottpreis haben. Aber das Geld wird rar!“

„Ja, es ist kein Geld zu kriegen, die Banken drücken, auf Privatdiskont ist unter zwölf Prozent nicht zu rechnen.“

„Und ins Volk strömt immer mehr Papiergeld, das sich dann bei uns aufhäuft. Wo kommt es nur her?“

„In früheren Jahren, nach der Goldvaluta, kam es wohl vor, daß man sich in den Wechselstuben verbeugte, um Gold gegen Papier einzutauschen . . ., jetzt hat nach dem 20. (der Zahltag der russischen Renteien, an dem die Beamten ihr Gehalt bekommen) der Tschinownik bei mir im Laden alles in Papier bezahlt.“

„Uns kann es ja gleichgültig sein, ob Gold oder Papier, so lange der Handel im Reich geht, im Privatumsatz ist es einerlei. Aber es ist kein Kredit zu haben, daran liegt es, und ohne Kredit gehen wir zugrunde.“

„Wer Geld zu zwölf Prozent leiht, den nennt man jetzt seinen gnädigen Wohltäter.“

„Weder Kredit noch Bestellungen! Das Volk sitzt und tut nichts, es ist eingeschreckt und zittert wegen der Ernte. Ich glaube, es ist noch nie so viel Volk (um Arbeit zu suchen) nach Südrußland gezogen. Buchstäblich alle Weiber sind aus unserem Norden zur Arbeit nach Süden in die schwarze Erde gezogen . . .“

„Man sollte die Garde gegen die Japaner schicken. Aber alles wird vertuscht. Daher will auch niemand mehr dem anderen Glauben schenken. Und das hat seinen guten Grund, denn Vertrauen ist gefährlich, wenn man nicht Herr des eigenen Geschäftes ist . . .“

In diesem Ton geht es weiter, und auch der bevorstehende Handelsvertrag mit Deutschland muß zur Erklärung der allgemeinen Misere dienen.

„Ich kann nicht, bei Gott, ich kann nicht mehr! Die Preise sind zu niedrig. Noch fünf Kopeken weniger vom Pud und ich decke meine Kosten nicht — ich bin bankerott.“

„Zieh in den Krieg, Bruder!“

„Da danke ich schön! Als ob ich nicht wüßte, daß Krieg ist! Als Patriot bringe ich meine Opfer. Soll ich es aber dem Deutschen zum Vorteil tun? Das ist zu unbillig. Aber wozu soll ich mich mit der Landwirtschaft plagen? Es kommt nichts dabei heraus. Und das Volk ist bestialisch geworden, wie wilde Tiere sehen sie uns an. Die Faulpelze, Barfüßler, die verdammten Zahnfletscher! Und alle heulen: Arbeit! Wo soll ich denn die Arbeit hernehmen und womit zahlen: schon sie zu füttern, kostet mehr, als es einbringt.“

Der Gutsbesitzer grub tiefsinnig mit seinem Spazierstock im Sande.

„Ja, wenn ich jung wäre,“ seufzte er. Ich antwortete mit einem entsprechenden Seufzer.

„Dann würde ich auf alles pfeifen und selbst als Barfußler in die weite Welt ziehen!“ rief er wie in pythischer Ekstase begeistert aus. „Dann gäbe es keine Sorge mehr um den kommenden Morgen und Maxim Gorki könnte ein neues Stück über mich schreiben . . .“

Es ist in dieser Momentphotographie russischer Stimmungen keine Rede von den Beamten und vom Militär. Die letzteren,

soweit sie noch auf europäischem Boden sind — denn aus Ostasien dringt wenig zuverlässige Kunde herüber — urteilen ebenfalls außerordentlich pessimistisch. Die Mißstimmung trifft die höheren Chargen und die Intendantur, bei der allerdings, wie bei jedem Kriege den Rußland bisher geführt hat, auch dieses Mal die abscheulichsten Unterschleife stattfinden sollen. Auch ist der Krieg beim Militär ebenso unpopulär wie beim gemeinen Manne und bei den Geschäftsleuten. Bisher hat Rußland alle seine asiatischen Kriege so geführt, daß das Volk kaum etwas von ihnen erfuhr. Meist hörte man erst nach Jahren, häufig wohl überhaupt niemals, daß dieser oder jener bussurmanische Herrscher den weißen Zaren gebeten habe, ihm sein Land und seine Leute abzunehmen, und man hat das stets als etwas beinahe Selbstverständliches hingenommen. Nun nimmt in diesem japanischen Kriege alles einen so ganz anderen Verlauf, und die Rückwirkung desselben nach Rußland hinein ist eine so gewaltige, daß selbst die Bauern des entlegensten Dorfes sich ihr nicht entziehen können. Die Mobilisierung wird in diesen Tagen der Arbeits- und Nahrungssorgen besonders schwer empfunden, und dabei spielt der kindliche Leichtsinn des russischen Bauern und seine oft rührende Gutmütigkeit mit. Der Rekrut, der ins Feld zieht, wie der einberufene Reservist, muß, bevor er sein Heimatsdorf verläßt, noch sein Abschiedsfest haben, und je größer der Kummer ist, um so reichlicher fließt der Branntwein — dazu findet sich, Gott weiß wie, das Geld immer — dann rüstet man den Wegziehenden aus und setzt, um es recht gut zu machen, das letzte daran: endlich darf er nicht in die Ferne, ohne ein Zehrgeld auf den Weg zu erhalten, oft den letzten Groschen im Hause. Was zurückbleibt, sind dann Tränen und Not. Auch das sind nicht Konjekturen, sondern getreulich wiedergegebene Schilderungen der Wirklichkeit.

Eine große Schwierigkeit ruht aber noch im Schoß einer nicht fernen Zukunft. Man hat zu militärischen Zwecken, was irgend an Lokomotiven und Waggons entbehrlich schien, nach Sibirien geschafft. Wenn nun, wie befürchtet werden muß, eine große Anstrengung notwendig wird, um die Regionen der Mißernten vor den schlimmsten Folgen des Hungers zu bewahren und das Getreide von einem Gouvernement ins andere geführt werden muß, sind ähnliche Schwierigkeiten zu erwarten, wie sie während des Hungerjahres 1891

stattfanden. Dazu müssen die sich kreuzenden Richtungen der Züge, die den Export nach außen besorgen, und die der anderen, die für die Proviantierung der Armee einzustehen haben, die zu lösende Aufgabe noch weiter erschweren. Es ist aber zweifelhaft, ob das russische Eisenbahnpersonal einer solchen Anforderung gewachsen ist.

Bedenklich erscheint uns die Stimmung in Russisch-Polen, und wenn wir recht unterrichtet sind, teilt die russische Regierung diese Sorge. Es sind dabei weniger die polnisch nationalen Zukunftspläne, an die wir denken, obgleich auch diese sich ungeduldig zu äußern beginnen, als die erregte Stimmung der Bauern und der Arbeiter. Die sozialistische Propaganda hat hier tiefer Wurzeln geschlagen, als sonst irgendwo auf russischem Boden, und Polen ist zudem durch die Unterbrechung seines meist nach Ostasien gerichteten Handels besonders schwer getroffen worden.

Auf den Verlauf des Krieges in den letzten acht Tagen gehen wir nicht ein. Es ist im wesentlichen dasselbe Bild: wenn auch die Einnahme von Kaiping wiederum die Überlegenheit der japanischen Strategie gezeigt hat, kann doch ein schließlicher Erfolg Rußlands nicht zweifelhaft sein, wenn es ihm gelingt, seine Kriegsmacht zu voller Geltung zu bringen. Das ist bisher an keiner Stelle geschehen, und wenn das böse französische Witzwort sich bewähren sollte, daß es auf der einen Seite beim „laisser aller laisser faire" bleibt, während der andere Teil sich des „savoir faire" rühmen kann, dann allerdings könnte der Ausgang fraglich werden. Noch liegen aber die Dinge so, daß die Zeit für Rußland arbeitet, wenn seine Kräfte nicht durch die Rückwirkung der Verhältnisse im Innern des Reichs gelähmt werden.

Es läßt sich aber nicht verkennen, daß das Prestige Rußlands bereits schwer gelitten hat. Der in Persien gewonnene Boden kann bereits jetzt als halb verloren gelten und wird sich nur schwer und langsam voll wiedergewinnen lassen: die englische Tibeterpedition, falls sie ihr Ziel, Lhassa, erreichen sollte, würde aller Wahrscheinlichkeit nach dem Ansehen Rußlands noch schädlicher werden als die verlorenen Schlachten in der Mandschurei, endlich aber, was das Wesentlichste ist, es scheint, daß der englische Einfluß an die Stelle des russischen in Konstantinopel zu treten beginnt. Läßt sich in dieser ungemein wichtigen Frage noch nicht mit voller Sicherheit erkennen, was Schein

und was Wirklichkeit ist, so fällt doch auf, daß es in der englischen Presse, die so laut in der Frage der mazedonischen Reformen ihre Stimme erhob, plötzlich still geworden ist, als wäre diese Reformfrage jetzt etwas für England Gleichgültiges. Auch das fällt auf, daß das von Rußland protegierte Zusammengehen von Bulgarien, Serbien und Montenegro heute entschieden verleugnet wird. Die uns anfänglich so schwer verständlichen Angriffe der russischen Presse auf das bulgarische Ministerium dürften sich dadurch erklären, daß Bulgarien keine Neigung gezeigt hat, mehr als rein äußerlich die Annäherung an Serbien zu markieren, und daß in Wirklichkeit Serbien und Bulgarien einander entgegenarbeiten. Das Wiederauftauchen der Komitatschibanden scheint damit in Zusammenhang zu stehen und ebenso die interessante Tatsache, daß die kleinen auch von Serbien ausgehenden Banden sich nicht gegen die Türken, sondern gegen die bulgarischen Rivalen wenden. Serbien und Montenegro aber werden nie an einem Strang ziehen können, weil ihr Ehrgeiz denselben Zielen nachgeht. Kurz, das alles gibt in Summa eine unklare und unsichere Lage, bei der auch die Haltung Österreichs nicht eben als durchsichtig und zielbewußt bezeichnet werden kann.

In England und in Frankreich dauert die Unsicherheit der regierenden Ministerien fort. Der Colinsche Schlußantrag in der Untersuchungskommission für die Karthäuser Affäre ist ein blutiger Hieb gegen Herrn Combes, da ihm ins Gesicht geworfen wird, daß der Bestechungsversuch, über den er sich vor der Kammer beklagt, überhaupt nicht stattgefunden habe! Fast ebenso peinlich müssen dem Ministerium die Angriffe gegen den Marineminister Pelletan sein, der gleichfalls seine Untersuchungskommission hat, und endlich zeigt sich schon jetzt, daß Herr Delcassé mit seinem Marokkovertrage in ein Wespennest gegriffen hat, das ihm noch manche schwere Stunde bereiten wird. Zu alledem kommt neuerdings die italienische Spionaffaire, aus der sich ergibt, daß der verräterische Hauptmann Ercolessi gerade während der Anwesenheit des Präsidenten Loubet seinen Landesverrat durch Auslieferung der entscheidenden Aktenstücke gekrönt hat. Das ist gewiß nur ein zufälliges Zusammentreffen, aber ebenso sicher ist es eine unbequeme Zufälligkeit. Wenn die Italiener des Herrn Gustave Vallère habhaft werden, sind wohl weitere Enthüllungen zu erwarten.

In England hat zu allgemeiner Überraschung das Bankett, das am 8. Juli zu Chamberlains Geburtstag im Cecil Hotel stattfand, gezeigt, wie groß noch die Zahl seiner Anhänger ist. Jedenfalls ist er so stark, daß wenn er die schützende Hand vom Ministerium Balfour abzieht, dieses sofort zusammenbrechen muß. Aber das wird Chamberlain gewiß nicht tun, und wir irren wohl nicht mit der Annahme, daß der Tag kommen kann, da er und Balfour die Rollen tauschen.

Im Cecil Hotel war die Inschrift angebracht: Learn to think Imperially. Wenn das Chamberlains einziges Ziel wäre, brauchte er sich nicht weiter zu bemühen, denn der Imperialismus ist bereits heute die herrschende politische Tendenz. Nur die daran geknüpften handelspolitischen Ketzereien will man noch nicht gelten lassen.

11. Juli. Tod des Brandenten Krüger in Clarens.
14. Juli. Der Reichspostdampfer „Prinz Heinrich“ wird vom Kreuzer „Smolensk“ angehalten. Proteſt Deutſchlands.
18. Juli. Niederlage des Generals Grafen Keller am Motteenpaß.
19. Juli. Beſchlagnahme des engliſchen Dampfers „Malacca“ durch die Ruſſen. Engliſche Flottendemonſtration.

20. Juli 1904.

Vom Kriegsſchauplatz ſind noch immer keinerlei Nachrichten von entſcheidender Bedeutung eingetroffen. Wir haben es im weſentlichen mit unſicheren Gerüchten zu tun, da beide Teile ihr Geheimnis zu wahren wiſſen, und nur ſo viel ſcheint im Augenblick feſtzuſtehen, daß, während in der Mandſchurei ein Zuſammenſtoß der Hauptmacht Kuropatkins und Oyamas unmittelbar bevorſtehen dürfte, der ſchon lange angekündigte Sturm der Japaner auf Port Arthur wohl noch geraume Zeit auf ſich warten laſſen wird. Auch kommen wir dem Zeitpunkt immer näher, da die baltiſche Flotte ihre Kriegsfahrt in den fernen Oſten antreten ſoll. Gelingen oder Mißlingen des großartigen Unternehmens werden wohl den Ausſchlag über die erſte Periode dieſes ſchweren Krieges geben. An eine definitive Erledigung des oſtaſiatiſchen Problems in einer Kampagne glaubt bei der außerordentlichen Zähigkeit der Gegner wohl niemand mehr. Rußland macht die äußerſten Anſtrengungen, um in Oſtaſien ſchließlich in erdrückender Übermacht zu ſtehen, aber auch Japan, das heute noch alle Vorteile auf ſeiner Seite hat, ſtrengt alle Fibern an. Der „Daily Telegraph“ berichtete neulich aus Tokio, daß für den Fall, daß der Krieg mit Rußland ſich bis in das neue Jahr hineinziehen ſollte, Japan eine Armee von einer Million Soldaten mobiliſieren werde. Das iſt natürlich ebenſowenig denkbar, wie etwa die Mobiliſierung der ſieben Millionen, die Rußland im äußerſten Falle aufbringen kann. Solche Maſſen können ſich erheben, wenn es gilt, den heimatlichen Herd gegen eine Invaſion zu verteidigen, ganz unmöglich iſt es, ſie ſei es von Moskau oder von Tokio her in die

Mandschurei zu werfen. Dagegen macht Rußland die außerordentlichsten Anstrengungen, um die Leistungsfähigkeit seiner Eisenbahnen zu erhöhen. Als die sibirische Bahn gebaut wurde, legte man 18pfündige Schienen, sie sind dann durch 24pfündige ersetzt worden, und zwar bis heute für eine Strecke von 1300 Werst. „Aber", so schreibt das offizielle Organ des Ministeriums der Wege, „die Qualität dieser schweren Schienen ist leider höchst unbefriedigend. Die Schäden liegen an der ungenügenden Festigkeit des Materials, an der schlechten Arbeit, die Absplitterungen zur Folge hat, während die Schwellen sogar auseinandergehen. Die Kosten für diese Schienen sind jedoch so hoch, daß durchgreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Herstellung zu ergreifen sind, und zwar um so mehr, als die neuen Schienen ihrer Qualität nach summa summarum sogar schlechter sind als die alten 18pfündigen." Die „Nowoje Wremja", der wir dieses Zitat entnehmen, bemerkt dazu: „Weshalb es so gekommen ist, sagt das offizielle Organ nicht."

Das ist aber im Grunde jetzt auch gleichgültig. Das wesentliche liegt darin, daß die Regierung den bestehenden Schaden offen anerkennt und entschlossen ist, bessernd einzugreifen. Es läßt sich daher eine große Tätigkeit auf dem Gebiete der Schienenfabrikation erwarten, und zwar um so mehr, als jetzt geplant wird, eine Eisenbahnlinie Uljässutai–Krasnojarsk zu legen, um die Proviantierung aus der Mongolei her zu erleichtern. General Sjuchotin soll die Ausführung des Projekts mit Eifer betreiben, und auch die Ausnutzung der großen sibirischen Wasserstraßen soll in höherem Maße als bisher den Zwecken des Krieges nutzbar gemacht werden. Gleichzeitig wird mit großer Energie die Eisenbahn Orenburg–Taschkent gefördert. Kürzlich wurde bei der Station Kara-Kotken die 604. Werst erreicht, und jetzt erwartet man zu weiterer Fortsetzung aus Krasnojarsk große Schienenlieferungen. Wir führen das an, um zu zeigen, wie wenig Rußland gesonnen ist, auf die Durchführung seiner traditionellen asiatischen Politik zu verzichten.

Sehr erfreulicher Weise haben die Regenfälle der letzten Tage die Ernteaussichten gebessert. In Bessarabien ist jetzt wenigstens die Maisernte gerettet, wenn auch der Weizen verloren bleibt. Aber man ist der Sorge um eine Hungersnot glücklich ledig.

Eine andere, mehr ideelle, aber doch nicht gering anzuschlagende Sorge hat ein für Rußland geradezu unerhörter Diebstahl gebracht. Die „Nowoje Wremja" berichtet nämlich nach einem ihr aus Kasan zugegangenen Telegramm, daß das berühmte wundertätige Muttergottesbild von Kasan, ein Christusbild und das Bild des Wundertäters Nikolaus aus dem Bogorodiza-Marien-Kloster zu Kasan gestohlen sei. Dieser Diebstahl, der einen Geldwert von Millionen darstellt, hat, wie das Telegramm sagt, einen „unbeschreiblichen" Eindruck auf die Bevölkerung gemacht. Und das ist natürlich, weil dem Kasaner Muttergottesbilde in drei besonderen Fällen eine errettende Wirksamkeit zugeschrieben wird. Die Eroberung Kasans im Jahre 1552 durch den jungen Zaren Iwan, die Befreiung Moskaus von der Polennot 1612 und 200 Jahre später den angeblichen Sieg Kutusows bei Borodino, dankt das Volk und die historische Überlieferung Rußlands ihrem Schutz. Es ist deshalb wohl begreiflich, wenn speziell die bäuerlichen Schichten des Volkes, in denen der fromme Wunderglaube tief wurzelt, durch die Kunde erregt werden. Aber es läßt sich annehmen, daß die Reise, die Kaiser Nikolaus II. jetzt durch das Reich unternimmt, um die ausziehenden Truppen zu besichtigen und zu segnen, beruhigend wirken wird. Denn auch hier spielt ein starkes religiöses Empfinden mit. Auch scheint außer jener Notiz der „Nowoje Wremja" weiter keine Nachricht von dem Diebstahl in die russische Presse gedrungen zu sein. Die uns zu Gesicht gekommenen Residenzblätter schweigen, und daß die Provinzialpresse die Nachricht nicht hat verbreiten dürfen, versteht sich von selbst.

Bei den überaus freundlichen Beziehungen, welche unsere Regierung in den Grenzen ihrer Stellung als neutraler Macht zu Rußland aufrechterhält, hat die Willkür peinlich überrascht, mit der der Hilfskreuzer „Smolensk" der russischen Freiwilligen Flotte unseren Postdampfer „Prinz Heinrich" angehalten und gezwungen hat, seine für Japan bestimmte Briefpost und Packetpost auszuliefern. Selbstverständlich ist ein energischer Protest Deutschlands nach Petersburg gegangen, und wir zweifeln nicht daran, daß die Remedur baldigst erfolgen wird. Auch fassen wir dieses dem geltenden Völkerrecht widersprechende Verfahren des „Smolensk" nicht als eine speziell gegen uns gerichtete Unfreundlichkeit auf, sondern als eine den

gesamten Weltverkehr treffende Gewaltsamkeit, die um so auffallender ist, als bekanntlich Rußland diejenige Macht gewesen ist, die schon im 18. Jahrhundert am energischsten dafür eintrat, die Rechte der Neutralen zur See vor Schädigung durch kriegführende Mächte zu sichern. Man darf wohl annehmen, daß hier eine von der russischen Regierung nicht gebilligte Auslegung allgemeiner Instruktionen durch den Kapitän des „Smolensk" vorliegt, und daß, ganz abgesehen von der Genugtuung, welche den materiell durch Wegnahme der Post Geschädigten zufallen wird, auch eine prinzipielle Regelung bevorsteht, die den Postverkehr für immer vor Gewaltakten sichert. Es wird aber noch eine andere Frage zu regeln sein, die nämlich, welche Stellung jenen Fahrzeugen der „Freiwilligen Flotte" zuzuweisen ist. Wenn sie bei ihrer Durchfahrt durch Bosporus und Dardanellen ausdrücklich ihre Qualität als Kriegsschiffe verleugnen, können sie diesen Charakter nicht beanspruchen, sobald sie die Meerengen verlassen haben. Auch hier tut Klarheit not. Wir haben stets die Ansicht vertreten, daß die Einschließung der Schwarzenmeerflotte an sich eine Anomalie darstellt. So lange aber Rußland selbst nicht für eine Wandlung sorgt und eine klare und unzweideutige Regelung herbeiführt, muß die nichtrussische Welt daran festhalten, daß das Schwarze Meer ein mare clausum ist, und sie wird bis dahin auch berechtigt sein, den russischen freiwilligen Hilfskreuzern, welche per nefas aus dem Schwarzen Meer in andere Gewässer dringen, die Funktionen eines Kriegsschiffes abzusprechen. Wenn in englischen Zeitungen die Frage aufgeworfen wird, ob diese Fahrzeuge nicht als Piraten zu betrachten seien, so läßt sich daraus erkennen, welche Gefahren hier durch vieldeutige Umgehungen zu Recht bestehender völkerrechtlicher Verträge heraufbeschworen werden können.

Wie es heißt, hat England ein Geschwader von 18 Kriegsschiffen nach Port Said beordert, um die Aufsicht im Roten Meer zu üben. Das wird wohl dazu beitragen, in Rußland zu reiflicher Überlegung der prinzipiellen Bedeutung des Falles „Smolensk" zu führen.

Was die in Norderney gepflogenen Verhandlungen über den russisch-deutschen Handelsvertrag betrifft, so nehmen sie, wie es scheint, einen für beide Teile günstigen Verlauf. Sehen wir recht, so liegen die Verhältnisse so, daß der im Ganzen wenig er-

freuliche Ausfall der ruſſiſchen Ernten und die großen Anſprüche, welche die Verproviantierung der in Oſtaſien ſtehenden Truppen ſtellt, einen großen Getreideexport unwahrſcheinlich machen, während andererſeits die Kriegsbedürfniſſe, namentlich im Hinblick auf den Bedarf an Schienen, es im eigenſten ruſſiſchen Intereſſe nicht wünſchenswert erſcheinen laſſen, die Induſtriezölle zu hoch anzuſpannen. Man wird über kurz oder lang doch genötigt ſein, ſie wieder herabzuſetzen.

Der Aufenthalt König Eduards in Kiel, der Abſchluß des von uns mit England vereinbarten Schiedsvertrages und der Beſuch unſerer Flotte in Plymouth geben der engliſchen Preſſe noch immer Gelegenheit zu langen Betrachtungen. Wie ſtets hat die „Times“ auch diesmal ihre unehrliche Feindſeligkeit nicht verleugnet. Sie iſt ſelten giftiger in ihren Angriffen geweſen als jetzt und ihre Filiale, die „National Review“, geht natürlich dieſelben Wege. Das Leitmotiv iſt das alte: Germania delenda! und wenn die engliſche Regierung und das engliſche Volk hinter dieſer Preſſe ſtänden, dann allerdings müßten wir uns darauf gefaßt machen, über Nacht einmal von den vereinigten Geſchwadern Englands überfallen zu werden. So wie die Dinge wirklich liegen, können wir über all dieſen Lärm achſelzuckend hinwegſehen. Aber es zeugt doch von außerordentlich geringer Selbſtachtung, wenn England ſich gefährdet glaubt, da es heute gegen 16 deutſche Linienſchiffe 55 und gegen 10 große Kreuzer 64 ſetzen kann, im Jahre 1908 aber die entſprechenden Zahlen wie 23 zu 61 und wie 75 zu 13 ſtehen werden. Man leſe die treffenden Bemerkungen, die der „Nauticus“ in ſeinem letzten Jahrgange an die Gegenüberſtellung dieſer Daten knüpft.

Nicht unerwähnt ſoll übrigens bleiben, daß zu den Feinden Deutſchlands, denen die „National Review“ ihre gaſtlichen Spalten öffnet, jetzt auch Herr v. Koscielski, Mitglied des preußiſchen Herrenhauſes, gekommen iſt. Die Art, mit der er ſich zu einer Politik des Haſſes bekennt, erklärt ſich aus dem Schutz, den er durch unſere allzu milden Geſetze zu finden hofft, erſtaunlicher aber noch iſt die Unkenntnis, mit welcher er der Geſchichte ſeines eigenen Volkes gegenüberſteht. Die Welt der Legenden, in der er lebt, iſt nie Wirklichkeit geweſen, und es läßt ſich mit aller Beſtimmtheit ſagen, daß, ſo lange die Herren Polen ſich nicht von dem Lügengewebe

jener Pseudogeschichte freigemacht haben werden, sie selbst am meisten dazu beitragen müssen, diejenige Richtung unserer Polenpolitik zu stärken, die ihnen am meisten verhaßt ist. Denn Feinde behandelt man als solche, insoweit wenigstens, daß man ihnen die Waffen nimmt, mit denen sie um sich schlagen.

Die Tibetexpedition hat jetzt ihren Rubikon überschritten. Oberst Younghusband hat Gyangtse verlassen und bereits Khotong erreicht. Sein nächstes Ziel ist Lhassa, und wenn er dort siegreich einzieht, ohne daß der Dalai Lama vorher die Flucht ergriffen hat, dann ist der Erfolg ein ganz ungeheuerer. Die Millionen Buddhisten, welche mit der Unterwerfung des Dalai Lama unter die englische Schutzherrschaft selbst dem englischen Einfluß verfallen, müssen das Ansehen Englands in der Tat außerordentlich steigern und es in noch weit höherem Grade, als es bisher der Fall ist, zur Vormacht Asiens machen. Auch ist es gewiß richtig, daß die Stellung Englands in Indien sich wesentlich stärken und sichern muß, wenn die englischen Vorwerke bis weit jenseit des Himalaja reichen und auf einen Wink des Vizekönigs der Lama die Parole ausgeben muß, die dem englischen Interesse entspricht. Auch etwa eine halbe Million russischer Untertanen wird diese Parole hören, was zwar in Petersburg nicht als eine Gefahr, wohl aber als eine Unbequemlichkeit empfunden werden muß, zumal man sich dort noch im vorigen Jahre mit der Hoffnung tragen durfte, daß die Entwicklung Tibets nach der entgegengesetzten Richtung zu einer russischen Schutzherrschaft führen werde. In der Abwehr dieser Möglichkeit sieht England wohl den letzten Zweck der Tibetexpedition. In einer Beziehung aber begleiten die Wünsche der gesamten gebildeten Welt den Oberst Younghusband. Rückt er in Tibet ein, so läßt sich hoffen, daß die handschriftlichen Schätze der buddhistischen Klöster wissenschaftlicher Forschung erschlossen werden, und das kann von unermeßlicher Tragweite werden.

Wir erwähnen zum Schluß, um diese englischen Angelegenheiten zu erledigen, noch das törichte Gerücht, daß England beabsichtige, uns Weihaiwei abzutreten, um sich dagegen besondere Vorrechte im Jangtsetal auszubedingen. Daran ist natürlich nichts wahr. Die Engländer haben die Befestigung von Weihaiwei aufgegeben, weil sich herausstellte, daß ihre Durchführung ganz ungeheuere Kosten

beanspruchen würde. Ganz abgesehen nun davon, daß sich wohl kein Reichstag in Deutschland komponieren ließe, der die Mittel hergäbe, um diese Befestigungen für Deutschland herzustellen, würden wir durch den Besitz von Weihaiwei gerade in die Konfliktszone hineingezogen werden, der wir unter allen Umständen fernzubleiben entschlossen sind. Die Auslieferung des Jangtsetales an England aber wäre ein Verzicht auf das Prinzip der offenen Tür, das nicht nur unserem eigensten Interesse, sondern auch dem aller übrigen Mächte widersprechen und uns in durchaus unnötigen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika stellen müßte. Daran also ist unter keinen Umständen zu denken.

Allgemeine Teilnahme hat der Tod des alten Präsidenten Krüger hervorgerufen. Daß die Engländer ihm seinen letzten Wunsch erfüllen und gestatten werden, ihn an der Seite seiner Hausfrau auf dem Boden Transvaals zu bestatten, daran haben wir keinen Augenblick gezweifelt. Dazu hat die englische Nation doch zu viel Verständnis für wirkliche Größe. Und Krüger ragte doch weit über das Maß des gewöhnlichen hinaus. Er war einer der letzten Vertreter einer untergehenden, fast möchte man sagen biblisch-patriarchalischen Welt. Ein Beter und Streiter, wie die moderne Kultur sie so nicht mehr bildet, denkbar nur in der Welt, in der er lebte und für die er lebte. Ein Bauernkönig und Prophet, der sich und sein Volk der rastlos fortschreitenden Entwickelung eines Weltreiches entgegenwarf und eine Zeitlang wohl der stolzen Hoffnung leben durfte, daß es ihm gelingen könnte, als Sieger aus diesem Kampfe hervorzugehen. Daß er schließlich unterlag und unterliegen mußte, erklärt sich daraus, daß eben die Eigenschaften, aus denen sein Volk Kraft und Zuversicht schöpfte, auch die Quelle seiner Schwächen waren. Der unbeugsame Eigenwille und Starrsinn des Bauern, der wohl sein Leben hingeben kann zur Verteidigung von Herd und Heimat, der sich aber nicht disziplinieren läßt und der den Maßstab verliert, den Unterschied zwischen großen und kleinen Interessen zu erkennen, blieb sich vom Beginn des Krieges bis zu seinem tragischen Ausgange gleich. Wenn Krüger trotzdem auch auf fremdem Boden, nach dem Scheitern all seiner Hoffnungen den Glauben nicht verlor, daß schließlich doch noch einmal sich alles zum Besten wenden werde, so schöpfte er diese Zuversicht aus dem

religiösen Fundament seiner Weltanschauung. Er hat bis zuletzt mit seiner Bibel gelebt und gesucht, aus ihr die Rätsel der Zukunft zu ergründen. Man wird wohl an Cromwell erinnert, und gewiß paßt er mehr in die Zeiten der Rundköpfe hinein, als in unsere Tage. Wäre er Engländer gewesen, so müßten wir sein Grabmal in Westminster suchen.

In Frankreich hat Herr Combes wieder einmal seine politischen Gegner mit Hilfe seiner Kammermajorität niedergestimmt. Die Karthäuserangelegenheit ist erledigt und er kann seine Hauptarbeit, die Unterdrückung des „Klerikalismus", wieder aufnehmen. Aber die Verhältnisse spitzen sich doch außerordentlich zu. „Temps" und „Matin", d. h. Herr Delcassé und der Ministerpräsident, liegen in offener Fehde. Herr Delcassé scheint ein starkes Gefühl dafür zu haben, daß ein Bruch mit der Kurie eine Schwächung Frankreichs bedeutet. Herr Combes ist entgegengesetzter Ansicht und wünscht einen fröhlichen Krieg, in welchem er schließlich noch den französischen Episkopat als Mitkämpfer an seiner Seite zu finden hofft.

Vielleicht bringen schon die nächsten Tage eine Entscheidung, denn der hohen französischen Geistlichkeit wird nichts übrig bleiben, als zu wählen, ob sie päpstlich oder combisch sein will, und vielleicht ist nichts bezeichnender für das heutige Frankreich, als daß sich nicht vorhersagen läßt, wie die Entscheidung fallen wird.

21. Juli. Eintreffen des russischen Ministerpräsidenten Witte und des Grafen Bülow in Berlin.
22. Juli. Die englische Mittelmeerflotte vor Alexandria. Rußland verspricht die „Malacca“ freizugeben.
23. Juli. Beschlagnahme des deutschen Dampfers „Skandia“.
25. Juli. Freigebung der „Skandia“ und Desavouierung der Beschlagnahme des „Prinzen Heinrich“. Freisprechung der Angeklagten im Königsberger Hochverratsprozeß. Das Wladiwostokgeschwader bohrt den „Knight Commander“ in den Grund.
26. Juli. Großer Sieg der Japaner bei Taschitschiao.
27. Juli. Die Russen räumen Niutschwang, das von den Japanern besetzt wird.

27. Juli 1904.

Die Konfiszierung eines Teiles der Post unseres Dampfers „Prinz Heinrich“, die Aufbringung des Engländers „Malacca“ und des Hamburger Dampfers „Scandia“, sowie endlich die Beschießung und Wegnahme des englischen Dampfers „Adova“ — das sind die Heldentaten, durch welche die per nefas-Kreuzer der russischen Freiwilligen Flotte acht Tage lang die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich gezogen haben. Aber damit scheint die Geschichte dieser Freiwilligen Flotte sich für alle Zeiten erschöpft zu haben. Sie wird eine kriegerische Rolle nicht mehr spielen, denn die russische Regierung hat nicht nur das Vorgehen der „Smolensk“ und „Petersburg“ desavouiert und sofortige Freigebung der Post wie der aufgebrachten fremden Schiffe angeordnet, sondern auch ausdrücklich erklärt, daß sie diesen Schiffen der Freiwilligen Flotte den Charakter als Hilfskreuzer aberkenne. Daraus ergibt sich als weitere Konsequenz, daß für die von den deutschen und englischen Dampfern erlittenen Verluste entsprechende Entschädigung geleistet werden wird.

Demgegenüber macht es einen geradezu komischen Eindruck, wenn ein hiesiges Morgenblatt emphatisch ausruft: „Das deutsche Volk erwartet, daß der oberste Beamte des Reiches seine Schuldigkeit tut!“ um zehn Zeilen tiefer zu melden, daß der Befehl zu sofortiger Freilassung der „Scandia“ bereits von Petersburg abgegangen. Wir denken so ketzerisch, daß wir daran zweifeln, ob die Diplomaten dieses Morgenblattes und gleich energische Kollegen

desselben, sich rascher Gehör zu schaffen verstanden hätten. Denn wir wissen uns in der Tat nicht zu erinnern, daß in ähnlichen Fällen die Remedur je gleich präzis erfolgt sei. Wir billigen es zudem durchaus, daß die ganze Angelegenheit bei uns mit minderem Lärm betrieben worden ist als in England und daß wir ohne versiegelte Ordres und ohne Flottendemonstration unser Ziel zu erreichen verstanden haben. Daß wir, wenn nötig, dazu bereit waren, auch die Konsequenzen der Situation zu ziehen, dazu hat man sich zu überzeugen in Petersburg ohne Zweifel alle Gelegenheit gehabt.

Es scheint aber, daß allerdings in den leitenden Petersburger Kreisen über die Aufgabe der „Freiwilligen Flotte" divergierende Meinungen nebeneinander hergingen. Wenigstens hat Herr Marcel Hutin, Petersburger Korrespondent eines Pariser Blattes — wenn wir nicht irren des „Matin" —, eine Unterredung mit Herrn Neratow, dem Geschäftsführer im 1. Departement des Auswärtigen Amtes, gehabt, in der dieser die Stellung von Kreuzern für „Smolensk" und „Petersburg" durchaus aufrecht erhielt und die Freigebung der „Malacca" nur für den Fall in Aussicht stellte, daß in Sevastopol oder Reval die englische Regierung den Beweis erbringe, daß die Ladung des Schiffes englisches Eigentum sei und daß die Schiffspapiere sich in voller Ordnung befänden: dagegen erklärte Herr Savinsky, der erste Sekretär in der Kanzlei des Grafen Lambsdorff, er hoffe, alles werde bald ohne jeden Konflikt geregelt sein. Es scheine, daß der Befehlshaber der Hilfsflotte durch zu großen Eifer gefehlt habe. Wenn das der Fall sei, so wäre man bereit, es anzuerkennen und die Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle zu verhindern.

Schließlich hat dann am Sonntag ein Ministerrat unter Vorsitz des Großfürsten Großadmirals Alexej Alexandrowitsch, an welchem auch der Schwager des Kaisers, Großfürst Alexander Michailowitsch, Graf Lambsdorff und der Marineminister teilnahmen, die uns bereits bekannte Entscheidung gegeben. Das wesentlichste liegt wohl darin, daß Rußland den Schiffen der Freiwilligen Flotte das Recht entzieht, Schiffe zu beschlagnahmen und zu durchsuchen. Man darf hoffen, daß damit auch alle Schwierigkeiten England gegenüber gelöst werden und daß bis auf weiteres der Streitpunkt in der Dardanellenfrage, in welchem die eigentliche Gefahr lag, nicht mehr in Frage kommt.

So weise dieses rechtzeitige Nachgeben Rußlands ist und so absolut notwendig es war, wenn die an die baltische Flotte geknüpften Erwartungen der Verwirklichung nahegeführt werden sollen, so unbegreiflich bleibt doch, daß man sich in Petersburg nicht früher darüber klar geworden ist, welche Gefahren der Gebrauch der Freiwilligen Flotte zu Kriegszwecken in sich schloß, zumal wenn das Kommando der in Frage kommenden Schiffe Männern anvertraut war, welche die Tragweite ihrer „Schneidigkeit" so wenig überschauen konnten.

Doch, wie gesagt, für uns ist in allen Hauptsachen die Angelegenheit erledigt: was übrig bleibt sind Detailfragen, die von den Kanzleien zu lösen sind.

Weit wichtiger, wenn sie sich bestätigen sollte, wäre eine zuerst in der „Frankfurter Zeitung" erschienene und dann ohne Widerspruch von englischen Blättern übernommene Nachricht, der zufolge die hohe Pforte sich an England gewandt haben soll, um eine Anleihe zur Tilgung des Rests der Kriegsschuld von 1878 an Rußland zu erhalten. Es wird dabei der Anschein erweckt, als sei England nicht abgeneigt, ein solches Geschäft abzuschließen, und das wäre vom britischen Standpunkte aus sehr verständlich. Die schon vor vierzehn Tagen an dieser Stelle hervorgehobene Steigerung des englischen Einflusses in Konstantinopel würde in solchem Fall fest begründet werden, und Rußland hätte eins der wirksamsten Mittel verloren, der Pforte seinen Willen aufzunötigen. Eine Mahnung an die Pforte, rückständige Zahlungen zu entrichten, pflegte bisher stets zu erfolgen, wenn man im Yildiz Kiosk russischen Wünschen gegenüber harthörig geworden war. Die jährliche Rate der türkischen Schuld an Rußland beträgt aber 350000 türkische Pfund, das ist über $2^{3}/_{4}$ Millionen Mark, eine Summe, deren regelmäßige Zahlung nicht zu den Gewohnheiten der hohen Pforte gehört, und in deren Beitreibung Rußland im Interesse der Behauptung seines Einflusses es stets verstanden hat, im rechten Augenblick nachsichtig zu sein. Wenn England der Pforte wirklich die Mittel vorschießt, diese Schuld zu tilgen, könnten sich daraus Konsequenzen ergeben, wie sie einst Disraeli durch den Ankauf der Suezkanalaktien zu erringen verstand.

Vielleicht liegt aber eine andere Analogie noch näher. Wir denken an den Kampf des englischen und russischen Einflusses in

Perſien, der ſeine nicht unintereſſante Geſchichte hat. In der perſiſchen Provinz Schiras wird eine Tabaksart gebaut (Tambaku oder türkiſch Tumbeki), die im geſamten moslemiſchen Orient in den Waſſerpfeifen geraucht wird, von der europäiſchen Türkei bis an die atlantiſche Küſte Marokkos.

Im Jahre 1890 gelang es nun den Engländern, die Einführung der Tabaksregie in Perſien durchzuſetzen und ein Monopol auf den Verkauf des Tambaku zu erlangen. Dieſes Monopol war aber von Hauſe aus ſehr unpopulär, und Rußland ſetzte hier ein, um mit Hilfe des perſiſchen Klerus dagegen zu agitieren. Der Vers des Koran: „Die Menſchen ſind Herren über ihre Seelen und über ihr Eigentum" wurde gegen die Regie ausgeſpielt, und dem Schah blieb ſchließlich nichts übrig, als das mit den Engländern abgeſchloſſene Geſchäft wieder rückgängig zu machen. Die Engländer aber verlangten eine Entſchädigung für den ihnen entgangenen Gewinn. Sie iſt ſchließlich auf ½ Million Lſtr. fixiert worden, und dieſe 500000 Pfund bilden die erſte perſiſche Staatsſchuld, ſo daß man wohl ſagen darf, daß von dieſer Zeit eine neue Periode der Geſchichte Perſiens datiert. Denn orientaliſche Staaten vertragen nicht die Laſt regelmäßig zu entrichtender pekuniärer Verpflichtungen, eine Schuld pflegt regelmäßig weitere Verſchuldungen nach ſich zu ziehen. Das nächſte war nun, daß Rußland ein Bankinſtitut in Teheran begründete, um den Engländern Konkurrenz zu machen, und als 1898 eine neue große perſiſche Anleihe nötig wurde, ſtand Rußland als Geldmacht auf dieſem Boden den Engländern gegenüber. Merkwürdigerweiſe haben in dieſem entſcheidenden Augenblicke die Engländer Sparſamkeitsbedenken gehabt, ſie weigerten ſich, die Anleihe zu 4 Prozent zu geben, während Rußland ſich äußerſt kulant zeigte, aber daran die Bedingung knüpfte, daß Perſien bis zum Jahre 1912 bei keiner anderen Macht als bei Rußland Geld ſuchen ſolle. Von da ab fiel Perſien in die Hände Rußlands. 1899 kam der wichtige Vertrag zuſtande, der das reiche Azerbeidjan auf 70 Jahre der Exploitation durch Rußland auslieferte, und am 25. März 1901 die Aufhebung der perſiſchen Binnenzölle, von der zunächſt Rußland den meiſten Vorteil zog. Erſt durch den engliſch-perſiſchen Handelsvertrag vom 9. Februar 1903, der am 27. Mai ratifiziert wurde, und ſeither durch die Politik Lord Curzons ſcheint eine Wendung zum Vorteil

Englands sich vorbereitet zu haben. Aber das Beispiel zeigt, wie wichtig diese Frage der pekuniären Abhängigkeit werden kann, und es erscheint uns deshalb nicht unglaubhaft, daß der russische Botschafter Sinowjew infolge jenes Gerüchts von der bevorstehenden türkischen Anleihe in England, nach Konstantinopel zurückgekehrt ist. Denn auch in der Politik gilt der böse Satz, daß der Abwesende unrecht hat.

Wir hätten gewünscht, daß in dem jetzt glücklich zum Abschluß gelangten Königsberger Prozeß die russische Regierung die Möglichkeit gehabt hätte, durch eine würdige Persönlichkeit dem Hagel von Anschuldigungen entgegenzutreten, der sie getroffen hat. Denn der Verlauf dieser sonderbaren Gerichtsverhandlung gestaltete sich so, daß eigentlich die russische Regierung auf die Anklagebank gesetzt wurde, ohne daß ihr die Möglichkeit geboten wurde, sich zu verteidigen. Es ist aber nicht zu bezweifeln, daß ungeheuere Übertreibungen und zum Teil völlig unerwiesene Behauptungen mit ungewöhnlicher Sicherheit vorgebracht worden sind. Diese ganze Frage der erlaubten und unerlaubten Arbeit an einem künftigen „modernen" Rußland hat ihre zwei Seiten und eine derselben ist gar nicht in Betracht gezogen worden.

Wer die lange Reihe der russischen Reformbestrebungen kennt — und der Schreiber dieser Zeilen erhebt den Anspruch, sie jedenfalls besser zu kennen als die Teilnehmer an dem Königsberger Prozeß — wird zu dem merkwürdigen Schluß kommen, daß die besten und reifsten Reformprojekte scheiterten nicht an dem üblen Willen der Regierung, oder sagen wir lieber des Zaren, sondern an den Werkzeugen, die sie ausführen sollten, und an dem Menschenmaterial, das zu reformieren und zu organisieren war. Neben einigen wenigen reifen Köpfen, die ihrer Zeit weit voraus gehen, und wie z. B. der alte Admiral Mordwinow, die Mögliches, nicht Utopisches erstreben, finden wir an der Reformarbeit überschwengliche Utopisten, die einen Zustand erstreben, für den das Volk nicht reif ist, oder Schönredner, die wohl Rechte verlangen, aber nicht die sich aus ihnen ergebenden Arbeitspflichten auf sich nehmen wollen. Es soll hier nicht all der Fehler gedacht werden, die bei der Bauernbefreiung gemacht wurden, wohl aber sei daran erinnert, daß die von Alexander II. eingeführte Landschaftsverfassung, die sogenannte

Semstwo, schon wenige Jahre nach ihrer Einführung daran scheiterte, daß niemand arbeiten wollte, ganz wie die Selbstverwaltungsrechte, die Katharina II. dem russischen Adel verliehen hatte, an eben diesem Mangel an Pflichtgefühl scheiterten. Im allgemeinen gilt der Satz, daß in Rußland freiwillige Arbeit nur in der Hitze der Opposition geleistet wird, und daß diese Opposition stumm wird, sobald es gelingt, sie in die Kreise der Bureaukratie hineinzuziehen. Das gilt aber noch in weit höherem Grade von der studentischen Opposition. Es gibt nur wenige Studenten, die in Rußland nicht eine Periode äußersten Radikalismus durchmachen — er verfliegt spurlos, sobald die Examen des letzten Kursus überwunden sind und mit Amt und Stellung der Eintritt in die Kohorte des zusammenstehenden russischen Beamtentums erfolgt ist. Wir sind überzeugt, daß, wer die Lebensgeschichte der heute in Rußland als Verfolger meist verhaßten Beamten bis in ihre Studentenjahre hinein erforscht, in den meisten Radikale und Liberale erkennen wird, welche die kritischen Jahre glücklich überstanden haben.

Wirklich gefährlich werden diejenigen, die in jenem Stadium überschwenglicher Verfassungs- und Freiheitswünsche der Administration oder Justiz in die Hände fallen und erst als „Märtyrer" sich in einer Überzeugung festigen, die ursprünglich wenig mehr gewesen ist als Jugendhitze und façon de parler! Drastische Belege dafür bietet die Geschichte der sogenannten Dekabristen — bei ihrer Überzeugung blieben nur die Ertappten, alles übrige ging, mit klingendem Spiel könnte man sagen, in das andere Lager über, und auch was von der sibirischen Idylle wie von dem sibirischen Martyrium jener treu Gebliebenen erzählt wird, ist zum größten Teil Legende. Wir empfehlen denjenigen, die uns nicht aufs Wort glauben wollen, die beiden Bände der in diesem Jahre erschienenen Memoiren von Sawalischin: sie sind auch für die Gegenwart lehrreich. Persönlichkeiten wie Herzen gehören zu den Ausnahmen und finden zu nicht geringem Teil ihre Erklärung in der Beimischung fremden Blutes, die sie zu etwas anderem machte. Seine Mutter war eine Deutsche.

Wir meinen also, es ist wohl denkbar und verständlich, daß eine russische Regierung, die sich über das eigene Volk keine Illusionen macht, vor dem Experiment einer Nationalvertretung aller Reußen zurückschrickt und in denjenigen, die sie erstreben, gefährliche

Feinde der Existenz des Staates erblickt. Wir sind allerdings überzeugt, daß für Rußland ein *aufgeklärter* Absolutismus auch heute noch die allein lebensfähige Staatsform ist. Aber der Absolutismus müßte wirklich aufgeklärt und nicht nur in seinen oberen, sondern auch in seinen unteren Organen wohlwollend sein. Hier aber liegt das ungeheure Manko: Die Werkzeuge versagen sich dem Absolutismus, ganz wie sie sich der freien Selbstverwaltung versagen, und selbst jener heute so gefeierte russische Bauer, der Muschik, auf den die liberalen Reformer, die Revolutionäre und Anarchisten ebenso ihre Zukunftshoffnungen gründen, wie der Absolutismus es tut, ist doch derselbe, welcher die Greuel von Kischinew vollzogen hat. Alles in allem scheint uns der Versuch, den Herr v. Plehwe jetzt macht, eine Reform von oben, unter möglichster Beschränkung der Selbstverwaltung, durchzuführen, immer noch aussichtsvoller als jene Reform von unten her, die, wenn nicht alles täuscht, in ein Chaos ausmünden müßte.

Aber freilich, es scheint abenteuerlich bei dieser Arbeit, deren letztes Ziel doch die Erziehung des Volkes sein soll, das System auch auf Provinzen auszudehnen, die jenen Kinderschuhen längst entwachsen sind, in welche man die Masse erst hineingewöhnen will. Es ist töricht, sprachlich und religiös zu assimilieren, weil das Ziel doch nicht erreicht werden kann, und wo man ihm nahe zu kommen meint, nur deterioriert, nicht bessert.

Was endlich die gegen die Balkanpolitik Rußlands gerichteten Vorwürfe betrifft, so läßt sich nicht leugnen, daß sie zum Teil wahr sind, ein anderer Teil aber ist bestimmt nicht wahr, und die Schuld trifft, soweit sich das an der Hand des heute zugänglichen Materials verfolgen läßt, wiederum Unterorgane, in denen die bösen Instinkte der Nation sich konzentriert haben. Aber wir haben keinerlei moralische Bürgschaft dafür, daß die jungen Leute, welche heute für eine russische Verfassung demonstrieren, nicht nach zehn Jahren die Helden einer neuen Sammlung „bulgarischer Dokumente" werden.

In *Frankreich* haben sich die Verhältnisse zwischen Staat und Kurie so zugespitzt, daß ein Bruch unvermeidlich scheint. Auch die Krisis in Marokko wird akuter. Der französische Gesandte in Tanger hat sich bereits genötigt gesehen, telegraphisch um zwei Kreuzer und Landungstruppen zu bitten. Wir werden auf diesem

Boden noch die sonderbarsten Überraschungen erleben und glauben nicht, daß Herr Delcassé viel Freude an ihnen haben wird.

Über den russisch-japanischen Krieg schweigen wir heute. Er steht an einem Wendepunkt und wir wollen den Ausgang abwarten.

In England scheint der Herzog von Devonshire nicht übel Lust zu haben, an Balfours Stelle zu treten; es ist aber nicht unmöglich, daß die „Malacca"-Frage eine Festigung seiner Stellung bedeutet, wie denn überhaupt nicht sehr wahrscheinlich ist, daß vor Beendigung des russisch-japanischen Krieges ein Ministerwechsel eintritt. Im Augenblick aber ist niemand in England populärer als Lord Curzon; seine jüngste Apotheose der Tibeterpedition klingt allen Engländern in den Ohren, vielleicht auch den russischen Politikern.

25. Juli. Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrages. Ermordung des russischen Ministers des Innern Plehwe durch den ehemaligen Moskauer Studenten Sasanow. Freilassung der „Malacca". Rußland verspricht Genugtuung für den „Knight Commander".
30. Juli. Beginn der Operationen Trothas gegen die Herero.
1. August. Das Unterhaus legt ein Tadelsvotum gegen die Zollpolitik des Ministeriums ab.
2. August. Erfolge Kuropatkins gegen die Kuropatkinsche Armee.
3. August. Die Japaner nehmen Shantaikan vor Port Arthur.

3. August 1904.

Der Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan, die Ermordung des russischen Ministers des Innern, Herrn v. Plehwe, endlich die vorläufige und wie man hoffen darf, dauernde Beilegung der Schwierigkeiten, die das ungerechtfertigte Vorgehen der russischen Kreuzer der Freiwilligen Flotte im Roten Meere hervorgerufen hatte, das sind die allgemein wichtigen Tatsachen, die sich seit unserer letzten Betrachtung vollzogen haben. Sie verdienen durchaus in ihrer Bedeutung erwogen zu werden.

Mit dem Abschluß des Handelsvertrages mit Rußland hat Graf v. Bülow ein ungemein schwieriges Problem gelöst. Kennen wir auch nicht das Detail der getroffenen Abmachungen, die aus naheliegenden Gründen noch geheimgehalten werden müssen, so läßt sich doch mit Bestimmtheit sagen, daß die „Münchener Allgemeine Zeitung" das Richtige trifft, wenn sie sich darüber folgendermaßen formuliert: „Sicher weiß man zur Stunde nur, daß ein Handelsvertrag auf Grund des neuen Zolltarifs vorliegt und daß der Handelsvertrag auf zehn Jahre geschlossen ist. Daraus ergibt sich so viel wenigstens, daß den Wünschen der deutschen Landwirtschaft durch vertragsmäßige Festlegung der Minimalgetreidezölle und den Interessen unseres Handels und unserer Industrie durch die lange Befristung des neuen Handelsvertrags entsprochen ist. Da ein Staat nur Zölle erheben kann von dem, was an seinen Grenzen eingeführt

wird, so liegt auf der Hand, daß, während Deutschland Erhöhungen der Agrarzölle erreicht, Rußland Kompensationen auf dem Gebiet der Industriezölle erlangt hat." Wer billig zu urteilen gewohnt ist, wird sich dabei sagen, daß, da die Landwirtschaft Mittel der Selbstverteidigung nicht hat, der Schutz, den sie erhalten hat, ihr von allen gegönnt werden muß, denen die Interessen des Reiches ein zusammenhängendes Ganzes sind; die Industrie aber hat immer die Möglichkeit, dort, wo Zollschranken ihr den Weg versperren, durch Eindringen in das Gebiet des wirtschaftlichen Gegners auf seinem Grund und Boden zu seinem und dem eigenen Nutzen Wurzel zu fassen. Auch spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß jene zehn Jahre nicht hingehen können, ohne daß Rußland im eigensten Interesse die Zölle herabsetzt. Das ist ein Ruf, der seit Jahren und von Jahr zu Jahr lauter in Rußland erhoben wird, und der, wie wir nicht bezweifeln, über kurz oder lang durchdringen muß. Wie dem auch sein mag und obgleich uns wohl bekannt ist, daß auch wirkliche Kenner in diesem Punkt unsere Meinung nicht teilen, unter allen Umständen begrüßen wir die Unterzeichnung des Handelsvertrages als eine hocherfreuliche Tatsache, die unserem wirtschaftlichen Leben eine Periode ruhiger und gesunder Entwickelung sichert.

Was den zweiten Punkt, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan, betrifft, so sehen wir darin ein Ereignis, das mit Notwendigkeit nach dem Fall des Kardinalstaatssekretärs Rampolla eintreten mußte. Merry del Val hat Rampollas Politik des Nachgebens unter allen Bedingungen nicht übernommen, und da Herr Combes ein Fanatiker des Antiklerikalismus ist und die Ideale des französischen Freimaurertums vertritt, ist ein Prinzipienkampf entbrannt, der nicht anders als in einen völligen Bruch ausmünden kann. Es ist ganz richtig, daß das Konkordat bereits heute in Fetzen gerissen am Boden liegt, obgleich die Kammer noch keine Gelegenheit gehabt hat, in dieser für einen Staat von Katholiken doch hochwichtigen Frage Stellung zu nehmen. Merkwürdig übrigens, wie gleichgültig das katholische Volk von Frankreich dem ganzen Streit gegenüberzustehen scheint. Die politische Mode des Tages — und die gibt in Frankreich von Paris aus den Ton für die Provinzen an — ist der Kirche ungünstig, und ihre gewiß sehr zahlreichen Freunde wagen nicht mit ihrer wahren

Überzeugung hervorzutreten. Vielleicht kommt der Rückschlag später. wir sehen zwar noch nicht, wie der Einfluß der Frauen spielt, müssen aber wohl annehmen, daß er sich gegen die Männer um Herrn Combes wenden wird. Jedenfalls wird auch mit der Kündigung des Konkordats die Sache nicht erledigt sein. Die Ministerien kommen und gehen und *Rom bleibt*, und wenn Frankreich nicht wieder hugenottisch werden sollte, was wohl die unwahrscheinlichste aller Zukunftskombinationen ist, wird es auch den Tag erleben, der die geistlichen Irrungen der dritten Republik ebenso verleugnen wird, wie einst die der ersten Republik. Denn katholisch sein und zugleich dem Papste den Krieg machen, das heißt die Quadratur des Zirkels suchen. Nebenher aber läßt sich nicht übersehen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch die Gambettasche Theorie vom Katholizismus für den Export sich nicht wird behaupten lassen. Das aber bedeutet für Frankreich einen politischen Nachteil im Orient, wo Frankreichs Stellung schon durch die Verzichte, welche die russische Allianz verlangte, so erheblich geschwächt worden ist. Man braucht nur die Stellung, die Frankreich etwa Mitte der achtziger Jahre in Syrien und Palästina einnahm, mit der heutigen zu vergleichen, um die ungeheure Wandlung zu empfinden, die sich inzwischen vollzogen hat. Nun ist Frankreich allerdings seit etwa einem Jahre bemüht, den an Rußland verlorenen Boden zurückzugewinnen, aber wir halten es nicht für wahrscheinlich, daß unter den jetzigen Verhältnissen Aussichten vorhanden sind, einen irgend erheblichen Vorteil zu erringen.

Fast das gleiche Interesse wie dieser römisch-französischen Frage wird man den *marokkanisch-französischen* Beziehungen entgegentragen. Die Dinge scheinen dort genau die Entwickelung zu nehmen, die uns nach Abschluß des englisch-französischen Abkommens die wahrscheinliche schien. Schon das bloße Gerücht von der zu erwartenden wohlwollenden Vormundschaft der Franzosen hat den religiösen und nationalen Fanatismus der Marokkaner neu entzündet. Zunächst haben unter dem Schatten der französischen Trikolore die Zwistigkeiten und der Bürgerkrieg in Marokko sich in neuer Glut entzündet. Die französische Regierung hat sich genötigt gesehen, zwei Kriegsschiffe nach Tanger zu senden, um dort die Ordnung aufrecht zu erhalten und, wenn nötig, Landungstruppen zu dieser besonderen

Methode von pénétration pacifique zu verwenden, eine politische Entwickelung, der man bei uns mit Interesse und ohne große Beunruhigung folgen darf. Es wird jedenfalls lehrreich sein, zu beobachten, wie dieses Abenteuer — denn das ist es — sich weiter entwickelt. Wir haben ja zum Glück keine mohammedanischen Untertanen.

Die böse Wendung, welche einen Augenblick durch das Verhalten der Kreuzer „Petersburg“ und „Smolensk“ in der orientalischen Frage wie in den englisch-russischen Beziehungen zu drohen schien, ist vorläufig glücklich abgewehrt. Nachdem mit anerkennenswerter Schnelligkeit die Gravamina beseitigt worden waren, die wir zu erheben hatten, ist in der Hauptsache auch England gegenüber von seiten Rußlands an Zugeständnissen gewährt worden, was billig verlangt werden konnte. Strittig ist nur noch die Frage wegen Versenkung des „Knight Commander“, aber daran ist wohl vornehmlich die sehr große Entfernung schuld, in welcher das Ereignis sich abspielte. Das Wesentliche aber liegt darin, daß im Augenblick alle beteiligten Mächte bestrebt sind, zu verhindern, daß die Dardanellenfrage aufgerollt werde. Wir müssen in dieser Hinsicht namentlich das besonnene Verhalten Balfours gegenüber der kolossalen Aufregung rühmen, die sich der öffentlichen Meinung Englands bemächtigt hatte. Jetzt beginnt sie jenseits des Kanals sich zu legen, und es mag dabei die Erwägung mitspielen, daß ein russisch-englischer Krieg zwar ein ungeheures Risiko, aber nur geringen Gewinn verspricht. Eine russische Handelsflotte zu vernichten gibt es nicht, da der russische Handel meist durch fremde Schiffe und zwar durch Engländer geführt wird, aus der Dardanellenfrage aber kann ein Weltkrieg werden, der leichter zu entfachen als zu stillen ist und dessen Möglichkeiten sich jeder Wahrscheinlichkeitsrechnung entziehen. Übrigens sind die vom Balkan einlaufenden Nachrichten keineswegs erfreulich. Korrespondenten russischer Blätter wissen viel von dem Wiederauftauchen des Bandenunwesens zu erzählen und prognostizieren einen neuen allgemeinen Aufstand für die Zeit nach Einbringung der Ernte. Auch von erneuter Schärfung der türkisch bulgarischen Beziehungen hört man aus gleicher Quelle. Man wird aber gut tun, sich solchen Nachrichten gegenüber skeptisch zu verhalten. Die Türkei ist trotz ihrer pekuniären Nöte eine sehr respektable Macht,

und ein erneutes Behindern der Reformarbeit durch Elemente, die von Bulgarien her, wenn auch nicht offiziell, so doch unter der Hand unterstützt werden, würde von allen an der Reform beteiligten Mächten sehr übel aufgenommen werden.

In Ostasien bleibt der Erfolg, abgesehen von den kühnen Streifzügen der Kreuzer des Geschwaders von Wladiwostok, stetig an die Fahnen Japans geheftet. Nun meldet freilich ein Pariser Telegramm der „Nowoje Wremja" vom 27. Juli, daß Japan mit einem amerikanischen Syndikat, das über ungeheure Mittel verfüge, einen Vertrag über Ankauf fremder Kriegsschiffe beschlossen habe. Es würden aufs eifrigste geheime Verhandlungen geführt und sie seien schon ziemlich weit gediehen, so daß der Ankauf der gesamten chilenischen Kriegsflotte wahrscheinlich geworden sei. Der „New-York Herald" bestätige diese Nachricht aus angeblich offizieller Quelle. Wir können die Richtigkeit dieser Angaben nicht kontrollieren, doch klingen sie zunächst noch abenteuerlich. Verwirklicht würde eine solche Stärkung der japanischen Flotte allerdings ein Gegengewicht gegen die drohende Übermacht bieten, die Rußland hätte, sobald es ihm gelingt, seine baltische Flotte auf den Kriegsschauplatz zu führen. Aber auch das hätte nur wirkliche Bedeutung, wenn inzwischen eine Wendung zugunsten Rußlands auf dem mandschurischen Kriegsschauplatz und in Port Arthur eingetreten wäre. Da das 10. und 17. Armeekorps jetzt zur Kuropatkinschen Armee gestoßen sein müssen, ist das ja keineswegs unmöglich, aber wir können nicht leugnen, daß der Pessimismus beunruhigend wird, mit dem so hervorragende Kriegskorrespondenten wie Nemirowitsch-Dantschenk in dem „Russkoje Slowo", und der alte General Dragomirow hervortreten. Als vor einiger Zeit der Admiral Sichatschew seine Ansichten über die Bedingungen darlegte, unter denen mit Japan Friede geschlossen werden könne, und dabei auf den Nutzen hinwies, den die Erwerbung der Insel Tsusima bringen könnte, während von anderer Seite die Erwerbung von Masampo verlangt wurde, antwortete der „Kiewljänin" mit der folgenden Philippika: „Wir glauben, daß das Wünsche von russischen Seeleuten sind, die an nichts denken, als an eine Basis für die Marine, keineswegs aber die Wünsche Rußlands. Masampo und Tsusima besetzen, das hieße im Quadrat und Kubus den Fehler wiederholen, den wir taten, als wir Port Arthur besetzten. Wir

haben teuer genug dafür gezahlt. Es ist leicht zu sagen vier Kriegshäfen im Stillen Ozean, mit aller Ausrüstung, Docks, Magazinen und Verteidigungswerken! Neue riesenhafte Ausgaben, eine neue Vergrößerung der Flotte, neue Achillesferien für Rußland, und wenn es schlecht geht, neue Mausefallen für russische Garnisonen und Flotten. Wenn man den Japanern verbietet, eine Flotte zu halten, so brauchen wir weder Masampo noch Tsusima, ja nicht einmal Port Arthur. Wladiwostok genügt. Kommt es aber zu einem Kriege mit einer anderen Macht, z. B. mit England, so werden uns Masampo und Tsusima nicht nur keine Hilfe sein, sondern nur Punkte, an denen wir verwundbar sind." Die Friedensbedingungen, welche dann der Politiker des „Kiewljänin" formuliert, sind freilich kaum minder abenteuerlich: Er will Formosa den Japanern nehmen und den Chinesen zurückgeben, welche dafür einen Teil der Mandschurei an Rußland abzutreten hätten. Dieses abgetretene Gebiet (das Land am Ussuri) sei dann mit dem Amurgebiet zu vereinigen, den Japanern aber außer dem Verlust Formosas und ihrer Flotte noch eine Kriegskontribution aufzulegen, die es ihnen auf hundert Jahre unmöglich machen soll, an Flotten, Armeen und Krieg zu denken. Wenn man sie endlich nötige, alle Festungen zu schleifen, die den Eingang in das innere japanische Meer beherrschen, so könne es für lange Jahre einen Frieden geben.

Gewiß, nur wird man, so wie die Dinge heute liegen, auch in diesem Programm nur leere Träumereien erkennen. Daran ist bis auf weiteres nicht zu denken.

Man hat in Rußland mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die Ruchlosigkeit, die in der Ermordung Plehwes zum Ausdruck kam, noch gesteigert wird durch die Zeit, in der sie geschah. Haben doch selbst die Nihilisten der Zeit Alexanders II. an sich gehalten, so lange der Krieg gegen die Türken währte. Und wie unendlich viel schwieriger ist der Krieg, den Rußland jetzt zu führen hat! Auch muß bei Beurteilung der Härte, mit der Plehwe vorging, mit berücksichtigt werden, daß die revolutionäre Organisation daran arbeitete, durch ihre Proklamationen und durch ihre Propaganda die ins Feld rückende Armee ihrem Eide abtrünnig zu machen. Plehwe vertrat den Gedanken, daß vor allem die werdende Revolution, deren Gefahren er sehr hoch einschätzte, niederzutreten sei, dann wollte er

den Russen das Maß von Freiheit gewähren, dessen er sie für fähig hielt. Es war nicht hoch gegriffen. Teilnahme an politischer Arbeit, außer im engen Kreise geographisch zusammengehörender wirtschaftlicher Selbstverwaltungsorgane, war er entschlossen, ihnen zu verweigern. Aber in der Verwaltung wollte er bessern, den Unterricht heben, die positiven und autoritativen Regungen der russischen Volksseele stärken. Es heißt, sein Programm sei bis in die Einzelheiten hinein fertig gewesen, und es solle in nächster Zukunft aller Welt durch den Druck zugänglich gemacht werden. Das wird gewiß sehr lehrreich sein; denn daß Plehwe einer der allerbesten Kenner der russischen Wirklichkeit war, darüber kann kein Zweifel sein. Daß er die richtigen Wege in der Praxis seiner Politik gegangen ist, glauben wir nicht. Der Haß, der ihn getroffen hat, konnte sonst nicht so allgemein sein. Es lag doch etwas Unrussisches in seiner Natur, obgleich er sich national und religiös völlig assimiliert hatte. Seiner Herkunft nach Ostpreuße, nicht Balte, wie behauptet worden ist, nach einigen mit einer Zutat jüdischen Blutes, war er ursprünglich Protestant, dann zur griechischen Kirche übergetreten, von außerordentlichen Gaben des Verstandes und des Willens, pflichttreu, jeder Korruption unzugänglich und von unermüdlicher Arbeitskraft. Gewiß ein aufrichtiger russischer Patriot. Aber unrussisch in der unerbittlichen Konsequenz seines Tuns, ein Fanatiker seiner Überzeugungen, etwa wie der Diktator von Wilna, Murawjew, aber nicht wie jener gelegentlich auch weich und inkonsequent. Doch es ist vielleicht noch zu früh, über ihn zu urteilen, wir kennen mehr die Äußerlichkeiten als das innere Fundament seines Wesens.

Die große Frage des Augenblicks ist die, wer an seine Stelle treten wird. In ganz Europa richten sich die Augen auf den jetzigen Ministerpräsidenten Witte; wie man in Rußland denkt, wissen wir nicht. Wer den Posten auf sich nimmt, wird damit jedenfalls beweisen, daß es ihm nicht an Mut fehlt. Aber wie ungeheuer sind die Aufgaben, die an ihn herantreten, und wie schwer die Pflicht, das Werk mit einem Blutgericht zu beginnen!

5. August. Die Japaner besetzen Haitscheng und Ali Kintschwang.
6. August. Truppentransport nach Südwest-Afrika.
7. August. Die englische Tibetexpedition erreicht Lhassa.

10. August 1904.

In Rußland hofft man, daß die Wendung im Kriege eingetreten ist; man hofft nicht nur, man glaubt fest daran, man zweifelt nicht mehr, und auch neue Mißerfolge können an dieser Zuversicht nichts ändern.

Nemirowitsch Dantschenko, dessen Berichte vom Kriegsschauplatze wir nie ohne Interesse lesen, so durchaus wahrhaftig sind sie und so plastisch im Festhalten der Ereignisse und der Stimmungen, nicht Momentphotographien, sondern Skizzen eines Künstlers, der alles Wesentliche zum Ausdruck zu bringen weiß, schreibt:

„An der Tafel des Waggons werden wir alle freudig gestimmt. Frohes Lachen und glückliche Gesichter. Dubbelt ist in freudiger Aufregung. Morgen tritt er das Kommando des 34. Regiments an, und er rechnet auf einen Sieg. Nach dem heutigen Erfolge kann man nicht daran zweifeln. Die Japaner wurden überall zurückgeworfen. Daß Tetschkow gefallen ist, weiß der Obristleutnant noch nicht. Die eigene nächste Zukunft ist ihm verdeckt. Wollte man ihm sagen, daß wir zwanzig Stunden später einen Rückzug antreten und die Japaner uns nach Norden hin verfolgen werden, daß er selbst von zwei Kugeln und einem Granatsplitter verwundet auf der Tragbahre liegen wird, er glaubte es nicht. Alles was ankommt, strahlt vor Freude. Da kommt der Korrespondent der „Russkija Wjedomosti", der am anderen Ende des Schlachtfeldes war, und schon von weitem ruft er: es hat sich gewendet! Heute beginnen unsere Erfolge. Nun gibt es keine Niederlagen mehr. Und Rostowzew[1]) ist noch sanguinischer. Borodawkin[1]), der beinahe selbst

[1]) Beides bekannte Korrespondenten vom Kriegsschauplatz.

Militär ist, ist ganz glücklich. Es gibt jetzt keinen Unterschied der Bestrebungen, der Ziele oder der Parteien — alles ist eines Sinnes. Weil wir des Unglücks müde sind, das durch kleine Erfolge keineswegs ausgeglichen wurde, wollen wir von „morgen" an ein helles und glückliches Morgen glauben. Offizier und Soldat glauben daran gleich fest. Obgleich wir die Feder kaum vor Müdigkeit halten können, schicken wir begeisterte Telegramme. „Stärker, noch stärker! Rußland braucht eine Satisfaktion. Es hat schon zu viel gelitten", so wiederholt man uns von allen Seiten. In dieser dunklen Nacht war in unserem kleinen Kreise so viel Glanz und Leben, daß alles, was vor uns lag, schon hell schien, und die letzte Wolke schwand, spurlos verflog sie, und uns erwartete nur ein überwältigend großer Sieg, ja Sieg! Opfer sind unvermeidlich. Aber sie schrumpfen zusammen vor dem großen Ereignis des morgen bevorstehenden Triumphes. Zurückkehrende erzählen uns, wie die Japaner die Verwundeten quälen, die auf dem Schlachtfelde liegen bleiben, und was sie mit denen tun, die ihnen in die Hände fallen. Zu anderer Zeit wäre uns darüber das Blut in den Adern erstarrt — jetzt hören wir es nur mit halbem Ohr. Einerlei, morgen wird abgerechnet sowohl für die fünfhundert Mann, die heute gefallen sind, wie für alles Gewesene, Gegenwärtige, Kommende. Da sagt man: „jetzt ist nicht der Augenblick, das zu beachten", und wir glauben es ganz aufrichtig, obgleich es doch nicht möglich ist, daß ein Gewissen sich damit zufrieden gibt, daß unschuldige Opfer notwendig, unvermeidlich sind! Ich war hierhergekommen als überzeugter Friedensapostel, als ein Feind des Krieges und seiner Greuel, aber dieser Sieg macht alle Köpfe schwindeln, ich vergesse alles, denn wir eroberten, wir schlugen sie überall zurück, nötigten sie zurückzuweichen, und heute gibt es für sie kein Triumphieren. In dieser glücklichen Nacht kümmert es uns nicht, daß Chwastunow unter den fernen Bäumen einer unzugänglichen Felsschlucht zurückblieb, daß Tetschkow bei den Schienen vergessen wurde, daß mehr als zehn Offiziere und hunderte von Soldaten zurückgelassen wurden auf Bergen, in Wiesen und Klüften, es erregt unsere Phantasie nicht und trifft nicht unser Herz. Gestern hielten wir uns noch für schwach — heute tragen wir den Kopf hoch. Zum erstenmal in all diesen Tagen schlafen wir ruhig ein!"

Das ist so echt und ohne jede verschönende oder verwischende Zutat empfunden, daß man wohl annehmen muß, daß, wenn auch jener neue Morgen den erhofften Sieg nicht brachte, sondern eine neue Enttäuschung, die Stimmung und die Zuversicht dieser „glücklichen Nacht" wiederkehren müssen, und daß in der Tat ein Umschwung nicht mehr zu den Unwahrscheinlichkeiten gehört. Aus den Berichten der Japaner klingt überall hervor, wie hartnäckig der Widerstand ist, auf den sie stoßen. Kuropatkin soll jüngst gesagt haben, man habe von der Taktik der Japaner ganz falsche Vorstellungen gehabt, jetzt kenne man sie und werde ihr zu begegnen wissen. Jetzt heißt es, daß Kuropatkin aus Petersburg den Befehl erhalten habe, nicht mehr zurückzugehen, sondern eine Entscheidungsschlacht zu schlagen, woraus wir wohl schließen müssen, daß wichtige Verstärkungen an Material und Mannschaften ihm zugegangen sind. Sonst hätte der Befehl ja nicht ergehen können. Aber wahrscheinlich ist das alles Gerücht: es ist ja nicht denkbar, daß ein solcher Befehl, dessen Kenntnis dem Feinde von allergrößter Wichtigkeit sein muß, in die weite Welt ausposaunt worden wäre. Wie dem auch sei, von einer Entmutigung kann keine Rede sein: so furchtbar auch nach dem einmütigen Zeugnis aller Teile Strapazen und Opfer dieses Krieges sind, größer noch ist die Opferwilligkeit. Nicht anders als mit höchster Bewunderung läßt sich die Tätigkeit der Ärzte und des Roten Kreuzes verfolgen. Die Anforderungen, die an sie gestellt werden, sind fast übermenschliche, aber aus den bescheidenen Berichten, die aus Privatbriefen der Ärzte an die Öffentlichkeit gedrungen sind, sieht man, daß scheinbar Unmögliches geleistet wird. Namentlich die unter Zoege-Manteuffel stehende Kolonne, deren Haupttätigkeit auf den Schlachtfeldern mitten in den Schrecken des Kampfes vor sich geht, ist über alles Lob erhaben. Nemirowitsch Tantschenko ist voller Begeisterung für die als freiwillige Krankenpfleger und Hilfsärzte hinzugezogenen russischen Studenten, für ihre Todesverachtung und für die brüderliche Liebe, die sie im Verkehr mit den verwundeten Soldaten betätigen: „Gott segne diese heilige Jugend und lasse sie die Erfüllung ihrer Ideale erleben!" Es ist im Grunde derselbe Altruismus, der an den „ins Volk gehenden" Studenten und Studentinnen verfolgt wurde. Hier findet er eine gesunde Wirksamkeit und darauf, so meinen wir, kommt schließlich alles an. Findet der

studentische Idealismus kein Feld gesetzlich gestatteter Tätigkeit, so schlägt er in antistaatliche Agitation um, und damit ist wohl der allein richtige Weg gewiesen, auf welchem dieser Jugend und auch Rußland in einer seiner schwersten Sorgen geholfen werden könnte. Auch werden heute in der zensierten russischen Presse zahlreiche Stimmen laut, welche eine Systemänderung verlangen. Am merkwürdigsten ist dabei wohl, daß Fürst Meschtscherski im „Graschdanin" in einem viel bemerkten Artikel an dem System des unglücklichen Ministers Plehwe tadelt, daß er wider die feierlich ausgesprochene Absicht Kaiser Nikolaus' II. nicht dezentralisiert, sondern zentralisiert habe, und daß dadurch der Schaden, an dem Rußland zumeist leide, das selbstherrliche Tschinownikum noch gestärkt worden sei. Andere Stimmen verlangen die Organisation eines wirklich einheitlichen Gesamtministeriums, ein „Kabinett" nach abendländischem Muster. Überhaupt läßt sich nicht verkennen, daß in den Kreisen der politisch die Öffentlichkeit führenden Köpfe lebhafte Bewegung herrscht. Es ist fast wie nach dem Tode Kaiser Nikolaus' I. ein Suchen und Wünschen und lautes Denken, das sich noch vor kurzem nicht an die Öffentlichkeit gewagt hätte.

Auch in Beurteilung der Fragen auswärtiger Politik macht sich das geltend. So ist unter dem Titel „Unsere Aufgaben im Orient" mit dem Plazet der Zensur eine Broschüre erschienen, die uns im Referat der „Peterburgskija Wjedomosti" vorliegt und interessant genug erscheint, um hier kurz wiedergegeben zu werden.

Der Verfasser unterscheidet zwei Typen von Staaten, die mit kolonialer Handelspolitik und die Staaten mit rein kontinentaler Politik. Die ersteren seien angewiesen Märkte zu suchen, Kohlenstationen zu erwerben und sich die Verbindung mit ihren Kolonien zu sichern; die letzteren müßten sich unaufhörlich ausbreiten, bis sie ihre natürlichen Meeresgrenzen erreicht hätten. Sei das die Aufgabe Rußlands, so müsse es China, Indien, Kleinasien und Arabien seinen Grenzen einverleiben. Das wäre aber nur ein Vorteil, wenn jene Länder menschenleer und nicht von fremden Rassen anderen Glaubens bevölkert wären. Eine weise Politik werde daher dahin führen, daß Rußland nur erobert, was es mit russischer Bevölkerung kolonisieren kann. Sonst müßte eine militärische Eroberung zu einer ethnographischen Niederlage führen. Stelle man sich auf diesen Boden,

so habe Rußland im nahen und im mittleren Orient die Grenzen seiner Ausbreitungsfähigkeit nahezu erreicht. Ohne jeden Nutzen wäre daher eine Festsetzung Rußlands an den westlichen Küsten des Schwarzen Meeres, da die Straßen in den Kaukasus und nach Zentralasien durch den Besitz der Nord- und Ostküste genügend gesichert seien. Auch der Besitz des Südufers sei für Rußland wertlos, da dort nur die Straßen aus Kleinasien und Persien ausmündeten. Es gebe also im nahen Orient nur eine Aufgabe für Rußland, das sei die Meerengenfrage, deren Lösung daran hänge, daß Rußland mit den Interessen Deutschlands und Englands einen Kompromiß schließe. Im Gegensatz zu den russischen Chauvinisten glaubt der Verfasser der Broschüre vernünftigerweise nicht daran, daß Deutschland sich mit der Absicht trage, in Kleinasien territoriale Eroberungen zu machen. Es handle sich um kommerzielle Interessen Deutschlands, und mit denen könne Rußland nicht konkurrieren. Dagegen aber, daß Rußland sich zum Herrn der Meerengen, Konstantinopel mit eingeschlossen, mache, werde Deutschland nichts einzuwenden haben. Eine Drohung wäre eine derartige russisch-deutsche Politik nur für England, das seinen Lebensnerv, die Handelsstraße Gibraltar—Hongkong, gefährdet glauben würde. Diese Befürchtung müsse nach Möglichkeit geschwächt werden, und in der Tat habe Rußland kein Interesse, diese Straße zu bedrohen. Es wünsche nur den unentbehrlichen Ausgang aus dem Schwarzen Meere und werde sich wohl hüten, durch Erwerbung von Kohlenstationen den Weg einer für Rußland ganz ungeeigneten Kolonialpolitik zu beschreiten. Eine Eisenbahnpolitik, die Rußland an den Persischen Golf führen würde, wird nachdrücklich verworfen, Rußland habe ohnehin zwei Fünftel des persischen Handels in Händen.

Das Zentrum der russischen Interessen falle aber in den fernen Osten, und da, je weniger Rußland die Straße Gibraltar—Hongkong zu benutzen brauche, um so minder auch die Reibungen mit England sein müßten, liege hier die Möglichkeit, russische und britische Interessen in Zentralasien und Ostasien zu versöhnen. Rußland brauche dazu eine gesicherte maritime Basis am Stillen Ozean. Wladiwostock als nicht eisfreier Hafen und Port Arthur wegen seiner isolierten Lage seien dazu nicht geeignet, und deshalb müsse Rußland seinen ausschließlichen Einfluß auf Korea, die nördliche und die südliche

Mandschurei ausdehnen, die letztere kraftig durch russische Bauern kolonisieren und einen Hafen im südlichen oder westlichen Korea erwerben. England werde nicht das geringste Interesse haben, sich einer solchen Stellung Rußlands zu widersetzen, vielmehr müsse die Durchführung eines solchen Programmes beide Mächte einander nähern, zumal da, wenn einmal der Panamakanal fertig sei, die Straße Gibraltar—Hongkong für Kriegszwecke noch weniger für Rußland in Betracht kommen werde. Notwendig — so schließt der Verfasser der Broschüre — müsse der jetzige Krieg zu einer Annäherung Rußlands an England und Deutschland führen, ohne daß deshalb die Beziehungen zu anderen Mächten aufzuhören brauchten — geschehe das aber, so würden die schweren Opfer dieses Krieges sich reichlich bezahlt machen.

Das ist recht hübsch kalkuliert — wenn auch bei der Rechnung der Faktor Türkei als nichtexistent betrachtet worden ist —, aber der Verfasser wird wohl zugeben, daß die Verwirklichung dieser Ideen noch recht weit liegt. Uns sind diese Ausführungen namentlich psychologisch interessant, als Zeichen des Glaubens an die Zukunft und des unerschütterlichen Optimismus im großen, der in Rußland dem Pessimismus im kleinen parallel zu gehen pflegt.

In einer Beziehung denken wir aber noch optimistischer als jener Konjekturalpolitiker. Wir meinen nämlich, daß der jetzige Krieg sich für Rußland unter allen Umständen reichlich bezahlt machen wird. Nicht durch die japanische Kriegskontribution, von der in den ersten Kriegsmonaten in den russischen Zeitungen viel die Rede war, sondern durch die wirtschaftliche Erschließung Sibiriens, das endlich aufhören wird, eine terra incognita et inculta zu sein. Schon jetzt hat sich eine ungeheure Wandlung vorbereitet, und wenn die russischen und japanischen Heere Verwüstung und Elend in die Mandschurei tragen, so befruchten und erschließen sie die weiten Ebenen wie die Flüsse und Bergwerke Sibiriens. Und das, scheint uns, wird das wichtigste Ergebnis dieses Krieges sein, an dem weder Niederlagen noch Siege etwas ändern werden.

Die den Ereignissen vorauseilenden Gerüchte wollen von der bevorstehenden Übergabe Port Arthurs und von dem deshalb erfolgten Selbstmorde General Stoessels wissen. Da uns undenkbar ist, daß ein russischer General verzweifelt, ehe eine endgültige Entscheidung

gefallen ist, halten wir mit der letzten Nachricht auch die erste für erfunden. So weit kann es, wenn nicht alle uns bisher zugegangenen Nachrichten falsch waren, unmöglich sein, und daß Port Arthur nach eben siegreich abgeschlagenem Sturm freiwillig kapitulieren sollte, halten wir für absolut ausgeschlossen.

Dagegen ist eine andere Entscheidung von ungeheurer Tragweite gefallen. Younghusband und Macdonald haben Lhassa erreicht und können, wann es ihnen beliebt, ihren Einzug in die heilige Stadt der Buddhisten halten. Jetzt, da man den ganzen Verlauf der Expedition überschaut, wird, wer billig urteilt, zugestehen, daß sie mit größtem Geschick, unter verhältnismäßig minimalen Opfern, politisch wie militärisch die überraschendsten Erfolge erreicht hat. Politisch, denn fortan gehört Tibet zur englischen Einflußsphäre und zwar durch die doppelte Anerkennung des Dalai Lama und Chinas. Ist darüber bisher auch kein Traktat unterzeichnet worden, so steht die Tatsache darum nicht minder fest: militärisch, denn England hat wieder einmal bewiesen, daß es mit geringen Mitteln große Hindernisse zu überwinden versteht. Über Pässe, welche die Höhe von 17000 Fuß erreichten, mitten durch eine feindselige Bevölkerung, die an den strategisch wichtigsten Punkten an gewaltigen Bergen ihre Stütze fand, über den rasenden Bramaputra, dem noch kurz vor dem endlichen Erfolge der Major Bretterton zum Opfer fiel, der so viel zur Überwindung der natürlichen Hindernisse beigetragen hat, so sind sie in einer, fast könnte man sagen unblutigen Kampagne zu ihrem Ziele gelangt. Daß sie aber den errungenen Erfolg behaupten werden, daran kann kein Zweifel sein. Deutschland, das politisch in keinerlei Weise mit dieser tibetanischen Frage zu tun hat, wird sich vor allem freuen, daß eine verschlossene Quelle wissenschaftlicher Belehrung frei geworden ist, und an dieser wissenschaftlichen Eroberung hoffen wir als starke Bundesgenossen mit tätig zu sein.

Die letzte Woche hat noch mancherlei an wichtigen Ereignissen gebracht. Im englischen Parlament hat das Ministerium einen neuen Angriff glücklich abgeschlagen, aber das Verhältnis von Balfour zu Chamberlain ist dadurch nicht klarer geworden. Entmutigt ist der ehemalige Kolonialminister aber gewiß nicht. Jetzt agitiert er in Wales mit einem neuen agrarischen Programm, das über seine früheren Verheißungen weit hinausgeht der schließliche Ausgang

ſcheint uns trotzdem für ihn nicht günſtiger zu liegen. Eine unangenehme Wendung nehmen die mazedoniſchen Angelegenheiten, trotz des Optimismus, den im Gegenſatz zu der früher eingenommenen Haltung, England heute zeigt. Auch die Vereinigten Staaten beginnen in einer Weiſe, die dem Sultan höchſt unbequem ſein dürfte, ſich für innere türkiſche Angelegenheiten zu intereſſieren. Ob Armenier oder Mazedonier, beides iſt gleich geeignet, zur Handhabe für politiſche Demonſtrationen zu dienen. Um mehr aber wird es ſich ſchwerlich handeln.

Mit Spannung verfolgt man auch im Orient den Bruch oder ſagen wir lieber den Konflikt — zwiſchen Frankreich und dem Vatikan. Ein Reflex an den heiligen Stätten und vielleicht darüber hinaus iſt die natürliche Konſequenz. Aller Wahrſcheinlichkeit wird der alte franzöſiſche Anſpruch, hier die Vormacht des Katholizismus zu ſein, von ſelbſt zuſammenbrechen. Wie ſollte es auch anders ſein, wenn es für die franzöſiſche Regierung ein katholiſches Frankreich nicht mehr gibt. Dasſelbe gilt in noch höherem Maße in betreff der Katholiken des fernen Oſtens. Daß Biſchof Anzer einen Nachfolger gefunden hat, wie wir ihn wünſchten, beleuchtet in erfreulicher Weiſe die Lage.

11. August. Schwere Niederlage des russischen Port Arthur Geschwaders.
12. August. Geburt des Großfürsten Thronfolgers Alexei Nikolajewitsch. Annahme des englisch französischen Abkommens durch das Unterhaus.
15. August. Schwere Niederlage des russischen Wladiwostok Geschwaders. Schließung des englischen Parlaments.
16. August. Niederlage der Hereros bei Watersberg gemeldet.
20. August. Truppentransport nach Südwest Afrika.
23. August. Yamagata erhält das Oberkommando über die vor Port Arthur liegenden Truppen.
25. August. Den Kreuzern der russischen Freiwilligen Flotte wird ferneres Durchsuchen von Schiffen verboten.
29. August. Beginn der Schlacht von Liaujang.
3. September. Völlige Niederlage der Russen bei Liaujang.
7. September. An Stelle des seines Amtes entsetzten Konteradmirals Fürst Uchtomski wird Kapitän Wirenius zum Befehlshaber des Port Arthur Geschwaders ernannt.
8. September. Fürst Swjätopolk Mirski wird an Plehwes Stelle zum Minister des Innern ernannt.
11. September. Ausfahrt der russischen Ostseeflotte.
15. September. Veröffentlichung des englisch tibetanischen Vertrages.
21. September. Krönung Peters I. von Serbien. Fortgesetzte Sturmangriffe der Japaner auf Port Arthur.
25. September. General Gripenberg zum Kommandierenden der 2. russischen Armee ernannt.
30. September. Truppentransport nach Südwest-Afrika.
5. Oktober. Nachricht von Erfolgen des Prätendenten in Marokko.
6. Oktober. Vernichtung eines portugiesischen Expeditionskorps in Moffamedes. Unterzeichnung des französisch spanischen Vertrages über Marokko.
8. Oktober. Erhebung der Witbois.
12. 18. Oktober. Schlacht am Schahe.
16. Oktober. Die in Libau stehen gebliebene russische Ostseeflotte tritt ihre Fahrt in den fernen Osten wirklich an.
22. Oktober. Vertrauensvotum der französischen Kammer in Betreff der Combesschen Kirchenpolitik.
23. Oktober. Die russische Flotte beschießt auf der Doggerbank angebliche japanische Torpedoboote und schädigt eine englische Fischerflotille.
25. Oktober. Nikolaus II. spricht Eduard VII. sein Bedauern über die Doggerbank Affäre aus.

26. Oktober 1904.

Das große Ereignis des Tages in Paris, und das will bekanntlich sagen in Frankreich, ist die Rede, die der frühere Kammerpräsident, Herr Deschanel am letzten Sonnabend vor der wieder zusammengetretenen Kammer gehalten hat. Es handelte sich um die Frage der Trennung von Kirche und Staat, und Deschanel sprach sich unumwunden für diese Trennung aus. Er meinte, die gesamte

hiſtoriſche Entwicklung Frankreichs habe auf dieſes Endziel hingearbeitet eine Theſe, die ſich zwar geiſtvoll verteidigen, aber ſchwerlich ſo beweiſen laßt, daß ein nicht voreingenommener, ruhig urteilender Hiſtoriker ſie wird gelten laſſen. Doch das iſt eine Frage für ſich. Das Weſentliche war, daß Deſchanel die Kirchenpolitik des Miniſterium Combes, man darf wohl ſagen, an den Pranger ſtellte. „Wenn“, ſo ſagte er, „in den Tagen der Reſtauration und des zweiten Kaiſertums ein Beamter gern geſehen ſein wollte, ſo mußte er ſeine religiöſen Pflichten erfüllen: wer heute vorwärts kommen will, der darf ſie nicht erfüllen. Beides iſt Mißbrauch der Gewalt und Intoleranz, aber wie ſollte das anders ſein? Ihr ſeid von Männern umgeben, die in der Religion einen groben Aberglauben ſehen und ſie für ein pathologiſches Symptom, für eine Art Neuroſe halten, welche ähnliche Verheerungen anrichtet wie der Alkohol.“

Wenn daher die an ſich nützliche Trennung von Staat und Kirche ohne ſchwere Schädigung durchgeführt werden ſolle, ſo müſſe ſie von Männern durchgeſetzt werden, die weder konfeſſional noch antikonfeſſionell voreingenommen ſeien, von Männern, die nicht nur Gedankenfreiheit erſtrebten, ſondern mit der Liebe für den Fortſchritt auch Achtung für religiöſe Fragen verbänden. Endlich dürften die Intereſſen Frankreichs an keinem Punkte der Welt durch die Trennung von Kirche und Staat geſchädigt werden. Die gegenwärtige Regierung aber habe durch ihre Haltung die Intereſſen Frankreichs im Orient preisgegeben. Die verwickelten Beziehungen des ſtaatlichen Lebens ſeien keineswegs durch logiſche Abſtraktionen zu regeln. Sogar die Terroriſten hätten, während ſie in Paris die Prieſter köpfen ließen, in Konſtantinopel die äußeren und offiziellen Formen eines Kultus aufrecht erhalten, an dem der Einfluß Frankreichs im Orient hing. Denn im Orient ſei ein großes Erbe der Vergangenheit für die Zukunft zu retten. Es wäre Tollheit, wenn Frankreich in Kleinaſien, am Libanon und in Syrien ebenſo abdanken wollte, wie es in Egypten getan habe. Der Redner ſchloß mit einer Apoſtrophe an Herrn Combes. So wie er, Deſchanel, dächten noch viele Republikaner. In ihrem Namen habe er geſprochen. Er glaube nicht, daß das Konkordat das einzige Mittel ſei, um Frankreich vor einem Religionskriege zu retten. Strenge Katholiken, wie Lamennais, Lacordaire und Montalembert, Liberale wie Prévoſt-Paradol und

Edmond de Pressensé, seien auch für Trennung von Kirche und Staat gewesen, aber die Trennung müsse so erfolgen, daß sowohl die Souveränität des Staates wie die Freiheit der Kulte garantiert werde, nicht durch liberté — denn dieses Wort ändere seine Bedeutung je nach den Lippen, die es aussprechen — sondern durch die Vernunft und die Gerechtigkeit.

Das „Journal des Débats" sagt wohl zuviel, wenn es diese Rede so auslegt, daß Deschanel den Sturz des „ebenso schwachen wie feigen" Ministeriums gefordert habe, weil es unmöglich sei, mit ihm eine gerechte Reform auszuführen. Dazu ist Herr Deschanel trotz der scheinbaren Schärfe seiner Ausführungen zu vorsichtig gewesen. Er hat kein persönlich verletzendes Wort gesagt, wohl weil er im voraus wußte, welches der Ausgang sein werde, und daß er noch geraume Zeit mit Herrn Combes und dessen Ministerkollegen werde rechnen müssen. Auch hat der Bloc wie immer seine Pflicht getan und dem Ministerium dieselbe Majorität gesichert, wie sie vor dem Auseinandergehen der Kammer bestand. Das Wesentliche des ganzen Vorganges ist, daß ein Haupt der Liberalen sich von den Prinzipien des Bloc lossagte und daß die vornehmsten Angriffswaffen dem Arsenal der auswärtigen Politik Frankreichs entnommen wurden. Der Hinweis auf Egypten bedingt eine Verurteilung der ganzen auf der englischen Allianz als Ziel aufgebauten Politik Frankreichs, der Hinweis auf die Aufgaben Frankreichs im Orient traf einen anderen wunden Punkt der Politik Herrn Delcassés. Herr Deschanel ist, wie unsere Leser wissen, unser Freund nicht, aber er ist ehrgeizig und hat schon mehr als einmal Lust gezeigt, den curulischen Stuhl einzunehmen, den Herr Combes so übermäßig lange okkupiert, und daraus mag sich erklären, daß Herr Deschanel es nützlich fand, jene Rede zu halten, die ihm von rechts und links gleich rauschenden Beifall eintrug. Im Grunde hat Herr Combes keine Freunde, was mit ihm geht, das ist das Gefolge der persönlich Interessierten, die vielen, deren materielle und gesellschaftliche Stellung daran hängt, daß er und seine Kollegen im Amt bleiben. Und diese Leute erlauben sich wohl den Luxus, einer Rede Beifall zu spenden, die ihren Herrn und Meister angreift. Aber sie stimmen unbedingt mit ihm, und darauf allein kommt es Herrn Combes an. Die Frage ist nur, wie lange sich auf dieser unlauteren Grundlage

seine Stellung behaupten läßt — daß auch dieses „ewige" Ministerium ein Ende finden wird, ist sicher und für die große Entscheidung, die dann bevorsteht, hat Herr Deschanel gesprochen. Was er verheißt, ist wahre Freiheit für alle, im Innern, und nach außen eine Politik französischer Interessen. Ungefähr dasselbe versprach auch Herr Combes, als er im Juni 1902 Ministerpräsident wurde: aber Worte sind vieldeutig und es kommt darauf an, wie man sie auslegt.

Der Satz läßt sich wohl auch an die Spitze einer Betrachtung über die gegenwärtigen russischen Zustände setzen. Nach der Ermordung Plehwes hat es einen mehrmonatigen Kampf der Parteien in der nächsten Umgebung des Zaren um die Nachfolgerschaft im Ministerium des Innern gegeben. Endlich fiel die Entscheidung zugunsten des Fürsten Swjätopolk Mirski, des früheren Generalgouverneurs von Wilna, eines Mannes, dem der Ruf vorherging, daß er ein Freund der Semstwos und ein Liberaler sei. Beides erwies sich als richtig, und in dem nunmehr zwischen ihm und dem Oberprokurator des heiligen Synod, Pobedonoszew, entbrennenden Kampfe zeigte sich zunächst der neue Minister als der Stärkere. Die beiden Ministergehilfen Plehwes wurden in den Reichsrat versetzt (d. h. politisch kaltgestellt), zu ihren Nachfolgern wurden Männer von anerkannt liberaler Gesinnung gesetzt — wobei die Hoffnungen sich namentlich auf den Fürsten Wassiltschikow richteten — und was außerordentlich wichtig war, das gesamte Polizeiwesen ward dem einen der Ministergehilfen untergeordnet, während früher der Minister des Innern, Plehwe, sich die gesamte hohe Polizei ausdrücklich vorbehalten hatte. In den Händen eines „Gehilfen", der von seinem Tun dem Chef Rechenschaft zu geben hat, ist die ungeheure Machtvollkommenheit, die mit Handhabung der hohen Polizei verbunden ist, natürlich von minderer Bedeutung. Während unter Plehwe ganz Rußland zu einem Polizeistaat geworden war und die Tätigkeit der Polizei sich fast ausschließlich der Jagd nach politisch Verdächtigen zuwandte und administrative Willkür sich überall fühlbar machte, will der neue Minister dem Gesetz und dem Recht die Geltung wiedergeben.

Es fragt sich nur, wie das geschehen soll; das Wesentlichste wäre Beschränkung der ungeheuren Machtvollkommenheiten der Generalgouverneure und Gouverneure, und nach dieser Richtung hin

scheint allerdings ein Anfang gemacht zu werden. Die Wünsche der öffentlichen Meinung verlangen zudem und vor allem „Preßfreiheit", in zweiter Linie „Gewissensfreiheit", endlich eine Form, die den Semstwos gestattet, am Staatsregiment teilzunehmen. Ob durch Aufnahme der Katkowschen Ideen, die bekanntlich eine Erweiterung des Reichsrats durch Delegierte der Semstwos anstrebten, oder durch Berufung einer Zentralsemstwo für das ganze Reich, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Parteien im westeuropäischen Sinn kann es ja in Rußland nicht geben, ebensowenig darf über derartige Probleme öffentlich diskutiert werden, so daß nur eine höchst unklare Vorstellung von dem, was Rußland nottut, verbreitet ist, und daß diese Zukunftspläne zumal in den Köpfen der studierenden Jugend eine völlig utopische Gestalt annehmen. Es darf aber als sicher angenommen werden, daß Swjätopolk-Mirski für keine Form politischer Mitarbeit der Semstwos zu haben ist. Er will ihnen größere Freiheit in ihren besonderen wirtschaftlichen Angelegenheiten gewähren, mehr aber will er nicht geben. Er will ihre Abhängigkeit von den Gouverneuren mindern und die Rechte, die unter der Ära Plehwe ihnen genommen waren, wieder in Kraft treten lassen, damit aber scheint er auch an die Grenze seiner Zugeständnisse gelangt zu sein. Wahrscheinlich wird ihn die Überschwenglichkeit erschreckt haben, mit der die russische Presse seine ersten Programmreden begrüßte. Sie antizipierte, was der Minister für die Zukunft in Aussicht stellte. Namentlich die hauptstädtische Presse verlangte stürmisch nach sofort eintretender Beseitigung aller Schäden, die das Regiment Plehwe gebracht habe: es war ein förmlicher Sturmangriff, durch den die „Freiheit" erobert werden sollte. Aber schon jetzt ist es davon still geworden, und es kann kein Zweifel sein, daß die Oberpreßverwaltung zu erkennen gegeben hat, daß sie sich vorläufig noch auf ihrem alten Platz behaupte. Eine Enttäuschung brachte dann das Gnadenmanifest des Zaren. Man hatte, als der künftige Thronerbe geboren wurde, vornehmlich auf Rehabilitierung der wegen ihrer politischen Gesinnung administrativ gemaßregelten Personen gehofft — es zeigte sich aber, daß die Begnadigungen vornehmlich denen zugute kamen, die wegen Unterschleifs und ähnlicher Sünden, die während des letzten chinesischen Krieges begangen waren, unter Gericht standen oder bereits verurteilt waren. Alle noch schwebenden

Untersuchungen sind niedergeschlagen worden, ja sogar die den chinesischen Krieg betreffenden Rechnungen sollen nicht weiter nachgeprüft werden. Das hat dann zwar vielen Dank von seiten derjenigen eingetragen, die unter dem Alpdruck einer über ihnen schwebenden Untersuchung standen, andererseits aber Spott und Erbitterung hervorgerufen. Fürst Swjatopolk Mirski hat nun zwar durch Rehabilitierung einer ganzen Reihe politisch gemaßregelter Personen die Gunst der öffentlichen Meinung wieder gewonnen, daß er sie jemals völlig befriedige, ist aber unmöglich, und so scheint uns, daß es im wesentlichen beim alten bleiben wird, so lange die in der Ära Plehwe ins Amt gelangten hohen Verwaltungsbeamten nicht durch neue Männer ersetzt werden.

Damit ist aber auf ein anderes Problem der russischen Gegenwart hingewiesen, das von außerordentlicher Tragweite ist. Wir meinen den ungeheuren Niedergang des Schulwesens in Gymnasien, Universitäten, militärischen Bildungsanstalten und in den großen Beamtenschulen Petersburgs, der Rechtsschule und dem Lyceum. Es ist nicht übertrieben, daß Abiturienten, die etwas an sicheren positiven Kenntnissen in die Universität oder ins Leben tragen, und Studenten, die etwas lernen, zu den Ausnahmen gehören. Die Regel ist, daß die jungen Leute von Examen zu Examen ohne genügende Kenntnisse ein befriedigendes Zeugnis erlangten und daß es für den Professor gefährlich ist, andere als befriedigende Zeugnisse zu erteilen. Parallel damit geht das Sinken der wissenschaftlichen Tüchtigkeit der Professoren. Rußland hatte bis in die neunziger Jahre einen Stab sehr respektabler und wissenschaftlich bedeutender Professoren. Aber gerade unter ihnen ist aufgeräumt worden, und wenn heute Männer wie Miljukow, Karejew, Kowalewski, Pypin, Siemewski und viele andere keine Vorlesungen halten dürfen, weil ihre politischen Gesinnungen nicht dem entsprachen, was man im heutigen Rußland wohlgesinnt nennt, während andere von weit geringerer Tüchtigkeit ihren Platz wohl besetzen, aber nicht ausfüllen konnten, so wird dadurch eine Lage gekennzeichnet, wie sie heute in ganz Europa nicht wiederzufinden ist. Man darf wohl sagen, daß die ganze Generation, die in den letzten 25 Jahren herangereift ist, infolge dieser unbestreitbaren Tatsache einen Mangel an wissenschaftlichem Können und geistiger Reife zeigt, der auch noch für die nächsten Jahrzehnte wie eine Kalamität wirken muß.

Nun scheint freilich der neue Unterrichtsminister, Generalleutnant Glasow, bessernd eingreifen zu wollen. Kuratorenkonferenzen und Besichtigungen der Lehrbezirke sollen helfen, dem Übel die Spitze abzubrechen — wer aber an die vielen Versuche denkt, die seit den Tagen des Ministers Tolstoi und speziell in den Tagen Nikolaus' II. gemacht worden sind, um durch ein System „herzlichen Wohlwollens" die heranwachsende Jugend auf andere, bessere Wege zu führen, wird sich der Befürchtung nicht verschließen können, daß auch die Ära Swjätopolk Mirski-Glasow nicht mehr als äußerliche Besserungen herbeiführen wird. Was Rußland braucht, ist eine Ära strenger und gewissenhafter Arbeit in Schule und Universität, und vor diesem wichtigen Problem tritt alles übrige an Bedeutung zurück.

Die Schlacht am Schaho als einen Erfolg Rußlands zu bezeichnen, ist mindestens eine arge Übertreibung, wofür wohl die nächsten Wochen den handgreiflichen Beweis bringen werden. Einen wirklichen Erfolg, vornehmlich wegen des moralischen Eindruckes, der daran hängt, bedeutet dagegen die heldenmütige Verteidigung von Port Arthur. Es fehlt in Port Arthur weder an Munition noch an Proviant, und auch die lebendige Mauer tapferer Männer, die die Festung bis heute gehalten haben, steht noch aufrecht. Ob freilich die baltische Flotte ihre Aufgabe erfüllen und Port Arthur entsetzen wird, ist eine ganz andere Frage. Es gibt Leute, welche der Meinung sind, daß sie nicht einmal Kap Horn erreichen werde, und die Kopflosigkeit, mit der jene Beschießung der englischen Fischerflotte vorgenommen wurde, ist nicht dazu angetan, den Widerspruch mehr optimistischer Beurteiler glaubhaft zu machen. Dagegen läßt sich mit Sicherheit erwarten, daß der böse Mißgriff auf diplomatischem Wege ausgeglichen wird. Rußland wird jede Satisfaktion gewähren, die England verlangt, und damit wird man sich in London sehr gern zufrieden geben.

Die schweren Nachrichten aus Südwestafrika lassen die Bedeutung der Tatsache, daß uns die englische Walfischbai verschlossen ist, hervortreten. Man darf wohl sagen, daß wir infolge dessen nur mit einem Arm fechten können, der andere ist uns durch die Ungunst der natürlichen Verhältnisse gelähmt. Wenn wir trotzdem wissen, daß wir der Situation Herr werden, läßt sich doch nicht vergessen,

wie viele Opfer wir eben wegen jener ungünstigen Landungsverhältnisse zu bringen haben.

Als ein höchst erfreuliches Ereignis notieren wir zum Schlusse die Tatsache, daß der russische Militärbevollmächtigte Oberst Schebeko der Person Kaiser Wilhelms und dementsprechend unser Militärbevollmächtigter Major Graf Lambsdorff der Person Kaiser Nikolaus' II. attachiert worden ist. Die freundliche Neutralität, die Deutschland unter Aufrechterhaltung aller durch das Völkerrecht gesetzten Schranken während des Krieges im fernen Osten behauptet hat, findet damit einen natürlichen Ausdruck, der wohl zeigt, daß die seit den Tagen Alexanders III. aufgekommene Spannung endgültig beseitigt ist. Auch die öffentliche Meinung Rußlands hat die Tatsache mit Befriedigung aufgenommen, wie sich denn nicht verkennen läßt, daß in dieser Hinsicht ein Umschwung eingetreten ist.

27. Oktober. Kuropatkin wird zum Oberkommandierenden aller ostasiatischen Streitkräfte Rußlands ernannt.
28. Oktober. Die Doggerbank-Affäre soll, wie England und Rußland vereinbaren, einer internationalen Kommission überwiesen werden.
30. Oktober. Statthalter Alexejew begiebt sich nach Petersburg.
1. November. Das baltische Geschwader verläßt Vigo. 4 Offiziere bleiben zurück.
2. November. Schiedsvertrag zwischen Frankreich und den Ver. Staaten.

2. November 1904.

Aus Südwestafrika kommt die erfreuliche Nachricht, daß es General v. Trotha nun glücklich gelungen ist, die Kraft des Hererooaufstandes zu brechen. Die Häuptlinge sollen nach Britisch-Betschuana geflüchtet sein, was vom Volk übrig ist, wird schwerlich mehr Kraft zu einem irgend erheblichen Widerstande haben. Wir dürfen mit Bestimmtheit hoffen, daß dank den nun freigewordenen und den noch zu erwartenden Truppen die Witbois bald von einem gleichen Schicksal betroffen werden. Dann muß der Zeitpunkt eintreten, in welchem wir an den weiteren Ausbau der Kolonie schreiten können. Das infolge der Niederlage der Aufständischen in unsere Hände übergegangene Land, das zu den aussichtsvollsten Territorien gehört, sowie die neu zu regelnden Rechtsverhältnisse der übrig gebliebenen Indigenen, die Erschließung des Landes durch den Krieg, der sich auch hier als ein Förderer humaner Kultur erweisen wird, das alles steigert unsere Zuversicht, daß wir einer neuen Aera in unserer Kolonialpolitik entgegengehen und daß die neugewonnene und für die Zukunft gefestigte Sicherheit dem Lande Kapital und Kolonisten zuführen wird. Nur wird voraussichtlich das Reich unterstützend eingreifen müssen, und wir dürfen wohl darauf rechnen, daß der Reichstag nicht knausern und sich den großen Interessen unserer kolonialen Zukunft nicht versagen wird. Ein Weltereignis ist dieser Aufstand unserer Schwarzen und Gelben nicht gewesen. England führt solche Kolonialkriege ununterbrochen, und die oft sehr viel beträchtlicheren Opfer, die sie fordern, werden dort als etwas Selbst

verständliches hingenommen. Man spricht kaum davon, denn wo es sich um Kolonialfragen handelt, gibt es in der Nation ebensowenig Parteiungen wie in der großen Frage der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der nationalen Wehrkraft.

Das hat sich eben jetzt wieder in bewunderungswürdiger Weise betätigt, als die beklagenswerten Irrungen auf den Fischereigründen von Hull einige Tage lang die Möglichkeit eines russisch englischen Krieges am Horizont emporsteigen ließen. Diese, wie wir jetzt zuversichtlich hoffen dürfen, beseitigte Gefahr, hat ihre Vorgeschichte, die man kennen muß, um nicht zu einem schiefen Urteil zu gelangen.

Die Absicht, ein zweites Geschwader zum Entsatz Port Arthurs auszusenden, ist schon viele Monate alt. Man hat von der Sache in der russischen Presse gewiß mehr Lärm gemacht, als für die Interessen Rußlands günstig war. Da die besten Schiffe Rußlands bereits in Ostasien waren, oder im Schwarzen Meer lagen, mußte die baltische Flotte gleichsam improvisiert werden. Die Schiffe selbst sowie die Mannschaften ließen viel zu wünschen übrig. Man hatte zu reparieren, neu zu bauen, eine zum Teil noch völlig ungeübte Mannschaft in aller Eile auszubilden und mußte mit einem verhältnismäßig jungen und unerfahrenen Offizierkorps rechnen. Aber die immer steigende Gefährdung Port Arthurs schien keine Wahl zu lassen. Nachdem der Zar noch einmal die Flotte in Reval inspiziert hatte, verließ sie am 16. Oktober unter Leitung des Admirals Roshéstwenski (so ist der Name zu schreiben, das sh wie ein französisches j zu sprechen) den Kriegshafen von Libau. Es soll schon dort zu allerlei Unzuträglichkeiten gekommen sein, und ganz allgemein fiel die wenig zuversichtliche Stimmung der Mannschaft wie der Offiziere auf. Der Weg war weit und unsicher. Was man fürchtete, waren japanische Teufeleien. Und in der Tat waren in den letzten Monaten an den Küsten, welche die Flotte passieren mußte, Japaner gesehen worden, auch anonyme (?) Warnungen eingelaufen, die in Petersburg und Kronstadt in Marinekreisen zum Tagesgespräch geworden waren. Jedenfalls war die Stimmung nervös, und es wurde eine Äußerung des Admirals Roshéstwenski kolportiert, daß er jedes fremde Schiff, das ihm zu nahe komme und verdächtig scheine, in den Grund schießen werde. In der Tat sind

zwei schwedische Schiffe, der „Aldebaran“ und „Skaat-Stavanger“, und ein deutscher Fischereidampfer, der „Sonntag“, beschossen worden, wobei es höchst wahrscheinlich ist, daß der „Sonntag“ unter das Feuer zweier sich gegenseitig beschießender Russen geraten ist. Man glaubte eben überall Feinde zu sehen. Auch die Tatsache, daß bei der Fahrt in den Kanal hinein das russische Geschwader dreißig Meilen von dem gewöhnlichen Kurs abwich, zeugt für die fortdauernde Nervosität der Russen. So gelangten sie in die Fischerflotte von Hull bei der Dogger Bank, und was dort geschah, ist auch heute noch nicht voll aufgeklärt. Jedenfalls ist unter russischem Feuer ein Dampfer der Fischerflotte zum Sinken gebracht worden, zwei Engländer wurden getötet und viele verwundet. Es ist aber auch hier nicht unwahrscheinlich, daß die Russen eigene Torpedoboote für fremde gehalten haben und daß die englischen Fischer Opfer dieses Irrtums geworden sind. Das ist um so wahrscheinlicher, als nach einer Blättermeldung aus Tanger „ein russischer Schiffskaplan, der bei Hull von einer russischen Granate getroffen wurde, die auf sein Schiff fiel, nach einer an ihm vollzogenen Amputation im Hospital zu Tanger gestorben ist“. Der „Daily Expreß“ ist dann mit der sehr bestimmten Behauptung aufgetreten, daß in der Tat das baltische Geschwader auf seine eigenen Torpedoboote, die vor der Flotte rekognoszierten, gefeuert und daß eines der Boote, das die große russische Flotte nun seinerseits für Japaner hielt, das Feuer erwidert habe.

So grotesk diese Tragikomödie auch wäre, scheint uns, daß wenn sich diese Tatsachen bestätigen sollten, damit dem Frieden und auch dem augenblicklichen Interesse Rußlands meist gedient wäre. Denn wenn die nicht unberechtigte tiefgehende Entrüstung der Engländer in eine Mobilisierung der gesamten Flotte ausmündete und das Zögern der Russen mit einer bündigen Antwort (die sie nicht geben konnten, weil man in Petersburg die Zusammenhänge unmöglich gleich erkennen konnte) zeitweilig den schlimmsten Ausgang befürchten ließ, und alles erleichtert aufatmete, als Rußland mit dem Vorschlag hervortrat, die Prüfung der Frage einer internationalen Untersuchungskommission, wie sie die Haager Konvention vorsieht, zu übertragen und die englische Regierung diesen Vorschlag annahm, so blieben auch dann noch nicht unerhebliche Schwierigkeiten, da die

in Vigo liegenden russischen Fahrzeuge während der Untersuchung und bis zur Erledigung der ganzen Angelegenheit diesen Hafen nicht verlassen sollten. Welche Bedeutung der sich daraus ergebende Zeitverlust für Rußland haben muß, liegt aber auf der Hand. Bestätigt sich nun, daß Rojhéstwenski in gutem Glauben die eigenen Schiffe beschossen hat, und nur der unglücklichste Zufall die englische Fischerflotte darunter leiden ließ, so wird es Rußland leichter werden, jede billige Satisfaktion zu leisten, und wohl auch England könnte sich zufrieden geben, ohne erst die Entscheidung einer immer langsam arbeitenden Kommission abzuwarten. Wir hoffen, daß dann auch die Erregung, die sich der russischen Presse infolge des drohenden Tones der englischen Zeitungen bemächtigte, sich schnell legen wird. Noch am Sonnabend schrieb die „Nowoje Wremja“: „Für uns ist kein Zweifel, daß der Unfall in der Nordsee nicht von selbst, sondern unter tätiger und rechtzeitiger Mitwirkung der Japaner erfolgt ist. Das ist die erste Unannehmlichkeit, welche sie uns bereiten, in richtiger Einschätzung der alten Mißgunst Englands, die jederzeit bereit ist, in offene Feindschaft überzugehen. Ohne Zweifel haben unsere japanischen Feinde unserem Geschwader noch andere verräterische Fallen in den Weg gelegt. . . . . Wird es zu einem wirklichen Bruch mit England kommen? Gewiß wird unsere Regierung alles tun, um diejenigen Forderungen Englands zu befriedigen, die offenbar gerecht sind, aber ebenso sicher wird sie ihre wesentlichen Interessen nicht opfern, und nicht wie England angeblich verlangen soll, ihr Geschwader an den Ort des Unfalls zurückschicken, damit dort die Untersuchung vorgenommen werde (das hat England nie verlangt!), das wäre für uns erniedrigend. . . . Es ist England gelungen, die Japaner zu einem Kriege gegen uns anzustacheln, zu einem Kriege, der natürlich beide Mächte, die in gleichem Maße Rivalen Englands sind, schwächt. . . . Jetzt aber riskiert England, auch einige andere Kontinentalmächte mit in den Krieg hineinzuziehen. (?) Es ist aber unzweifelhaft, daß sogar bei einem aktiven Eingreifen unseres französischen Bundesgenossen unsere Position im Stillen Ozean schwieriger wird, was natürlich die Kriegsoperationen in der Mandschurei verlängern muß, andererseits aber Rußland zu den äußersten Anstrengungen nötigen wird, das heißt zum Vormarsch gegen die Grenzen Indiens. Wir wissen wohl, daß das sehr schwierig sein

wird, es ist aber nicht unmöglich, zumal nachdem 1700 Werst der Bahn Orenburg Taschkent eröffnet sind, und wir Truppen und Proviant an die persische und afghanische Grenze von zwei Seiten her werfen können: über das Kaspische Meer und zu Lande von Orenburg ausgehend". Ähnliche Töne hatte einige Tage vorher Fürst Uchtomski in einem leidenschaftlichen Artikel angeschlagen — nun wird die Aufregung einer ruhigeren Stimmung Platz machen.

Erfreulich ist übrigens, wie einmütig alle Mächte dahin gearbeitet haben, dem Konflikte die Spitze abzubrechen: das günstigste aber wäre unserer Meinung nach, wenn Rußland sich in eine Stellung zu versetzen wüßte, die es ihm möglich macht, den Engländern ihre Satisfaktion zu gewähren, ohne weiter die Untersuchungskommission in Anspruch zu nehmen. Haben in der Tat die Russen die eigenen Schiffe für Feinde gehalten, so kann das weiter keine Schwierigkeiten machen, und dann darf man erwarten, daß nach acht Tagen alles erledigt sein wird.

Von dem russisch-japanischen Kriege läßt sich leider nicht das gleiche sagen. Vielmehr deuten alle Vorzeichen darauf hin, daß der mit so großer Erbitterung und so großen Opfern geführte Kampf seinen Höhepunkt noch nicht erreicht hat. Die Lage am Schaho hat sich nicht geändert und ebenso, trotz des gewiß apokryphen Abschiedstelegramms des tapferen Generals Stössel, auch nicht in Port Arthur. An Proviant und Munition fehlt es den Russen nicht, und selbst wenn die ganze Stadt in Flammen aufgehen sollte, bleiben noch die bombensicheren Kasernen einer Festung ersten Ranges und einer Mannschaft, die ausreicht, sie zu verteidigen, ganz abgesehen von den Forts, die noch heute in russischen Händen sind. Mit einem Friedensschluß ist infolgedessen noch lange nicht zu rechnen: so sehr beide Teile ihn wünschen mögen: noch lebhafter und hartnäckiger ist hier wie dort der Wunsch, den Gegner ganz niederzuwerfen.

Inzwischen geht in Rußland die Bewegung weiter, welche durch die Ernennung Swjätopolk Mirskis zum Minister des Innern in Gang gebracht worden ist. Zunächst ist es die immer schärfer werdende Kritik des Systems Plehwe. So polemisieren die „Russkija Wjedomosti" gegen die ungehörige Ausdehnung, die man dem Begriff Kramola (Rebellion) dadurch gegeben, daß man ihn

nicht nur auf Taten bezogen habe, sondern auf jede Meinungsäußerung über die Mängel der bestehenden Staatsordnung und über die Mittel, sie zu bessern, auf jeden Tadel über die höhere oder niedere Verwaltung. Sogar das Lob bestehender staatlicher Institutionen, ja jede über das gewöhnliche Maß hinausgehende energische Arbeit zum Nutzen der Gesamtheit sei verdächtig und gefährlich gewesen. Wenn das alles Kramola sei, werde der Kampf gegen sie niemals aufhören. So sei es zu gänzlich unnormalen Beziehungen zwischen den Vertretern der Macht und dem Volk gekommen. Wie unter Iwan dem Schrecklichen stehe der Semschtschina (der Landschaft) eine Opritschnina (die gefürchtete Leibgarde des Zaren) gegenüber. Dadurch, daß man die Kräfte der Gesellschaft von der Teilnahme an der gesetzgeberischen Tätigkeit ferngehalten habe, sei eine Überzahl von Gesetzen ohne jede Lebenskraft erlassen worden, die der Weltanschauung des Volkes widersprächen und sich als praktisch undurchführbar erwiesen hätten. Dasselbe Blatt verlangt Garantien für die persönliche Sicherheit und Befreiung der Presse von der Zensur: die „Kiewer Zeitung" fordert völlige Rechtsgleichheit für die Bevölkerung der südwestlichen Gouvernements, d. h. für Polen und Kleinrussen: man solle mit den traurigen Folgeerscheinungen des Jahres 1863 vollständig liquidieren und eine gewählte Semstwo wie in Großrußland errichten. Man wolle sich zu Adelsmarschällen keine Tschinowniks aufnötigen lassen, die doch ohne jeden Zusammenhang mit dem Landadel ständen. Im fernen Osten fließe polnisches Blut wie russisches, und die polnische Gesellschaft habe Opfer gebracht ganz wie die russische. Wenn der Krieg die Besserung der Stellung der Juden zur Folge gehabt habe, so könnten doch auch die Mißverständnisse zwischen den Russen und den stammverwandten Polen beseitigt werden. Vor allem sei aber die Einführung einer vollberechtigten Semstwo nötig.

Fast noch schärfer drückt sich der „Chosjain" (Volkswirt) aus. Er spricht von dem „dunkeln Walde" der russischen Gesetze, der wirksamen wie der unwirksamen, von den Anmerkungen, welche Gesetze aufheben, und den Zirkularen, welche die Anmerkungen abschaffen, während endlich besondere Verfügungen die Zirkulare, Anmerkungen und Gesetze für ungiltig erklären. Die „Petersburger Wjedomosti" schreiben einen Leitartikel über das traurige Schicksal eines

Studenten des Petersburger technologischen Instituts, Iwan Molyschew, der nach dreimonatiger Untersuchungshaft sich erhängt hatte. Die übrigen Studenten hätten dann eine Demonstration für den 29. Oktober auf dem Platz vor der Kasanschen Kirche angesagt, um zu protestieren. Die „Pet. Wjed." suchen die Jugend zu beruhigen. Molyschew habe kaum drei Monate Haft gehabt, und zwar, weil er eine bewaffnete Demonstration bei der Beerdigung Plehwes *plante*. Auch habe er den folgenden Brief hinterlassen: „Ich mag nicht leben. Auch ist das Gefängnis nicht daran schuld. Der Grund liegt in mir. Ich bin ein Mensch, der für das Leben nicht taugt und habe schon lange ein Ende machen wollen."

Wir wissen nicht, ob die Demonstration trotzdem stattgefunden hat, aber daß sie beabsichtigt wurde, gehört auch in den Zusammenhang der oben aufgeführten Preßstimmen. Es gärt in der Gesellschaft und alles tastet gleichsam nach der Zukunft, man hofft und wünscht und ist einig im Tadel des Bestehenden, aber ein klares Programm tritt uns an keiner Stelle entgegen.

Geradezu einen betrübenden Eindruck macht die *Revisionsreise*, welche der Generalleutnant *Glasow*, der neue Unterrichtsminister, angetreten hat. Wir haben die Berichte, welche diese Reise begleiten, aufmerksam verfolgt, und sind nicht wenig erstaunt gewesen, daß der Minister, der überall fleißig hospitierte, alles vortrefflich gefunden hat. Es müssen Potemkinsche Kulissen gewesen sein, die man ihm vorgewiesen hat: denn nichts ist sicherer, als daß die Leistungen der russischen Gymnasien und sonstigen Mittelschulen über alle Maßen ungenügend sind, und daß eben darin einer der Hauptschäden der russischen Gegenwart und eine der Hauptgefahren für die russische Zukunft liegt. Aber wie soll es besser werden, wenn das Übel, das jeder aufrichtige Russe unbedingt zugesteht, an den entscheidenden Stellen nicht erkannt wird und — leider — nicht erkannt werden kann.

Ehe wir diese russischen Angelegenheiten verlassen, müssen wir noch eines Mannes gedenken, der vor wenigen Tagen in Petersburg zu Grabe getragen worden ist. *Paul v. Kügelgen*, Chefredakteur der deutschen „Petersburger Zeitung", gewiß einer der besten und fähigsten Männer, die je ihre Feder dem Zeitungsdienst gewidmet haben. Er war zugleich ein Mittelpunkt der deutschen Kolonie

Petersburgs, der baltischen wie der Reichsdeutschen und durch mehr als ein Vierteljahrhundert in den allerkritischsten Zeiten der mutigste Verfechter des Gedankens, daß das wohlverstandene Interesse Rußlands ein freundschaftliches Zusammengehen mit dem Deutschen Reich verlange. So darf man wohl sagen, daß der Tod Kügelgens auch für Deutschland ein schmerzlicher Verlust ist, und die Beteiligung der deutschen Botschaft an seiner Bestattung hat, wie billig war, dieser Tatsache auch äußerlich den rechten Ausdruck gegeben. Wir hoffen, daß die Richtung, die er eingeschlagen, und die journalistische Schule, die er herangezogen hat, zur festen Tradition der „Petersburger Zeitung" werden wird.

Wir bedauern, auf die letzten Kammerverhandlungen in Paris und auf die marokkanischen Angelegenheiten nicht mehr eingehen zu können. Die ersteren haben ein ungeheuer schwerwiegendes Anklagematerial gegen den Grand Orient und den General André sowie gegen Herrn Combes ans Licht gebracht. Wenn schließlich das Ministerium trotzdem mit einer Majorität von vier Stimmen gerettet wurde, war das ein kläglicher äußerlicher Erfolg, der die moralische Niederlage nicht verdecken kann. Die jetzigen marokkanischen Wirren aber haben die Bedeutung, daß sie den Franzosen die ersehnte Gelegenheit bieten, zu zeigen, wie sie ihr Protektorat verstehen. Wir werden nicht die einzigen sein, welche die weitere Entwickelung dieser Wirren aufmerksam verfolgen werden.

3. November. Zusammenstoß zwischen deutschen und italienischen Studenten in Innsbruck.
4. November. Der Nationalist Syveton schlägt den französischen Kriegsminister André ins Gesicht.
6. November. Ernennung Lenewitschs zum Kommandeur der 1. und Kaulbars zum Kommandeur der 3. mandschurischen Armee.
8. November. Endgültige Sicherung der Wiederwahl Roosevelts.

9. November 1904.

In der englischen Presse hat sich eine Wandlung vollzogen, welche unsere volle Beachtung verdient. Mr. C. A. Pearson hat für die Kleinigkeit von 700000 Lstr. den „Standard" aufgekauft, wie eine Mitteilung an der Spitze des politischen Teils der Sonnabendnummer dieses Blattes anzeigt. Wenn es in dieser Anzeige nun heißt, die alten Traditionen des „Standard" würden aufrechterhalten werden, und zugleich die Behauptung dementiert wird, daß der „Standard" der Chamberlainschen „Tarif Reform League" dienen werde, so ist dem leider nur geringe Glaubwürdigkeit zuzumessen. Der „Standard" war ein vornehm redigiertes, das englische Interesse korrekt vertretendes Blatt, das zwar nicht unser Freund war, aber auch niemals die bewußte Verleumdungskampagne mitmachte, die von der „Times" und ihren Dependenzen betrieben wurde. Mr. C. A. Pearson, ein noch junger Mann, ist der Vertreter jener Richtung der Presse, die in der Sensation quand même das beste Mittel zum Abonnentenfang erkannt hat und äußerlich den Mustern amerikanischer Weltblätter mit ihrer schreienden Reklame nacheifert. Den Weg des literarisch-politischen Gründertums hat er 1900 betreten, als er, um der „Daily Mail" Konkurrenz zu machen, den „Daily Expreß", ein sensationelles und nur wenig zuverlässiges, aber schnell bedientes Blatt gründete. Dann ließ er sich zum Vorsitzenden der Tarifreformliga wählen und blieb seither der eifrigste Verfechter der Chamberlainschen Ideen. Nebenher aber war er einer der bösartigsten Agitatoren gegen Deutschland.

Seine Hauptaktion aber begann erst im Jahre 1903, in welchem er das jetzige Leiborgan Chamberlains, die „St. James Gazette", aufkaufte und drei Provinzialblätter gründete: in Birmingham die „Evening Despatch" und den „Midland Expreß Birmingham", in New-Castle den „North Mail". Jetzt ist durch den Ankauf des „Standard", der seit 1857 in Ehren seine Selbständigkeit behauptete, wohl ein Schlußstein gelegt worden. Wie nicht unwahrscheinlich ist, liegt dabei die Absicht vor, in dem bevorstehenden Wahlkampf Chamberlain und sein Programm zum Siege zu führen. Aber wer sollte verkennen, welche Gefahr darin liegt, wenn die ungeheure Macht, die in dieser konzentrierten Arbeit auf die öffentliche Meinung liegt, einem Manne, wie Mr. C. A. Pearson zu sein scheint, unbedingt zur Verfügung steht? An sich läßt sich vom deutschen Standpunkte aus wenig dagegen einwenden, daß Chamberlain, der ja wohl der stärkste Mann im Lande ist, die Leitung der englischen Politik erhielt. Er ist viel zu sehr Staatsmann, um für eine Politik dauernder Feindseligkeit gegen Deutschland einzutreten. Gefährlich aber ist die Gewissenlosigkeit seiner Werkzeuge, die die künstlich erregten nationalen Instinkte gegen Deutschland lebendig zu erhalten und, wenn möglich, zu steigern bemüht sind. Sie arbeiten damit der älteren, von „Times" und „National Review" geführten Koalition in die Hände, von deren Gewissenlosigkeit wir so viele Beispiele festgelegt haben, daß es unnötig wäre, darauf zurückzukommen, wenn nicht im Zusammenhang mit der „Schlacht auf der Doggerbank", über welche die Leser unsere Meinung kennen, ein neuer höchst perfider Angriff hinzugekommen wäre, der in recht eklatanter Weise die mala fides der „Times" belegt. Der Petersburger Korrespondent des „Echo de Paris", ein bisher wenig genannter Publizist Gaston Tru, schreibt nämlich in Anlaß des Berichts, den Admiral Roshéstwenski dem Zaren erstattet hat: „Die Lage ist ernst, zumal verhängnisvolle Einflüsse an der Arbeit sind, Komplikationen zwischen Rußland und England gerade in dem Augenblick herbeizuführen, da über das englisch-französische Abkommen debattiert wird. Ich sprach schon von den Warnungen, die den russischen Seeleuten gerade vor ihrer Abreise zugetragen worden sind. Ich habe seither gehört, daß nach Polizeiberichten die Majorität der Leute, die den Grafen Benckendorff, den russischen Botschafter in London insultierten, aus Deutschen

bestand. Ich weiß als Tatsache, daß Deutschland seine Unterstützung angeboten hat, und daß während der letzten Tage Telegramme zwischen Wilhelm II. und Zarskoje Sselo ausgetauscht worden sind. Ich weiß auch, daß man auf Wilhelm II. hört, und daß sein Einfluß die Ernennung Kuropatkins zum Generalissimus durchgesetzt hat."

Den Schluß dieses Artikels des „Echo de Paris" telegraphiert der Pariser Korrespondent der „Times" im französischen Wortlaut. Wir lassen ihn wegen seines beleidigenden Inhalts weg. Aber was soll man dazu sagen, daß die „Times" diese Ausführungen ohne ein Wort des Widerspruchs wiedergibt, da sie doch genau wissen muß, wer die Exzedenten waren, von welchen die bösartigen Demonstrationen gegen den russischen Botschafter ausgingen. Und ebenso genau weiß sie aus den Aussagen der russischen Offiziere, daß es die überall an den Küsten tätigen russischen Agenten waren, welche der russischen Regierung die Warnungen wegen der angeblich von den Japanern in Ostsee und Nordsee drohenden Gefahren zugehen ließen. Beiläufig bemerkt ist die Befriedigung über den Ausgang, den das „Mißverständnis" auf den Höhen von Hull genommen hat, in Rußland keineswegs allgemein, und es scheint, daß Frankreich wegen seiner Bemühungen, zu vermitteln, nicht auf große Dankbarkeit zu rechnen hat. Der Fürst Meschtscherski notiert in seinem Tagebuche: „Das Inzident hat zwei sehr charakteristische psychologische Erscheinungen zutage gebracht. Einmal war es der fieberische Eifer der französischen Diplomatie, die sich plötzlich bemühte, den Kriegseifer Englands abzukühlen. Aber man glaube nicht, daß der aufrichtige Wunsch, Rußland zu helfen, das Motiv gewesen sei, denn wer sollte nicht begreifen, daß die panische Angst aus ihnen sprach, mit in den Krieg verwickelt zu werden. Die zweite psychopathische Erscheinung war die Kniebeugung des Organs unserer Diplomatie, des „Journal de St. Petersbourg", vor England. Wie hätte es in seinen Angstanfällen sich der Würde Rußlands erinnern sollen!

Einer anderen ebenfalls beachtenswerten Kundgebung sind wir in den „Petersb. Wjedomosti" begegnet. Es ist ein Brief an die Redaktion mit der Spitzmarke: „Le tour est joué!" Der Brief aber lautet: „Als die Herren Beaconsfield und Salisbury vom Berliner Kongreß nach London zurückkehrten, erklärten sie selbstzufrieden ihren Landsleuten, daß sie einen Frieden heimbrächten, der ehrenvoll und

ohne Krieg errungen sei. Wie sich aber später erwies, hatten sie gar nicht beabsichtigt, ihn zu führen.

Herr Balfour kann sich ebenso selbstgefällig rühmen, daß er über das Wasser ein Schäflein geführt habe, es vor dem Wolfe gerettet und zugleich den Kohl vor dem Appetit des Schäfleins in Sicherheit gebracht habe.

In beiden Fällen le tour est joué auf gleiche Weise, durch Waffengeklirr. Englands Aufgabe war, sowohl seine Pflichten dem Bundesgenossen gegenüber zu erfüllen, als auch die beginnenden guten Beziehungen zu uns zu schonen. Und diese Aufgaben sind glänzend gelöst worden. Freilich hat es diesesmal einige Tropfen Blut und einige Fische gekostet, die englischen Fischern gehörten. Aber lohnt es von solchen Kleinigkeiten zu reden, wenn man den Frieden und die Ehre Großbritanniens gewahrt und den Japanern zugleich das Versprechen erfüllt hat, auf unbestimmte Zeit unser Geschwader aufzuhalten, das den tapferen Stoessel entsetzen sollte. Eine Untersuchung ohne die hauptsächlichen Zeugen ist unmöglich, ob man sie wegen Nichterscheinens der Zeugen verschieben kann mehr als zweifelhaft. Richter aber sollen zwei sehr eindrucksvolle englische Geschwader sein . . . Et allez donc." Die „Nowoje Wremja" aber erinnert an die folgende Tatsache: Eine friedliche Fischerflottille wurde von dem englischen Kreuzer „Minerva" für Torpedoboote während der friedlichen Manöver der englischen Flotte im Jahre 1900 gehalten, was der „Naval annual" für 1901 folgendermaßen erzählt: „Die „Minerva" rekognoszierte an der Westküste Irlands und geriet dabei in der Nacht vom 13. auf den 14. Juli mitten in eine Flottille von Fischerbooten. Sie hielt diese für feindliche Torpedos, verbrachte mehrere Stunden mitten unter ihnen, und danach kam dieser Kreuzer zum Entschluß, daß er sich als in den Grund gebohrt betrachten müßte und hißte das Signal, welches das Ausscheiden aus dem Kampfe bedeutet. In Wirklichkeit war kein Torpedoboot unter den Fischern." Die „Nowoje Wremja" bemerkt dazu: „Wenn ein englischer Kreuzer, der sich mehrere Stunden inmitten einer Fischerflottille befindet, dennoch seinen Irrtum nicht erkennen konnte, so versteht sich von selbst, daß er im Ernstfalle in aller Ruhe seine eigenen Fischerboote zusammengeschossen hätte. Er hätte aber damit recht getan, denn unter solchen Umständen gibt es für ein Kriegsschiff keinen anderen Ausweg."

Wir verzichten um so lieber darauf, von den nicht eben freundlichen an die russische Adresse gerichteten Bemerkungen der englischen Presse zu berichten, als inzwischen die beiderseitigen Regierungen eine Spezialkonvention abgeschlossen haben, welche die Formen bestimmt, nach denen der beiden Teilen gleich unbequeme Zwischenfall erledigt werden soll. Eine Kommission von fünf Offizieren verschiedener Nationen wird in Paris zusammentreten, den Tatbestand feststellen und ihren Bericht den beiden Regierungen überweisen. Die Kommission wird, wenn das „Echo de Paris" recht berichtet, von Rußland das folgende Material erhalten: erstens eine Reihe von Dokumenten, durch welche festgestellt werden soll, daß Japan seit sechs Monaten ein Attentat gegen die russische Flotte vorbereitet. Es sollen auch mehrere Zeugnisse vorgebracht werden, welche beweisen, daß Japan von England seit Beginn des Krieges sechs Torpedojäger gekauft habe. Diese seien dann in den englischen Gewässern verschwunden, aber die russischen Spezialagenten hätten sie wieder entdeckt. Eine zweite Serie werde aus dem Bericht des Admirals Roshéstwenski und aus Auszügen der Schiffsbücher des „Suworow", „Orel", Borodino", „Alexander III.", „Kamtschatka", „Aurora" und „Dimitri Donskoi" bestehen. Endlich würden die vier zurückgebliebenen Offiziere ihre Zeugenaussagen machen. Dagegen wolle England das Resultat der Spezialuntersuchung in Hull und Aberdeen und die Zeugenaussagen der Fischer setzen. Aus dem Schluß, der so gefunden wird, muß sich dann das weitere ergeben. Daß aber dieses weitere kein Krieg sein wird, läßt sich, wenn nicht neue, gänzlich unerwartete Ereignisse eintreten, wohl mit Sicherheit erwarten.

Inzwischen hat Roshéstwenski Vigo verlassen und das ganze russische Geschwader geht seinen Weg weiter. Kaiser Nikolaus II. hat dem Admiral überaus herzliche Wünsche auf den Weg mitgegeben, aber wohin dieser Weg geht, weiß niemand, da russischerseits das strengste Geheimnis gewahrt wird. Die einen glaubten, es werde der Suezkanal und das Rote Meer sein, andere denken an den Weg um das Kap der guten Hoffnung, wieder andere an das Kap Horn. Qui vivra verra! Jedenfalls wird Japan alle diese Straßen im Auge behalten müssen, wenn es den Russen den Weg verlegen will. Ob das Geschwader noch rechtzeitig in Port Arthur

antommen wird, laßt ſich ebenfalls nicht vorherſehen. Bei der ſchweren Bedrängnis, welche die heldenmütigen Verteidiger zu ertragen haben, können Stunden der Verſpätung entſcheidend werden, und ſo könnte allerdings der unfreiwillige Aufenthalt in Vigo zum Verhängnis werden.

Es iſt in den letzten Tagen das Gerücht verbreitet worden, daß der Miniſter des Innern Swjätopolk-Mirski ſeinen Abſchied einreichen werde. Das iſt, wie wir beſtimmt verſichern können, nicht wahr. Vielmehr ſteht er ganz feſt. Auch geht er einen Weg, auf dem ihm die öffentliche Meinung allſeitig zufällt, die Gefahr liegt nur darin, daß die Wünſche, die ſeit der größeren Freiheit, die der Preſſe gewährt worden iſt, überall laut werden, ſo weit über das hinausgehen, was die Regierung, wenn ſie die Zügel in Händen behalten will, gewähren kann. Iſt uns doch ſogar (in der „Ruſſ") der Gedanke entgegengetreten, das ruſſiſche Polen ſelbſtändig zu machen. Daran kann aber, abgeſehen von allem übrigen, die ruſſiſche Regierung um ſo weniger denken, als die polniſche Bewegung in Litauen, Wolhynien, Podolien und Kiew heute lebendiger iſt als je. Ernſter zu nehmen ſcheint uns eine am 21. Oktober 3. November zum zehnjährigen Regierungsjubiläum des Zaren erſchienene Ausführung des Fürſten Uchtomski, in welcher es unter anderem heißt: der Zar ſei von vielen unſichtbaren Feinden umringt, unter denen nicht nur Revolutionäre und Anarchiſten zu verſtehen ſeien, ſondern als Schlimmſte die Leute, gegen deren Treiben es keinen Schutz gebe. Das aber ſeien die Tſchinowniks, die Schuld trügen an der Entfremdung zwiſchen Herrſcher und Volk. Darin, daß der Kaiſer das Beſte wolle und jene alles in das Schlimme verkehrten, liege die Tragik der gegenwärtigen Lage. Eine ungeheure Perſpektive der Zukunft nach außen wie nach innen eröffne ſich aber, wenn der Zar in dem jetzt beginnenden zweiten Jahrzehnt ſeiner Regierung ſich vertrauend dem Volk und der ruſſiſchen Geſellſchaft zuwende! Der ganze Artikel, den wir hier nicht wiedergeben können, iſt wie im Prophetenton geſchrieben. Verheißend und im Fall der Nichterfüllung faſt drohend. Aber gewiß gibt es kein Programm, wenn auch dem Kenner wohl verſtändlich, der leidenſchaftliche Wunſch nach einer Teilnahme am Regiment ungeſchrieben zwiſchen den Zeilen zu leſen ſteht. Der Tatſache, daß im Kaukaſus, in Polen und einigen der

westlichen Gouvernements Unruhen bei der Aushebung der Reservisten stattgefunden haben, legen wir keine besondere Bedeutung bei. Das ist im Grunde stets und bei allen Aushebungen so gewesen. Der letzte Tag der Freiheit wird gefeiert, und wenn der Branntwein Kopf und Sinne verwirrt hat, kommt es zu Ausschreitungen. Man ist gewohnt, sie nachsichtig zu behandeln, denn wenn der Rausch verflogen ist, kehrt die alte Gefügigkeit zurück. Wenn es diesmal gelegentlich besonders wild hergegangen ist, so läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß andere, weniger harmlose Agitatoren dahinter stecken. Vorläufig aber ist dem Ganzen noch kein politischer Charakter zuzuschreiben. Es hat nichts stattgefunden, was den so bedauerlichen Innsbrucker Ereignissen gleichkäme. Beunruhigend ist nur die allgemeine Stimmung in Polen; aber bis auf weiteres erscheint auch sie uns noch nicht gefährlich.

Die Ereignisse, die sich im Palais Bourbon abgespielt haben, von den Verhandlungen über die Enthüllungen des „Figaro" bis zu dem rohen Überfall Syvetons, scheinen nicht nur dem modernsten französischen Parlamentarismus, sondern auch dem Ministerium Combes das Urteil zu sprechen. Das will freilich weder sagen, daß der französische Parlamentarismus zusammenbrechen, noch daß Herr Combes und sein Ministerium in nächster Zeit werden weichen müssen. An Stelle des Parlaments weiß man nichts Besseres zu setzen und an Herrn Combes hängt das Heer der Beamten und Günstlinge, die um Stellung und Brot sorgen, wenn seine Hand sie nicht mehr schützt. Endlich deckt die mächtige Organisation des Grand Orient ihm den Rücken. Nur soll man uns nicht einreden wollen, daß Frankreich noch das Land der feinen Sitten oder gar das Land der Freiheit sei. Es gibt, Rußland mit eingeschlossen, keinen Staat in Europa, in dem weniger Gewissensfreiheit und weniger politische Freiheit zu finden wäre. Erstaunlich ist nur das eine, daß trotz allem die französische Armee nicht desorganisiert ist. Allerdings hat man alle heterogenen Elemente aus dem Offizierkorps allmählich zu entfernen verstanden. Was übrig geblieben ist, soll tüchtig sein und zusammenstehen. Aber wohl nur die Erfahrung kann zeigen, was Wirklichkeit und was Schein ist. Wir verstehen nicht, wie ein Offizierkorps, von dem prinzipiell verlangt wird, daß es ostentativ irreligiös sei, den hohen Aufgaben seines Berufes gerecht werden kann.

Die Wahlen in Italien, an denen zum ersten Male der Klerus sich wieder in größerer Zahl beteiligt hat, bedeuten eine Niederlage der republikanischen und sozialistischen Elemente, was sehr erfreulich ist. Die Fragen auswärtiger Politik scheinen wenig mit gespielt zu haben, obgleich die jüngsten Vereinbarungen mit Frankreich, die doch ein entschiedenes Eingreifen der französischen Regierung in die inneren Verhältnisse Italiens (soziale Gesetzgebung) bedeuten, wohl dahin hätten führen können. Welchen Reflex die Innsbrucker Tage haben werden, läßt sich nicht vorhersehen. Der italienische Chauvinismus, wo er nicht in Zaum gehalten wird, pflegt sich rücksichtslos und blind zu äußern, und doch müßten die Italiener sich sagen, daß es eine Utopie ohne jede Zukunft ist, wenn sie Innsbruck national zu erobern denken. Davon kann keine Rede sein, und es läßt sich nur tief bedauern, daß so viel edles Blut durch ihre Schuld pro nihilo geflossen ist.

In den Vereinigten Staaten steht die Entscheidung über die nächste Präsidentschaft unmittelbar bevor. Obgleich die Chancen der Demokraten sich in letzter Zeit wesentlich gebessert haben, halten wir doch den Sieg von Roosevelt für sicher. Denken wir auch viel zu ruhig, um uns für ihn zu begeistern, so wissen wir doch seinen klaren Verstand und sein sicheres Gefühl für das wahre Interesse Amerikas zu schätzen. Denn diese Interessen kollidieren an keinem Punkt mit den unsrigen, sobald der Wille vorhanden ist, bei auftauchenden Differenzen einen billigen Ausgleich zu finden. Diesen Willen aber hat der Präsident, wie der auf seine Initiative in den Grundzügen bereits vereinbarte Schiedsvertrag mit Deutschland beweist.

10. November. Combes bringt den Gesetzentwurf über Trennung von Kirche und Staat ein.
12. November. Unterzeichnung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages. Rücktritt von Leutwein; Lindequist zum Gouverneur von Südwest-Afrika bestimmt.
13. November. Absendung von Verstärkungen nach Südwest-Afrika.
15. November. Die Nordbethanier schließen sich den Aufständischen in Südwest-Afrika an.

16. November 1904.

In der Wahlversammlung zu Washington, welche den Namen Roosevelt als den des Präsidenten der nächsten vier Jahre am 4. Dezember proklamieren wird, findet sich für ihn eine Majorität von über 200 Stimmen: ein fast unerhörter Fall, und es ist dem um so größere Bedeutung beizulegen, als von seiten der Demokraten die äußersten Anstrengungen gemacht worden sind, um die verlorene Führerstellung zurückzugewinnen. Aber es ist ein Votum, das, wenn je, auf die Persönlichkeit des Kandidaten abgegeben worden ist. Die Amerikaner empfinden ganz richtig, daß sich in Roosevelt diejenigen Eigenschaften vereinigen, die man im guten Sinn des Worts als Yankeetum zu bezeichnen gewohnt ist. Die Gabe, die Dinge in ihren großen Zusammenhängen zu erkennen, das furchtlose Einsetzen der eigenen Person, der Sinn für das Praktische und Ausführbare und die Kraft dort, wo ein großes Interesse vorliegt, auch die Mittel zu beschaffen, welche den Erfolg sichern. Daß Roosevelt dabei nicht davor zurückschreckt, recht rücksichtslos die Rechte Dritter zu verletzen (man denke an die Geschichte des Panamakanals), wo sie den Interessen Amerikas entgegenstehen, nimmt man ihm erst recht nicht übel, und ebensowenig den persönlichen Ehrgeiz, der sich damit kombiniert. Denn wenn er sich einen großen Namen in der Reihe der Präsidenten machen will, so kann das nur geschehen, indem er die Interessen und Ansprüche der Vereinigten Staaten glänzend und mit Nachdruck vertritt: vor dem großen Wort „Imperialismus" aber fürchtet man sich nicht, es hat mehr eine werbende, als eine abschreckende Kraft.

Wenn jetzt von allen Seiten der erfolgten Wiederwahl Roosevelts Beifallsrufe ertönen, so ist das nur natürlich, denn er ist ein sehr mächtiger Mann. Ob alle die Glückwünsche, die übers Meer gehen, aufrichtig gemeint sind, das ist freilich eine andere Frage. Die Münchener „Allgemeine Zeitung" (Nr. 520) erinnert ganz treffend an eine Rede, die Roosevelt 1896 als Polizeipräsident von New York gehalten hat. „Jeder rechtschaffene Patriot — so sagte er — jeder Politiker in unserem Lande sieht verlangend dem Tage entgegen, wo keine einzige europäische Macht mehr ein Stückchen amerikanischen Bodens im Besitz haben wird!"

Da nun das gesamte politische Leben des Präsidenten bewiesen hat, daß solche Gedanken ihm keine leere Phrase bedeuten, wäre es erstaunlich, wenn diejenigen europäischen Staaten, die „jenseits des großen Wassers" besitzlich sind, nicht mit einiger Beklemmung der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensehen sollten. Es war gewiß ein Zeichen großer und vorausschauender politischer Klugheit, wenn Rußland sich schon 1867 entschloß, seine Besitzungen an der Behringstraße den Vereinigten Staaten zu verkaufen, und wir glauben eben deshalb, daß die heute einigermaßen gespannten russisch-amerikanischen Beziehungen nur ein Übergangsstadium bezeichnen können. Wenn Rußland, was uns ebenfalls nur als eine Frage des Früher oder Später erscheint, sich dem zweiten amerikanischen Fundamentalsatz akkomodiert und das Prinzip der offenen Tür für Asien anerkennt, könnte sogar, im wohlverstandenen Interesse beider Mächte, eine mehr als bloß äußerliche Annäherung sich als Endresultat ergeben. Irren wir nicht, so würde damit sowohl den Russen wie den Amerikanern ein lange gehegter Wunsch erfüllt werden.

Zwischen uns und den Vereinigten Staaten aber liegt weder amerikanisches Land noch eine amerikanische Doktrin, und es will uns scheinen, daß die Amerikaner der ungeheueren und aufdringlichen Agitation allmählich müde geworden sind, die seit Jahr und Tag darauf hinarbeitet, ihnen einzureden, daß sie in Deutschland ihren eigentlichen Feind hätten. Möglich war eine so ganz unhistorische Beurteilung der Beziehungen beider Mächte nur dadurch, daß die amerikanischen Zeitungen ihren Stoff den englischen Blättern entnehmen, die in der Tat eine Großmacht in Amerika geworden sind. Es gibt in der gesamten Geschichte kein einziges Beispiel, daß

die Presse eines Staates, der doch naturgemäß nur seine eigensten Interessen vertritt, in einem fremden Lande einen so ausschlaggebenden Einfluß ausgeübt hätte. Das wird, wenn einmal ein Historiker sich finden sollte, der diese Zusammenhänge aufzudecken und zu verfolgen versteht, ein ganz ungemein lehrreiches Kapitel geben, es wird sich dann freilich auch zeigen, wie schädigend die politische Zerrissenheit unserer Presse nach außen hin wirkt. Schon heute ließe sich darüber vieles sagen, was für uns als Nation doch recht beschämend ist.

Mittlerweile ist bereits die erste Kundgebung Amerikas unter dem Eindruck der gesicherten Wiederwahl Roosevelts erfolgt. Wir meinen natürlich die Aufforderung des Staatssekretärs Hay — oder sagen wir lieber Roosevelts, denn ihm gehört Verantwortung und Initiative — zu einer neuen Friedenskonferenz im Haag. Es sollen drei Punkte sein, über welche er die Entscheidung der Konferenz wünscht: 1. Pflichten und Rechte der Neutralen, 2. Unverletzlichkeit des Privateigentums in Seekriegen, 3. Beschießung von Häfen, Städten und Dörfern.

Wie wichtig und wie überaus wünschenswert die Annahme international verbindlicher Grundsätze zu humaner Regelung der in allen drei Punkten liegenden allgemeinen Interessen aller seefahrenden Nationen sein muß, liegt so sehr auf der Hand, daß es unserer Ausführung darüber nicht bedarf. Auch verbreitet die „Russische Agentur" darüber die folgende offiziöse Information: „Der russische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Lamsdorff, hat soeben dem Botschafter der Vereinigten Staaten in Petersburg, Mr. Cormick, offiziell mitgeteilt, daß die Kaiserlich russische Regierung im Prinzip und mit größter Bereitwilligkeit die edle Initiative des Präsidenten Roosevelt annimmt, durch welche eine neue Friedenskonferenz berufen werden soll.

Da sie in keinerlei Weise den Gang der Ereignisse im fernen Osten beeinflussen soll, glaubt man in diplomatischen Kreisen, daß die Berufung dieser Konferenz im Juli 1905 im Haag stattfinden kann. Delegierte Rußlands werden aller Wahrscheinlichkeit nach sein: der frühere Botschafter in London, Baron Staal, der frühere Präsident des Schiedshofes in der Venezuelaangelegenheit, Justizminister von Murawieff, und Herr Martens, Professor des Völker

rechts und Mitglied des Conseils im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten."

Diese so schnell erfolgte Entscheidung Rußlands ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Man darf jetzt annehmen, daß alle übrigen Mächte, Japan mit eingeschlossen, sich der russischen Formulierung anschließen werden, und unter dieser Voraussetzung können wir der bevorstehenden Konferenz nur mit lebhaftester Sympathie entgegen sehen. Sie hat vor der ersten Haager Konferenz den ungeheuren Vorteil eines scharf umgrenzten und klar formulierten Programms, und es läßt sich vorhersagen, daß — wenn auch nicht ohne Kampf — ein wesentlicher Fortschritt zur Humanisierung des Krieges erreicht werden wird. Von Interesse ist zudem das in der russischen Mitteilung bestimmte Datum. Offenbar rechnet man in Petersburg darauf, daß bis dahin die Weltlage in ein ruhigeres Stadium getreten sein, und vielleicht die Krisis im fernen Osten in die Periode des Friedens oder doch der Friedensverhandlungen getreten sein wird.

Der verhältnismäßige Optimismus, mit dem wir vor bald einem Monat, als jeder Tag die Nachricht brachte, daß Port Arthur im Begriff sei, in die Hände der Japaner zu fallen, uns äußerten, hat sich durchaus als berechtigt erwiesen. Noch sind alle Hauptforts in den Händen der Russen, die angeblichen Verhandlungen Stössels über eine Kapitulation sind als ein Börsenmanöver erkannt worden, und neuerdings mehren sich die Nachrichten, daß durch einzelne kühne Kapitäne die Blockade der Japaner durchbrochen worden ist. Daß diese Blockadebrecher, nächst chinesischen Dschunken, gerade große englische Dampfer sind, gehört nicht nur zur Charakteristik dieses Krieges. Der Korrespondent der „Times" hat sich darüber mit einer nicht genug anzuerkennenden Offenheit ausgesprochen: „Während dieses Krieges — so schreibt er — haben englische Kaufleute beide kriegführenden Mächte, namentlich aber Rußland mit Kohlen versorgt . . ." „Aber — so fährt er fort — die Leser der ‚Times' wissen, daß englische Fabrikanten Geschütze und Munition und jegliche Art von Kriegsmaterial sowohl den Japanern wie den Russen geliefert haben. Es war ein sehr großes und ein sehr lohnendes Geschäft, und das müßte schon eine sehr kühne Regierung sein, die uns das Geschäft stören wollte." Solche naiven Bekenntnisse verdienen aber wohl behalten zu werden, zumal wenn man an die

perfiden Vorwürfe denkt, die uns wegen angeblichen Bruchs der Neutralität gerade von seiten der englischen Presse gemacht worden sind. Aber vielleicht stellt England auf jener bevorstehenden Friedenskonferenz den Antrag, daß es überhaupt keine Kriegskontrebande mehr geben soll, dann ließe sich weiter über die Sache reden.

In Rußland tritt übrigens jetzt vor dem Interesse an den inneren Angelegenheiten alles andere zurück. Während Kaiser Nikolaus II. unermüdlich die zum Kriegsschauplatz abziehenden Truppen durch seine Gegenwart zu begeistern bemüht ist, haben an vielen Orten Ausschreitungen der einberufenen Reservisten stattgefunden, die zu nicht geringem Teil durch die Nachlässigkeit der Lokalbehörden mit veranlaßt zu sein scheinen. Einmal war für Verpflegung und Unterbringung dieser Leute ganz unzureichend gesorgt worden, dann spielte der Branntwein seine verhängnisvolle Rolle. Die Kaiserin Katharina hat schon vor mehr als einem Jahrhundert (10. April 1789) gesagt: „Wenn die Russen nicht besoffen sind, sind sie harmlos", und das ist heute ebenso richtig wie damals: sind sie aber im Branntweinrausch, dann tritt die Bestie in ihnen zutage, und von Harmlosigkeit kann dann weiter keine Rede sein. Gesellt sich dazu das Gefühl eines erlittenen Unrechts (Ungerechtigkeit bei der Aushebung und dergleichen Menschlichkeiten), so kennt die Roheit keine Grenzen mehr. So scheint es auch diesmal gewesen zu sein, nur daß in einzelnen Orten, wie z. B. in Kaluga, Smolensk, Gomel, die Bewegung einen gefährlichen Charakter annahm und hüben und drüben Menschenleben kostete.

Um so bedauerlicher ist es, daß die vor acht Tagen so energisch dementierten Gerüchte über die Gefährdung der Stellung Swjätopolk Mirskis sich nun doch zu bewahrheiten scheinen. Jedenfalls wird der Minister, dem die öffentliche Meinung allseitig mit Vertrauen entgegentritt, der schon eine ganze Reihe von administrativen Ungerechtigkeiten wieder gut zu machen bemüht gewesen ist und dessen Berufung eines Kongresses der Landschaftspräsidenten die großten Hoffnungen wachgerufen hat, sehr ernstlich um seinen Posten zu kämpfen haben. Uns gehen darüber aus dem Brief einer wohl informierten Persönlichkeit die folgenden Nachrichten zu: „Vor etwa drei bis vier Wochen war Pobedonoszew beim Zaren und hat ihm vorgestellt, daß, wenn man Swjätopolk Mirski weiter fortfahren lasse,

wie bisher, das den Untergang des russischen Reiches und der Kirche zur Folge haben müsse. Der Kaiser ist sehr bestürzt gewesen, er soll Swjatopolk Mirski zu sich beschieden und mit ihm von den Gefahren seines Systems gesprochen haben, das zur konstitutionellen Beschränkung der Autokratie führen könnte. Da soll denn Swjätopolk Mirski sich ganz tapfer gehalten und die Notwendigkeit solcher Beschränkungen deduziert haben, wenn man es nicht zu einer Revolution kommen lassen wolle. Der Kaiser habe sich schließlich schriftliche Darlegung ausgebeten. Danach habe Mirski vierzehn Tage an einem Memoir gearbeitet und sich inzwischen ziemlich unsichtbar gemacht. Das Memoir sei jetzt dem Zaren übergeben worden, eine Entscheidung bisher nicht erfolgt. „Ich fürchte", so schließt unser Gewährsmann, „die Pobedonoszewsche Richtung trägt den Sieg davon." Wir wollen hoffen, daß sich diese Befürchtung nicht verwirklicht, denn gerade jetzt könnte eine Rückkehr zum System Plehwe-Pobedonoszew verhängnisvoll werden, während wir von der maßvollen Reformbewegung, wie sie jetzt begonnen hat, gewiß keine Gefahr, sondern eine Beruhigung der Geister zu erwarten haben.

Von der Dogger-Bank-Affäre wird in Rußland kaum noch geredet, man sieht sie für so gut wie erledigt an und hat nebenher den nicht unangenehmen Kitzel, einen englischen Rückzug mitangesehen zu haben. Das klingt aus all den zahlreichen Betrachtungen hervor, die den Reden von Balfour, Lord Lansdowne und Brodrick gelten. Als Probe stellen wir eine kurze Notiz der „Nowoje Wremja" her. „Die englischen Minister", schreibt sie, „fahren fort, in Anlaß des Zusammentritts der internationalen Kommission für das Inzident in der Nordsee Reden zu halten. Gestern brachte uns der Telegraph die Rede des Ministers des Auswärtigen, der von den angeklagten und zurückgehaltenen russischen Offizieren sprach. Heute finden wir in den Londoner Zeitungen die Rede eines anderen englischen Ministers, Mr. Brodrick. Er spricht von vier russischen Offizieren, welche der Kommission vorgeführt werden sollen, und fügt hinzu, die russische Regierung habe das feste Versprechen gegeben, daß, wenn „noch einige andere Offiziere sich schuldig erweisen sollten, sie gleichfalls der Bestrafung nicht entgehen würden. Wenn solche Albernheiten (neljeposti) von englischen Jingoblättern gebracht werden, so lacht man darüber: wenn aber ein englischer Minister von der Tribüne

aus kaltblütig und mit Nachdruck über die Absichten der russischen Regierung die Unwahrheit sagt, darf man da gleichmütig bleiben?" Die „Nowoje Wremja" beantwortet die Frage nicht, aber wir würden ihr zu einem lauten und unzweideutigen Ja! raten, zumal sich niemand in England etwas daraus machen würde, wenn sie ihren Gleichmut wirklich verlieren sollte.

Die Affäre André-Syveton ist vorläufig mit Hilfe von zwei unblutigen Duellen zu Grabe getragen worden, und die französische Kammer, die eben erst sehr handgreiflich debattiert hatte, hat ihre volle Würde wiedergefunden. Sie hat nur das englisch-französische Abkommen zu verhandeln gehabt und mit nur geringen Ausnahmen (445 gegen 105), wie vorauszusehen war, sich für die Annahme ausgesprochen. Irgend welche bedeutende Reden sind nicht gehalten worden, denn auch was Jaurès sagte, war trotz der großen Ansprüche, mit welchen der sozialdemokratische Führer sich geltend zu machen sucht, abgestandene und wertlose Ware. Denn in der Tat, was soll das Gerede über eine Versöhnung mit Deutschland unter Gambettaschen Vorbehalten. Als Gambetta 1878 eine Annäherung an Deutschland suchte, war er, wie der Fürst Bismarck sich damals ausdrückte, eine „autoritative Natur". Solche autoritativen Naturen sind im heutigen Frankreich nicht zu finden, und am wenigsten rechnen wir Herrn Jaurès dazu, der selbst in der eigenen Partei keine Autorität hat. Wenn die französische Kammer ihm ihr Ohr leiht, so liegt es an der Freude, die jeder Franzose an klingender Rhetorik hat, das verschafft ihm aber noch lange nicht die Stimmen der Kammer. Die gehören nach wie vor dem durch Herrn Syveton geretteten Ministerium Combes, und wenn es gleich richtig ist, daß, wie das „Journal des Débats" recht boshaft sagt, Herr André doch unmöglich vor jeder Abstimmung Schläge bekommen könne, so wird jene Majorität sich trotz der berüchtigten Delatorenbriefe des Grand Orient mindestens so lange behaupten, bis das von Combes jetzt tatsächlich eingebrachte Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat angenommen worden ist. Vorläufig wird dadurch das allgemeine Interesse wieder vollkommen absorbiert.

Von den Fragen der großen Politik scheint wieder einmal die mazedonische in den Vordergrund rücken zu wollen. Englische und russische Blätter sind darin, wenn auch von verschiedenen Gesichts-

punkten ausgehend, einer Meinung. Der „Standard“ läßt sich aus Konstantinopel schreiben, daß man in den türkischen Regierungskreisen sowohl gegen die Griechen wie gegen die Bulgaren sehr erbittert sei, und sich wieder mit dem Gedanken an neue Kriegsvorbereitungen trage. Aus Wien aber wurde demselben Blatt vor etwa acht Tagen geschrieben, daß die Zahl der politischen Morde in Mazedonien wieder in schreckenerregender Weise zunehme. Zwischen dem 18. und 31. Oktober seien im Distrikt von Strumnitza 6 Morde und 5 Mordanfälle geschehen, 8 Morde, 11 schwere Verwundungen und 3 Mordanschläge im Distrikt von Kastoria, 2 Morde in Borodino, 6 Morde in Vodena, 8 Morde im Dorfe Radinetz. Fast alle Morde seien von Bulgaren begangen, und zwar entweder wegen verweigerten Anschlusses an die Komitatschi, oder aus Rache wegen angeblichen Verrats. Mehrere Morde seien in derselben Periode an Serben, Griechen oder türkischen Bauern begangen. Die Zustände liegen schlimmer als je seit Beginn der Insurrektion, denn damals hätten die bewaffneten türkischen Soldaten wenigstens in einigen Fällen die unbewaffneten Bauern, Priester und Lehrer vor den bewaffneten Banden geschützt.

Die „Nowoje Wremja“ bringt einen langen Artikel der mazedonischen „Reforma“, der sich speziell gegen die griechische revolutionäre Propaganda richtet und darauf hinweist, daß sie eine Gefahr für das Slaventum bedeute. Es gäbe in Mazedonien in Summa 200000 Griechen und 50000 Rumänen, die mit ihnen Hand in Hand gingen. In einzelnen mazedonischen Gebieten, speziell an den Küsten säßen sie kompakt beieinander, ebenso in den Städten des Zentrums Kawala, Praweschtscha, Drama, Alistratig, Demis, Gissar, Mjelnik, Nigrita, Solun, Seres, Bitolja, Kostur, Grebena, Nasselitsch u. a. m. Die Griechen würden außerdem durch das Patriarchat gestützt, fast jede Stadt habe ihren Metropolitan oder Bischof, und das alles suche sich durch Gewalt, Interessen und Verführung, Zehntausende von Bulgaren dienstbar zu machen. Endlich seien die Griechen patriotischer und opferwilliger, sie geizten nicht wie Bulgaren und Serben. In Athen habe sich vor einigen Monaten ein geheimes griechisch-mazedonisches Komitee gebildet, für welches aus Ägypten, England, Rumänien, ja sogar aus Bulgarien Geldbeträge einliefen. Sie müßten jetzt schon annähernd zwei Millionen Franks zur Verfügung

haben. Die Sammlungen aber gingen noch immer mit raschem Erfolge weiter. Auch seien bereits in Südmazedonien bewaffnete griechische Haufen aufgetreten, meist dreißig bis sechzig bewaffnete Männer, bald aber würden neue Haufen folgen. Waffenvorräte seien in Saloniki, Kavala, Thasos.

Ganz ohne Fundament können diese Nachrichten nicht sein, da am 6. November dem „Standard“ aus Saloniki gemeldet wurde, daß in Caza of Florina ein Gefecht zwischen Griechen und Bulgaren stattgefunden habe, bei welchem die Bulgaren unter Zurücklassung mehrerer Toter in die Flucht geschlagen wurden.

18. November.	Rücktritt des französischen Kriegsministers André. Berteaux Nachfolger.
18. November.	Schiedsvertrag zwischen England und der Schweiz. Vertagung des ungarischen Abgeordnetenhauses.
19. November.	Enthüllung der Statue Friedrich d. Gr. in Washington.
22. November.	Unterzeichnung des deutsch amerikanischen Schiedsvertrages.

23. November 1904.

Das große Ereignis der letzten Woche ist unzweifelhaft die Rede, welche Präsident Roosevelt bei Enthüllung des Denkmals König Friedrichs des Großen gehalten hat. Nach den Ansprachen des Generalleutnants von Löwenfeld und unseres Botschafters, des Frhrn. Speck v. Sternburg, sprach er so warm und so gedankenreich, daß wir beim Lesen den Eindruck mitnahmen, als hätten wir ein Kapitel aus Carlyles berühmten Buch „on heroes, hero worships and the heroic in history" gehört. Denn in der Tat, das war an Friedrich dem Großen exemplifiziert das Thema der Rede, und es gehörte in unseren Tagen der Friedenskongresse ein selbständiger Geist dazu, um die Erinnerung an den siebenjährigen Krieg so zu feiern, wie er es getan hat. Sie wird fortdauern, sagte er, „so lange als in den Menschen Liebe zu Heldentum lebt", und als könne er sich nicht genug in nachdrücklicher Betonung dieses Gedankens tun, wiederholt er, „nicht allein werden die Bewunderer menschlichen Heldentums die Geschichte seiner machtvollen Taten lesen, so lange die Menschheit Sinn hat für die Leistungen des Heroismus, sondern selbst jene, die nicht von der Tapferkeit des Soldaten angezogen werden, müssen doch um der Größe des Menschen willen nachsinnen und die Lehren bewundern, die uns seine unerschrockene Entschlossenheit gibt, die unbeugsame Zähigkeit seines Vorsatzes, sein weitblickendes Erfassen großer Möglichkeiten und seine unwandelbare und unentwegte Festigkeit bei der Bahn, die er sich vorgesetzt hatte". Man kann es wirklich nicht besser sagen. Er nannte das Denkmal zugleich „ein Sinnbild der Bande der Freundschaft und der Zuneigung, die — wie er vertraue — im Laufe der Jahre das amerikanische

und das deutsche Volk immer enger verbinden würden." Es folgte ein Hinweis darauf, wie in den Adern des amerikanischen Volkes das Blut fast aller Völker des mittleren, nördlichen und westlichen Europa rinne, und im Hinblick auf den Anlaß der Feier die Darlegung der besonderen Bedeutung, die dabei dem deutschen Elemente zukomme. Und nun erhob er sich zu einem Gedanken von größter allgemeiner Bedeutung, der aus seinem Munde noch an Gewicht gewinnt. Das Gedeihen eines Volkes, sagte er, hat normalerweise „nicht die Bedeutung einer Bedrohung, sondern einer Hoffnung für die übrigen". Es ist damit eine der einfachsten, aber auch eine der meist verkannten Wahrheiten ausgesprochen. Gegenüber der Politik des Neides, mit der wir und mit uns andere jetzt jahraus jahrein zu kämpfen haben, wird hier die Politik gegenseitiger Förderung zu einem großen Ziel proklamiert. Auch Worte können die Bedeutung politischer Großtaten gewinnen, und wir werden dieses Wort des Präsidenten der großen amerikanischen Republik in treuem Gedächtnis behalten. Es ist eine Unwahrheit, daß die Welt zu klein ist für den friedlichen Wettbewerb der Nationen, und jene Weltauffassung, die jüngst aus der „Army and Navy Gazette" sprach, als sie die Notwendigkeit darlegte, daß die deutsche Flotte rechtzeitig vernichtet werden müsse, findet in dem Leitsatz des Präsidenten ihre gewiß nicht unbeachtet vorübergegangene Kritik. Die herzlichen an die Adresse unseres Kaisers und des deutschen Volkes gerichteten Schlußworte haben den überaus wohltuenden Eindruck der ganzen Rede noch verstärkt. Wir wünschen und hoffen, daß die Wirkung dieses Tages und dieser Rede nach Amerika hinein ebenso von Dauer sein wird, wie es ohne allen Zweifel bei uns geschehen soll.

Wenngleich danach der Marinesekretär im Kreise der Schiffsbaumeister und Marineingenieure sagte, im Weißen Hause säße jetzt ein Mann, der seine Zuversicht darauf setze, „die beste und stärkste Marine der Welt zu haben" (wobei wohl einst vorzusetzen ist), so tut das um so weniger dem Rooseveltschen Grundgedanken Eintrag, als es heute mehr als je heißen muß: si vis pacem para bellum! Denn in der Tat, wenn sich auch mit immer größerer Sicherheit darauf rechnen läßt, daß die Doggerbankaffaire in sich verpuffen und mit Abfindung der geschädigten Schiffer ihre Erledigung

finden wird, so sehen wir doch nicht, daß der Zündstoff, der in aller Welt vorhanden scheint, an Explosivkraft verloren hätte. Im russisch-japanischen Kriege läßt sich ein Ende noch lange nicht absehen, vielmehr erwarten wir jeden Augenblick die Nachricht von der Wiederaufnahme der Kämpfe am Schaho, ohne doch hoffen zu dürfen, daß damit eine Entscheidung gewonnen werden könnte. Dazu halten die Kräfte auf beiden Seiten einander zu sehr das Gleichgewicht und ist die Zähigkeit beider Teile zu groß. Port Arthur aber behauptet sich, wenn auch, wie die Selbstvernichtung des „Rastoropny" wohl zeigt, die Not der Belagerten sehr hoch gestiegen sein muß. Es gehört eine starke Zuversicht dazu, an das rechtzeitige und namentlich an das unbehinderte Eintreffen des Roshéstwenski schen Geschwaders zu glauben. Auch sind die, wie sich hoffen läßt, übertriebenen Nachrichten von der Disziplinlosigkeit der russischen Marinesoldaten wenig ermutigend für die Organisatoren der russischen Defensive. Wie es in Petersburg aussieht, ist trotz der größeren Freiheit, welche der Presse gewährt wird, überaus schwer zu sagen, da alles, was sich am Hofe abspielt, nur mündlich und oft entstellt an die Öffentlichkeit kommt. Jedenfalls scheint die Partei, welche früher in Plehwe ihren Führer fand, keineswegs geneigt, kampflos abzudanken. Man muß sich dessen erinnern, daß dieser energische und nicht einzuschüchternde Minister alle Gouverneurs- und Generalgouverneursposten, so wie die gesamte Polizei und die Leiter aller staatlichen Institute mit Männern besetzt hat, die seine Ideen ins Praktische übertrugen. Muß man nun auch annehmen, daß ein Teil von ihnen sich umgedacht haben wird, seit ein neuer Wind von oben her zu wehen scheint, daß andere wiederum versteckte Liberale waren, die nunmehr keinen Anstand nehmen, mit ihrer eigentlichen Überzeugung hervorzutreten, so bleibt doch ein sehr ansehnlicher Teil hoher und höchster Verwaltungsbeamter, der entschlossen ist, Amt und Stellung zu behaupten und die Prinzipien Plehwes aufrechtzuerhalten. Die Beamten der Petersburger Zentralbehörden kommen dabei weniger in Betracht, schon weil sie bei allen möglichen und wahrscheinlichen Wandlungen sich als die eigentlichen Arbeiter behaupten und auch unter dem vorigen Regiment sich den Luxus liberaler Gesinnung erlauben konnten. Auch spielen sie bei dem Kampfe zwischen Reaktion und Reform oder, um die Gegner

zu nennen, zwischen Swjätopolk-Mirski und Pobedonoszew nicht mit. Es scheint nun, daß eine Entscheidung bis zur Stunde noch nicht erfolgt ist. Die von Swjätopolk-Mirski in Sicht genommene Versammlung von 150 Semstwovertretern ist in der Tat am Sonnabend in Petersburg eröffnet worden; aber sie tagt nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, öffentlich, sondern hinter geschlossenen Türen, und wir wissen auch, daß sie ihr ursprüngliches Programm nicht hat beibehalten dürfen. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegt hier ein Kompromiß vor, so daß es weder Sieger noch Besiegten gibt. Die Hauptgefahr für Swjätopolk-Mirski aber scheint in der Unklugheit der liberalen Führer zu liegen, die in ihren Ansprachen nicht maßzuhalten wissen. Es kommt aber für die Sache der Reform alles darauf an, daß sie besonnen bleiben und nicht um des Unerreichbaren willen das Mögliche und zweifellos Wünschenswerte aus den Händen geben. Und insofern scheint uns jene Verhandlung mit Ausschluß der Öffentlichkeit so übel nicht. An der Korona der Tribünen hätte das ohnehin leidenschaftliche Temperament dieser Notabeln sich leicht mehr erhitzt, als ihnen und der Sache, die sie vertreten, gut sein kann. Denn man darf nicht vergessen, daß Rußland in der Erregung eines schweren Krieges und einer bald das gesamte Reich umfassenden Mobilisierung seiner Reserven steht. Diese immer schmerzende Operation geht aber jetzt unter besonders ungünstigen äußeren und inneren Verhältnissen vor sich. Die Unruhen in den Westgouvernements geben uns dafür die Symptome.

Es sei dabei bemerkt, daß die Versuche, die Fürst Swjätopolk Mirski macht, um die Gunst der Polen der russischen Regierung zurückzugewinnen, lebhaft an die Politik Alexanders II. nach 1860 erinnern, und daß, wie damals, Warschau nach außen hin das Zentrum einer lebhaften großpolnischen Agitation ist. Die Sammlungen, die für das polnische Lehrerseminar Teschen in Warschau und Posen gemacht worden sind und über welche die „Neue Freie Presse" ausführlich berichtet, können dafür als Beispiel dienen. In Rußland aber geht diese Agitation einerseits durch ganz Littauen, andererseits bis nach Kiew hin. Aber es ist wirklich, als ob ein Verhängnis die Söhne treibe, die Erfahrungen der Eltern noch einmal am eigenen Leibe zu erleben. Auch an den russischen Universitäten geht das törichte Politikmachen der Studenten wieder an, mit einem Wort,

das alte Treiben geht weiter und die Tatsache, daß der schwere Krieg vor allem verlangt, daß man der Regierung nicht die Hände durch Unruhen im Innern binde, scheint keinerlei Berücksichtigung zu finden.

In der „Nowoje Wremja" erzählt ein gelegentlicher Korrespondent von einer Unterredung, die er jüngst mit dem Polizeimeister einer russischen Stadt gehabt habe, die häufig zur Deportation „Politischer" benutzt werde.

„Das Gespräch berührte die Tatsache, daß die „Politischen" sich in keine Tätigkeit hineinzuleben verständen, und ich erinnere mich, daß ich den Gedanken aussprach, daß, wenn es wirklich unumgänglich sei zu verschicken, man doch nicht die eisigen Tundren als Ort der Verbannung wählen sollte, weil dort die Bestrafung den Charakter nutzloser Rache gewinne. Man schicke sie in irgend eine fruchtbare Gegend, wo eine Kolonie Verschickter sich der heilenden Natur nähern und sich an ihrem veredelnden Einflusse erheben könnte; wie viele von ihnen seien Knaben, die niemals einen Acker gesehen hätten — ihr ganzer Gesichtskreis sei städtisch, unreif und einseitig."

Der Polizeimeister, der zum Typus der Gutmütigen gehörte, antwortete skeptisch: „Der Prozentsatz der ernsthaften, zum Arbeiten fähigen Leute unter ihnen ist außerordentlich gering — außergewöhnliche Naturen gehen nirgends unter und finden überall ein Feld der Tätigkeit. Aber mit diesen Verstoßenen der Gesellschaft ist es ein Unglück. Sie schließen sich einer politischen Bewegung an, wie einem beliebigen Skandal oder einer Rauferei, aus Frechheit und Raufluft. Neulich beklagte sich einer von ihnen, daß er keine Möglichkeit habe, sich ehrlich sein Brot zu verdienen. Ich nahm ihn in meine Dienste machte ihn zum Gehilfen des Pristaw. Was ergab sich: er hatte lockere und unsaubere Hände, schlug die Leute ins Gesicht und nahm wsjätki (Bestechungsgelder).

„Wie", fragte ich ihn, „können Sie bei Ihren Überzeugungen so handeln?" Und er antwortete mir: „Ich habe mich gebessert!"

Die Anekdote ist gewiß mehr traurig als komisch, und das Traurigste wohl, daß sie sich als typisch bezeichnen läßt.

In Frankreich ist an General Andrés Stelle der agent de change und dreißigfache Millionär M. Berteaux, bisher Deputierter von Versailles und Zeitungsunternehmer, getreten. Aber er soll sich von jeher für das Militärbudget interessiert haben, ist eifriger

Sozialist, verleugnet die Delatorenpraxis seines Freundes André und steht zur Politik von Herrn Combes: weshalb sollte er da nicht Kriegsminister werden können?

Es ist für die neue Richtung des „Standard", der jetzt in dem früheren „Times"-Korrespondenten, Mr. H. A. Gwynne, einen neuen Chefredakteur erhalten hat, charakteristisch, wie das Blatt — das früher gewiß anders geschrieben hätte — Herrn André beurteilt. „General André", sagt der neue „Standard", „ist der Entrüstung zum Opfer gefallen, welche seine unglücklichen und nicht allzu bedenklichen Maßregeln zur Befreiung der Armee von den Revolutionären hervorgerufen haben. Aber die Umstände verlangen doch, daß man ihm einige Sympathie entgegenträgt. Englischen Augen erscheint die Spionage in den Regimentern und der unterirdische Einfluß, den die Freimaurerlogen ausübten, durchaus unerträglich, und es läßt sich von keinem Gesichtspunkte aus etwas zur Verteidigung dieser Maßregeln sagen. Aber man muß sich erinnern, daß der ehemalige Kriegsminister sich in höchst schwieriger Lage befand, als er ins Amt trat. Er fand das französische Offizierkorps in einer weiten Verschwörung zum Sturze der Staatsverfassung verfangen. Die Majorität war in römisch-katholischen Schulen erzogen, in welchen Opposition gegen die „atheistische" Republik ihnen als religiöse Pflicht eingeimpft wurde. Nationalismus und Klerikalismus bildeten einen Teil ihres Glaubensbekenntnisses, und Treue zu den Fahnen wurde als Untreue gegen die Regierung interpretiert. Man stand vor einer Revolution, und Herr Waldeck-Rousseau meinte wohl, daß man nicht allzu wählerisch in der Auswahl der Gegenmittel sein dürfe. André trat ins Amt mit der Aufgabe, die Armee zu demokratisieren, und kam zum großen Teil ans Ziel. Er brach das Übergewicht der römisch-katholischen Aristokratie in den Kasinos und erwarb eine weite Popularität durch einen anderen Schlag gegen den Militarismus, indem er die Dienstzeit abkürzte." Leider habe er keinen Anstand genommen, die Methoden seiner Gegner nachzuahmen und die Proskribierung klerikaler Offiziere, wenn nicht vorzuschreiben, so doch zu dulden, usw. Der Eindruck, den man aus diesen Ausführungen gewinnt, ist doch der, daß eine monarchische Verschwörung gegen die Republik bestand, was bisher noch von keiner Seite her bewiesen werden konnte und wohl gewiß nicht wahr ist. Die Gegner

hatten sich sonst diese unvergleichliche Waffe zur Verteidigung Andrés und zur endgültigen Vernichtung der Klerikalen gewiß nicht entgehen lassen. Ein entschiedenes Faktum liegt aber darin, daß der „Standard" katholisch und klerikal in einem katholischen Lande, wie Frankreich, identifiziert, da es in seiner ungeheuren Majorität nun einmal katholisch ist. Herr André hat aber jeden Offizier maßregeln lassen, dessen Familienmitglieder ihrem katholischen Gottesdienst nachgingen.

Die Frage ist nur, ob nicht Herr Pelletan die Wege Andrés gegangen ist, wie nicht unwahrscheinlich ist, und ob in solchem Falle es Herrn Combes möglich sein wird, sich ebenso glücklich zu retten, wie bei der Katastrophe Andrés. Es heißt schon jetzt, daß er bemüht sei, Herrn Pelletan zu freiwilligem Rücktritt zu bewegen.

Über die politischen Sorgen Frankreichs schreibt der Pariser Korrespondent der „Nowoje Wremja". Er führt mehrere Franzosen redend ein, die infolge eines (von uns vor acht Tagen wiedergegebenen) scharfen Artikels der „Nowoje Wremja" in ihrer Angst zu ihm kommen. Einer dieser Herren soll sich nun folgendermaßen ausgesprochen haben: „Sie wissen, sagte er, daß der Isswolskische Artikel einen großen Eindruck gemacht hat. Unsere unglückliche Vereinbarung mit England ist in ihrer eigentlichen Bedeutung offenbar mißverstanden worden. Weder unser Publikum, noch unsere offiziellen Kreise, noch die Zeitungen, noch sonst irgendwer ist vom Abkommen entzückt. Ich habe noch heute davon mit Etienne gesprochen, Sie wissen, wie Denis Cochin darüber denkt und hören alle Tage, was in der Kammer gesagt wird. Sie denken alle gleich: England hat uns unendlich mehr genommen als es gegeben hat. Die Kammer war mit dem Abkommen nicht zufrieden. Sie hat es zwar mit ungeheurer Majorität bestätigt, aber nachher den Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung sich bemühen solle, von England bessere Bedingungen zu erlangen, und daß unseren Seeleuten der Fischfang bei New-Foundland gestattet werden solle. Dieser Vorbehalt nimmt der Ratifikation ihre eigentliche Bedeutung. Die Wahrheit ist, daß wir nach wie vor „Shylock" mit Mißtrauen ansehen. Wenn wir uns ihm trotzdem nähern, so geschieht es nur, weil die Zeiten unsicher sind und wir seine Tücke für den Augenblick bändigen wollen. Dem franko-russischen Bündnis bedeutet die Annäherung an England keine Drohung. Im Gegenteil, es ist stärker geworden, und

es wäre sehr traurig, wenn die Folge eine Stärkung Deutschlands auf unsere Kosten wäre."

Herr Jakowlew hat kein Nachwort angeschlossen, und das war auch nicht notwendig, da eine recht hämische Einleitung vorausgeht. Aber wir wollen sie unseren Lesern erlassen, es genügt zu wissen, daß wir in ihm unseren Freund nicht haben. Interessanter wäre es zu hören, was der „Shylock" jenseit des Kanals zu diesem aufrichtigen Herzenserguß des Franzosen sagt. Aber wir dürfen wohl mit Sicherheit annehmen, daß man es vorziehen wird, Augen und Ohren zu schließen. Solche Töne sind zurzeit sehr inopportun und die englische Presse hat den Takt ihrer Interessen.

Übrigens hat England jetzt alle Hände voll zu tun. Zu der immerhin unbequemen Fahrt des russischen Geschwaders, namentlich desjenigen Teils, der den Suezkanal passiert, kommen allerlei andere Angelegenheiten. Der Younghusbandsche Tibetvertrag muß in eine neue Form gebracht und so gestaltet werden, daß er der chinesischen Regierung genehm wird. Dann beunruhigt die Stellung Rußlands in Turkestan und das Gerücht von drohenden Konflikten an der afghanischen Grenze. Die „Tiflis-Zeitung" habe jüngst gesagt, die Zeit sei nicht fern, da Rußland im Notfall eine halbe Million Truppen auf der Linie Orenburg Taschkent und über die Transkaspibahn nach Turkestan werde werfen können. Die „Pall-Mall-Gazette" hat sich sogar aus Moskau telegraphieren lassen, daß es zwischen Russen und Afghanen zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen sei und infolge der Explosion eines russischen Pulvermagazins zahlreiche Soldaten umgekommen seien. Wahrscheinlich ist das ebenso leeres Gerücht wie andere ähnliche Sensationsnachrichten.

Dagegen bestätigt sich, daß die Kämpfe der Engländer im Hinterlande von Aden fortdauern, und es gewinnt allerdings immer mehr den Anschein, daß die Absicht vorliegt, hier größere Territorien zu erwerben. In Konstantinopel erregen diese Dinge nicht geringe Beunruhigung, zumal schon vorher die Anwesenheit eines englischen Agenten in Koweit zu ärgerlichen Verhandlungen geführt hat. Der türkische Gesandte in London, Musurus Pascha, hat, wie die „Agentur Reuter" berichtet, darüber Lansdowne interpelliert, der ihn damit abfand, daß es sich nur um einen vorübergehenden geschäftlichen Aufenthalt handele. Musurus entgegnete, die indische Regierung

verletze das Völkerrecht, wenn sie einen Agenten in Koweit hätte und verlangte die Abberufung desselben, aber Lansdowne erklärte, er könne sich mit dieser Angelegenheit nicht beschäftigen, bevor die Frage des Hinterlandes von Aden erledigt sei. So greifen diese Dinge ineinander, und bisher ist eine Entscheidung noch nicht erfolgt.

Ob die in Brasilien ausgebrochenen Unruhen eine Revolution oder eine Emeute bedeuten, ist noch nicht zu erkennen. Vorläufig heißt es, daß alles wieder ruhig sei, aber wir haben noch keine Revolution in Süd- oder Mittelamerika erlebt (und wer könnte sie alle herzählen), die anders begonnen hätte.

24. November. Niederlage der Buren bei Nav. Schiedsvertrag zwischen Italien und der Schweiz.
25. November. Unterzeichnung des englisch-russischen Abkommens über die Togogrenz-Affäre.
27. November. Erneuter Sturm der Japaner auf Port Arthur.
28. November. Lord Lansdowne warnt vor Lieferung von Kohlen an die russische Flotte.
29. November. Unterzeichnung des deutsch-serbischen Handelsvertrages.
31. November. Vorläufiger Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn.

30. November 1904.

Gewiß ist es ein Symptom der kritischen Lage, in welcher wir d. h. alle Kulturvölker der Gegenwart — uns bewegen, daß die minderen Probleme, an welchen sich sonst die auf Sensationen gerichtete öffentliche Meinung zu erhitzen liebt, fast gar keine Beachtung finden. Nicht einmal die Rückkehr Chamberlains auf die Arena seiner wirtschaftlichen und politischen Kämpfe ist mehr als beiläufig traktiert worden, und doch haben wir gesehen, wie er durch Verstärkung seines Gefolges in der Presse sich den Boden zu einer Kampagne bereitet hat, in welcher er selbst es gewiß nicht an Energie wird fehlen lassen, um die Ziele zu erreichen, die er sich gesteckt hat. Wir glauben aber, daß trotz der unbezweifelten geistigen Überlegenheit, die er seinem „Freunde" Balfour entgegenzusetzen hat, bis auf weiteres alle Vorteile dem gegenwärtigen Ministerium bleiben werden. Die Engländer sind politisch zu gut geschult, um mitten in einer großen politischen Kampagne, die gegen ausländische Gegner gerichtet ist, sich einen Personalwechsel in den leitenden Stellungen zu erlauben. Auch haben Balfour und seine Leute, sobald man genauer zusieht, gerade so gehandelt, wie es den Wünschen der ungeheueren Überzahl der Engländer entspricht. Der Friede ist nach allen Seiten hin gewahrt worden: wo es nötig schien, gab es recht laute Worte, und ohne daß es recht eigentlich notwendig gewesen wäre, eine Mobilisierung der englischen Flotte, die außerordentlich effektvoll nach England hinein wirkte. War auch der Effekt nach außen

hin kein entsprechender und ließ namentlich Admiral Roshéstwensky sich keineswegs imponieren, auch die russische Regierung sich nicht aus dem stolzen Phlegma ihrer Verhandlungsmethoden drängen, es wurde trotz allem diese Mobilisierung wie ein großer Erfolg empfunden und gefeiert, beiläufig aber die Gelegenheit benutzt, uns durch die „Army and Navy Gazette" sagen zu lassen, daß der Augenblick wohl kommen könnte, da England es nötig finden dürfte, unsere so viel kleinere Flotte zusammenzuschießen. Es hat uns gefreut, daß die indirekte Antwort, die Graf Bülow diesen Renommistereien beim Stapellauf der „Deutschland" gab, ganz rückhaltlose Anerkennung auch in russischen Blättern fand, die wir, wie die „Petersb. Wjedomosti", alle Ursache haben, nicht zu unseren Freunden zu rechnen. „Die Gerechtigkeit verlangt", — so schließt das Blatt seine Betrachtung — „daß wir darauf hinweisen, daß dem Grafen Bülow nicht die unbedingte Priorität der Gedanken und Gesichtspunkte gehörte, welche diese bedeutende Rede darlegt. Einige interessante Anzeichen des Umschwunges der Anschauungen, der sie charakterisiert, lassen sich auch an mehreren der letzten Maßnahmen und Entscheidungen des Kaisers Wilhelm erkennen." Nun dürfte es dem russischen Publizisten gewiß schwer fallen, nachzuweisen, daß in der Marinepolitik Deutschlands von einem „Umschwung" die Rede sein kann, seit einmal unser Flottenplan angenommen war. Unsere Flottenpolitik ist von Anfang an ebenso kraftvoll und konsequent, wie friedfertig in ihren Intentionen gewesen: ein Werkzeug der Abwehr gegen fremden Übermut und des Schutzes für unsere Interessen, außerhalb der so gezogenen Grenzen aber für niemanden eine Bedrohung. Das liegt so klar zu tage, daß selbst in England die „Army and Navy Gazette" für ihre Anrempelungen kein rechtes Echo finden konnte. Um so größer ist aber die Anerkennung, welche die asiatische Politik Balfours im Zusammenhang mit dem russisch-japanischen Krieg gefunden hat. Die Tibetanische Expedition muß um so mehr als ein großer Erfolg betrachtet werden, als Rußland vor Ausbruch des japanischen Krieges alles versuchte, um durch einen starken diplomatischen Druck England zu veranlassen, seine tibetanischen Pläne aufzugeben.

Ganz dasselbe gilt von dem englischen Vordringen in Afghanistan, im Golf von Persien und neuerdings, wie wir schon vor acht Tagen andeuteten, in Arabien. Ein offenbar aus militärischer Feder

ſtammender Artikel der Münchener „Allg. Zeitung“, „Indiſche Expanſionspolitik“, macht nebenher auf eine engliſche Expedition aufmerkſam, die ſeit Oktober dieſes Jahres von Indien nach Perſien unterwegs iſt, „um handelspolitiſche Beziehungen mit den ſüdöſtlichen Provinzen des perſiſchen Reiches zu fördern bezw. anzubahnen“. Wir fügen hinzu, daß bis zur Stunde gerade die Erſchließung dieſer Gebiete eines der weſentlichſten Ziele der ruſſiſchen Politik bildete, und daß ſich Rußland ausdrücklich den Bau der nach Seiſtan führenden Straßen reſerviert hat, ganz wie einem franzöſiſch-ruſſiſchen Konſortium von Kapitaliſten der Bau einer Eiſenbahnlinie durch das ſüdliche Perſien zugeſichert war. Wenn die Ausnutzung dieſer wie jener Ausſichten an dem Ausbruch des Krieges mit Japan ſcheiterte, ſo hat England nicht für nötig befunden, den Ausgang des Krieges abzuwarten, um dieſen Plänen entgegenzutreten, ſondern ſich ſofort nach glücklicher Beendigung der Tibeterpedition daran gemacht, den Ruſſen auch hier das Waſſer abzugraben. Gewiß, man kann weder Balfour noch dem Marquis of Lansdowne den Vorwurf machen, daß ſie tatenlos die Hände in den Schoß gelegt hätten. Und deshalb glauben wir nicht, daß die Ausſichten Chamberlains ihnen gegenüber ſich als günſtig bezeichnen laſſen. Als weiteres für ſie ſprechendes Moment kommt die völlig unklare Lage, in welche ſie Frankreich verſetzt haben, deſſen Stellung in der Weltpolitik ſich heute überhaupt nicht mehr definieren läßt. Es iſt weder ruſſiſch noch engliſch, und man darf wohl hinzufügen, auch nicht mehr franzöſiſch. Es iſt „Combiſch“, und das bedeutet die Preisgebung aller Traditionen, der alten wie der neuen, zum Vorteil der Doktrin jener Sekte, als deren Haupt Combes ſich ſelbſt rückhaltlos bekennt. Stellen wir uns die heute Frankreich erregenden Kämpfe als in eine ruhige Periode der Weltpolitik fallend vor, ſo hätte nicht nur in Frankreich der Kampf zwiſchen dem organiſierten Freimaurertum und dem franzöſiſchen Katholizismus, der unerhörte Unfug des Delationsweſen in der Armee und, wie immer wahrſcheinlicher wird, auch in der Flotte das ungeheuerſte Aufſehen erregt. Endlich hätte die neue Politik Frankreichs in Marokko von außen her ſchwerlich ſo geringen Widerſtand gefunden, wie tatſächlich geſchehen iſt. Vielleicht hat dabei die Erwägung mitgeſpielt, daß Frankreich durch ſein ruhiges Zuſchauen bei all den Wirren, die heute den Aufenthalt in Marokko

so überaus unsicher machen und dem Handel aller Mächte nicht un-
wesentliche Verluste bereiten, auf diesem Boden, trotz der großen
Stellung, die ihm im Prinzip eingeräumt worden ist, mehr an mo-
ralischem Ansehen und faktischer Macht einbüßt als gewinnt, daß es
aber in keinem Falle ein Äquivalent für den endgültigen Verzicht auf
seine ägyptischen Ansprüche und für seine alten nach Syrien hin
zielenden Hoffnungen finden kann. Gibt es doch in Paris ernst zu
nehmende Politiker, die es rückhaltlos aussprechen, daß Frankreich in
seinem englischen Abkommen der düpierte Teil sei. Wenn trotzdem
die Angriffe der Opposition vor der Person Delcassés Halt machen,
erklärt sich das wohl am treffendsten aus der Erwägung, daß er
unter den gegenwärtigen Verhältnissen für unersetzlich gilt. Das hat
aber, wie man sich erinnern wird, auch von Hanoteaux gegolten,
der jetzt vier Treppen hoch in seiner kleinen Mietswohnung an der
Fortsetzung seiner „Geschichte des heutigen Frankreich" arbeitet. Er
war der kräftigste Vertreter der alten Politik, die dem französischen
Prestige im Orient noch einen Wert beilegte. Aber mit seinem
Prestige wurde er selbst über Bord geworfen, und die letzte Debatte
in der französischen Kammer hat uns an der Rede des Minister-
präsidenten Combes gezeigt, wie dürftig die Reste sind, die sich von
der alten Herrlichkeit erhalten haben.

Zu den, ich möchte sagen „depossedierten" Problemen gehört
bis auf weiteres auch das europäisch-orientalische, so weit es
nicht in den Bereich der oben skizzierten englischen Aktionssphäre
fällt. Die wechselnden Nachrichten von der Reformarbeit in Maze-
donien, von der Rivalität zwischen Exarchisten und Patriarchisten,
Bulgaren und Serben, Griechen und Slaven, und endlich von den
Schwierigkeiten, welche alle Teile der Türkei bereiten, werden wohl
nur noch von den Spezialreferenten der auswärtigen Ämter mit
gleichmäßiger Aufmerksamkeit verfolgt. Der russische Botschafter in
Konstantinopel hat neuerdings einen recht optimistisch gehaltenen
Überblick über die Ergebnisse der Reformarbeit veröffentlicht, und
wir glauben daraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß Österreich
Ungarn und Rußland nach wie vor auf der Basis des Programms
von Mürzsteg Hand in Hand gehen, was gewiß für beide Teile das
beste ist. Daß man in Serbien es möglich gefunden hat, einen
Hauptmann Nikolitch zu verhaften, weil er sich über die Ermordung

des Königs Alexander und der Königin Draga „abfällig äußerte“ und diese Verhaftung noch jetzt aufrecht erhält, beweist wohl nur, auf wie schlüpfrigem Boden die neue Dynastie steht. Sie kann allezeit auf dem blutigen Parkett ausgleiten und fallen, und trotz aller Freundschaft könnte es dann geschehen, daß die rollende Krone dann von dem benachbarten Bulgarien aufgehoben wird. Denn daß die Führung der Balkanslaven einmal den Bulgaren als den kräftigsten und rücksichtslosesten zufallen dürfte, gehört zu den Zukunftsvisionen, die jedem vorschweben, der Gelegenheit gefunden hat, in die Realität dieser Entwickelungen Einblick zu gewinnen.

Endlich sei, um diese Probleme zweiten Ranges zu erledigen, auch der Parteikämpfe in Ungarn wie in Österreich gedacht, die sich in ewigem Zirkel, stets gleich resultatlos bewegen. Wir stehen außerhalb und können, schon um die ohnehin bedrängten deutschen Elemente in Ungarn und Böhmen nicht einem noch weiter gesteigerten Fanatismus auszusetzen, nicht einmal raten. Helfen können sie sich nur selbst, indem sie sich fest um den Monarchen scharen und ihm eine Stütze geben, die er jetzt an ihnen nicht findet. Jede andere Politik führt zur Zersplitterung der eigenen Kräfte und zur Stärkung der nationalen Gegner. Es ließe sich viel darüber sagen, aber wir sehen nicht unsere Aufgabe darin, die Blöße unserer österreichischen Stammesbrüder aufzudecken.

Bevor wir von diesen Dingen auf das Hauptthema unserer heutigen Betrachtung, den Reflex des russisch-japanischen Krieges, übergehen, sei noch des Dementi gedacht, das die „Russische Telegraphenagentur“ unserer Mitteilung über die Annahme der vom Präsidenten Roosevelt vorgeschlagenen neuen Friedenskonferenz entgegengesetzt hat. Unsere Quelle war das „Journal des Débats“ vom 13. November 1904. Dieses Blatt bringt das folgende Telegramm: St. Pétersbourg, le 12 novembre. Le comte Lamsdorff, ministre des affaires étrangères, vient d'informer officiellement M. Cormick ambassadeur des Etats-Unis à St. Pétersbourg, que le gouvernement impérial russe accepte en principe et avec empressement l'initiative généreuse du President Roosevelt concernant la convocation d'une nouvelle conférence de la paix.

Cette dernière, ne devant en aucune façon influencer la marche des évènements en Extrême Orient, on croit dans les

cercles diplomatiques que la convocation de cette conférence pourra avoir lieu au mois de juillet 1905, à la Haye. Es schließt sich daran die Aufzählung der für diese Konferenz bestimmten Persönlichkeiten und das Ganze ist unterzeichnet „Agence russe".

Diese russische Agentur haben wir nun für die „Russische Telegraphenagentur" gehalten, weil wir nicht wußten, daß ganz neuerdings unter diesem Namen ein Herr Aktim Efront eine neue Telegraphenagentur gegründet hat, die im Rufe steht, gelegentlich von der russischen Botschaft in Paris mit Nachrichten versorgt zu werden. Damit ist diese Angelegenheit um so mehr für uns erledigt, als sich jetzt herausstellt, daß bis zur Stunde Rußland und Japan die beiden einzigen Mächte sind, welche dem Rooseveltschen Antrage nicht zugestimmt haben. Wir wollen aber hoffen, daß die „Agence russe" mit der Mutmaßung ihrer diplomatischen Kreise recht behält und wir im Juli nächsten Jahres in der Tat Japan und Rußland auf einem Friedenskongreß nebeneinander sehen, gemeinsam bemüht, nach den Erfahrungen, die sie so teuer erkauft haben, das Kriegsrecht im Sinne weiterer Humanisierung auszubauen.

Eine Entscheidung auf beiden Kriegsschauplätzen ist noch nicht erfolgt. Am Schaho stehen die Armeen einander gegenüber, jede des Angriffs gewärtig und in der Erwartung, daß ein Vorpostengefecht sich leicht zu einer Entscheidungsschlacht auswachsen könnte. Aber immer wieder ist es bei Einleitungsscharmützeln geblieben, auf welche eine Stille folgte, die nie zu wirklicher Ruhe werden konnte. Von den Feldherren ist, wenn die russischen und chinesischen Nachrichten nicht trügen, der tapfere Kuroki zu Grabe getragen worden, während russischerseits Alexejew nunmehr endgültig das Oberkommando an Kuropatkin abgegeben hat. Man hat ihm seine Stellung als Statthalter des fernen Ostens nicht genommen, aber seine Ernennung zum Mitglied des Reichsrates und des Ministerkomitees könnte doch den Übergang zu anderen Funktionen, vielleicht auch zum Verschwinden von der politischen Schaubühne sein. Denn, ob mit Recht oder mit Unrecht, der Mann gehört gewiß zu den meistverhaßten Persönlichkeiten im heutigen Rußland, und das sagt nicht wenig.

Vor Port Arthur ist nach den furchtbaren Kämpfen, die vom 26. Oktober bis 2. November dauerten und dann eine Pause nicht

der Ermattung, sondern neuer Vorbereitungen zur Folge hatten, der Ansturm der Japaner wieder erneuert worden. Bis heute (Montag) noch ohne Entscheidung, ein Kampf auf Leben und Tod, in welchem die Sympathien aller derer, die einem Häuflein Helden die Rettung vor überwältigender Übermacht wünschen, auf seiten Rußlands und seiner todesmutigen Gefährten sein werden. Es ist aber leider kaum noch zu hoffen, daß die baltische Flotte einen rechtzeitigen Entsatz bringen kann. Sie hat einen weiten und gefährlichen Weg und einen im Seekriege sieggewohnten Feind, während die zahlreichen Havarien, unter denen das sogenannte „baltische Geschwader" zu leiden hat, nicht gerade übermäßiges Vertrauen zu den russischen Schiffen und zu der Erfahrung ihrer Mannschaften erwecken. Doch wie dem auch sein mag, es ist eine Entscheidung von ungeheurer Tragweite, die sich vorbereitet und deren nächste Ergebnisse vor Ablauf dieses Jahres uns klar vor Augen liegen werden.

Blickt man jedoch in das europäische Rußland hinein, so hat man den Eindruck, als ob alles, was nicht direkt mit der Organisation des Krieges zu tun hat, oder genötigt ist — und wie ungern läßt man sich nötigen? — selbst in den fernen Osten zu ziehen, geflissentlich die Augen von diesen Dingen abwendet. Zurzeit beherrscht nur ein Gedanke alles: kommt die Reform, oder werden all die Anläufe, wie früher so häufig, in nichts verpuffen oder gar, wie nach 1881, in eine neue Periode der Reaktion ausmünden? Wir haben schon jetzt den Eindruck, als ob Fürst Swjätopolk-Mirski die Geister nicht mehr bändigen kann, die er gerufen hat. Die Presse beugt sich zwar noch vor ausdrücklichen Verboten und redet, um ein Beispiel anzuführen, mit keiner Silbe von jener in Petersburg tagenden Versammlung der Semstwovertreter, von deren Resolutionen unsere Zeitungen reden, als seien es Beschlüsse, denen irgend welche die Regierung bindende Bedeutung zukäme. Sie haben aber nicht einmal die Tragweite eines von Vertrauenspersonen erteilten beachtungswerten Rats. Vielmehr sind jene Präsidenten der Semstwos nebst den hinzugezogenen Delegierten, eine ganz private Versammlung, der man gestattet hat, in Petersburg, in einem Privathause, über die Landesinteressen hinter verschlossenen Türen zu beraten. Wir haben gar keinen Anhalt dafür, wie ihr Programm zustande gekommen ist, noch in welcher Form es der Regierung zur Kenntnis

gekommen ist. Wie es scheint durch eine private Mitteilung an den neuen Minister des Innern, der wohl auch nur privatim über die gefaßten Resolutionen sich unterrichten wird. Mit der Notabelnversammlung von 1787 darf jener Kongreß durchaus nicht verglichen werden. Trotzdem aber läßt er sich als ein Ereignis von allergrößter Tragweite bezeichnen. Noch vor einem halben Jahre wäre eine solche Versammlung als staatsgefährlich aufgelöst worden, und die Teilnehmer hatte man in alle vier Himmelsgegenden verstreut. Denn darüber kann keine Täuschung mehr sein: Was jene Petersburger Versammlung will, ist keine Erweiterung der Kompetenzen der Semstwo, darüber ist man längst hinaus. Die Semstwo ist nur eine Vertretung des Grundbesitzes, und zwar mit Ausschluß des gesamten Bauernstandes: was man wünscht, fast könnte man sagen, fordert, ist aber eine allständige Vertretung zur Teilnahme nicht nur an der lokalen Selbstverwaltung, sondern an der Reichsregierung. Man verlangt zweitens eine russische Magna charta, etwa wie der Kaiser Alexander I. sie zu Anfang seiner Regierung in den Flitterwochen des Enthusiasmus, die seiner Thronbesteigung folgten, zu verleihen beabsichtigte. Nur daß heute alle die modernen Schlagworte hinzugetreten sind, die inzwischen das politische Leben Westeuropas erst theoretisch begründet und dann verwirklicht hat. Man verlangt es mit Leidenschaft, in Wort und Schrift, in den erst handschriftlich umlaufenden und dann veröffentlichten politischen Liedern, in versteckten Anspielungen und schließlich mit nicht mehr mißzuverstehender Deutlichkeit. Wir haben uns eine umfangreiche Sammlung solcher Äußerungen angelegt. Zur Probe mag eine kurze Stelle aus dem „Volkswirt“ dienen, welche in der „Petersburger Wjedomosti“ reproduziert wird:

„Es gibt Augenblicke im Leben jedes Menschen und jeden Landes, da alle Gedanken und alle Hoffnungen sich auf ein „Ja“ oder „Nein“ konzentrieren, und in ihnen das ganze fernere Lebensschicksal ruht. In solchem Moment fließt alles Leid der Vergangenheit wie zu einem Nebelfleck zusammen, und es erhebt sich aus ihm ein Schrei, der gleichsam den konkreten Charakter verloren hat. Das ist der psychologische Zustand der Bewohner Rußlands in dem gegenwärtigen historischen Moment. Ein Schrei erleichtert unsere Schmerzen. . . .“ Es ist schwer, mehr Leidenschaft in wenige Zeilen zu legen, und kein

Zweifel, daß die Empfindung nicht erkünstelt ist. Dennoch wird man verstehen, wenn aufrichtigen russischen Patrioten vor der Verwirklichung dieser Hoffnungen und Wünsche graut. Man schaut nach den Menschen aus, in deren Hände die Zukunft Rußlands gelegt werden soll, und wenn man dann den Blick wiederum auf die Presse richtet und auf jene Elemente, die uns seit den Tagen Puschkins bis in die Tolstoische und Gorkische Gegenwart von den besten Köpfen der russischen Literatur vorgeführt worden sind, steigt der Zweifel, ob die Zeit für jene ersehnten Tage des Regiments durch das Volk denn wirklich schon gekommen sein sollte. Auch wir sind der Meinung, daß die unerträglichen Mißstände, welche dieser Krieg zutage gebracht hat, eine Reform dringend notwendig machen. Vor allem aber doch eine Wandlung in der Gesinnung der „Gesellschaft", in deren Namen jetzt jene in Petersburg tagenden Semstwomänner ihre Stimmen erheben. Die „Gesellschaft" aber besteht zu mindestens einem Drittel aus eben jenen Tschinowniks, in deren Verdammung alles einig zu sein scheint. Und diese Tschinowniks sind im Durchschnitt die Bestgebildeten der Nation, ohne daß ihre Bildung und die Freiheit des Wortes, die ihnen ohne Anstand gehört, sie vor den schmutzigen Sünden gegen das 7. Gebot hätte schützen können. Und hinter ihnen jene „lernende" Jugend, die auf Schule und Universität wenig oder nichts gelernt hat, und von der Freiheit, nach der sie ruft, das Wunder erwartet, das aus ihnen tüchtige und nützliche Männer machen soll. Was sollen demgegenüber die wenig zahlreichen ehrlichen und tüchtigen Idealisten bedeuten, die meist seit Jahren von Amt und Würden enthoben, grollend beiseite stehen!

Der Romanschriftsteller Boborykin, nicht der talentvollste, aber einer der sittlich höchststehenden russischen Literatoren, hat jüngst in einem Vortrage, den er im Moskauer Museum hielt, „über die russische Intelligenz" gesprochen. Er wirft ihr vier psychische Krankheiten vor: 1. die Doktrin des Propheten von Jasnaja Poljána, 2. die Predigt vom Bankerott der Wissenschaft, 3. die verschiedenen Formen der ästhetischen Dekadenz und 4. die Leugnung der Moral. Auf solchem Boden sei das Ungeheuer des Landstreichers mit Nietzscheschen Vorstellungen erwachsen. . . . Was habe diese Intelligenz demnach geistiger Speise verschmachtenden Volke zu bieten, wenn nicht Steine statt des Brotes? Es gäbe nur eine Hilfe, wenn das Volk

Hand in Hand gehe mit der wahren Intelligenz, die alles geschaffen habe, was im russischen Leben köstlich sei: Wissen, Solidarität, Pflichtgefühl dem Leidenden und dem Vaterlande gegenüber, religiöse Duldsamkeit, Achtung vor der Arbeit, vor den Errungenschaften der angewandten Wissenschaften, welche der Masse gestatten, sich zur Menschenwürde zu erheben. Die russische Intelligenz sei dieses Namens würdig, sie setze ihre Seele an die Aufklärung des Volkes und sei bereit, für des Volkes materielles Wohl zu kämpfen: sie umfasse alles Beste in Rußland und sei vielleicht niemals würdiger gewesen, die Millionen des Volkes um sich zu scharen, das zum geistigen und sittlichen Licht geführt zu werden verlange!

Wie schön das klingt, und wie trostlos ist es doch, recht betrachtet. Diese wahre Intelligenz steht wie die Millionen, für die sie eintreten will, unter dem Druck der Vergangenheit, die sich nicht abstreifen, und einer Wirklichkeit, die sich nicht wegwünschen läßt. Die radikale Wandlung, die erstrebt wird, ist ohne ungeheuere Erschütterungen nicht zu erreichen, wenn man die Geduld nicht findet, für die Gegenwart zu resignieren, um für die Zukunft zu bauen.

1. Dezember. Die Japaner erobern den 203 Meter Berg vor Port Arthur.
3. Dezember. Unterzeichnung des deutsch-italienischen Handelsvertrages.
2.–5. Dezember. Ministerkrisis in Serbien. Neukonstituierung des Ministeriums Gruitsch.
7. Dezember. Vernichtung der russischen Port Arthur Flotte.

7. Dezember 1904.

Mit einem Gefühl rein menschlicher Genugtuung, der jeder politische Beigeschmack abgeht, haben wir die Nachricht empfangen, daß die englische Regierung die Überführung der Leiche Krügers nach Südwestafrika und ihre Bestattung in heimatlichem Boden erlaubt hat. So wird der alte Held und Dulder den Seinigen zurückgegeben und die Ovationen, die ihn schon in Kapstadt empfangen haben, lassen uns im voraus erkennen, wie tief der Eindruck derjenigen sein wird, die ihn in Prätoria zur letzten Ruhestatt tragen werden. Krüger gehört bereits der Geschichte an, wenn wir gleich lange noch nicht die Geheimgeschichte seines politischen Lebens kennen. Er selbst hat uns nur die äußeren Umrisse gezeichnet, die Akten, soweit sie an die Öffentlichkeit getreten sind, geben ein von der Parteien Haß und Gunst entstelltes Bild, und selbst über die Ziele, die er verfolgte, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Er ruhe in Frieden!

Daß sich auf südafrikanischem Boden auch heute noch nationale und politische Wandlungen vorbereiten, ist eine offenkundige Tatsache, völlig unklar jedoch, welchem Ziele sie zuführen werden. Als sicher kann nur das eine gelten, daß sich schon jetzt die Anglisierung der zähen holländischen Rasse als ein unlösbares Problem bezeichnen läßt, und daß irgend eine Form des Kompromisses sich schließlich zwischen beiden Rassen, der englischen und der holländischen, wird finden müssen. Der große Fehler, den England durch Bewaffnung und Gleichberechtigung der Schwarzen Südafrikas machte, hat sich bisher als das stärkste Hindernis erwiesen, das einer Versöhnung entgegensteht und leider auch bei uns ähnliche Mißgriffe zur Folge

gehabt, an deren Nachwirkung wir schwer genug tragen. In Englisch-Südafrika hat der Ausweg, zu dem man griff, indem die Regierung chinesische Minenarbeiter importierte (es sind jetzt bereits 17078 Mann), keineswegs erfreuliche Resultate herbeigeführt, vielmehr ein neues Element des Haders herangezogen. Auch läßt sich nicht sagen, daß gegenwärtig die Stimmung eine erfreuliche ist. Engländer wie Afrikander klagen, und bisher haben wir noch keine Stimme gehört, die das erlösende Wort gefunden hätte, das allen Teilen plausibel erscheinen könnte. Es ist keine akute, sondern eine langsam um sich greifende Krisis, die sich auf diesem Boden vorbereitet, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, in Zukunft einmal Vereinigte Staaten von Südafrika ins Leben rufen könnte. Im Hinblick auf die Möglichkeit einer derartigen Entwickelung aber ist es unerläßlich, unsere Stellung in Südwestafrika auf unerschütterlichen Fundamenten zu gründen. Und von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, läßt sich die große Anstrengung, die der Aufstand der Eingeborenen uns zur Pflicht gemacht hat, als eine heilsame Saat für die Zukunft bezeichnen.

Mehr als in den letzten Wochen beginnen wieder die besonderen türkischen Angelegenheiten sich in den Vordergrund zu drängen. In der russischen Presse hat die „Nowoje Wremja" die Frage zur Verhandlung gestellt und sie ist nachträglich mehrfach darauf zurückgekommen, ob der Punkt des Pariser Vertrages, durch welchen die Großmächte sich verpflichtet haben, keine Kriegsschiffe durch die Dardanellen zu schicken, auch für Japan, das den Vertrag nicht unterzeichnet habe, verbindlich sei? Sei aber Japan nicht gebunden, so müsse auch Rußland, sobald es eine Vereinbarung mit der Pforte darüber treffe, gleichfalls freie Fahrt durch Bosporus und Dardanellen gewährt werden, ohne daß die anderen Mächte ein Recht hätten, dagegen Einspruch zu erheben. Unzweifelhaft aber liege es ganz in der Hand der Türkei, freiwillig den Vorteilen zu entsagen, welche ihr 1856 in Paris zugestanden seien. Der Schlußsatz des Artikels sagt: „Wir meinen, die Pforte kann jederzeit unseren Schiffen die Durchfahrt durch die Dardanellen gestatten, wenn man versteht, sie zu überzeugen. Dafür aber haben wir bekanntlich eine genügende Zahl talentvoller Diplomaten in Konstantinopel." Es ist aber sehr zweifelhaft, ob diese Ausführungen der „Nowoje Wremja"

einem Winke von oben her ihr Entstehen verdanken. Schon deshalb sollte man es nicht für wahrscheinlich halten, weil Rußland der Flotte des Schwarzen Meeres bedarf, um seinen Einfluß in Konstantinopel aufrechtzuerhalten, seit der Landweg den russischen Truppen durch Rumänien und Bulgarien verlegt ist. Dazu kommt, daß, wenn auch aller Wahrscheinlichkeit nach von keiner der übrigen Mächte gegen eine derartige Rußland von der Türkei gemachte Konzession Einspruch erhoben würde, ein Protest Englands wohl mit Sicherheit zu erwarten wäre. Die „Nowoje Wremja" urteilt entschieden optimistisch, wenn sie schreibt: „Man macht sich hier keinerlei Sorge Englands wegen. Wahrscheinlich würden die Engländer ein großes Geschrei erheben wie 1870, 1885 und jüngst in der Nordseeaffäre, aber sie würden nichts tun. Im äußersten Falle aber könnte man ihnen für ihre Zustimmung irgend ein Tauschobjekt überlassen. Unserer Meinung nach ist vielmehr der „Standard" richtig orientiert, wenn er behauptet, daß jede Anstalt der russischen Flotte, die übrigens scharf bewacht werde, die Dardanellen zu passieren, die Konzentrierung einer anderen (scl. der englischen) Flotte zur Folge haben werde. Aber vielleicht rechnen die Russen auf die Scheu der Engländer vor einem Konflikt, der für Frankreich den casus foederis bedeuten könnte. In Petersburg führt man darauf das Verstummen der englischen Drohungen in der Doggerbankangelegenheit zurück, und die „Nowoje Wremja" sprach noch am 29. November von dem diplomatischen Siege, den Rußland am 24. November „mit Hilfe seines treuen und zuverlässigen Bundesgenossen Frankreich" errungen habe. Steht aber in der Dardanellenfrage Frankreich zu Rußland, dann allerdings könnte auch das Unwahrscheinliche Wirklichkeit werden."

In der Frage der mazedonischen Reformen scheint es nun trotz der zuversichtlichen Haltung des letztveröffentlichten Sinowjewschen Berichts keineswegs so zu gehen, wie man wohl wünschen möchte. Bulgarien hat einen außerordentlichen Kredit von 42 Millionen Francs von der Kammer verlangt und nach einer Debatte bei geschlossenen Türen auch bewilligt erhalten. Der „Standard" berichtet, daß es sich dabei um die Anschaffung neuer Geschütze handle und berechnet, daß, wenn man die Willigung des letzten Jahres hinzunehme, sich in Summa 67 Millionen Francs für Kriegszwecke ergeben, was allerdings für einen Staat wie Bulgarien eine recht

ſtattliche Summe bedeutet. Dazu häufen ſich die Nachrichten von erneuten Bandenkämpfen, und für das nächſte Frühjahr haben die Führer der Komitatſchis wieder eine allgemeine Erhebung angekündigt. Auch der alte Streit zwiſchen Exarchiſten und Patriarchiſten, zwiſchen Slaven und Griechen dauert fort: die Reformen ſcheinen auf unerwünſchte Hinderniſſe zu ſtoßen, ſo daß im Hinblick auf die Summe dieſer ſich ſtets verjüngenden Schwierigkeiten der Gedanke ſich aufdrängt, ob nicht trotz mancher unerfreulichen Erfahrung früherer Jahre gerade jetzt ein Kongreß zur Löſung der europäiſchen Balkannöte am Platze wäre. Der Zeitpunkt ſcheint von zwei Erwägungen heraus nicht ungünſtig zu ſein: einmal, weil zwiſchen Öſterreich und Rußland volles Einvernehmen herrſcht, dann aber, weil die Türkei das größte Intereſſe hat, endlich einen Zuſtand wirklichen Friedens auf ihrem europäiſchen Boden zu gewinnen, um ihre Kraft den immer unbequemer werdenden vorderaſiatiſchen Problemen zuwenden zu können. Die Frage der engliſchen Anſprüche auf das Hinterland von Aden, welches die Eigenſchaft zu beſitzen ſcheint, immer größer zu werden, das Treiben der engliſchen politiſchen Agenten in Koweit, der Bürgerkrieg unter den arabiſchen Häuptlingen, das alles macht Sorgen. Die „Peterburgskija Wjedomosti“ haben darüber unter der Spitzmarke „Ein neues Reich in Zentralarabien“ eine ſehr intereſſante Konſtantinopeler Korreſpondenz gebracht, der wir das Folgende entnehmen: Vor einigen Jahren entſchloß ſich der Sultan, das Haupt der Chanafiten, Ben Raſchid, unter ſeinen Schutz zu nehmen. Der Führer der Wahabiten, Ben Said, eroberte aber die Provinz Kaſhim und im Mai dieſes Jahres ſchlug Ben Said am Euphrat den Ben Raſchid zum zweiten Male und bemächtigte ſich der Städte Oneiſa und El-Bereida. Nun verlangte Ben Raſchid vom Sultan Geld und Mannſchaften zur Fortſetzung des Kampfes, und in der Tat erhielt er einige Tauſend türkiſche Pfunde und zwei Bataillone arabiſcher Mannſchaft. Aber auch dieſe Truppen wurden geſchlagen, Ben Raſchid ward verwundet und floh nach Hail; jetzt aber marſchiert Ben Said durch die Wüſte nach Hail. Dieſe Siege der Wahabiten hätten aber in allen Kreiſen der Türkei große Erregung hervorgerufen, da man die Bildung eines großen Reiches in Mittelarabien fürchte. In Konſtantinopel wirft man den Engländern mit aller Entſchiedenheit vor, daß ſie ſowohl Ben Said wie den Emir von Koweit

unterstützten. Der Sultan habe beschlossen, jetzt energische Maßregeln zu ergreifen und den General Muchlis beauftragt, eine große Expedition gegen die Wahabiten zu führen. Gleichzeitig sei Khamel Pascha, der früher die Redifs in Bassora kommandierte, zum Gouverneur und Oberbefehlshaber von Munlewek, einem gefährlichen Mittelpunkt wahabitischer Agitation, ernannt worden. Die Vorbereitungen zu dieser Kampagne würden sehr sorgfältig geführt, denn eine Niederlage der Türken könnte zu völliger Vernichtung des türkischen Ansehens in Arabien führen.

Wenn nun ein Reutersches Telegramm vom 29. November von Waffenlieferungen berichtet, die auf österreichischen Fahrzeugen nach Yemen und Basra geführt würden, und zugleich die Pforte darauf aufmerksam macht, wie unvorsichtig es wäre, in jetziger Zeit den englischen Forderungen in betreff des Hinterlandes von Aden zu widerstreben, scheint sich daraus ungesucht ein nicht unwichtiger Zusammenhang zu ergeben. Wir möchten damit noch ein in England umlaufendes Gerücht kombinieren, demzufolge die Geschwader von Fölkersam und Roshéstwenski nicht nach Port Arthur gehen, sondern in den Persischen Golf einfahren würden. Das klingt allerdings höchst abenteuerlich und wäre nur denkbar, wenn bis dahin Port Arthur bereits gefallen wäre, aber es beweist wohl, daß man nicht in Rußland allein nervös geworden ist.

In einem sehr instruktiven Artikel von H. W. Wilson in der „National Review" (die übrigens wieder besonders giftig ist und aus Ärger über die Rede des Präsidenten Roosevelt bei der Enthüllung des Friedrich-Denkmals ihn „Roosevelt I." nennt) findet sich eine Karte, welche den Weg des baltischen Geschwaders anzeigt und die Entfernungen unter Berechnung der Geschwindigkeit der russischen Fahrzeuge in Zeit umsetzt. Daraus ergeben sich die folgenden interessanten Termine:

„Die Flotten von Fölkersam und Roshéstwenski können sich bei den Tschagosinseln frühestens am 14. oder 15. Dezember vereinigen, der letzte Termin wäre der 4. Januar. Von dort bis Wladiwostok, das als Endziel angenommen wird, seien 6600 englische Meilen, und das gebe als frühesten und spätesten Termin für das Eintreffen den 10. Januar, event. etwa den 15. Februar. Wilson nimmt an, daß ein Angriff durch die japanische Flotte frühestens in der Höhe von

Formosa erfolgen könne, doch sei es nicht unwahrscheinlich, daß sich die Russen schon früher durch Seeminen bedroht sehen würden, während ihm Angriffe durch Torpedos als unwahrscheinlich gelten.

Der Ausgang des Krieges, so schließt Wilson, hängt an zwei Dingen. Das erste und wichtigste ist die Haltung, welche die Neutralen der formidabelen Flotte Rojhéstwenskis gegenüber einnehmen werden, d. h. ob sie den Russen Kohlen liefern und ihre Häfen öffnen: das zweite, ob es den Japanern gelungen sein wird, die russischen Kriegsschiffe im Hafen von Port Arthur zu zerstören. Tun die Neutralen ihre Pflicht, so ist es höchst zweifelhaft, ob die baltische Flotte den fernen Osten erreicht. Kommen sie nicht hin und sind die Schiffe in Port Arthur zerstört, so wird die baltische Flotte ebenso wahrscheinlich nach Europa zurückkehren und einen Zusammenstoß mit Admiral Togo nicht riskieren. Sollten aber beide Faktoren Japan ungünstig sein, so bedeutet die Annäherung der baltischen Flotte die denkbar größte Gefahr für unseren Alliierten!"

Herr Wilson sagt nicht, was der „Alliierte" in solchem Fall tun wird, und es steht daher jedem frei, sich das Seinige dabei zu denken.

Inzwischen ist Japan durch die Besetzung des 203 Meter-Berges einen gefährlichen Schritt der Bewältigung Port Arthurs näher gekommen und das Wesentliche dieser neuen Stellung liegt wohl darin, daß nunmehr die russische Flotte unter das Feuer der japanischen Geschütze genommen werden kann. Vorläufig ist es aber noch nicht feststehend, ob die japanische Position sich behaupten läßt, da sie sich von anderen russischen Forts bestreichen läßt. Endlich bleibt als letzte Zuflucht die Tigerhalbinsel. Es heißt, daß noch in jüngster Zeit die Festung von englischen Blockadebrechern mit Munition und Proviant versorgt worden sei, und man darf annehmen, daß, was so oft geschehen ist, sich noch wiederholen kann. Furchtbar ernst bleibt die Lage Stössels und der andern tapferen Verteidiger trotz allem. Denn wenn auch Herz und Mut ungebrochen bleiben, schließlich versagen Körper und Nerven. Es sind jetzt acht Monate hingegangen — wie lange kann es noch währen? An den Entsatz durch die Armee Kuropatkins glaubt auch in Rußland niemand mehr, und in betreff der Flotte wird man schwerlich über die Chancen hinauskommen, welche Wilson uns vorgeführt hat.

Über die Reformbewegung in Rußland finden sich neuerdings

eingehende Nachrichten sowohl in dem Struveschen Blatt wie in dem „Courrier Européen". Es ist dies ein Konkurrenzblatt des „Européen", das jeden Freitag erscheint: radikal kosmopolitisch, über russische Angelegenheiten offenbar sehr gut informiert. Wir erfahren daraus, daß der auch in unseren Zeitungen umlaufende Text der Verfassungsresolutionen der Semstwovertreter apokryph ist und ein authentischer Text demnächst veröffentlicht werden wird. Ebenso sei es falsch, daß Kaiser Nikolaus II. versprochen habe, im nächsten Frühjahr die Frage der Berufung einer konstituierenden Versammlung zu prüfen; auch habe er dem Minister keineswegs zugesagt, daß er Preßfreiheit, Gewissensfreiheit, Versammlungsrecht und Gleichberechtigung aller Nationalitäten gewähren wolle. Das sei alles erfunden. Man wolle nur Zeit gewinnen und hoffe auf eine günstige Wendung in der Mandschurei. Nach den ersten Erfolgen der russischen Waffen würden alle diese Gerüchte verstummen. Vorläufig aber breitet die Bewegung für Einführung einer Verfassung sich immer mehr aus. Zu den Semstwovertretern ist die angesehene Genossenschaft der vereidigten Rechtsanwälte getreten, die russischen Journalisten wollen einen Kongreß abhalten, ebenso die Bürgermeister der Städte. Studenten, Arbeiter, Juden regen sich und selbst in den Kasernen hat die Agitation ihre Stätte. Die Sprache der russischen Zeitungen ist nicht wiederzuerkennen. Sprechen sie auch nicht direkt von „Konstitution", so wird das Wort hundertfach umschrieben und der Gesamteindruck ist in der Tat so, wie ihn ein Herr „Nemo" im „Courrier Européen" formuliert: „Der Damm ist durchbrochen, und die Fluten dringen mit Macht ins Land."

Dasselbe Blatt zählt die folgenden revolutionären Gesellschaften auf, die jetzt in Rußland „arbeiten".

1. Russisch-sozialistisch-revolutionäre Partei.
2. Polnisch-sozialistische Partei.
3. Sozialdemokratische Partei in Litauen.
4. Sozialistisch-revolutionäre Föderation von Georgien.
5. Sozial-revolutionäre armenische Föderation.
6. Polnische Nationalliga.
7. Finnländische Partei aktiven Widerstandes.
8. Union Oswoboshdenije (russische demokratische Konstitutionalisten).

Als Programm dieser acht Gruppen, die vor einigen Wochen „in einer großen Stadt Europas" getagt haben, werden folgende drei Forderungen gestellt:

1. Unterdrückung der Autokratie, Rücknahme aller Maßregeln, durch welche die sinnländische Verfassung unterdrückt worden ist.
2. Ersetzung des autokratischen Systems durch ein demokratisches Regime auf Grund des allgemeinen Stimmrechts.
3. Recht der verschiedenen Nationalitäten zu freier Entwickelung und gesetzliche Garantie dieser Rechte. Unterdrückung der Zwangsmaßregeln gegen die verschiedenen Nationalitäten.

Man kann mit voller Bestimmtheit sagen, daß diese drei Punkte im Programm der jetzt auf eine Verfassung hinarbeitenden russischen Liberalen nur eine ganz nebensächliche Bedeutung haben. Viel richtiger kommen diese Wünsche in einer Resolution zum Ausdruck, die am 11. 23. Oktober von den Studenten des Petersburger polytechnischen Instituts angenommen worden ist. Sie spricht „dem neuen Kurs" ihr Mißtrauen aus, verlangt Beseitigung des Krieges und Berufung einer konstituierenden Versammlung auf Grund des Allgemeinen Wahlrechts und fordert die gesamte russische Gesellschaft auf, sich diesen Forderungen anzuschließen.

Von diesen Wünschen wird einer heute allerdings von der „gesamten russischen Gesellschaft" geteilt und das ist der baldige Friede mit Japan.

Aber gewiß steht noch ein heftiger Kampf bevor. Die russische Regierung kann, so wie die Dinge liegen, heute noch keinen Frieden schließen, und zur Bekämpfung der Verfassungsgedanken hat sich unter der Führung von Pobedonoszew die hohe russische Bureaukratie zusammengetan. Als einer der Führer der Großfürst Sergej Alexandrowitsch, die Generalgouverneure Tschertkow in Warschau, Golitzyn im Kaukasus, Klaigels in Kiew, Kutaissow in Irkutsk, um nur die mächtigsten zu nennen. Dagegen ist die große Majorität des Adels liberal gesinnt — die endliche Entscheidung liegt in den Händen des Zaren. Es gibt bisher keine einzige zuverlässige Nachricht darüber, welcher Richtung er sich anzuschließen denkt, und auch keinerlei Anhalt, um über Mutmaßungen hinauszukommen.

8. Dezember. Adresse der Petersburger Advokatenversammlung an den Zaren. Selbstmord Sipjagins.
9. Dezember. Zersprengung der Hauptmacht der Witbois. Eröffnung des finnländischen Landtags.
12. Dezember. Unterzeichnung des Schiedsvertrages zwischen England und den Ver. Staaten.
13. Dezember. Vandalismus der ungarischen Opposition im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses.

14. Dezember 1904.

Im Dezemberheft der „Deutschen Rundschau" hat Friedrich Paulsen einen sehr lesenswerten Artikel: „Deutschland und England" veröffentlicht, der mit aller wünschenswerten Entschiedenheit gegen das frivole Spiel mit der angeblichen Notwendigkeit eines deutsch-englischen Krieges auftritt. Wir haben diesen Artikel auch in einer Wiener Korrespondenz der „Times" inhaltlich wiedergegeben gefunden, aber mit der Einschränkung, daß die Stimme von Paulsen eine Ausnahme darstelle in dem mißtönenden Chor der zum Kriege drängenden öffentlichen Meinung Deutschlands. Nun vertrat die Wiener Korrespondenz der „Times" bis vor kurzem dieselbe Tendenz wie Mr. Saunders, der Berliner Korrespondent des Cityblattes, dem der Staatssekretär v. Richthofen im Juni 1902 ins Gesicht sagte: „Niemand hat mehr zur Vergiftung der öffentlichen Meinung in England gegen Deutschland beigetragen als Sie!" Seit diese Äußerung fiel, sind anderthalb Jahre ins Land gegangen und seither ist die gegen uns gerichtete englische Preßkampagne noch gehässiger und noch weniger gewissenhaft in der Auswahl ihrer Mittel geworden. Von welchem Gewicht aber dieses stete Wühlen geworden ist, das zeigt wohl am besten die Tatsache, daß der Reichskanzler es für notwendig befunden hat, in kurzen Zwischenräumen dreimal vor der Öffentlichkeit mit der Autorität seiner Sachkenntnis und seiner Stellung gegen diese Preßtreibereien aufzutreten.

Obgleich wir das Thema jener Agitation, die, von England ausgehend, auf die Herbeiführung eines Krieges zwischen Deutsch-

land und England hinarbeitet, schon mehr als einmal traktiert haben scheint es uns doch nützlich, einmal die Genesis und den Verlauf dieser Bestrebungen in ihrem geschichtlichen Zusammenhange zu beleuchten.

Einer besonderen Freundschaft haben wir uns ja von englischer Seite nie zu erfreuen gehabt. Schon 1855, als der Krimkrieg, für das englische Interesse viel zu früh, sich seinem Abschluß zuneigte, tauchte der Plan auf, die englische Flotte in die preußischen Häfen zu schicken, um uns dadurch zum Anschluß an die englisch-französisch-italienische Allianz gegen Rußland zu nötigen. Die Kriegsmüdigkeit Frankreichs und die Abneigung der Königin Viktoria machten damals die Ausführung des Planes unmöglich, vielleicht auch der Zweifel, ob Preußen wirklich so tief gesunken sei, um sich einem solchen Zwange zu beugen. Während des dänischen Feldzuges überwog in England die gleiche Stimmung, und die ganze diplomatische Überlegenheit Bismarcks gehörte dazu, den drohenden Sturm in unschädliche Fernen abzuleiten.

Die Jahre 1866 und 1870 brachten dann eine Art Windstille. Das entstehende und darauf Wirklichkeit gewordene Deutsche Reich schien so ganz an die Probleme des Kontinents gebunden, daß auch die bescheidenen Anfänge unserer Flotte nicht beunruhigten, und als unsere Kolonialpolitik anging, hatte man die Genugtuung, daß wir doch nur okkupiert hatten, was England als zu geringwertig hatte liegen lassen. Den einzigen Punkt von größerer Bedeutung, Sansibar, wußte man in den Tagen Caprivis einzuhandeln und dabei ein vorzügliches Geschäft zu machen. Es kann beinahe als ein Zufall bezeichnet werden, daß nicht auch Südwestafrika in dieselbe Tasche gefallen ist. Aber von dieser letzteren Gefahr wußten nur wenige, und Sansibar wurde verschmerzt. Bis 1896 konnten die deutsch-englischen Beziehungen immerhin, wenn auch nicht als besonders herzlich, so doch als normal und korrekt bezeichnet werden. Dann aber änderten sich diese Beziehungen.

Der ungeheure Aufschwung, den nach einer Periode böser Krisis der auswärtige Handel Deutschlands und die Entwickelung unserer Industrie nahm, rief Beunruhigung hervor. Es erschien das Wilsonsche Buch mit dem schnell zum Schlagwort gewordenen Titel „Made in Germany", das eine Art Boykottierung deutscher Waren

in England herbeiführen wollte, aber zur Reklame wurde, die unserer Industrie den allergrößten Vorteil brachte. Sie ging fortan unter eigenem Namen, während sie bis dahin, gerade in ihren hervorragendsten Leistungen, als englisches Produkt gegolten hatte, und zum Teil sogar mit englischem Stempel und unter englischer Firma umlief.

Um diese Zeit, Januar 1896, schickte Kaiser Wilhelm dem Präsidenten Krüger jenes Telegramm, in welchem er ihm Glück dazu wünschte, daß der Jamesonsche Einfall in Transvaal gescheitert war. Ist es nun nicht zweifelhaft, daß diese Tatsache die ungeheuerste Erregung in Englond hervorrief, so steht ebenso fest, daß England schließlich nicht anders konnte, als Jameson zu desavouieren. Englische Richter haben ihm das Urteil gesprochen, und wenn man ihn schließlich vor der Zeit freigab und wir ihn heute als ersten Minister an der Spitze der Kapkolonie sehen, so ändert das nichts an der Tatsache, daß sein räuberischer Friedensbruch sich weder politisch noch moralisch rechtfertigen ließ und daß nicht nur die gesamte nichtenglische Welt dachte wie Kaiser Wilhelm, sondern, daß auch in England selbst eine lange Reihe angesehener Persönlichkeiten einig darin war, ihn rückhaltlos zu verurteilen. Seit die Akten des Prozesses veröffentlicht sind, kann über die Schuld Jamesons kein Zweifel unter Leuten bestehen, die an der Vorstellung festhalten, daß der einzelne Bürger unter keinen Umständen für sich jene „Herrenmoral" in politischen Fragen beanspruchen kann, von welchem der Staat als politische Einheit mitunter Gebrauch zu machen genötigt ist. Kurz, wir meinen, daß die Entrüstung über das Telegramm Kaiser Wilhelms sich nur als eine moralische Verirrung der öffentlichen Meinung Englands bezeichnen läßt, die in jenen Tagen der Erregung erklärt, aber nicht entschuldigt werden konnte, daß es aber wahrhaft ungeheuerlich ist, wenn man uns heute bei Abwägung der deutsch-englischen Beziehungen jenes Telegramm auf ein Schuldkonto setzen will.

Ein Schuldkonto uns gegenüber bedeuten aber die groben Ausfälle Mr. Austins, des Hofpoeten, und Rudyard Kiplings, sowie das unqualifizierbare Verhalten der Royal Dragoons ihrem Chef Kaiser Wilhelm gegenüber. Dergleichen ist weder in unserer ernst zu nehmenden Literatur, noch auch in unseren militärischen Kreisen je

vorgekommen, und hat allerdings in Deutschland einen sehr bösen Eindruck gemacht, und, wie zu geschehen pflegt, blieben die englischen Herausforderungen nicht unbeantwortet. Aber was in Schrift und Bild in Anlaß der Jamesonaffäre vorgebracht wurde, hat sich auf beiden Seiten wohl das Gleichgewicht gehalten. Dann kam der Burenkrieg.

Wir glauben nicht, daß es heute in England einen Politiker gibt, der diesen Krieg nicht für einen Fehler hielte. Daß er von langer Hand geplant war, haben uns die Engländer selbst erzählt. Man lese das lehrreiche Buch von Statham, um sich davon zu überzeugen. Vor 1896 lagen die Verhältnisse so, daß der schließliche Anschluß der beiden Burenstaaten an England und die allmähliche Anglisierung der Bevölkerung nur eine Frage der Zeit war. Es bereitete sich eine schmerzlose und allmähliche Umschmelzung der Nationalitäten vor, wie wir sie alle Tage auf dem Boden der Vereinigten Staaten und in englischen Kolonien sich vollziehen sehen. Erst die Erkenntnis, daß eine gewaltsame Annektierung beabsichtigt sei, rief den nationalen Gegensatz hervor und jene militärischen Vorbereitungen des Präsidenten Krüger, welche für Englands Stellung in Südafrika allerdings eine Gefahr bedeuteten. Die Burenfrage wuchs zu einem Problem für die Weltstellung Englands aus und wurde damit zu einer Machtfrage. So kam es zum Kriege, und die 32 Monate, die zwischen Beginn und Friedensschluß lagen, zeigten der Welt das überall und stets aufregende Bild einer mit Heldenmut um Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit ringenden nationalen Minorität. Ihr gegenüber eine Großmacht, die von vornherein in der Lage war, dem Gegner jede Verbindung mit der Außenwelt abzuschneiden, und der zur Bewältigung des Gegners nicht nur die eigenen Machtmittel, sondern auch die eines unermeßlichen Kolonialreiches zur Seite standen. In Reih und Glied mit den Truppen des Mutterlandes haben Australier, Neuseeländer, Kanadier und Inder gefochten. Daß der Sieg — aber nach welchen Opfern an Menschen und Material — schließlich den Engländern zufallen müsse, lag auf der Hand und ist vielleicht an keiner Stelle unzweideutiger ausgesprochen worden als in diesen Wochenbetrachtungen. Aber die Meinung ist keineswegs überall so gerichtet gewesen. Zu Ende des Jahres 1899 konnte ein so geistvoller und scharfblickender Mann wie

Charles Malo, der militärische Gewährsmann des „Journal des Débats“, noch schreiben: „Die Machtmittel des Imperialismus entsprechen ebensowenig seinem Heißhunger, wie seine Verteidigungsmittel auf der Höhe der Zeit stehen. Großbritannien ist nur eine große militärische Ohnmacht, ein schwankendes Rohr aus Similibronze, ein Koloß mit Nickelfüßen.“ Und ähnliche Stimmen waren überall zu hören: in Wort und Bild zeigte sich die Sympathie für die Schwächeren, und daß dabei den Engländern nicht mit gerechtem Maß gemessen wurde, ist ebenso unzweifelhaft. Wollten wir hier wiederholen, wie wir es jederzeit tun könnten, was damals in Frankreich und Rußland geschrieben worden ist, so würde sich zeigen, daß auch die schärfsten Angriffe, die aus den Kreisen der deutschen Öffentlichkeit hervorgingen, bei weitem übertrumpft worden sind. Deutschland aber stand zudem unter dem schweren Eindruck der Samoaaffäre, die darauf angelegt war, uns eine ähnliche Demütigung aufzunötigen, wie die Franzosen sie bei Faschoda hatten hinnehmen müssen. Daß in dieser Preßpolemik auch Roheiten mit unterlaufen sind, bestreiten wir keineswegs und bedauern es lebhaft. Aber ein Volk besteht nicht aus lauter Gentlemen, nicht einmal das Völkchen der Journalisten, und vielleicht erinnert man sich in England noch, daß die erbittertsten Gegner der Transvaalpolitik Englands Engländer waren, diejenigen englischen Patrioten, die man mit dem Namen „Proboers“ stigmatisierte und die wir über kurz oder lang als die Vertreter des offiziellen England an der Spitze der Geschäfte finden werden.

Damit, so will uns scheinen, sind alle diejenigen Argumente, die sich aus der Haltung der öffentlichen Meinung Deutschlands zur Erklärung der heutigen Feindseligkeit Englands gegen uns schöpfen lassen, hinreichend ad absurdum geführt. Was aber die Haltung unserer Regierung betrifft, so ist sie von Anfang bis zu Ende die einer korrekten Neutralität gewesen, während England mit der Beschlagnahme des „Bundesrat“, des „General“ und des „Herzog“ Mißgriffe beging, die es später selbst rückgängig machen mußte.

So gingen jene Kriegsjahre hin und der Bodensatz von Verstimmung, den sie zurückließen, ist dann von einem Konsortium von Journalisten zu einem Feldzug ausgenutzt worden, der dahin zielte, Deutschland in eine Lage zu bringen, die es England möglich machen

sollte, mit der deutschen Rivalität, wo immer sie sich zeigen mochte, in der werdenden Kriegsflotte, in der alle Konkurrenz schlagenden Flotte der beiden Hansestädte, in der deutschen Industrie usw. recht gründlich aufzuräumen. Das Signal gab eine Schrift von Sir Rowland Blennerhasset: England and Russia (1901), die den Versuch machte, den alten Haß, der damals noch in der Presse vorherrschenden slavophilen Partei Rußlands mit diesen Plänen seiner Gesinnungsgenossen zu kombinieren. Dann folgten in „Fortnightly" und „National Review" Angriffe, welche speziell der deutschen Flotte galten und die Absicht, diese Flotte im Keime zu ersticken durch die groteske Behauptung verkleideten, daß Deutschland sich mit der Absicht trage, über England herzufallen. An dieses Werben um die Freundschaft Rußlands schloß sich das Bemühen, die Bundesgenossenschaft der Vereinigten Staaten gegen uns zu gewinnen, und endlich ließ sich Chamberlain die Hilfe all dieser deutschfeindlichen Elemente, an deren Spitze nunmehr die „Times" stand, gefallen, um für seinen fiskalischen Imperialismus eine Majorität im Parlament, und als diese nicht zu erlangen war, gegen das Parlament im Volke zu finden.

Die Ironie der Wirklichkeit hat nun freilich gewollt, daß die beiden einzigen Kriege, welche (wenn wir von unseren heutigen Kämpfen in Südwestafrika absehen) Deutschland seit 1870 geführt hat, Schulter an Schulter mit englischen Truppen und Seite an Seite mit englischen Kriegsschiffen ausgefochten wurden. So geschah es zur Zeit des chinesischen Feldzuges und als es galt, Venezuela zur Vernunft zu bringen. Wer sollte aber die Wutausfälle vergessen haben, welche die venezolanische Aktion gegen uns — und das Ministerium Balfour entfesselte? Es war, als sei ein Verrat am Vaterlande begangen worden.

Diese Situation ist es nun gewesen, in welche Herr Delcassé eingriff. Er hatte die Empfindung, daß England sich dem französischen Revanchegedanken leichter zu Dienst stellen werde als Rußland, das seinen Schwerpunkt immer mehr nach Osten verlegte. Und so begann eine mit großem Geschick geführte Kampagne, die, ohne offenen Bruch mit der Idee der alliance franco-russe, Frankreich fast unmerklich aus dem russischen in das englische Lager hinüberführen sollte. Diese Dinge liegen noch so nahe hinter uns, daß es

überflüssig scheint, sie hier zu wiederholen. Die zwei letzten Jahrgänge unserer Wochenübersichten haben die verschiedenen Stadien dieser Aktion sorgfältig verfolgt und wir warten heute nur noch auf den Augenblick, da die letzten Kulissen fallen und die alliance anglo-française endgültig an die Stelle der abgegriffenen und zur Phrase für besondere Gelegenheiten gewordenen russisch-französischen Allianz tritt.

Was wird dann die Folge sein, der Schluß, der aus der Verwirklichung des so zäh und so unbedenklich verfolgten Zieles gezogen wird?

Wir hoffen, daß die Folge Ernüchterung und das Einlenken in eine Politik sein wird, die den ruchlosen Plänen jener Hetzer entsagt. Denn wir sind allerdings der Meinung, daß eine ernste Gefahr für den Weltfrieden entsteht, wenn auf diesen Wegen weiter gegangen wird. Wir glauben erwiesen zu haben, daß zwischen uns und England nichts liegt, was den Glauben an die Notwendigkeit eines Bruches zwischen beiden Mächten rechtfertigen könnte. Wenn ein Schuldkonto aus Worten, die hüben und drüben gefallen sind, aufgestellt werden sollte, ist unser Anspruch auf Genugtuung der größere. Aber wir glauben nicht an die Möglichkeit solcher Abrechnungen und kennen auch keinen Fall im gesamten Verlauf der Geschichte, da um „Druckerschwärze auf Papier" ein Krieg geführt worden wäre. Bedenklich ist nur die Suggestion einer eingebildeten Gefahr, wobei es uns wie eine Lächerlichkeit erscheint, wenn die dreifach überlegene englische Flotte um einen deutschen Angriff sorgt und das englische Volk sich einreden läßt, wie neulich die „Army and Navy Gazette" getan, daß es über uns herfallen müsse, um sich selber die Zukunft zu sichern. Die Welt ist groß genug für England und für uns; Frankreich mit Kolonien so übersättigt, daß es bald nicht mehr Menschen genug haben wird, um die Polizeimannschaften zu stellen, die dieses ungeheure Gebiet bewachen und die Arme, die es exploitieren sollen. Dieser französische „Heißhunger", um mit Charles Malo zu reden, ist fast noch größer als der englische. Die englisch-französische Kombination, und diese würden wir unter allen Umständen im Falle eines Konfliktes als ein Ganzes betrachten, hätte also von uns nichts zu gewinnen. Gilt es aber, der deutschen Handelskonkurrenz ein für alle Male die Spitze abzubrechen, indem man Deutschland unfähig machen will, seine Kauffahrer zu schützen, und ist demnach Handelsneid der geheime Grund

der geplanten Aktion, so ist, da die materielle und politische Existenz Deutschlands daran hängt, daß ihm diese Lebensadern nicht unterbunden werden, von unseren Gegnern damit zu rechnen, daß wir einen Kampf ums Dasein führen werden, in welchem die ganze Nation zusammensteht wie ein Mann. Darüber kann kein Zweifel sein. Auch steht in einem solchen Kampf eine Macht wie Deutschland nicht allein. Es würde ein Krieg werden, der die Welt umfaßt, und auf wessen Seite dann der schließliche Vorteil sein wird, kann mit Bestimmtheit niemand vorhersagen. Wir meinen, die Frage ist so ernst für alle, die direkt oder indirekt dabei in betracht kommen, daß es wohl die Pflicht der besonnenen Parteien bei uns wie bei jenen ist, sich mit Ernst jenem verhetzenden Treiben entgegenzustemmen.

Wir glauben an das schöne Wort Roosevelts: „Das Gedeihen einer Nation ist für die anderen keine Bedrohung, sondern eine Hoffnung!" Wenn dieser Gedanke zur Überzeugung der führenden Köpfe unserer großen Kulturvölker geworden sein wird, muß er auch zur Richtschnur ihrer politischen Haltung werden. Aber wir fürchten, bis dahin ist es noch weit, und vorläufig haben wir mit einer ganz anders gearteten, künstlich aufgebauten politischen Wirklichkeit zu rechnen.

Deutschland und England sind nach ihrer geistigen und politischen Entwickelung gewiß nicht bestimmt, Feinde zu sein. Auch wüßten wir nicht, welche Nationen, wo die einzelnen in persönlichen Verkehr zueinander treten, sich gegenseitig mehr anziehen. Es ist oft darauf hingewiesen worden, daß Goethe seine besten Interpreten in England, Shakespeare in Deutschland gefunden hat, daß Carlyles Lieblingsheld Friedrich der Große war und niemand Cromwell besser verstanden hat als Ranke. Die großen Naturforscher beider Länder haben die neue Epoche begründet, auf welcher die Eigenart der heutigen Kultur ruht und endlich haben die idealen Bestrebungen zur Humanisierung der Welt nirgends lauteren Widerhall gefunden als von England nach Deutschland und von Deutschland nach England hinein. Und dann drängt sich zwischen beide der häßlichste aller Dämonen, der Neid. Schon schwingt er die Fackel, des Nachbarn Haus zu entzünden, und will nicht sehen, daß ihm der Wind die Flammen in das eigene Dach tragen kann.

16. Dezember. Unterzeichnung des französisch-schweizerischen Schiedsvertrages.
18. Dezember. Unruhen in Moskau.
19. Dezember. Ein Teil der japanischen Flotte dampft nach Singapore ab. Vertagung des ungarischen Abgeordnetenhauses.
20. Dezember. Die Japaner nehmen das Fort Tungkitwonschau. Der Sultan von Marokko verlangt, daß die Gesandten von Frankreich, England und Italien ihre Militärattachés entlassen.

21. Dezember 1904.

Wir haben an dieser Stelle lange nicht der Verhältnisse gedacht, die sich in der benachbarten und befreundeten habsburgischen Monarchie abspielen. Die Ursache war, daß die innere Politik des Staates sich höchst unerquicklich, einerseits im falschen Zirkel des Nationalitätenhaders bewegt, andererseits das gleich wenig erfreuliche Schauspiel einer Selbstzersetzung des Parlamentarismus zeigt, die, wenn nicht rechtzeitig eine starke Hand eingreift, in ein politisches Chaos ausmünden muß. Die würdelosen Szenen, die sich jüngst im ungarischen Parlament abgespielt haben, sind nur graduell, nicht ihrem Wesen nach verschieden von ähnlichen Erscheinungen auf österreichischem Boden, ja sie lassen sich, wenn wir eine ernste Prüfung vornehmen, im parlamentarischen Leben fast aller europäischen Staaten in mehr oder minder entwickelten Keimen wiedererkennen. Und von diesem Standpunkte aus gewinnt, was sich in Österreich-Ungarn ereignen durfte, doch ein allgemeines Interesse. Die Frage läßt sich prinzipiell so fassen, ob die Form mehr Bedeutung beanspruchen darf als das Wesen, oder anders gefaßt, ob die Kautelen, durch welche man den Minderheiten das Recht sichern wollte, ihre Meinung frei zu äußern, benutzt werden dürfen, um eine Tyrannei der Minheit zu begründen. Denn das ist doch der Gedanke, der dem System der parlamentarischen Obstruktion zugrunde liegt. Es ist die Rückkehr zum prähistorischen System der Einstimmigkeit bei Volksbeschlüssen, wie es sich ja noch heute beim Mir, der russischen Dorfgemeinde konserviert hat. Nur daß dort die Einstimmigkeit, wenn sie nicht anders

zustande kommen will, von den stärkeren Fäusten der Majorität erzwungen wird. Im alten Nowgorod schlugen Majorität und Minorität ihre Schlachten auf der Wolchowbrücke, und wer schließlich bei seinem Einzelwillen bleiben wollte, mußte dafür in den Fluten des Stromes büßen. Im Abendlande ist, wo sich parlamentarische Formen ausbildeten, ursprünglich das Recht des einzelnen, durch seinen Widerspruch einen Beschluß zu verhindern, ebenfalls im Prinzip anerkannt worden. Aber politischer Verstand und politische Schulung halfen über den Widersinn hinweg, der in der praktischen Betätigung einer Theorie liegt, die noch 1851 in England als zu Recht bestehend anerkannt worden ist. Seither aber haben die weiten Befugnisse, welche die Geschäftsordnung des englischen Unterhauses in die Hände des Sprechers legt, den Mißbrauch so gut wie unmöglich gemacht. Zu voller Entwickelung und zu andauernder praktischer Geltung ist die Theorie nur in Polen gelangt. Das „liberum veto", wie es der unsterbliche Abgeordnete Sicinski 1652 zum erstenmale anwandte, um einen Reichstag zu „zerreißen", aber hat mehr als alles übrige dazu beigetragen, den Untergang Polens herbeizuführen. Es öffnete, bei der immer vorhandenen Käuflichkeit der polnischen Volksvertreter, den Einflüssen der fremden Mächte Tor und Tür, zerstörte die Wehrkraft der Nation, machte alle Anläufe zu Reformen zunichte, begründete nationale und religiöse Intoleranz und untergrub im Fundament jedes Rechtsgefühl. Und nicht die Bestechenden, sondern die Bestochenen trifft dabei die historische Schuld.

Wir meinen aber, daß das, was sich jetzt auf ungarischem Boden vollzieht, wenn die Männer der Obstruktion triumphieren sollten, ganz direkt zum „liberum veto" führen muß. Es ist die logische Konsequenz dieser Art Parlamentarismus, und man kann nur die Verblendung bedauern, mit der ein Mann wie Graf Andrassy sich ihm zu Dienst stellt. Daß die Kossuth, Ugron und Rakowski sich zu diesen Totengräberdiensten hergeben, kann ja nicht wunder nehmen. Der Führer der Unabhängigkeitspartei steht unter dem Bann eines Ideals, dessen Verwirklichung unserer festen Überzeugung nach das Ende der historischen Bedeutung Ungarns in sich schließt, die Herren Ugron und Rakowski aber sind in der politischen Welt längst als rein destruktive Elemente bekannt. Dazu kommen noch Baron Banffy und Graf Apponyi, der eine früherer Minister und Heißsporn des

allerunduldsamsten Magyarentums, der andere von 1901 bis 1903 Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, der Totengräber des Ministeriums Szell, beides Ehrgeizige, die mehr der aura popularis und der Macht zustreben und offenbar darauf rechnen, daß trotz allem die Gewalt den Sieg über die Vernunft davontragen wird.

Die Frage ist nun, ob Graf Tisza dieser schwierigen Situation Herr werden kann. Er ist am 17. Dezember vom Kaiser empfangen worden und, wie zuverlässig behauptet wird, soll der Beschluß gefaßt sein, am 4. oder 5. Januar den ungarischen Reichstag aufzulösen. Er stellt sich damit in einen bewußten Gegensatz zur Verfassung, welche die Auflösung des Reichstags vor Annahme des Budgets für das nächstkommende Jahr verbietet. Das ist die Form! Das Wesen der Verfassung aber setzt voraus, daß der Reichstag überhaupt arbeitsfähig ist. Der politische Verstand des ungarischen Volkes wird sich in den Neuwahlen darüber auszusprechen haben, ob ihm die Form über den Inhalt, der Buchstabe über den Geist geht.

Eine lehrreiche Wiener Korrespondenz der „Münchener Allg. Ztg." meint nun freilich, Tisza werde den Sieg zwar erringen, aber nur mit Hilfe der von seinen Beamten bestimmten Slovaken, Rumänen und Serben. In Wirklichkeit handele es sich auch gar nicht um die Prinzipienfrage, sondern nur darum, in wessen Hände, innerhalb der herrschenden Gruppen, die Herrschaft übergehen solle. Dann wäre es eine große Komödie, die der Welt vorgeführt wird, und das wäre vielleicht die allertraurigste Lösung der Rätsel von Pest.

Eine der allerunwürdigsten parlamentarischen Komödien, an deren Ernst auch wir geglaubt haben, war jene erregende Szene, da, in Anlaß der Enthüllungen über das Delationswesen in der französischen Armee, der Abgeordnete Syveton den Kriegsminister André ins Gesicht schlug. Jetzt, nachdem Syveton, von seinen nächsten Verwandten dazu genötigt, sich das Leben genommen hat und nunmehr feststeht, daß der Mann so erbärmlich und unwürdig war, daß es überhaupt nichts gab, was er verachten durfte, erscheint jener Schlag in das Gesicht des Ministers nur als ein Versuch, sich durch Provozierung eines Duells vor der Aufdeckung seiner eigenen Schande zu retten.

Aber wenn man bedenkt, mit welchem Aufwande an sittlicher Entrüstung in der Kammer wie in der Presse diese Affäre Syveton

behandelt wurde und noch behandelt wird, und was alles sich zum Vertreter von Recht und Gerechtigkeit aufwirft, kann man wohl nur staunen, daß Recht und Gerechtigkeit darüber nicht zu grunde gehen.

Zunächst läßt sich wohl erwarten, daß das Ministerium Combes aus diesen Überraschungen gestärkt hervorgeht. Syveton hängt nun einmal an den Rockschößen der Gegner des Ministeriums, er war Geschäftsführer der Patriotenliga, deren Haupt Herr Lemaître ist, und dieser letztere empfindet den Zusammenhang so stark, daß er sich vom politischen Leben zurückzuziehen beschlossen hat. Auch ist nicht unwahrscheinlich, daß diese schmutzige Sache noch weitere Kreise zieht. In der langen Reihe halb und ganz politischer „Affären" ist sie eine der schlimmsten.

Übrigens werden die Veröffentlichungen über die Delationen im „Figaro" fortgesetzt, und schon jetzt scheint dadurch festgestellt zu sein, daß die große Mehrzahl aller höheren Offiziere der französischen Armee durch die Zensuren, welche die ehrwürdigen Brüder des Freimaurerordens ihnen beim Kriegsministerium ausgestellt haben, in ihrer Karriere ernstlich geschädigt worden sind. Wenn Andrés Nachfolger Berteaux versprochen hat, jene Leumundszeugnisse zu vernichten, ändert das nichts an der Tatsache, daß dem Ministerium Combes die Führer der französischen Armee verdächtig erscheinen, und das gibt doch eine ganz unerträgliche Lage nach beiden Seiten hin. Im Augenblick wenden sich die Angriffe der Gegner der Regierung wieder mit besonderem Nachdruck gegen den Marineminister.

In England hat das Barklaysche Interview und der Paulsensche Artikel über die deutsch-englischen Beziehungen im „Standard" ein freundliches Echo gefunden, so daß der Übergang des großen konservativen Organs in die Hände Pearsons vorläufig die erwarteten Folgen noch nicht zeigt; man wird wohl berechtigt sein, daraus den Schluß zu ziehen, daß der alte Abonnentenstab des „Standard" Berücksichtigung verlangt und für eine chauvinistische Behandlung der großen internationalen Fragen nicht zu haben ist. Die „Times", die solche Rücksichten nicht nimmt und wohl nicht zu nehmen braucht, hat bekanntlich die freundlichen Worte, die ihr aus Deutschland entgegengetragen wurden, sehr vornehm und sehr herablassend abgetan. Aber wir legen darauf keinerlei Wert und sind bereit, diese

und verwandte Erscheinungen mit der psychologischen Beobachtung zu entschuldigen, daß eine lange Reihe von Erfolgen das Urteil trübt, und daß nichts leichter vergessen wird, als überwundene Schwierigkeiten und Mißerfolge, wenn der Ausgang schließlich den Wünschen und Hoffnungen entsprach.

In Rußland weiß man heute im Hinblick auf den japanischen Krieg ein Lied davon zu singen. Mutatis mutandis sind alle die Schwierigkeiten, mit denen heute gekämpft wird, schon im letzten Türkenkriege zutage getreten. Nur daß der Gegner heute ein so viel gefährlicherer ist. Die Schäden der Verwaltung waren genau dieselben und auch der Leichtsinn der gleiche, mit dem ein großes Risiko in ungenügender Vorbereitung aufgenommen wurde. Aber der Erfolg krönte das Werk, und die Erfahrungen, die der Krieg bringen konnte, blieben verloren. Wir verstehen darunter natürlich nicht die technisch-militärischen Erfahrungen, denn es ist zu bekannt, daß seit 1878 an der russischen Armee mit großem Eifer und großer Sachkenntnis gearbeitet worden ist, wohl aber die Erfahrungen, die man an der Qualität der Menschen machte, mit denen gerechnet werden mußte. In dieser Hinsicht aber ist es, so viel wir sehen, nicht besser, sondern schlechter geworden. Wollte man zusammenstellen, was in den letzten Monaten in der russischen Presse an Tatsachen veröffentlicht worden ist, ohne eine Widerlegung gefunden zu haben, man würde es bei uns für eine ungeheuerliche Übertreibung halten. Und das ist es, was uns der heutigen Reformbewegung gegenüber so mißtrauisch macht. Wir sehen die Menschen nicht, welche eine Verfassung tragen können. An die Idealisten von 18 bis 25 Jahren aber glauben wir nicht, weil sie, sobald sie nach dieser kritischen Periode glücklich in den Hafen einer staatlich besoldeten Stellung einlaufen, das werden, was man in Rußland einen Tesholy Tschinownik nennt, das heißt einen schwer zu ertragenden Bureaukraten. Wie die Führer der Liberalen es treiben aber ist neulich recht drastisch in einer Versammlung der „Literarischen Gesellschaft" zu Kiew zutage getreten, von der eine Korrespondenz der „Voss. Ztg." vom 14. Dezember berichtet. Es sei, schreibt ihr Gewährsmann, ein Publikum von 800 Personen gewesen, darunter Staatsanwälte, hohe Offiziere und viele Vertreter der Provinzialbureaukratie. Zehn Professoren hätten über die Frage gesprochen:

„Was Rußland nottut", und alle seien zum Schluß gelangt: Nur die Konstitution kann uns helfen!

Nun wird man sich sagen, wenn das wirklich die Meinung einer so zusammengesetzten Versammlung ist, so wird sie wohl Beachtung verdienen, denn schließlich müssen die Leute doch selbst wissen, was sie brauchen. Aber man läßt entmutigt die Arme sinken, wenn man den Schluß dieses Berichtes liest: „Das Andenken des Mörders von Sipjägin wurde durch Erheben von den Sitzen geehrt, auf das Wohl der Mörder Plehwes wurde getrunken! Und Prokurore und Offiziere erhoben sich und tranken mit und klatschten Beifall!"

Wenn das die Prokurore und Offiziere tun, was läßt sich da von den Studenten erwarten? Jedenfalls nicht ein kühler Kopf und ruhige Überlegung. Man wird an den alten Kanzler Fürsten Gortschakow erinnert, der als erster Beifall klatschte, als jene Wera Sassulitsch freigesprochen wurde, die das Attentat gegen Trepow beging. Sie sind eben von Natur Durchgänger und zudem in der jüngeren Generation nicht mehr zu ernster Auffassung des Lebens in pflichttreuer Arbeit erzogen. Wer aber nichts gelernt hat, kann auch nichts leisten, und an dieser einfachen Wahrheit muß die Forderung der russischen Konstitutionellen scheitern, oder wenn sie dennoch verwirklicht werden sollte, zu einem gefährlichen Mißerfolg führen.

Was Rußland heute braucht, ist eine Habeas Corpus Acta, welche dem einzelnen wirksamen Schutz vor der Willkür der Administration gewährt, und Gewissensfreiheit. Das ist das Wesentliche und unzweifelhaft Notwendige, das in Rußland, so lange es eine russische Geschichte gibt, noch niemals bestanden hat. Das Nächste wäre dann eine wirkliche Reform von Schule und Universität, so daß in ihnen was heute nur in Ausnahmefällen geschieht wirklich gearbeitet wird. Alles übrige ist nebensächlich: Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Konstitution. Sie hätten heute eine mehr erregende, als erziehende Wirkung und böten allezeit die Gefahr, nach all diesen Richtungen der Zügellosigkeit die Führung in die Hände zu spielen.

Für den Fürsten Swjätopolk-Mirski liegt die Schwierigkeit seiner Stellung so in der Gefahr, die ihm von zwei Seiten droht: von den Männern um Pobedonoszew und den hochgestellten Werkzeugen Plehwes hier, von den Heißspornen der Liberalen dort.

Die einen wollen Stillstand, die anderen das Allerneueste an Verfassungsrechten. Aber unzweifelhaft führt beides zu gleich unheilvollen Resultaten.

Es ist merkwürdig, wie ruhig der völlige Untergang des Geschwaders von Port Arthur hingenommen worden ist. Man war freilich seit längerer Zeit auf diesen Ausgang gefaßt, wenn man es sich auch nicht zugestehen wollte. Um so eifriger richten sich die Blicke auf das zweite ostasiatische (früher baltische) Geschwader, dem man jetzt ein drittes nachschicken will. Freilich erst im Sommer, aber dann in stärkster Ausrüstung. Dieses kommende dritte Geschwader, für dessen Absendung in einer bei uns nicht statthaften Weise der vielgenannte Kapitän Klado eintrat, soll offenbar die Aufgabe haben, die durch das zweite Geschwader mindestens bedeutend geschwächten Japaner vollends ihrer beherrschenden Stellung in den ostasiatischen Gewässern zu berauben.

Man rechnet darauf, daß bis dahin spätestens auch der große Umschwung zu Lande erfolgt sein wird. Aber bei alledem spielt viel Sanguinismus mit. Es gibt, wie wir bestimmt wissen, ernste russische Patrioten, die dem Schicksal des Roshéstwenski-Fölkersamschen Geschwaders mit Sorgen entgegensehen und es am liebsten zurückriefen. Sie sagen, daß das wirklich geschulte Material an Seeoffizieren und Mannschaften, namentlich aber an Maschinisten jetzt in Port Arthur zugrunde gegangen sei. Schon Roshéstwenski habe unter der mangelhaften Ausbildung seines Personals zu leiden, was werde erst geschehen, wenn man ein neues Geschwader improvisiere? In alledem steckt ein Stück Wahrheit, vor allem in dem Hinweis darauf, daß Schiffsmaschinen sich nicht koje kak (d. h. gleichviel wie) behandeln lassen. Sie verlangen eine sich gleichbleibende Gewissenhaftigkeit in der Behandlung, und das gerade ist es, was sich in Rußland am schwersten erreichen läßt.

28. Dezember 1904.

Die Schatten des alten zur Neige gehenden Jahres werden bald dem aufsteigenden Licht des neuen Jahres 1905 weichen. Wir blicken noch einmal zurück auf den Weg, der hinter uns liegt, und hinaus in die neblige Ferne der Zukunft. Gewiß war das alte Jahr sehr reich an Ereignissen und Sorgen, und es hat uns seine Rätsel ungelöst hinterlassen. Während die anderen großen Weltmächte durch eine merkwürdige Kombination teils längst erwarteter, teils überraschend eingetretener Ereignisse zu einer, man möchte sagen fiebrischen Aktionspolitik gedrängt wurden, haben wir durchweg und nach allen Seiten hin in der Defensive gestanden. Der Gedanke der Defensive lag der schwierigen Aufgabe zugrunde, welcher der Abschluß neuer Handelsverträge uns stellte. Sie ist mit Geschick und Glück (mit alleiniger Ausnahme der noch schwebenden Verhandlungen mit Österreich-Ungarn, die wir jedoch nicht pessimistisch ansehen) zu einem vorläufigen Abschluß gediehen, dem nur noch die formale Legalisierung fehlt. Gewiß ein großes Werk, das die materielle Grundlage sichern soll, auf welcher unsere Beziehungen zu der Welt um uns her ruhen, das aber in seinen großen Zusammenhängen erst dann klar zu übersehen sein wird, wenn uns die Handelspolitik Englands und Amerikas nicht mehr als etwas Werdendes, sondern als ein Gewordenes gegenüberstehen wird. Die durch das fiskalische Programm Chamberlains in aller Welt hervorgerufene Spannung dauert noch fort, und es ist sehr zweifelhaft, ob das nächste Jahr schon eine Entscheidung bringt. Jedenfalls ziehen die Wellen der Chamberlainschen Agitation so weite Kreise, daß die gesamte Welt von ihnen berührt wurde und die Täuschung schwinden mußte, die der frühere Staatssekretär für die Kolonien so sorgsam pflegte, als handle es sich für Großbritannien lediglich darum, die

gefährliche deutsche Konkurrenz zurückzudrängen. Gustav Schmoller hat jüngst in einer Studie: „Die künftige englische Handelspolitik, Chamberlain und der Imperialismus", u. a. aus dem Werk von W. J. Ashley: „The Tarif Problem", gezeigt, daß die Spitze nach anderer Seite hin gerichtet sei, vornehmlich aber nach Amerika. „Ein wirtschaftliches Anglosachsentum", so schreibt Ashley, „d. h. ein Bund Englands mit den Vereinigten Staaten sei ein Unding. Er (Ashley) kenne die großen Interessengegensätze, die beide Reiche scheiden, aus eigener Erfahrung". Das Kokettieren mit der amerikanischen Freundschaft erscheint Ashley als eine Spiegelfechterei, um andere Nationen zu schrecken. Deutschlands Aufgabe sei es, mit Großbritannien den zwei größten Reichen die Wage zu halten. In den englischen Angriffen stecke viel Hypokrisie usw. Mit dieser Hypokrisie, wenn immer es Hypokrisie ist, haben wir im Laufe dieses Jahres zu kämpfen gehabt; sie hat sich schließlich von seiten der Presse zu offenkundiger Kriegsdrohung gesteigert, und es gehörte um so mehr kaltes Blut dazu, sich durch all den Lärm nicht aufregen zu lassen, als es zeitweilig scheinen konnte, daß die offizielle Leitung des Staates bemüht sei, die Voraussetzungen zu einer politischen Gruppierung zu schaffen, wie sie unerläßlich war, um die Pläne der uns feindseligen Presse in Wirklichkeit umzusetzen. Es ist nun allerdings möglich, daß der Höhepunkt jetzt erreicht ist und wir einem allmählichen Abflauen der Agitation entgegensehen dürfen. Ohne schädliche Folgen aber bleibt dieses sich jetzt durch bald acht Jahre hinziehende Treiben gewiß nicht. Was an verbindenden Fäden zerrissen wurde, läßt sich zwar wieder zusammenknüpfen, es gibt aber keinen glatten Faden mehr, und die Knoten im Gespinst werden noch lange die Erinnerung lebendig halten an die böswilligen Hände, die das Werk zu zerstören bemüht waren.

Überaus tätig war nun die Aktion Englands nach außen hin. Einen Rückzug gab es nur an einer Stelle: man brach unter guten Vorwänden den Kampf im Somalilande ab, ohne des „tollen Mullah" Herr geworden zu sein. Um so energischer wurde die asiatische Position Englands verstärkt und ausgedehnt. Lord Curzon verkündete die neue Theorie von dem Glacis Indiens, eine Art englischer Monroedoktrin, die jedoch nur für die Gebiete im Norden und Osten Indiens gelten sollte, und für das französische Siam das durch

den englisch-französischen Ausgleichungsvertrag ausdrücklich gesichert wurde — keinerlei Gefahr bedeutete. Dagegen wurde Afghanistan näher an England herangezogen, der verlorene Einfluß in Persien zurückgewonnen und alles getan, um den Persischen Golf allmählich in eine britische See zu verwandeln. Erst die durch das Abkommen mit Frankreich gefestigte Stellung Englands in Ägypten hatte diese Erfolge möglich gemacht, und die noch nicht zu vollem Abschluß gelangten Arrondierungsversuche im Hinterlande von Aden, sowie die Hindernisse welche dem großen Unternehmen der Bagdadbahn in den Weg geworfen wurden, können gleichfalls nur als Anläufe zur Durchführung jener „Curzondoktrin" angesehen werden, die bestimmt scheint, im südlichen und westlichen Asien den Engländern die Stellung zu sichern, die Rußland im Norden einnimmt, und um die im asiatischen Osten heute Rußland und Japan streiten. So eröffnen sich Perspektiven von ungeheurer Weite für England; aber man wird sich auch nicht darüber täuschen, daß die lockenden Ziele nicht ohne Kampf zu erreichen sind, und völlig unberechenbar ist es, welche Ausdehnung dieser Kampf annehmen wird. Schon die mit so großer Kühnheit und mit so geringen Mitteln errungene neue Stellung Englands in Tibet trägt schwere Verwickelungen für die Zukunft in ihrem Schoße. Die übrigen Ansprüche werden, wenn sie zu Realitäten geworden sind, sich nur durch den Aufwand ungeheurer Anstrengungen behaupten lassen, so daß das Jahr 1904 für England zugleich mit seinen Errungenschaften auch Zukunftslasten bringen muß, welche an die materielle und moralische Kraft der Nation die allerhöchsten Ansprüche stellen werden. Diese Notwendigkeiten, welche der Scharfblick Chamberlains voraussieht, erklären zu nicht geringem Teil das neue Programm seiner Kolonialpolitik. Sie läßt sich, wenn alles Beiwerk beiseite geschoben wird, wohl dahin zusammenfassen, daß er die Kolonien überreden will, sich mit den Interessen Englands zu identifizieren, und aus dieser noch zu schaffenden Einheitlichkeit alle sich daraus ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Nun liegt auf der Hand, daß, wenn dieses Ziel erreicht werden soll, die Kolonien durch die Suggestion des imperialistischen Gedankens dahin gebracht werden müssen, die Bahnen zu verlassen, auf denen ihre Entwickelung sich bis zur Stunde bewegt hat. Alle drei großen Kolonien, so gewaltig auch die Unterschiede sind, die Kapländer, Australier und Kanadier

als etwas Besonderes erscheinen lassen, haben das eine gemein, daß sie nach größtmöglicher Selbständigkeit streben und unter keinen Umständen sich in ihre inneren Angelegenheiten dreinreden lassen wollen. Was sie mit England verbindet, ist außer der sich von Jahr zu Jahr mehr differenzierenden Rasseneinheit der Umstand, daß England ihnen Kosten und Lasten der Verteidigung ihrer Territorien gegen alle Angriffe von außen her abnimmt. Sie haben die absolute Sicherheit, daß England jede Beleidigung, die ihnen widerfährt, aufnehmen und nötigenfalls als einen casus belli betrachten würde. Und das bedeutet sehr viel. Ob es aber genug bedeutet, um die Kolonien zu veranlassen, ihren handelspolitischen Egoismus dem englischen Interesse unterzuordnen und, wie Ashley es verlangt, ihre Industrieentwickelung England zuliebe künstlich zu verlangsamen, ist mindestens ebenso fraglich wie die Übernahme geregelter Verpflichtungen, die eine Teilnahme an den militärischen Lasten Großbritanniens bedingen. In betreff des ersten Punktes ist die Rechnung ohne Berücksichtigung des Eigennutzes der Individuen gemacht, die sich schwerlich geneigt zeigen dürften, ihrer Leistungsfähigkeit Schranken setzen zu lassen, das zweite aber widerspricht der Geschichte und den Instinkten dieser kolonialen Welt. Die während des Burenkrieges von Australien, Neuseeland und Kanada geleistete Hilfe hat zwar ein Präzedens, aber nicht die Anerkennung eines Rechts des Mutterlandes gebracht. Gegen irgendwelche Form obligatorischen Kriegsdienstes aber sträubt sich der koloniale Unabhängigkeitssinn.

Das ist die Lage und die Verlegenheit Englands, und eben deshalb können besonnene Engländer, die das Bewußtsein ihrer Mitverantwortlichkeit an der Zukunft Großbritanniens lebendig in sich tragen, an jener zum Krieg gegen Deutschland treibenden Politik nicht teilnehmen. Sie ist verurteilt, zu scheitern, und es soll uns freuen, wenn die Reaktion die entgegengesetzte Richtung ans Ruder bringt.

Was nun unseren östlichen Nachbarn betrifft, so ist es vielleicht nützlich, daran zu erinnern, daß zu Anfang des Jahres, bis in die ersten Monate des russisch-japanischen Krieges hinein, die russische Presse mit der englischen in Feindseligkeit gegen uns wetteiferte und zugleich bemüht war, die Regierung von dem Märzsteger Programm

abzudrängen und in einen russisch türkischen Krieg hineinzuführen. Es lag in der Natur der Dinge, daß beides aufhören mußte, sobald sich mit Händen greifen ließ, daß man mitten in einem Kriege von furchtbarem Ernst stand. Japan war kein Gegner wie Turkestan oder Chiwa. Es zeigte sich, was anfangs niemand für möglich hielt, den Russen zu Lande ebensosehr überlegen wie zur See, vor allem aber, es entwickelte moralische Kräfte, auf welche jede europäische Nation in gleichen Verhältnissen mit Recht stolz gewesen wäre. Wir wollen hier den Verlauf des Krieges nicht verfolgen. Von der endgültigen Entscheidung sind wir noch fern, wenn nicht der Reflex der sich im Inneren Rußlands abspielenden Ereignisse sich am Golfe von Petschili und am Schaho fühlbar macht. Denn so populär, trotz der entsetzlichen Verluste, mit denen die Japaner ihre Erfolge erkauften, der Krieg in Japan ist, so unpopulär ist er heute in Rußland und so unwillig die Nation, weitere Opfer auf sich zu nehmen. Was sie heute will, ist eine Reform in großem Stil, und um diesen Preis wäre sie bereit, jeden, auch den ungünstigsten, Friedensschluß ohne Murren hinzunehmen. Das ist die Wahrheit, das übrige Schein, mit dem man den Zaren und die Welt zu betrügen sucht. Durchdenken wir aber die Entwickelung der Reformbewegung, so wird sich nicht übersehen lassen, daß der heute wohl nicht mehr abzustreitende Mißerfolg der Reformer zum größten Teil als Schuldrechnung ihnen zugeschrieben werden muß. Das Normale und Gebotene war, daß, sobald der Charakter dieses Krieges feststand, die Frage der Reform vor dem Ernst der Lage hätte zurücktreten müssen, d. h. das falsche Bild, welches die russische Presse bei Beginn des Krieges entwarf, wäre das Normale und allein Würdige gewesen: Schweigen aller Gegensätze, damit der Staat aus der nun einmal vorhandenen Lage in Ehren hervorgehen könne. Statt dessen ward der stärkste Mann, den Rußland damals in hoher Stellung hatte, ermordet, Plehwe: wir wollen sein System keineswegs verteidigen. Wenn er, wie behauptet wird, als letztes Ziel die Erziehung der Nation zu wirtschaftlicher und politischer Reife ins Auge gefaßt hat, und nicht, wie seine Gegner sagten, nur der Vertreter eines brutalen bureaukratischen Absolutismus war, so sind die Mittel der Willkür, die er zur Erreichung seines Zieles verfolgte, doch ohne allen Zweifel verwerflich gewesen.

Keine Staatsraison rechtfertigt die Satrapenwirtschaft, die er nicht nur duldete, sondern begünstigte. Aber er fiel als ein Opfer der gleich verwerflichen Selbstüberhebung seiner Mörder, die sich anmaßten, Richter zu sein und die Vorsehung Rußlands zu spielen. Dann kam nach einer Zeit atemloser Spannung ein Vertreter der Reformideale. Swjätopolk-Mirski wurde Minister des Innern, und seine Anfänge ließen keinen Zweifel darüber, daß er dem russischen Volke an Freiheiten entgegentragen werde, was irgend unter den gegebenen Zeitverhältnissen möglich war. Es trat für die Presse tatsächlich eine Freiheit der Bewegung ein, wie sie so noch niemals bestanden hatte, die Semstwos und was sonst von den Jahren Alexanders II. an landschaftlichen und städtischen Organisationen vorhanden war, wurden lebendig, die Gefängnisse und Verbannungsstätten der politischen Gefangenen gaben ihre Opfer frei, überall regte es sich und alles erwärmte sich an der Sonne des „neuen Frühlings". Aber wie kurz war die Freude und wie sehr tragen die russischen Liberalen selbst daran schuld, daß sie zunichte ging. Es war die Unfähigkeit, maßzuhalten. Kaum waren die Zügel ein wenig lockerer geworden, so erhob sich in der Presse wie in der Gesellschaft der Ruf nach Konstitution, während man sich doch bei einigermaßen nüchterner Überlegung sagen mußte, daß eine ganze Reihe von Vorstadien erlebt sein wollte, ehe es möglich war, die Form politischen und administrativen Mitregiments zu ertragen, an welcher auch heute noch altgeschulte Kulturvölker sich die Zähne ausbeißen. Was Rußland zunächst brauchte und ohne Zweifel erhalten hätte, wenn man nur einigermaßen kühles Blut zeigte, war eine habeas corpus-Akte, die der Willkür der Administration Schranken setzte, und Gewissensfreiheit, die Vorbedingung und Grundlage jeder anderen Freiheit.

Aber da kam das Eingreifen der russischen Studentenschaft, die Straßenkrawalle, die trostlosen Reden in Versammlungen von erzwungener Öffentlichkeit, endlich, und das war das Schlimmste, die revolutionäre Agitation, Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre, Anarchisten und wie sie alle heißen.

Es kann kaum wunderbar erscheinen, daß das alles den Zaren erschreckte. Aber seine Mutter und, wie es heißt, auch seine Gemahlin standen zu Swjätopolk-Mirski, der trotz allem bei seinem liberalen Programm blieb, das aber nicht die Verleihung einer

Verfassung in sich schloß. Die Gegner aber scharten sich um den unheilvollsten Mann, den Nikolaus II. von seinem Vater ererbt hatte, den Oberprokurator des hl. Synod, Pobedonoszew, den einst die Geschichte verantwortlich machen wird für fast alles Unheil, das Rußland in den letzten Jahren betroffen hat. Zu ihm standen die hohen Beamten, die ihre Stellung Plehwe verdankten und die Swjätopolk Mirski zu beseitigen versäumt hatte. Als einer der intransigentesten der Justizminister Murawjew, in dem wir vielleicht den Nachfolger Swjätopolk-Mirskis zu erwarten haben. Und so geschah, was kommen mußte. Ein neues Bekenntnis Nikolaus' II. zum Absolutismus (quand même, der schon das bloße Aussprechen des Wunsches der Semstwos nach einer Teilnahme an der politischen Arbeit des Staates als „frech und taktlos" (das ist die offizielle Übersetzung, nicht „verwegen") bezeichnete. Wir bedauern diese Wendung tief. Sie muß, wenn nicht von oben her ein habeas corpus und Gewissensfreiheit und eine freiere Bewegung der Presse, wenn auch nicht volle Preßfreiheit, verliehen wird, in eine neue Periode gefährlichster Wirren führen, denen wir im Interesse der Dynastie wie des Reiches mit größter Sorge entgegensehen. Denn wir gehören nicht zu denen, die sich darüber freuen können, wenn es im Nachbarhause brennt.

In Frankreich brennt es zwar nicht, aber die Nation steht, wenngleich unbewaffnet, wie in einem Bürgerkriege zerklüftet in zwei großen Gruppen einander gegenüber. Man könnte sagen: Freimaurer und Katholiken, aber das erschöpft diese Gegensätze nicht. Die zum Staatsprinzip erhobene sozialistische Doktrin mit ihrem Terrorismus und ihrer Begehrlichkeit trägt mit dazu bei, diesen Gegensätzen eine besondere Färbung zu geben. Im Augenblick ist es ein Kampf des Ministeriums Combes um Behauptung seiner Stellung, und zum Ministerium hält alles, was von ihm in Abhängigkeit steht. Das aber ist die gesamte Beamtenschaft und alles, was vom Staatssäckel lebt, bis zu den Pächtern des Tabaktrafics hinab, die ihre Stellung ihrer „Gesinnung" verdanken. Was das Ministerium immer wieder „herausreißt", ist, abgesehen von diesen Mitfürchtenden, das Prestige, das sich die auswärtige Politik Delcassés zu erwerben verstanden hat. Wir sehen darin freilich mehr Scheinerfolge und Blender, als eine reale Steigerung der Macht Frankreichs. Die Annäherung an England bedeutet notwendig eine gleich große Abwendung von Rußland.

Darüber helfen keine Beteuerungen hinweg, selbst wenn sie von drei Seiten her kommen. Die Lösung der ägyptischen Dissonanz schließt in ihren Konsequenzen auch die stetige Minderung des französischen Einflusses in der Levante in sich, die Balkanpolitik Frankreichs vertieft den französisch-russischen Gegensatz, und die bitteren Früchte der neuen Stellung Frankreichs in Marokko beginnen eben jetzt zu reifen.

Wir meinen nun, daß schon die kurze Darlegung dieser gärenden und unsicheren Politik der drei Staaten, mit denen wir zumeist zu rechnen genötigt sind, die abwartende und abwägende Haltung unserer auswärtigen Politik durchaus rechtfertigt. Deutschland kann in dieser Weltlage nur eine Aufgabe haben und die heißt: stärker werden! stärker zur See und zu Lande. Inzwischen aber gilt es, die Aufgaben lösen, die der Tag uns bringt. Für den Augenblick weisen sie nach Südwestafrika, und wir glauben zuversichtlich, daß dort ganze Arbeit getan wird.

Sachregister.

Die Ziffern bedeuten die Seiten

A.

Aalesund, Hilfeleistung 25.
Abbazia, Goluchowski u. Tittoni 121.
Abdul Aziz, Sultan 200. 243. cf. Marokko.
Aberdeen 274.
Aden 309. 331.
u. die Engländer 294.
Hinterland 310.
„Adova", engl. Dampfer 231.
Adrianopel 30.
Gärung 56.
Adriat. Meer 4.
Ägypten 102.
Deutsch. Interesse 200.
Englands Stellung 118. 331.
— Frage 2.
Kirchl. Stellung Frankreichs 255.
Afghanistan 63. 294. 331.
— u. England 114. 297.
Afrika, spanisches 182.
Süd A. 65. 306.
Annexion 65.
Bond 65. 111.
Chineseneinfuhr 111. 307.
Englands Stellung 317.
Kapparlament 65.
Ministerium Gordon Sprigg 65.
Ministerpräs. Jameson 65.
Progressisten 65.
Vereinigte Staaten von 307.
Südwestafrika 23. 34. 269. 262.
deutsche Kolonie 66.
Eisenbahnen 91.
— — Entschädigungen 137.
Hererofeld. u. Tischl. 156.
Kämpfe 59.
Kolonisation 91.
— — Krieg 144.
Marinekorps-Korps 25.
— — Nachtragsetat 17.
Afrika, Süd A., Sieg üb. Herero 121.
Straßen 91.
Truppentransport 176. 246. 251.
— — Typhus 138.
Verluste 49. 90.
Zentralafrika 187.
Afrikander 307.
Agentur Reuter 294.
Alaskafrage 205.
Albaner, Erhebung 63.
— u. d. Türkei 64.
Albanien 32.
Großalbanien 88.
— Teilung 88.
Alberoni, General 30.
Alexander I. 192. 303.
Alexander II. 96. 193. 235. 244. 334.
Polenpolitik 290.
Alexander III. v. Rußland 93. 148. 194. 261.
Alexander III., russ. Kriegsschiff 271.
Alexander Michailowitsch, russ. Großfürst 26. 232.
Alexander v. Serbien 105.
Alexejew, Admiral 25. 26. 173. 180. 207. 301.
Reise n. Petersburg 3.
Ritter d. hl. Grabes 209.
— Statthalter 135. 188. 262.
verläßt Port Arthur 145.
Allgem. Zeitung, Münchener 259. 279. 298. 324.
Alt Nintschwang, Besetzung durch Japaner 246.
Amerika 9. 10. 197.
Angelsachsentum, wirtschaftl. 330.
— und Rußland 171.
Gesandtschaft in Söul 1.
— Konsulat in Dalny 20.
— Presse 211.

Amerika, Verein. Staaten 8. 66. 131. 198.
Deutschenhetze 279.
Einfluß der Presse 280.
Goldwährung 205.
Kauf der russ. Besitzungen an der Behringstraße 279.
— — Neufundlandfrage 120.
Präsidentenwahl 277.
u. Rußland 241.
Rußlands Gegner 54.
Schiedsvertrag mit Deutschland 277.
Schiedsvertrag m. England 314.
Schiedsvertrag mit Frankreich 262.
und die Türkei 253.
— — Vertrag mit China 20.
Amurgebiet 244.
Andrassy, Graf 323.
André, franz. Kriegsmin. 81. 129. 134. 139. 155. 269. 270. 284. 291.
in engl. Beleuchtung 292.
— Rücktritt 287.
Antung, Freihafenstellung 20.
Anzer, Bischof 253.
Apponyi, Graf 323.
Arabien 198. 309.
— und Englands Vordringen 297.
Einverleibung durch Rußland 249.
Unruhen 105.
Argentinien, Ernte 214.
Argus, Lond. Korresp. der Nowoje Wremja 127. 171.
Armenien 198. 253.
Unruhen 160.
Army and Navy Gazette 288. 297. 320.
Asquith 124.
Athlen, N. N. 330.
Asien, Krisis, 17.
— Ostasien 1. 188. 211.
— — u. engl. Interessen 47.
— — französ. Interessen 21.
Friedensstand 13.
Komitee 3.
russ. Truppen 32. 171.
— Probleme 49. 176.
— u. Rußland 5.
Athanasius, Archimandrit 207.
Athen, griech. maced. Komitee 285.
Aurora, russ. Kriegsschiff 271.
„Aurore" 182.
Austin 316.
Australien 7. 332.
Australien, Labour Party 141.
Ministergalerie 141.
Ministerium 140.
— Sozialismus 136. 137. 141. 142.
Australier 331.
Azerbeidjan 234.

B.

Bab el-Mandeb 60.
Bagdadbahn 331.
und Deutschland 6.
Bagdadfrage 124.
Baikalsee 146.
Bakunin 79.
Balfour 111. 124. 183. 213. 238.
— asiatische Politik 297.
— und die Doggerbankaffaire 273. 283.
— Ministerium 82. 88. 319.
— — und Chamberlain 222. 252. 296.
Verhalten im russisch englischen Konflikt 242.
Balkanhalbinsel 41. 49. 61. 89. 87. 93. 137. 210.
— Bandenunwesen 242.
— Deutsche a. d. B. 4.
— engl.-franz. Aktion 174.
— Föderation 63. 177.
Frage 94. 177. 309.
französ. Einfluß 13. 57.
Friede 56. 158.
— Krieg 56.
— Krisis 42. 67.
— Mandat Rußl. u. Österr. 62.
Politik 63.
Politik Rußl. u. Österr. 13.
Revolutionäre 63.
— russ. Einfluß 57.
— russ. Prestige 81.
— Slaven 4.
— — u. d. türk. Joch 18.
— Triple-Alliance balcanique 177.
Wirren 46.
Baltische Flotte 223. 233. 341.
Baltisches Meer 52.
Banffy, Baron 323.
Bardoux, Jacques, franz. Publizist 123. 125. 126.
Barrère 136.
Bazaine 179.
Beaulieu, Anatole Leroy 155.
Bebel 151. 152.
Beit u. Genossen 65.
Belgien, Königshaus 89.

Belgrad 195. 198.
  euror. Gesandte 31.
  u. österr. Interessen 57
Benckendorff, russ. Botsch. 48 70. 71. 72. 73. 271.
Ben Raschid 309.
Ben Said 309.
Berditschew 214.
Beresford, Lord 124.
Berlin 291.
  bulgar. Agentur 145.
Berliner Traktat 159.
Berteaux, franz. Kriegsminister 287. 291. 325.
Beschobrasow, Admiral 197.
Beschobrasow, russ. Staatssekretär 3. 46.
  Abreise 26.
Bessarabien 216.
  Ernte 224.
Bhutan 68.
Birshewoja Wiedomosti 154.
Bismarck 315.
Blagoweschtschensk 219.
Blennerhasset, Sir, Rob. 126. 319.
Boborykin, russ. Romanschriftsteller 304.
Boerilow, Generalgouv. in Finnland, Ermordung 191. 195.
Böhmen, Deutschenfeinde 126.
  Landtag 183.
Bompard, franz. Botsch. St. Petersburg, Andreasorden 166.
Bondelzwarts, Unterwerfung 35.
Borodawkin 246.
Borodino, russ. Kriegsschiff 274.
Bosnien 30. 56.
Bosnien-Herzegowina 33.
  Frage 42.
Bosporus, russ. Flotte 22.
  und Rußland 5. 11.
Brasilien, Unruhen 295.
Britisch Betschuana 262.
Brodrick, engl. Minister 72.
  und die Toggerbankaffäre 283.
Bu Hamara 291.
Bulgarien 56. 64. 221.
  Agentur in Berlin 145.
  Agitation 163.
— Außerordentl. Kredit 308.
  und Balkan 210. 300.
— Eroberungszug 42.
— Flüchtlinge 35.
  Fürst v. Bulg. u. König v. Serbien 153.
Bulgarien, Großbulgarien 88.
  Kriegsräte 30
  mazedon. Agitation 17.
  Minister, Amnestierung 1.
  russ. Einfluß 57.
  und Serbien 198.
— serb.-montenegr.-bulg. Allianz 177.
  Stambulow-Ministerium 211.
— und Türkei 82. 242.
— türk.-bulg. Verständigung 113. 121. 137. 150.
— türk. Krieg 80. 121.
Bulow, Reichskanzler, Graf 63. 151. 239.
  und Chamberlain 124.
  Rede über ausw. Politik 122.
  Rede beim Stapellauf d. „Deutschland" 297.
— und Witte 231.
Buren 111.
Burenkrieg 317.
Burgas, Bedroh. d. russ. Flotte 57.

C.

Campbell Bannermann 111.
Canton, fremdenfeindl. Bewegg. 35.
Caprivi 315.
Caza of Florina, Gericht zwischen Griechen u. Bulgaren 286.
Central Asian Society 176.
Chamberlain 111. 298. 329.
— Anhänger 222.
— Austritt a. d. Kabinett 72.
  u. Balfour 253. 296.
  u. Bülow 124.
  deutschfeindlich 319.
— Fiscal Reform 213.
— Greater Britain 141.
— Heimkehr 122.
  Kolonialpolitik 331.
  Rückkehr aus Ägypten 97.
  Zollreform 279.
Chanafiten 309.
Charbin 147. 169.
Charkow 53.
— Student. Unruhen 170.
Cheradame, André 126.
Chilenische Kriegsflotte, Ankauf durch Japan 243.
Chilkow, Fürst, Minister 154. 169.
China 39. 43.
— Anschluß an Japan 144. 149.
— Armee 14.
  Auswärt. Amt 3.

China, u. d. Dalai Lama 69.
Eingreifen in d. Krieg 143.
— Einverleibung durch Rußland 249.
Eroberer 164.
Feldzug 319.
Geheimvertrag mit Rußland 70. 71.
Haltung 128.
geg. Rußland 3.
im ruſſ. jap. Krieg 91.
Handelsvertr. m. Japan 9.
u. Japan 100.
Japaniſierung 14.
u. Mandſchurei 40. 131. 147.
u. mandſch. Häfen 14.
u. mod. Ziviliſation 15.
— Neutraliſierung 55.
— Neutralität 97. 172.
poln. Handel 170.
u. Rußland 16. 19.
Rußland beſter Freund Ch.'s 27.
— Souveränitätsrechte 115.
Stellung zu Englands Vertrag mit Tibet 294.
Tſung li Yamen 3.
— Vertrag m. Japan 20.
— — m. Ver. Staaten 20.
Chineſen 244.
Chineſiſch-japaniſche Allianz 143.
Ching-King 98.
Chomjäkow 193.
Choſain, ruſſ. Zeitung 267.
Chwaſtunow 247.
Colquhann, Archibald 176.
Combes 114. 115. 118. 129. 139. 292. 299.
— antiklerikal 240.
— u. Colin 221.
Geſetz über Trennung von Kirche u. Staat 278.
— Kirchenpolitik 168. 241. 254. 255.
u. d. Klerikalismus 230.
und die Majorität der Kammer 256. 284.
— Miniſterium 17. 21. 88. 104. 133. 136. 140. 175. 276. 325. 335.
— Religionskrieg 212.
— u. Rußland 81.
— Sicherung durch die Freimaurer 276.
Combes de Leſtrade 139. 140.
Cormick, amerik. Botſchafter in Petersburg 280.
Courrier europ. 312.
Croß, Viscount, Staatſekr. f. Indien 67.
Curzon, Lord, Vizekönig v. Indien 68. 70. 71. 110. 114. 120. 185. 234. 238. 330.
Curzondoktrin 331.

D.

Daily Expreß 264. 270.
Daily Mail 185. 270.
Daily Telegraph 223.
Dalai Lama 26. 212. 228.
Geſandte an Kaiſer Nikolaus 69.
u. Curzon 70.
Dalny 178.
— amerikan. Konſulat 20.
— von Japan beſetzt 168.
Damianos, Patriarch v. Jeruſalem 207. 209.
Dantſchenko, Kriegsbericht 246.
Dardanellen Durchfahrt 307.
— Neutraliſierung 119.
u. Rußland 6.
— ruſſ. Flotte 22.
— Frage 232. 242.
Darjeeling 67.
Delarey 111.
Delcaſſé 1. 21. 47. 58. 62. 95. 97. 126. 136. 154. 159. 161. 162. 199. 200. 202. 238. 299. 319.
— anglophile Tendenz 81.
— Auswärt. Politik 335.
— u. Combes 230.
u. Marokkovertrag 221.
— Orientpolitik 57.
u. röm. Frage 213.
— u. türk. Reformfrage 174.
Demtſchinski, ruſſ. Meteorologe 11.
Deſchanel 127. 254.
Deutſche a. d. Balkanhalbinſel 4.
— im Mittelmeer 4.
u. Ungarn, Verſtändigung 49.
Deutſche Rundſchau 314.
Deutſches Tageblatt 156.
Deutſchland 17. 55. 62. 195.
— Agrarzölle 240.
— Alles Unheil geht von D. aus 151.
— amerikan. Deutſchenhetze 279.
am goldenen Horn 6.
Armee 121.
— Auswärt. Handel 315.
— u. Balkanprogramm 87.
u. Balkanreform 95.
u. die baltiſch. Prov. 193.
Beziehg. zu Rußland 155.
— bulgar. Agentur 145.

Deutschland, s. die Tangerbaut affäre 271.
Drang nach Osten 4.
u. England 95. 152. 227. 320. 321.
in d. Bagdadfrage 124.
u. d. engl. Baumwollinter. 187.
engl. Beziehungen 325.
engl. Gegensätze 199.
engl. Krieg 202. 314.
Feind Englands 124.
Flotte 202.
gegen England 128.
freundschaftl. Haltung geg. Rußland 156.
Friedenspolitik, 33jähr. 151.
Handelsverträge 329.
Handelsvertrag, ital. 9.
mit Österr. Ungarn 296.
mit d. Schweiz 278.
mit Serbien 296.
— Industrie 202.
isoliert 150. 151. 156.
u. d. Italiener 139.
ital. Handelsvertrag 67. 306.
in Kleinasien 250.
Kolonialpolitik 262.
— Kolonien 24.
Kriege seit 1870: 319.
Marinepolitik 297.
u. Mürzsteger Programm 162.
Neutralität im ostasiat. Kriege 261.
— Neutralitätserklärung 151.
Niederwerfung 126.
Offiziere 150.
u. d. nahe Orient 6.
— u. Orientkrisis 63.
pol. Lage 150.
Politik d. Sozialdem. 152.
Presse 138. 150.
Pessimismus 156.
Protest betr. d. Dampfer „Prinz Heinrich" 225.
Reichstag 150.
u. afrik. Eisenbahn 191.
u. russ. Balkanpolitik 96.
— russ. Handelsvertrag 226. 239.
— u. russ. Presse 92.
u. russ. türk. Krieg 333.
Rußland u. Polen 96.
Schiedsvertrag m. England. 214.
mit d. Vereinigt. Staaten 277.
— Sozialdem. Partei 150. 151.
Stellung z. tibetanischen Frage 252.
Übungsgeschwader in Plymouth 214.
— Weltkoalition gegen D. 152.
Deutschland, Weltkrieg geg. D. 100.
— Weltverschwörung geg. D. 97.
„Deutschland" Stapellauf 297.
Devonshire, Herzog 258.
Diaz, Präs. v. Mexiko 211.
Dilke, Sir Charles, 128.
Dimitri Donskoi, russ. Kriegsschiff 274.
Disraeli 233.
Djumbital, Tibet 68. 70.
Doggerbank 264. 274. 283. 288. 296.
Doroshiveff, Lama, Mitgl. d. russ. geogr. Gesellsch. 69.
Dorpat 196.
wissensch. Entmannung d. Univ. 194.
Doumer 154. 173.
— Gegner Combes' 81.
Dragomirow, russ. General 178. 243.
Dreibund 121. 156.
— neuer 126.
Österr. Ung. Stellung 158.
Dreifußprozeß, Revision 74.
Dru, Gaston, Korrespondent 271.
Duppelt 246.
Dürr, Oberst in Swakopmund 74.
schlägt die Hereros 113.

E.

Echo de Paris 120. 274.
„Eclair" 181.
Eduard VII., König von England 47. 109. 130. 184. 213. 254.
— Besuch in Kiel 166. 199. 227.
— russenfreundlich 80.
Zusammenkunft mit Wilhelm II. 186. 201.
Eismeer, nördl. u. Rußland 5.
England 43. 58. 60. 80. 114. 122. 160. 182. 238. 244.
— Abkommen engl.-franz. 13. 113. 117. 183. 187. 241. 254. 284. 293. u. Afghanistan 297.
— in Ägypten 118. 331.
— Allianz engl.-russ.-franz. 47. 53. 126.
— Alliance anglo-franç. 150. 256. 320.
— — franz.-russ. 127.
Annäherung an Frankr. 146.
— asiat. Position 330.
— ausw. Politik 157.
— u. Balkan 64.
— Balkanpolitik 87.
— Bemannung jap. Kreuzer 26.

England, Bezieh. z. Deutschl. 325.
ruſſ. engl. 22.
Blockade vor Port Arthur 281.
Chamberlain Kampagne 7.
Chamberlainiſcher Tarifausſchuß 17.
Cotton Growing Association 187.
— u. d. Dalai Lama 111.
u. die deutſche Flotte 297.
deutſche Gegenſätze 199.
deutſche Konkurrenz 330.
deutſche Krieg. 202.
u. Deutſchland 93. 320. 321.
u. d. Bagdadfrage 124.
Doggerbankaffaire 254. 262. 263. 274.
Einfluß in Konſtantinopel 233.
in Perſien 331.
— Einzug in Lhaſſa 212.
Eiſenbahn nach Tibet 70.
Entente engl. franz. 1. 27. 114. 122. 124. 142.
u. Rußland 115.
Eroberungskrieg polit. Prinzip 114.
Expedition nach Lhaſſa 70.
nach Perſien 298.
Feind Rußlands 171.
Flotte 132.
— — im Großen Ozean 2.
— u. Frankr. 81. 102. 184.
Freundſchaft f. Rußl. 200.
Friedensvermittl. zw. Rußland u. Japan 130.
Gegenſätze, engl. ruſſ. 1. 28.
Geſchwader nach Port Said 226.
Glacis 114. 115.
im Golf von Perſien 297.
Handel in Tibet 68.
Handelseiferſucht 126.
— Hetze gegen Deutſchland 271.
— und Japan 20. 48.
f. Japan gebaute Schiffe 171.
Jantſe 111.
jap. Bündnis 127. 200.
— indiſche Armee 132.
Intereſſe im Orient 250.
Intrigen geg. Rußland 99.
Kabinett Balfour 166.
Kämpfe im Hinterlande v. Aden 294.
Kohlenlieferung an kriegführende Mächte 60.
— Kolonialkriege 262.
Konkurrent Japans 149.
Konſervative Preſſe 123.
England, Krieg geg. d. Mullah 157.
Kriegshetze geg. Deutſchl. 315.
Kriegshilfe für Japan 143.
u. Krimkrieg 60.
liberale Preſſe 123.
u. Marokko 161. 182.
Miniſter 97.
Miniſterium 221.
Miniſterwechſel 238.
Mittelmeerflotte vor Alexandria 231.
Mobiliſierung der Flotte 296.
u. Mürzſteger Progr. 161.
Neufundlandfrage 120.
u. Neutraliſ. Chinas 55.
öff. Meinung gegen Deutſchl. 200.
— Orientpolitik 155.
Parlament, Blaubuch 67.
Parlament-Eröffnung 35.
— u. Perſien 185. 234.
— perſ. Handelsvertrag 234.
polit. Kundgebungen 149.
Preſſe 157. 183. 227.
— — gegen Deutſchl. 332.
— — u. mazed. Frage 221.
— Royal Dragoons 316.
Rückzug in der Doggerbankaffaire 283.
— ruſſ. Annäherung 176.
— ruſſ. Beziehungen 113.
ruſſ. Differenzen 80.
ruſſ. Verſtändigung 133. 145.
— u. ruſſ.-jap. Krieg 91, 110.
— u. Rußland 184. 242.
— Rußlands Gegner 54.
Schiedsvertrag mit Deutſchl. 214.
— — ſpaniſch. 67.
— — mit der Schweiz 287.
— — mit Ver. Staaten 314.
Somalifeldzug 157.
Stellung in Indien 228.
Stimmung üb. engl.-frz. Abkommen 123.
u. Südafrika 306. 317.
— u. Tibet 145. 331.
Tibet-Exped. 25. 110. 157. 238. 297.
Tibetfrage 183.
Tibets Nachbar 67.
Tibet. Politik 70.
tibet. Vertrag 71. 254. 294.
u. d. tolle Mullah 132.
Transvaal 114.
Transvaal Politik 318.
Truppen im Somaliland 122.
türk. Anleihe 233.

England, Unionisten 124.
Unterhaus 232.
Vordringen in Arabien 207.
Vormacht Afrens 228.
wirtschaftl. Verhältnisse 8.
Zollpolitik 239.
Ercoleiji, Hauptmann 221.
Eßen 170.
Esterhazy, Major, schlägt die Hereros 143. 168.
Estournel de Constant, Baron 127.
St. Etienne 62. 127.
Gegner Combes' 81.
Europa 197.
u. Amerika 10.
u. Balkanaktion 161.
u. d. Osten 6.
Europ. Gewässer, japan. Krieg 172.
„Européen" 14. 33. 63. 116. 117. 172. 174. 312.
russenfeindl. Stellung 15.
Evening Despatch 271.

F.

Faschoda 318.
— Krisis 124.
Ferdinand, Fürst 42. 211.
und König Peter 191.
Figaro 202. 276. 325.
Finnland 192. 194.
Landtag 314.
polit. Mord 191.
Verfassungsbestätig. 194.
Formosa 173. 244.
Fortnightly Review 125. 199. 319.
Frankfurter Zeitung 233.
Frankreich 55. 80. 221. 230.
— Abkommen, engl.-franz. 13. 113. 118. 142. 183. 187. 241. 254. 284. 293.
Abwendung v. Rußland 172.
in Afrika 203.
Allianz engl.-russ. franz. 47. 126. 127. 153.
— Alliance franco-russe 46. 62. 115. 117. 126. 146. 173. 265. 293.
— Allianz, engl.-franz. 150. 174. 256. 320.
Annäherung an England 200.
— Arbeiter-Wohlf.-Abkommen 153.
Ausw. Amt 2.
Ausw. Politik 157.
— und Balkan 64. 161.
— Balkanpolitik 87. 336.
Frankreich, Beziehung z. Rußl. 153.
Börsenpanik 62.
Combessche Kirchenpolitik 254.
Deutsche Gefahr 62.
Dreibundprozeß 8.
Einfluß a. Balkanhalbinsel 57.
— — im Orient 58.
u. England 21. 48. 50. 102. 130. 132. 184.
— Engl. u. Italien 57.
Entente, engl.-franz. 1. 27. 111. 122. 124.
— — u. Rußland 115.
Freimaurer und Katholiken 335.
Freund Englands 121.
Freundesdienst f. Rußl. 143.
— Gesandter in Tanger 237.
Gordon Bennetpreis 198.
u. d. Habsburg. Monarchie 155.
Hilfe für Rußland 86.
in Hinterasien 203.
hinterind. Besitz 61.
u. Indochina 173.
— Interessen in Asien 21.
u. Italien 21. 184.
ital.-franz. Verbrüderung 150.
Kammer, Vertrauensvotum 168.
— Kirchl. Stellung in Ägypten 255.
— — im Orient 255.
Kriegshilfe f. Rußland 143.
— u. Krimkrieg 60.
— u. d. Kurie 174.
— Marokkan. Politik 200. 298.
— u. Marokko 118. 121. 181. 212.
u. mazedon. Reform 62.
— Ministerium 97. 221.
u. franz.-russ. Bündnis 151.
— Neufundlandfrage 120.
Offiziertorps 276.
— Orientpolitik 21. 155.
in Ostasien 29.
Polit. Haltung 172.
Polit. Kundgebungen 149.
Presse 138.
Protektorat in Marokko 269.
— Revanchegedanke 126.
revolut. Mission 140.
— röm. Frage 213.
— u. russ. Allianz 13. 81. 241.
Rußland Alliierter, England Freund 118.
— russ. Anleihe 166. 173.
russ. Beziehungen 142.
u. die russ. Bundesgenossenschaft 27. 45. 57.

Frankreich, Rußl. Bundesgenoſſe 47.
Rußl. Bundestreue 114.
– u. ruſſ.-jap. Krieg 21. 91.
u. Rußland 2.
im Orient 62.
a. d. Balkan 57.
Schiedsvertrag, franz. ſchweiz. 322.
franz. ſpan. 67.
mit d. Verein. Staaten 262.
Schutzmacht der orient. Chriſten 175.
— Sozialismus 134. 142.
Sozialiſten 81.
ſozialiſt. Miniſterium 128.
u. ſozialiſt. Propaganda 136.
u. Spanien 182.
Staat und Kurie 237.
Staatsideale 139.
Stellung in Kleinaſien 255.
in Marokko 187. 241. 336.
im Orient 241.
in Syrien 255. 299.
u. Türkei 159.
— unchriſtl. Staat 133.
— u. d. Vatikan 103. 239. 253.
Vereinbarung m. Italien 50. 277.
Vermittlung in der Doggerbank affäre 272.
Vertrag mit Spanien üb. Marokko 254.
— Verwicklung mit England 62.
Franz Joſef, Kaiſer 57. 156.
Friedrich der Große, Denkmal in Waſhington 287.
Fulton, Stadthaupt von Petersburg 116.

G.

Galizien 30.
Gambetta 241.
Annäherung an Deutſchland 284.
Garibaldi, Giuſeppe 64.
Ricciotti, General 63.
Gelbe Gefahr 164.
Georg III., König von England 130. 186.
Gerafimos, Patriarch v. Jeruſalem 209.
Giaogong, Plateau 68.
Gibraltar 182. 250. 251.
— Straße von G., Neutraliſierung 119.
Giffon, Sir R. 124.
de Giorgis, General 1. 32. 95. 105. 177.
v. Glaſenapp, Major, Gefecht bei Owikokorero 90.
— ſchlägt die Herero 67. 113.
Glaſow, ruſſ. Unterrichtsminiſter 260.
Reviſionsreiſe 268.
Godley, engl. Unterſtaatsſekr. 69.
Golitzyn, ruſſ. Gen.-Gouv. 313.
Goluchowski, Graf 30. 88.
Rede in den Delegationen 157. 160.
u. Tittoni in Abbazia 121.
— u. d. Türkei 158. 177.
v. d. Goltz, General 42.
Gorki 304.
Gortſchakow, Fürſt 327.
Graham, A. 176.
Grand Orient, Freimaurerloge 276.
Graſhdadin 249.
Grävenitz, Baron 70.
Grey, Sir E. 124.
Griechen in Mazedonien 285.
Gripenberg, General 254.
Guesde 136.
Gyangtſe 212.
— engl. Agenten in G. 72.
— tibet. Exped. 122.

H.

Haager Friedenskonferenz 280.
Konvention 264.
- Schiedshof 10.
Haiti 203. 207.
Haitſcheng, Beſetzung durch Japaner 246.
Hamilton, Lord 69. 72.
— Rücktritt 72.
Hanoteaux 299.
Hardinge, M. Charles, engl. Unterſtaatsſekr. 80.
Hardinge, Sir Charles, Botſchafter in Petersburg 130.
Hart, James 67.
Hatſuſe, Panzer, geſunken 165.
Hanaſchi, jap. Geſandter in London 45.
Heinrich, Prinz, Reiſe n. Amerika 124.
Helfferich, Profeſſor 186.
Helſingfors 196.
Henry, René 127. 155.
Herero Feldzug i. d. Afrika. am Waterberg 207.

Herero, Aufstand 1. 262
Niederlage bei Waterberg 264.
Herzegowina 99
Herzen 79. 226.
Higgins, austral. Justizminister 141.
Hilmi Pascha 66.
Himalaia 228.
Grenze zw. Tibet u. Sikkim 67.
Hongkong 250. 251.
de Hoop, Henry 119.
Hughes, austral. Minister 141.
Hull 274.
Fischerflotte von H. 264.
Hutin, Marcel 232.
Hutton 187.

J.

Jakowlew, Korrespondent der Nowoje Wremja in Paris 294.
Jamagata, Übertritt d. japanisch. Armeen 176. 188.
vor Port Arthur 254.
St. James Gazette 113. 114. 271.
Jameson, Dr. 65.
Kabinett 111.
Minister d. Kapkolonie 159.
räuberischer Friedensbruch 316.
Jangsetal u. England 229.
Japan 10. 13. 47. 128.
Abbruch d. Bezieh. m. Rußl. 44. 53.
Anfrage an Rußland 2.
Angriff d. russ. Geschwad. 44.
Angriff Rußl. 60.
Ankauf von Kriegsschiffen 243.
Anleihe 147.
u. asiat. Gefahr 176.
im asiat. Osten 331.
Beherrschung des Meeres 179. 274.
chines. Bündnis 15. 143.
und die Dardanellen 307.
Differenzen, russ. jap. 9.
Einfluß in China 14. 15.
— u. England 20.
in Engl. gebaute Schiffe 171.
— Englands Kriegshilfe 143.
engl. Bündnis 127. 200.
— engl. Unterstützung 13.
Erfolg bei Fönghschailing 199.
— — bei Taschitschiao 231.
- Flotte 15. 52.
bombardiert Port Arthur 90.
— — nach Singapore 322.
u. Formosa 173.
Japan, Geld v. Engl. u. Amerika 4.
Gesandten-Audienz bei Nikolaus II. 17. 20.
Handelsvertrag m. China 9.
am Jalu 105.
Jalu-Überschreitg. 144.
Interessen in Mandschurei 59.
Kompromiß m. Rußland 149.
Korfiliß, russ. 15.
in Korea 25. 74. 86. 147.
Korean. Bündnis 67.
Kreuzer, v. Engl. bemannt 26.
im Hafen von Port Arthur 153.
Krieg, russ. jap. 60. 67. 122. 164. 172. 199. 243. 266. 332.
Kriegsanleihe in Mostau 181.
- Kriegserfolg 145.
Kriegserklärung an Rußl. 51.
- Kriegsvorbereitung 146.
Landung auf Korea 51.
u. mandschur. Frage 19.
u. mandsch. Häfen 14.
Meer, Japanisches 244.
- Mikado 27. 44.
eine Million Soldaten 223.
- u. Neutralis. Chinas 55.
öff. Meinung 12. 14.
- in Ostasien 45.
Parlamentseröffnung 90.
Panasiat. Politik 171.
Panzerschiffe v. Chile 20.
- in Port Arthur 59. 179. 181. 306.
Presse 131. 185.
und Roosevelts neue Friedenskonferenz 281. 301.
u. russ. Allianz 25.
u. russ. Flotte 311.
u. Rußland 6. 16. 171.
- u. Rußlands Friedensliebe 28.
- u. Rußland gegen England 172.
- Seeherrschaft 74.
Sieg bei Liaujang 191.
- Stellung in Korea 143.
Taktik 248.
- u. Tonkin 173.
Torpedoboot-Untergang 153.
Truppenlandung bei Kaiping 153.
— — auf Liaotung 145.
Untergang zweier Kriegsschiffe 160.
— Vertrag m. China 20.
Jaurès 140. 166.
- Rede über die Annäherung an Deutschland 284.
- Rede in St. Etienne 62.
Jenissei, russ. Zeitung 84.

Jermolow, ruſſ. Min. 77.
Jeruſalem 209.
Ignotus 202.
Indien 114. 120.
Bedrohung durch Rußland 265.
brit. Bestrebungen 185.
Einverleibung durch Rußland 249.
u. Tibet 68.
Indo China 155.
u. Frankreich 173.
Innsbruck, italien. Chauvinismus 277.
Studentenzuſammenſtoß 270.
Internation. Kongreß 174.
John Bull 145.
Journal des Débats 60. 79. 111. 112. 123. 127. 139. 140. 155. 166. 256. 284. 300. 318.
Journal de St. Petersbg. 69. 169. 272.
Joshino, jap. Panzer 165.
Irkutsk 76.
Irland, deutſches Geſchwader 124.
Italien, Albaniſche Agitation 88.
Arbeiter Wohlf. Abkommen 153.
u. Balkanfrage 4. 88.
— Bruch m. d. Kurie 161.
— u. Frankreich 140. 184.
— franzöſiſch geſinnt 139.
— franz.-ital. Verbrüderg. 150.
Freund des Slaventums 5.
Geſandt. in Serbien 105.
— Handelsvertr., it.-dtſch. 9. 67. 306.
König v. Italien u. Kaiſer Wilhelm 103.
— u. Kreta 95.
u. Öſterreich 32.
polit. Kundgebgn. 149.
— republikaniſch 140.
— ruſſ.-ital. Beziehungen 4.
Schiedsvertrag mit der Schweiz 296.
— Spionaffäre 221.
Vereinbarg. m. Frankreich 50. 277.
— Wahlen 277.
Ito, Marquis 44.
— Uebernahme d. Verwalt. Koreas 90.
Iſabella v. Spanien, Tod 113.
Islam, Macht 163.
Islamiſche Gefahr 164.
Iswolski, Kurator 171.
Juanſhikai 167.
Jugoſapadny Krai, ruſſ. Zeitung, 84.
Iwan der Schreckliche 267.

K.

Kadama, jap. Stabschef 203.
Kaiping, Einnahme d. Japan 220.
Kamimura, Admiral 191. 204.
Kamtſchatka, ruſſ. Kriegsſchiff 274.
Kanada 120. 332.
Kanadier 331.
Kanad. Pacificbahn 80.
Kapkolonie ſiehe Afrika.
Kap der guten Hoffnung 274.
Kap Horn 274.
Kapländer 331.
Kapniſt, Graf 96. 102.
— u. Märzſteger Programm 95.
Preßhetze geg. Deutſchland 94.
Kapſtadt 306.
Karejew, Prof. 259.
Kaſan, Muttergottesbild geſtohlen 225.
Kaſpiſches Meer 266.
Kaſuga, jap. Panzer 165.
Katharina II. 236.
Katholizismus im Orient 256.
Katkow 193.
und die ruſſ. innere Reform 258.
Kaukaſus, Unruhen 275.
Kaulbars, ruſſ. General 270.
Keller, General, Niederlage 223.
Khamel Paſcha 310.
Kiautſchou 61. 144.
Kiel 201.
Kieler Zuſammenkunft 183. 201.
Kiew 36. 290.
— Literar. Geſellſchaft 326.
— poln. Bewegung 275.
Kiewer Zeitung 214. 267.
Kiewljänin 189. 243.
Kimberley, Earl of 68.
Kintſchou 180. 188.
Eroberung 168.
Kipling, Rudyard 124. 316.
Klado, Kapitän 328.
Klaigels, ruſſ. Gen. Gouv. 313.
Kleinaſien und Deutſchland 250.
Einverleibung durch Rußland 249.
Kirchl. Stellung Frankreichs 255.
„Knight Kommander" 239. 242.
Kohn, Fürſtbiſchof, Amtsniederlegung 82.
Kokowzew, ruſſ. Finanzmin. 78.
Kolumbien, Republik 8.
Komarow, Panſlaviſt 126.
Komitatſchis 49. 210. 221. 309.
Kondruſchin 5.

Königsberger Hochverrats-Prozeß 231. 235.
Konkordat 255.
Konstantinopel 55. 56. 159. 177. 209.
engl. Einfluß 229. 253.
Kanal Nowgorod N. 22.
u. Rußland 6.
russ. Einfluß 229.
russ. Flotte 57.
Rußlands Recht auf Besetzung 5.
Korea 28. 181.
Bedeutung für Rußland 259.
Handelsfreiheit 172.
jap. Armee 74.
japan. kor. Bündnis 67.
Japans Stellung 59. 143.
Kaiser 41.
Landung d. Japaner 51. 52.
Rußland u. Japan 39.
Rußl. Zugeständnisse 14.
Koreanische Frage 19.
Korietz, russ. Kreuzer 52.
v. Koscielski, Feind Deutschl. 227
Kossuth 323.
Kowalewski 259.
Koweit 294.
engl. Agenten 309.
Kramarcz 88. 126.
Krasnojarsk 76.
Kreta 94. 95.
Krimkrieg 7. 60. 193. 315.
Kronstadt 157.
Krüger, Präs. 65. 346.
Bestattung in Afrika 306.
Tod 223. 229.
Kuba, republ. Verfass. 205.
Kügelgen, Paul v. 268.
Kuldscha, Vordringen Rußlands 43.
Kurland 170.
Kuroki, General 138. 301.
Erfolge gegen Kuropatkin 239.
Kuropatkin, russ. General 59. 86. 100. 101. 109. 135. 147. 154. 178. 181. 188. 197. 203. 223. 243. 262. 272. 311.
in Charbin 91.
und die japan. Taktik 248.
Kutaissow, russ. General-Gouverneur 313.
Kwantung, chin. Provinz 27.

L.

Lacordaire 255.
Lamennais 255.
Lambsdorff, Major, Graf, deutscher Militärbevollm. in Rußland 261.
Lamsdorff, Graf, russ. Minister 26. 27. 58. 81. 280.
Zirkular an die russ. Vertreter im Ausland 142.
Empfang d. tibet. Gesandt. 69.
— Orientreise 94.
Lansdowne 48. 67. 69. 70. 71. 72. 73. 160. 283. 294.
Lemaître 325.
Lenewitsch, russ. General 270.
Leontjew 193.
Letten 170.
Leutwein, Gouverneur 35. 82. 121.
Hauptquartier Okohandja 168.
Rücktritt 278.
Lhassa 70. 71. 114. 246.
Besetzung 252.
England in L. 110. 212.
engl. Expedition 70. 228.
Rußland u. L. 110.
Younghusband in L. 113.
Ljaojan 154. 179. 254.
Liaotung, Halbinsel 55. 208.
— japan. Landungen 74.
Libau 254. 263.
Lindequist, Gouverneur v. D.-W.-A. Afrika 278.
Litauen, polnische Bewegung 275. 290.
Livadia, Nikolaus u. d. Gesandte d. Dalai Lama 69.
Livland 170. 193.
Lokal-Anzeiger 144.
London 1. 46. 55. 69. 70. 72. 183. 201.
Loubet, Präsident 103. 198.
im Quirinal 130.
Bundestreue f. Rußl. 114.
u. Ercolessi 221.
u. König Eduard 47.
— Reise nach Rom 136. 138.
Löwenfeld, v., Gen.-L. 287.
Lynch, Georges 14.

M.

Ma, chin. General 14.
Mac Gregor, austral. Minister 141.
Mac Hannah 65.
Mac Mahon 179.
Made in Germany 315.
Madrid 182.
Mahon, austral. Minister 141.
Makarow, Admiral 109. 128.

Makarow, Admiral, Tod 143.
„Malacca", engl. Dampfer, Beschlagnahme d. Rußland 223.
Freilassung 239.
Malakkafrage 238.
Malet, Charles 60. 318.
„Manchester Guardian" 14.
Mandschurei 49. 55. 97. 98. 179. 208. 244.
— Eisenbahn 27. 146.
— Häfen 14.
Handel 25.
— Handelsfreiheit 172.
— Kriegsschauplatz 243.
Okkupation v. Japan 147.
Regentage 204.
— u. Rußland 14. 16. 29. 143.
Rußland u. Japan 39.
— Rußlands Stellung 19.
Marchand, Oberst 128. 133. 134. 155.
Marokko 102. 322.
Affäre Perdicaris 197.
Deutschlands Interesse 200.
— England u. Frankreich 47. 97. 110. 181.
u. Frankreich 299.
— Frankreichs Einfluß 241.
— Frankreichs Stellung 118. 187. 336.
— französisch 182.
französ. Protektorat 269.
— Krisis 237.
Küstenbefestigung 119.
Offene Tür 121.
Prätendent 254.
— Religionskrieg 212.
— u. Spanien 181.
Vertrag, franz.-span. 254.
Martens, Prof. 280.
Masampo, Plan einer Besetzung durch Rußland 243.
„Matin" 112. 119. 173. 230. 232.
Marje, J. L. 124.
Mazedonien 32. 42. 88. 164. 177.
Einfluß der Griechen 285.
Frage 43. 154.
Friede 121.
Gendarmerie 9.
Insurrektion 63.
Komitee 42.
Polit. Morde 284.
Reformarbeit 299.
— Reformen 31. 82. 162. 210. 308.
Reformfrage 62.
— Wirren 253.
Melilla 181.
Menamtal 120.
Merry de Val 240.
Meschtscherski, Fürst 12. 77. 93. 249. 272.
Metz 178. 188.
Menschikow 181. 216.
„Midland Expreß Birmingham" 271.
Miljukow 259.
Militär Wochenblatt 159.
Millet, René 181.
„Minerva", engl. Kreuzer 273.
Mittelmeerfrage 182.
Mittelmeer, freier Zugang für Rußland 5.
Monastir, Gärungen 56.
Mongolei 26. 224.
— Vordringen Rußlands 43.
Monroedoktrin 205.
Montalembert 255.
Montenegro 221.
— u. Balkan 210.
— bulg.-serb.-mont. Allianz 177.
Mordwinow, russ. Admiral 235.
Moskau 195.
— Japan. Kriegsanleihe 181.
Port Arthur 76.
Presse 193.
— Unruhen 170. 322.
Molyschew, Iwan, russ. Student 268.
Muchlis, General 310.
Mukden 14. 98. 144. 154.
Freihafenstellung 20.
— Okkupation 3.
— Räumung 147.
Mullah 212. 330.
Müller, österr.-ungar. Zivilagent in Monastir 162.
Murawieff, russ. Justizminister 280. 335.
Mürzsteg 55.
Mürzsteger Programm 17. 87. 94. 159. 161. 163. 174. 299. 332.
Muhurus Pascha, türk. Gesandter in London 294.

N.

National Review 53. 123. 124. 125. 165. 186. 199. 202. 227. 271. 310. 319.
Nedelja, russ. Zeitung 84.
Nemirowitsch Dantschenko, russ. Kriegskorrespondent 243. 248.
Nepal 71.
Neratow 232.

Nesvor 33.
Neton, Sekretär Delcassés 202.
„Neue Freie Presse“ 183. 184. 185. 186. 290.
Neufundland 187.
Frage 120.
Französ. Fischerei 293.
Neuseeland 332.
Neusüdwales 141.
New York Herald 243.
Nikodimos, Erzbisch. d. hl. Grabes 209.
Nikolaus I., Kaiser von Rußland 6. 7. 27. 192. 249.
Nikolaus II., Kaiser von Rußland 10. 11. 19. 25. 27. 69. 76. 109. 194. 225. 249. 254. 261. 281. 312. 335.
Audienz d. jap. Gesandten 20.
Gnadenverleihungen 23.
in Libau 211.
Manifest 35. 258. 329.
Reisen nach Moskau 44.
„Nineteenth Century“ 14. 125.
Nisard, franz. Botschafter am Vatikan 160. 166.
Nischi Nischi Schimbun, japanische Zeitung 185.
Niutschwang in Händen d. Russen 165.
— Japan. Landungen 74.
— Räumung 147. 153. 231.
Nordbethanier Aufstand 278.
North Mail 271.
Nowgorod Konstantinopel Kanal 22.
Nowoje Wremja 4. 6. 9. 16. 17. 18. 28. 29. 39. 41. 53. 82. 83. 93. 94. 98. 102. 103. 114. 116. 125. 126. 127. 131. 132–133. 142. 144. 145. 169. 171. 174. 176. 210. 216. 224. 225. 243. 265. 273. 283. 285. 291. 293. 307. 308.

O.

Odessa, Gesandtschaft d. Dalai Lama 69.
Studentenverhaftungen 116.
— Universitätsunruhen 170.
Odessaer Nowosti 215.
Okahandja Entsatz 44.
Oku, General, besetzt Kaitschou 214.
Omsk 76.
Onganhira, Niederlage d. Hereros 113.
Orel, russ. Kriegsschiff 274.
Orenburg 266.
Orenburg Taschkent Eisenbahn [illegible]
Orient, Christen 175.
ferner 6. 26. 91. 128. 142. 179. 210.
Machtverhältnisse 20.
— frage 87.
— u. Rußland 5.
franz. Einfluß 58.
Kirchl. Stellung Frankreichs 255.
Konflikt u. russ. Presse 28.
Konflikt zwischen Frankreich u. Vatikan 253.
Krieg 153.
Krisis in Rußland 39.
— milit. Lage 74.
— naher 6. 17. 29. 35. 178. 210.
Krieg 110.
russ. Politik 62.
Verwicklungen 13.
— naher und ferner 93.
— politik, franz.-engl. 155.
Problem 174.
Stellung Frankreichs 241.
vorderasiat. 13.
Österreich 30. 42. 49. 55.
— Absichten auf Altserbien 57.
u. Balkan 161. 177. 178.
— — Mandat 62.
— Balkanpolitik 13.
— Balkanreform 95.
— u. Balkanwirren 46.
u. Deutschland 155.
u. Dreibund 156. 158. 186.
Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland 296.
innere Zersetzung 18.
u. Mazedonien 299.
— Nationalitätenhader 322.
Parteikämpfe 300.
— russ. Entente 80.
u. Rußland 33. 155.
— — in d. Orientfrage 87.
u. Serbien 31. 57.
— slav. Untertanen 57. 88.
u. Türkei 32. 56.
Verständigung russ. öst. 13. 17.
Ostindien, Ernte 214.
Ostseeprovinzen 192.
Oswoboshdenije 11. 79. 85. 116. 189. 190.
Onganjira 121.
Owikokorero, Gefecht 90.
Oyama, jap. Feldmarschall 203. 214. 223.
Ozean, Stiller 62. 143. 149. 212.

P.

Palästina, Frankreichs Einfluß 241.
Pall Mall Gazette 294.
Panama, Republik 8.
Manuel Amador, Präs. 51.
Panamakanal 120. 205. 251. 278.
Vertrag 67.
Pangermanismus 123. 155.
Panrussismus 193.
Panslavismus 126. 193.
Paris 1. 62. 179. 184. 201. 254.
Pariser Vertrag 307.
Parlamentarismus 322. 323.
Paulsen, Friedrich 314.
Pawson, austral. Minister 141.
Pearson, C. A. 271.
Peking 3. 39. 55. 70. 98.
Pelletan, franz. Marineminister 81. 88. 97. 105. 129. 139. 221. 293.
Perdicaris 197. 200. 213.
Percy, engl. Unterstaatssekr. 160.
Persien, 43. 48. 50.
Anleihe 234.
Binnenzölle 234.
— England in P. 114. 185. 298.
engl. Einfluß 331.
— engl. Handelsvertrag 234
— Engl. u. Rußl. in P. 234.
— u. Rußland 298.
— Tabaksregie 234.
Persischer Golf 13. 49. 143.
— u. Englands Vordringen 297.
u. Rußland 11.
Peter I. v. Serbien 198. 254.
u. Ferdinand von Bulgarien, Fürst 191.
Petersburg 1. 41. 44. 58. 62. 69. 70. 73. 159. 183. 184. 188. 195. 233. 289.
Advokatenversamml. 314.
sibir. Komitee 15.
— Studenten 54. 117. 313.
Studentenunruhen 170.
Verhaftungen 79.
Petersb. Regierungsanzeiger 142.
Petersb. Wjedomosti 29. 52. 82. 83. 84. 88. 92. 93. 96. 105. 156. 162. 180. 181. 210. 215. 216. 249. 267. 272. 309.
Petersburger Zeitung 11. 268.
„Petit Parisien" 112.
„Petropawlowsk" von den Japanern zum Sinken gebracht 113.
Untergang 128.
Phari 68. 69.
Pius X., Absage an Frankreich 103.
Plehwe, russ. Min. 3. 35. 36. 148. 237. 333. 335.
Charakteristik 245.
Demonstration bei seinem Begräbnis 268.
Ermordung 239. 244.
Ersetzung durch Mirski 254.
Folgen der Ermordung 257.
Kritik seines Systems 266.
Partei 289.
Regierungssystem 249.
u. Witte 38.
u. d. Zar 11.
Plewna 188.
Pobedoneszew 149. 257. 282 290. 313.
u. d. Landschaftsschulen 38.
unheilvollster Mann Rußlands 335.
Pobedonoszew-Plehwe 23.
Podolien 36.
polnische Bewegung 275.
Polen 323.
Freiheitsbewegung in Rußland 275.
Presse 30.
Revolution 192.
russisch 190. 290.
und Rußland 267.
— Unruhen 275.
„Politik" Prag 96.
Pontisch baltischer Kanal 23.
Popel, Erzbischof 190.
Port Arthur 40. 44. 106. 132. 181. 188. 197. 211. 243. 250. 266. 281. 289. 302.
— Belagerung 59. 74.
- und das balt. Geschwader 275.
Besetzung durch Rußland 243.
- Bombardement 90.
eingeschlossen 153.
Entsatz durch die baltische Flotte 265.
Fall 178.
— russ. Flotte 51. 214.
— Geschwader 254. 328.
Hafensperre 138. 168.
japan. Angriffe 67. 178.
Landverbindung abgeschnitten 145.
Seegefecht 82. 204.
Sturm d. Japaner 223.
Übergabe 251.
— Verteidigung 260.
Port Said, engl. Geschwader 226.
Portugal, Schiedsvertrag, ivanisch portug. 176.

Prätoria 309.
Prag, Studenten, deutsch u. tschech. 74.
Presseuse, Edmond de 265.
Presseuse, Francis de 182.
Preßverschwörung, internat. 141.
Preußen u. Rußland 93.
Prevost Paradol 265.
„Prinz Heinrich", Reichspostdampfer angehalten von „Smolensk" 223.
Proboers 318.
Puschkin 304.
Pupin 259.

Q.

Quirinal u. Vatikan 174.
Quai d'Orsay 25. 58. 112. 155. 202.

R.

Radenki, General 100.
Ratowski 323.
Raisuli, Räuber in Marokko 197. 213.
Rampolla, Kardinal 103. 240.
Rastoropny, russ. Kriegsschiff 281.
Reclus, Onésime 182.
„Reform" mazed. Zeitung 285.
Reuter, Telegr. Bureau 133.
Reval 263.
Revue polit. et parlam. 127.
v. Richthofen, Staatssekr. 314.
Riga, Polytechnikum, stud. Unruhen 170.
Rochefort, Henry 121.
Roosevelt, Präs. 10. 65. 199. 204. 270. 310. 321.
Charakteristik 278.
neue Haager Friedenskonferenz 280. 300.
Rede bei der Enthüllung d. Denkmals Friedr. d. Gr. 287.
Root, Elihu 204.
Roseberry, Lord 188.
v. Rosenberg, Leutn. 150.
Rozhéstwenski, Admiral 265. 265. 274. 297. 310. 311. 328.
Bericht über die Doggerbankaffäre 271.
Rotowzew 246.
Rotes Meer 52. 239.
engl. Geschwader 226.
Rumänen in Mazedonien 285.
„Russe" 11. 16. 109. 151. 156. 275.
Russische Agentur 280. 300.
Russkaja Mysl 5
Russkija Wjedomosti 246. 260
Russkoje Slowo 243.
Rußland 13. 49.
— Abbruch d. Beziehungen m. Japan 44. 53.
Abhängigkeit v. Deutschl. 96.
— Agitation gegen Deutschl. 93.
Allianz, engl. russ. franz. 47. 55. 126.
Alliance franco-russe 46. 62. 115. 117. 124. 126. 127. 146. 173. 241. 265. 293.
Anleihe 148. 173.
— Annäherung an England 143.
— antienglisch 117. 177.
Antwort an Japan 2. 39.
Arbeiter und Bauer 216.
— Armee 178. 326.
— im asiat. Osten 331.
Ausschreitungen der Reservisten 282.
— u. Balkan 4. 81. 161. 177. 178.
Balkanpolitik 13. 94. 237.
— u. d. Balkanproblem 55.
— Balkanreform 95.
u. Balkanverhält. 87.
u. Balkanwirren 46.
— baltische Flotte 179. 197. 243. 254. 260. 262. 263.
s. a. balt. Geschwader.
— Bank in Teheran 234.
— Bankerotte 189. 190.
Bauern 76. 78.
— Bauernbefreiung 235.
— Bauerngesetzgebung 35.
Beamte und Militär 219.
— Bedrohung Indiens 265.
— Beziehungen zu Deutschland 155.
— — zu Frankreich 133.
russ. engl. 22.
— u. Bosporus 11.
— — u. Dardanellen 307.
— Budget 23.
u. China 19.
chines. Einwanderung 161.
— chines. Vertrag 70. 71.
— Konserven a. d. Türkenkrieg 169.
Dekabristen 236.
— Demonstrationen 190.
Deutsche Gefahr 118.
Deutsch. Handelsvertrag 226. 239.
Deutschenhaß 7.
— deutschfeindlich 92.
— Deutschlands Neutralität 261.

Rußland, Differenzen, ruff.-jap. 9.
- Disziplinlosigkeit d. Marinesoldaten 289.
Doggerbankaffäre 254. 260. 262. 263. 274. 283.
dritte Niederlage d. Armee 196.
Einfluß auf Bulgarien 57.
— a. d. Türkei 57.
Eisenbahn 219.
u. England 184.
England Gegner 54.
u. Englands Haltung 52.
u. England im Orient 242.
engl. Annäherung 176.
-- engl. Beziehungen 113.
engl. Differenzen 80.
u. englische Flotte 132.
— u. engl.-franz. Entente 115.
- - engl.-ruff. Verständ. 145.
— Ernte 214. 224.
— Eroberung v. Konstantinopel u. d. Dardanellen 6.
Expansionspolitik 148.
— Feinde Amerika und England 171.
— u. fern. Osten 81. 174.
u. Finnland 196.
- Finnländ. Politik 195.
Flotte 22.
Angriff d. Japaner 51.
im Großen Ozean 2.
Niederlage vor Port Arthur 199.
in Port Arthur 188. 214.
Ruin 179.
u. Frankreich 50.
u. Frankreichs Haltung 52.
Frankreichs Kriegshilfe 143.
franz. Beziehungen 142.
— Freiwill. Flotte 233. 239. 254.
Frieden m. Japan 109. 313.
u. Friedensvermittlg. 138. 142.
— Geburt des Thronfolgers 254.
— Gegensätze, engl.-ruff. 1. 28. 121.
Geheimvertrag m. China 70. 71.
Gesandt. in Serbien 105.
Geschwader i. persischen Golf 310.
u. Groß. Ozean 143.
hl. Synode 77.
Hilfe von Frankreich 86.
— histor. Erbteil 7.
— u. Japan 50.
— u. Japan gegen England 172.
u. Japan in Korea 25.
— von Japan überfallen 142.
— japan. Krieg 53. 60. 67. 97. 99. 122. 164. 199. 219. 238. 243. 266. 326. 332.
Rußland, japan. Verhandl. 19.
— japan Vorschläge 1.
— Japans Verdrängung 147.
u. Indien 26.
Industriezölle 240.
Innere Politik 4. 23. 30. 257.
Innere Reform 302.
Innere Unruhen 290.
— Innere Verhältn. 35.
u. d. Integrität Chinas 29
ital.-ruff. Beziehungen 4.
— u. die Juden 267.
Kaiser in Moskau 158.
Kirche 192.
Kompromiß mit Japan 149.
— Konflikt, japan. 15. 130.
u. Königsberger Prozeß 235.
Konstitution 334.
Konzessionen an Japan 16.
— u. Korea 59.
— Krieg mit England 109.
— Kriegserklärung 44. 51.
— Kriegslasten 147.
— Kriegsvorbereitung 146.
— Krisis u. Deutschl. Haltung 156.
— u. Krisis im Orient 39.
— Küsten d. Groß. Ozeans 147.
— Liberalismus 134. 194.
— Landschaftshauptleute 36.
— Landschaftsverfassung 235.
u. Mazedonien 299.
— Mandat a. Balkanhalbinsel 62.
— u. Mandschurei 16. 29. 143.
— Melikowsche Verfassung 194.
Memorandum an Engl. 70.
— Militär. Lage 147.
— u. Neutral. Chinas 55.
— Niederlage am Yalu 138. 145.
Nihilisten 244.
Nintschwang geräumt 153. 231.
öff. Meinung 116. 117. 168.
im Orient und Frankreich 62.
u. orientat. Frage 5. 242. 249.
in Ostasien 45. 223.
u. Österreich 33.
- — in d. Orientfrage 87.
— Österr.-ung. Beziehungen 155.
— Österr. Entente 80.
— Stellung in Ostasien 154.
u. d. Ostseeflotte s. Rußland u. baltische Flotte.
am Pacif. Ozean 109.
in Persien 220. 234. 298.
— u. pers. Golf 11. 143.
— Polen, ruff. 170. 190. 192. 193. 267.

Rußland, Polen u. preuß. Staatsmänner 96.
Selbständigkeit 275.
sozialist. Propag. 220.
Stimmung 220.
Politik 17. 176.
im Osten 25. 185.
polit. Lage 80.
polit. Morde 191.
polit. Treiben der Studenten 290.
politischen Verbannten 291.
Port Arthur 178.
Flotte 306.
Presse 42. 60. 63. 110. 130. 156. 185. 249. 326.
gegen Bulgarien 210.
u. bulgar. Minist. 221.
gegen Deutschl. 94. 332.
gegen England 92.
gegen Österreich 33.
u. öff. Meinung 149.
u. Regierung 113.
u. tibet. Gesandtsch. 69.
Preßfreiheit 83. 84.
Preßvertreter beim Zaren 82.
u. Preußen 93.
Protest gegen jap. Krieg 117.
Recht auf die Mandschurei 5.
Reformbewegung 311. 312. 326.
Reformen 23. 96. 333.
Regierung und Presse 113.
revolut. Aufrufe 116.
revolut. Bewegung 148.
revolut. Gesellschaften 312.
Roosevelts Vorschlag einer Friedenskonferenz 300.
Rot. Kreuz 169. 248.
Schulen 77. 259.
u. Schwarz. Meer 143.
Schwarze Meerflotte 308.
Semstwos 148. 334.
s. a. Landschaftsverfassung.
u. d. Slaventum 18.
slavophile Partei 192. 319.
Sozialismus 134. 139. 190.
sozial u. revol. Propag. 170.
Sprache 192.
Staatsform 237.
am Stillen Ozean 62. 131. 259.
Stimmung d. Bevölkerung 216.
— Studenten 249.
Südrußland 170.
u. Tibet 26. 70. 72. 110.
u. Tibets Vertrag mit England 294.
Rußland, Truppen-Evakuation in der Mandschurei 180.
Tschunowuls 188. 195.
u. Türkei 56. 233.
Übereinkommen, russ. öst. 17.
Unterschleife b. d. Armee 169.
u. Verein. Staaten 54. 211.
Verkauf der Besitzungen an der Behringstraße 279.
Verständig. m. England 133.
russ.-öst. 13.
u. d. Völker gelber Rasse 27.
Volksschullehrer 37.
Wirtschaftl. Folgen des Kriegs 189.
Zugang zu Bosporus und Mittelmeer 5.

S.

Saigon 61.
Salisbury, Lord 69. 124.
Saloniki, Österreichs Absichten 57.
Samoa 318.
Sänger, russ. Min. 77.
Sansibar 315.
Sarubajew 109.
Saunders, Mr. 314.
Sawalischin Memoiren 236.
Schachowskoi, Fürst Michael 135.
Schaho 254. 260. 266. 289. 301.
Schantun, Häfenöffnung 167.
Schantsun, Hafen 167.
Schaumann, Attentat 196.
Schebeko, Oberst 261.
Schiras 234.
Schmoller, Gustav 330.
Schwarz. Meer 143.
Bedeutung für Rußland 250.
Flotte 57. 226. 308.
Geschwader 22.
Schweden, Reichstagseröffn. 17.
Schweiz, Handelsvertrag m. Deutschland 278.
Schiedsvertrag mit England 287.
mit Frankreich 322.
mit Italien 296.
Scott, Sir Charles, engl. Botsch. in Petersburg 80.
Sebu Mündung 181.
„Secolo" 88.
Sedan 178.
Serbien 30. 105. 221.
u. Balkan 210.
u. Bulgarien 198.
— bulg.-serb.-montenegr. Allianz 177.

Serbien u. die neue Dynastie 299.
— Groß-Serbien 88.
Handelsvertrag mit Deutschland 296.
Kabinett Greitsch 35.
König, Zusammenk. mit Fürst v. Bulgarien 153.
Krönung Peters I. 254.
Ministerkrisis 306.
Mord im Konak 31.
Setschuan, England in S. 114.
Shantaikan, von Japan genommen 239.
Siam 187. 330.
Sibir. Eisenbahn 76. 146. 148. 180. 224.
— Luxuszug 76.
gelbe Gefahr 164.
poln. Handel 170.
Wasserstraßen 224.
wirtschaftl. Erschließung 251.
Leistungsfähigkeit 169.
Sikkim 67. 68.
— Militärstraße an die tibet. Grenze 71.
Simla 69.
Simplizissimus 150.
Sizilien 139. 140.
„Skandia", deutscher Dampfer, Beschlagnahme 231.
Skobelew, russ. General 78. 100. 135. 169.
Skrine 176.
Skrydlow, Admiral 109. 135. 204.
— in Wladiwostok 160.
Slaventum 18.
Slavische Föderation 11.
Slavophilen 193.
„Slowo", Kiewer Zeitg. 214.
Sozialisten, für Japan, gegen Rußland 81.
Somaliland, Englands Kampf 330.
— engl. Truppen 122.
Sophia 56.
Söul 59.
Spanien u. Frankreich 182.
Kriegsschiffe vor Tanger 182.
u. Marokko 181.
Schiedsvertrag, engl. span. 67.
— franz. span. 67. 254.
— — span.-portug. 176.
Spectator 123. 124. 125. 183.
Speck v. Sternburg 287.
Spriggs, Gordon 59.
Ssacharow 109.
Ssamarin 193.
Ssarafow 32. 41. 42. 49. 58. 63. 64.
— in Rom 17.
Ssasanow, Mörder Plehwes 239.
Ssassulitsch 109.
— Wera 327.
Ssavinsky, Sekretär Lansdorffs 232.
Ssemewski 259.
Ssergej Alexandrowitsch, Großfürst 313.
Ssichatschew, russischer Admiral 243.
Ssimbirski 105.
Ssimferopol 215.
Ssinowjew, russ. Botsch., Konstantinopel 94. 235.
Ssokolowski, S. F. 9. 145.
Ssokolowski, Dr. L. 29. 33.
Ssuchotin, General 224.
Ssuworin 93. 126. 169.
Ssuworin, Red. der Nowoje Wremja 82.
Ssuworow, russ. Kriegsschiff 274.
Staal, Baron 280.
Stackelberg, General 196. 197.
Stambulow, Frau, Pensionierung 1.
Standard 8. 87. 140. 160. 165. 169. 185. 201. 213. 271. 286. 292. 308. 325.
Stellenbosch, Bond-Versammlg. 65.
Stereguschtschi, russ. Torpedoboot 108.
Stolypin, Alex, Red. der Petersbg. Wjedomosti 82. 83. 84. 85. 86.
Stössel, General 109. 168. 178. 251. 266. 311.
Proklamation 74.
— Tagesbefehl 145.
Struve 79.
Suez 60.
Suezkanal 274.
Neutralität 2. 119.
Passierung des russ. Geschwaders 294.
Suezkanalaktien 233.
Swakopmund 17. 35.
Swjätopolk-Mirski, Fürst 100. 254. 257. 258. 275. 290. 327. 334. 335. 382.
Polenpolitik 290.
russ. Bildungswesen 260.
Tätigkeit als Minister des Innern. 266.
Syrien und Frankreich 241. 255. 299.
Syveton 270. 276. 284. 311. 321.

T.

Tanger, Entsendung franz. Kriegsschiffe 241.
spanisch 181.
Span. Kriegsschiffe 182.
Taschitschiao, Erfolg Japans bei 231.
Tatrichtschew 125. 127. 199.
Tatungtau, Freihafenstellung 20.
Temps 2. 16. 25. 26. 27. 28. 29. 55. 56. 57. 63. 95. 119. 120. 127. 142. 154. 159. 161. 162. 173. 174. 177. 178. 180. 181. 182. 186. 202. 230.
Teichen, Lehrerseminar 290.
Tetschkow, 246. 247.
Tibet 13. 50. 184.
China als Schutzherr 67.
u. Deutschland 252.
u. England 71. 73. 114. 145. 252. 254. 294. 331.
Engl. Eisenbahn 70.
Expedition, engl. 25. 110. 113. 114. 122. 132. 185. 205. 220. 228. 246.
u. engl. Presse 157.
Frage 48. 67. 212.
Handel m. England 68.
Religionskrieg 212.
- russ. Beziehungen 70. 71. 111.
u. russ. engl. Zusammenstoß 43.
- Unabhängigkeit 72.
Tiflis Zeitung 294.
Tigerhalbinsel 311.
„Times" 28. 111. 123. 124. 125. 130. 147. 165. 167. 171. 176. 177. 178. 183. 186. 199. 211. 227. 270. 314. 319. 325.
Deutschenhetze 271. 272.
Stellung zur Blockadebrechung vor Port Arthur 281.
Tittoni u. Goluchowski in Abbazia 121.
Tisza 82. 177. 178. 324.
Togo, jap. Admiral 51.
Liaotung blockiert 168.
Tokio 41. 44. 49. 149. 185. 223.
Tolstoi, Graf Leo 85. 178. 304.
Tolstoi, Minister 260.
Tomsk 76.
Tonkin 173.
Transvaal, Jamesons Einfall 316.
Trentino 63.
v. Trotha, General in S.W.-Afrika 138. 262.
- Einschiffung u. S.W.-Afrika 160.
v. Throta gegen die Hereros 289
in Swakopmund 183.
Tschechen, schamloses Gebahren in Prag 88.
Tscherikow, russ. Generalgouverneur 313.
Tschifu 181.
Tsinanfu, Hafen 167.
Tsushima, Plan einer Besetzung durch Rußland 243.
Türkei 5. 49. 80. 95. 105. 119. 197. 309.
u. Albaner 64.
Ansehen in Arabien 310.
u. Balkanproblem 55. 62.
Bosporus u. Dardanellen 307.
u. Bulgarien 82. 113. 121. 137. 242.
bulg. Krieg 80. 121.
bulg. Verständigung 150.
u. Englands Expansion bei Aden 294.
in Europa 18.
Flotte 210.
u. Graf Goluchowski 159. 177.
Kriegsrüstung 29.
Kriegsschuld an Rußland 233.
u. Mazedonien 31.
Mißwirtschaft 162.
u. Mürzsteger Programm 174.
Orientalische Frage 1.
Reformen 162. 174.
— Religionskrieg 163.
— u. Rußland 11. 57.
u. die Vereinigten Staaten 253.
- Vertrag mit de Giorgis 25.
Turkestan 48. 50. 294.
Truppenbewegung 26.

U.

Uchtomski, Fürst 27. 52. 82. 92. 96. 99. 208. 254. 266.
Ugron 126. 323.
Uljassutai Krasnojarsk Eisenbahn 224.
Ungarn 17. 18. 323.
- Abgeordnetenhaus 74. 314.
— — Vertagung 130. 322.
— Deutschenfeinde 126.
u. Deutsche, Verständigung 49.
Eisenbahnstreik 122. 130.
Ministerium Szell 324.
Obstruktion 88.
— Parteikämpfe 300.
Reichstag, Auflösung 324.

„Uralets“ 84.
Ussow, Sergei 92.
Ussuri 244.

V.

Vaillant 136.
Vallère, Gustav 221.
Vatikan u. Frankreich 239. 253.
Note 166.
— u. Quirinal 174.
Venezuela 319.
Schiedsspruch 59.
Vereinigte Staaten s. Amerika.
Viktor Emanuel III., Reise n. Paris 136.
u. Wilhelm II. 121.
Viktoria, Königin v. England 315.
Vigo 262. 265. 274.
„Vorwärts“ 150.
„Vossische Zeitung“ 326.

W.

Wafangou Telissu 196.
Wahabiten 309.
Waldeck Rousseau 292.
Wales, Agitation Chamberlains 252.
Walfischbai 260.
Warschau 290.
Washington 55.
Wassiltschikow 257.
Watson, austral. Arbeiterführer 136. 137. 140.
austral. Minister 141.
Weiheiwai, England, Besetzg. 228.
Weil, Georges 155.
Weisien, Hafen 167.
Weltkoalition gegen Deutschland 152.
Wereschtschagin, Maler 101. 128. Tod 113.
Wesselitzki 125. 127. 176. 199.
„West African Mail“ 187.
„Wetscherna Poschta“ 162.
Wien 57.
Politik 156.
Wilhelm II. 112. 124. 139. 184. 261. 272.
Wilhelm II. u. Eduard VII., Zusammenk. 186. 199. 201.
u. England 316.
u. d. König v. Italien 103.
Mittelmeerfahrt 82.
— Reise 138.
Rückreise v. Venedig 130.
in Sandringham 124.
Telegramm an Präs. Krüger 316.
— u. Viktor Emanuel III. 121.
Wilson, H. W. 310.
Windhoek, Entsatz 44.
Wirenius, russ. Kontreadmiral 20. 52. 60.
Wirenius, Kapitän 254.
Witbois, 254.
— Aufstand 262.
— Niederlage 296.
Zersprengung 314.
Witte, russ. Minister 3. 38. 39. 77. 78. 149. 231. 245.
Empfang d. tibet. Gesandten 69.
Wladiwostok 40. 250.
— Bedeutung für Rußland 244.
— Beschießung 74.
— Geschwader 191. 207. 211.
„Knight Commander“ in den Grund gebohrt 231.
— 2. russ. Geschwader 52.
„Die Woche“ 92.
Wolffsche Agentur 159.
Wolhynien 36.
— Poln. Bewegung 275.
Wolseley, engl. Feldmarschall 15.
Wyschnegradski 78.

Y.

Yalu 59.
Yatung 68.
Yildiz Kiosk 233.
Younghusband 72. 73. 115. 185. 212. 228.
in Lhassa 113.
Yuan, chinesischer Vizekönig 14.

Z.

Zoege Manteuffel 248.
Zweibund 173.

175411 HG. S3326d

Author Schiemann, Theodor

Title Deutschland und die grosze Politik. Vol.4

University of Toronto Library

DO NOT REMOVE THE CARD FROM THIS POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU